

Geschäftsbericht des Stadtrates

2004

Stadt Winterthur



Inhalt

Seite

Grosser Gemeinderat, Stadtrat, Stadtkanzlei:

– Der Grosse Gemeinderat	7
– Der Stadtrat	14
– Stadtkanzlei	15

Departement Kulturelles und Dienste 19

Departement Finanzen 41

Departement Bau 57

Departement Sicherheit und Umwelt 87

Departement Schule und Sport 113

Departement Soziales 133

Departement Technische Betriebe 163

Initiativen und parlamentarische Vorstösse 187

Behördenverzeichnis 193

Vertretungen in Gesellschaften, Stiftungen usw. 203

Departements- und Bereichsleitungen 204

Inhaltsverzeichnis 207

An den
Grossen Gemeinderat Winterthur

In Anwendung von § 28 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung unterbreitet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat den Geschäftsbericht der Stadtverwaltung Winterthur über das Jahr 2004.

Winterthur, 30. März 2005

Im Namen des Stadtrates

Der Stadtpräsident:
Ernst Wohlwend

Der Stadtschreiber:
Arthur Frauenfelder

Der Grosse Gemeinderat

Der Grosse Gemeinderat trat zu 13 Doppelsitzungen (Vorjahr 11) und zu 1 (4) einfachen Sitzung zusammen.

Die Kommissionen des Grossen Gemeinderates erledigten ihre Geschäfte an folgenden Sitzungen:

- Ratsleitung (RL) 0 (0) (Beschlüsse erfolgten auf dem Zirkularweg)
- Erweiterte Ratsleitung (ERL) 3 (2)
- Aufsichtskommission (AK) 20 (15)
- Sachkommission Stadtentwicklung (SEK) 20 (17)
- Sachkommission Hochbau (HBK) 14 (14)
- Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) 22 (18)
- Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) 20 (26)
- Sachkommission Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ver- und Entsorgung (TUVEK) 26 (8).

Der Grosse Gemeinderat verabschiedete folgende Geschäfte:

19. Januar 2004

- I. 1. Art. 13 Abs. 1 lit. c der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Winterthur vom 15. Juli 1998 wird geändert (*neue Textpassagen kursiv*): «c) In allen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche haben sich die Eltern mit einem Mindestbeitrag von Fr. 10.– zu beteiligen. Der maximale Beitrag der Erziehungsberechtigten entspricht der jeweiligen kostendeckenden Tagestaxe. Für die teuerste Einrichtung wird dieser maximale Beitrag ab einem massgebenden Einkommen von insgesamt Fr. 140 000.– erhoben. *Dieser Betrag wird indexiert.* Für die günstigeren Einrichtungen werden die kostendeckenden Tagestaxen ab einem entsprechenden tieferen massgebenden Einkommen und Vermögen erhoben. *Bei Härtefällen kann das zuständige Departement auf der Grundlage der Einkommensrichtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) den Tarif reduzieren.*»
2. Der Stadtrat setzt diesen I. Nachtrag in Kraft.
- II. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat Ch. Kern (SVP), R. Kleiber (EVP), St. Fritschi (FDP), H. Iseli (EDU/FPS) und M. Künzle (CVP) betreffend Überarbeitung des Beitragsreglements über die familienergänzende Kinderbetreuung wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- III. Die Interpellation A. Huber (FDP) betreffend «mangelnde Transparenz in der Asylkoordination Winterthur» wird aufgrund der stadträtlichen Beantwortung als erledigt abgeschlossen.
- IV. Die Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend Vollzug der AHV/IV-Zusatzleistungen bei der kantonalen Sozialversicherungsanstalt wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- V. Das Postulat N. Rickli (SVP) betreffend Kindertag statt Tochtertag wird an den Stadtrat überwiesen.
- VI. Das Postulat W. Badertscher (SVP) betreffend Ersatzparkplätze für das Parkhaus Arch wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- VII. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend Plakate auf öffentlichem Grund, Vertrag mit der APG wird auf-

grund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

- VIII. Das Postulat D. Kläy (FDP) betreffend Sportförderung wird an den Stadtrat überwiesen.
- IX. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat E. Leschke (SP) betreffend stündliche Busverbindung zum Bruderhaus und Eschenberg wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- X. Die Interpellation W. Badertscher (SVP) betreffend Zusammenarbeit IDW-Winterthur und der Informatikabteilung der msw-Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat D. Hauser (SP) betreffend Einsatz von Quartierpolizisten/-innen wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- XII. Die Interpellation G. Beutler (SVP) betreffend Jugendliche Gewalt in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

23. Februar 2004

- I. 1. Dem Verkauf der Liegenschaft Kat. Nr. 6881 (Parkhaus Arch) sowie des Miteigentumsanteils an der Liegenschaft Kat. Nr. 2941 (Volkshaus) für mindestens Fr. 3000.– pro Quadratmeter wird zugestimmt.
2. Die erheblich erklärte Motion Nr. 1986/084 betreffend Neuüberbauung des Archplatzes wird damit als erledigt abgeschlossen.
- II. 1. Für die baulichen Massnahmen zur Vernetzung der Primarschulhäuser mit Mittelstufenklassen und zur Einrichtung von Computerarbeitsplätzen wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein einmaliger Kredit von Fr. 2,64 Millionen bewilligt.
2. Zur Gerätebeschaffung für die Mittelstufe der Primarschule, für Unterhalt, Support und Softwarelizenzen sowie zur Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen wird ein jährlich wiederkehrender Kredit von durchschnittlich Fr. 1,13 Millionen zu Lasten der Laufenden Rechnung bewilligt. (Diese Kreditvorlage – Ziffer 1 und 2 – unterliegt der Volksabstimmung).
- III. Zuhanden der Volksabstimmung wird ein V. Nachtrag zur Gemeindeordnung betreffend Reorganisation der Vormundschaftsbehörde der Stadt Winterthur vom 26. November 1989 beschlossen.
- IV. Dem Trägerverein Strassensozialarbeit Subita Winterthur wird für den Betrieb einer mobilen Jugendarbeit für die Jahre 2004 und 2005 je ein jährlicher Beitrag von Fr. 150 000.– bewilligt. Mit dieser Neuregelung ist der früher bewilligte Beitrag von jährlich Fr. 50 000.– für den Betrieb der Strassensozialarbeit (Beschluss Nr. 2001/078 vom 8. August 2001) ab Beginn 2004 aufgehoben.
- V. Der Beitragsbeschluss Nr. 1992/104 vom 16. Dezember 1992 wird aufgehoben und der Frauenzentrale Winterthur ab 2004 neu ein jährlich wiederkehrender Beitrag in der Höhe von Fr. 85 000.– bewilligt.
- VI. Dem Verein Aids-Informationsstelle Winterthur wird für den Weiterbetrieb der Aids-Informationsstelle Winterthur im Jahr 2004 zum letzten Mal ein Jahresbeitrag von Fr. 80 000.– und in den Jahren 2005 bis 2007 ein Beitrag von jährlich Fr. 60 000.– zu Lasten der Laufenden Rechnung gewährt.

22. März 2004

- I. I. Für die Übernahme der Fernwärmeversorgung Sulzer-Oberwinterthur von der Firma Sulzer Immobilien AG und für den Ausbau des Fernheizwerkes auf dem Areal der KVA wird ein Rahmenkredit von Fr. 14 000 000.– (exkl. MWSt) zu Lasten der Investitionsrechnung Städtische Werke Fernwärme bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2003.
- II. Über die Aufteilung des Rahmenkredites in die Objektkredite entscheidet der Stadtrat.
- II. Für die Übernahme der Energieversorgung und Wärme-/Kältenetze Sulzer Areal Winterthur Zentrum und deren Betrieb durch die Städtischen Werke/Energie Contracting, wird ein Objektkredit von Fr. 9 500 000.– (exkl. MWSt) zu Lasten der Investitionsrechnung StWW/EC bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2003.
(Die Beschlüsse gemäss Ziffern I. und II. unterliegen obligatorisch der Volksabstimmung.)
- III. Für die Erarbeitung eines Gesamtverkehrskonzeptes (GVK) für Winterthur und Umgebung wird zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens ein Kredit von Fr. 450 000.– bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 31. Oktober 2003.
- IV. Folgende Verkehrsbaulinien werden revidiert: 1. Hegi-Strasse, Frauenfelderstrasse bis Sportplatz Talwiesen. 2. Wülflingerstrasse, Tellstrasse bis Schaffhauserstrasse und Neuwiesenstrasse, Wülflingerstrasse bis Ruhtalstrasse.
- V. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- VI. 1. Die zur Wahrung der Frist vom Stadtrat vorsorglich erhobene Beschwerde gegen den Entscheid der Baurekurskommission IV des Kantons Zürich BRKE IV Nr. 0115 und 0116/2003 vom 25. September 2003 wird zurückgezogen.
2. Die Grundstücke im Geviert Römerstrasse/Adlerstrasse/Seidenstrasse/Palmstrasse werden einheitlich der Quartiererhaltungszone Geiselweid – Lindstrasse (QEZ) zugewiesen.

26. April 2004

- I. Dem Verkauf des Grundstücks Kat.-Nr. 7/1849 (ehemalige Kunsteisbahn Zelgli) an die Firma L+B AG HGV mit Sitz in Winterthur zum Preis von brutto Fr. 17 520 300 wird zugestimmt.
- II. Es wird eine neue Verordnung über die Gebühren im Bauwesen erlassen.
- III. Es wird eine neue Allgemeine Polizeiverordnung (APV) erlassen.
- IV. Die Interpellation E. Leschke (SP) betreffend neue Polizeiverordnung wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- V. Die Weisung Nr. 2003/088 betreffend Reglement über die Entschädigung an Behördenmitglieder: Neuerlass des Reglements und Abschreibung der Motion Nr. 2001/072 wird an den Stadtrat zurückgewiesen.

10. Mai 2004

- I. Als Präsidentin für das Amtsjahr 2004/2005 wird Gisela Beutler-Bucher (SVP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:
- | | |
|-------------------------|----|
| ausgeteilte Stimmzettel | 59 |
| abgegebene Stimmzettel | 59 |
| leere Stimmzettel | 9 |

massgebende Stimmen	50
absolutes Mehr	26
Stimmen haben erhalten:	
Gisela Beutler-Bucher (SVP)	43
vereinzelte Stimmen	7

- II. Als 1. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2004/2005 wird Marianne Ott (SP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:
- | | |
|-------------------------|----|
| ausgeteilte Stimmzettel | 59 |
| abgegebene Stimmzettel | 59 |
| leere Stimmzettel | 17 |
| massgebende Stimmen | 42 |
| absolutes Mehr | 22 |
| Stimmen haben erhalten: | |
| Marianne Ott (SP) | 41 |
| vereinzelte Stimmen | 1 |
- III. Als 2. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2004/2005 wird Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:
- | | |
|-----------------------------|----|
| ausgeteilte Stimmzettel | 59 |
| abgegebene Stimmzettel | 59 |
| leere Stimmzettel | 22 |
| massgebende Stimmen | 37 |
| absolutes Mehr | 19 |
| Stimmen haben erhalten: | |
| Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) | 26 |
| vereinzelte Stimmen | 11 |
- IV. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als Stimmzähler P. Meier (SVP) gewählt.
 - V. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als neues Mitglied der Aufsichtskommission (AK) B. Baltensberger (SP) gewählt.
 - VI. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden als neue Mitglieder der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) M. Baumann (SVP) und B. Gruber (SP) gewählt.
 - VII. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden als neue Mitglieder der Sachkommission Hochbau (HBK) N. Albi (SVP) und B. Stettler (SP) gewählt.
 - VIII. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als neues Mitglied der Bürgerrechtskommission (BüK) Y. Beutler (SP) gewählt.

7. Juni 2004

- I. Die Interpellation St. Fritschi (FDP), Ch. Kern (SVP) und R. Schürmann (CVP) betreffend Entnahme von Fr. 1,5 Mio. aus der Kasse der Kehrichtverbrennungsanlage wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation St. Fritschi (FDP), Ch. Kern (SVP) und R. Schürmann (CVP) betreffend Strompreissenkungen für Gewerbebetriebe wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- III. Es wird festgestellt, dass das am 26. März 2004 mit jedenfalls 530 gültigen Unterschriften eingereichte Referendum gegen den Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 23. Februar 2004 betreffend Verkauf der Liegenschaften Arch und Volkshaus zustande gekommen ist.
- IV. Für den Rest der Amtsdauer 2002 – 2006 werden zusätzlich 69 Mitglieder ins städtische Wahlbüro gewählt.
- V. Vom Bericht des Stadtrates «Schulraumplanung Winterthur, Prognosen 2003 zum Schulraumbedarf» wird Kenntnis genommen.
- VI. Für den Erweiterungsbau der Heilpädagogischen Sonderschule, Michaelschule, wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein

Kredit von Fr. 7 050 000.– bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der Mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2004. (Dieser Beschluss unterliegt obligatorisch der Volksabstimmung).

- VII. 1.a Auf Beginn des Schuljahres 2004/2005 werden die Schulgelder für auswärtige Schülerinnen und Schüler der 10. Schuljahre und der Integrationskurse wie folgt festgesetzt:

Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS)

Fr. 14 000.– (inkl. Materialgeld)

Berufswahlschule (BWS) Fr. 14 000.– (inkl. Materialgeld)

Werkjahrschule (WJS) Fr. 14 000.– (inkl. Materialgeld)

Integrationskurs Fr. 8500.– (inkl. Materialgeld)

Vorintegrationskurs Fr. 6500.– (inkl. Materialgeld).

1.b Auf den Beginn des Schuljahres 2004/2005 werden die Schulgelder für in Winterthur wohnhafte Schülerinnen und Schüler der 10. Schuljahre wie folgt festgesetzt:

Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS):

Fr. 1200.– (inkl. Materialgeld)

Berufswahlschule (BWS): Fr. 1200.– (inkl. Materialgeld)

Werkjahrschule (WJS): Fr. 1200.– (inkl. Materialgeld).

2. Für alle Schülerinnen und Schüler der 10. Schuljahre und des Integrations- sowie der Vorintegrationskurse wird eine einmalige Einschreibgebühr von Fr. 100.– erhoben.

3. Der Stadtrat wird ermächtigt, diese Schulgelder regelmässig der Teuerung anzupassen.

4. Das Departement Schule und Sport kann für in Winterthur wohnhafte Schülerinnen und Schüler das Schulgeld gemäss Ziff. 1.b, entsprechend den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Erziehungsberechtigten, teilweise erlassen. Das Materialgeld wird den Eltern mindestens im bisherigen Rahmen verrechnet.

5. § 53 der Verordnung über die berufliche und hauswirtschaftliche Ausbildung vom 17. Dezember 1984 wird wie folgt geändert: Das Kursgeld für die freiwilligen Kurse wird von der Zentralschulpflege festgelegt.

- VIII. 1. a) Der Unterricht in Biblischer Geschichte, «B-Unterricht», wird in der Unterstufe der Primarschule während dem Schuljahr 2004/05 als Freifach angeboten.

1. b) Für das Angebot des Freifachs B-Unterricht in der Unterstufe während dem Schuljahr 2004/05 wird ein einmaliger Kredit von Fr. 628 000.– bewilligt.

2. a) Der Unterricht in Biblischer Geschichte, «B-Unterricht», wird in der Mittelstufe der Primarschule während dem Schuljahr 2004/05 als Freifach angeboten.

2. b) Für das Angebot des Freifachs B-Unterricht in der Mittelstufe während dem Schuljahr 2004/05 wird ein einmaliger Kredit von Fr. 628 000.– bewilligt.

21. Juni 2004

- I. Die Interpellation U. Martinelli (EVP) und M. Schwager (SP) betreffend Schaffung von 3 zusätzlichen Stellen bei der städtischen Spitex wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Ergebnisse des Generellen Entwässerungsplans (GEP) und die damit verbundene zukünftige Ausrichtung der Siedlungsentwässerung der Stadt Winterthur werden im zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.
- III. 1. Für die Projektierung des Zugangs zum Veloparkhaus Milchküchenareal der SBB AG, der ersten

Etappe der Radwegunterführung zwischen Bahnhofplatz / Veloparkhaus und Rudolfstrasse, der Instandstellung und Gestaltung des Strassenraumes Bahnhofplatz Nord, des Anschlusses des Rad- und Gehweges Bahnmeisterweg und der Verbesserung der Radwegführung stadteinwärts in der Wülflingerunterführung wird zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens ein Kredit von Fr. 485 000.– bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 31. Mai 2003.

2. Die Frist für die Beanwortung der am 14. Januar 2002 erheblich erklärten Motion (2001/051) wird bis zur Vorlage des Bauprojektes (voraussichtlich bis 31. Dezember 2005) erstreckt.

- IV. Die Rechnung 2003 wird abgenommen.

V. Die Rechnung in Bezug auf den Globalkredit, die Netto-Zielabweichung und die Zuweisung von 20 % davon an das Reservekonto der jeweiligen Organisation sowie der Jahresbericht für das Jahr 2003 werden für die 12 Pilotorganisationen der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung genehmigt.

VI. Der Geschäftsbericht 2003 wird genehmigt.

VII. Dem Verein Kinderspitem Kanton Zürich (kispex) wird unter Vorbehalt der finanziellen Beteiligung durch den Kanton Zürich für Spitex-Leistungen, welche bei kranken, behinderten und sterbenden Kindern in Winterthur erbracht werden, ein jährlich wiederkehrender Beitrag von maximal Fr. 80 000.– gewährt.

VIII. Es wird eine neue Verordnung über den Vollzug der Zusatzleistungen zur AHV/IV und die Gewährung von Gemeindezuschüssen erlassen.

28. Juni 2004

- I. Vorbehältlich der Genehmigung der Leistungserweiterung und Kostenbeteiligung durch den Zürcher Verkehrsverbund wird für den vierjährigen Versuchsbetrieb mit einer neuen Buslinie 14 (Hauptbahnhof – Rudolf Dieselstrasse – Industrie Oberwinterthur – Hegi) und der Verlegung der Buslinie 5 (Hauptbahnhof – Technorama) von der Industrie- in die Rudolf Dieselstrasse ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2004 ein Kredit von Fr. 2 960 000.– zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 732000 (Beiträge an den öffentlichen Verkehr), bewilligt.

- II. 1. Das Personalstatut vom 12. April 1999 wird wie folgt geändert (III. Nachtrag):

§ 52. Treueprämie

Abs. 1 unverändert.

Abs. 2: Der Urlaub beträgt 1 Monat bei Vollendung des 10., 15., 20., 25., 30. und 35. Dienstjahres.

Abs. 3: Auf Wunsch des oder der Angestellten, oder wenn die betrieblichen Verhältnisse den Urlaub nicht zulassen, wird die Treueprämie für das 10. bis 25. Dienstjahr maximal zur Hälfte ausbezahlt. Die Treueprämie für das 30. und 35. Dienstjahr kann nur in Form von Urlaub bezogen werden.

Abs. 4 wird aufgehoben.

2. Für Angestellte, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung von § 52 eine vorher fällig gewordene Treueprämie noch nicht voll bezogen haben, gilt bisheriges Recht.

3. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

- III. Die Weisung Nr. B2004/011 betr. IV. Nachtrag zur Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Winterthur wird abgelehnt.

IV. Im Rahmen von win.03 wird der Förderungsanerkenntnispreis für frauenfreundliche Betriebe (Gleichstellungspreis) per 31. Dezember 2003 abgeschafft (Aufhebung des Kreditbeschlusses vom 11. März 1991).

- V. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat von St. Fritschi (FDP) betreffend Kulturförderungsleitbild wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
- 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat von St. Fritschi (FDP) betreffend Gebührenerhöhung für auswärtige Bibliotheksbenutzer/-innen wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
- 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat von S. O'Brien (Grüne/AL) betreffend Lehrstellenangebote für schulisch schwächere Jugendliche wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
- 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Dem Beschlussantrag betreffend Einreichung einer Behördeninitiative zwecks Erhöhung der Anzahl der Arbeitslosentaggeldbezüge wird in der folgenden modifizierten Fassung zugestimmt:
Dem Kantonsrat wird eine Behördeninitiative eingereicht, mit welcher er aufgefordert wird, das kantonale Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung (EG AVIG) so zu ergänzen, dass 1. der Regierungsrat verpflichtet wird, dem Bund die Erhöhung der Höchstzahl der ALV-Taggelder für sechs Monate zu beantragen, sobald die Voraussetzungen gemäss Art. 41c der Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung (AVIV) im Kanton oder in einem wesentlichen Teilgebiet erfüllt sind; 2. die mit der Erhöhung der Höchstzahl der ALV-Taggelder verbundene Kostenbeteiligung des Kantons nicht den betroffenen Gemeinden überwältigt werden darf.

30. August 2004

- I. Die Interpellation D. Hauser (SP) betreffend Volksabstimmung «Sanierungsprogramm 2004», Auswirkungen auf Winterthur wird nicht dringlich erklärt und damit als erledigt abgeschlossen.
- II. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als neues Mitglied der Sachkommission TUVEK D. Kläy (FDP) gewählt.
- III. Als Mitglieder in den Stiftungsrat Winterthur – La Chaux-de-Fonds werden für die Amtsdauer 2004/2008 C. Bodmer (FDP), E. Leschke (SP) und R. Forster (Stadtverwaltung) gewählt.
- IV. Es wird festgestellt, dass das am 28. Juni 2004 mit total 21 Unterschriften eingereichte Behörden-Referendum gegen den Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 21. Juni 2004 betreffend neue Verordnung über den Vollzug der Zusatzleistungen zur AHV/IV und die Gewährung von Gemeindezuschüssen zustandegekommen ist.
- V. Der Geschäftsbericht 2003 des Ombudsmannes und des Datenschutzbeauftragten wird abgenommen.
- VI. Als Ombudsmann und Datenschutzbeauftragter für die Amtsdauer 2004/2008 wird Dr. Karl Stengel gewählt. Die Wahl des Ombudsmannes erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Tätigkeit der Ombudsstelle während der Amtsdauer auf verwaltungsexterne Beschwerden beschränkt und gleichzeitig der Beschäftigungsgrad des Ombudsmannes reduziert werden kann.
- VII. I. 1. Die Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 26. Oktober 1987 wird wie folgt geändert (VIII. Nachtrag):
Die Aufgaben der Städtischen Werke in Art. 15 VOS werden durch die Aufgabe «Telekom (Datenübertragung)» ergänzt.
- 2. Der Stadtrat setzt diesen VIII. Nachtrag in Kraft.
- II. 1. Für den Aufbau des Geschäftsbereichs «Telekom» wird ein Rahmenkredit von Fr. 5 000 000.– zulasten der Betriebsrechnung der Städtischen Werke bewilligt.
- 2. Über die Aufteilung des Rahmenkredites in die Objektkredite entscheidet der Stadtrat.
- VIII. Die Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend «Eulachpark Oberi – wie weiter?» wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IX. Die Interpellation Ch. Kern (SVP) betreffend Schnitzelheizung Schulhaus Sennhof wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- X. Die Interpellation P. Fuchs (SVP) betreffend Albanikomitee wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat M. Gfeller (Grüne/AL) und E. Schlegel (SP) betreffend Betritt der Stadt Winterthur zum Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich (SBFZ) wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
- 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- XVI. Das Postulat B. Stettler (SP) betreffend Entscheid Poststellennetz Winterthur wird infolge Rückzug als erledigt abgeschlossen.

20. September 2004

- I. 1. Der Stadtjugendmusik Winterthur wird für die Jahre 2005 bis 2008 ein jährlich wiederkehrender Beitrag von Fr. 105 000.– gewährt.
- 2. Der Stadtrat wird ermächtigt, den unter Ziff. 1 bewilligten Beitrag einmal um vier Jahre zu verlängern, sofern die Mitgliederzahl der Stadtjugendmusik im Jahr 2008 nicht unter 100 Jugendliche gesunken ist.
- 3. Der Stadtrat wird ersucht, allfällige zusätzliche Beiträge an die Stadtjugendmusik bis zum Jahr 2012 nicht in eigener Kompetenz zu gewähren, sondern freiwillig dem Grossen Gemeinderat mit dem Budget zur Genehmigung vorzulegen.
- II. Es wird ein IV. Nachtrag zum Personalstatut betreffend die Kürzung der Löhne der städtischen Angestellten um 3 % beschlossen.
- III. Für den Neubau des Landwirtschaftsbetriebs «Ifang», Gewässerschutzzone Zell, wird ein Kredit von Fr. 3 800 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung Wasserversorgung, Projekt-Nr. 20 220 (Landwirtschaftskonzept Zell), bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2004.
- IV. 1. Vom Jahr 2006 an werden die Dienststellen der Stadtverwaltung Winterthur nach den Regeln der wirkungsorientierten Verwaltungsführung planen, budgetieren und Rechnung ablegen.
- 2. Den bisherigen zwölf VOV-Pilotorganisationen (öffentliches Bibliothekswesen, Theater am Stadtgarten, Quartierkultur und Freizeitaktionen, Informationsdienste, Steueramt, Strasseninspektorat, Vermessungsamt, Melde- und Zivilstandswesen, Materialverwaltung, Sportamt, Asylkoordination, Wohn- und Pflegezentrum Oberwinterthur) sowie zusätzlich der Stadtgärtnerei und dem Forstbetrieb wird diese Form provisorisch bis Ende 2005 bewilligt.
- 3. Die städtischen Werke werden bei einem Globalkredit von Null ihre Budgets und Rechnungen in ihrer Form der Profitcenter separat vorlegen.
- 4. Die Winterthurer Verkehrsbetriebe werden bei einem Globalkredit von Null ihre Budgets und Rechnungen in der vom Zürcher Verkehrsverbund vorgeschriebenen Form vorlegen.
- 5. Es wird vorgemerkt, dass der Stadtrat vor der ersten Vorlage eines Voranschlags nach den Bestim-

mungen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung dem Grosse Gemeinderat die Gliederung der Verwaltung nach Produktgruppen und Produkten, die parlamentarischen Zielvorgaben für die Produktgruppen und die Struktur des integrierten Aufgaben- und Finanzplans zur Genehmigung sowie die Verordnung über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung zum Erlass vorlegen wird.

25. Oktober 2004

- I. Die Einzelinitiative betreffend Erhaltung der Lebensqualität von Iberg, Eidberg, Weiherhöhe, Gotzenwil, Seen, Oberseen und Sennhof durch eine finanzielle Unterstützung des Vereins «Fluglärmsolidarität» wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.
- II. Für den Innenumbau der Liegenschaft Wülflingerstrasse 239 wird ein Kredit von Fr. 400 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung des Finanzvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und mehrwertsteuerbedingten Mehr- oder Minderkosten: 2. Mai 2003.
- III. Der Stadtrat wird ermächtigt, das Grundstück Kat.-Nr. 6905 (Schenkelwiese Süd) mit einer Fläche von 10 470 m² an die Schweizerische Rückversicherungsgesellschaft mit Sitz in Zürich zum Preis von brutto Fr. 8 376 000.– zu veräussern.
- IV. 1. Für einen Erweiterungsbau am Primarschulhaus Laubegg an der Hündlerstrasse in Dätteln wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Finanzvermögens ein Kredit von Fr. 715 000.– (inkl. MwSt) bewilligt.
2. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und mehrwertsteuerbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2004.
- V. 1. Von der Kehrriechverbrennungsanlage Winterthur KVA (städtischer Betrieb mit eigener Betriebsrechnung) wird eine Standortentschädigung zu Gunsten der Stadt Winterthur (allgemeine Verwaltungsrechnung) erhoben.
2. Als Abgeltung für den gesamten bisherigen Anlagebetrieb wird die Standortentschädigung für die Jahre 2004 bis 2007 auf jährlich Fr. 1 500 000.– festgelegt und der Betriebsreserve der KVA (Konto Nr. 228079) belastet.
3. Ab dem Jahr 2008 wird die Standortentschädigung auf Fr. 2.– pro Tonne verbrannten Kehrriechs festgelegt und laufend zulasten der Betriebsrechnung der KVA erhoben. Der Stadtrat kann den Entschädigungsansatz jeweils auf Beginn eines Kalenderjahres der Teuerung anpassen; Ausgangspunkt bildet der Stand der Teuerung am 1. Juli 2004.
- VI. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- VII. Das Postulat U. Böni (SP) betreffend Temporeduktion auf Strassen zwischen Frühling und Herbst wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Das Postulat R. Kleiber (EVP) betreffend Winterthur in den Reisecar-Führer, Parkplätze für Touristen-Cars wird an den Stadtrat überwiesen.

15. November 2004

- I. Die Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend Verhinderung von gewalttätigen Demonstrationen in Winterthur wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Es wird festgestellt, dass das am 11. Oktober 2004 mit 812 gültigen Unterschriften eingereichte Referendum gegen den Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 20. September 2004 betreffend den

IV. Nachtrag zum Personalstatut betr. die Kürzung der Löhne der städtischen Angestellten um 3 % zustandegekommen ist.

- III. Es wird festgestellt, dass das am 25. Oktober 2004 mit 640 gültigen Unterschriften eingereichte Referendum gegen den Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 20. September 2004 betreffend den Kredit von Fr. 3 800 000.– für den Neubau des Landwirtschaftsbetriebs Ifang, Gewässerschutzzone Zell, zustandegekommen ist.
- IV. Die Frist für das Umsetzen der Motion M. Gfeller (Grüne/LdU/DaP), D. Hauser (SP) und St. Terzi (EVP) betreffend Ersatz für die Biotopfunktion des «Toggenburgerweiher» und Abklärung des möglichen Erholungspotentials wird ein zweites Mal, bis zum Vorliegen eines ausführungsfähigen und kreditrechtlich bewilligten kantonalen Projekts «Rückhalteraum Hegmatten» erstreckt.
- V. Die Frist für die Vorlage eines zweiten, überarbeiteten Antrags betreffend Neuerlass des Reglements über die Entschädigung an Behördenmitglieder und Abschreibung der Motion Nr. 2001/072 wird dem Stadtrat bis Ende Februar 2005 erstreckt.
- VI. Die Abrechnungen von sieben Verpflichtungskrediten werden abgenommen.
- VII. I. Für Anlagenobjekte des Betriebes Energie-Contracting (EC) wird ein zweiter Rahmenkredit von Fr. 5 000 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung StWW/EC, Konto 710540/506042, Objekt-Nr. 20261, bewilligt.
II. Über die Aufteilung des Rahmenkredites in die Objektkredite entscheidet der Stadtrat.
- VIII. 1. Die Subventionsverträge mit den folgenden drei kulturellen Institutionen werden je gemäss Vorlage des Stadtrates genehmigt und mit dem Antrag auf Gutheissung der obligatorischen Volksabstimmung unterbreitet: Musikkollegium Winterthur (Orchester Musikkollegium), Kunstverein Winterthur (Kunstmuseum Winterthur), Stiftung Technorama (The Swiss Science Center).
2. Die Subventionsverträge mit den folgenden 17 kulturellen Institutionen werden (je vorbehaltlich des fakultativen Referendums) gemäss Antrag des Stadtrates definitiv genehmigt: Historischer Verein (Museum Lindgut / Mörsburg), Fotomuseum Winterthur, Kunsthalle Winterthur, Villa Flora / Sammlung Hahnloser, Musikverband der Stadt Winterthur, Musikfestwochen Winterthur, Jazz in Winterthur, Verein LMK (Live Musik Kultur), Sommertheater, Kellertheater, Marionettentheater, Theater am Gleis, tanz in winterthur, Filmbulletin, Filmfoyer, Kurzfilmtage Winterthur, Astronomische Gesellschaft (Sternwarte Eschenberg).
3. Mit der definitiven Gutheissung der Subventionsverträge gemäss Ziffer 1 in der Volksabstimmung werden folgende Beschlüsse des Grossen Gemeinderates aufgehoben:
– Beschluss Nr. 95/051 vom 23. Oktober 1995 betreffend Ausgleichszahlungen der bisher durch den Kanton bezahlten Subventionen an das Musikkollegium und den Kunstverein;
– Beschluss Nr. 90/200 vom 8. April 1991 betreffend jährlicher Betriebsbeitrag an das Technorama von Fr. 500 000.–;
– Beschluss Nr. 43 vom 12. September 1983 betreffend jährlicher Beitrag an das Minitechnorama von Fr. 35 000.–.
- IX. 1. Für die Weiterführung der Blockzeiten während des Schuljahres 2005/06 wird ein Kredit von Fr. 1 030 000 bewilligt.
2.a Für die Weiterführung der zwölf teilautonomen

Volksschulen (TaV-Schulen) während des Schuljahres 2005/06 wird ein Kredit von Fr. 578 000.– bewilligt.

2.b Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich dieser Kredit bei einer Weiterführung der TaV-Schulversuche durch den Kanton um den vom Kanton zu übernehmenden Betrag von Fr. 273 000.– reduziert.

- X. Das Postulat E. Wettstein (SP) betreffend sportlich zum Sport wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- XI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Sportpass-Tarifierhöhung für Auswärtige wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XII. Die Interpellation A. Meier-Camenisch (FDP) betreffend Gestaltung der Studienräume der Stadtbibliothek an der Museumsstrasse wird aufgrund der städtischen Antwort als erledigt abgeschrieben.

6./13. Dezember 2004

- I. 1. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Stadt Winterthur in der Laufenden Rechnung sowie in den Investitionsrechnungen des Vermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2005 werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
2. Gestützt auf § 46 Abs. 2 lit. a) und b) sowie § 55 Abs. 1 Personalstatut wird auf die Erhöhung der Lohnstufen (Erfahrungsanteil), eine Quote für Leistungsanteile und auf die Teuerungsanpassung der Löhne verzichtet.
3. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 126 % (2004: 122 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (Fr. 24.– pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.
- II. Die Globalbudgets für das Jahr 2005 der Institutionen Bibliothekswesen, Theater am Stadtgarten, Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen, Informatikdienste, Steueramt, Strasseninspektorat, Vermessungsamt, Melde- und Zivilstandswesen, Materialverwaltung, Sportamt, Asylkoordination, Wohn- und Pflegezentrum Oberi, Stadtgärtnerei und Forstbetrieb werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
- III. Als Mitglieder der Theaterkommission für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: Y. Beutler (SP), F. Hofmann (SVP), R. Werren (FDP) und W. Germann (CVP).
- IV. Als Mitglieder der Kunstkommission für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: E. Hefti (SP), D. Hoehn (SVP) und St. Piotrowski (FDP).
- V. Als Mitglieder der Sportkommission für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: H. Strahm (SP), E. Wettstein (SP), W. Langhard (SVP) und N. Gugger (EVP).
- VI. Als Mitglieder der Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: N. Dorizzi (SP), P. Wernli (SP), W. Steiner (SVP), U. Künsch (FDP), M. Künzle (CVP), R. Kleiber (EVP) und M. Stauber (Grüne).
- VII. Der Beschlussantrag R. Werren (FDP) betreffend Änderung der Verordnung über den Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsmann) wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Der Beschlussantrag R. Kleiber (EVP) und H. Iseli (EDU) betreffend Vermittlungstätigkeit der Ombudsstelle für die städtischen Angestellten wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- IX. Für die Verlegung der Pünten von der Frauenfelderstrasse auf den Rietberg und zum Rietgraben wird ein Kredit von Fr. 1 900 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung der Deponie Riet, Projekt-Nr. 20 241, bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 30.04.2004.
- X. Die Motion E. Leschke (SP) betreffend Erhaltung und Umzonung von Kleinst- und Kleinpärken wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- XI. Das Postulat J. Würzler (SP) betreffend Unterschutzstellung des Sulzerhochhauses wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- XII. Das Postulat E. Wettstein (SP) betreffend Velohelmschliessfächer am Hauptbahnhof wird an den Stadtrat überwiesen.
- XIII. Das Postulat G. Schmid (SP) betreffend Geschlechtergerechtigkeit bei den städtischen Ausgaben wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- XIV. Das Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Verkauf der städtischen Rebbetriebe wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.

Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates

Die Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates tagte zur Behandlung der Gesuche an folgenden Daten:

19. Januar 2004	23 Bewerber/innen	11 mit Ehepartner/in	27 Kinder
23. Februar 2004	25 Bewerber/innen	13 mit Ehepartner/in	23 Kinder
22. März 2004	29 Bewerber/innen	14 mit Ehepartner/in	38 Kinder
26. April 2004	26 Bewerber/innen	7 mit Ehepartner/in	20 Kinder
7. Juni 2004	47 Bewerber/innen	14 mit Ehepartner/in	30 Kinder
28. Juni 2004	14 Bewerber/innen	7 mit Ehepartner/in	22 Kinder
30. August 2004	27 Bewerber/innen	14 mit Ehepartner/in	43 Kinder
20. September 2004	30 Bewerber/innen	15 mit Ehepartner/in	33 Kinder
25. Oktober 2004	30 Bewerber/innen	11 mit Ehepartner/in	34 Kinder
15. November 2004	30 Bewerber/innen	12 mit Ehepartner/in	31 Kinder
6. Dezember 2004	23 Bewerber/innen	7 mit Ehepartner/in	19 Kinder

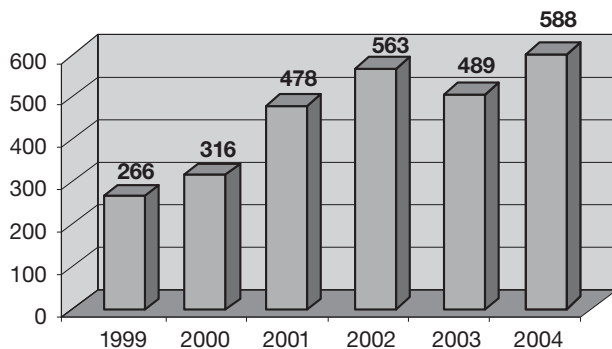
Die Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates hat damit insgesamt 11 (12) Sitzungen abgehalten. An diesen 11 Sitzungen wurden 248 (213) Bewerber und Bewerberinnen ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen. Mit eingebürgert wurden dabei 95 (86) Ehepartner/innen und 245 (190) Kinder, insgesamt somit 588 (489) Personen.

Die Gesuchsteller und Gesuchstellerinnen wurden vorgängig durch die Bürgerrechtskommission (BüK) an 23 (20) Sitzungen zu einer mündlichen Befragung eingeladen, um einen persönlichen Eindruck von den betreffenden Personen und ihrer Eignung zur Einbürgerung zu gewinnen. Ein Teil der Bewerber und Bewerberinnen konnte gemäss Verordnung ohne Befragung zur Aufnahme empfohlen werden, während 55 (53) Gesuche wegen offensichtlich ungenügender Kenntnisse um ein oder gar zwei Jahre zurückgestellt und 1 (5) Gesuch definitiv abgelehnt werden mussten.

Die neuen Bürger und Bürgerinnen stammen aus folgenden Ländern:

Serbien-Montenegro 259; Türkei 88; Bosnien-Herzegowien 65; Sri Lanka 44; Mazedonien 29; Kroatien 25; Italien 18; Vietnam 8; Philippinen 8; Bulgarien 7; Slowakei 6; China 5; Frankreich 4; Laos und Brasilien je 3; Portugal, Spanien, Pakistan, Afghanistan, Indien und Marokko je 2; Rumänien, Dominikanische Republik, Südafrika und Syrien je 1.

Einbürgerungen (Gesamtpersonenzahl)



Der Stadtrat

Der Stadtrat setzte seine Tätigkeit auf der Linie der Legislaturschwerpunkte 2002–2006 fort. Obwohl das Jahr von einem grossen Spardruck geprägt war, konnten im Sinne der Zielsetzungen zahlreiche wichtige Vorhaben eingeleitet oder umgesetzt werden.

Gemäss den Legislaturschwerpunkten standen auch im Berichtsjahr die Bemühungen für eine wirtschaftliche Erstarkung der Stadt im Vordergrund. Ein wichtiger Meilenstein bildete dabei die Abstimmung über den Verkauf der Liegenschaften Arch und Volkshaus. Mit einer Zweidrittelmehrheit folgten die Stimmberechtigten dem Antrag des Stadtrates, dieses Areal für eine neue Nutzung an private Investoren zu verkaufen, welche eine Geschäfts- und Wohnüberbauung von hoher städtebaulicher Qualität errichten wollen. Diese Neunutzung des Arch-Areals bedeutet eine Aufwertung des Stadtzentrums und setzt bezüglich der Winterthurer Stadtentwicklung ein positives Zeichen.

Nebst der Neunutzung des Arch-Areals sind auch die Entwicklungen auf dem Sulzer-Areal Stadtmittte sowie zahlreiche Signale aus der Privatwirtschaft deutliche Zeichen für eine wirtschaftliche Belebung in der Stadt Winterthur. Der Stadtrat unterstützt und fördert diese Entwicklung im Rahmen seiner Möglichkeiten und steht in Kontakt mit verschiedensten Ansprechpartnern der Wirtschaft. Die Aufarbeitung des städtischen Liegenschaftensportefeuilles, die Formulierung einer Wohnbaupolitik, die verbesserte Schulraumplanung sowie die Entwicklung eines neuen regionalen Gesamtverkehrskonzeptes sind Elemente, welche auf verschiedensten Ebenen zur Stadtentwicklung beitragen.

Sehr rege blieb auch die Wohnbautätigkeit. Winterthur ist eine der wenigen Schweizerstädte, die nach wie vor ein Wachstum aufweisen; 2004 stieg die Bevölkerungszahl über 95 000 Personen.

Noch nicht umgesetzt haben sich die positiven Entwicklungen auf die Beschäftigungslage, die mit einer Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent nach wie vor unbefriedigend ist. In der Folge entstehen hohe Aufwendungen für die Sozial- und Wirtschaftshilfe, welche die Stadtkasse stark belasten.

Um für die Anliegen Winterthurs Verständnis und Unterstützung zu finden, pflegte der Stadtrat während des ganzen Jahres vielfältige Kontakte mit kantonalen und kommunalen Exekutiven sowie mit Parlamentariern. Wichtige Anliegen betrafen den öffentlichen Verkehr (Engpass Zürich–Winterthur), den Individualverkehr (Südstumfahung Winterthur und Sofortmassnahmen auf der A1) sowie die grossen sozialen Aufwendungen, welche bei den Städten anfallen.

Wenn es darum geht, in Winterthur neue Firmen anzusiedeln und damit zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, so spielen die Standortqualitäten eine bedeutende Rolle. Das breite kulturelle Angebot von überdurchschnittlicher Qualität ist dabei eine grosse Stärke von Winterthur. Die im Berichtsjahr neu abgeschlossenen Subventionsverträge mit 20 kulturellen Institutionen bilden dazu eine wichtige Grundlage. Ebenso massgebend ist ein hoch stehendes Bildungsangebot, von einer zeitgemäss ausgestalteten Volksschule bis zur Zürcher Hochschule Winterthur, deren positive Weiterentwicklung dem Stadtrat ein grosses Anliegen ist.

Unbefriedigend verlief für den Stadtrat die weitere Entwicklung in der Fluglärmfrage, wo es darum geht, sich gegen die Umsetzung des vom Regierungsrat forcierten Projekts «Relief» zu wehren. Dieses Raumplanungskonzept hätte zur Folge, dass Winterthur massiv mehr Fluglärm zu ertragen hätte. Der Stadtrat vertritt die Hal-

tung, dass am historisch gewachsenen Flugsverkehrsregime des Flughafens Zürich festzuhalten ist. Der gekröpte Nordanflug soll daher raschmöglichst realisiert werden, damit der Osten und der Süden von Fluglärm entlastet werden. Ferner setzt sich der Stadtrat für eine Begrenzung der Flugbewegungen auf 320 000 pro Jahr ein und befürwortet eine achtstündige Nachtruhe. Ein weiterer Pistenausbau in Kloten wird abgelehnt. Der Stadtrat setzt sich zusammen mit der mittlerweile 70 Gemeinden umfassenden «Region Ost» für diese Forderungen ein.

Viele Geschäfte und Handlungen des Stadtrates waren von der Finanzknappheit geprägt. Die wegen Steuerausfällen und Steuersenkungen prekäre Finanzlage erforderte eine ganze Reihe von einschneidenden Massnahmen. Beim Sparprogramm win.03 konnten die Einzelmassnahmen weitestgehend umgesetzt werden und die zahlreichen Projekte befinden sich planungsgemäss in Bearbeitung.

Trotzdem ergab sich bei der Budgetierung erneut ein hoher Fehlbetrag. Um für 2005 den gesetzlich vorgeschriebenen Budgetausgleich zu erzielen, sah sich der Stadtrat gezwungen, dem Parlament eine über den Maximalsteuereffuss hinausgehende Steuererhöhung um drei Prozent sowie eine auf zwei Jahre befristete Kürzung der Löhne für das städtische Personal um ebenfalls drei Prozent zu beantragen. Inzwischen laufen die Vorbereitungen für ein neues Sparpaket für die Haushaltsanierung ab 2007.

Mit dem Ziel der Effizienzsteigerung wurden in der ganzen Stadtverwaltung zahlreiche grössere und kleinere Reorganisationsprojekte durchgeführt. Ein wichtiger Grundsatzentscheid wurde vom Grossen Gemeinderat in der zweiten Jahreshälfte mit der Zustimmung zur Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) gefällt. Nach der erfolgreichen Pilotphase von 12 Verwaltungseinheiten soll ab 2006 die ganze Stadtverwaltung nach den WoV-Grundsätzen arbeiten. Die entsprechenden Vorbereitungen – in enger Zusammenarbeit mit den parlamentarischen Kommissionen – sind in vollem Gang.

Den Stimmberechtigten wurden 2004 insgesamt sieben Vorlagen unterbreitet, die alle im Sinne der Anträge von Stadtrat und Grosse Gemeinderat entschieden wurden.

Nebst den wöchentlichen Mittwochsitzungen führte der Stadtrat zusätzlich monatlich je eine Donnerstagsitzung durch und zog sich zur vertieften Themenbehandlung zweimal zu einer Klausurtagung und einmal zu einem Weiterbildungsseminar zurück.

Die Berichte der einzelnen Departemente in diesem Geschäftsbericht enthalten ergänzende und vertiefende Informationen zu diesen Schwerpunkten der stadträtlichen Tätigkeit.

Stadtkanzlei

Während im Vorjahr die Geschäftszahlen der Stadtkanzlei generell angestiegen sind, zeigen die Werte dieses Jahres keine einheitliche Tendenz: Die Zahl der Einbürgerungen durch die Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates erreichte einen absoluten Höchststand, diejenige der neu eingereichten Gesuche ging dagegen merklich zurück. Der Informationsdienst verbreitete etwas weniger schriftliche Medienmitteilungen, konnte aber gleichzeitig zu rund 50 Prozent mehr Anlässen für die Medien einladen. Das Sekretariat des Grossen Gemeinderates hatte deutlich mehr Kommissionssitzungen zu betreuen, schaffte es aber dennoch, dank Verstärkung des elektronischen Versandes den Papierverbrauch für die Parlamentsgeschäfte nochmals beträchtlich zu senken. Leicht zugenommen hat die Zahl der bearbeiteten und ausgefertigten Geschäfte im Sekretariat des Stadtrats. Eine Höchstzahl an Teilnehmenden verzeichnete die diesjährige Jungbürgerfeier.

Unter verschiedenen Aspekten war die Stadtkanzlei in diesem Jahr besonders mit Fragen der Informatik und Telekommunikation beschäftigt: Der Informationsdienst wie auch die übrigen Kanzleidienste können eine Zunahme der elektronischen Anfragen feststellen und setzen ihrerseits auch immer stärker elektronische Arbeits- und Übermittlungsmittel ein. Nebst dem elektronischen Versand werden dabei vor allem auch die Inter-, Intra- und Extranet-Angebote laufend gepflegt und weiter entwickelt. Für den Bereich Einbürgerungen ist zudem im Laufe des Jahres ein elektronisches Geschäftsverwaltungssystem evaluiert und zur Betriebsreife gebracht worden. Sehr interessiert ist die Stadtkanzlei aber auch an einem gesamtstädtischen elektronischen Geschäftsverwaltungssystem; sie hat sich darum auch aktiv an den Vorarbeiten für ein entsprechendes Pilotprojekt der Informatikdienste beteiligt.

Unter dem Vorsitz des Stadtschreibers versammelte sich im vergangenen Jahr die Konferenz der Departementssekretärinnen und -sekretäre zu vier Sitzungen, an denen neben den laufenden Geschäften speziell die Themen «Informatikstrategie», «Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Intergration» sowie «Archivierung/Registrierungspläne» behandelt wurden. Das Treffen mit den Kolleginnen und Kollegen der Stadt Zürich bot erstmals Gelegenheit, Themen von beiderseitigem Interesse in kleineren Gruppen gemeinsam zu bearbeiten.

Für die Erweiterte Ratsleitung bereitete der Stadtschreiber im Jahr 2004 speziell den Bericht zum Beschlussantrag betreffend Einreichung einer Behördeninitiative zwecks Erhöhung der Anzahl der Arbeitslosen-Taggeldbezüge vor. Die entsprechende Initiative hat der Grosse Gemeinderat am 28. Juni zuhanden des Kantonsrats gutgeheissen.

Vom Parlament abgelehnt wurde dagegen die win.03-Vorlage, welche die Stadtkanzlei im Auftrag des Stadtrates für eine Abschaffung der Gebührenreduktionen im Einbürgerungswesen ausgearbeitet hatte. Eine weitere, auf eine gemeinderätliche Motion zurückgehende und ebenfalls von der Stadtkanzlei vorbereitete Weisung – die Vorlage für einen Neuerlass des Behördenentschädigungsreglements – hat das Parlament zur Überarbeitung an Stadtrat und Verwaltung zurückgewiesen.

Abstimmungen und Wahlen

Ende 2004 waren in Winterthur 26 866 (Vorjahr 26 242) Männer und 31 871 (31 392) Frauen, insgesamt somit 58 737 (57 634) Stimm- und Wahlberechtigte, gemeldet. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hatten an 4 (4)

Urnengängen über 13 (11) eidgenössische, 3 (12) kantonale und 7 (4) städtische, total also über 23 (27) Sachvorlagen zu entscheiden.

Die Stimmbeteiligung lag dabei zwischen 60,2 Prozent (Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation) und 39,9 Prozent (Verordnung über den Vollzug der Zusatzleistungen zur AHV/IV und die Gewährung von Gemeindezuschüssen).

Ein in der Kreisschulpflege Winterthur-Stadt vakant gewordener Sitz konnte am 8. Februar 2004 im ersten Wahlgang besetzt werden. In stiller Wahl wurden im Geschäftsjahr insgesamt 12 Mitglieder der Kreisschulpflegen sowie 10 Mitglieder der evangelisch-reformierten Kirchenspflügen gewählt. In der evangelisch-reformierten Kirchenspfluge Winterthur-Seen wurde überdies in stiller Wahl ein bisheriges Mitglied der Behörde zu deren Präsidentin gewählt.

Einbürgerungen

Im Berichtsjahr ging die folgende Anzahl Gesuche von Ausländern und Ausländerinnen um Einbürgerung in der Stadt Winterthur ein:

im Ausland geborene	246 (Vorjahr 352)
im Ausland geborene, zwischen	
16 und 25 Jahre alt	55 (Vorjahr 75)
in der Schweiz geborene	91 (Vorjahr 104)
Total eingereichte Gesuche	
von Ausländerinnen/Ausländern	392 (Vorjahr 531)

Der bürgerlichen Abteilung des Grossen Gemeinderates wurden 265 (Vorjahr 284) Weisungen um Aufnahme in das Bürgerrecht unterbreitet.

Die bürgerliche Abteilung des Stadtrates hat in eigener Kompetenz 89 (113) in der Schweiz geborene ausländische Personen in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen. Aufgrund von § 21 des Gemeindegesetzes wurden durch den Stadtrat 73 (61) im Ausland geborene Personen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren mit mindestens fünf Jahren Schulbildung in einer der Landessprachen in der Schweiz in das Bürgerrecht von Winterthur aufgenommen. Die insgesamt in der Kompetenz des Stadtrates eingebürgerte Anzahl von Ausländern beläuft sich somit auf 162 (174). Ebenfalls in eigener Kompetenz wurden durch den Stadtrat im Berichtsjahr 66 (65) Schweizerinnen und Schweizer in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen.

Jungbürgerfeier

Die diesjährige Jungbürgerfeier wurde bereits das fünfte Mal nach dem neuen Konzept durchgeführt; eine zweiteilige Feier für die Jungbürgerinnen und Jungbürger des Jahrganges 1986 unter Mithilfe der Jungparteien. Im ersten Teil, der wieder im Stadthaus stattfand, wurden die Rechte und Pflichten der zu Staatsbürgern- und -bürgerinnen gewordenen 18-Jährigen mit einer Ansprache des Stadtpräsidenten gewürdigt. Eine von Karin Landolt moderierte Gesprächsrunde mit Mitgliedern des Stadtrates sowie Vertreterinnen und Vertretern der in Winterthur politisch aktiven Jungparteien ergänzte das Programm. Der zweite Teil fand in Form einer Volljährigkeitsparty mit Unterhaltung und Verpflegung in der Reithalle statt. Dazu wurden – nebst den Begleitpersonen der Jungbürgerinnen und Jungbürger – auch die in Winterthur wohnhaften 18-jährigen Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung B oder Niederlassung C eingeladen. Das Programm bestand aus einem Buffet des Wohn- und

Pflegezentrums Oberwinterthur mit kulinarischen Köstlichkeiten, Informations- und Kontaktständen von Politik- und Jugendorganisationen und Auftritten der Winterthurer Newcomerbands «My Name Is George», «Mester Stoorworm» und «Bloom». Der Unterhaltungsteil wurde moderiert durch Cécile von Radio VIVA. Die Animationstheatergruppe «Harul's Top & Service» rundete das Unterhaltungsangebot mit humorvollen Interviews ab, welche gegen Ende der Feier als Film präsentiert wurden. Wie vergangenes Jahr wurde eine Umfrage zur Jungbürgerfeier, verbunden mit einem Wettbewerb, durchgeführt. Die Preise wurden von Partnerstädten und verschiedenen Winterthurer Firmen gesponsert. Auf die Einladung an 778 Schweizerinnen und Schweizer, 187 Ausländer und Ausländerinnen mit Niederlassung C und 19 Ausländer und Ausländerinnen mit Aufenthaltsbewilligung B haben sich zum ersten Teil 388 Personen und zum zweiten Teil 508 Personen angemeldet.

Sekretariat Grosser Gemeinderat und Stadtrat

Das Sekretariat Grosser Gemeinderat nahm 139 (Vorjahr 145) Versände an den Grossen Gemeinderat (GGR), dessen Kommissionen, sowie Medien und Abonnenten vor. Die gedruckte Auflage der Geschäfte des GGR (Weisungen und Vorstösse) konnte aufgrund des elektronischen Versandangebotes weiter auf 220 (240) Exemplare reduziert werden. Zusammen mit den übrigen Unterlagen (Sitzungseinladungen, Sitzungsprotokolle, Kommissionsunterlagen usw.) für den GGR bedeutete dies im Jahr 2004 eine Menge von 386 091 (477 597) Blatt Papier. Gesamthaft konnte die Anzahl Kopien weiter auf 643 588 (821 427) reduziert werden. Für rund 95 % dieser Menge wird Recycling-Papier verwendet. Hochweisses Papier wird vorwiegend für Drucksachen, welche archiviert werden müssen, benötigt.

Die Stadtkanzlei hat 43 (Vorjahr 44) Stadtratssitzungen vor- und nachbereitet und dabei 2684 (2558) Stadtratsgeschäfte verarbeitet. Zur Ausfertigung gelangten 657 (569) Stadtratsbeschlüsse und 396 (433) Stadtratsbriefe.

Abstimmungen 2004

Städtische Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	Stimmende	Ja	Nein	Leer	Ungültige	%
16. Mai	1. Reorganisation der Vormundschaftsbehörde (V. Nachtrag zur Gemeindeordnung)	29 127	20 823	6 110	1 919	275	50.2
	2. Computer für die Mittelstufe der Primarschule	29 586	17 436	11 156	709	285	51.0
	3. Übernahme der Energieversorgungsanlagen auf dem Sulzer-Areal Stadtmitte	29 224	21 981	5 873	1 091	279	50.4
	4. Übernahme der Fernwärmeversorgung Sulzer Oberwinterthur und Ausbau des Fernheizwerks	29 217	22 015	5 818	1 106	278	50.3
26. September	1. Verkauf der Liegenschaften Arch und Volkshaus zum Mindestpreis von 3000 Franken pro Quadratmeter	34 596	22 630	10 590	981	395	59.2
	2. Erweiterung der Michaelschule in Seen (Kredit von Fr. 7 050 000.-)	34 360	24 952	8 338	675	395	58.7
28. November	1. Verordnung über den Vollzug der Zusatzleistungen zur AHV/IV und die Gewährung von Gemeindefzuschüssen	23 433	11 482	11 219	510	222	39.9

Kantonale Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	Stimmende	Ja	Nein	Leer	Ungültige	%
16. Mai	1. Steuergesetz (Änderung: Wiedereinführung eines Altersabzugs)	29 519	11 903	16 852	478	286	50.9
26. September	1. Gesetz über den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung (Sanierungsprogramm 04)	33 549	14 065	16 336	2 767	381	57.4
	2. Volksinitiative «Höhere Kinderzulagen für alle»	34 436	13 045	20 352	644	395	58.9

Informationsdienst

Der Informationsdienst veröffentlichte 369 Medienmitteilungen (Vorjahr 412), welche über die Tätigkeit von Stadtrat und Stadtverwaltung informierten. Zudem wurden die Medienschaffenden zu 93 (61) Anlässen (Medienkonferenzen, Präsentationen, Würdigungen usw.) eingeladen. Der Informationsdienst ist Anlauf- und Auskunftsstelle für die Medienschaffenden, doch kommen – vor allem auf dem elektronischen Weg – auch immer mehr externe Anfragen aus der Bevölkerung, die es zeitgerecht zu beantworten gilt.

Die zweimonatlich erscheinende Personalzeitung, die Koordination von vier Abstimmungszeitungen sowie die laufende Mitwirkung an der inhaltlichen Informationsaufarbeitung im Internet bildeten weitere Schwerpunkte der Tätigkeit. Betreut wurde ferner das Projekt «Kundenorientierte Verwaltung (KoV)», bei dem es um die Koordination der Öffnungszeiten, verbesserten Online-Dienstleistungen, schnelle Bewilligungsverfahren sowie generelle Verhaltensregeln im Umgang mit Kundinnen und Kunden geht.

Behördenverkehr/Empfänge

Die Stadtkanzlei organisierte wieder gegen 100 kleinere und grössere Anlässe. Nebst den wiederkehrenden Empfängen und Feierlichkeiten wurden auch Besucher und Besucherinnen aus Georgien und USA empfangen. Die Treffen mit Behörden von Pilsen, La Chaux-de-Fonds, Yverdon-les-Bains, Schaffhausen, St.Gallen und Zürich hatten partnerschaftlichen oder nachbarschaftlichen Charakter. Halbjährlich wurden im Stadthaus wieder Empfänge für Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen durchgeführt. Erwähnenswert sind die Feiern für sportliche Erfolge. Geehrt wurden Daniel Borak als Junioren-Weltmeister im Steptanz, Paul Looser und Peter Jiricek als Vizeweltmeister im Radball, Patrick Heuscher und Stefan Kobel als Schweizer Sportteam des Jahres und das Unihockey-annerinnenteam Red Ants Rychenberg als Schweizermeisterinnen.

Eidgenössische Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	Stimmende	Ja	Nein	Leer	Ungültige	%
8. Februar	1. Gegenentwurf der Bundesversammlung zur zurückgezogenen Volksinitiative «Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen»	29 813	9 359	19 856	215	383	50.5
	2. Änderung vom 13. Dezember 2002 des Obligationenrechts (Miete)	29 686	10 258	18 354	692	382	50.3
	3. Volksinitiative vom 3. Mai 2000 «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter»	29 636	14 775	14 028	450	383	50.2
16. Mai	1. Änderung vom 3. Oktober 2003 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (11. AHV-Revision)	31 398	10 889	19 894	314	301	53.0
	2. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze	31 412	12 548	18 232	332	300	53.0
	3. Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung der der Stempelabgaben	31 383	10 240	20 520	322	301	53.0
26. September	1. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation	35 954	16 958	18 239	334	423	60.2
	2. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über den Bürgerrechtserwerb von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation	35 920	18 645	16 566	285	424	60.1
	3. Volksinitiative vom 26. April 2002 «Postdienst für alle»	35 610	15 308	18 711	1 171	420	59.6
	4. Änderung vom 3. Oktober 2003 des Bundesgesetzes über die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivilschutz	35 898	20 484	14 616	376	422	60.1
28. November	1. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)	24 305	14 464	8 854	719	268	40.5
	2. Bundesbeschluss vom 19. März 2004 über eine neue Finanzordnung	24 300	17 487	5 846	701	266	40.5
	3. Bundesgesetz vom 19. Dezember 2003 über die Forschung an embryonalen Stammzellen (Stammzellenforschungsgesetz, StFG)	24 475	14 364	9 420	420	271	40.8

Departement Kulturelles und Dienste

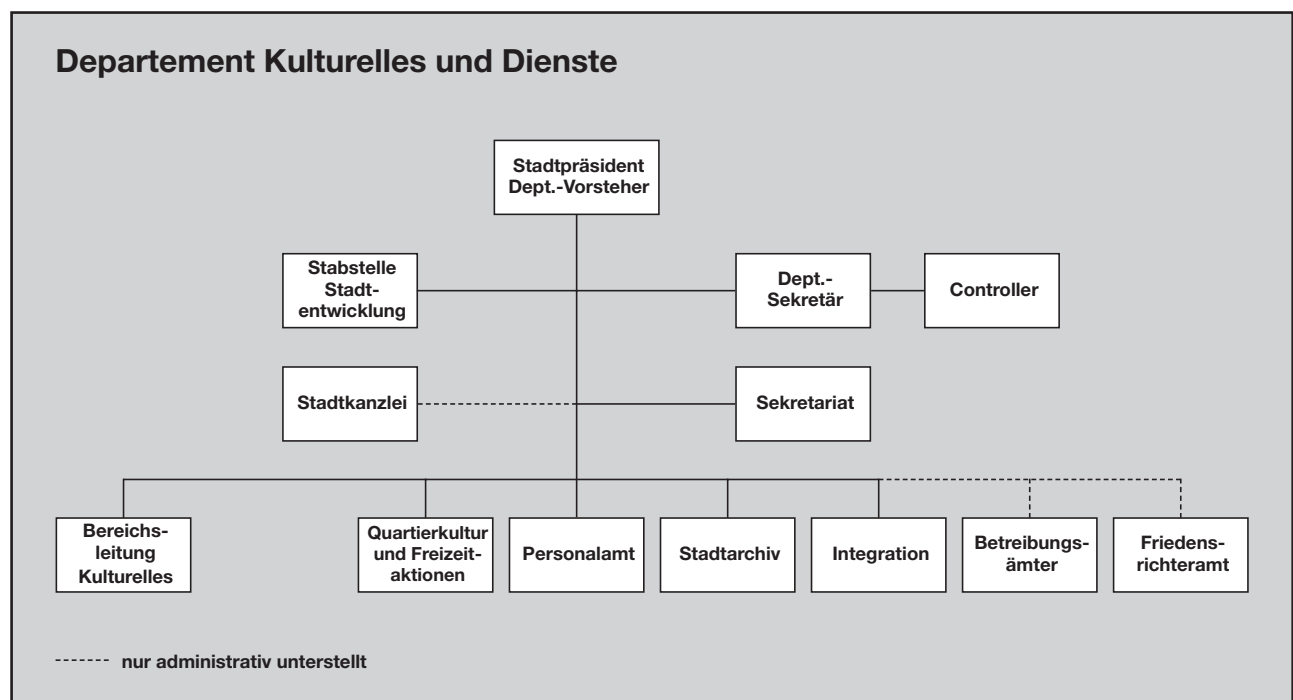
Der Einsatz für eine nachhaltige wirtschaftliche Belebung der Stadt Winterthur bildete auch im Berichtsjahr das wichtigste Ziel der Stadtentwicklung. Allerdings stellt sich der Wunsch nach einer Forcierung dieser Bestrebungen angesichts der finanziellen Situation Winterthurs oft als schwieriges Unterfangen heraus. Das zwingt den Stadtrat die finanziellen Mittel gezielt dort einzusetzen, wo sie längerfristig den höchsten Nutzen bringen. Wo dieser Nutzen liegt, darüber sind die Meinungen verständlicherweise häufig geteilt. Wer das Risiko solcher Investitionen aber scheut, hat keine Chance auf eine baldige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Situation. Erfreulicherweise gibt es deutliche Hinweise, dass die bisherigen Anstrengungen bereits Früchte tragen und bei der Bevölkerung auf positives Echo stossen. Der Aufbruch wird am deutlichsten sichtbar in der Wiederbelebung der Industriebrache Sulzer Stadtmitte. Die angestrebte und bereits erzielte Mischung zwischen Gewerbe, Bildung und Wohnraum wurde einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht anlässlich der Tage der offenen Tür unter dem Motto «Frühling auf dem Sulzer Areal» und ganz spektakulär mit den Lichttagen gegen Ende Jahr. Mittels eines Architekturwettbewerbs wurden zudem die Möglichkeiten geprüft, um das Sulzergelände trotz den Bahngeleisen besser mit der Altstadt zu verbinden. Noch kurz vor Jahresende wurde auch mit den Renovationsarbeiten am markantesten Gebäudes in Winterthur begonnen – dem ehemaligen Sulzerhochhaus.

Als einen der grössten Erfolge darf die deutliche Zustimmung des Volkes zur geplanten Überbauung des Archareals gewertet werden. Damit hat die seit Jahren anhaltende Diskussion um die Zukunft des Archareals und des Volkshauses endlich einen wichtigen Schritt im Hinblick auf eine konstruktive Lösung getan. Am Beispiel Archareal wird auch deutlich, wie sich die Zusammen-

arbeit zwischen privaten Unternehmen und der Stadt für beide Seiten positiv entwickeln kann. Für weitere solche Projekte konnten zumindest die Weichen gestellt werden. Zu erwähnen ist z.B. der geplante Eulachpark in Oberwinterthur.

Im Departement Kulturelles und Dienste stellte die Erneuerung der Subventionsverträge für die kulturellen Institutionen ein besonders heikles Unterfangen dar, galt es doch eine Lösung zu finden, bei der letztlich eine Weiterführung der bewährten Institutionen möglich sein sollte, aber bevorzugt auch junge kulturelle Einrichtungen mit Ausstrahlung über Winterthur hinaus eine Chance erhalten sollten. Gleichzeitig musste ein namhafter Betrag eingespart werden. Die Verhandlungen mit den einzelnen Kulturinstitutionen gestalteten sich entsprechend schwierig und zogen sich in die Länge. Zudem erfordern die Verträge mit den drei grössten Kulturinstitutionen, dem Musikkollegium, dem Kunstmuseum und dem Technorama noch die Zustimmung der Volksabstimmung.

Das Personalamt war mit diversen Änderungen des Personalrechts ebenfalls gefordert. Diese bildeten einen gewichtigen Teil der Sparmassnahmen im Rahmen des «win03»-Paketes. Eine erste Änderung betraf die Regelung der Treueprämie (Dienstaltersgeschenk). Der stadt-rätliche Antrag wurde im Parlament zugunsten einer Version fallen gelassen, die den Anspruch auf einen ganzen Monat Urlaub beliess, aber die Barauszahlung einschränkte. So kann künftig bis zum 25. Dienstjubiläum nur noch die Hälfte ausbezahlt werden. Bei höheren Dienstjubiläen ist sogar der ganze Anspruch in Form von Ferien zu beziehen. Auf Betroffenheit, zum Teil sogar auf heftige Ablehnung, stiess der Antrag auf Lohnreduktion um 3 Prozent für zwei Jahre. Die rechtlichen Abklärungen und Beschlüsse, die dazu notwendig waren, waren aufwändig und haben das Personalamt gefordert. Erfreulich war hin-



gegen das Interesse an der zentralen Weiterbildung. Die Anmeldungen für die einzelnen Kurse haben deutlich zugenommen. Speziell ausgebaut wurde das Weiterbildungsangebot im Bereich Gleichstellung. Der Stadtrat hat schliesslich der grossen Nachfrage an Ausbildungsplätzen für Jugendliche Rechnung getragen und die Zahl der Lehrstellen um 32 Plätze erhöht.

Die Fachstelle für Integration hat in verschiedenen Projekten mitgewirkt, zum Teil gemeinsam mit der Stadtentwicklung und der Abteilung für Quartierkultur und Freizeitaktionen (z.B. bei den Quartierveranstaltungen Wässerwiesen und Hegi). Sie ist auch regelmässig vertreten im Ausländerbeirat. Was die Abteilung für Quartierkultur und Freizeitaktionen betrifft, so ist ihr Integrationsprojekt im Quartier Gutschick–Mattenbach erwähnenswert, ebenso der Abschluss der Umbauarbeiten im Quartierzentrum Seen und die Mitwirkung am Freiwilligenfest. Trotz reduziertem Angebot bei den Ferienkursen hat das Interesse der Kinder zugenommen, so dass letztlich sogar mehr Kinder als vorher daran teilgenommen haben.

Stabsstelle Stadtentwicklung

Die Stabsstelle Stadtentwicklung hat primär die Aufgabe, den Stadtpräsidenten in Fragen der Stadtentwicklung zu unterstützen und alle relevanten Anstrengungen in den übrigen Departementen auf dieses Ziel hin zu koordinieren. Ein wichtiges Führungs- und Koordinationsinstrument ist dabei die stadträtliche Stadtentwicklungskommission, deren Geschäftsführung der Stabsstelle obliegt. Mit dem Ziel die Stadtentwicklung schlagkräftiger zu machen, wird als Resultat einer externen Überprüfung die Abteilung Stadtentwicklung des Stadtplanungsamtes im Departement Bau auf den 1.1.2005 in die Stabsstelle Stadtentwicklung integriert, und die vorgängig stark auf Baufragen orientierte Stadtentwicklungskommission – sie tagte durchschnittlich alle drei Wochen – breiter ausgerichtet. Neben der Beschäftigung mit Baufragen werden in der Kommission nun vermehrt auch wirtschaftliche, finanzielle, soziale und gesellschaftliche Aspekte berücksichtigt und miteinander in Beziehung gesetzt.

Im Hinblick auf eine Neuformulierung der stadträtlichen Wohnungspolitik wurden die notwendigen Grundlagen erhoben und analysiert. Das Papier soll im 2005 kommuniziert und anschliessend umgesetzt werden. Zusammen mit dem Büro für Quartierkultur wurden die neuen Einwohnerinnen und Einwohner in den beiden grossen

Bachmann-Siedlungen «Wässerwiesen» in Wülflingen und «Im Gern» in Hegi begrüsst und von der Stadt und den Quartiervereinen über alle Quartieraktivitäten informiert. Kurzberichte halten die Zusammensetzung der neuen Einwohnerschaft fest.

Gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt wurde zur Entwicklung des Gebietes Zeughaus-Teuchelweiher ein Leitbildprozess konzipiert, mit dem Stadtrat zusammen die Vision entwickelt und in einem Leitbild und Pflichtenheft festgehalten. Der Stadtentwicklung obliegt die Gesamtkoordination aller Teilprojekte. Das Leitbild wurde anlässlich einer öffentlichen Veranstaltung der Quartierbevölkerung vorgestellt.

Die Stabsstelle hat sich für eine gute Quartiersversorgung eingesetzt, indem sie die Post im Rahmen der Umsetzung des Poststellenkonzepts aktiv begleitete und sich für die Realisierung einer Agentur im Rosenbergquartier und ein Weiterbestehen eines Postangebots im Quartier Hegi einsetzte. Auch hat sie alle wichtigen Detailhändler an einen Tisch gebracht, um ihnen die Anliegen der Stadt zu kommunizieren.

In ähnlicher Weise wurde ein Treffen des Stadtrates mit den Zürcher Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern durchgeführt. Ziel des Treffens war es, die wichtigsten Anliegen von Stadt und Region im Vorfeld wichtiger Entscheide in der Herbstsession in Bern zu vermitteln. Zudem brachte die Stadt ihre Interessen in die Standortabklärungen des Kantons im Hinblick auf einen Ausbau der Fachhochschule ein. Dieser Prozess wird im Jahr 2005 fortgesetzt.

Alle Firmen, die 2004 in Winterthur gegründet worden sind oder ihren Sitz nach Winterthur verlegt haben, wurden erfasst und vom Stadtpräsidenten begrüsst. Anlässlich eines Gründerapéros werden sie im Januar 2005 über die wichtigsten Netzwerke in Winterthur informiert.

Im Rahmen der Diskussion um die Weiterführung der Stadttischgespräche wurden unter Beizug von Professor A. Thierstein der ETH Zürich die bisherigen Erfolge und Misserfolge der Stadtwerkstätten durch eine Befragung von Schlüsselpersonen reflektiert und mögliche Handlungsfelder vorgeschlagen. Diese Resultate sind in einem Thesenpapier «Lessons Learnt» festgehalten. Für 2005 wurde ein neuer Ansatz der Weiterführung einer öffentlichen Diskussion zur Stadtentwicklung erarbeitet.

Die Stadtentwicklung hat sich zusammen mit den Technischen Betrieben, dem Gewerbemuseum, der ZHW und anderen externen Partnern für die Durchführung der ersten Internationalen Lichttage in Winterthur eingesetzt. Die Zahl der Besucher und das Medienecho hat sämtliche Erwartungen übertroffen.

Personalamt

Personalrecht und Personalpolitik

Die Änderungen des Personalrechts und die weiteren personalrechtlichen Erlasse standen in diesem Jahr ganz im Zeichen der Sparmassnahmen. Am 7. April beantragte der Stadtrat dem Grosse Gemeinderat im Rahmen des Sparpaketes «win.03» mit einem III. Nachtrag zum Personalstatut eine Änderung der Regelung der Treueprämie (Dienstaltersgeschenk): Der Dienstaltersurlaub sollte künftig vom 10. bis 35. Dienstjahr nur noch $\frac{1}{2}$ Monat betragen, aber auf Antrag weiterhin voll ausbezahlt werden können. Gleichzeitig sollte die anteilmässige Auszahlung bei Altersrücktritt und Invalidisierung aufgehoben werden. Damit sollten jährlich 1,7 Mio Franken eingespart werden. Das Parlament belies indessen den Anspruch bei einem ganzen Monat Urlaub, wobei nur noch die Hälfte, und dies bis zum Dienstalter 25, ausbezahlt werden kann. Die Neuregelung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft. Am 8. Dezember passte der Stadtrat sodann mit einem IV. Nachtrag die Vollzugsverordnung an: Künftig kann der Dienstaltersurlaub über die ganze Periode bis zur Fälligkeit des nächsten verteilt werden. Am 20. Oktober hob der Stadtrat den seit dem 7. Februar 1996 gewährten Kostenbeitrag für die Anschaffung von Bildschirmarbeitsbrillen auf. Am 15. Dezember regelte er die Arbeitszeit der Stadtverwaltung über Weihnacht/Neujahr 2005/2006.

Nachdem der Stadtrat an seinem Seminar vom 11. bis 13. August vom ersten Entwurf des Voranschlags 2005 mit einem Defizit von über 30 Millionen Franken Kenntnis genommen und Massnahmen zur Erreichung eines ausgeglichenen Budgets beraten hatte, erteilte er dem Personalamt den Auftrag, eine Vorlage für eine lineare Lohnkürzung auszuarbeiten. Am 8. September verabschiedete der Stadtrat die entsprechende Vorlage in Form eines IV. Nachtrags zum Personalstatut. Demnach werden die Löhne, inklusive Einheitslöhne, die Zulagen mit Lohncharakter sowie die Löhne der Mitglieder des Stadtrats und des Ombudsmanns – befristet für die Jahre 2005 und 2006 – linear um 3 % gekürzt. Im Sinne einer sozialen Abfederung sind Löhne bis brutto 5000 Franken pro Monat (bezogen auf ein Vollpensum) von der Kürzung ausgenommen, wenn der oder die Angestellte gleichzeitig Kinderzulagen bei der Stadt bezieht. Ebenso werden Löhne von Personal in Ausbildung nicht gekürzt. In weiteren Härtefällen kann individuell auf die Kürzung verzichtet werden. Die Vorlage sieht unter Berücksichtigung der Kündigungsfristen ein gestaffeltes Inkrafttreten am 1. Januar (bei Kündigungsfrist bis 3 Monate) bzw. 1. April 2005 (bei Kündigungsfrist von 6 Monaten) vor. Die Kürzung wurde mit dem Vorbehalt verknüpft, dass der Grosse Gemeinderat auch der gleichzeitig beantragten Steuerfusserhöhung um 3 % über das kantonale Maximum hinaus zustimme; dies ist mit der Verabschiedung des Voranschlags 2005 durch das Parlament geschehen. Am 20. September stimmte der Grosse Gemeinderat der Lohnkürzung mit 32 zu 20 Stimmen zu. Er ergänzte die Vorlage lediglich mit der Klausel, dass auch die Aufhebung mit derselben zeitlichen Staffelung wie das Inkrafttreten erfolgen soll. Gegen den Beschluss wurde von seiten der Personalverbände das Referendum ergriffen, so dass am 23. Januar 2005 das Volk über die Lohnkürzung abstimmen wird. Im Falle der Gutheissung tritt die Kürzung rückwirkend auf 1. Januar 2005 in Kraft. Am 22. September beschloss der Stadtrat Richtlinien für so genannte Härtefälle. Sie sollen verhindern, dass durch die Lohnkürzung im Einzelfall die wirtschaftliche Existenz eines Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin gefährdet wird. Entsprechende Gesuche werden vom Personalchef mit Einsprachemöglichkeit an den Stadtrat entschieden. Am 27. Oktober genehmigte der

Stadtrat das entsprechende Antragsformular und Merkblatt. Bis Ende Jahr gingen 34 Gesuche ein.

Mit dem Voranschlag 2005 musste zudem auf die Ausrichtung einer Teuerungszulage, auf eine Erhöhung des Erfahrungsanteils und auf eine Quote für Leistungsanteile verzichtet werden.

Nachdem der Verzicht auf ein zentrales juristisches Einspracheseekretariat zu einem zweistufigen Verfahren bei der Bearbeitung der 378 BEREWI-Einsprachen gezwungen und der Stadtrat am 3. Dezember 2003 nach Kenntnisnahme der Berichte der Einsprachekommission die Vorgaben für die Einreihungsentscheide festgelegt hatte, konnten die Departemente die Erarbeitung der einzelnen Endentscheide an die Hand nehmen. Zu diesem Zweck stellte die Projektleitung den Departementssekretariaten am 20. Februar eine Reihe von Entscheidungsmustern in Verbindung mit einer Instruktion zur Verfügung. Es zeigte sich, wie vorausgesehen, dass trotz der intensiven Vorarbeiten der Kommission in den Einreihungsfällen die Detailabklärungen in den einzelnen Fällen nochmals recht aufwändig sind. Bis Ende Jahr erstattete der Personalchef zu insgesamt 116 Entscheidungswürfen Mitbericht. 42 Fälle konnten vom Stadtrat definitiv erledigt werden, und 47 Einsprachen wurden zurückgezogen. Das Einspracheverfahren wird sich also noch in das Jahr 2005 hineinziehen.

Am 9. Juni nahm der Stadtrat Kenntnis von einem Projekt-Konzept des Personalamts zur Aufhebung des Gleitzeitreglementes bzw. zu dessen Einbau in die Vollzugsverordnung und zur Zeiterfassung. Er leitete das Projekt «Arbeitszeit/Zeiterfassung ARZE» ein und bestimmte eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Personalchefs. Diese soll dem Stadtrat bis Frühjahr 2005 einen Vernehmlassungsentwurf für einen weiteren Nachtrag zur Vollzugsverordnung unterbreiten, mit dem die Gleitzeit als Arbeitszeitmodell aufgehoben und die flexible Arbeitszeit ausgebaut wird. Gleichzeitig sollen Empfehlungen zur Beschaffung von Zeiterfassungssystemen erarbeitet werden.

Im Rahmen des Sparprogrammes win.03 nahm der Stadtrat am 18. Februar Kenntnis vom Umsetzungskonzept der Massnahme Nr. 1, Koordinierte Budgetierung und Controlling der Personalbeschaffungskosten. Dieses Vollzugskonzept sah den Aufbau eines Controllings und einer Kontrolle über die Massnahmen und Instrumente der Personalbeschaffung und Einsparungen von jährlich 270 000 Franken vor. Zentraler Bestandteil der Massnahme sind nebst der textlichen Prüfung der Inserate und einer vermehrten Zurückhaltung der Platzierung in den Printmedien der Anschluss an das Jobportal der öffentlichen Verwaltungen im Kanton Zürich, die zwingende Ausschreibung auf der städtischen Homepage und die zentrale Abwicklung aller Aufträge über das Personalamt. Die Massnahmen zeigten Wirkung, indem von den für 2004 budgetierten Kosten von 670 000 Franken insgesamt nur $\frac{2}{3}$ ausgeschöpft wurden. Zur win.03-Massnahme Nr. 2, Personalentwicklungscontrolling, siehe bei Personal- und Organisationsentwicklung.

Personalbestand, Personalbeschaffung und Funktionsbewertung

Die Grundlagen und Datenstruktur der Personalstatistik sind unverändert (siehe Bemerkungen zur Statistik): Sie weist die kumulierten Stelleneinheiten über das ganze Jahr und die Anzahl beschäftigter Personen per Stichtag aus. Aus technischen Gründen werden bestimmte Arbeitsverhältnisse (ca. 1 % der Gesamtzahl) nicht mitgezählt. Nicht ausgewiesen werden die Stelleneinheiten bei den städtischen Lehrkräften, weil deren Arbeitsverhält-

nisse in ihrer Struktur stark von den Verwaltungsstellen abweichen.

Das Total der besetzten Stelleneinheiten (ohne Lehrkräfte) weist gegenüber dem Vorjahr eine Differenz von 20.3 (86.2) Stelleneinheiten aus. Im Total der Stelleneinheiten sind 384.6 (364.9) Lehrverhältnisse enthalten¹. Die Anzahl der beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Kleinstpensen (d.h. Personen, ohne Lehrkräfte) hat sich um 72 Personen verändert.

Die Funktionsbewertungskommission trat zu 3 (3) Sitzungen zusammen. Insgesamt wurden 30 (40) Einreichungs-Anträge beurteilt, davon 21 (23) durch die Kommission und 9 (17) im summarischen Verfahren durch das Personalamt.

Löhne und Sozialleistungen

Die Löhne mussten auf den 1. Januar nicht der Teuerung angepasst werden, nachdem der massgebende Zürcher-Index vom November 2003 gegenüber demjenigen vom November 2002 mit 102.6 Punkten (Basis Mai 2000) unverändert geblieben war. Hingegen konnte eine beschränkte Erhöhung des Erfahrungsanteils für Personal mit guten Qualifikationen und mindestens fünf Dienstjahren sowie eine Quote für Leistungsanteile von einer Million Franken gesprochen werden. Zur geplanten Lohnkürzung siehe die Berichterstattung unter «Personalrecht und Personalpolitik».

Die Bruttobezüge und Sozialleistungen des gesamten Personals ohne Gemeindeanteil an den Lehrerlöhnen für 2004 von 37 507 178 Franken (2003: 37 936 213 Franken inkl. Sozialleistungen) betragen:

Jahr	Bruttobezüge	Sozialleistungen	Total	Mehraufwand 2004
2004	309 353 259	54 546 965	363 900 224	372 262
2003	309 054 756	54 473 206	363 527 962	13 446 963

Personal- und Organisationsentwicklung

Das zentrale Weiterbildungsprogramm 2004 stiess wiederum auf reges Interesse. Die Zahl der Kursanmeldungen nahm gegenüber dem Vorjahr nochmals um 29 % zu (2003: +50 %). Insgesamt wurden Kurse im Umfang von 1076 Teilnehmer-Tagen (834) besucht. 39 % (24 %) der Teilnehmer-Tagen entfielen auf Kurse für Kaderangehörige (Personalanteil 18 %), 61 % (76 %) auf Kurse für Mitarbeitende (Personalanteil 82 %). 77 % aller Teilnehmer-Tagen entfielen auf stadteigene Kurse, 14 % auf stadtzürcherische und 9 % auf kantonale Kurse. Nicht enthalten in den genannten Summen und Anteilen sind die Veranstaltungen der «Führungsgruppen», die Veranstaltungen der Beauftragten für Gleichstellung und die Kurse der Informatikdienste.

Im Berichtsjahr wurde erstmals der neu konzipierte Führungskurs für Ein- und Aufsteiger/innen mit viel Erfolg durchgeführt. Am Beispiel dieses stadteigenen Kurses lässt sich zeigen, dass Eigenproduktionen, auch unter Beizug von externen Fachkräften, wesentlich kostengünstiger sind, als der Einkauf bei der Stadt Zürich, beim Kanton Zürich oder auf dem Weiterbildungsmarkt. Die Kosten pro Teilnehmer/in und Tag belaufen sich beim Führungskurs auf 145 Franken, bei Kursen der Stadt Zürich auf 250 Franken (+72 %) und bei Kursen des Kantons auf 330 Franken (+128 %). Die üblichen Marktpreise liegen in der Regel noch deutlich höher. Bei den Kursen der Stadt

Zürich und des Kantons Zürich sowie bei anderen auswärtigen Kursen fallen zusätzlich Reise- und Verpflegungsspesen an. Gerechnet auf die stadteigenen Kurse, ergibt sich für 2004 so insgesamt eine für die Rechnung der Stadt wirksame Ersparnis in der Höhe zwischen 80 000 und 150 000 Franken. Legt man der Berechnung Marktpreise als Vergleich zugrunde, ist die Ersparnis noch höher.

Im Rahmen der win.03-Massnahme Nr. 2 wurde 2004 ein verwaltungsweites Personalentwicklungskosten-Controlling (PECO) eingeführt. Dieses ermöglicht eine detaillierte Betrachtung sämtlicher dezentralen Weiterbildungskosten und erlaubte, die mit der win.03-Massnahme Nr. 2 vorgegebene Einsparung von 300 000 Franken in der Kostenart 309001 (fachlich Weiterbildung) gezielt und differenziert vorzunehmen. Das Personalentwicklungs-Controlling ist so angelegt, dass es in Zukunft den Bereichen und Ämtern eine nach Personen aufgeschlüsselte Planung der Weiterbildung und deren Kosten ermöglicht. Die Verstärkung der betriebswirtschaftlichen Betrachtung und Steuerung der Personalentwicklungskosten ermöglicht es, auch mit knappen bzw. reduzierten Mitteln die Weiterbildungsaktivitäten auf dem erforderlichen Stand zu halten. Der Personalentwicklung kommt gerade in finanziell schwierigen und mit Lohnverzicht verbundenen Zeiten eine erhöhte Bedeutung als Motivationsfaktor zu.

Lehrlingswesen

Die Zahl der Lehrverhältnisse hat sich um weitere 26 % (22 %) markant erhöht. Am Schluss des Berichtsjahres standen 155 (123) Personen in einem Auszubildendenverhältnis nach Berufsbildungsgesetz. Die bedeutende Zunahme ist im Wesentlichen auf die weitere Erhöhung der Ausbildungsplätze für die Grundausbildung Fachangestellte Gesundheit zurückzuführen. Das Lehrstellenangebot hat sich in den letzten zehn Jahren (1994: 49 Lehrstellen) somit mehr als verdreifacht.

Anlässlich der Preisverleihung für «Rauchfrei durch die Lehre» konnte Stadtpräsident Ernst Wohlwend zum zweiten Mal acht Jugendliche belohnen, da sie aufs Rauchen verzichteten. Rund 60 % (70 %) der Lernenden nahmen am Programm teil. Leider ist zwischenzeitlich knapp jede/r Dritte ausgestiegen. Rückfragen ergaben, dass von diesen jedoch nur sehr wenige zu rauchen begonnen haben.

Der diesjährige Lehrlingstag stand unter dem Motto «Strom bewegt – 100 Jahre Strom in Winterthur». Die Städtischen Werke, Bereich Elektrizität haben die Lernenden auf spannende Art und Weise in die Geheimnisse der Stromversorgung eingeweiht.

Seit Sommer 2003 werden die neu eintretenden kaufmännischen Lehrlinge auf der Basis der überarbeiteten kaufmännischen Grundausbildung unterrichtet und gefördert. Hauptziel der Reform ist es, die kaufmännische Lehre praxisorientierter zu gestalten. Die Aufgaben der Berufsbildner/-innen haben sich stark verändert. So übernehmen sie vermehrt Coachingfunktionen, formulieren Aufträge und begleiten deren Ausführung. Sie setzen die Ziele mit den Lehrlingen fest, benoten ihre Arbeit und nehmen dadurch anspruchsvolle Personalführungsaufgaben wahr. Die KV-Reform bedeutet für die Berufsbildner und -bildnerinnen ein regelrechtes Job Enrichment, aber auch einen zusätzlichen Aufwand und eine zeitlich stärkere Beanspruchung. Die Schulung der Berufsbildner erfolgt durch die zentrale Lehrlingsstelle im Personalamt. Die Stadt Winterthur stellt 10 % der Lernenden der Branche öffentliche Verwaltung im Kanton Zürich. Seit diesem Jahr beteiligt sich das Personalamt an der branchenspezifischen Ausbildung des VZGV (Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute) und stellt einen Leiter für überbetriebliche Kurse.

¹ Beim Total der besetzten Stelleneinheiten handelt es sich um das Total der tatsächlich geleisteten Pensen aller während des Jahres beschäftigten Mitarbeitenden, unabhängig von Dauer, Voll- und Teilzeit, in Berücksichtigung von Ein- und Austritten sowie unbezahltem Urlaub, umgerechnet auf Vollbeschäftigungen (siehe auch Personalstatistik). Die Zahl ist nicht identisch mit dem bewilligten Soll-Stellenplan.

MitarbeiterInnenberatung

Es fanden 285 (350) Beratungsgespräche statt. 135 (158) davon betrafen Frauen, 150 (192) Männer. Daneben führte der MitarbeiterInnenberater 7 (3) Supervisions-sitzungen durch, alle im Rahmen von Teamsupervisionen mit einer Dauer von in der Regel eineinhalb Stunden. Telefonische Auskünfte beziehungsweise Beratungen erteilte er 4 (im Vorjahr 8). Zu diesen Beratungszahlen kommen dieses Jahr 17 reine Vorgesetztenberatungen. Rein zahlenmässig reduzierten sich die Gespräche mit Mitarbeitenden wieder auf das Niveau des Jahres 2002.

Bei den Besprechungsthemen dominierten – wiederum – Fragen im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz mit 172 (201) Besprechungen. Davon betrafen 10 die Vorbereitung und Assistenz des MitarbeiterInnenberaters bei schwierigen Qualifikationsgesprächen. 12 weitere wurden im Rahmen einer Mediation geführt. An einem Teil dieser Besprechungen waren (auch deshalb) Vorgesetzte beteiligt.

Es folgten Finanzprobleme mit 33 (53) und Fragen im Zusammenhang mit Alkoholproblemen am Arbeitsplatz mit 27 (29) Besprechungen. 24 (26) Besprechungen betrafen Fragen im Zusammenhang mit körperlicher und/oder psychischer Krankheit. Im Zusammenhang mit familiären Angelegenheiten fanden 16 (16) Unterredungen statt. Die übrigen 13 (25) Gespräche waren verschiedenen Themen (Rechtsberatung, auch im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis mit der Stadt, Hilfe bei Wohnungssuche, Fragen im Zusammenhang mit dem Arbeitszeugnis usw.) gewidmet.

Als Mitglied der Arbeitsgruppe Pensionierungsvorbereitung nahm der MitarbeiterInnenberater an 16 (16) Sitzungen, beziehungsweise Veranstaltungen, teil. Der Pensionierungsvorbereitungskurs wurde 2004 doppelt durchgeführt.

Im Programm «Suchtprobleme am Arbeitsplatz» begann im Kalenderjahr 2004 neben der reinen operativen Tätigkeit eine neu aufgegleiste Zusammenarbeit mit der neuen Leitung der Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme (WFA). 2005 wird innerhalb des obligatorischen Weiterbildungsprogramms für Vorgesetzte ein Tag für den Umgang mit Suchtproblemen vorgesehen. Daneben werden die Programmpapiere («Schritteprogramm») überarbeitet.

Im Sozialstellenplan – der mit einem jährlich wiederkehrenden Kredit von 450 000 Franken dotiert ist – wurden vier bisherige Fälle weitergeführt. Zwei bisherige Fälle belasteten den Sozialstellenkredit zufolge voller Pensionierung der Bezüger nicht mehr, ein weiterer zufolge Teilpensionierung nur noch in kleinerem Ausmass. Es wurden neu 4 (3) Gesuche gestellt. Eines davon wurde bereits durch Invalidisierung der Bezügerin wieder gegenstandslos. Zwei Gesuche betreffen erst das Kalenderjahr 2005, eines wurde ab Januar bewilligt, das zweite war Ende 2004 noch pendent.

Im Rahmen des Sozialstellenplans wurden 2004 350 000 Franken (310 000 Franken) aufgewendet. Es ist zu erwarten, dass der Kredit im nächsten Jahr vollständig ausgeschöpft wird. Der MitarbeiterInnenberater führte im Rahmen seiner Abklärungen 5 (6) Gespräche mit Betroffenen, z.T. mit deren Vorgesetzten zusammen.

Beauftragte für Gleichstellung

Nach rund dreijähriger Tätigkeit als Beauftragte für Gleichstellung trat Marina Heusser im Sommer von ihrem Amt zurück. Helena Stäheli-Blättler, bisherige Leiterin der Beratungsstelle für das Alter, übernahm am 1. August ihre Nachfolge.

Die Nachfrage an Krippenplätzen in der Arbeitgeberkrippe «Chäferfäscht» war auch 2004 gross. Die 10 Plätze

sind gut ausgebucht, und es besteht eine Warteliste. Die Vergabe und das Vertragswesen der Krippenplätze sowie die Bearbeitung der Warteliste und die Absprachen mit den Interessierten waren sowohl beraterisch wie auch administrativ aufwändig.

Die Anzahl der Beratungsgespräche nahm erneut deutlich zu. Im Zuge der vermehrten Vernetzung mit der allgemeinen Personalarbeit wurden die Beauftragten für Gleichstellung vermehrt bei komplexen und entsprechend zeitlich intensiven, schwierigen Situationen auf allen Stufen um Unterstützung gebeten. Dabei standen Themen wie persönliche Konflikte am Arbeitsplatz, Entlassung, Lohnfragen, Pensumsreduktion, beruflicher Wiedereinstieg sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund. Es wurden 225 (142) Beratungsgespräche geführt. Insgesamt nahmen 56 Frauen und 15 Männer diese Dienstleistung in Anspruch. Bei 6 Neueinstellungen unterstützten die Gleichstellungsbeauftragten die Vorgesetzten beim Selektionsverfahren. Auch hier zeigt sich deutlich der positive Synergieeffekt der Vernetzung der Gleichstellungs- mit der allgemeinen Personalarbeit.

Das Weiterbildungsangebot im Bereich Gleichstellung wurde ausgebaut. Mit dem Fokus auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfreuten sich die Kurse «Manchmal reicht der grösste Sombra nicht...» und «Väter im Spannungsfeld von Beruf und Familie» grosser Beliebtheit. Der neu ins Programm aufgenommene Workshop «Gender Working» gab Einblick in unterschiedliche Verhaltens- und Vorgehensweisen von Frauen und Männern und zeigte auf, wie die unterschiedlichen Ressourcen eingesetzt werden können. Die grosse Nachfrage ermöglichte es, das Seminar gleich zweimal durchzuführen. Zum gleichen Thema wurde ein spezieller Kurs für die Mitarbeitenden des Steueramtes organisiert. Auch dieses Jahr wurden auf Wunsch von Teams individuelle Schulungen konzipiert und durchgeführt. Das Angebot für Führungskräfte wurde ebenfalls intensiviert. «Kommunikation und Konflikttraining für Frauen mit Führungsverantwortung» entsprach dabei einem besonderen Bedürfnis. Daneben gestalteten die Beauftragten für Gleichstellung im Rahmen des obligatorischen Führungskurses zwei Tage zu den Themen sexuelle Belästigung und Gender Working.

Der 1996 erstmals erschienene städtische Sprachleitfaden entspricht nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die geschlechterspezifischen Sprachregelungen im Arbeitsalltag der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung zunehmend in Vergessenheit geraten sind. Um die Gleichstellung auch in der geschriebenen Sprache wieder vermehrt in Erinnerung zu rufen, wurde eine aktuelle Version ausgearbeitet, welche im Frühjahr 2005 erscheint.

Die Stadtverwaltung beteiligte sich bereits zum zweiten Mal am nationalen Tothertag. Es nahmen zahlreiche in-



Spannende Einblicke in die Arbeit des Strasseninspektors am Tothertag.

teressierte Mädchen teil, die ihren Vater oder ihre Mutter einen Tag lang aktiv bei der Arbeit begleiteten. Knaben waren an diesem Anlass ebenfalls willkommen. Hauptziel des Tochtertages für Mädchen ist die Förderung einer offenen Berufswahl sowie die Auseinandersetzung mit Lebensläufen und Berufslaufbahnen von Frauen und Männern in unbekannten Berufen. Die Stadt Winterthur unterstreicht damit auch, dass ihr als zukunftsorientierte, familienfreundliche Arbeitgeberin an der Erhöhung des Frauenanteils und an jungen Frauen als wichtige Fachkräfte von morgen gelegen ist.

Als Mitglieder der Führungsgruppen, der Funktionsbewertungskommission, der Konferenz der Personalverantwortlichen, der Personalkommission und der Arbeitsgruppe Arbeitszeit / Zeiterfassung nahmen die Beauftragten für Gleichstellung an zahlreichen Sitzungen und Veranstaltungen der Gremien teil. Diese Zusammenarbeit stellt gleichzeitig eine wichtige Vernetzung in der allgemeinen Personalarbeit der Stadtverwaltung sicher.

Verschiedenes

Den üblichen breiten Rahmen beanspruchten die Mitberichterstattung und Prüfung bei Personal- und Stellenplangeschäften sowie die Mitwirkung in Vernehmlassungsverfahren. Die juristische Prüfung personalrechtlicher Anfragen und Sachverhalte beansprucht den Personalchef in zunehmendem Mass; er wirkte ferner in 7 Rechtsmittelverfahren (exklusive BEREWI-Einsprachen) mit. Eine ebenfalls spürbare Zunahme zeichnet sich bei der Beratung in Konflikt- und Mediationsfällen ab, wo der Personalchef und die Beauftragten für Gleichstellung nebst dem MitarbeiterInnenberater mehr und mehr beansprucht werden. Zu bearbeiten waren ferner 4 Interpellationen, 3 schriftliche Anfragen und 1 Postulat.

Gestützt auf die Vollzugsverordnung zum Personalstatut (VVO) ist das PIAS das zentrale Personalinformationssystem; es dient zur Unterstützung einer einheitlichen

Anwendung des Personalrechtes, zur Stellenbewirtschaftung, für das Personalcontrolling, zur Erstellung der Personal- und Lohnstatistik, für den Verkehr mit den Sozialversicherungen und der Pensionskasse sowie für die Personalentwicklung und Laufbahnplanung. Mit dem grossen Projekt «Nove PIAS» wird die Beschaffung einer Standardlösung für das Personalinformations- und Abrechnungssystem der gesamten Stadtverwaltung koordiniert. Nach einem selektiven, öffentlichen Submissionsverfahren entschied der Stadtrat am 1. September, als neues Personalinformations- und Abrechnungssystem das Produkt «mySAP HR» zu beschaffen.

Mitte Jahr wurde das Lohnwesen des Departements Kulturelles und Dienste, inkl. Stadtkanzlei, Behördenmitglieder und Ausbildungsverhältnisse – ohne Bibliotheken und Theater – von den Informatikdiensten zum Personalamt verschoben. Die im Hinblick auf die geplante Übernahme des Lohnbüros, auf die Übertragung von Koordinationsaufgaben mit den Sozialversicherungen, das Personal-Controlling, sowie mit Blick auf die Realisierung von win.03-Massnahmen geschaffene 80 %-Stelle ist seit Mitte Jahr durch Snezana Djeric besetzt.

Der Personalchef wirkt sodann mit im Steuerungsausschuss, in der Kerngruppe und in der Einführungsgruppe im Projekt «WOV». Für das Personalamt wurden im Hinblick auf die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung zudem die Produkte definiert. Die Personalkommission trat zu 6 (3) Sitzungen zusammen. Mit dem Kanton, der Stadt Zürich und den Zürcher Gemeinden fanden 2 (2) personalpolitische Koordinationssitzungen statt. Die Konferenz der Personalverantwortlichen der Departemente und Ämter trat unter dem Vorsitz des Personalchefs zu 4 (4) Sitzungen zusammen. Der Personalchef wirkte an der Selektion für 3 (4) Stellen im oberen Kader mit. Zusammen mit der Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung Zürich organisierte er wiederum ein Weiterbildungsseminar für die Mitglieder des Stadtrats, das am 22./23. September stattfand.

Personalstatistik 2004

	Stelleneinheiten (kumuliert)				Personen (Stichtag 1.1.2005)			
	Frauen	Männer	Total 2004	Total 2003	Frauen	Männer	Total 2004	Total 2003
Stadtkanzlei	5.6	9.5	15.1	15.2	12	13	25	25
Subtotal	5.6	9.5	15.1	15.2	12	13	25	25
Kulturelles und Dienste								
Departementssekretariat	1.0	2.5	3.5	4.8	1	3	4	6
Personalamt	38.2	20.4	58.6	55.6	42	22	64	60
Stadtarchiv	1.5	1.5	3.0	3.0	3	2	5	5
Integration	3.5	0	3.5	3.4	6	0	6	9
Kulturelles	68.4	50.2	118.6	118.7	252	101	353	342
Stadtamman- und Betreibungsämter	13.7	16.3	30.0	28.1	20	17	37	36
Friedensrichterämter	2.2	0	2.2	2.3	4	0	4	4
Subtotal	128.5	90.9	219.4	215.9	328	145	473	462
Finanzen								
Departementssekretariat	2.1	0.5	2.6	1.9	2	1	3	3
Finanzkontrolle	1.8	3.0	4.8	4.2	2	3	5	5
Finanzamt	7.1	8.1	15.2	16.4	10	8	18	19
Steueramt	26.7	18.6	45.3	46.5	30	17	47	60
Liegenschaftenverwaltung	25.4	15.4	40.8	41.1	113	41	154	172
Informatikdienste	3.1	37.7	40.8	41.1	6	45	51	49
Subtotal	66.2	83.3	149.5	151.2	163	115	278	308
Bau								
Departementssekretariat	3.2	2.0	5.2	5.6	4	2	6	7
Stadtplanungsamt	5.6	9.3	14.9	14.2	5	11	16	15
Tiefbau	8.8	185.9	194.7	195.6	11	185	196	200
Hochbau	7.0	20.5	27.5	29.2	7	22	29	31
Vermessungsamt	3.0	16.3	19.3	18.4	3	17	20	20
Baupolizeiamt	9.8	20.8	30.6	30.8	14	21	35	35
Subtotal	37.4	254.8	292.2	293.8	44	258	302	308
Sicherheit und Umwelt								
Departementssekretariat	1.0	2.0	3.0	3.0	1	2	3	3
Polizeirichteramt	5.9	1.6	7.5	7.1	6	2	8	7
Stadtpolizei	42.8	193.8	236.6	217.9	107	191	298	308
Feuerwehr	2.5	34.0	36.5	36.7	5	33	38	38
Zivilschutzamt	3.3	15.5	18.8	21.2	5	15	20	22
Gesundheitsamt	1.1	9.9	11.0	10.4	4	11	15	15
Kontrollamt	26.5	7.7	34.2	34.6	32	8	40	45
Arbeitsamt	56.5	59.9	116.4	109.2	67	64	131	128
Umweltschutz	1.3	1.0	2.3	1.6	2	1	3	5
Subtotal	140.9	325.4	466.3	441.7	229	327	556	571
Schule und Sport ▲								
Departementssekretariat	2.8	0.6	3.4	3.4	5	1	6	6
Schulbehörden	6.2	1.9	8.1	8.0	11	3	14	14
Bereich Bildung	91.7	8.6	100.3	104.1	248	64	312	340
Bereich Zentrale Dienste	99.0	66.5	165.4	161.5	361	108	469	428
Bereich Berufsbildung	25.4	215.7	241.1	236.2	52	221	273	279
Bereich Sport	12.2	27.1	39.3	40.3	40	38	78	74
Subtotal	237.3	320.4	557.7	553.5	717	435	1152	1141
Soziales								
Departementssekretariat	2.5	3.3	5.8	5.2	4	4	8	8
Vormundschaftsamt	36.2	13.0	49.2	48.6	16	4	20	66
Sozialamt	99.1	64.2	163.3	172.0	219	97	316	293
Alter und Pflege	594.3	120.3	714.6	729.0	936	129	1065	1099
Subtotal	732.1	200.8	932.9	954.8	1175	234	1409	1466
Technische Betriebe								
Departementssekretariat	1.1	1.0	2.1	2.0	3	1	4	3
Städtische Werke	40.3	267.0	307.3	302.0	59	287	346	342
Stadtbus	18.6	198.5	217.1	213.3	25	206	231	224
Forstbetrieb	1.1	24.9	26.0	28.1	1	28	29	29
Stadtgärtnerei	22.0	72.1	94.1	88.1	29	77	106	104
Subtotal	83.1	563.5	646.6	633.5	117	599	716	702
Total	1431.1	1848.6	3279.6	3259.6	2785	2126	4911	4983
Im Total enthalten: Lehrverhältnisse	123.3	261.3	384.6	364.9	135	272	407	390

▲ Anlässlich einer Reorganisation des DSS im Jahr 2003 wurde der Bereich Bildung neu geschaffen sowie die Gesamtzahl der Bereiche reduziert. Dies hatte eine Neuordnung einzelner Abteilungen zur Folge.

Personen (Stichtag 1.1.2005)

	Frauen	Männer	Total 2004	Total 2003
Lehrkräfte, inkl. Fachlehrkräfte, Vikariate (Stichtag 01.01.2005)				
Die Stelleneinheiten bei den städtischen Lehrkräften werden nicht ausgewiesen, weil diese Arbeitsverhältnisse in ihrer Struktur stark von den Verwaltungsstellen abweichen. Ein direkter Vergleich kann zu Missverständnissen führen, insbesondere bei den zahlreichen Teilzeit-Arbeitsverhältnissen, deren Pensen sich häufig während des Jahres ändern.				
Städtische Schulen	546	105	651	610
Kant. Volksschule	513	181	694	705
Total	1059	286	1345	1315

Bemerkungen:

Stelleneinheiten kumuliert = Total der geleisteten Pensen aller während des Jahres beschäftigten MitarbeiterInnen (eingeschlossen alle während des ganzen Jahres und während nur einer beschränkten Dauer in Voll- und Teilzeit Beschäftigten, in Berücksichtigung von Ein- und Austritten sowie unbezahltem Urlaub) umgerechnet auf Vollbeschäftigten.

Für die Berechnung der Stelleneinheiten kumuliert werden folgende Arbeitsverhältnisse berücksichtigt:

- im Monatslohn (Voll- und Teilpensum): wenn Einreihung und Pensum vorhanden
- im Stundenlohn: aufgrund der abgerechneten Pensen der Stundenlohn-Lohnarten (geleistete Stunden, die auf eine fremde Kostenstelle verbucht werden, können nicht berücksichtigt werden).
- Sozialstellen und Besitzstandsfälle sind nur berücksichtigt, wenn obige Bedingungen zutreffen.

Stadtammann- und Betreibungsämter

Die anhaltend schlechte Wirtschaftslage, die damit verbundenen sozialen Schwierigkeiten in Verbindung mit der nach wie vor relativ hohen Arbeitslosigkeit haben dazu beigetragen, dass die Zahl der betreibungsrechtlichen Zwangsvollstreckungen in der Stadt bedauerlicherweise auch im Jahr 2004 weiter angestiegen ist. 2004 hatte die Stadt Winterthur die höchste je gemessene Zahl an betreibungsrechtlichen Geschäftsfällen zu verzeichnen, obwohl auch in den vergangenen Jahren immer wieder Höchstzahlen erreicht wurden. In der Stadt Winterthur wurden 2004 total 29 975 Betreibungsverfahren eingeleitet, was einer Zunahme von 6,2 % entspricht. Die vollzogenen Pfändungen haben mit 13 921 um 3 % zugenommen. Die Zahl der ausgestellten Verlustscheine beträgt 11 602, was einer erheblichen Zunahme von 17,1 % entspricht. Auch die stadttammannamtlichen Geschäfte, wie Beglaubigungen, Befundaufnahmen, Hausdurchsuchungen, gerichtliche Ausweisungen, allgemeine Verbote, usw. haben in einzelnen Bereichen zugenommen. Die Ausübung der Tätigkeit ist schwierig und belastend. Dem Spannungsfeld zwischen Schuldner und Gläubiger ausgesetzt, üben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Winterthurer Stadtammann- und Betreibungsämter eine im hohen Masse anspruchsvolle Vermittlungs- und Voll-

streckungstätigkeit aus, welche ebenfalls eine grosse soziale Komponente beinhaltet. Oftmals sind die Mitarbeitenden erste Ansprechpersonen für Probleme verschiedener Art. Zunehmend sind die Stadtammann- und Betreibungsämter aber auch mit Renitenz und Gleichgültigkeit gegenüber vollstreckungsrechtlichen Massnahmen oder mit Erscheinungen wie Jugendverschuldung, Verwahrlosung und psychischen Erkrankungen konfrontiert. Die jährlich durch das Finanzamt der Stadt Winterthur, das Bezirksgericht Winterthur sowie das Betreibungsinspektorat des Obergerichts des Kantons Zürich durchgeführten Inspektionen zeigten durchwegs positive Ergebnisse.

Eintragungen im Eigentumsvorbehaltsregister der Stadt Winterthur 2004

	Anzahl Verträge	Franken
Personenwagen	12	225 688.35
Möbel	2	66 122.50
Fernseh-, Radioapparate,		
Tonbandgeräte, Musikinstrumente, Computer	1	192 240.00
Bau- und Transportmaschinen	5	1 687 503.70
Gewerbliche Maschinen und Mobiliar	15	249 959.95
Staubsauger und Waschmaschinen	1	3 647.65
Wohnwagen und Schiffe	0	0
Motorräder, Mopeds, Velos	0	0
Tresore und Kassetten	0	0
Landwirtschaftliche Maschinen	1	70 680.00
Kleider	0	0
Neueintragungen	37	2 495 842.15

Betreibungsamt

Frankenbeträge in Millionen	Kreis I	Kreis II	Kreis III	Kreis IV	Total
Gebührenertrag	Fr. 3,448	5,934	5,924	2,666	17,972
	Fr. 2,319	0,680	0,499	0,696	4,194
Zahlungsbefehle, davon	16 385	5 600	3 261	4 729	29 975
– Gewöhnliche Betreibungen	16 363	5 597	3 255	4 728	29 943
– Faustpfandbetreibungen	9	2	3	0	14
– Grundpfandbetreibungen	13	1	3	1	18
– Wechselbetreibungen	0	0	0	0	0
Rechtsvorschläge	1 503	478	470	467	2 918
Arreste	12	0	1	3	16
Retentionen	7	7	1	0	15
Konkursandrohungen	338	153	72	54	617
Pfändungsankündigungen	10 360	3 472	1 991	3 052	18 875
Vollzogene Pfändungen, davon	7 412	2 515	1 751	2 243	13 921
– Lohnpfändungen	3 768	1 478	1 297	1 543	8 086
– erfolglose Pfändungen	3 446	1 037	290	700	5 473
Fahrnissteigerungen	1	0	0	0	1
Grundstücksteigerungen	3	1	4	1	9
Aufschubsbewilligungen	16	12	16	0	44
Verlustscheine	6 403	2 200	990	2 009	11 602
Summe des Verlustes	Fr. 16,504	5,893	3,376	10,506	36,279
Kollokationspläne	336	221	137	286	980
Requisitionen	1 057	233	71	190	1 551
Auskünfte über Zahlungsfähigkeit	10 596	3 828	2 818	2 873	20 115
Viehverschreibungen	0	0	0	0	0

Stadtammannamt

Beglaubigungen	262	113	37	50	462
Privatrechtliche Anzeigen	30	17	9	0	56
Anzahl der freiwilligen Steigerungen	15	0	0	0	15
Befundaufnahmen	44	12	13	5	74
Gerichtliche Ausweisungen	17	11	2	14	44
Allgemeine Verbote	8	8	1	1	18

Friedensrichteramt

Das Berichtsjahr prägte einerseits der Rücktritt von Friedensrichterin Karin Fischer, andererseits die starke Fallzunahme.

Nach dem Rücktritt von Friedensrichterin Karin Fischer nahm ihre Nachfolgerin, Regina Müller, am 1. März ihre Tätigkeit auf und vervollständigte das Friedensrichterinnen-Team.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 583 Fälle erledigt (2003: 495). Dies entspricht einer Zunahme von knapp 20 %. Stark zugenommen haben insbesondere mit 117 Fällen die Ehescheidungsklagen (2003: 59). Der Grund dafür liegt in der Änderung des Scheidungsrechts, welches neu eine zwei- statt vierjährige Trennungszeit vorschreibt, falls sich die Eheleute nicht auf ein gemeinsames Scheidungsbegehren einigen können. Im Weiteren erledigt wurden 394 gewöhnliche Zivilklagen (67,6 % der Gesamtfälle), 5 Vaterschafts- und Unterhaltsklagen (0,9 %), 44 Kompetenzfälle (7,5 %) sowie 23 Ehrverletzungsklagen (3,9 %). In 329 der 583 Fälle konnte eine aussergerichtliche Lösung gefunden werden (56,4 %). Dies sind 7,6 % weniger als im Vorjahr, weil die grosse Mehrheit der Sühnverhandlungen betreffend Ehescheidungen mit einer Weisung an das Gericht enden.

Von 254 Fällen, bei denen eine Weisung an das Gericht ausgestellt werden musste, wurde die Klage in 134 Fällen bestritten. In 120 Fällen erschien die beklagte Partei nicht zur Sühnverhandlung oder es gab ein schriftliches Verfahren. In 71 % der Fälle, in denen eine Sühnverhandlung ordentlich durchgeführt werden konnte, wurde die Klage endgültig erledigt.

Stark zugenommen haben ebenfalls die allgemeinen Auskünfte (Audienzgespräche) von 193 auf 482. Das Frie-

densrichteramt ist für die Bevölkerung oftmals die erste Anlaufstelle bei rechtlichen Problemen und nimmt so eine wichtige Triage-Funktion ein.

Friedensrichterämter

	Verfahren	Total
A. Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten:		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	11	
2. Neu eingegangene Klagen	525	536
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Rückzug oder Abschreibung	84	
2. Durch Anerkennung	30	
3. Durch Vergleich	125	
4. Durch Weisung (davon 70 Scheidungen)	251	
5. Durch Überweisung (Scheidungen)	26	516
Übertrag auf das folgende Jahr		20
B. Zivilprozesse bis Fr. 500.- Streitwert		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	7	
2. Neu eingegangene Klagen	37	44
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Urteil	17	
2. Durch Verfügung	26	43
Übertrag auf das folgende Jahr		1
C. Sühnverfahren über Ehrverletzungsklagen		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	1	
2. Neu eingegangene Klagen	22	23
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Vergleich	15	
2. Durch Rückzug oder Abschreibung	5	
3. Durch Weisung	3	23
Übertrag auf das folgende Jahr		0
D. Audienzgespräche		482
Total erledigte Fälle 2004		583
Vorjahr		495

Stadtarchiv

Regelmässige *Ablieferungen* gingen von der Stadtkanzlei, Finanzen, Forstbetrieb, Baupolizei, Denkmalpflege, Departement Schule (Schulkapitel, Stipendienstelle) ein, grössere Akten- und Planschübe von Gebäudeunterhalt, Hochbau, Stadtplanung und Städtischen Werken.

Bei den *nichtamtlichen Beständen* sind Nachlieferungen zum Familienarchiv Sträuli-Widmer und zum Archiv der FDP zu verzeichnen. In einer Notfallübung konnte das schriftliche Erbe der Volkshausgenossenschaft in einem tiefen Keller ausgegraben und vor dem Untergang bewahrt werden. Die Fusion der Gewerkschaften gab in Absprache mit dem Zentral- und dem Sozialarchiv Anlass, das Archiv des SMUV als wichtigen Teil der lokalen Tradition und Ergänzung der vorhandenen Bestände der Arbeiterbewegung zu übernehmen.

Nicht im Einzelnen aufgeführt werden können die oft bemerkenswerten Einzelstücke, die zum Teil von weit her als wertvolle Bereicherung ins Stadtarchiv gelangen, zum Teil auch an die zuständigen Nachbararchive weitergeleitet werden.

Die *Handbibliothek* wuchs um 149 Titel. Auch Reihenwerke, Zeitschriften und Amtsdruckschriften verzeichneten den gewohnten Zuwachs, dank Zuwendungen von Bundesarchiv und Landesmuseum, Kantonsarchäologie und Stadtbibliothek, Staatsarchiv Zürich, und nicht zuletzt einer grosszügigen Schenkung von Staatsarchivar Dr. O. Sigg.

Im *vorarchivischen Bereich* erlebte das vom Stadtarchiv seit 20 Jahren propagierte Projekt Geschäftskontrolle (seit 1987 in der Stadtkanzlei im Einsatz) mit Wingeve einen neuen Anlauf zur Ausweitung auf die Departemente. Die Konzeptstudie zeigte den Bedarf an Registraturplanung, aber auch die mangelnden personellen Ressourcen des Stadtarchivs auf. Seine Vorstellungen wurden in Interviews, Vernehmlassungen und in der Departementssekretärenkonferenz dargelegt. Da die IT einseitig die Produktion und Distribution erleichtert und steigert, besteht bei der Strukturierung und Kanalisierung von Daten und Dokumenten ein grosser Nachholbedarf. Damit die Archive ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen können, müssen Geschäfts- und Aktenführungssysteme so organisiert sein, dass eine zweckmässige, selektive und geordnete Ablieferung unterstützt und nicht unmöglich oder unbezahlbar wird. Die Steuerung von Geschäften/Dokumenten vom Eingang bis ins Endarchiv, die Integration und Selektion konventioneller und elektronischer Unterlagen verschiedener Bearbeitungsstellen und -stufen erfordert eine Datenbank (Metadaten) als Rückgrat.

Bei den *Restaurierungen* konnten einige Bände extern und einige Dutzend Pläne im Haus saniert, viele durch eigene Kräfte instand gestellt werden. Rund 800 neu eingegangene Bauprojekte mit 2800 Plänen wurden registriert, teils restauriert und digitalisiert.

Die Beschaffung einer Hybrid-Kamera für gleichzeitige *Mikroverfilmung und Digitalisierung* bringt dem Archiv einen wichtigen technologischen Fortschritt; er erlaubt, die Forderungen nach langfristiger Sicherung und nach raschem Zugriff zu vereinen, aber auch Raum einzusparen. Die wachsende Nachfrage nach Kopien von Archivalien, Plänen und alten Zeitungen kann nun schneller und qualitativ besser erfüllt werden, ohne die Originale zu gefährden. Häufig gefragte Bestände werden mit dem geplanten Internetauftritt künftig online verfügbar sein. In wenigen Monaten wurden über 3000 Scans (>100 GB) erstellt und zwei Dutzend CDs an Kunden abgegeben. Die grossen Datenmengen steigern allerdings auch die Anforderungen an die mit sehr bescheidenen Mitteln betriebene Datenadministration.

Obwohl eine Mitarbeiterin ein halbes Jahr ausfiel, produzierte die Mikroverfilmung 120 Filme mit 66 000 Aufnahmen,

ein Fünftel für die zusammen mit der Stadt- und anderen Bibliotheken betriebene Sicherung des «Landboten», die auch bei der Kundschaft auf grosse Nachfrage stösst.

Tüchtige, aber nur kurzfristige personelle Verstärkung erhielt das Stadtarchiv durch eine Mitarbeiterin aus dem Arbeitsprogramm KAP und einer Praktikantin der Universität Konstanz. Mit der Stadtbibliothek wurde eine regelmässige Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Informations- und Dokumentationsassistenten vereinbart.

So vielfältig wie unser Publikum waren auch die *Anfragen*. Amtsstellen suchten nach Rechtsgrundlagen, Gerichte nach Erbberechtigten, Familienforscher nach ihren genealogischen Wurzeln, Schüler Unterlagen für einen Vortrag, Studenten Quellen für Seminar- oder Abschlussarbeiten. Das Archiv lieferte Material und Informationen für das HLS oder andere Grundlagenwerke, etwa für die *Helvetia Sacra* (Beerenberg) oder für die Edition der Rechtsquellen (Thurgauer Landschreiber), für Dissertationen (Ernst Jung) und Monographien (Loge Akazia). Am häufigsten gefragt waren Personen, Familien (Geilinger, Hegner, Künzli, Furrer, Heer, Hofmann, Meyer, Müller, Rieter, Schlang, Wolfer, Ziegler) oder Gruppen. Jubiläen belebten Nachforschungen nach Vereinen (Baumeister), Firmen (Arias, Arch) oder Organisationen (EWW, Katholische Kirchengemeinden). Einen weiteren Schwerpunkt bildeten wiederum Fragen nach einzelnen Gebäuden, ihren Bewohnern oder Betreibern (Herz-Jesu-Kirche, Mühle Seen). Verschiedene Gutachter und Gutachterinnen der Denkmalpflege benötigten Unterlagen für Inventare und einige Dutzend Einzelobjekte. Ebenso verlangten Geologen Dokumente für die Abklärung von Altlasten. 189 (+24) Bauherren und Architekten suchten nach Plänen ihrer Liegenschaften. Weitere Nachforschungen betrafen Siedlungen und Quartiere (Neuwiesen, Lind, Seen, Mulchlingen, Dätttau, Zelgli), Flur- und Strassennamen, Sportanlagen oder Bahnen und Bahnhöfe. Die älteren Bestände liefern auch über die Stadtgrenzen hinaus Informationen und Illustrationen (Neftenbach, Schloss Pfungen, Freienstein). Architekturmodelle bereicherten u.a. Ausstellungen im Gewerbemuseum und im Theater am Stadtgarten. Das Erweiterungsprojekt von 1932 fand im Stadthaus eine repräsentative Bleibe. Ausstellungen und Führungen hielten sich im Rahmen des zeitlich und räumlich Möglichen. Daneben lieferte der Stadtarchivar Vorlagen zu aktuellen Anlässen und Themen. Er wurde bei der Identifikation von Antiquitäten (Wappenscheiben) oder Fragen des Klimas in Archivräumen konsultiert. Im Weiteren wurde er mit zuweilen schwierigen Akteneinsichtsgesuchen sowie zahlreichen Stellenbewerbungen beschäftigt und befasste sich mit einer Fülle von internen und externen Fragebogen und Vernehmlassungen sowie mit WOV.

Die *Benutzung* verzeichnete die üblichen Schwankungen.

<i>Benutzung und Auskünfte</i>	2004	2003
<i>Benützende</i>		
– aus der Verwaltung	528	502
– zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	1094	1126
Total	1622	1628
<i>Benutzte Archivalien</i>		
Urkunden und Verträge	45	30
Protokolle, Register und weitere Archivbücher	1608	1503
Einzelne Aktenstücke	513	611
Ganze Aktenmappen	464	483
Pläne, Fotografien	814	690
Filme	749	724
Handbibliothek, Drucksachen	1240	1349
<i>Auskünfte</i>		
– Mündliche	450	465
– Schriftliche	243	231
Führungen	3	3
Ausstellungen	3	4

Integration

Nach einer Phase des Umbruchs und der Reorganisation stand 2004 für die Integration ganz im Zeichen der Konsolidierung. Die neue Organisationsstruktur mit den drei Abteilungen Einzelberatung, Projekte und Interkulturelle Kommunikation erwies sich als zweckmässig. Um das erweiterte Aufgabenfeld gegen aussen zu verdeutlichen, wurde die Koordinationsstelle für Integration per 1. Juli 2004 in Fachstelle für Integration umbenannt.

Das Jahr 2004 stand für die Integration auch im Zeichen des Sparens. So wurden die win.03-Sparvorgaben umgesetzt. Im Rahmen des Leistungsauftrages mit dem Bund erhielt die Fachstelle wieder einen Beitrag von 70 000 Franken.

Beratung und Information

In der Einzelberatung wurden rund 1800 Kurzberatungen für Migranten und Migrantinnen, aber auch für Schweizer und Schweizerinnen, zu Migrationsfragen durchgeführt. Die Anfragen betrafen v.a. die Themen Finanzen/Sozialversicherungen, Aufenthaltsrecht, Gesundheit und Ehe/Familie. Eine Beratung dauerte durchschnittlich 15 Minuten. Das Hauptgewicht lag bei der Triage. Muttersprachliche Beratungen auf Serbisch/Kroatisch, Albanisch, Portugiesisch, Türkisch und Italienisch machten rund 50% der Fälle aus. Als neues Angebot führte die Fachstelle auch Deutschkurs-Beratungen durch. Sie klärt mit interessierten Personen zusammen ab, welche Deutschkurse sich am besten eigenen würden.

Grundlagen und Öffentlichkeitsarbeit

Die Fachstelle führte eine Bestandsaufnahme des Angebotes an Deutsch- und Integrationskursen in Winterthur durch. Es wurde festgestellt, dass in Winterthur ein qualifiziertes zielgruppenspezifisches Grundangebot von Deutsch- und Integrationskursen besteht, welches Kenntnisse der deutschen Sprache und das zur Bewältigung des Alltags nötige Wissen vermittelt.

Die Medienarbeit wurde intensiviert. So erschienen 2004 verschiedene Artikel über die Integrationsarbeit in Winterthur. Des Weiteren wurden diverse Anfragen von Medienschaffenden zu Integrationsthemen beantwortet. Zudem wählte die Personalzeitschrift der Winterthurer Stadtverwaltung «Stadtinfo» die Integration als Jahresthema. Immer mehr Publikumsanfragen bezogen sich auf die Integrations-Homepage.

Projekte

Förderung von lokalen Integrationsprojekten

In der Abteilung Projekte wurden rund 40 Beratungen durchgeführt. Dabei wurde den Trägerschaften Unterstützung bei der Entwicklung von neuen qualifizierten Integrationsprojekten geboten. Die bei Bund und Kanton eingereichten Gesuche waren mehrheitlich erfolgreich, so dass erneut namhafte finanzielle Projektbeiträge nach Winterthur flossen. Aus den Mitteln der städtischen Integrationsmassnahmen wurden wiederum lokale Integrationsprojekte gefördert. Dabei lag das Schwergewicht bei Projekten im Bereich Spracherwerb und Weiterbildung für Frauen. Daneben wurden Quartierprojekte, diverse interkulturelle Anlässe sowie Kinder- und Jugendprojekte unterstützt. Das Interkulturelle Forum Winterthur erhielt im Rahmen des Leistungsauftrages einen jährlichen Beitrag von 40 000 Franken.

Bestandesaufnahme Ausländervereine

Neben der Projektberatung wurde eine umfassende Bestandesaufnahme der lokalen Ausländervereine und ihrer Projekte durchgeführt. Ziel war es, Kenntnis über laufende und geplante Projekte zu erhalten, um deren Koordination zu verbessern. Die Publikation dieser Daten erfolgt Anfang 2005 auf der städtischen Integrations-Homepage.

«Leben in Winterthur»

Der Begrüssungsanlass mit Stadtrundgang für neu zugezogene Fremdsprachige, welcher einen Überblick über die Strukturen der Stadt und das soziale Netz bietet, wurde weitergeführt. Neu wurde auch ein Deutschkurs mit Sozialinformation angeboten, der das Wissen über Alltagsthemen vertieft. Beide Kursangebote erhielten substantielle finanzielle Beiträge von Bund und Kanton.

Zusammenarbeit und Vernetzung

Mitwirken bei nationalen Aufgaben

Die Integrationsdelegierte vertrat Winterthur in der schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten (KID) sowie in der schweizerischen Konferenz der Fachstellen für Integration (KoFI). Daneben war Winterthur in der Interinstitutionellen Begleitgruppe des Bundesamtes für Gesundheit vertreten, welche sich mit Lösungsansätzen zum Thema Migration und Gesundheit beschäftigt.

Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit

Die begonnene Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Interkulturelle Fragen (FIF) der Stadt Zürich sowie der Fachstelle der Kantonalen Beauftragten für Integrationsfragen wurde intensiviert. Gemeinsam wurde das Register der Ausländerorganisationen auf der kantonalen Internetplattform ausgebaut.

Kontakt mit lokalen Ausländervereinen und Organisationen

Neben der Pflege bestehender Kontakte wurden auch viele neue Kontakte zu lokalen Vereinen, Hilfswerken und anderen Partnern geknüpft, so zur Frauenzentrale, Caritas, Integrierten Psychiatrie Winterthur sowie zum Frauenhaus, HEKS und zu lokalen Deutschkursanbietern.

Vernetzungsaufgaben in der Stadt Winterthur

Die Integrationsdelegierte wirkte in verschiedenen Projekten und kooperativen Verfahren mit.

So war sie Mitglied der Steuergruppe der Zukunftskonferenz «Voll da – Jugendintegration». Daraus entstand wiederum eine aktive Mitarbeit im Abstimmungskomitee für die Erleichterte Einbürgerung. Zum Thema Einbürgerung leitete sie eine Arbeitsgruppe, welche vom Stadtrat den Auftrag hatte, das Einbürgerungsverfahren zu überprüfen und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu verbessern. Weiter wirkte die Integrationsdelegierte in der Begleitgruppe der Nachhaltigkeitsstudie Winterthur mit und nahm aktiv an Quartierveranstaltungen in Wässerwiesen und Hegi teil. Für die Impulstagung der Regionalen Psychiatriekommission Winterthur zum Thema Migration & Psychiatrie war sie im Organisationskomitee dafür verantwortlich, Fachleute aus dem Integrationsbereich zu mobilisieren, da in diesem Bereich ein grosser Nachholbedarf besteht.

Ausländer/innen-Beirat

Der Ausländerinnen- und Ausländerbeirat hat im Jahr 2004 insgesamt fünf Mal getagt, davon einmal mit Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und dem Präsidenten des Interkulturellen Forum Winterthur (IFW) als Gästen. Dazwischen fanden rund zwanzig Sitzungen seiner Fachkommissionen und des Büros statt. Verschiedentlich hat der Beirat Fachleute eingeladen, so namentlich die Leiterin des Büros für Quartierkultur und Freizeitaktionen, die kantonale Beauftragte für Integrationsfragen sowie den städtischen Beauftragten für Stadtentwicklung.

Der Beirat hat einen Bericht seiner Fachkommission Schule und Bildung zur Situation im Vorschul- und Volksschulbereich diskutiert und verabschiedet und diesen den zuständigen Behörden sowie der Öffentlichkeit vorgestellt. Ausserdem verabschiedete der Beirat ein «Postulat zur Mitwirkung von Ausländer/-innen in städtischen Gremien», welches anschliessend dem Stadtrat und der Zentralschulpflege (ZSP) unterbreitet und in der ZSP mündlich erläutert wurde. Der Beirat hat zu den Vernehmlassungsunterlagen der städtischen Arbeitsgruppe Einbürgerung Stellung genommen. Er hat die win.03-Massnahme betreffend Einbürgerungsgebühren diskutiert und von der win.03-Massnahme betreffend Einsparung von 50 000 Franken bei der Fachstelle für Integration Kenntnis genommen. Im Weiteren hat er zur Einbürgerungsabstimmung vom September 2004 Stellung genommen sowie sich über laufende Lehrstellen-Projekte in Winterthur informieren lassen. Als Grundlage für entsprechende Empfehlungen der Fachkommission Soziales hat der Beirat über die Bedeutung von schriftlichen und mündlichen Übersetzungen im Behördenverkehr diskutiert.

Fachstelle für Integration Jahresstatistik 2004

Problembereiche	
Immigration	290
Arbeit	211
Finanzen / Sozialversicherung	648
Gesundheit	235
Wohnen	89
Schule / Ausbildung	87
Ehe / Familie	194
Deutschkurse	59
Diverses	103
Dienstleistung	
Schriftliches*)	500
Info	1190
Triage**)	334
Klienten aus anderen Gemeinden	126
Nationalitäten	
Serbien / Kroatien / Bosnien	902
Kosovo / Mazedonien	258
Türkei	71
EU-Bürger	161
Osteuropa	6
Asien	79
Südamerika	128
Afrika	38
Schweiz	49
Andere	19
Total	1711
Muttersprachliche Beratungen	926

*) d.h. Hilfe beim Ausfüllen von Formularen und beim Verfassen von kurzen Briefen.

**) Triage hier im Sinne von aktiver Vermittlung an eine andere Stelle, d.h. Telefonanruf, um Termin abzumachen für Klienten und Klientinnen.

Kulturelles

Wie bereits im Kulturleitbild 2003 der Stadt Winterthur angekündigt, wurden sämtliche Subventionsverträge mit kulturellen Institutionen neu ausgearbeitet. In einer breiten Bestandesaufnahme wurde eine Gesamtbeurteilung der Kultur in Winterthur vorgenommen und der Stellenwert der einzelnen Institutionen für das kulturelle Leben der Stadt neu beurteilt. Mit der Ausarbeitung der Subventionsverträge wurde auch ein Sparbeitrag im Rahmen der win.03-Massnahmen erfüllt. Alle Subventionsverträge wurden neu abgeschlossen und auf eine analoge Zeitachse gebracht. So können Vertragserneuerungen und Neuabschlüsse in Zukunft immer im Rahmen einer Gesamtbeurteilung erfolgen. Der Grosse Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 15. November 2004 die Verträge mit 20 Institutionen genehmigt. Es sind dies: Historischer Verein (Museum Lindengut/Mörsburg), Fotomuseum Winterthur, Kunsthalle Winterthur, Villa Flora/Sammlung Hahnloser, Musikverband der Stadt Winterthur, Musikfestwochen Winterthur, Jazz in Winterthur, Verein LMK (Live Musik Kultur), Sommertheater, Kellertheater, Marionettentheater, Theater am Gleis, tanzinwinterthur, Filmbulletin, Filmfoyer, Kurzfilmtage Winterthur, Astronomische Gesellschaft (Sternwarte Eschenberg). Drei dieser Verträge (Musikkollegium Winterthur, Kunstverein Winterthur, Stiftung Technorama) unterliegen der Genehmigung in einer Volksabstimmung (27. Februar 2005). Die Subventionsverträge treten ab 2006 in Kraft.

Die Arbeiten für die Neueinrichtungen der Sammlung im Naturmuseum konnten gemäss Bauprogramm weiter geführt werden. Parallel dazu wurden nach dem Auszug der Freihandbibliothek die Planungsarbeiten im Museums- und Bibliotheksgebäude in Angriff genommen. Nebst den Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Institutionen stehen primär die dringend notwendigen Infrastrukturverbesserungen für die Besucher und Besucherinnen (Garderoben, WC-Anlagen, Shop, Cafeteria) im Vordergrund.

Trotz der Einführung von Eintrittspreisen in den städtischen Museen verzeichneten die Winterthurer Museen insgesamt einen neuen Besucherrekord. Dazu haben insbesondere das Fotozentrum und das Technorama beigetragen, aber auch die Bonnard-Ausstellung im Kunstmuseum und der Villa Flora vermochte ein weit überregionales Interesse zu wecken. Die städtischen Museen mussten nach der Einführung der Eintrittspreise wie erwartet einen Rückgang der Besucherzahlen hinnehmen. Vergleiche sind aber erst nach mehreren Jahren möglich,

weil Wechselausstellungen auf ein unterschiedliches Interesse stossen und die Dauerausstellung des Naturmuseums wegen Bauarbeiten geschlossen war.

Museen und Sammlungen

Mit 496 492 (Vorjahr 416 251) verzeichneten die Winterthurer Museen rund 20 % mehr Besucher und Besucherinnen. Diese Steigerung ist vor allem auf die Besucherzahlen im Fotomuseum und in der Fotostiftung zurückzuführen. Auch das Technorama erreichte im Berichtsjahr nach dem leichten Einbruch im 2003 wieder die Zahlen der Vorjahre. Kunstmuseum und Villa Flora haben ihre Besucherzahlen, dank der Bonnard-Ausstellung, gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Als eine der Sparmassnahmen der Stadt Winterthur wurden in den städtischen Museen ab Januar 2004 Eintrittspreise verlangt. Diese Massnahme erklärt u.a. auch den Besucherrückgang. Viele Besucher haben bis anhin spontan und mehrfach die Ausstellungen in den einzelnen Museen besucht. Diese Besuche fielen weg.

Die zum dritten Mal durchgeführte MuseumsTagNacht im September fand ein breites Publikumsinteresse. Sie wird sehr geschätzt und bereits als jährlich wiederkehrender Event erwartet. Von 12 bis 24 Uhr boten die Museen ein abwechslungsreiches Programm für Jung und Alt mit Musik, Lesungen, Führungen, Kinderprogrammen u.a. Der Schlussevent nach Mitternacht in den Räumen der im Umbau stehenden Naturwissenschaftlichen Sammlungen war ein grosser Erfolg. Der Eintrittspreis für Erwachsene von 20 Franken für alle Veranstaltungen, der im Berichtsjahr zum ersten Mal erhoben wurde, schmälerte das Interesse und die Besucherzahlen von gegen 8000 Personen keineswegs (2003: rund 4000).

Museumspädagogik

Zweimal im Jahr wird ein abwechslungsreich gestaltetes Programm der Museumspädagogik Winterthur an die Lehrkräfte in den Schulhäusern und Kindergärten versandt. Das Angebot interessiert und wird rege benutzt. Für Winterthurer Schulklassen fanden 512 (567) Führungen mit 7413 (8148) Schülerinnen und Schülern statt. Für auswärtige Schulklassen wurden 89 (52) Workshops mit 1602 (967) Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Museumspädagogische Angebote haben folgende Museen angeboten: Gewerbemuseum, Uhrensammlung Kellenberger, Naturwissenschaftliche Sammlungen, Münz-

Publikumszahlen seit 1990

Anzahl Besucher	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Technorama	142 283	118 206	132 100	126 654	134 900	158 729	174 832	193 637	224 440	243 502	238 940	247 213	231 407	204 224	236 898
Sammlung O. Reinhart «Römerholz»	36 839	35 305	30 674	35 187	31 650	31 117	30 364	3 980	4 542	50 861	31 798	30 072	35 134	34 456	35 552
Museum O. Reinhart am Stadtgarten	17 778	16 001	13 603	6 085	0	18 919	20 025	24 511	27 250	13 632	13 767	13 293	13 031	11 837	13 666
Kunstmuseum	19 201	23 618	16 760	20 755	31 877	19 055	73 523	30 594	24 012	26 923	36 319	26 382	23 004	21 253	36 074
Fotomuseum	0	0	0	20 100	28 150	22 300	25 750	27 150	28 700	28 100	26 800	28 650	28 850	31 500	50 800
Fotostiftung Schweiz (ab 14.11.03)														8 736	43 800
Villa Flora	0	0	0	0	0	10 446	10 699	8 736	8 110	10 871	10 424	9 698	16 835	11 772	18 649
Gewerbemuseum / Uhrensammlung Kellenberger	21 953	29 255	29 922	27 414	23 958	28 173	35 531	18 995	2 253	7 695	26 027	35 174	37 364	50 982	24 471
Naturw. Sammlungen (ab 2003 wegen Umbau teilw. geschlossen)	18 200	23 851	30 235	24 450	19 691	20 631	38 582	27 285	29 440	37 352	32 128	28 867	28 582	18 959	17 931
Museum Lindengut	3 366	5 024	5 212	4 012	3 760	4 635	6 630	3 828	4 300	3 311	5 275	4 368	7 164	3 588	3 112
Münzkabinett	1 254	825	1 984	1 425	1 463	2 355	1 803	2 632	2 429	2 552	2 421	2 700	2 703	2 457	2 433
Museum Briner und Kern	3 279	3 571	3 722	3 935	5 170	4 965	5 445	5 333	6 797	4 174	4 012	4 047	5 366	5 489	5 203
Mörsburg (Nov – Feb nur So offen)	5 141	5 081	5 168	5 583	4 669	4 790	5 025	5 324	4 551	4 993	4 787	4 587	5 977	5 505	2 998
Schloss Hegi (März – Okt)	1 800	2 100	2 300	2 150	2 320	2 410	2 125	2 299	2 215	2 195	2 067	1 997	2 498	2 480	1 590
Internationales Baum Archiv										1 598	2 085	2 600	2 470	3 013	3 315
Total / Jahr	271 094	262 837	271 680	277 750	287 608	328 525	430 334	354 304	369 039	437 759	436 850	439 648	440 385	416 251	496 492

kabinett, Sammlung Oskar Reinhart «Am Römerholz», Villa Flora, Fotomuseum, Fotostiftung, Kunstmuseum, Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Museum Briner und Kern, Museum Internationales Baum-Archiv, Schloss Kyburg und erstmals das Museum Lindengut. Das Technorama bietet jeweils ganzjährig ein interaktives Programm für Schulklassen. Für Lehrerinnen und Lehrer wurden 8 (5) Führungen zu den verschiedenen Angeboten durchgeführt. Auch das Angebot für Klassen der Kindergartenstufe ist wiederum auf reges Interesse gestossen. 2004 besuchten 184 (156) Winterthurer und auswärtige Klassen mit 1758 (1606) Kindern die angebotenen Workshops. 1 (2) Einführungsveranstaltung zum Angebot wurde für Kindergärtnerinnen ausgeschrieben.

Die durch eine externe Stelle im letzten Quartal 2004 durchgeführte Befragung der Lehrpersonen zum museumspädagogischen Angebot der Stadt Winterthur zeigt ein ausgezeichnetes Resultat. Die Kundenzufriedenheit ist äusserst hoch. Das Angebot wird von den Lehrkräften sehr gelobt, als interessant und lehrreich eingestuft und als hervorragendes Instrument und Ergänzung zum eigenen Schulstoff geschätzt.

Naturwissenschaftliche Sammlungen

Wegen umfangreicher Bauarbeiten in allen Ausstellungssälen konnten nur wenige Ausstellungen gezeigt werden: Keralas Kindermuseum blieb während sechs Wochen, der Temporärsaal gar während viereinhalb Monaten geschlossen. Trotzdem besuchten 17 931 (18 959) Gäste die Ausstellungen und 6214 (5419) Kinder spielten in Keralas Reich.

Ausstellungstätigkeit

Bis Ende April informierten die Naturwissenschaftlichen Sammlungen (NWS) mit Präparaten, Schautafeln und Filmsequenzen des Bündner Naturmuseums über heimische Nager. Zur MuseumsTagundNacht am 25. September wurde «HiTechNatur-Von Sinnen», als erste Wechselausstellung im renovierten Temporärsaal eröffnet. Zu beiden Themen wurde ein breiter Fächer an museumspädagogischen Hilfen angeboten. Die neue Dauerausstellung wurde baulich vorbereitet, das tonnenschwere Wandsegment aus dem Dotternhausener Steinbruch ins Untergeschoss eingepasst und daneben Balken und Spanten zum Ladedeck des Winterthurer Teeklippers «Ida Ziegler» zusammengefügt. Knapp vor Weihnachten lieferte der Schreiner alle Vitrinen für die Mineralienausstellung.

Sammeln und Bearbeiten

Maëva Orliac (Muséum National d'Histoire Naturelle, Paris) bearbeitete die fossilen Suidae (Schweineartige) der Regionalsammlung. Wiederum wurden in erster Linie Präparate für die geplante Dauerausstellung restauriert, detaillierte Drehbücher verfasst, Raumelemente entworfen und viele Objekte dokumentiert. Ein aussergewöhnlich gut erhaltener Fischeaurier wurde sorgfältig aus dem Stein geschält und dreidimensional rekonstruiert. 239 (52) Objekte wurden ausgeliehen.

Vorträge, Führungen und Kinderaktionen

Im Berichtsjahr lernten 755 (810) Schüler und Schülerinnen in 72 (77) Doppellektionen die Welt der Vögel kennen. Die Museumspädagogin organisierte 2 (2) Lehrer- und Lehrerinnenführung und gemeinsam mit der Projektleiterin des Kindermuseums 1 (1) Kindergärtnerinnen-



Mehr als 6000 Kinder führte Kerala durch sein Kindermuseum in die Natur

(Aufnahme: Dani Schaffner) Naturwissenschaftliche Sammlungen der Stadt Winterthur

führung. Zwei Führungen für die Lehrerschaft wurden im Rahmen der zweiwöchigen, gesamtschweizerischen Lehrerfortbildung durchgeführt. Für die Lehrer und Lehrerinnen wurde eine Dokumentation und ein Museumskoffer zur Wechselausstellung «HiTech Natur: Von Sinnen...» zusammengestellt.

Durchschnittlich besuchten 42 (43) Gäste die 12 (11) traditionellen Museumsvorträge am Samstagnachmittag. Wegen der Bauarbeiten konnten nur 3 (4) Mittagsführungen durchgeführt werden. Durchschnittlich nahmen 17 Personen daran teil. Auch die vier Werkstattführungen stiessen auf reges Interesse.

Münzkabinett und Antikensammlung

Die Besucherzahlen des Vorjahres konnten trotz der Einführung von Eintrittspreisen gehalten werden (2433 gegenüber 2457 im Vorjahr). Anfang Dezember ging die Website des Münzkabinetts innerhalb des Portals Winterthur online (www.muenzkabinett.org).

Ausstellungen und Veranstaltungen

Das Jahr begann mit der Sonderausstellung «NEU: Erwerbungen und Geschenke 2003» (23. Januar bis 7. März). Am 2. April wurde die neue Wechselausstellung «Weltmacht Rom: Krise und Verwandlung» eröffnet; am 20. Juni begleitete ein Museumskonzert unter dem Titel «Roma Aeterna. Texte aus dem alten Rom, Musik aus dem neuen Rom» die Ausstellung.

Am 11./12. Juni besuchten Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ganzen Schweiz und aus dem Ausland die «Numismatischen Tage Schweiz 2004», die aus Anlass des 125-Jahr-Jubiläums der Schweizerischen Numismatischen Gesellschaft (SNG) stattfanden. Das Münzkabinett richtete dazu eine kleine Ausstellung ein («500 Jahre Numismatik in der Schweiz – 125 Jahre SNG», 12. Juni bis 15. Oktober). Am 18. August fand als Premiere im Park der Villa Bühler ein kleines Film-Openair in Zusammenarbeit mit dem Film-Foyer Winterthur statt; Fellinis «Satyricon» wurde an einem sehr schönen Sommerabend gezeigt. Am 19. September besuchte das Vindonissa-Museum in Brugg das Münzkabinett zu einem Römernachmittag.

Während der «MuseumsTagNacht» der Winterthurer Museen am 25. September strömten viele Leute bis nach Mitternacht in die Veranstaltungen des Münzkabinetts. Am 28. Oktober wurde die Sonderausstellung «Leben in der Provinz: Archäologische Funde aus der spätantiken Schweiz» mit Leihgaben aus verschiedenen archäologischen Museen der Schweiz eröffnet. Die Ausstellung wurde am 11. November ergänzt durch einen Vortrag von Dr. Markus Peter über den römischen Schatzfund von Kaiseraugst AG. Zusammen mit dem Museum Lindengut und dem Historischen Verein Winterthur organisierte das Münzkabinett schliesslich am 27. November den «1. Winterthurer Museumsbestimmungstag».

Besuch

In den Ausstellungen fanden insgesamt 73 Führungen und Workshops statt (davon 14 Führungen im Rahmen von «Museum am Mittag», «Museum am Abend» und «Museum am Sonntag»). 712 Schülerinnen und Schüler in 46 Klassenführungen nutzten die Museumspädagogik, deren Angebot um eine neue Dokumentation ergänzt wurde. Die Museumspädagogin führte daneben 12 Führungen und Workshops mit 95 Teilnehmenden durch.

Erwerbungen

Die numismatischen Sammlungen vermehrten sich um 520 Objekte. Davon waren 117 Ankäufe; 403 Objekte wurden dem Münzkabinett von Privaten und Institutionen geschenkt. Aus Winterthurer Privatbesitz erhielt das Münzkabinett eine grosszügige Schenkung von 190 Münzen der Römischen Republik sowie 5 italischen keramischen Gefässen und 5 Fibeln; mit letzteren durfte die Antikensammlung erstmals seit längerem wieder ein Geschenk verzeichnen. Die Bibliothek wuchs um 911 Bücher und Broschüren (davon 230 als Geschenke und im Tausch).

Dienstleistungen

Insgesamt 177 Personen aus dem In- und Ausland benutzten die Sammlungen und die Bibliothek. 885 Bücher wurden am Ort oder nach Hause entliehen. Der Konservator und der wissenschaftliche Assistent beantworteten zahlreiche schriftliche und mündliche Anfragen aus dem In- und Ausland; dazu gehörten 29 teils aufwendige Recherchen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Schweiz sowie Deutschland, Frankreich, Griechenland, Israel, Libanon und den USA. Für Ausstellungen in Genf, St.Gallen und Wiesendangen wurden insgesamt 26 Objekte ausgeliehen.

Wissenschaftliche Kontakte

Der Konservator beriet das e-Learning Projekt Antiquit@s (Universitäten Fribourg und Zürich) betreffend eines Numismatik-Moduls. Im Juni besuchte eine Tessiner Kommission, die mit der Planung eines «Museo del territorio» des Kantons Tessins beauftragt ist, das Münzkabinett, um sich über den Betrieb zu orientieren. Der Konservator hielt an Tagungen in Orléans/Paris, Erlangen, Baden und St. Gallen Vorträge, der wissenschaftliche Assistent in Zürich.

Sammlungen

Die Inventarisierung der numismatischen Sammlungen kam langsamer voran als in den Vorjahren. Ende Jahr waren 822 numismatische Objekte neu inventarisiert; 499 davon wurden in die Datenbank integriert. Intensiv wurde

dafür am Katalog der griechischen Münzen gearbeitet, dessen dritter Band in Vorbereitung ist; zwei der drei auswärtigen Autoren absolvierten im April und im Juli längere Arbeitsaufenthalte, um am Manuskript zu arbeiten.

Fundmünzenbearbeitung

Im Auftrag der Kantonsarchäologie bestimmte das Münzkabinett die im Kanton Zürich neu gefundenen Münzen. Zwei Publikationen erschienen gegen Ende Jahr; die eine untersucht die Münzfunde aus dem Seehof in Küsnacht ZH als Quellen des Geldumlaufs in der Zürcher Landschaft.

Gewerbemuseum

Nach dem überaus erfolgreichen Globi-Jahr konnte 2004 die Rekordhöhe der Besucherzahlen bei weitem nicht mehr erreicht werden. Im Zusammenhang mit den Sparmassnahmen der Stadt Winterthur wurden im Jahr 2004 erstmals auch in den städtischen Museen Eintrittsgebühren erhoben. Nach der langjährigen Tradition des Gratis Eintritts reagierte das Publikum teilweise negativ auf diese Massnahme. Als Auswirkung wird vor allem das Ausbleiben von Mehrfachbesuchern festgestellt – früher wurden die Ausstellungen oft mehrmals besucht, en passant über Mittag oder an Randzeiten. In Übereinstimmung mit dem Besucherrückgang wurden auch im Shop des Museums weniger Umsätze gemacht.

Nach wie vor hoch war die Medienpräsenz des Gewerbemuseums: 14 Medienberichte gab es über die Ausstellung «Criss & Cross», 25 Beiträge über die Ausstellung «Flickgut». Die Ausstellung «Licht-Raum» und die Lichttage hatten über 60 Medienbeiträge, davon 20 ausschliesslich zur Ausstellung, in allen grossen Tageszeitungen und Fachmedien aus den Bereichen Architektur, Licht und Design. Zusätzlich wurden vier Fernsehsendungen (Schweiz Aktuell, Kulturplatz, Sternstunde, Kulturreport SAT3) und mehrere Radiosendungen ausgestrahlt.

Ausstellungen, Veranstaltungen

Anfangs Jahr lockte die Wanderausstellung «Criss & Cross». Design aus der Schweiz eine grosse Anzahl Besuchende in das Gewerbemuseum. Die Zeitschrift Hochparterre realisierte die Ausstellung zusammen mit dem Designbüro re.FORM als Schweizer Beitrag für die 5. Biennale der Architektur São Paulo. Die Ausstellung wurde in Winterthur durch zusätzliche Exponate und ein vielfältiges Rahmenprogramm ergänzt. Besonders die Designbörse mit Versteigerung, an welcher viele kleine Labels und Secondhand-Geschäfte kleine und grosse Trouvaillen zum Kauf anboten, und die Modepräsentation von Tuchreform waren ein Publikumserfolg. Im Frühjahr präsentierte der Verein für Originalgrafik seine aktuellen Editionen, diesmal mit dem Schwerpunkt digitale Verfahren. Die Ausstellung wurde von einer Bildbearbeitungswerkstatt für Schulklassen begleitet. «Flickgut» zeigte vom 9. Mai bis 3. Oktober eine breit angelegte Schau über das Handwerk und die Ästhetik des Reparierens, über Sinn und Wert(schätzung) des Flickens im Umgang mit Objekten, Körper und Seele. Wichtiger Bestandteil von «Flickgut» war eine aktive Reparaturwerkstätte, welche Aufträge in den Bereichen Haushalt, Textil und Buchbinderei ausführte. Entgegen den Erwartungen wurde die Ausstellung nur mässig besucht, einzig die Werkstätten konnten sich am Schluss der Aufträge kaum erwehren. Als grosse Eigenproduktion des Gewerbemuseums wurde kurz vor Jahresende im Rahmen der Lichttage Winterthur die Ausstellung «Licht-Raum» eröffnet. Die Ausstellung gibt Einblick in die Phänomenologie von Licht und Schatten und vermittelt mittels

animierten Installationen Grundlagen der modernen Lichtgestaltung.

Die vom Gewerbemuseum mitinitiierten Lichttage und die Ausstellung im Gewerbemuseum wurden für die Stadt Winterthur ein medialer Grosserfolg mit internationaler Ausstrahlung.

Im Forum des Museums wurden in diesem Jahr die Arbeiten verschiedener Wettbewerbe präsentiert: vom 18. Januar 2003 bis 15. Februar 2004 «bel libro 2003» und Internationaler Jugendbuchpreis und vom 27. November 2004 bis 9. Januar 2005 der erstmals verliehene Kaspar Diener Förderpreis.

Weiterhin ist als fester Bestandteil des Museums die Materialmustersammlung ein beliebter Arbeitsraum für Schulklassen und Fachausbildungen.

Museumspädagogik, Vermittlung

Die Ausstellungen «Originalgrafik», «Flickgut», «Licht-Raum» und die Ausstellung «Mechanisch, spielerisch bewegt mit Maschinen von Paul Gugelmann», wurden wiederum ergänzt durch ein museumspädagogisches Programm. Von den rund 4600 Schülerinnen und Schülern machten 1267 von diesem Angebot Gebrauch. Durchgeführt wurden 91 Workshops, weitere 619 Kinder und Jugendliche nahmen an Führungen teil (davon USK: 614).

Uhrensammlung Kellenberger

Die Attraktivität der Uhrensammlung wurde im Jahr 2004 durch verschiedene Aktivitäten merklich erhöht. Dies schlug sich auch in den Besucherzahlen nieder: 9290 Personen besuchten insgesamt die Uhrensammlung und die Sonderveranstaltungen; rund 1000 Personen mehr als im Vorjahr. Folgende Veranstaltungen wurden durchgeführt: Am 27. März 2004 fand erstmals eine gut besuchte Fachtagung statt. Thema war die Strassburger Türmchenuhr aus dem Historischen Museum Basel, welche im Rahmen der neuen Reihe «Gastspiel» für ein halbes Jahr in der USK zu sehen war. Die Reihe fand ihre Fortsetzung mit einer Leihgabe aus Winterthurer Privatbesitz, vier Marinechronometer des 18./19. Jh. Die erste eigene Sonderausstellung «Mechanisch, spielerisch, bewegt» (29. August bis 17. Oktober) stellte Paul Gugelmanns poetische Maschinen in den Dialog mit unbekannten Uhrwerken aus der USK. Ehrenamtliche Mitarbeitende führten während der ganzen Ausstellungsdauer die Objekte vor. Besonderes Gewicht wird auch in Zukunft die Kooperation mit anderen Museen haben. Die kleine Sonderschau «Die Zeit und ihre Schlüssel» wurde vom Musée d'Horlogerie Le Locle übernommen (ab 5. Dez. 2004). Sie zeigt rund 450 Taschenuhrschlüssel aus einer privaten Sammlung.

Folgende Ankäufe sind zu erwähnen: eine gotische Eisenuhr, finanziert durch die Hans Eggenberger Stiftung, eine «Roskopf-Taschenuhr», eine Joseph Laserer, Salzburg, 18. Jh. zugeschriebene Holzraderuhr und ein Marinechronometer der Firma Favarger in Neuenburg.

Schloss Hegi und Mörsburg

Durch die Wiedereinführung der Eintrittspreise waren die Besucherzahlen im Schloss Hegi 1590 (2480) sowie auch in der Mörsburg 2998 (5505) rückläufig.

Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten

13 666 (11 837) Gäste besuchten im Berichtsjahr das Museum. Es wurden 91 (103) Führungen angeboten, an denen 1160 (1427) Besucherinnen und Besucher teilnah-

men. Zu den 6 (8) im Museum stattfindenden Konzerte (u.a. im Rahmen der Museumskonzerte) fanden sich 500 (681) Musik- und Museumsbegeisterte ein. 1000 Gäste wurden an der MuseumsTagNacht 2004 gezählt.

Das Museum Oskar Reinhart zeigte folgende Wechselausstellungen im Dachgeschoss: : Auf dem Weg in die Moderne; französische Graphik von Puvis de Chavannes bis Picasso (20. Mai 2003 – 22. Februar 2004); Honoré Daumier und die Antike «Ein Homerisches Gelächter» (30. März – 17. Oktober 2004) und Albert Schnyder 1898 – 1989 «A la croisée des chemins» (27. Oktober 2004 bis 30. Januar 2005).

Museum Briner und Kern

Im Berichtsjahr besuchten 5203 (5489) Gäste die beiden Ausstellungen im Rathaus Winterthur, die Miniaturensammlung Emil S. Kern und die Ausstellung der Jakob Briner-Stiftung. Durch den im Jahr 2004 90-jährig gewordenen Sammler E.S. Kern wird die Miniaturensammlung alljährlich mit Raritäten und exklusiven Exponaten bestückt und ergänzt. An 210 (121) Führungen nahmen 3798 (2114) Interessierte teil, was eine erfreuliche Zunahme für die beiden Kleinmuseen bedeutet.

Kunstmuseum

Die von Kunstmuseum Winterthur und Villa Flora gemeinsam organisierte Ausstellung «Pierre Bonnard» lockte viele Kunstinteressierte in die beiden Museen (Gäste im Kunstmuseum 18 889, Villa Flora 12 881). Die verschiedenen Ausstellungen besuchten 36 074 (21 253) Personen. Folgende Ausstellungen konnten im 2004 besucht werden: Tage mit Gesichtern und Höllen (187 Personen, 7. Januar bis 13. Juni im Graphischen Kabinett); Václav Pozárek und Skulptur, Werke aus der Sammlung (2650 Personen, 17. Januar bis 14. März im Erweiterungsbau); Pierre Bonnard (21 063 Personen, 28. März bis 20. Juni im Erweiterungsbau); Clara Friedrich (153 Personen, 4. Mai bis 22. August); Karim Noureldin, 4. Manor-Kunstpreis Kanton Zürich (1430 Personen, 3. Juli bis 22. August im Erweiterungsbau); David Rabinowitch (68 Personen, 3. Juli bis 5. Dezember im Graphischen Kabinett); Kimber Smith (4833 Personen, vom 4. September bis 21. November im Erweiterungsbau); Dezemberausstellung der Künstlergruppe Winterthur (3039 Personen, 4. Dezember 2004 bis 2. Januar 2005 im Erweiterungsbau). Diverse Veranstaltungen und die Sammlung (zwischen den Ausstellungen) wurden von 2571 (2629) Interessierten besucht.

Museum Lindengut

Die Besucherzahl für die Ausstellungen im Museum haben leicht abgenommen 3112 (3588). Trotz Sanierung der Kellerräume konnten zur Dauerausstellung zwei Wechselausstellungen gezeigt werden. Das Museum Lindengut hat ab Sommer 2004 erstmals ein museumspädagogisches Angebot für Schulklassen angeboten. An vier Führungen haben 85 Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften teilgenommen.

Villa Flora Winterthur, Sammlung Hahnloser

18 649 (11 772) Gäste besuchten das Museum. 113 (104) Führungen mit 2425 (1763) Interessierten wurden durchgeführt. 63 (61) Winterthurer Schulklassen mit 1115 (1085) und 1 (4) auswärtige Schulklassen mit 80 (90) Kindern und Jugendlichen besuchten die Ausstellungen der Villa Flora. Davon nahmen 51 (57) Klassen mit 942 (1033)

Schülerinnen und Schülern an den Workshops der Museumspädagogik Winterthur teil. Die Ausstellung «Odilon Redon – Mythos und Traum» dauerte vom 11. April 2003 bis am 7. März 2004. Am 28. März konnte die erfolgreiche Ausstellung «Pierre Bonnard», ein Gemeinschaftswerk Villa Flora und Kunstmuseum, eröffnet werden.

Kunsthalle

Während 40 Wochen im Jahr ist die Kunsthalle Winterthur geöffnet. In dieser Zeit besuchten 2700 (2500) Kunstinteressierte die Ausstellungen. Die sechs Wechselausstellungen zeigten Werke der folgenden Künstlerinnen und Künstler: Daniel Schibli, Berndt Höppner, Helene Sperandio, Marcel Gähler, Simone Kappeler, Theres Wey und Theo Hurter.

Technorama der Schweiz

Das Technorama ist mit seinen Besucherzahlen wieder auf die Werte der Vorjahre zurückgekehrt. Mit 236 898 (204 224) erreichte das Technorama 47,71% (49,06%) der gesamtstädtischen Besucherzahlen in den Museen. Das breit gefächerte Angebot lockt jährlich weit über 2000 Schulklassen aus dem Kanton Zürich und der übrigen Schweiz an und ebenso viele aus dem nahe gelegenen süddeutschen Raum.

Fotomuseum

Das Fotomuseum zeigte sechs Wechselausstellungen zu verschiedenen Themen. Die Besucherzahl konnte mit 50 800 gegenüber dem Vorjahr (31 500) markant gesteigert werden. Folgende Ausstellungen waren im Berichtsjahr zu sehen: Ordnung und Chaos (5750; 1. Januar bis 8. Februar); Sowjetische Fotografie (13 200, 21. Februar bis 16. Mai); John Waters / Arnold Odermatt (10 700, 29. Mai bis 22. August); Im Rausch der Dinge, Ausstellung zusammen mit der Fotostiftung, (15 300, 4. September bis 14. November) und Last Picture Show (4250, vom 27. November bis 31. Dezember). Aus der Sammlung des Fotomuseums Winterthur waren ausserdem zu sehen: Cold Play – Set 1 (17 400) und Albertina (17 300).

Fotostiftung Schweiz

Die seit dem 14. November 2003 eröffnete Fotostiftung Schweiz an der Grünstrasse 45 hat bereits viele interessierte Liebhaberinnen und Liebhaber der Fotografie gefunden. Mit 43 800 Gästen verzeichnet das Museum einen beachtlichen Publikumserfolg. Folgende Ausstellungen wurden besucht: Fokus 50er Jahre (5400); Lukas Felzmann (10 350); Jean Pascal Imsand (8400); Im Rausch der Dinge, zusammen mit dem Fotomuseum, (15 300) und Jakob Tuggener (4350).

Museum Internationales Baum-Archiv

Die Gästezahl von 3315 konnte gegenüber dem Vorjahr (3013) leicht gesteigert werden. Das Museum ist jeweils am Freitag und Samstag geöffnet. Die museumspädagogischen Angebote für Schulklassen besuchten im Berichtsjahr 35 (45) mit 562 (725), diejenigen für Kindergärten 38 (28) Klassen mit 346 (283) Kindern.

Barockhäuschen zum Balustergarten

Für die Vermietung des Barockhäuschens wurden 103 (87) Termine gebucht, davon 7 (9) für amtliche und 96 (78) für private Anlässe.

Kunst- und Kulturpflege

Nebst den wiederkehrenden Subventionsbeiträgen an kulturelle Institutionen kommt der projektbezogenen Kulturförderung eine grosse Bedeutung zu. Viele Veranstaltungen, welche das kulturelle Leben in Winterthur massgeblich mitgestalten, können so mit subsidiären Beiträgen an Projekte ermöglicht werden. Nebst Beiträgen von Dritten und Eigenleistungen der Beteiligten werden diese Projekte in vielen Fällen auch vom Kanton Zürich mit unterstützt. Die Liste der ausbezahlten Beiträge umfasst denn auch ein breites Spektrum vom traditionellen bis zum experimentellen Kulturschaffen.

Im Bereich der projektbezogenen Kulturförderung wurden folgende Beiträge ausgerichtet.

Projektbezogene Kulturförderung 2004

Kultursparte	Total Gesuche	Beiträge	Gesamtsumme
Total eingereichte Gesuche	216 (228)		
Pendente Gesuche per 31.12.2004	15		
Total unterstützte Projekte	106 (124)		890 633
Bildende Kunst	17 (4)	11 (1)	116 500 (5 000)
Film	15 (16)	7 (11)	123 309 (118 060)
Literatur / Publikationen	29 (35)	11 (15)	65 250 (110 880)
Musik	96 (107)	49 (60)	342 833 (251 256)
Tanz / Ballett	11 (12)	7 (7)	68 500 (78 500)
Theater	19 (34)	8 (19)	82 700 (152 458)
Diverses / Spartenübergreifendes	29 (20)	13 (11)	91 541 (94 505)

Ausbezahlte und zugesicherte Beiträge 2004

1 Produktions-/Projektbeiträge	3 Druckkostenbeiträge	5 Preise / Stipendien
2 Defizitbeiträge	4 Investitionsbeiträge	6 Übernahme / Reduktion Raumkosten

Bildende Kunst		
Beck Suzette	Projektbeitrag «Stadtbilder Winterthur»	1 5 000
Förderpreis 2003	Förderpreis an Marcel Gähler	5 15 000
Förderpreis 2004	Förderpreis an Markus Roost	5 10 000
Gähler Marcel	Publikation «Bleistift auf Papier»	3 3 000
Kunstkasten	Investitionsbeitrag an neuen Kunstkasten	4 5 000
Kunstkasten	Betriebsbeitrag Ausstellungen 2004	1 4 000
Miffelin-Schmid Design	Monografie über den Kunstmaler Henri Schmid	3 4 000
Pinel Gerhard	Künstlerbuch Heinrich Bruppacher	3 4 000
Scheidegger und Spiess Verlag	Künstlerbuch Kaspar Toggenburger	3 5 000
Unjurierte Kunstausstellung 2005	Vorausleistungen und Rückstellung	1 60 000
Wey Theres	Beitrag an Werkkatalog	3 1 500

Film		
8. Internationale Kurzfilmtage Winterthur	Beitrag an Festival 2004	1 90 000
Lichtspieltage Winterthur	Abrechnung der Lichtspieltage Winterthur 2003	2 3 809
Lichtspieltage Winterthur	Lichtspieltage 2005	2 3 500
Maier Gabriela	Kurz-Trickfilm «Die Stunde des Ei's»	1 2 000
Nanosecond Pictures	Kurzfilm «Sign of the Times»	1 3 000
Slam-movie-night	Festival	6 1 000
Zauberlaterne	Programm 2004 Kinderfilmclub Zauberlaterne	1 20 000

Literatur / Publikationen		
Edition 8	Roman von Bea Schilling	3 2 000
Edition Moderne	Alberto von Daniel Bosshart	3 3 000
Form + Funktion	Beitrag an Museumsführer der Schweiz	3 5 000
Huber & Co. AG International	Lexikon der schweizerischen Gemeindenamen	3 1 500
Culture Bridge	Autor/innenlesungen	1 750
Limmat Verlag	Werke und Briefe von Walter Gross	3 5 000
Literatur	Spezialprogramm im Rahmen der Kurzfilmtage	1 10 000
Rotpunkt Verlag	«Der Iman und die Eselin» von Yusuf Yesilöz	3 4 000
Schlatter / Roost	Kinderbuch mit Illustrationen von M. Roost	3 3 000
Spinner Esther	Lesung mit Szenen «meine Mutter das Meer»	1 1 000
Stiftung Edition Winterthur	Beitrag an Winterthurer Jahrbuch 2005	3 30 000

Musik		
A-cappella-Stimmart	Barockoper Acis & Galatea	1 500
Afro-Pfingsten 2004	Beitrag an das Konzertprogramm des Festivals	1 50 000
Basler Madrigalisten	Konzert in der Stadtkirche Winterthur	1 6 000
Bezirksgesangsverein Winterthur	Beitrag an Chorkonzert	1 5 000
Camerata Vitodurum	30-jähriges Jubiläumskonzert	1 4 500
Chor der Rudolf Steiner Schule	Konzert Requiem von W.A. Mozart	1 1 000

1 Produktions-/Projektbeiträge	3 Druckkostenbeiträge	5 Preise / Stipendien
2 Defizitbeiträge	4 Investitionsbeiträge	6 Übernahme/ Reduktion Raumkosten
Chor Peperoncini	Konzertbeitrag	1 1 000
Critical Acic	Beitrag an CD-Produktion	1 2 500
DIRK	Beitrag an CD-Produktion	1 2 000
Dominik Blum	CD-Produktion «Raving Song System»	1 2 500
Eulach Voices	2. Winterthurer Kindersingtag	6 210
Förderpreis 2004	Raffaele Lunardi	5 10 000
Förderpreis 2004	Tamriko Kordzaia	5 10 000
Int. Festival der		
Unterhaltungsmusik	Beitrag an das Festival 2004	1/6 60 000
Jazz in Seen	4 Konzerte der Saison 2003 und 2004	1 2 221
Jodler Vereinigung		
Winterthur & Umgeb.	Konzert im Stadthausaal	6 1 500
Jumelage	Musik austauschprojekt mit Suisse Romand	1 800
Kammerchor		
Winterthur	Januarkonzert 2004	1 2 500
Keller Heinrich	Museumskonzerte 2004/05	1 3 000
Konzertchor und Stadt-		
sänger Winterthur	Jubiläumskonzert 25 Jahre Konzertchor	1 4 603
Kordzaia Tamriko	Konzert mit dem Klavierduo Blum-Kordzaia	1 2 000
Kyburgiade	Kammermusikfestival 2004	1/6 40 000
La Chanson française	Beitrag an Konzert	1 500
MoonRoom	Beitrag an CD-Produktion	1 2 000
musica aperta	Konzertreihe der Saison 2004/05 (9 Konzerte)	1 8 000
Musica Riservata	Beitrag an die Konzertsaison 2003/04	1 6 000
Musikkollegium		
Winterthur	Raumkosten Theater gem. Subventionsvertrag	6 7 214
Musikkollegium		
Winterthur	Raumkosten Theater gem. Subventionsvertrag	6 6 400
Nationale		
Jugendblasorchester	Konzert im Stadthausaal	6 1 500
Orchestergesellschaft		
Winterthur	Konzert in der ref. Kirche Seen	1 1 000
Pro Pan Konzerte	Beitrag an CD-Produktion	1 1 000
Rhythmus	CD-Produktion Jacqueline Ott	1 1 500
Salzhaus GmbH	Beitrag für die Konzerte 2004	1 30 000
Schreiber Dominik	CD Prod. HNO A Little boy rocks the galaxy	1 1 000
Schweiz. Gesellschaft		
für neue Musik	World News Music Days 2004 / Konzertbeiträge	1 20 000
Schweiz. Jugend-		
sinfonieorchester	Orchesterbeitrag Winterthurer Musiker/innen	1 3 000
Schweizerischer		
Tonkünstlerverein	Uraufführung D. Jordi Schweiz. Tonkünstlerfest	1 1 000
SMPV Winterthur	Vier Musik-um-fünf-Konzerte der Saison 2004	6 600
Stadtharmonie Ein-		
tracht Winterthur-Töss	Produktion einer CD zum 125-Jahr-Jubiläum	1 3 000
Stadtmusik Winterthur	Konzert im Theater Winterthur	6 1 600
Steamboat Switzerland	Beitrag an CD-Produktion	1 2 000
Steamboat Switzerland		
Extended	Kompositionsauftrag an Felix Profos	1 3 000
Steinmann Conrad	Uraufführung «Olympionikais Odes»	1 1 000
Verein für klassische		
indische Musik	Abrechnung Saison 2003 (5 Konzerte)	1 8 000
Verein für klassische		
indische Musik	Beitrag Saison 2004	1 6 000
Verein Hilfswerk		
Kinderspital Sighet	Benefizkonzert zu Gunsten Kinderspital	6 2 185
Vokalensemble		
più mosso	Konzert im Alten Stadthaus	1 1 500
Winterthurer		
Symphoniker	Defizitbeitrag an Konzerte 2004	2 7 000
Winterthurer		
Symphoniker	Beitrag an Konzert Januar 2005	2 5 000
Tanz / Ballett		
DEJACompanie	Projekt «Et qui va promener le chien?»	1 2 000
FAA Zone Ltd	Produktion C.O.D.E (Abrechnung Projekt 2003)	1 12 000
FAA Zone Ltd	Produktion «Von Sinnen» 2005	1 8 000
Item Tanztheater	Tanzprojekt «Last Call...»	1 2 500
Pasanisi Jacqueline	Tanztheaterprojekt «Sig.re.Rossi»	1 2 000
Tanzcompany ahalntanz	Tanzprojekt «What is your life?»	1 12 000
tanzinwinterthur	12. Tanzzeit-Festival 2004 und Plattform Tanz	1 30 000
Theater		
Ass. des Amis de		
la Compagnie	Beitrag an Theateraufführung	1 1 000
Eva Lehnher's Projekte	Theaterprojekt zum 25-jährigen Jubiläum	1 15 000
Jugendtheater		
Winterthur	«Der Mitmacher» von Friedrich Dürrenmatt	1 2 000
Mefibo Production	7. Int. Festival der Komischen Künste	1 5 000
Mefibo Production	Theaterprojekt «Grübeltäter mit Theatrelanin»	1 1 500
Theater & Klein	Produktion «Der Schatten»	1 7 500
Theater für		
bedrohte Völker	«Der Deutsche Mittagstisch» von Th. Bernhard	1 700
Theater Katerland –		
Brave Bühne	Jugendtheaterprojekte 2004	1 50 000
Diverses und spartenübergreifende Projekte		
4. Winterthurer		
Frauenkonferenz	Beitrag an Kulturprogramm	1 2 000
Ateliergemeinschaft		
Berlin	Beitrag Investitionsbeitrag	4 8 000
Das Eisblumenteam	Beitrag an die Veranstaltungen 2004	1 1 000
Fondazione Sciarredo	Atelieraufenthalt Duri Galler	5 5 000
Franziska Matter	Stipendium Aufenthalt Atelier der KSK in Kairo	5 6 000
Frauen Nottelefon	Podiumsdiskussion	1/6 370

Internationales		
Baumarchiv	Ausstellungen und Aktivitäten 2004	1 15 000
Kantonsarchäologie		
Zürich	Projekt/Ankauf Arch.-koffer Museumspädagogik	1/6 10 760
MuseumsTagNacht		
2004	Honorare und Inserate (Teilaufwand)	1 34 995
Società Dante Alighieri,		
Winterthur	Vortragsreihe, 8 Vorträge	6 750
Tonabnehmer & Co.	Projekt: Improvisierte und experimentelle Kunst	1 2 500
Verein Frauen-		
stadtrundgang	Projekt- und Investitionsbeitrag	1 5 000
Winterthurer Marathon	Entschädigung Museumseintritte Teilnehmer/innen	1 166

Kunstkommission und Kunstankäufe

Die Kunstkommission hat an der Dezembersitzung Projekte für Kunst am Bau diskutiert. Werke wurden an der Dezemberausstellung der Künstlergruppe Winterthur und bei verschiedenen Ausstellungen in privaten Galerien angekauft.

Kulturpreis der Stadt Winterthur

Der Kulturpreis 2004 wurde der Organisation «Frauenstadtrundgang Winterthur» verliehen. Die mit 10 000 Franken dotierte Auszeichnung wird jährlich vom Stadtrat an eine Person oder Institution vergeben, die sich im kulturellen Bereich der Stadt besonders verdient gemacht hat. Mit dem Konzept der inszenierten und kostümierten Rundgänge durch die Stadt gelang es dem Verein, das Publikum auf lebendige Art und Weise für die Geschichte von Winterthur zu begeistern. Mit dem Kulturpreis würdigte der Stadtrat die engagierte Arbeit dieser Frauen.

Förderpreis

Da für den Förderpreis 2004 gleich mehrere Arbeiten den Preis verdient hätten, hat der Stadtrat erstmals entschieden, den Preis an drei verschiedene Künstlerinnen und Künstler zu vergeben. Den Förderpreis erhielten: Tamriko Kordzaia (Musik, Klassik), Raffaele Lunardi (Musik Jazz/Blues) und Markus Roost (Illustrator/Grafiker). Die Kunstschaaffenden erhielten je 10 000 Franken. Es wurden insgesamt 9 Bewerbungen aus verschiedenen Kultursparten eingereicht.

Konzerte

Musikkollegium

In der Saison 2004/2005 des Musikkollegiums Winterthur wurden bzw. werden 18 A-Konzerte, 20 F-Konzerte, 12 H-Konzerte und E-Konzerte angeboten. Auch in dieser Saison fanden in Zusammenarbeit mit dem Casinotheater Winterthur je vier Konzerte und Theateraufführungen über Mittag unter dem Titel «CasiNoon» statt. Im Jahresbericht des Musikkollegiums können die weiteren Aktivitäten und Details nachgelesen werden.

Festivals

Die Veranstalter des internationalen Kammermusikfestivals Kyburgiade boten unter dem Titel «Wenn einer eine Reise tut....» vom 3. bis 8. August ein attraktives Programm. Alljährlich ist die Nachfrage beachtlich. Die Konzerte finden in der Regel im Schlosshof der Kyburg statt.

Das Programm der 29. Musikfestwochen mit den Konzerten und dem Rahmenprogramm mit diversen Veranstaltungen unterschiedlicher Musikrichtungen fand in

und um die Altstadt statt. Veranstaltungen aus verschiedenen Kultursparten wie Theater, Film, Kleinkunst umrahmten das Angebot. Der Erfolgskurs konnte dank dem grossen Engagement der Verantwortlichen der Musikfestwochen beibehalten werden.

Das Festival der gehobenen Unterhaltungsmusik fand wiederum während den Herbstferien im Theater Winterthur am Stadtgarten statt. Reto Parolari, der die Gesamtleitung innehatte, konnte mit dem abwechslungsreich gestalteten Programm Zuhörerinnen und Zuhörer begeistern. Das Festival findet alljährlich statt.

Weitere Publikumsmagnete waren die 8. Kurzfilmtage im Casinotheater, die Afro-Pfingsten, das 12. Tanzzeitfestival im Theater am Gleis, das 9. Internationale Festival der komischen Künste sowie die NACHTderkleinKÜNSTE im Gaswerk.

Winterthur Tourismus und städtische Infostelle

Infostelle

Im Berichtsjahr wurden in der Infostelle am Hauptbahnhof 45 800 Kundinnen und Kunden bedient, gleich viele wie im Vorjahr. 74 % sind Einheimische. Seit dem Umzug in den Hauptbahnhof im Jahr 1998 und der Einrichtung der städtischen Infostelle 1999 hat die Publikumsfrequenz um 160 % zugenommen. Die Internetseite www.winterthurtourismus.ch wurde 165 000 mal (+15 %) besucht.

Kongressbüro

Winterthur Tourismus war bei der Akquisition und Organisation einiger grosser Anlässe und Kongresse beteiligt. Dies waren unter anderem die Schweizerischen LehrerInnen-Fortbildungskurse swch mit rund 2500 Teilnehmenden, der 82. Auslandschweizer Kongress, das 1. Demokratie-Forum und die Generalversammlung des Verbands Schweizer Tourismus-Direktoren. Diese Veranstaltungen haben zum Teil ein grosses Medienecho ausgelöst und dazu beigetragen, dass im In- und Ausland im positiven Sinne über Winterthur berichtet wurde. Gesamthaft hat das Kongressbüro 78 Anlässe (Vorjahr 72) mit 3123 Übernachtungen (Vorjahr 2162) organisiert.

Marketing

Gemeinsam mit dem Stadtmarketing und der Stadt Winterthur wurde eine neue Imagebroschüre realisiert, die für Mailings, an Messen und weiteren Publikumsanlässen eingesetzt wird. Die Medien wurden aktiv bearbeitet und es konnten verschiedene Berichte in in- und ausländischen Printmedien, TV und Radio realisiert werden. An Messen im In- und Ausland wurde für das Reiseziel Winterthur geworben.

Zusammen mit Leistungsträgern realisierte Winterthur Tourismus zwei Marketingkampagnen. Im Frühjahr wurde die grosse Bonnard-Ausstellung im Kunstmuseum und der Villa Flora beworben. Zum Start des Musicals SPACE DREAM SAGA II wurden zusammen mit dem Musical, dem Bolero Lifestyle Club, 10 Restaurants und dem Technorama zwei Pauschalangebote aufgebaut und in eine Kampagne eingebunden.

Stadtführungen

Die Zahl der Teilnehmenden an den Stadtführungen hat erneut stark zugenommen. 2004 haben 5000 Personen teilgenommen. Seit 1999 hat sich die Zahl mehr als verdoppelt.

Kulturpaket

Der praktische Kultur-Geschenkgutschein, der bei über 30 Winterthurer Kulturinstitutionen eingelöst werden kann, wurde von Winterthur Tourismus im Jahr 2004 neu lanciert und mit grossem Erfolg verkauft. Zu diesem Zweck wurden über 12 000 Franken an Eigenmitteln investiert.

Logiernächtezahlen

Noch nie haben so viele Gäste in Winterthur übernachtet wie im Jahr 2004. Gesamthaft waren es 54 289 Gäste, was einer Zunahme von 24 % im Vergleich zum Jahre 2003 entspricht. Die Zahl der Übernachtungen hat im Vergleich zum Vorjahr um 16 % auf 102 159 Logiernächte zugenommen. Dies steht im Zusammenhang mit der Anzahl Kongresse, einem bedeutender werdenden Freizeittourismus und der Eröffnung eines neuen Hotels mit 89 Zimmern.

Theater Winterthur am Stadtgarten*

Im Berichtsjahr wurde das 25-jährige Bestehen des Theaters am Stadtgarten mit einem noch breiteren Sparten-Angebot gefeiert. Am 10. und 11. September fand eine koordinierte Feier mit dem Theater am Gleis statt. Im Rahmen des Runden Tisches zum Winterthurer Theater nahm das Haus die ihm zustehende Position wahr. So ist das Theater als «Haus der Gäste» im europäischen Kontext und im städtischen Kultur-Gespräch gut positioniert.

Kunst am Bau

Als Kunstobjekt wurde dieses Jahr das Werk «25» vorgestellt: Messlatten thematisieren das Jubiläum und den Auftrag des Hauses, die Beleuchtung hebt die einzelnen Einheiten mit komplementären Licht- und Schattenfarben «digitalisiert» hervor.

Einführungen

Es haben zwei Einführungen in den Spielplan stattgefunden und mit «Das Ohr am Publikum» eine kritische Nachdiskussion über die gesamte Spielzeit. Die 60 Einführungen in Schauspiel und Musiktheater gehören mittlerweile zum festen Standard und werden im Schnitt von 110 Personen besucht. Neben den eigenen Vorstellungen konnte das Theater an 70 Tagen vermietet werden. Gesamthaft kamen somit wieder rund 100 000 Menschen ins Theater Winterthur.

Der Spielbetrieb (Spielzeit 2003/2004, Stand Juni 2004)

Die Anzahl der in eigener Verantwortung organisierten Aufführungen (ohne Lesungen) lag bei 131 (–24), bei einer Gesamtauslastung von 62,16 % (Vorjahr 57,41 %). Bei der Auslastung nach Sparten zeigt vor allem das Nocturne tiefere Werte. Alle anderen Sparten haben sich positiv entwickelt. – Die genauen Zahlen für die Spielzeit 2003/2004 (in Klammern Vorjahreswerte): Schauspiel 49,12 % (47,21); Ballett 75,88 % (62,67); Musiktheater 74,42 % (68); Nocturne 49,42 % (51,91); Fremdsprachen 60,64 % (35,69); Jazz-Matinée 83,98 % (100); Diverse 18,93 % (21,51). Bei Produkt 2 (Vermietungen) wurden 70 Vermietungstage erreicht.

* Das Theater Winterthur am Stadtgarten ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Abonnentinnen, Abonnenten und Total Besucher (Spielzeit 2003/2004, Stand Juni 2004)

Die Anzahl Besucherinnen und Besucher hat um 7,8 % abgenommen (55 788; 2003: 60 497). Dies aufgrund weniger Aufführungen. Wichtiger ist die Zahl des Besucherinnen- und Besucherdurchschnitts pro Vorstellung: Dieser ist höher ausgefallen (426 gegenüber 390 im Vorjahr). Der Abonnementbestand hat sich um 2,8 % leicht verschlechtert (5317 gegenüber 5474 im Juni 2003).

Winterthurer Bibliotheken*

Das Jahr 2004 war als erstes reguläres Betriebsjahr der Winterthurer Bibliotheken mit der Stadtbibliothek am Kirchplatz die Nagelprobe für die Akzeptanz von Seiten der Winterthurer Bevölkerung. Und die Bevölkerung hat ihre neue Bibliothek fest angenommen. So intensiv, dass es den Bibliothekarinnen und Bibliothekaren zeitweilig im neuen Haus fast zu eng wird. Es erfüllt mit grosser Freude und Genugtuung, dass die neue Stadtbibliothek einen Nutzungszuwachs um 44 Prozent zu verzeichnen hatte, ohne dass dabei die Quote in den Quartierfilialen gegenüber dem Vorjahr eingebrochen wäre. Die Kehrseite ist eine kaum mehr zu steigernde Belastung des Personals, die in Spitzenzeiten mit 1000 und mehr Rück- und Ausleihmutationen pro Stunde jenseits des Richtwerts von 160 Buchungen liegt. Die physische Belastung der Mitarbeitenden wird derzeit noch durch einen hohen Motivationsgrad aufgefangen, doch häufen sich Krankheitsfälle und frühzeitige Pensionierungen und das Überstundenkonto wächst stetig. Wird für die Rückstellung, Sortierung und gesamte Bearbeitung aller Sonderfälle nur eine Minute pro Medium berechnet, entspricht dies einem Arbeitsaufwand von 1,96 Vollzeitstellen, der durch den Ausleihzuwachs 2004 generiert wurde. Dass 38 516 mehr Besuchende in den beiden Bibliotheken im Stadtzentrum auch für die Aufsicht und den Hausdienst Konsequenzen haben, liegt auf der Hand. Wie sich die Übernutzung des Bestands auf den Medienverschleiss, Reparatur- und Ersatzaufwand und Angebotsverringerungen auswirkt, ist derzeit in Abklärung.

Die Nutzung in den Quartieren blieb im Vergleich zum Vorjahr mit 445 176 Ausleihen konstant (Zuwachs 2120



Folkloristische Darbietung anlässlich dem Bibliotheksfest am 17. Dezember.

Ausleihen), während in der Stadtbibliothek die Zahl auf 802 270 (Zuwachs von 243 793 Ausleihen) anstieg. Mit 1 251 206 Ausleihen hat die Nutzung einen schweizerischen Spitzenwert erreicht. 890 Menschen nahmen an den 44 Veranstaltungen allein in der Stadtbibliothek teil und in 183 Führungen wurde das neue Haus 2725 Personen näher gebracht. Insgesamt fanden 112 Veranstaltungen und 224 Führungen statt. Leider führte diese Intensivierung der Nutzung auch dazu, bisherige Angebote zu überprüfen und einzuschränken. So müssen Kundinnen und Kunden, die Bestände aus den geschlossenen Magazinen einsehen möchten, mit längeren Wartezeiten bei der Beschaffung rechnen und die Konsultation der Sondersammlungen ist seit dem Sommer 2004 nur noch auf Voranmeldung möglich. Dies hat sich indes auf die Nutzung der Sondersammlungen nicht negativ ausgewirkt. Gegenüber dem Vorjahr wurden 343 Objekte mehr eingesehen.

Das Jahr 2004 war auch ein Jahr entscheidender organisatorischer Änderungen. So trat Dr. Rolf Weiss nach 22 erfolgreichen Jahren der Bibliotheksleitung in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger bestimmte der Stadtrat den bisherigen stellvertretenden Leiter, Dr. Hermann Römer, der das Amt am 1. Juli 2004 antrat. Die Departements-

* Die Winterthurer Bibliotheken sind eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Bestandes- und Nutzungsstatistik der Winterthurer Bibliotheken 2003/2004

Bibliotheken	Bestand, total		Nonbooksbestand		Ausleihe, total		Nonbooksausleihe		Neuanmeldungen		BesucherInnen	
	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004
Hegi	5 832	5 467	741	729	14 011	14 797	4 239	3 733	57	55	9 102	11 064
Oberi	15 856	15 252	2 578	2 715	87 851	88 237	28 023	29 074	221	236	37 127	39 027
Seen	14 463	15 095	2 292	2 596	87 720	93 447	22 535	28 714	271	272	34 499	36 455
Töss	14 385	14 684	2 811	3 001	75 953	72 970	25 275	31 015	177	179	35 467	30 887
Veltheim	12 176	12 404	2 403	2 416	73 523	69 613	28 481	27 520	102	146	31 308	31 530
Wülflingen	15 541	16 190	3 404	3 761	103 998	106 112	42 033	47 263	447	341	46 944	49 365
Total Quartierbibliotheken	78 253	79 092	14 229	15 218	443 056	445 176	150 586	167 319	1 275	1 229	194 447	198 328
Stadtbibliothek am Kirchplatz	696 888	713 779	43 490	49 424	558 477	802 270	242 001	376 964	3 770	3 382	260 000	348 491
Studienbibliothek am Museumsplatz	265 096	267 818	265 096	267 818	3 417	3 760	3 417	3 483			72 531	22 556
Total alle Bibliotheken	1 040 237	1 060 689	322 815	332 460	1 004 950	1 251 206	396 004	547 766	5 045	4 611	526 978	569 375
Abweichung zum Vorjahr		20 452		9 645		246 256		151 762		- 434		42 397
Total registrierte aktive KundInnen									22 545	22 664		
Total Ausleihe von gedruckten Medien					608 946	703 440						

leitung verfügte auf denselben Zeitpunkt eine Organisationsentwicklung mit einem externen Begleiter, die das Ziel hat, den Betrieb der Bibliotheken an die veränderten Verhältnisse und die intensivierte Nutzung anzupassen. Diese Organisationsentwicklung konnte auf Ende 2004 abgeschlossen werden. Ausgeklammert wurde die Frage der künftigen Ausrichtung der Studienbibliothek am Museumsplatz, da deren Profil von den Entscheiden abhängig gemacht werden sollte, wie sich die Nutzung des alten Bibliotheksgebäudes mit dem neuen Museumskonzept verändert.

Einen Höhepunkt der Bibliotheksarbeit des Jahres 2004 durfte der Betrieb im Dezember feiern. Der alle zwei Jahre vergebene kantonale Bibliothekspreis verlieh die kantonale Bibliothekskommission den Winterthurer Bibliotheken für ihr Projekt «Bücher brauen Brücken – Aufbau und Betrieb der Integrationsbibliothek». In ihrer Laudatio anlässlich der Preisverleihung im Zürcher Stadthaus betonte Regierungsrätin Aepli das Engagement der Winterthurer Bibliotheken in der Leseförderung und in ihrem Bemühen um die Verbesserung der Bildungschancen für fremdsprachige und bildungsferne Kinder und Jugendliche. Insbesondere der Netzwerkcharakter des Projekts und dessen überregionale Ausstrahlung in Zeiten negativer PISA-Ergebnisse zeichnen die Integrationsbibliothek aus. Die Winterthurer Bevölkerung feierte die Preisverleihung mit einem grossen Bibliotheksfest am 17. Dezember im Tösserhaus.

Alte Kaserne*

Im Zuge der Umstrukturierung des Departements Kulturelles und Dienste hat sich die Alte Kaserne vom Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen abgenabelt und ist neu direkt dem Bereichsleiter Kultur unterstellt. Das Budget 04 wurde durch die Rechnung gut bestätigt. Die kontinuierliche Steigerung des Betriebes hält an.

Die Vermietungen der Räume für Anlässe verschiedenster Art lasteten die Kapazitäten der Alten Kaserne rund ums Jahr optimal aus. Die Öffnungszeiten des Sekretariats wurden den Kundenbedürfnissen angepasst.

Die Veranstaltungen wurden während des ganzen Jahres gut besucht. Das Kochbuch zum monatlich stattfindenden «Kochen & Essen», an dem fremdländische Gäste Gerichte aus ihrer Heimat vorstellen, wurde fertig gestellt und erscheint im Frühjahr 05. Das 5. DIALOG, Festival für elektronische Musik und Bild, das jährlich im November in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich in der Alten Kaserne stattfindet, stand im Zeichen des Gastlandes Taiwan. Drei junge Künstlerinnen und Künstler aus Taipei waren in Winterthur zu Besuch und traten im Rahmen des Festivals auf, was zu einem spannenden Kulturaustausch führte.

Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen*

Das Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen konnte sich nach der Ausgliederung der Jugendarbeit gezielt auf die beiden Bereiche Quartierkultur und Freizeit konzentrieren. Mit fachlichen und finanziellen Ressourcen

sowie öffentlichen Infrastrukturen unterstützte und förderte das Büro freiwillige Trägerschaften und Initiativgruppen, so dass diese das Zusammenleben und die Quartierkultur in Winterthur wesentlich mit gestalten konnten. Vielseitige Dienstleistungen unterstützten die öffentliche Freizeitgestaltung und die gemeinsame Nutzung des öffentlichen Raumes. Dabei trat das Büro in den unterschiedlichsten Rollen auf wie Projektleitung, Moderation, Vermittlung, Beratung, Koordination, Begleitung und Mediation.

Besondere Ereignisse in der Quartierkultur:

Der gelungene Umbau der Turnhalle Kanzlei in Seen (Sanierung der Küche, Einbau von Duschen und Neugestaltung der Garderoben) wurde zusammen mit der sanften Sanierung der Hütte am Hofstettweg und der Neugestaltung der Aussenanlage am 26. August mit einem öffentlichen Anlass gefeiert. Die Projektgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Ortsvereines und Vertretern von Nutzergruppen, hat zusammen mit dem städtischen Gebäudeunterhalt und dem Büro die Innovationen sorgfältig und optimal vorbereitet und durchgeführt.

Auf dem Spielplatz Talwiesen wurde ein Unterstand zu einem kleinen, einfachen Quartierhaus umgebaut. Es bewährt sich bei Spiel- und Vereinsanlässen.

Im Auftrag des Stadtrates organisierte das Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen für die neue Wohnbevölkerung in den Quartieren Wülflingen und Hegi je einen Begrüssungs- und Informationsanlass und führte diese erfolgreich durch: Im März informierten sich über 120 Personen über die Quartierstruktur in Wülflingen. Im September fand eine zweiteilige Veranstaltung mit grossem Informationsteil und einem Tag des offenen Dorfes in Hegi statt. Über 400 Personen nutzten die Gelegenheit, ihr Quartier und neue Nachbarn kennen zu lernen.

Ein wirkungsvolles und sichtbares Resultat im Integrationsprojekt des Quartiers Gutschick-Mattenbach war das interkulturelle Fest am 12. Juni. Die Projektgruppe Forum Integration setzte ihre Idee um, das traditionelle Quartierfest neu als interkulturelles Fest zu gestalten. Ein interkulturelles Organisationskomitee entwickelte neue Rahmenbedingungen für den Anlass und die Zusammenarbeit. Zahlreiche Gäste erfreuten sich an der kulturellen und kulinarischen Vielfalt.

Das zusammen mit der Freiwilligenagentur organisierte Freiwilligenfest in der Reithalle vereinigte über 400 ehrenamtlich Tätige aus verschiedenen Institutionen. Der Anlass fand nach 2001, dem «Jahr der Freiwilligen», zum zweiten Mal in diesem grossen Rahmen statt. In den Zwischenjahren organisieren die Institutionen ihre Freiwilligenanlässe jeweils individuell.

Das stark subventionierte Weiterbildungsangebot für Freiwillige wurde erneut rege benutzt. Den Sozialzeitsweis führte das Büro mit einem täglichen Workshop ein.

Die win.03-Massnahme, die Kürzung der Förderung Quartierkultur um 100 000 Franken ab 2005, wurde zusammen mit den subventionierten Trägerschaften vorbereitet, so dass keine Leistung in den Quartieren und des Büros ganz gestrichen werden muss, aber alle einen Teil der Kürzung übernehmen.

Erfolgreiche Freizeitaktionen:

Spürbar für Eltern und Kinder waren die Auswirkungen der win.03-Sparmassnahme beim Ferienprogramm. Das Winter-Programm wurde ersatzlos gestrichen, sodass noch Ferienprogramme in den Frühlings- und den Herbstferien durchgeführt werden. Erfreulich: Es haben trotz abgespecktem Angebot über 1200 Kinder am Ferienprogramm teilgenommen, das sind rund 100 mehr als im Vorjahr. Weiterhin beteiligt sich das Ferienprogramm

* Die Alte Kaserne sowie das Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen bilden zusammen eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Winterthur mit eigenen Aktivitäten im Zürcher Ferienpass, der jeweils in den Sommerferien angeboten wird. Indirekt mitbetroffen von der Sparmassnahme war auch der Dachverband Winterthurer Sportler (DWS). Seine Sportwochen waren seit Jahrzehnten Bestandteil des Ferienprogramms. Da es das Sportprogramm, im Gegensatz zum Ferienprogramm, nach wie vor in allen Schulferien gibt, entschied sich der DWS, sein Angebot nicht mehr im Ferienprogramm, sondern mit einem eigenen Auftritt zu verbreiten. Seit Herbst 2004 ist das Ferienprogramm online. Bereits machten viele Eltern von der Möglichkeit Gebrauch, die Kinder via E-Mail fürs Ferienprogramm anzumelden.

Nach wie vor erfreut sich das Abenteuer Hüttenbau in den Sommerferien grosser Beliebtheit. Auf fünf städtischen Freizeitanlagen bauten die Kinder unter Anleitung Erwachsener Robinson-Hütten und übernachteten zum Teil auch darin. Das Abenteuer Hüttenbau Holzlegi fand für einmal Unterschlupf in der Freizeitanlage Hardau, da auf dem Areal der Freizeitanlage Holzlegi das Unterwerk Wülflingen im Bau war.

Die Angebote des Spielmaterialverleihs, des Spielbusses und des mobilen Kinos werden von Schulen, Institutionen aus Jugendarbeit, Kultur und Kirche, aber vermehrt

auch von Privatpersonen genutzt. Zudem besteht an der Palmstrasse 16a ein breit gefächertes Freizeitangebot. In den Bereichen Keramik, Holz, Gestaltung mit verschiedenen Materialien, Fotografie und Siebdruck profitieren Interessierte von guten Infrastrukturen, kompetenter Beratung und Kursen.

Sechs Quartiere kamen in den Genuss einer Aufführung des Theaters Kanton Zürich. Der nasse Sommer verhinderte die meisten Freilichtaufführungen, sodass die Schlechtwetter-Varianten zum Zuge kamen, was Mehrarbeit und Flexibilität der Organisierenden und der TZ-Crew bedingte.

Von den Dienstleistungen der Infostelle profitieren Privatpersonen und Organisationen gleichermassen. Sei es, dass Anleitungen für die Organisation von Anlässen erwünscht waren, sei es, dass Auskünfte über Einrichtungen und Aktionen in Winterthur eingeholt wurden.

Die vielen Mieterwechsel im letzten Jahr hatten zur Folge, dass die Musikübungsräume wieder neuen, jungen Musikern zur Verfügung gestellt werden konnten. Die in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegenen Energiekosten erforderten eine Erhöhung der Nebenkosten auf Mitte Jahr. Dies wurde mit Verständnis auf Seiten der Mietenden aufgenommen.

Departement Finanzen

Rechnung 2004

Die Rechnung 2004 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von vier Millionen Franken ab. Das ist zwar vier Millionen schlechter als budgetiert, aber wesentlich besser als nach der Hochrechnung des 3. Quartals erwartet (– 17 Mio.). Obwohl der Steuerkraftausgleich im Vergleich zum Budget um 17 Millionen Franken tiefer ausgefallen ist, konnte ein Teil dieses massiven Einbruchs mit einer guten Budgetdisziplin und Mehreinnahmen kompensiert werden. Die Steuerkraft der Stadt Winterthur entwickelte sich entgegen den Vorjahren besser als das Kantonsmittel, was beim Steuerkraftausgleich zu diesem Minderertrag in unerwartet hohem Ausmass führte (Mindereinnahmen gegenüber Vorjahr: 40,9 Millionen Franken). Der Steuerfussausgleich entspricht mit 46 Millionen Franken genau dem Budget und liegt leicht höher als der Vorjahreswert (43 Mio. Franken). Die Personal- und Sachkosten entwickelten sich leicht rückläufig, was auf die vom Stadtrat im September getroffenen Massnahmen zurückzuführen ist. Die Investitionstätigkeit wurde einer grundsätzlichen Priorisierung unterzogen und gestrafft.

Dieser unerwartet gute Rechnungsabschluss darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass die finanzielle Situation der Stadt Winterthur weiterhin sehr angespannt bleiben wird und die mit dem Projekt «Haushaltsanierung 07» in die Wege geleiteten Teilprojekte strikte umgesetzt werden müssen, um den Finanzhaushalt im Gleichgewicht zu halten.

Finanz- und Rechnungswesen

Der stadträtliche Finanzausschuss hat die wichtigen Finanzgeschäfte zu Handen des Stadtrates vorberaten. Das Finanzcontrolling, in welchem die Departemente am Ende eines Quartals über die Entwicklung der Laufenden Rechnung berichten, ist weiter entwickelt worden. Neu wurde ein Controlling des Controllings eingeführt, in welchem die Departemente aufgefordert sind, die Abweichungen zwischen der Hochrechnung des 3. Quartals und dem effektiven Abschluss zu kommentieren. Damit soll dieses wichtige Führungs- und Steuerungsinstrument des Stadtrates noch präziser gestaltet werden. Nur eine möglichst genaue Hochrechnung ermöglicht es dem Stadtrat, seine Führungsfunktion wahrzunehmen und im Falle einer negativen Entwicklung korrigierend einzugreifen.

Landpolitik

Die Liegenschaftenverwaltung hat mehrere grosse Herausforderungen in Angriff genommen. Neben dem Vollzug der grossen Verkaufsgeschäfte «Arch», «Schenkelwiese Süd», «Zelgli» und «Tägelmoos» hat sie begonnen, das vom Stadtrat verabschiedete «Liegenschaftenkonzept» umzusetzen, mit dem Ziel, das Liegenschaftenportefeuille zu bereinigen. Es wurden vor allem zahlreiche Einfamilienhäuser und mehrere Restaurants zum Verkauf angeboten. Sodann wurde das Projekt «Fokus» gestartet, welches die Zusammenführung möglichst vieler Bereiche der Stadtverwaltung an einem Standort zum Ziel hat. Alle diese Herausforderungen weisen strategischen Charakter auf, da sie langfristige Weichen für die Liegenschaftspolitik stellen.

Steuern

Eine markante wirtschaftliche Erholung konnte auch im Jahr 2004 nicht verzeichnet werden. Dies hatte direkte Auswirkungen auf die Steuereinnahmen, die auf einem relativ tiefen Niveau verharrten. Gerade der Wegfall der Einnahmen einiger grosser Unternehmen, bedingt durch Konkurs oder langjährige Verluste, bedeutet einen empfindlichen Schlag für die Stadtfinanzen. Auch wenn der Steuerbereich seinen Handlungsspielraum voll ausschöpfte, konnte diese Entwicklung nicht kompensiert werden.

Informatik

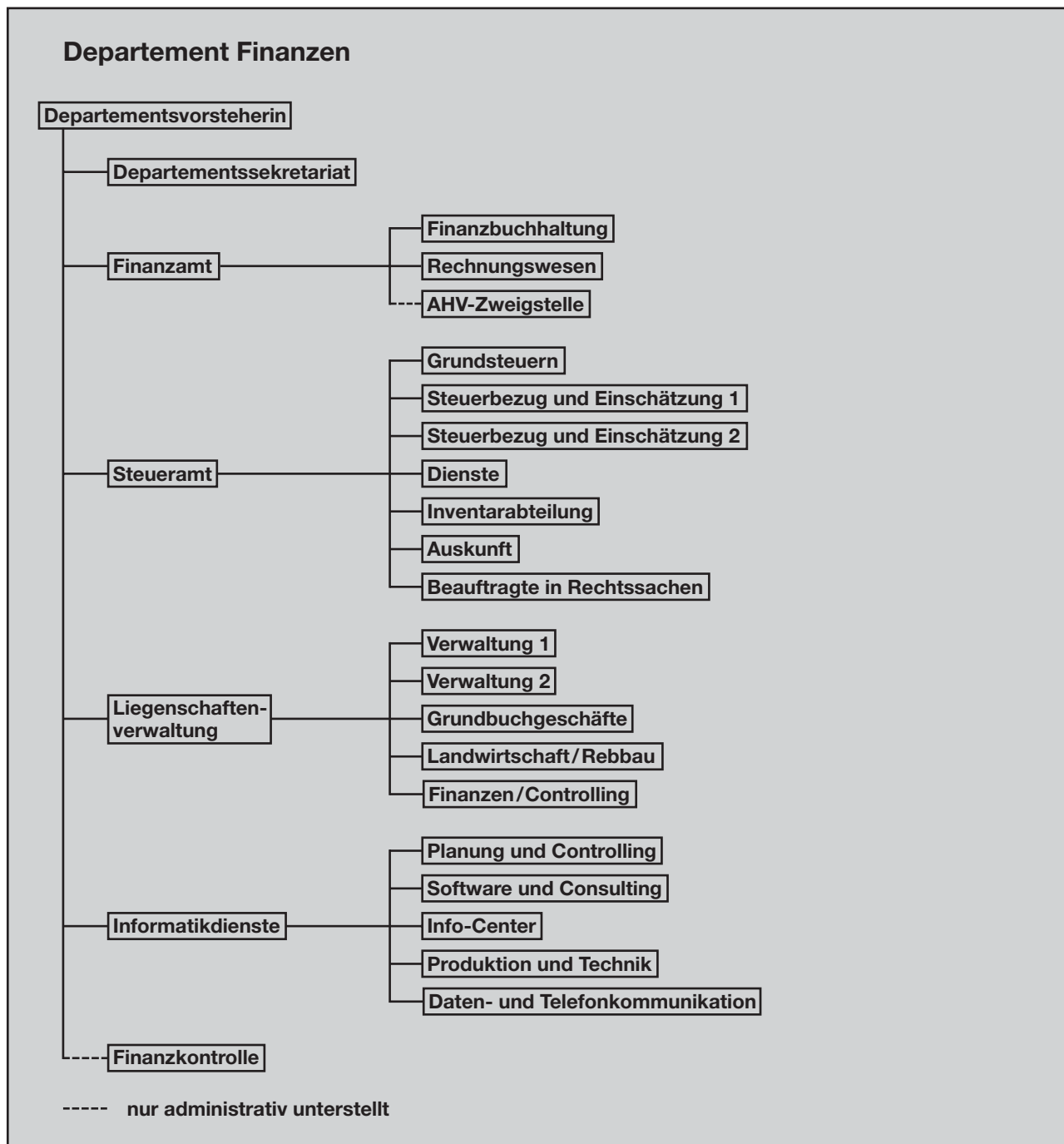
Neben dem operativen Betrieb der Informatik lag das Schwergewicht der Tätigkeiten der IDW bei der Entwicklung einer stadtweiten Informatik-Strategie, die im Frühjahr 2005 vom Stadtrat genehmigt werden soll. Im Sommer erfolgte der Startschuss für die Ausrüstung sämtlicher PC-Arbeitsplätze mit Windows XP und Office XP. Diese Umrüstung soll bis Ende 2005 abgeschlossen sein.

Projekt «win.03»

Das Projekt «win.03» wurde im Jahre 2003 gestartet, um auf die verschlechterten Rahmenbedingungen des Finanzhaushaltes zu reagieren. Unter wesentlicher Mithilfe der Mitarbeitenden wurden insgesamt 93 Massnahmen und 22 Projekte definiert, die auf eine Entlastung des Finanzhaushaltes abzielen. Die Massnahmen wurden im Jahr 2004 planmässig umgesetzt. Die Teilprojekte von «win.03» werden mehrheitlich wie vorgesehen bearbeitet oder sind bereits umgesetzt worden. Einige wenige Teilprojekte sind bis jetzt nicht weiterverfolgt worden; sie werden aber im Rahmen des Projektes «Haushaltsanierung 07» wieder aufgegriffen. Die Auswirkungen der Massnahmen und Teilprojekte sind sowohl in der Rechnung 2004 als auch im Budget 2005 deutlich spürbar, so dass das Projekt insgesamt als Erfolg gewertet werden kann.

Projekt «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung» (WoV)

Der Stadtrat hat am 19. Mai 2004 dem Grossen Gemeinderat beantragt, die guten Erfahrungen mit den Pilotbetrieben der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung zu nutzen und dieses Konzept per 1. Januar 2006 flächendeckend für alle Bereiche der Stadtverwaltung einzuführen. Ausgenommen davon sind nur diejenigen Bereiche des Departements Schule und Sport, bei denen noch wichtige gesetzliche Grundlagen auf Kantonsebene in Arbeit sind. Diese werden so bald wie möglich ebenfalls umgestellt. Das Projekt WoV ist komplex, weil es sämtliche Bereiche der Stadtverwaltung und die Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Grosselem Gemeinderat tangiert. Entsprechend umfangreich gestalten sich die konzeptionellen Vorarbeiten. Der für das Jahr 2004 geplante Teil konnte trotz grossem Zeitdruck dank des ausserordentlichen Engagements der Mitarbeitenden und der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte plangemäss abgeschlossen werden. Die Projektleitung ist angesichts des



erreichten Standes zuversichtlich, das ehrgeizige Ziel «WoV-Budgetierung per 2006» zu erreichen.

Reform Zürcher Finanzausgleich

Das von der Direktion des Innern des Kantons Zürich geleitete Projekt «REFA» ist nach Abschluss der Vernehmlassung ins Stocken geraten. Das ist für Winterthur sehr unbefriedigend, da mit der geplanten Neuordnung des Finanzausgleichs wichtige Weichen in der gewünschten Richtung gestellt worden sind. Die Inkraftsetzung der revidierten Finanzausgleichsgesetzgebung im Kanton Zürich soll auf die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und der zugehörigen Ausführungsgesetzgebung abgestimmt werden und ist damit in weite Ferne gerückt.

Projekt «Haushaltssanierung 07»

Die konjunkturellen und politischen Entwicklungen verschlechterten sich während des laufenden Jahres weiter, so dass sich für die folgenden Jahre ein strukturelles Defizit der Laufenden Rechnung abzeichnete. Da sich ein solches mit einer verantwortungsvollen Haushaltsführung nicht vereinbaren lässt, sah sich der Stadtrat gezwungen, einschneidende Massnahmen zur Verhinderung eines Budgetdefizits zu treffen. Er beschloss eine auf zwei Jahre befristete Senkung der Löhne der städtischen Angestellten sowie der Beiträge an Kulturinstitutionen um drei Prozent bei einer gleichzeitigen Erhöhung des Steuerfusses um drei Prozent über das kantonale Maximum hinaus. Gegen die Lohnsenkung wurde von Gewerkschaftsseite das Referendum ergriffen. Dieses wurde von der Winterthurer Bevölkerung im Januar 2005 nur sehr knapp verworfen.

Als Ersatz für die befristeten Massnahmen müssen ab dem Jahre 2007 andere Mittel greifen, um das Budget und die Rechnung ausgeglichen zu gestalten. Da die Planung und Umsetzung solcher Vorhaben viel Zeit beanspruchen, hat der Stadtrat im Herbst 2004 die nötige Vorbereitung in Angriff genommen. Die entsprechenden Projekte werden im Rahmen des Gesamtprojektes «Haushaltssanierung 07» geführt und umgesetzt. Dieses Gesamtprojekt bedeutet eine weitere grosse Herausforderung für den Stadtrat und die Verwaltung, die aber im Hinblick auf einen nachhaltigen Finanzhaushalt unabdingbar ist.

Finanzkontrolle

Die neue Finanzkontrollverordnung wurde Ende Oktober dem Grossen Gemeinderat unterbreitet. Diese sieht im Kernpunkt eine grössere Unabhängigkeit der Finanzkontrolle von der Verwaltung vor. Die Inkraftsetzung der Verordnung ist auf Anfang 2006 vorgesehen.

Kontrolle der städtischen Finanzen

Im Bericht zur Abschlussrevision der städtischen Rechnung 2003 wurde bemängelt, dass die Darstellung einzelner Bilanzkonten das Prinzip der Bilanzklarheit verletzt. So sind zum Beispiel Mietzinsvorauszahlungen für das neue Jahr in den Mietzinsdebitoren verbucht oder Guthaben von Dritten als Minus-Posten in den Passiven ausgewiesen worden. Im Weiteren waren die Rechnungsabgrenzungen (u.a. Bundes- und Staatsbeiträge) nicht immer periodengerecht. Die Budgetüberschreitung in der Gesamtrechnung beim Personal- und Sachaufwand ist vor allem auf die unter den Sammelkonten zu optimistisch budgetierten Pauschalkürzungen zurückzuführen. Vermehrt waren bei den dreistelligen Konten Budgetüberschreitungen ohne entsprechende Rechtsgrundlagen zu verzeichnen. Durch entsprechende Minderaufwendungen oder Mehrerträge in andern Konten lag jedoch das Gesamtergebnis der jeweiligen Dienststelle in der Regel noch im budgetierten Rahmen.

Die Resultate der gesetzlich vorgeschriebenen Kassenrevisionen bei den Dienststellen zeugen von einer guten Qualität der Kassenführung.

Aus den Prüfberichten der Dienststellenrevisionen kann generell festgehalten werden, dass die dezentralen Finanz- und Rechnungswesen gesamthaft betrachtet ordnungsgemäss geführt sind. Revisionsbemerkungen bezogen sich vor allem auf den formellen Bereich der Rechnungsführung, deren Ursachen zum Teil auf mangelnde Kenntnisse der massgebenden Haushaltsführungsvorschriften zurückzuführen sind.

Jährlich wiederkehrende und laufende Prüfungsarbeiten

- Abschlussrevision der städtischen Rechnung
- Unangemeldete Kassenprüfungen bei 61 Dienststellen: rund 130 Kassen-, PC-, Bank-, Wertschriftenbestände
- PIAS (Besoldungswesen): monatliche Abstimmungsprüfungen
- Vernehmlassungen zu Objektkreditabrechnungen

Dienststellenrevisionen (Prüfung bestimmter Teilgebiete):

- Museen und Sammlungen
- Kulturförderung

- Friedensrichterämter
- Steueramt
- Liegenschaftenverwaltung
- Finanzamt (Kapitalzinsen)
- Tiefbauten
- Abfallentsorgung
- Reststoffdeponie
- Stadtgestaltung
- Gebäudeunterhalt
- Baupolizeiamt
- Polizeirichteramt
- Stadtpolizei
- Zivilschutz
- Arbeitsamt
- Umweltschutzfachstelle
- Bildung
- Schulbehörden
- Kindergärten und Horte
- Oberstufe
- Sonderschulung
- Sprachheilkindergarten
- Therapeutischer Unterricht
- Schulzahnärztlicher Dienst
- Metallarbeiterschule
- Sportamt (Objektkredit Eissport- und Leichtathletikanlage Deutweg)
- Vormundschaftsamt
- Jugendsekretariat
- Sozialhilfe
- Medizinisch-therapeutische Einrichtungen
- Altersheim Neumarkt (Objektkredit/Umbau)
- Departementssekretariat Soziales
- Städtische Werke
- Forstbetrieb
- Stadtgärtnerei
- Behörden und Stadtkanzlei
- Ombudsmann

Übrige Kontrolltätigkeit

Gesetzliche Stiftungsaufsichtsmandate (Art. 84 ZGB)

- Dora Grob-Reinhart-Stiftung
 - Stiftung Metzggasse 6
 - Robert Sulzer-Forrer-Stiftung
 - Stiftung für Symphoniekonzerte und das Stadt-orchester Winterthur
 - Sportstiftung Winterthur
 - Arnold Schenkel-Stiftung
 - Carl Heinrich Ernst-Kunststiftung
 - Stiftung Winterthurer Moschee
 - Stiftung für Kleinsiedlungen
 - Stiftung Akazia
 - Margaretha und Werner Ehrat-Stiftung
 - Stiftung zum Mandelbaum
 - Stiftung für das Pflegepersonal am Kantonsspital Winterthur
 - Stiftung Konradhof Winterthur
 - Stiftung Sulzberg
- Das Mandat der Stiftung Musikschule WIWA ist erloschen (Konkurs).

Revisionsmandate

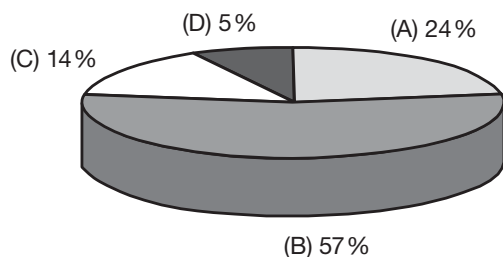
- GAIWO (Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen)
- Stiftung Altersheim St. Urban
- Stiftung Jakob Briner
- Gesellschaft für zentrale Wärmeversorgungsanlage Büelhofquartier

- Verein AIDS-Informationsstelle
 - Vereinigung «Stadtmarketing Winterthur»
 - Trägerverein Jugendhaus Winterthur
 - Überkommunale Abrechnungsstelle «Sackgebühren»
 - Stiftung «Winterthur – La Chaux-de-Fonds»
 - Musikkollegium Winterthur (subventionsrechtliche Prüfung)
 - Kunstverein Winterthur (subventionsrechtliche Prüfung)
- Das Mandat der Brühlgutstiftung für Behinderte wurde abgegeben.

Weitere Prüfungen

- Gesetzlicher Betreuungsdienst, Klienten- und Klientinnen-Buchhaltung
- Beratungsstelle für das Alter, Klienten- und Klientinnen-Buchhaltung
- Sozialamt, Geldverwaltung von Klienten und Klientinnen

Struktur der Kontrolltätigkeit

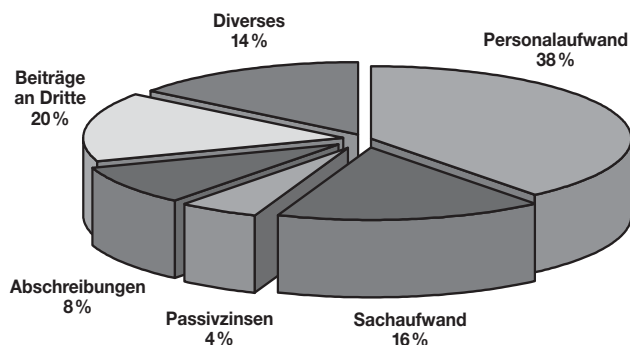


- (A) Abschluss städtische Rechnung
- (B) Dienststellenrevisionen (inkl. Objektanrechnungen, Kassenrevisionen)
- (C) Ad-hoc-Kontrollen, Abklärungen, Beratungen und Projektbegleitung
- (D) Aufsichts- und Revisionsmandate (externe Revisionen)

Finanzamt

Die Rechnung 2004 schliesst bei bereinigten Aufwendungen von 986,7 Mio. Franken und bereinigten Erträgen von 982,7 Mio. Franken mit einem Aufwandüberschuss von 4 Mio. Franken ab. – Bei der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens stehen 94,5 Mio. Franken an Ausgaben 27,9 Mio. Franken an Einnahmen gegenüber, so dass netto 66,6 Mio. Franken investiert worden sind. Während davon 22,9 Mio. Franken ins Allgemeine Verwaltungsvermögen geflossen sind, beträgt der Anteil des Verwaltungsvermögens der städtischen Betriebe 43,7 Mio. Franken. Beim Finanzvermögen wurden netto 10,4 Mio. Franken investiert. – Das Verwaltungsvermögen beläuft sich nach Berücksichtigung der Abschreibungen auf 539,7 Mio. Franken; davon entfallen 320,7 Mio. Franken auf das Allgemeine Verwaltungsvermögen und 219 Mio. Franken auf das Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe. – Der Bilanzfehlbetrag beträgt rund 4,04 Mio. Franken.

Aufwand 2004



Die Rechnung 2004 zeigt folgende Resultate:

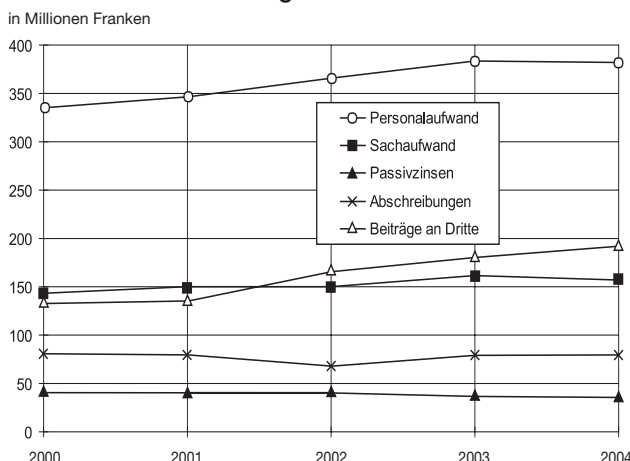
Laufende Rechnung

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2004	Voranschlag 2004	Veränderung
Aufwand	986 705	964 899	21 806 –
Ertrag	982 682	964 969	17 713 +
Aufwandüberschuss	4 020	– 70	4 090 –
Aufwand:			
Personalaufwand	382 138	386 321	4 183 +
Sachaufwand	155 098	153 611	1 487 –
Passivzinsen	35 989	32 389	3 600 –
Abschreibungen	82 262	94 610	12 348 +
Energie-/Rohmaterialankauf	63 286	62 736	550 –
Entschädigungen an andere Gemeinwesen	40 839	41 963	1 124 +
Beiträge an Dritte	194 791	179 743	15 048 –
Durchlaufende Beiträge	5 228	3 485	1 743 –
Einlagen in Spezialfinanzierungen	27 074	10 041	17 033 –
Ertrag:			
Steuern	279 774	272 670	7 104 +
Regalien und Konzessionen	679	746	67 –
Vermögenserträge	39 828	35 429	4 399 +
Entgelte	380 995	352 885	28 110 +
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	91 653	107 011	15 358 –
Rückerstattungen von Gemeinwesen	57 216	59 139	1 923 –
Beiträge mit Zweckbindung	113 102	110 517	2 585 +
Durchlaufende Beiträge	5 228	3 485	1 743 +
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	14 210	23 087	8 877 –

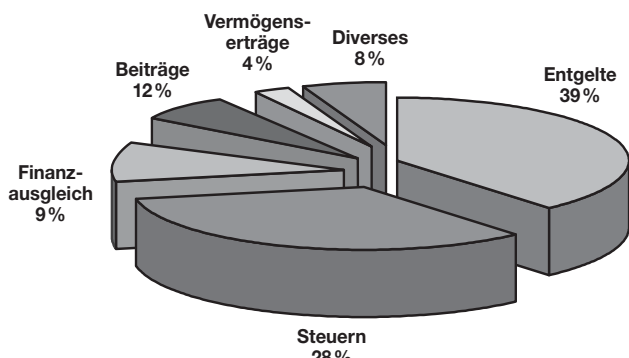
Der Gesamtaufwand ist um rund 21,8 Millionen Franken, der Gesamtertrag um rund 17,7 Millionen Franken höher als der Voranschlag. Das Gesamtergebnis weicht somit um 4,1 Millionen Franken negativ vom Budget ab. Die Gründe für diese Verschlechterung sind aus der vorstehenden Tabelle über die Aufwand- und Ertragsarten ersichtlich. Die Rechnung soll hier nur summarisch beleuchtet werden; für tiefer greifende Analysen wird auf die Rechnung und die zugehörige Weisung verwiesen.

Beim Ertrag sind folgende Positionen speziell zu erwähnen: Die budgetierten Steuereinnahmen wurden um

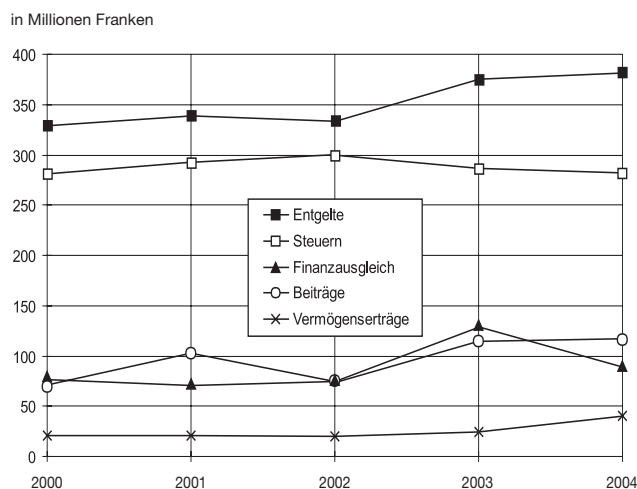
Entwicklung des Aufwandes



Erträge 2004



Entwicklung des Ertrages



rund 7,1 Millionen Franken übertrafen und erreichten nun den Totalbetrag von 279,8 Millionen Franken (dieser Betrag umfasst sämtliche Steuereinnahmen des laufenden Jahres und der Vorjahre). Der Vorjahreswert wurde um rund 4 Millionen Franken verfehlt. Die grössten positiven Abweichungen ergeben sich bei den Entgelten (+ 28,1 Mio.) sowie bei den Vermögenserträgen (+ 4,4 Mio.). Die Staatsbeiträge und die Rückerstattungen anderer Gemeinwesen bewegen sich im Rahmen der budgetierten Werte.

Beim Aufwand sind tendenziell höhere Werte zu konstatieren. Beim Sachaufwand wurden 1,5 Millionen Franken mehr ausgegeben als veranschlagt. Das ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die budgetierten Sachaufwendungen voll in Anspruch genommen wurden. Sodann sind auch bestimmte Kosten angestiegen, wie die Dienstleistungen von Dritten, wo auch gestiegene Gebühren enthalten sind. Der Personalaufwand weicht mit Minderausgaben von 4,2 Millionen Franken deutlich vom Voranschlag ab: Hier schlagen sich die Massnahmen, wie zurückhaltende Anstellungen, nieder. Die Abschreibungen sind um 12,3 Millionen Franken unter den Voranschlag gesunken, was auf die kleiner ausgefallenen Abschreibungen der Städtischen Werke zurückzuführen ist. Die Beiträge an Dritte weichen um rund 15 Millionen Franken negativ vom Budget ab. Dies widerspiegelt den erneut starken Anstieg der Ausgaben für Sozial- und Wirtschaftshilfe, deren Trend nach wie vor ungebrochen nach oben zeigt.

Der Verlauf der Rechnung zeigt deutlich, dass der finanzielle Spielraum der Stadt Winterthur ausserordentlich eng ist. Es bleibt keinerlei Raum für eine reale Ausweitung. Im Gegenteil: Durch den konjunkturellen Einbruch der vergangenen Jahre und die Finanzknappheit

beim Kanton wird der Druck auf die kommunalen Finanzen noch weiter zunehmen. Die Abhängigkeit vom maximalen Steuerfussausgleichsbeitrag hat ausserdem zur Folge, dass der Kanton den Voranschlag zu genehmigen hat.

Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2004	Voranschlag 2004	Veränderung
Ausgaben	94 522	166 086	71 564 +
Einnahmen	27 912	32 494	4 582 -
Nettoinvestitionen	66 610	133 592	66 982 +
<i>Ausgaben:</i>			
Grundstückwerb und Bauten	87 882	149 838	61 956 +
Darlehen und Beteiligungen	20	500	480 +
Investitionsbeiträge	2 047	5 880	3 833 +
Übrige zu aktivierende Ausgaben	576	760	184 +
Einlagen in Spezialfonds	103	0	103 -
Interne Verrechnungen	3 893	9108	5 215 +
<i>Einnahmen:</i>			
Abgang von Sachgütern	0	0	0
Nutzungsabgaben/Vorteilsentgelte	5 649	3 320	2 329 +
Rückzahlung von Darlehen/Beteiligungen	2 078	220	1 858 +
Rückerstattungen für Sachgüter	2 508	2 555	47 -
Rückzahlung von Investitionsbeiträgen	102	0	102 +
Beiträge mit Zweckbindung	9 789	10 383	594 -
Entnahmen aus Spezialfonds	3 893	6 908	3 015 -
Interne Verrechnungen	3 893	9 108	5 215 -

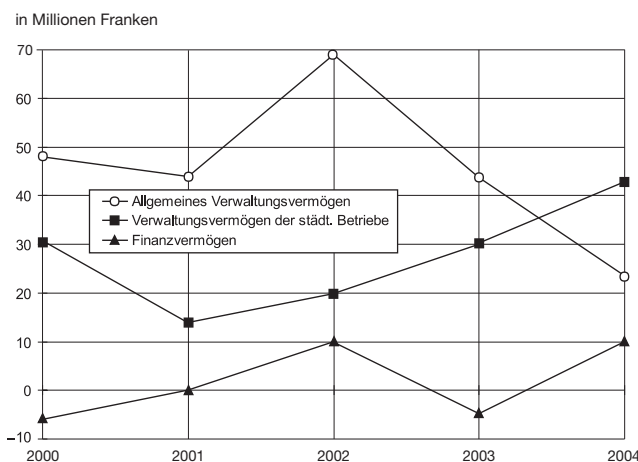
Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen liegen mit 66,6 Millionen Franken deutlich unter dem Voranschlag. Beim Allgemeinen Verwaltungsvermögen wurde sehr viel weniger investiert als letztes Jahr. Die Nettoinvestition ins Allgemeine Verwaltungsvermögen ist mit 22,9 Millionen Franken ausserordentlich tief ausgefallen. Dies liegt an verschiedenen zeitlichen Verzögerungen von grossen Vorhaben. Der Realisierungsgrad liegt bei rund 43 Prozent des Programms und damit unter dem langjährigen Durchschnitt von gegen 55 Prozent. Die Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe belaufen sich auf rund 43,7 Millionen Franken und liegen damit wesentlich tiefer als angenommen (79,9 Mio.).

Investitionen ins Finanzvermögen

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2004	Voranschlag 2004	Veränderung
Total Ausgaben	18 236	14 866	3 370 -
Total Einnahmen	7 775	3 970	3 805 +
Nettoinvestitionen	10 461	10 896	435 +

Bei den Investitionen ins Finanzvermögen sind verschiedene Verkäufe und Übertragungen abgewickelt worden, die auch im Rahmen der Massnahmen von «win.03» zu sehen sind (vgl. die Berichterstattung dazu bei der Liegenschaftenverwaltung).

Entwicklung der Nettoinvestitionen



Bestandesrechnung

Beträge in tausend Franken	31.12.2004	31.12.2003	Veränderung
Bilanzsumme	1 308 254	1 269 709	38 545 +
<i>Aktiven:</i>			
Finanzvermögen	764 389	723 657	40 732 +
Verwaltungsvermögen	539 705	545 496	5 791 -
Spezialfinanzierungen	140	534	394 -
Bilanzfehlbetrag	4 020	21	3999 +
<i>Passiven:</i>			
Fremdkapital	1 133 919	1 101 958	31 961 -
Verrechnungen	23 342	25 438	2 096 +
Spezialfinanzierungen	150 993	142 313	8 680 +
Eigenkapital	0	0	0

Die Bilanzsumme hat wieder zugenommen (+ 38,5 Mio.). Dies liegt vor allem daran, dass am Jahresende sehr erhebliche Liquidität vorhanden war, die zu einem Teil der Pensionskasse geschuldet ist. Beim Verwaltungsvermögen bewegen sich die beiden Teile gegensätzlich. Das Allgemeine Verwaltungsvermögen sank um 12,8 Millionen Franken auf 320,7 Millionen Franken. Das Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe dagegen stieg um 7 Millionen Franken auf 219 Millionen Franken. Der Grund ist in den stark verminderten zusätzlichen Abschreibungen zu suchen. Der Bilanzfehlbetrag beträgt rund 4 Millionen Franken, was dem Ergebnis entspricht, nachdem der kleine Fehlbetrag des Vorjahres abgeschrieben worden ist.

Finanzierungsrechnung

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2004	Voranschlag 2004	Veränderung
<i>Nettoinvestitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen</i>	22 949	48 000	25 051 -
+ Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe	43 666	79 710	36 042 +
- Abschreibungen des Allgemeinen Verwaltungsvermögens	- 35 802	- 37 299	1 497 +
- Abschreibungen der städtischen Betriebe	- 36 604	- 49 859	13 255 +
+ Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung	4 020	+ 0	4 020 -
<i>Finanzierungsbedarf I</i>	- 1 771	40 552	42 323 +
- Einlagen in Spezialfinanzierungen	- 27 074	- 10 042	17 032 -
+ Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	+ 14 210	+ 23 087	8 877 +
<i>Finanzierungsbedarf II</i>	- 14 635	53 597	68 232 +
+ Nettoinvestitionen ins Finanzvermögen	10 461	+ 10 896	435 +
- Abschreibungen Finanzvermögen	- 2 401	- 1 500	901 +
Gesamter Finanzierungsbedarf	- 6 575	62 993	69 568 +

Der Finanzierungsbedarf stellte sich sehr viel tiefer als budgetiert. Dieser Effekt ist vor allem auf die stark zurückgenommenen Investitionen ins Verwaltungsvermögen zurückzuführen.

Der Selbstfinanzierungsgrad stellt sich auf 106,9 Prozent (ohne städtische Betriebe und Spezialfinanzierungen: 102 Prozent). Der sehr gute Wert beim Allgemeinen Verwaltungsvermögen kommt jedoch nur dadurch zustande, dass die Investitionstätigkeit recht niedrig ausgefallen ist.

Finanz- und Rechnungswesen

Im laufenden Jahr konnten erneut verschiedene neue Applikationen erstellt und eingeführt werden: Es ist nun möglich, dezentral und mit einfachen Mitteln die Begrün-

dungen zu Voranschlag und Rechnung einzugeben. Zudem wurden die WoV-Berichterstattungen (Globalbudget, Jahresbericht und Reporting) weitgehend automatisiert. Die Vorbereitung der flächendeckenden Ausbreitung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung beinhaltete den Entwurf und die Realisierung von verschiedenen Applikationen für Budget, Abrechnung und Planung in neuer Form. Diese Arbeiten liegen zeitlich im Plan und es kann davon ausgegangen werden, dass WoV auf das Jahr 2006 wie geplant gestartet werden kann.

Das Finanzamt war im Weiteren daran beteiligt, dass die geplanten Arbeiten an einer erneuten Haushaltssanierung auf das Jahr 2007 an die Hand genommen werden konnten.

Finanzielle Planung

Die finanzielle Planung legte ihre Schwergewichte erneut auf die Investitionsvorhaben und auf das Erarbeiten von Szenarien für die Entwicklung der Laufenden Rechnung.

Die Investitionsprogramme für die Jahre 2005 bis 2009 wurden gestrafft und entlastet. Es müssen zwingend Anstrengungen zu einer weiter gehenden Priorisierung getroffen werden, da es unmöglich ist, die Investitionstätigkeit auf hohem Niveau zu halten. Es wurde dazu übergegangen, die Differenz zwischen den Planwerten für die Investitionen und der Basis, die für die Berechnung der Abschreibungen verwendet wird, stark zu verengen. Allerdings muss festgestellt werden, dass Planung und Abwicklung im Berichtsjahr stark voneinander abgewichen sind.

Der Finanzplan für die Jahre 2005 bis 2009 signalisiert keine Entspannung der finanziellen Situation der Stadt Winterthur.

Projekt «win.03»

Der Stadtrat hatte mit dem Projekt «win.03» ein Massnahmenpaket geschnürt und diverse Projekte lanciert, welche den Haushalt der Stadt Winterthur nachhaltig entlasten sollen. Für die Umsetzung dieser Massnahmen sind verschiedene Instanzen zuständig: Stadtrat, Parlament und Kanton. Zusammen mit der Stadtverwaltung hat das Finanzamt die Umsetzung vor allem jener Massnahmen weitergeführt, welche in der Kompetenz des Stadtrats liegen. Sodann hat sich das Finanzamt an mehreren Projekten zur Identifizierung von Spar- oder Effizienzpotenzialen beteiligt.

Wohnbauförderung

Der Stadtrat hat einen Wohneigentumsförderungsbeitrag im Gesamtbetrag von 24 840 Franken zugesichert (Vorjahr: sechs Fälle mit insgesamt 160 800 Franken). Dieser massive Rückgang der Gesuche ist nicht erklärbar, da genügend Angebote auf dem Markt sind. Seit dem Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 29. Mai 1995 steht dem Stadtrat für Wohneigentumsförderungsbeiträge ein Rahmenkredit von 750 000 Franken zur Verfügung, von dem ein Betrag von 80 328 Franken noch nicht gebraucht ist.

Informatikdienste (IDW)*

Städtische Informatikstrategie

Im Auftrage des Stadtrates wurde zusammen mit den Informatikbeauftragten (IB) der Departemente die städtische Informatikstrategie überarbeitet. Der Stadtrat wurde zweimal und alle Departemente einmal über den Stand der Arbeiten informiert. Die Informatikstrategie und die einzelnen Umsetzungsmassnahmen werden dem Stadtrat im Frühling 2005 vorgelegt.

Security Policy

Zusammen mit einem externen Partner wurde die Security Policy für die Stadt Winterthur erarbeitet. Als Teil der neuen Informatikstrategie wird diese 2005 dem Stadtrat unterbreitet. Die rechtlichen kantonalen Vorgaben für diese Policy sind die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) Sicherheit, das Datenschutzgesetz und die Informatiksicherheitsverordnung. Aktiv mitgewirkt haben die IDW bei der Ausarbeitung der kantonalen Netzwerk Security Policy und, im Zusammenhang mit dem neuen kantonalen Datenkommunikationsnetz LEUnet, an der kantonalen Domänen-Policy.

Rechenzentrum

Die Anzahl der im Rechenzentrum installierten und betreuten Server ist wegen neuen Anwendungsbereichen (Intranet Stadtpolizei, GIS-Stadtplan, Erweiterung Citrix-Serverfarm usw.) und neuen Gemeinden wieder angestiegen. Folgende Systeme werden betrieben: 9 UNIX-, 123 Windows- (vorwiegend Windows 2000), 2 Compaq Alpha-Server sowie 42 Oracle- und 17 SQL-Server-Datenbanken (Microsoft). Total sind rund 2,1 Terabytes Diskplatz (= 2100 Gigabytes oder 2 100 000 000 000 Zeichen) belegt. Die Server werden mit einer Monitoring-Software überwacht. Fehler werden durch die Software erkannt und – je nach Wichtigkeit – per SMS oder E-Mail auch ausserhalb der normalen Arbeitszeit einem System-Techniker gemeldet. Zur Bewältigung der stetig steigenden Nachfrage nach Disk-Speicherplatz ist ein SAN (Storage Area Network) im Einsatz. Der letzte mögliche Ausbau wurde realisiert. Die Sicherung der Daten stellt grosse Anforderung an Personal und Hardware, müssen doch immer mehr Daten während des nächtlichen Zeitfensters gesichert werden. Der für die Sicherung zuständige Unix-Server wurde daher mit einem Prozessor und mit 1 Gigabyte Hauptspeicher erweitert.

Eine Gemeinde (Egg) und ein Werk (Küsnacht) entschlossen sich für den Betrieb ihrer Anwendungen im Rechenzentrum der IDW. Total werden jetzt acht Gemeinden und zwei Werke im Rechenzentrum bedient. Im neuen Jahr wird mit ein bis zwei neuen Gemeinden oder Werken gerechnet.

Anwendungssysteme

Internet- und eGovernment-Auftritt der Stadt Winterthur

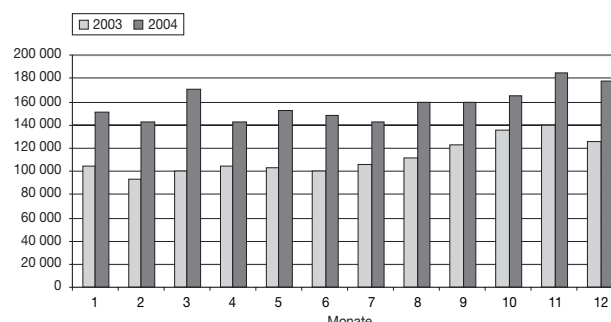
Der Internet- und eGovernment-Auftritt der Stadt Winterthur findet unverändert breite Anerkennung.

1 890 000-mal (Vorjahr: 1,35 Millionen) wurde das Portal www.stadt-winterthur.ch oder einer der Sub-Auftritte besucht. Als Besuch zählt jeder Aufruf einer Seite mit eigener

URL-Adresse. Bei einem jährlich stattfindenden, schweizweit anerkannten eGovernment-/Internet-Ranking erreichte der Winterthurer-Auftritt in der Sparte «Grosse Gemeinden» den zweiten Platz. Mit über 40 Detailkriterien berücksichtigte die Untersuchung neben dem inhaltlichen Angebot und den Interaktionsmöglichkeiten auch Design, Benutzerführung, Technik und Sicherheit. Anfang Februar 2005 hat ein Schweizer Magazin die 200 besten Websites der Schweiz gekürt, sortiert nach Kategorien und aufgelistet nach Nützlichkeit und Qualität. In der Kategorie eGovernment – Städte/Gemeinden wurde das Winterthurer Portal auf den ersten Rang gesetzt. Vermerk dazu: «In Winterthur finden sich Stadtverwaltung, Winterthur Tourismus, das Stadtmarketing und weitere Institutionen unter einem Dach – sehr zum Vorteil des Besuchers.»

Anzahl Besuche 2003/2004

Portal Stadt Winterthur



Das gesamte Winterthurer Portal wurde auf Barrierefreiheit (Zugänglichkeit, Accessibility) optimiert, d.h. die Webseiten wurden möglichst behindertengerecht, d.h. in Bezug auf eingeschränkte Sehkraft und motorischen Einschränkungen, gestaltet. Verschiedene Sub-Auftritte wurden neu aufgeschaltet oder grundlegend überarbeitet: Liegenschaftenverwaltung, Münzkabinett, KAP (Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte), Umweltschutz, Stadtplan auf der Basis des geographischen Informationssystems GIS, Kleingruppenschulen, Jugendprogramm Jump/Jumpina, Suchtprävention, Beratungsstelle für Drogenprobleme, Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme und weitere mehr.

Städtische Anwendungen

Zahlreiche neue Lösungen konnten realisiert werden. Im Wesentlichen sind dies: Reporting-Tool für die WoV-Pilotbetriebe und das Finanzamt, Programme für das Controlling der win.03 Sparmassnahmen, Vereinfachung des Prozesses für die Erstellung des Voranschlag- und des Rechnungsbuches sowie die technische Unterstützung beim Release-Wechsel der städtischen Finanzlösung CS/2.

Bei der Stadtpolizei konnten diverse Anwendungen, deren Hersteller vom Markt verschwunden ist, abgelöst werden. Zusätzlich wurde dort ein Intranet eingeführt. Als Portal ermöglicht es bei Berechtigung einen zentralen, personalisierten Zugriff auf verschiedenste Datenquellen.

Im Departement Soziales wurde unter anderem die Lösung der familienexternen Betreuung mit der neuen Gebührenverordnung erweitert und eine automatische Berechnung der Horkosten eingeführt. Im Klientenverwaltungssystem ROFA vom Sozialamt wurde ein Dokumentenmanagementsystem integriert. Direkt aus der Anwendung können Standard-Korrespondenzen erstellt werden. Diese Dokumente werden anschliessend in die Datenbank zurückgeschrieben, was ein lückenloses elektronisches Dossier ergibt. Die Prozesse konnten wesentlich verbessert werden.

* Die Informatikdienste sind eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Grössere Projekte sind die Ablösung der Pensionskassenlösung mit einer Standard-Software per Anfang 2005 und die Mitarbeit bei der Evaluation des neuen Personalinformations- und -abrechnungssystems. Bei der Stadtkanzlei konnte eine Geschäftsverwaltung für Einbürgerungen in Betrieb genommen werden.

PC-Benutzerservice

Im Frühling beschloss der Stadtrat die Freigabe von Windows XP und Office XP. Bis Ende 2005 werden dieses Betriebssystem und das Office-Paket – unterstützt mit automatisierter Software-Verteilung – auf allen PC-Arbeitsplätzen der Stadtverwaltung eingerichtet sein. Diese Umstellung ist unter anderem nötig, weil die bisherigen Versionen Windows NT und Office 97 vom Hersteller nicht mehr gewartet und unterstützt werden. Um den Umstellungsaufwand zu minimieren, wird die Arbeit mit den unabhängig davon notwendigen Ablösungen von über vierjährigen PC koordiniert. Bis Ende Jahr wurden gegen 800 Arbeitsplätze (Departement Soziales, Departement Schule und Sport, Zivilschutz, Personalamt, Stadtkanzlei und andere) umgestellt. Hilfreiche Unterstützung boten die Auszubildenden der MSW mit rund 2600 Einsatzstunden.

Die zentrale Software-Verteilung bewährt sich. Bereits sind rund 1500 PC mit dem Software-Verteilungstool aufgesetzt worden. Der hauptsächliche Mehrwert ist, dass die Nachführung von Sicherheits-Patches oder die Installation von Releases vereinfacht wird und ein hoher Standardisierungsgrad erreicht wird. Die Betriebskosten können so möglichst tief gehalten werden.

Durch eine win.03-Sparmassnahme wurde die Besetzung des Helpdesks (Hotline) um eine halbe Stelle reduziert. Dies hat zur Folge, dass nun die Wartezeiten (Durchschnitt 61 Sekunden) am Telefon hoch sind. Rund ein Drittel aller Anrufenden resignieren, bevor der Mitarbeiter am Helpdesk sich melden kann. Interne Optimierungsmöglichkeiten müssen gesucht werden.

Für die städtischen Informatikkurse wurde ein begleitetes Ausbildungssystem, ein so genanntes Learning-Management-System (LMS), eingeführt. Das LMS ermöglicht sowohl den klassischen Unterricht im Schulungsraum wie auch ein selbständiges, orts- und zeitunabhängiges Lernen, z.B. auch am Arbeitsplatz. 550 Mitarbeitende der Stadt Winterthur haben momentan über das Intranet Zugriff auf das Lernportal. Rund 750 Kurse wurden gestartet, davon gegen 500 Migrationskurse auf XP. Der Schulungsraum wurde zudem an 24 Tagen für diverse Abteilungs- und Fachkurse belegt.

Datenkommunikation und Telefonie

Datenkommunikation

Das städtische 1Gbps-Backbone-Netzwerk (Giga Bit per Second) konnte über das ganze Jahr störungsfrei betrieben werden. Bis auf wenige kleine Verwaltungsein-

heiten sind alle 65 Standorte, die mit Glasfaser erschlossen sind, mit Switching-Technologie am Netzwerk angeschlossen. Die Anzahl verrechenbarer Netzwerkanschlüsse ist um 7,4 Prozent auf 2714 angestiegen. Die Anschlussstarife an das Netzwerk konnten erneut gesenkt werden.

Mit der Glasfaser-Erschliessung des Altersheims Brühlgut konnte das vom Grossen Gemeinderat im April 2003 bewilligte Projekt «LWL-Erschliessung der Heime» im Oktober abgeschlossen werden. Alle städtischen Heime sind nun mit leistungsfähigen Datenverbindungen ins Netzwerk eingebunden. Ein weiterer, wichtiger Ausbauschritt des Glasfasernetzes war die Erschliessung der ARA. Dadurch können zu einem späteren Zeitpunkt weitere Standorte im Stadtkreis Wülflingen erschlossen werden. Kleinere Ausbauten des Glasfasernetzes betrafen die Leitstelle von Stadtbuss, das Parkhaus Technikum, den Neubau der MSW sowie die MSW an der Hörnlistrasse.

Immer mehr werden bisher eigenständige Anlagen (Lichtsignalssteuerung, Parkhausüberwachung, Leitsystem der Stadtentwässerung) in die bestehenden Netzwerke integriert. Die Nutzung gemeinsamer Ressourcen ist sinnvoll, erhöht aber auch die Komplexität der Netzwerke.

Ein wichtiges Projekt war die Realisierung eines eigenen Übergangs ins Internet. Die bisherige Situation, mit Internetzugang via Kanton und mit Web-Servern im Netzwerk der ZHW, konnte den gestiegenen eGovernment-Anforderungen nicht mehr genügen. Die neue Infrastruktur setzt die Basis für neue Technologien wie VPN (virtual private network), aber auch für neue Internet-Projekte. Der neue Stadtplan des Vermessungsamtes konnte als erste Anwendung davon profitieren.

Stark involviert war die Kommunikation auch in das Projekt «Computer für die Primarschulen». Im Teilprojekt Universelle Kommunikationsverkabelung (UKV) wird die physikalische Grundlage gelegt für die Verkabelung der Schulhäuser. Bei der Ausarbeitung des Konzepts, bei der Ausschreibung und der Vergabe waren die IDW beteiligt.

Das UKV-Projekt für die Mehrzweckanlage Teuchelweiher wurde federführend realisiert. Die Feuerprobe erlebte die neue Verkabelung anlässlich der Lehrerbildungswochen swch.04.

Weitere kleinere UKV-Projekte betrafen das WPZ Oberi, das Begleitete Wohnen, die Naturwissenschaftlichen Sammlungen sowie die Städtischen Werke.

Telefonie

Im Bereich Telefonie war Konsolidierung angesagt. Nach dem Migrationsprojekt vom Vorjahr präsentiert sich die Anlage stabil. Im Februar konnte die Kehrriichtverbrennung über das bestehende Glasfaserkabel an die Telefonzentrale Altstadt angeschlossen werden.

Steueramt*

Während die Steuern des laufenden Jahres das Budget praktisch erreicht haben, liegen die Grundstücksgewinnsteuern und die Handänderungssteuern leicht hinter ihrer Prognose.

Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern sind mit einem Steuerfuss von 122 Prozent (122%) eingezogen worden und brachten einen Ertrag von 219,6 Millionen Franken (217,7 Mio.). Die Steuererträge der natürlichen Personen verschlechterten sich um 0,98 Prozent (-0,70%), diejenigen der juristischen Personen verbesserten sich um 11,26 Prozent (-2,22%). Die Steuerprognose ist um 0,02 Prozent (0,86%) verfehlt worden.

Steuererlass

Es sind sieben (13) Steuererlasse gewährt worden. An den Steuererlass werden so hohe Anforderungen gestellt, dass nur sehr selten entsprechende Gesuche positiv beantwortet werden können.

Bezugsmassnahmen

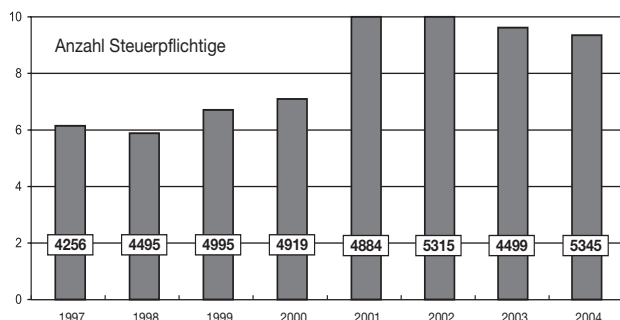
Insgesamt sind 19 926 (17 147) Mahnungen und 9950 (8339) Betreibungsandrohungen verschickt worden. Das führte zur Ausstellung von 2165 (3091) Zahlungsbefehlen; in 122 (235) Fällen wurde dagegen Rechtsvorschlag erhoben. In 2632 (1884) Fällen musste das Pfändungsbegehren gestellt werden, was 1350 (1167) Lohn-, 28 (42) Fahrnis- und 5 (0) Grundstückpfändungen zur Folge hatte. Ferner mussten 16 (26) Verwertungsbegehren gestellt werden. Total sind 1328 (1075) Verlustscheine ausgestellt worden, davon 21 (53) Konkursverlustscheine.

Nach- und Strafsteuern

In 65 (48) Fällen wurden Einnahmen von 261 946 Franken (350 131 Franken) erzielt.

Quellensteuern

Ertrag in Millionen Franken



Steuerausscheidung

Ausscheidungen	Natürliche Personen		Juristische Personen	
	Anzahl	Fr.	Anzahl	Fr.
Aktive	481	5 539 395	135	9 133 969
Passive	190	2 763 813	39	1 719 258
Saldo zu Gunsten Winterthur		2 775 582		7 414 711
Total				10 190 293

Inventar

Die Inventarabteilung hat bei 916 (934) Todesfällen ein Inventar aufgenommen und 989 (918) Inventare abgeschlossen.

Liegenschaftendokumentation

Im vergangenen Jahr hat das kantonale Steueramt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Experten der Firma Wüest und Partner – auch im Hinblick auf die Fluglärmproblematik – eine generelle Liegenschaftenbewertung für die Steuerperiode 2004 geprüft. Aufgrund der Ergebnisse steht fest, dass für das Gemeindegebiet von Winterthur keine generelle Neubewertung vorgenommen werden muss. Somit wird nur im Zusammenhang mit einer Handänderung eine Bewertung erstellt.

Grundsteuern

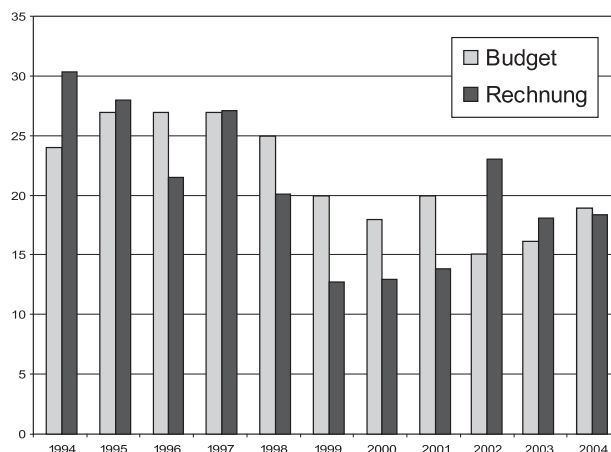
Im Hinblick auf die Abschaffung der Handänderungssteuer per 1. Januar 2005 ist der Liegenschaftensverkauf im 4. Quartal merklich zurückgegangen. Trotzdem sind insgesamt 1229 (1223) Handänderungen eingegangen (+0,5%). Von den pendenten Geschäften wurden 1500 (1231) erledigt.

Die Leitung der Hauptabteilung Grundsteuern hat per 1. Juni Hans Zimmermann übernommen.

Grundstücksgewinnsteuern

Der erzielte Ertrag von 18,4 Millionen Franken (18,2 Mio.) resultiert aus 950 (713) steuertragenden Geschäften. Das Ergebnis liegt 0,6 Millionen Franken unter dem

Ertrag in Millionen Franken



budgetierten Betrag. Obwohl mehr Fälle erledigt wurden, bewegen sich die Steuereinnahmen im Rahmen des Vorjahres. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Liegenschaften, welche 1989 und später erworben worden sind, vielfach nicht mehr mit Gewinn verkauft werden können. Zudem wirkt sich der Aufwandabzug für Liegenschaftenhändler vor allem bei Gesamtüberbauungen negativ auf die Gewinne aus.

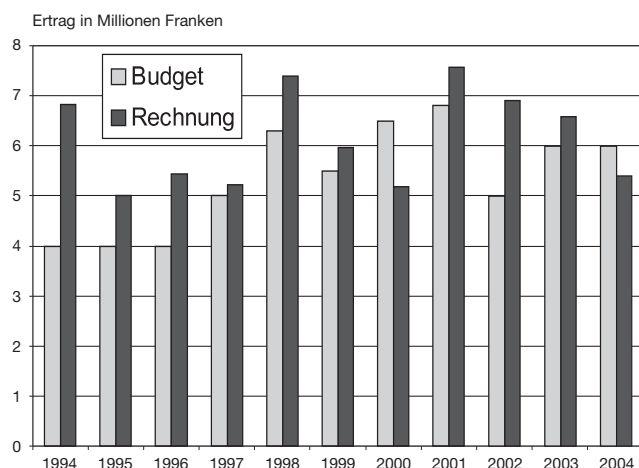
* Das Steueramt ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Über den Steuerertrag berichtet das Steueramt weiterhin im ordentlichen Geschäftsbericht der Stadtverwaltung. Die ausführliche Berichterstattung über den Steuerertrag erfolgt im Rahmen des Projektes WoV in separater Form.

Gegen die Entscheide des Grundsteuerausschusses der Stadt Winterthur wurden sechs (3) Einsprachen und ein (0) Rekurs erhoben. Sieben (2) Rechtsmittelverfahren wurden erledigt.

Handänderungssteuern

Mit Einnahmen von 5,3 Millionen Franken (6,5 Mio.) wurde der budgetierte Ertrag um 0,7 Millionen Franken unterschritten. Die Abschaffung der Handänderungssteuer auf den 1. Januar 2005 hat im 4. Quartal zu Mindereinnahmen geführt, da einige steuerpflichtige Rechtsgeschäfte auf das nächste Jahr verschoben wurden.

Gegen die Handänderungssteuerentscheide ist eine (6) Einsprache und kein (1) Rekurs eingegangen. Acht (6) Rechtsmittelverfahren wurden erledigt.



Steuerbezug

Im siebten WoV-Pilotjahr ist es gelungen, den Globalkredit nicht voll zu beanspruchen. Der Minderverbrauch von 29 913 Franken ist vor allem auf externe Mehreinnahmen zurückzuführen, was die Folge verschiedener Faktoren ist: erfolgreiche Verhandlungen mit dem Kantonalen Steueramt für die Abgeltung der zusätzlich übernommenen Auswertungen von Steuerinformationen, die Bewältigung von mehr Steuerfällen und der hohe Stand an selber vorgenommenen Einschätzungen, alles mit demselben Personalbestand. Die Einnahmen für das Scanning waren budgetiert. Durch die Übernahme von Aufträgen für andere Gemeinden ist es möglich, die hohen Kosten der Software aufzufangen. Die zusätzlich notwendigen Saison-Hilfen sind selbst finanziert worden und ergaben zusätzliche Arbeitsplätze für temporär Arbeitende. Die hohen externen Erlöse erlaubten es, die vorgesehene Reserveentnahme zu unterlassen.

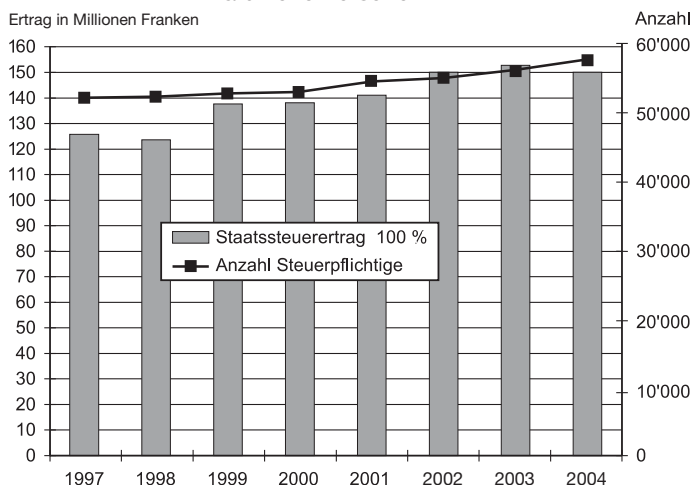
Dass die Kostendeckungsgrade verbessert wurden, dürfte auch Folge der nun vollständig umgesetzten Reorganisation und der erfolgreichen Tätigkeit der Beauftragten in Rechtssachen sein. Der im Vergleich zum Budget höhere Personalaufwand bzw. höhere Personalbestand konnte mit dem erzielten Mehrertrag kompensiert werden.

Die Weiterentwicklung der Software NEST und der Software für Archivierung und Scanning erlaubten eine noch effizientere Arbeitsbewältigung.

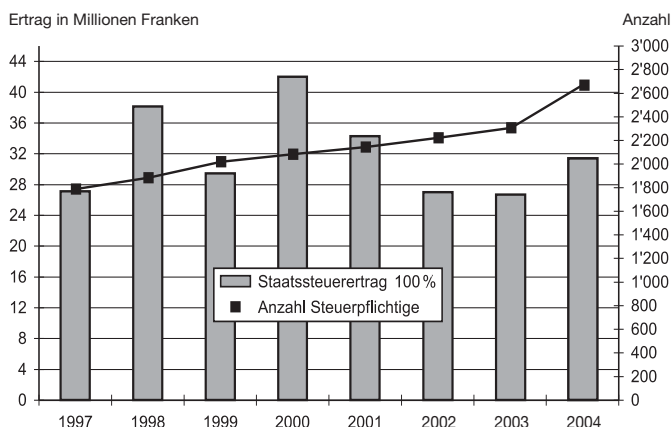
Die verschiedenen Projekte im Steueramt und mit dem Kanton entwickeln sich erfolgreich.

Entwicklung der Steuerpflichtigen und des Staatssteuerertrages

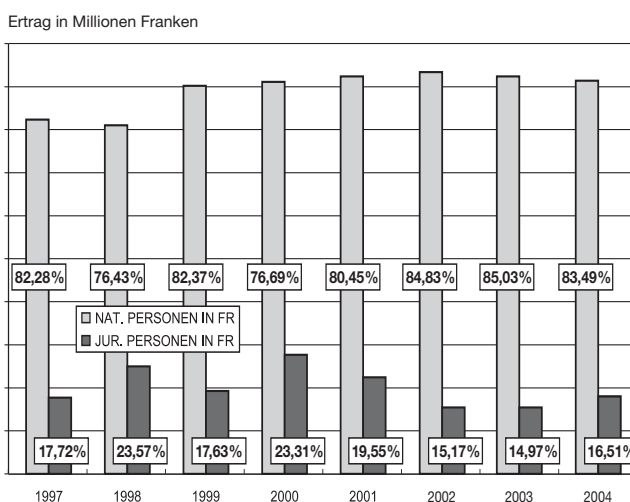
Natürliche Personen



Juristische Personen



Anteil der natürlichen und juristischen Personen am Total der Gemeindesteuern



Liegenschaftenverwaltung

Die bereits im Vorjahr gestarteten Projekte wie Umsetzung der win.03-Massnahmen sowie die grossen Verkaufsgeschäfte über die Areale Zelgli, Tägelmooos und Schenkelwiese beschäftigten die Liegenschaftenverwaltung stark. Laufende Anpassungen bzw. Verbesserungen in der Liegenschaftsbewirtschaftung wie Einführung des Lastschriftverfahrens (LSV) für das Mietzinsinkasso, automatische Mietvertragsgenerierung konnten initialisiert und auch bereits erfolgreich umgesetzt werden. Die Aufnahme aller Betriebsabläufe zwecks Optimierung der internen Belegflüsse wurde begonnen. Das Projekt Fokus, Zusammenführung von grossen Teilen der Stadtverwaltung, wurde ebenfalls gestartet.

Wohn- und Geschäftshäuser

Immobilienmarkt Winterthur

Im Jahr 2004 (Stichtag 1. Juni 2004) stieg die Leerwohnungsziffer in der Stadt Winterthur auf 0,67 Prozent des Gesamtbestandes an (2003: 0,22 %, 2002: 0,36 %), was zum Zeitpunkt des Stichtages 300 leer stehenden Wohnungen entsprach. Bei den Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse waren 70 (73) Mieterwechsel zu verzeichnen. Die gekündigten Objekte konnten in der Regel nach wie vor gut am Markt platziert werden. Bei den grösseren Wohnungen war eine geringere Nachfrage festzustellen. Die erhöhten Ansprüche der Mieterinnen und Mieter an die Ausstattung der Wohnungen blieben bestehen, was sowohl bei Wohnungswechseln wie auch bei Umbauarbeiten zu berücksichtigen war. Der Trend zu ausserterminlichen Kündigungen, d.h. Kündigungen ohne Einhaltung der vertraglichen Kündigungsfrist, hielt immer noch an. Diese Tatsache ist sicherlich auch dadurch zu erklären, dass die suchenden Mieterinnen und Mieter bei der momentan tiefen Leerwohnungsziffer rasch auf ein Wohnungsangebot eingehen und die Objekte auf einen sehr frühen Zeitpunkt übernehmen können. Zugleich ist das Melden einer Nachmieterin oder eines Nachmieters im Normalfall unproblematisch.

Mietzinsentwicklung

Die unverändert tiefen Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt haben die Zürcher Kantonalbank dazu veranlasst, den mietrechtlich relevanten Hypothekenzinssatz im Jahr 2004 nicht zu verändern, und auf dem Vorjahresniveau von 3,25 Prozent zu halten. Die Mietzinse der Liegen-



Neumarkt 4

schaften des Finanzvermögens wurden dementsprechend im abgelaufenen Geschäftsjahr unverändert beibehalten.

Renovationen

Es wurden keine grösseren Renovationen vorgenommen.

Restaurantbetriebe

Im vergangenen Jahr erfolgten keine Wechsel bei den Pächterinnen und Pächter in den Restaurantbetrieben. Es konnten für die beiden Restaurants «zur alten Post» und «zum Taggenberg» je eine Käuferschaft gefunden werden. Das Restaurant «zum Taggenberg» wurde von der bisherigen Pächterschaft käuflich erworben. Für den geschlossenen Gastwirtschaftsbetrieb Restaurant/Hotel «Hörnli» konnte noch keine geeignete Käuferschaft bzw. Pächterschaft gefunden werden. Einige Restaurantbetriebe mussten wiederum empfindliche Umsatzeinbussen aufgrund der schlechten Wirtschaftslage in Kauf nehmen. Die generelle Umsatzentwicklung der städtischen Restaurants ist im Vergleich mit den Schweizer Gastrobetrieben nachvollziehbar.

Verwaltungsliegenschaften und Fachstelle für Raumbewirtschaftung

Die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sind wieder zu 100 Prozent belegt. Die während sechs Monaten leer stehenden Büroräumlichkeiten am Obertor 32 konnten nun definitiv der neu strukturierten Stabsstelle Stadtentwicklung vermietet werden. Die beiden Hauswartwohnungen Neumarkt 4 und Stadthausstrasse 31



Restaurant zum Taggenberg



Restaurant zur alten Post



Stadthausstrasse 31

wurden komplett saniert und sind somit wieder auf einem neuzeitlichen Stand. Für die beiden Liegenschaften Neumarkt 1/4 und Technikumstrasse 81/83 konnte nach der Pensionierung des bisherigen Stelleninhabers ein neues Hauswart-Ehepaar mit Wohnsitz im Neumarkt 4 gefunden werden. Die Sanierungsarbeiten an der Aussenfassade des Stadthauses sind seit einem Jahr in vollem Gange. Die Arbeiten an der Westfassade sind nahezu abgeschlossen. Ab April 2005 wird mit der Restaurierung der Südfassade begonnen. Die gesamte Aussenrenovation wird voraussichtlich bis 2007 dauern. Im Rathaus fanden 81 (56) Anlässe statt, davon 48 (32) Benutzungen des Gemeinderatssaales und 33 (24) Benutzungen des Festsaaes. Im alten Stadthausaal fanden 213 (194) Anlässe statt.

Betrieb Mehrzweckanlage Teuchelweiher

Die Mehrzweckanlage Teuchelweiher (MZA) wird sowohl für militärische als auch zivile Zwecke genutzt. Die militärischen Belegungszahlen sind gegenüber dem Vorjahr stark gesunken. Dies insbesondere aufgrund der Rekrutenkompanie der Übermittlungstruppen, welche letztmals im 2003 untergebracht war. Demgegenüber war erstmals ein Offizierslehrgang zu verzeichnen, welcher während vier Wochen in der MZA gastierte. Zu erwähnen bleibt, dass seitens des Militärs insbesondere einwöchige Stabskurse von grossen Verbänden mit Mittag- und Nachtessen stattgefunden haben. Die Brauerei Heineken Switzerland hat ihr zehntägiges Oktoberfest zum sechsten Mal in der MZA durchgeführt. Erneut wurde die Jungbürgerfeier der Stadt Winterthur in der MZA durchgeführt. Die Lärmdämmungsarbeiten an der grossen Reithalle sollten bis Ende 2005 abgeschlossen sein. Damit wird die seit mehreren Jahren unbefriedigende Lärmimmissionssituation bei der Benützung der grossen Reithalle ein Ende haben. Erstmals fand in der MZA der 113. Schweizerische Lehrerinnen- und Lehrerbildungskurs während zwei Wochen statt. Wiederum gastierte das «Merlin-Ess-Theater» während acht Wochen auf dem Wachterareal. Die als Über-

gangslösung eingerichtete Jugendunterkunft Löwengarten weist im vierten Betriebsjahr eine erneut rückläufige Auslastung von bisher 45 Prozent auf neu 40 Prozent aus.

Militärische Einquartierungen

<i>Mehrzweckanlage Teuchelweiher</i>		
- Total Übernachtungen	10 337	(18 940)
- Anzahl Tage Benützung Büro- und Theorieräume	134	(204)
- Anzahl Stunden Benützung Reithallen	75	(930)
- Anzahl Frühstücke	6 720	(2 616)
- Anzahl Mittagessen	6 179	(2 502)
- Anzahl Nachtessen	4 727	(1 754)
ALST Steinacker	0	(0)

Zivile Nutzung der MZA Teuchelweiher

- Anzahl Übernachtungen	7 839	(10 889)
- Anzahl Tage Benützung Reithallen	139	(89)
- Anzahl Stunden Benützung Reithallen	8	(85)
- Anzahl Vermietungen Büro- und Theorieräume	552	(237)
- Anzahl Frühstücke	3 457	(4 376)
- Anzahl Küchen- und Essraumbenützung	129	(127)

Als grösste Veranstaltungen in den Reithallen sind zu erwähnen:

- Reithallengottesdienste der Stiftung Schleife
- Hallenflohmärkte, Ausstellungen
- FAKOWI (Winterthurer Fasnacht)
- Proben und Aufführungen des Theaters des Kantons Zürich
- 6. Winterthurer Oktoberfest
- Bazar der Rudolf Steiner-Schule
- Piccolo-Turnier des EHC Winterthur
- Kyburgiade Konzerte
- Rampenverkauf der Firma Angela Bruderer
- Kirchliches Jugendtreffen an Auffahrt
- Volksmusiktreffen der Firma Landhausmode P. Klauer
- Internationales Schachturnier
- Jungbürgerfeier der Stadt Winterthur
- Kaninchen- und Geflügelausstellung

Jugendunterkunft Löwengarten

- Betten	30	(30)
- Anzahl Gäste	989	(1 069)
- Anzahl Übernachtungen	2 220	(2 483)
- Anzahl Frühstücke	697	(772)

Wachterareal

- Zirkusgastspiele	4	(7)
--------------------	---	-----

Grundbuchgeschäfte

Durch das Ausüben eines Rückkaufsrechtes ist die Kaufsumme gegenüber dem Vorjahr um fast 3,0 Millionen Franken (34 144.-) angestiegen.

Mit den vom Stadtrat beschlossenen win.03-Massnahmen, welche seit dem Frühjahr des Berichtsjahres greifen, ist das Verkaufsvolumen auf über 11 Millionen Franken angestiegen (10,6 Millionen). Konkret sind neun Wohnliegenschaften (3), davon grösstenteils Einfamilienhäuser, zwei Restaurants (0) und fünf (13) Baulandparzellen verkauft worden. Drei bestehende Baurechte (4), eines für eine Wohnbaute und zwei für Industriebauten, sind aufgelöst und zwei (1) neu begründet worden. Der gesamte städtische Grund- und Immobilienbesitz hat flächenmässig um 1,8 Hektaren (2,5 ha) abgenommen.



Mehrzweckanlage Teuchelweiher

Käufe Finanzvermögen

Fläche m²	Verkäuferchaft	Kaufobjekt und Lage
7 387,0	Krankenkasse KBV Badgasse 3 8400 Winterthur	Kat. Nr. 16268, Grüzefeldstrasse Bauland I1
415,0	Louise Ryser geb. Hintermüller Scherzistrasse 32 8708 Männedorf	Kat. Nr. 6458, Mettlenstrasse 2 Wohnhaus mit Garage und Schopf KIII
Total Kaufsumme		Fr. 2 985 450.–

Verkäufe Finanzvermögen

Fläche m²	Käuferchaft	Kaufobjekt und Lage
3 133,0	Dr.med. Florian + Ruth Suter-Reber Tannenstrasse 1 4416 Bubendorf	Nr. 183, Seewarte, Vitznau LU Wohnhaus, Garage und Bootshaus W2B
1 335,0	Peter Müller + Carole Wiederkehr Müller Hagenbuchenstrasse 38 8303 Bassersdorf	Kat. Nr. 3201, Weinbergstrasse Wiese und Acker (Bauland) W2/1,2 + Lw
379,0	Emil Perret Lindenplatz 2 8408 Winterthur	Kat. Nr. 5028, Wüflingerstrasse 250 Wohnhaus mit Restaurant KIII
1 421,0 280,0	Ulrich + Sukanda Morf-Potchimlee Neuburgstrasse 111 8408 Winterthur	Kat. Nr. 6868, Neuburgstrasse 111 Wohnhaus mit Scheune Kat. Nr. 4299, Neuburgstrasse bei 111 Scheune KIII + Lw
829,0	Heimstättengenossenschaft Winterthur Hegistrasse 25 8404 Winterthur	von Kat. Nrn. 4449, 4451, 5048 und 5365 Wolfbühlstrasse, ehem. Strassengebiet W2/2,0
202,0 138,0 242,0	Erwin Raimann Römerstrasse 159 8404 Winterthur	Kat. Nr. 3301, Lindbergstrasse 1 Kat. Nr. 3303, Parkplatz Römerstrasse Kat. Nr. 3302, Parkplatz Römerstrasse K III
355,0	Maurizio + Concetta M. Stefani-Valenti Ackeretstrasse 13 8400 Winterthur	Kat. Nr. 672, Bleichstrasse 23 Wohnhaus mit Waschhaus W4G
423,5	GESEWO Genossenschaft für selbst- verwaltetes Wohnen Reismühlestrasse 11/71 8409 Winterthur	Kat. Nr. 4572, Feldstrasse 39 Wohnhaus mit Schopf W4/3,4
94,0	Erika Elise Müller-Schalcher Dorfstrasse 24 8967 Widen	Kat. Nr. 359, Rankstrasse Garten und Zufahrt KIII
122,0	Alfred Danninger u. Susanne Van Geijn Steinbruchweg 6 und 4 8404 Winterthur	Kat. Nr. 16379, Im Grafenhag Hofraum und Garten W2/1,6
45,0	Martin und Gerda Pfiffner-Frei Im Grafenhag 38 8404 Winterthur	von Kat. Nrn. 16342 und 16343, Im Grafenhag Acker und Wiese W2/1,6
2 361,0	Michael und Chantal Job-Meng Moosackerstrasse 26 8405 Winterthur	Kat. Nr. 15524, Wiesendangerstrasse 199 Wohnhaus mit Scheune Lw
1 275,1	Friedrich Keller u. Annemarie Tiegel Keller Hochwachtstrasse 4 8400 Winterthur	Kat. Nr. 281, Hochwachtstrasse 4 Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten W2/1,2 (Auflösung Baurecht)
634,0	Bettina Mark und Marianne Trüb Hegifeldstrasse 51 8404 Winterthur	Kat. Nr. 10864, Ibergstrasse 129 Wohnhaus mit Schopf KIV
2 270,0	Hofmeister & Kuster AG Ohrbühlstrasse 90 8409 Winterthur	Kat. Nr. 4937, Ohrbühl/Stegackerstrasse Wiesen I2 (Waldabstandsbereich)
124,0	Briner AG Winterthur Industriestrasse 7 8404 Winterthur	Kat. Nr. 11291, Industriestrasse Weggebiet I2
678,0	Ralf und Sandra Klabunde-Tenew Bühlackerweg 19 8405 Winterthur	Kat. Nr. 10828, Rispfenweg (Im Bol/Kornweg) Acker und Wiese (Bauland) W2/1,2 und W2/2,0
98,0	Daniel und Judith Keller-Molz Amselweg 18 8400 Winterthur	von Kat. Nr. 5773, Amselweg 18 Hofraum und Garten F (k)
59,0	Rolf und Rita Keller-Heuberger Amselweg 20 8400 Winterthur	von Kat. Nr. 5773, Amselweg 20 Hofraum und Garten F (k)

Fläche m²	Käuferschaft	Kaufobjekt und Lage
454,0	Karl Graf Amselweg 22 8400 Winterthur	von Kat. Nr. 5773, Amselweg 22 Hofraum und Garten F (k)
34,0	Miteigentümergeinschaft Amselweg 8400 Winterthur	von Kat. Nr. 5773, Amselweg Zugangsweg F (k)
1 500,0	Maillard Bedachungen AG Im Hölderli 13a 8405 Winterthur	Kat. Nr. 9645, Im Hölderli 13a Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten I1 (Auflösung Baurecht)
3 613,0	Peter und Margriet Schnaibel-Blijdorp Taggenbergstrasse 79 8408 Winterthur	Kat. Nr. 6919, Taggenbergstrasse 79 Wohnhaus mit Restaurant Lw
716,0	Roger und Caroline Meili-Trachsel Ehriken, Pfahlmattstrasse 2 8489 Wildberg	Kat. Nr. 10833, Rispeweg (Im Bol/Kornweg) Acker und Wiese (Bauland) W2/1,2
505,0	Willy und Doris Frehner-Schurtenberger Rappstrasse 22 8408 Winterthur	Kat. Nr. 6915, Rappstrasse 22 Wohnhaus W2/2,0 und Lw
975,0	Dominique und Heidi Walser-Zubler Büelrainstrasse 1 8400 Winterthur	Kat. Nr. 5216, Im Knorren, Weinbergstrasse Wiese (Bauland) W2/1,2
1 246,0	Rolf Wipf AG Harzachstrasse 6 8404 Winterthur	Kat. Nr. 13393, Harzachstrasse 6 Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten I1 (Auflösung Baurecht)
367,0	Giorgio u. Anna-Maria Conconi-Mehlretter Rappstrasse 21 8408 Winterthur	Kat. Nr. 6862, Rappstrasse 21 Wohnhaus K III
Total Verkaufsumme:		Fr. 11 100 011.–

Neue Baurechte

BaurechtsnehmerInnen	Objekt
Miniatur-Golf-Genossenschaft Winterthur Dättnauerstrasse 7 8406 Winterthur	von Kat. Nr. 5773 (SR-Nr. 9698) 1984 m² Gebäudegrundfläche und Mini-Golf-Anlage
Carnag AG Schlachthofstrasse 25 8406 Winterthur	von Kat. Nr. 4436 (SR-Nr. 5123) 742 m² Gebäudegrundfläche und Umgelände

Landwirtschaftskommission

Die Landwirtschaftskommission behandelte ihre Geschäfte in einer Sitzung.

Die wichtigsten zu behandelnden Themen waren:

- Beiträge an Viehzuchtgenossenschaften
- Orientierung über das Vernetzungskonzept Iberg/Eidberg
- Informationen zum Bericht der Ackerbaustelle

Ackerbaustelle

Bewirtschaftungsformen	konventionell	ÖLN	Bio
Landwirtschaftsbetriebe der Stadt	0 (0)	9 (9)	1 (1)
Landwirtschaftsbetriebe in Winterthur	0 (2)	65 (63)	4 (4)

Folgende 91 Gesuche für «agrarpolitische Massnahmen» wurden eingereicht und behandelt:

Art der Beiträge	Anzahl Gesuche
Direktzahlungen	78 (78)
Zollrückerstattungen auf Treibstoffen	69 (69)

Rebbetrieb

Ein Rebbjahr ohne extreme Witterungsverhältnisse brachte durchschnittliche Erträge bei einer guten Qualität. Der gehaltvolle Jahrgang 2003 wurde von den Weinkundinnen und -kunden geschätzt. Der Weinmarkt ist nach wie

vor angespannt. Der Weinverkauf erreichte die Umsatzzahlen des Vorjahres. Die Betriebsrechnung schliesst erneut mit einem Aufwandüberschuss ab.

Rebkommission

Die Rebkommission wurde vom Stadtrat nach Ablauf der ersten zwei Jahre der Amtsdauer 2002/2006 aufgehoben.

Rebberge

Erträge der stadteigenen Rebberge

Rebberg	Ertragsreben	Aren	Liter
Neftenbach	Gewürztraminer	16 (16)	607 (1006)
Neftenbach	Blauburgunder	184 (184)	8036 (10081)
Wiesendangen	Blauburgunder	105 (110)	5905 (5845)
Wiesendangen	RieslingxSilvaner	40 (45)	3173 (2662)
Wiesendangen	Chardonnay	10 (10)	588 (588)
Wiesendangen	Garanoir	14 (14)	1226 (941)
Wiesendangen	Léon Millot	27 (27)	613 (794)
Wiesendangen	Solaris	16 (16)	159 (621)
Wiesendangen	Helios	16 (16)	406 (135)
Wiesendangen	Dacapo	2 (2)	0 (0)

Pünten

Die Nachfrage nach Pünten ist mit Ausnahme des Püntenareals Oberfeld gut.

Der Grosse Gemeinderat hat dem Projekt Pünten Rietberg/Rietgraben zugestimmt. Die Auflösung des Pünten-



Trotte Neftenbach



Trotte Wiesendangen

areals an der Frauenfelderstrasse sowie der Umzug ins neue Püntenareal ist auf Mitte 2006 vorgesehen.

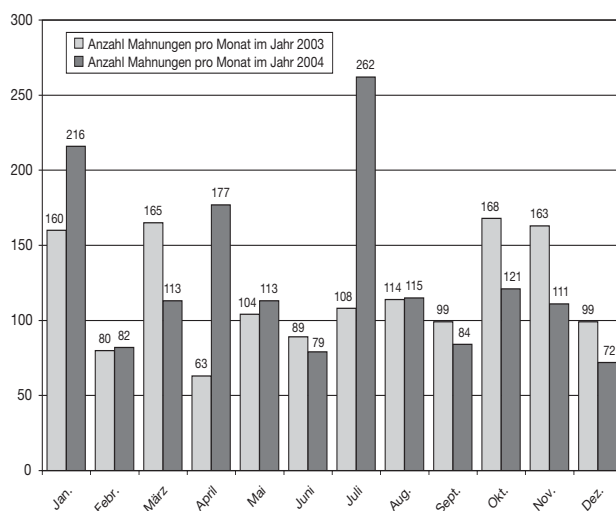
Das städtische Püntenland in Zahlen

	Aren		Pünten	
<i>Eigentum Stadt Winterthur</i>	5220	(5249)	3082	(3105)
– Verwaltung durch Stadt	1150	(1179)	739	(761)
– Verwaltung durch Püntenpächterverein	3832	(3832)	2203	(2204)
– Verwaltung durch Baugenossenschaft Union	69	(69)	29	(29)
– Verein Pünten Vogelsang	169	(169)	111	(111)
<i>Eigentum Private/SBB</i>				
– Verwaltung durch PPV	221	(221)	204	(204)

Finanzen/Controlling

Die Abteilung Finanzen/Controlling ist für die gesamte Buchhaltungsabwicklung verantwortlich. Ihr obliegt auch die zentrale Betreuung des Liegenschaftsbewirtschaftungs- und Inkassosystems «ImmoVision». Die buchhalterisch relevanten Daten werden monatlich in elektronischer Form via Schnittstelle ins Stadtbuchhaltungssystem CS2 übermittelt. Die Abstimmung der Scharnierkonten wird dadurch monatsgenau sichergestellt. Die laufende Debitorenbewirtschaftung ist mit einem fixen Mahnlauf pro Monat standardisiert. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahlungsmoral leicht verschlechtert, was geringfügig zu mehr Kündigungen infolge ausbleibender Miet- oder Pachtzinse sowie Einleitung von Betreibungen führte. Auf nachfolgender Statistik ist die Mahnintensität ersichtlich:

Liegenschaftsbestand



Liegenschaftsbestand

Die Liegenschaftsverwaltung verwaltet folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:

Finanzvermögen

Wohn- und Geschäftshäuser

391	(401)	Wohnungsverträge
78	(85)	Einfamilienhausverträge
159	(160)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
78	(79)	Garagenverträge
134	(134)	Parkplatzverträge

Sozialer Wohnungsbau

23	(23)	Einfamilienhausverträge
2	(2)	Garagenverträge
21	(21)	Parkplatzverträge

Restaurants

18	(20)	Restaurants (1 Verwaltungsvermögen)
45	(47)	Wohnungsverträge
8	(10)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
3	(3)	Garagenverträge
3	(3)	Parkplatzverträge

Landwirtschaftliche Pachtbetriebe

10	(10)	Bauernhöfe mit total 201 ha Land
----	------	----------------------------------

Unbebaute Grundstücke des Finanzvermögens

355 ha	(356)	Land
520	(520)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge

Baurechte

42	(43)	Baurechte für Wohnbauten
43	(44)	Baurechte für Industriebauten

Verwaltungsvermögen

Verwaltungsliegenschaften

9	(9)	Wohnungsverträge
99	(99)	Benützungsverträge Stadtverwaltung
24	(24)	Garagenverträge
75	(75)	Parkplatzverträge

Betrieb Mehrzweckanlagen

1	(1)	MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)
1	(1)	Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker
2	(2)	Schiessanlagen (Ohrbühl / Wieshof)
16	(15)	Objekte (Plätze, Parkplätze usw.)

Übrige Liegenschaften des Verwaltungsvermögens

26	(25)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
5	(5)	Garagenverträge
24	(24)	Parkplatzverträge

Püntenverwaltung

772	(772)	Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)
-----	-------	---

Verwaltungsmandate

Liegenschaften der Pensionskasse

189	(189)	Wohnungsverträge
8	(8)	Einfamilienhausverträge
3	(3)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
89	(89)	Garagenverträge
44	(44)	Parkplatzverträge

Diverse städtische Objekte

39	(39)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
2	(3)	Restaurants
7	(7)	Baurechte

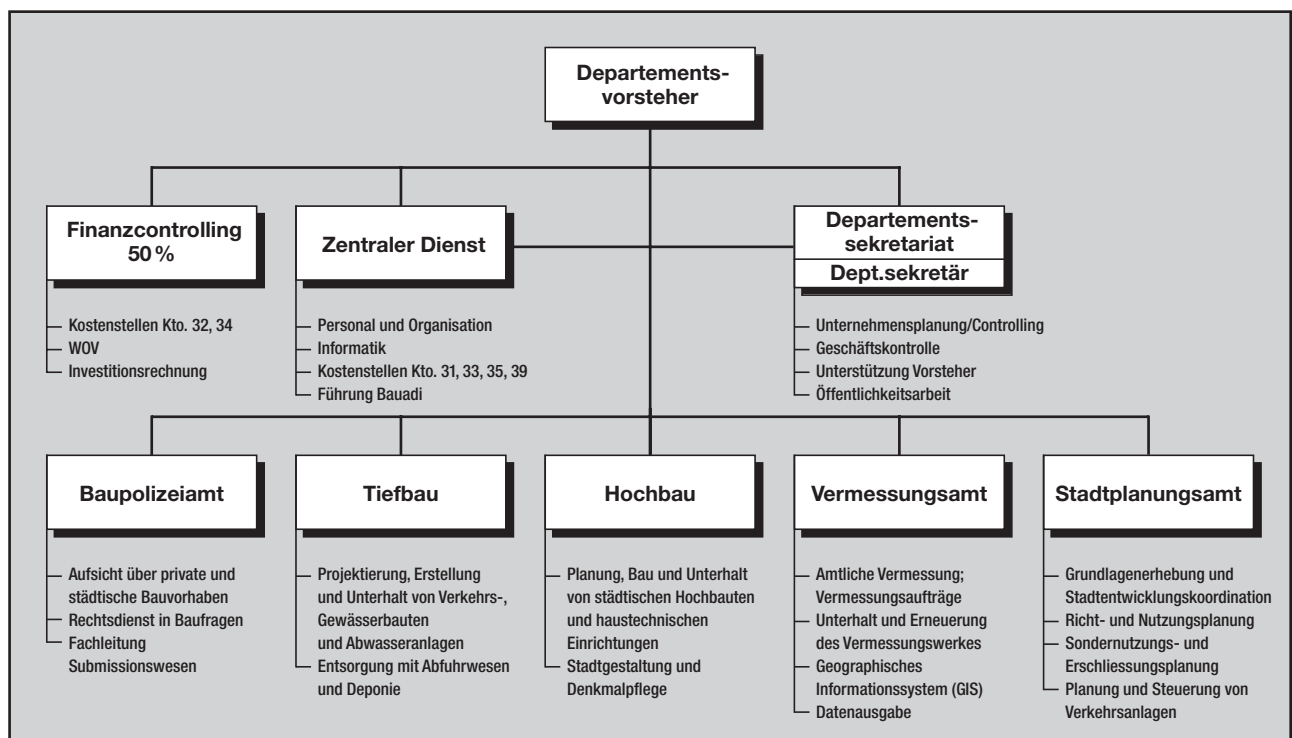
Inkassomandat für diverse städtische Objekte

133	(133)	Wohnungsverträge
45	(45)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
28	(28)	Garagenverträge
169	(169)	Parkplatzverträge

Departement Bau

Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt bei folgenden Geschäften:

- Der Regierungsrat hat auf den 1. Januar 2004 das revidierte Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen und die revidierte kantonale Submissionsverordnung in Kraft gesetzt. Wesentliche Neuerungen sind höhere Schwellenwerte bei den Verfahrensarten, das Unterscheiden der Bauarbeiten in Baunebengewerbe und Bauhauptgewerbe, einen speziellen Artikel zur Vorbefassung von Anbietenden und die Pflicht, bei Ausschreibungen im offenen oder selektiven Verfahren die elektronische Plattform «SIMAP» zu benützen.
- Für die Erarbeitung eines regionalen Gesamtverkehrskonzeptes (rGVK) hat der Grosse Gemeinderat am 22. März 2004 einen Kredit von 450 000 Franken bewilligt. In der Begleitkommission des Projektes haben neben Vertreterinnen und Vertretern aus den Sachkommissionen TUVEK und SEK auch der Runde Tisch Verkehr Einsitz. Der erste Zwischenbericht lag im September 2004 vor und wurde den involvierten Gremien zur Vernehmlassung zugestellt.
- Zudem hat der Grosse Gemeinderat am 22. März 2004 der Revision der Verkehrsbaulinien an der Hegistrasse und an der Wülflingerstrasse/Neuwiesenstrasse zugestimmt. Beim Fehlmann-Areal hat der Grosse Gemeinderat auf einen Weiterzug des Entscheides der Baurekurskommission an das Verwaltungsgericht verzichtet und für das strittige Areal die Quartiererhaltungszone (QEZ) festgesetzt.
- Die neue Verordnung über die Gebühren im Bauwesen wurde am 26. April 2004 durch den Grossen Gemeinderat erlassen (win.03, Massnahme Nr. 35). Der Stadtrat hat die Verordnung auf den 1. Juli 2004 in Kraft gesetzt.
- Der Generelle Entwässerungsplan (GEP), welcher als Grundlage für den weiteren Ausbau, die Instandhaltung sowie den Betrieb des öffentlichen Kanalnetzes in gewässerschutzrechtlicher Hinsicht dient, wurde am 21. Juni 2004 vom Grossen Gemeinderat und am 9. Juni 2004 vom Regierungsrat genehmigt.
- Dem Kredit von 485 000 Franken für die Projektierung des Veloparkhaus Milchküchenareal und der Velounterführung in Koordination mit dem Neubauvorhaben der SBB AG hat der Grosse Gemeinderat am 21. Juni 2004 zugestimmt. Der private Gestaltungsplan der SBB AG für den Neubau wird zusammen mit dem Bericht zu den Einwendungen dem Grossen Gemeinderat voraussichtlich im Frühjahr 2005 zum Entscheid vorgelegt.
- Mit der Umgestaltung des Zwingliplatzes wurde im April 2004 begonnen. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich bis zu den Sommerferien 2005 abgeschlossen sein.
- Der Stadtrat hat am 2. Juni 2004 der Schaffung einer bis September 2005 befristeten Stelle im Stadtplanungsamt zugestimmt. Im Rahmen der neuen Aufgabenzuteilungen im Bereich Tiefbau hat der Stadtgenieur bis zu seiner vorzeitigen Pensionierung im September 2005 diese Stelle «Stabsingenieur Stadtplanungsamt» übernommen. Der Bereich Tiefbau wird seitdem interimistisch durch den Leiter der Abteilung Tiefbauten geführt. Das Strasseninspektorat ist bis auf weiteres direkt dem Vorsteher unterstellt.
- Mit der ersten Etappe der Renovation des Stadthauses wurde im Frühjahr 2004 begonnen. Die Renovationsarbeiten werden sich über vier Jahre hinziehen und rund 10 Mio. Franken kosten.



- Der Neubau der Metallarbeiterschule konnte 2004 termingerecht fertig gestellt werden.
- Der Stadtrat hat am 15. September 2004 dem Grossen Gemeinderat Antrag um Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan «Oberes Alpgut» gestellt. Der private Gestaltungsplan wurde im Auftrag der Sachkommission Stadtentwicklung öffentlich aufgelegt. Während der Auflagefrist wurden keine Einsprachen eingereicht. Ein Entscheid des Grossen Gemeinderates zum privaten Gestaltungsplan wird im Frühjahr 2005 erwartet.
- Der Stadtrat hat die öffentliche Auflage des privaten Gestaltungsplanes für ein Spitalparking der SSKA Heuberger Holding AG am 15. September 2004 genehmigt. Das Einwendungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.
- Das Vermessungsamt hat am 6. November 2004 in Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsabteilungen einen Tag der offenen Tür zum Thema «von der Vermessung bis zur Nutzung im Geodaten im Geografischen Informationssystem» durchgeführt. Der Anlass stiess auf grosses Interesse.
- Vom Ergebnis des offenen Ideenwettbewerbes «Gleisquerung Stadtmitte» hat der Stadtrat am 17. November 2004 Kenntnis genommen und den Auftrag für die Durchführung eines Studienauftrages erteilt.
- Der Stadtrat stellte am 1. Dezember 2004 dem Grossen Gemeinderat einen Kreditantrag von 1,175 Mio. Franken für Sicherheitsmassnahmen beim Departement Soziales (Lagerhausstr. 6), bei den Betriebsämtern und bei der Stadtpolizei.
- Für die Verlegung der Pünken von der Frauenfelderstrasse auf den Rietberg hat der Grosse Gemeinderat am 13. Dezember 2004 einen Kredit von 1,9 Mio. Franken bewilligt. Bereits am 29. September 2004 hat der Stadtrat 12 Mio. Franken für die Sanierung der Deponie Riet (Oberflächenabdeckung) genehmigt. Zusammen mit dem Grundwasserschirm werden die gesamten Sanierungskosten inkl. Verlegung der Pünken auf rund 17 Mio. Franken veranschlagt. Die Finanzierung ist über entsprechende Rückstellungen (Vorfinanzierung, Betriebsreserve) der Deponie gesichert und belastet den städtischen Haushalt nicht.
- Für einen Beitrag der Stadt Winterthur von 1,675 Mio. Franken an die Erschliessungsanlagen bei der geplanten S-Bahn-Haltestelle Hegi hat der Stadtrat am 15. Dezember 2004 dem Grossen Gemeinderat Antrag gestellt. Das Projekt wurde vorgängig öffentlich aufgelegt. Es gingen keine Einwendungen ein.
- Am 15. Dezember 2004 konnte der Stadtrat nach einem langwierigen Verfahren endlich den Quartierplan Dättelnau festlegen und den entsprechenden Gestaltungsplan genehmigen.

Win.03-Projekte

- Das Departement Bau hat das Projekt Nr. 13 und die Massnahmen 29, 30, 31 (Reorganisation Baufachorgan des Departements Bau) zum Projekt «Optimus» zusammengefasst. Der Stadtrat hat den Schlussbericht «Optimus» am 7. Juli 2004 zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung des Projektes – im Wesentlichen das Zusammenlegen der Abteilung Hochbauten und der Abteilung Gebäudeunterhalt – erfolgt in Etappen bis September 2005.
- Für das Projekt Nr. 25 (Koordination und Schnittstellenüberprüfung zwischen der Verkehrsplanung des Dept. Bau und der Verkehrstechnik der Stapo) liegt ein Zwischenbericht vor.
- Das Projekt Nr. 9 (Zusammenarbeit oder Neuorganisation Stabstelle Stadtentwicklung und Stadtplanung unter Führung des Stadtpräsidenten) wurde am 29. Sep-

tember 2004 abgeschlossen und wird nun sukzessive ab 1. Januar 2005 umgesetzt.

Aufgrund der personellen Situation im Tiefbau, den Ergebnissen aus den win.03-Projekten und der weiterhin angespannten finanziellen Situation hat sich die Departementsleitung entschlossen, das Projekt «Insieme» (Reorganisation Stadtplanungsamt, Bereich Tiefbau und Bereich Hochbau aufgrund der Ergebnisse und Zwischenberichte zu den win.03-Projekten 9, 13 und 14) zu lancieren. Der Stadtrat hat am 1. Dezember 2004 von der Zielsetzung und dem Projektablauf Kenntnis genommen. Erste Ergebnisse sollten im Sommer 2005 vorliegen.

Departementssekretariat

Personelles

Im Departement stehen 21 Austritten 19 Eintritte gegenüber. Dies entspricht einer Fluktuation von rund 7 %. Die Neueintritte verteilen sich auf die folgenden Bereiche und Pensen: Stadtplanungsamt 1, Bereich Tiefbau/Strasseninspektorat 11, Bereich Hochbau 1,6, Vermessungsamt 1 und Baupolizei 4 Stelleneinheiten.

Gegenüber dem Vorjahr resultiert eine Reduktion von zwei Stellen.

Finanz- und Rechnungswesen

Zu Lasten der jeweiligen Objekte der Investitionsrechnung oder der Kostenstellen der Institutionen haben die Baufachorgane Hochbauten, Gebäudeunterhalt, Fst. Haustechnik und Tiefbauten im Berichtsjahr total 69,9 Mio. Franken an Rechnungen bezahlt. Dies sind 5 Mio. Franken mehr als im Vorjahr. Dies hängt damit zusammen, dass vermehrt in die Erneuerung der Kanalisationsbauten investiert wurde. Der grösste Teil der Aufwendungen mit 39,6 Mio. Franken rund 57 % (Vorjahr 38,9 Mio. oder 60 %) entfällt auf den Bereich Hochbau, und 30,3 Mio. Franken rund 43 % (Vorjahr 25,9 Mio. oder 40 %) wurden in Tiefbauten investiert.

Die departementsinternen Abläufe im Finanz- und Rechnungswesen wie auch im Personalwesen (PIAS) haben sich bewährt. Das Update des departements-eigenen Bauinformationssystem (BIS) auf die WIN.XP taugliche Version 3 funktionierte reibungslos. Auch die Schnittstelle der IDW für die Datenübermittlung ins CS2 sowie die direkten Zahlungen in elektronischer Form via Direct-Internet-Banking an die Unternehmer, funktionieren mit der neuen Version tadellos.

Personelles zu den Bereichen und Abteilungen:

Stadtplanungsamt

Am 6. Januar 2004 ist der Stellvertretende Stadtplaner und Leiter der Abteilung Siedlungsplanung, Jürg Gautschi, nach 33 Dienstjahren unerwartet verstorben. Die vakante Stelle konnte per 1. September 2004 durch Beatrice Aebi neu besetzt werden.

Tiefbau

Die 11 im Strasseninspektorat im Kanalunterhalt, Sammeldienst und in der Strassenwartung vakant gewordenen Stellen mussten zwingend wieder besetzt werden.

Hochbau

Im gesamten Bereich Hochbau haben 2 Mitarbeiterinnen (1,6 Stellen) gekündigt und ein Mitarbeiter wurde pensioniert. Zwei Stellen konnten wieder besetzt werden. Die durch Pensionierung frei gewordene Stelle bei der Abteilung Gebäudeunterhalt wurde nicht wieder besetzt.

Vermessungsamt

Die durch die vorzeitige Pensionierung eines Mitarbeiters vakant gewordene Stelle konnte durch einen neuen Mitarbeiter per 1. November wieder besetzt werden.

Baupolizeiamt

Die Leiterin der Kanzlei hat gekündigt und ist aus den Diensten der Stadt ausgetreten. Ihre bisherige Stellvertreterin hat ihre Aufgaben als neue Leiterin der Kanzlei übernommen. Für die bisherige Stellvertreterin konnte als Ersatz eine Lehrabgängerin angestellt werden.

Durch die Übernahme von Brandschutzaufgaben – in Delegation des Kantons – wurde bei der Feuerpolizei eine befristete Stelle geschaffen. Diese Stelle wird voll zu Lasten des Kantons finanziert. Ebenfalls bei der Feuerpolizei wurden zwei Mitarbeiter pensioniert. Nur eine der beiden frei gewordenen Stellen wurde wieder besetzt.

Öffentliches Beschaffungswesen

Die Fachleitung öffentliches Beschaffungswesen wurde auch im vergangenen Jahr in die bedeutenderen Beschaffungsvorhaben aller Departemente involviert. Einige Beispiele aus der Vielfalt seien hier erwähnt. Im Departement Kulturelles und Dienste wurde das selektive Verfahren zur Beschaffung eines neuen Personalinformations- und Abrechnungssystems abgeschlossen und parallel dazu eine neue Software-Lösung für die Pensionskasse angeschafft. Die städtischen Altersheime haben im vergangenen Jahr weitere Lieferungen gemeinsam ausgeschrieben. Der erhoffte Spareffekt wird nicht ausbleiben. Das Departement Schule und Sport führte ein Verfahren für die Vergabe der Elektroinstallationsarbeiten zur Verkabelung der Primarschulhäuser für die Einführung der Informatik in der Primarschule durch. Noch in Realisierung sind die Vergaben der Mittagessen für Horte und der Ersatz des Zutrittsystems der Anlagen des Sportpasspools. Im Departement Technische Betriebe wurden einige grössere Vorhaben aufgegleist, die im Jahr 2005 ausgeschrieben und in den folgenden Jahren realisiert werden. Ebenfalls im laufenden Jahr werden einige Fahrzeuge der Städtischen Werke durch gasbetriebene Fahrzeuge ersetzt, die Ausschreibung erfolgte im November. Nach wie vor wird im Departement Bau der Hauptteil der Beratungen geleistet.

Im Jahr 2004 waren ausserordentlich viele Beschwerden ans Verwaltungsgericht zu verzeichnen. Von sieben eingereichten Beschwerden wurden fünf nach dem ersten Schriftenwechsel zurückgezogen, eine wurde vom Verwaltungsgericht abgewiesen und eine von städtischer Seite anerkannt. In diesem Fall wurde der Auftrag zurückgezogen und der Beschwerde führenden Firma erteilt. In den Beschwerden wurden unterschiedliche Tatbestände gerügt. Die einzelnen Punkte wurden mit den Betroffenen besprochen. Es besteht kein weiterer Handlungsbedarf, der über die bereits vorgesehenen internen Schulungen hinausgeht.

Wiederum fanden mehrere Aussprachen mit dem Gewerbeverband und Fachverbänden statt. Unter anderem war die Überprüfung der Selbstdeklarationen bezüglich

der Erfüllung finanzieller Verpflichtungen gegenüber den Sozialwerken und den Steuerbehörden ein wiederkehrendes Thema.

Schulungsbedarf ergab sich aus dem Inkrafttreten des revidierten Gesetzes über den Beitritt des Kantons Zürich zur interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen und der revidierte Submissionsverordnung. Im Januar 2004 informierte die Fachleitung Beschaffungswesen die interessierten Kreise über die Neuerungen. Auf grosse Nachfrage stiess ausserdem ein Grundkurs im öffentlichen Beschaffungswesen, der stadtintern durchgeführt wurde.

Stadtplanungsamt

Siedlungsplanung

Sämtliche Rekurse gegen die neue Bau- und Zonenordnung 2000 konnten im Laufe des Jahres erledigt und durch die Baudirektion genehmigt werden, so auch die neuerliche Rekurerhebung an der Lindstrasse. Der erneute Rekurs gegen die geringfügige Erweiterung der Wohnzone W2/1.2 in Oberseen ist noch pendent. Die erste Verfahrensrunde wurde zugunsten der Stadt Winterthur entschieden.

Nebst den Rekuserledigungen wurde ein Änderungs paket der Nutzungsplanung mit dringenden Umzonungen und einzelnen technischen Änderungen an die Hand genommen. Weitere private Umzonungsbegehren wurden behandelt, mussten aber teilweise zurückgestellt oder abgelehnt werden.

Die vertieften Planungsstudien zum Entwicklungsgebiet Zeughaus-Teuchelweiher bildeten die Entscheidungsgrundlage für den Stadtrat. Anlässlich eines Workshops kristallisierten sich anhand von Extremszenarien Entwicklungsschwerpunkte und -richtlinien sowie ein Leitbild heraus. Eine grosse Bedeutung wird dem öffentlichen Raum beigemessen, für den in einem Teilprojekt ein Konzept erarbeitet werden soll.

Die Vermarktung der drei städtischen Areale Schenkeliwiese, Zelgli und Tägelmooos ist so weit fortgeschritten, dass das Areal Schenkeliwiese an einen Investor (Gewinner des ersten Preises des Studienauftrags) verkauft werden konnte. Für das Zelgliareal führt die Stadt in Zusammenarbeit mit der Käuferschaft, einer ortsansässigen Unternehmensgruppe, einen offenen Projektwettbewerb durch. Das Wettbewerbsverfahren steht kurz vor dem Abschluss, so dass demnächst mit den Projektierungsarbeiten begonnen werden kann. Beim Areal Tägelmooos sind die Vertragsverhandlungen und Wettbewerbsvorbereitungen mit der Käuferschaft, einem Konsortium von zwei Wohnbaugenossenschaften, eingeleitet.

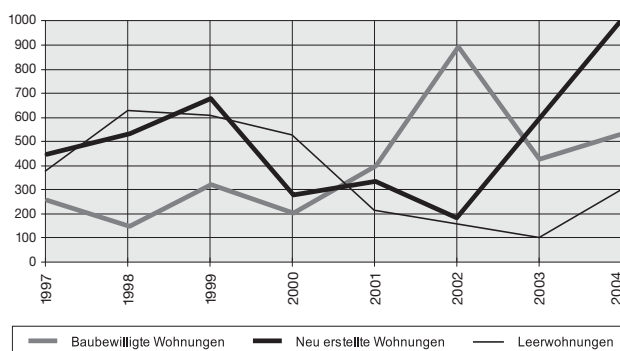
Für diverse städtische und private Grundstücke wurden Nutzungs- und Überbauungsstudien erstellt und Stellungnahmen verfasst. Bauherrschaften, Architekten und Architektinnen, Planer und Planerinnen wurden in Bau- und Planungsfragen beraten.

Fachstelle Statistik

Die Leerwohnungszählung vom 1. Juni 2004 ergab 300 leer stehende und auf dem Markt angebotene Wohnungen (Vorjahr 99). Diese Zunahme betrifft über das gesamte Stadtgebiet verteilte ältere Wohnungen und nicht die gegenwärtig grosse Neuwohnungsproduktion, denn der An-

teil der weniger als zwei Jahre alten Neuwohnungen beträgt lediglich 71 Einheiten. Das Statistikum «Winterthur in Zahlen» konnte im bisherigen Umfang aktualisiert werden. Es erscheint als Broschüre und im Internet. Dank dieses Angebots kann die nach wie vor grosse Nachfrage nach statistischen Zahlengrundlagen in Grenzen gehalten werden. Statistische Informationen werden vor allem für behördlich initiierte Projekte, wie zum Beispiel das Regionale Gesamtverkehrskonzept und für wissenschaftliche Untersuchungen benötigt.

Neu erstellte Wohnungen, baubewilligte Wohnungen, Leerwohnungen



Die Fachstelle Statistik hat den Überbauungsstand für die kantonale Bauzonenstatistik nachgeführt. Die demografische Entwicklung der betagten Bevölkerung wurde erneut aktualisiert, dies zu Handen einer Überprüfung der Altersplanung beim Departement Soziales.

Im Quartierplangebiet Niederfeld wurden mit der Esplanade und der Habichtstrasse zwei neue Strassen benannt.

Prüfung von Baugesuchen und Mutationen

Rund 270 Baugesuche, davon 235 ordentliche Verfahren, wurden durch die Abteilungen Siedlungsplanung und Stadtentwicklung als Vernehmlassungsstellen der Projektorganisation Bauaufsicht geprüft.

Planungsrechtliche Aspekte wie Zonenkonformität, Baureife, Erschliessung, Kinderspielflächen, Nutzungsziffern, Abstands- und Niveaulinien sowie die Sicherheit im halböffentlichen und öffentlichen Raum wurden überprüft und in Zusammenarbeit mit den Baugesuchstellern und dem Bauinspektorat überarbeitet.

Bei fünf grossen Vorentscheidbegehren wurde die Vorprüfung durchgeführt und bei rund 80 Grenzmutationsgesuchen die erschliessungs- und nutzungsmässige Überprüfung vorgenommen. Die Beratungstätigkeit der Verwaltung wurde wiederum rege genutzt und wirkte sich auch positiv auf den Kontrollaufwand aus.

Stadtentwicklung

Im Rahmenplangebiet Sulzer Areal Oberwinterthur hat die Abteilung Stadtentwicklung die Koordinationsaufgaben betreffend Entwicklung und Erschliessung des Areals weiter geführt. Sie hat die Weiterbearbeitung des Projekts Eulachpark, die Parzellierung, die Planung der Grob- und Feinerschliessung und die Baufeldentwicklung begleitet. Des Weiteren hat sie die Geschossflächenpotenziale der einzelnen Baufelder für die künftige Nutzungsverteilung untersucht und zu einzelnen Arealüberbauungen Stellung

genommen. Das Vorprojekt der SBB AG für die S-Bahn Station Hegi konnte für die eisenbahnrechtliche Planaufnahme und die Weisung an den Grossen Gemeinderat abgeschlossen werden.

Im Zentrumsgebiet Sulzer Areal Stadtmitte wurde die weitere Entwicklung des Areals auf Fachebene begleitet. Für das Areal Lagerplatz wurden Erschliessungs- und Nutzungsstudien erarbeitet.

Vertreter der Abteilung haben für Fachgremien zu den Themen Arealentwicklung Stadtmitte und Oberwinterthur Referate und Begehungen durchgeführt und in den Projektleitungsteams verschiedener Studien mitgewirkt. Die durch ein interdisziplinär zusammengesetztes Team erarbeitete Studie «Evaluation eines Kongresszentrums Winterthur» wurde abgeschlossen, so dass von privater Seite eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden kann. Für die Überbauung Arch Areal wurden Abklärungen bezüglich Verkehrsführung und Baulinien getroffen. Der Ideenwettbewerb «Gleisquerung» zur Verbesserung verschiedener stadträumlicher Verbindungen konnte erfolgreich abgeschlossen und die Organisation des daraus resultierenden Studienauftrags in Angriff genommen werden. Die Abteilung hat die öffentliche Auflage des privaten Gestaltungsplans «Milchküche» der SBB AG durchgeführt und die Einwendungsverhandlungen begleitet. Sowohl für den Gestaltungsplan als auch für die Änderung der Baulinie liegen die Weisungen an den Grossen Gemeinderat vor. Der private Gestaltungsplan «Rieter Areal Obertöss-Nord» wurde der Grundeigentümerin zur Überarbeitung empfohlen und der private Gestaltungsplan «Spitalparking» in die Vernehmlassung geschickt und öffentlich aufgelegt.

Bei dem im Rahmen der Agglomerationspolitik des Bundes erarbeiteten Modellvorhaben «Standortpolitik für Publikumsintensive Einrichtungen» (MV PE) liegen sowohl der Schlussbericht der Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU) für die Testphase als auch der Schlussbericht des Projektleitungsteams MV PE vor. Bezüglich Umgang mit PE wurde eine Interpellation beantwortet.

Bezüglich der Entwicklungen auf Stadtgebiet wurden verschiedene Übersichtspläne (Entwicklungsgebiete, städtisches Bauland, Gestaltungspläne, Quartierpläne, Sulzer Areal Stadtmitte) und das Stadtmodell nachgeführt. Die Grundlagen sind im Rahmen der Wohnbaupolitik in das durch die Stabsstelle Stadtentwicklung geleitete Wohnbauportfolio eingeflossen.

Quartierpläne

Beim Quartierplan «Maierried» wurden das Projekt für den Ausbau des Taggenbergbachs von der Baudirektion festgesetzt und die Rekurse teilweise erledigt. Ein Rekurs wurde an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Der Quartierplan «Dättel» konnte fertig gestellt und durch den Stadtrat festgesetzt werden. Beim sistierten Quartierplan «Bahnhof Grüze» musste die Erschliessung des Gebietes neu geprüft werden. Die Abrechnung der Verfahrenskosten für den Quartierplan «Rotenbrunnen Ost» konnte dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Quartierplan «Wyden» wurde in die stadtinterne Vernehmlassung geschickt und der Teilquartierplan «Neudorf» nach der zweiten Quartierplanversammlung dem Stadtrat zum Beschluss und dem kantonalen Amt für Raumordnung und Vermessung zur Genehmigung vorgelegt. Zudem wurde eine Teilrevision des Quartierplanes Kurlistrasse eingeleitet.

Private Erschliessungen

Für die Erschliessung «Stockemerberg» wurde die Baukostenabrechnung erstellt. Die Verfahrenskosten für

die Erschliessung «Oberzelg» im Sennhof wurden den Beteiligten in Rechnung gestellt. Bei der Erschliessung «Bollstrasse/Kornweg» wurden die Zufahrt «Rispenweg» und die ersten zwei Neubauten erstellt. Die Erschliessung und Landumlegung «Hirtenweg» in Gotzenwil wurde durch eine private Vereinbarung geregelt. Im Gebiet «Lantig» wurde die weitere Erschliessung infolge eines Todesfalles sistiert.

Bau- und Niveaulinien

Die Baulinienvorlage «Weststrasse» wurde dem Stadtrat zum Beschluss unterbreitet.

Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum

Die Arbeitsgruppe «Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum» hat nach der Untersuchung sämtlicher Stadtkreise in der ersten Jahreshälfte den erarbeiteten Massnahmenkatalog zur Erhöhung der Sicherheit nach interner Vernehmlassung überarbeitet und einen Schlussbericht für die Beschlussfassung im Stadtrat vorbereitet.

Verkehrsplanung

Verkehrserhebungen und Statistik

Die periodische Erfassung der Verkehrsbelastungen an rund 70 Querschnitten des städtischen Strassennetzes wurde fortgesetzt. Zahlreiche Handzählungen, die der Beurteilung spezieller Problemstellungen dienen, ergänzen die im Jahr 2004 erhobenen Grundlagedaten. Dank der aktiven Mitarbeit der betroffenen Bevölkerung konnten Durchfahrten in den Wohnquartieren Breite, Neuwiesen, Oberfeld und Brühlberg/Tössfeld ermittelt werden. Die ausgewerteten Daten werden im Bericht «Verkehr 2004» zusammengestellt. Die Verkehrsmengen auf der Autobahnumfahrung und den bedeutendsten Einfallstrassen nahmen in den letzten 5 Jahren folgende Entwicklungen:

Autobahn A1

Tagesverkehr (Mittel aller Wochentage)

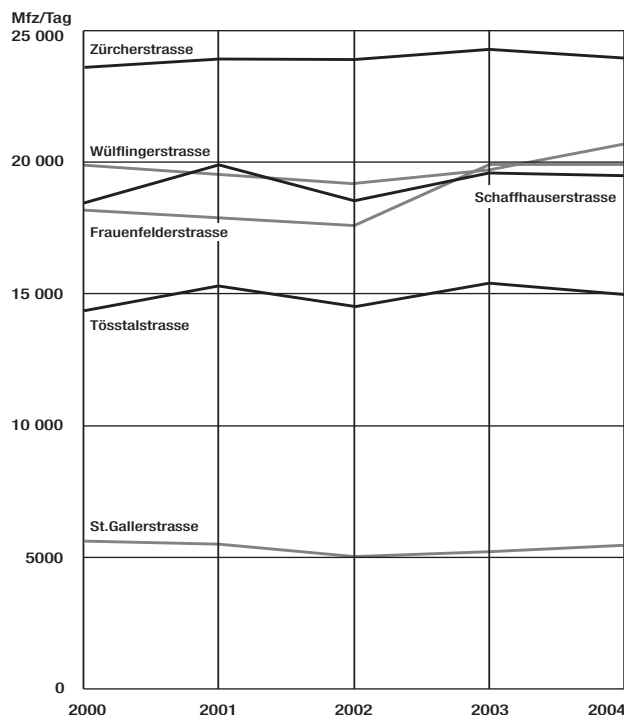
Monat	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04
Juli	76 400	76 500	79 300	80 600	81 000
August	79 300	80 200	82 900	82 200	83 500
September	80 500	81 000	81 500	83 200	87 400
Oktober	78 300	79 500	82 700	83 900	85 700
November	73 500	77 900	79 100	81 400	82 800
Dezember	70 000	72 300	70 400	74 700	76 300
Januar	66 700	68 200	69 500	69 600	70 100
Februar	71 600	73 300	75 500	73 000	76 900
März	77 400	77 200	79 900	80 800	82 700
April	76 100	78 200	81 900	83 300	84 700
Mai	79 300	80 900	82 000	83 500	84 300
Juni	78 500	81 900	82 500	84 700	86 200
Mittelwert	75 600	77 300	78 900	80 100	81 800

Verkehrsnetze und Erschliessungen

Im Rahmen des regionalen Gesamtverkehrskonzeptes stand im Herbst ein erster Zwischenbericht mit den Themen Kernthesen, Situationsanalyse, Modalsplitziele und Handlungsbedarf zur Diskussion. Die Überarbeitung führt zusammen mit den Ergebnissen der gleichzeitig erarbeiteten Teilkonzepte betreffend Entwicklungsgebiete, öV-, Strassen- und Langsamverkehrsnetze zu einem zweiten

Verkehrsentwicklung 2000 – 2004

Durchschnittlicher Tagesverkehr (Montag bis Freitag)



Zwischenbericht. Unter Berücksichtigung der Anliegen Direktbetroffener zeigt eine Machbarkeitsstudie mit Kostenschätzung die Realisierungsmöglichkeit einer Entlastungsstrasse in Oberwinterthur auf. Eine allfällige Weiterprojektierung hängt weitgehend von Entscheiden im Zusammenhang mit der Südostumfahrung Winterthur ab, deren Linienführung im Gebiet Wiesendangen/Oberwinterthur überprüft und korrigiert wurde. Die fortschreitende Konkretisierung der geplanten tiefer gelegten Unteren Vogelsangstrasse und eine eingehende Überprüfung der Verkehrssituation im Bereich Technikum-, Lagerhaus-, Archstrasse lassen zuverlässige Aussagen bezüglich Erschliessungen von Bauvorhaben und Verkehrsführungen in diesem Gebiet zu.

Im Bereich der Parkierung sind neben Abklärungen bezüglich der Bewirtschaftung auch immer wieder Studien gefragt, die Parkierungsmöglichkeiten sowohl auf zentrumsnahen Plätzen (beispielsweise Wachterareal, Reitweg), wie auch in Quartierstrassen (zum Beispiel Hegi, Tössfeld) aufzeigen.

Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens standen zahlreiche Beurteilungen kleinerer und grösserer Erschliessungs- und Parkierungsvorhaben an, so der Bau-fachmarkt Töss, die Terrassenüberbauung Haltenreben, der Umbau PAWI, die Erweiterung Wintifit, die Quellenhofstiftung Oberi und die Golfanlage Rossberg.

Verkehrsführung und Sicherheit

Die Bereinigung und Ausführung baulicher und signaltechnischer Massnahmen waren Voraussetzung für die Inbetriebnahme der neuen Stadtbushaltestelle Hauptbahnhof-Hegi im Dezember 2004. Die vorgesehene S-Bahnstation Hegi erfordert eine Redimensionierung der St. Gallerstrasse. Aufgrund der erarbeiteten Vorgaben konnte die Projektierung im Abschnitt Schönengrund bis Stegacker in Angriff genommen werden. Die Einmündung der Wülflinger- in die Salomon Hirzel-Strasse in der Härte weist insbesondere während den Abendspitzen Rückstaulängen auf, die den regionalen Busverkehr stark behindern und

infolge der Wartezeiten zu gefährlichen Verkehrssituationen führen (Unfallschwerpunkt). Die Steuerung des Knotens mit einer Lichtsignalanlage steht daher in Prüfung. Das für die Frauenfelderstrasse überarbeitete Konzept im Abschnitt Seener- bis Stadlerstrasse sieht neben Verbesserungen für den Bus- und Veloverkehr auch eine neue Lichtsignalanlage beim unfallträchtigen Knoten mit der Dorf- und Hegistrasse vor. Hartnäckig an der Spitze der Unfallschwerpunkte hält sich die Einmündung der Auwiesen- in die Zürcherstrasse. Eine kurzfristig umsetzbare Lösung, welche die Vielzahl von Auffahrunfällen vermeidet, konnte bisher nicht gefunden werden.

Anlässlich von vier Sitzungen im Rahmen der «Arbeitsgruppe Velo» (Vertretungen des Grossen Gemeinderats, von Verkehrsverbänden und der Verwaltung) konnten zahlreiche Verbesserungen sowohl im Bereich der Sicherheit, wie auch bezüglich der Attraktivität des Langsamverkehrs diskutiert und umgesetzt werden. Die unbefriedigende Velo-Abstellplatzsituation östlich des Hauptbahnhofes – insbesondere der Stadthausstrasse – wurde analysiert und durch eine Neuordnung ersetzt. Die Testphase, die neben dem Regime auch die Abstellsysteme betrifft, wird nun ausgewertet. Die Ergebnisse dienen als Beurteilungsgrundlage für eine definitive Lösung.

Die aktive Mitarbeit in der Schweizerischen Velokonferenz (SVK) und Kontakte zur europäischen Vereinigung «Cities for Cyclists» erlauben immer wieder den Gedankenaustausch über die Stadt- und Landesgrenze hinaus. Nach eingehenden Abklärungen, welche eine Erhöhung der Verkehrssicherheit für den Fussverkehr zum Ziel hatten, erfolgte der Einbau einer Mittelinsel in der Tösstalstrasse im Sennhof (Einmündung Linsentalstrasse).



Unterschiedliche Veloabstellsysteme an der Stadthausstrasse

Verkehrsberuhigung und Lärmschutz

Die Nachfrage nach weiteren Zonen mit verkehrsberuhigten Strassen dauert an. Neben einer Erweiterung der Zone «Äusseres Lind» und der in letzter Instanz entschiedenen Erweiterung der Tempo-30-Zone «Oberseen», wurden im Berichtsjahr neu die Gebiete Oberfeld (Umsignalisation von Tempo-40 in Tempo-30), Adlergarten, Gotzenwil und Neuwiesen (Bereich Tellstrasse) als Tempo-30-Zonen signalisiert. Somit bestehen heute auf dem Stadtgebiet insgesamt 43 Zonen mit dem Regime Tempo-30. Während die erforderlichen Verkehrsgutachten und Massnahmenkataloge auch für die Quartiere Sonnenberg, Leimenegg, Geissacker (Rekurse), Dättnau (Rekurse zurückgezogen) Iberg und Hegifeld vorliegen, bestehen bereits weitere Begehren betreffend der Gebiete Seenzentrum, Hölzli-Seen, Zinzikerberg, Wylandstrasse und Niederfeld. Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Nachmessungen hat die Stadtpolizei 2004 anlässlich von über 180 Geschwindigkeitskontrollen rund 31 000 Motorfahrzeuge erfasst. Die Auswertungsergebnisse dieser Messprotokolle stellen nicht nur eine massgebende Beurteilungsgrundlage dar, sie liefern auch wertvolle Erkenntnisse für die Ausführungen zukünftiger Vorhaben. Während auf Wunsch von Anwohnenden die Wohnquartiere Guggenbühl und Adlergarten neu unter das Regime der Blauen Zone mit Parkkartenregelung gestellt wurden, steht die Umsetzung dieser Signalisation an der Weberstrasse beim Schönengrund und im Schick noch aus.

Neben der Überarbeitung des Strassenlärmkatasters erfolgte die Aufschaltung der massgebenden Daten im kantonalen Lärminformationssystem. Verschiedene Lärmberechnungen dienten sowohl bei Planungen wie auch bei der Beurteilung von Baugesuchen. Daneben wurden Anfragen bezüglich Strassen- und Eisenbahnlärmsituationen geklärt und beantwortet. Im Bereich der Fachgruppe Umwelt müssen UVP-pflichtige Bauvorhaben bezüglich ihrer Auswirkung hinsichtlich Verkehrsnetze, Parkierung und Lärm geprüft werden. Die durchgeführten Untersuchungen betreffen die Projekte Haldengut, Schlossberg und Arch. Die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Verkehrsplanung erfordert eine Optimierung der vorhandenen Infrastruktur sowie einen haushälterischen Umgang mit den finanziellen Mitteln und den natürlichen Ressourcen.

Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU)

Der Ausschuss hat sieben Sitzungen abgehalten. Er beschäftigte sich vorwiegend mit der Erarbeitung des regionalen Gesamtverkehrskonzeptes und dem Modellvorhaben «Standortpolitik für publikumsintensive Einrichtungen». Zudem hat er diverse Stellungnahmen zu raumplanerischen Vorhaben innerhalb der Region verfasst. Der Aufwand für die Regionalplanung Winterthur und Umgebung wird den Gemeinden nach einem Verteilschlüssel aus Einwohnerzahl und berechtigter Steuerkraft verrechnet. Der Kostenanteil der Stadt Winterthur beträgt 58 %. Das Stadtplanungsamt führt das Sekretariat nach der Verbandsordnung und stellt den Aufwand in Rechnung.

Tiefbau

Der langjährige Stadtgenieur, Hans-Peter Hulmann, hat sich entschlossen, per September 2005 vorzeitig in Pension zu gehen und bis zu diesem Zeitpunkt die befristete Stelle «Stabsingenieur Stadtplanungsamt» zu übernehmen. Der Stadtrat hat am 2. Juni 2004 eine entsprechend befristete Stelle geschaffen. Der Bereich Tiefbau wird seitdem interimistisch durch den Leiter der Abteilung Tiefbauten, Max Kummer, geführt. Das Strasseninspektorat ist bis auf weiteres direkt dem Vorsteher unterstellt. Im Rahmen des lancierten Reorganisationsprojektes «Insieme» werden die Arbeitsabläufe und die Strukturen im Bereich Tiefbau überprüft und eine neue Organisation erarbeitet. Erste Ergebnisse sollten im Sommer 2005 vorliegen. Das Berichtsjahr war überschattet durch einen schweren Unfall eines Projektleiters, verschiedener Personalveränderungen in der Abteilung Tiefbauten und fehlenden Personalkapazitäten.

Der Baubeginn für den Umbau des Zwingliplatzes, welcher im April 2004 in Angriff genommen wurde, war ein Höhepunkt des Berichtsjahres. Weiter war das Jahr geprägt durch verschiedene Werterhaltungsmassnahmen (Brücken, Strassen, Kanäle). Mit der Genehmigung des Generellen Entwässerungsplanes (GEP) durch den Grossen Gemeinderat und Regierungsrat konnte ein vorläufiger Schlussstrich unter dieses langjährige, äusserst komplexe und sehr aufwändige Planungswerk gesetzt werden. Mit dem vom Grossen Gemeinderat genehmigten Kredit von 485 000 Franken für die Projektierung des Veloparkhauses und der Velounterführung auf dem Milchküchenarael kann die Planung zusammen mit dem Neubau der SBB AG entsprechend weitergeführt werden. Einen weiteren Schwerpunkt stellte die Projektierung der Sanierung der Deponie Riet (Oberflächenabdeckung und Grundwasserschirm) und das Projekt für die Verlegung der Pünten von der Frauenfelderstrasse auf den Rietberg dar. Mit der Genehmigung der Kredite durch den Stadtrat (Sanierung: gebundene Ausgabe) und durch den Grossen Gemeinderat (Püntenverlegung) kann dieses ambitionöse Umweltvorhaben im 2005 angegangen werden. Gegen das Projekte der SBB für die S-Bahn-Haltestelle Hegi gingen keine Einwendungen ein, worauf dem Grossen Gemeinderat am 15. Dezember 2004 ein Kreditantrag in der Höhe von 1,675 Mio. Franken für die Erschliessungsanlagen gestellt werden konnte.

Abteilung Tiefbauten

Im Berichtsjahr wurden hauptsächlich Bauprojekte zur Werterhaltung der Infrastrukturbauten ausgeführt. Die markanteste Tiefbaustelle befindet sich am Zwingliplatz. Die unter Verkehr auszuführenden Instandsetzungsarbeiten sowie die Erstellung eines neuen Hauptsammelkanals in der Tösstalstrasse stellt höchste Ansprüche. Bis heute verläuft das in 14 Bauphasen unterteilte Projekt unfallfrei und termingerecht. Für detaillierte Informationen zum Projekt, Bauablauf, Verkehrsführung und aktuellem Stand wurde erstmals eine eigene Web-Seite unter www.zwingliplatz.ch eingerichtet.

Personelles

Ein Projektleiter verunfallte im April schwer und konnte seine Arbeit erst Anfang 2005 stark reduziert wieder aufnehmen. Ein langjähriger Bauleiter wurde im Herbst pensioniert. Die Stelle konnte erst im Januar 2005 wieder besetzt werden. Ein weiterer Bauleiter hat die Abteilung



Zwingliplatz, umfangreiche Werkleitungsbauten



Zwingliplatz, Bauarbeiten Bereich neue Bushaltestelle

Tiefbauten im Januar 2005 verlassen. Das Jahr 2004 war durch diese Personalengpässe gezeichnet und hatte zur Folge, dass die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten bei verschiedenen Projekten und Aufgaben neu geregelt und vereinzelt Projekte zurückgestellt werden musste. Im Hinblick auf die anstehende Pensionierung des Projektleiters für Kunstbauten 2005 und die Pensionierung des Abteilungsleiters im Februar 2006 muss auch für die nächste Zeit von einer angespannten personellen Situation und einer eigentlichen Umbruchphase in der Abteilung Tiefbauten ausgegangen werden.

Werterhaltung der Infrastruktur steht im Vordergrund

Auch im vergangenen Jahr wurde der im Berichtsjahr 2003 erwähnte Trend bestätigt, dass zunehmend Strassenbauvorhaben durch Werterhaltungsmassnahmen an Werkleitungen (Abwasser, Wasser, Gas, Elektrizität) ausgelöst werden.

Im Nachgang zu Werkleitungsbauten wurden die folgenden Strassen gesamt erneuert:

- Brauerstrasse, Haldenstrasse – Albanistrasse
- Feldstrasse, Lindenstrasse – Bachtelstrasse
- Hermann Götz-Strasse, Lindstrasse – Jakobstrasse
- Kiesstrasse, Schaffhauserstrasse – Meilistrasse
- Löwenstrasse, Bachtelstrasse – Feldstrasse
- Schachenweg, Zielstrasse – Buchackerstrasse
- Sonnenbergstrasse, Wylandstrasse – Hochwachtstrasse
- Zürcherstrasse, Obere Schöntalstrasse – Jägerstrasse

Gestützt auf den Generellen Entwässerungsplan (GEP) wurden im Berichtsjahr verschiedene Bauvorhaben, Ka-



Kiesstrasse, vor Einbau Deckbelag



Parkgarage Technikum Nord, 1. Parkgeschoss vor Inbetriebnahme

nalsanierungen und Kanalersatz, im Rahmen des Kanalerneuerungsprogrammes realisiert.

Im Bereich Technoramastrasse/Pappelweg mussten die Anfang der 70er-Jahre erstellten vier Brückenbauwerke gleichzeitig saniert werden.

Das Projekt für die neue S-Bahn Haltestelle Hegi (Bauherrin SBB) wurde im September dem Grossen Gemeinderat unterbreitet.

Das Projekt für die im Erschliessungsplan festgelegte Sulzerallee, mit Vollanschluss an die Seenerstrasse, kann im 1. Quartal 2005 dem Stadtrat zum Entscheid vorgelegt werden.

Für die im Quartierplan Wyden festgelegte Erschliessung über die Johannes Beugger-Strasse, mit einer neuen Tössbrücke, ist die Projektierung aufgenommen worden. Der Bau dieser Erschliessungsanlage ist ab 2006 geplant.

Die Sanierung des Parkhaus Technikum Nord wurde nach 6-monatiger Bauzeit abgeschlossen. Ab dem 5. November konnte das Parkhaus wieder zur Benützung freigegeben werden. Nach der Sanierung präsentiert sich das vor dreissig Jahren erstellte Parkhaus nicht nur heller und freundlicher, sondern es ist auch sicherer ausgestaltet worden.



Brücken Technorama, Betonieren Fahrbahn

Fertig gestellte Tiefbauten

- Brauerstrasse, Haldenstrasse – Albanistrasse; Sanierung
- Brühlberg, Tempo-30-Zone; Ergänzung bauliche Massnahmen
- Dättnerstrasse, Rainstrasse – Brüttenerfussweg; Trottoir
- Eidbergstrasse, Brücke SBB-Linie Tösstal; Verstärkung
- Feldstrasse, Lindenstrasse – Bachtelstrasse; Sanierung
- Frauenfelderstrasse, Brücke über SBB-Linie; Instandsetzung
- Hegistrasse, Brücke über Seenerstrasse; Instandsetzung
- Hermann Götz-Strasse, Lindstrasse – Jakobstrasse; Sanierung
- Kiesstrasse, Schaffhauserstrasse – Meilistrasse; Strassensanierung
- Löwenstrasse, Bachtelstrasse – Feldstrasse; Sanierung
- Palmstrasse, St. Gallerstrasse – Töpferstrasse; Sanierung
- Pappelweg, Brücke Frauenfelderstrasse; Instandsetzung
- Pappelweg, Riedbachbrücke; Instandsetzung
- Parkgarage Technikum Nord; Instandsetzung
- Parkplatzumlegung Grüzefeldstrasse; Kat.-Nr. 2/16269
- Rudolf Diesel-Strasse, Buslinie 14; neue Haltestellen
- SBB-Linie Etzwilen, Brücke über Frauenfelderstrasse; Instandsetzung
- Schachenweg, Zielstrasse – Buchackerstrasse; Sanierung
- Seenerstrasse/Sulzerallee; Erschliessungsstrasse
- Sonnenbergstrasse, Wylandstrasse – Hochwachtstrasse; Sanierung
- Sulzerallee, Anschluss an Rümikerstrasse; Strassenneubau
- Technoramastrasse, Brücke über Riedbach; Instandsetzung
- Zürcherstrasse, Einfahrt – Ausfahrt A1 Töss; Sanierung
- Zürcherstrasse, Obere Schöntalstrasse – Jägerstrasse; Sanierung



Museumstrasse, Kanalerneuerung

Laufende Abwasseranlagen

- Gottfried Keller-Strasse, Haldenstrasse – Tössertobel; Kanalvergrösserung
- Rebwiesen/Rieter, KR 5510 – 55321; Kanalvergrösserung
- Schiltwiesenweg, KS 12310; Kanalerneuerung
- Tössstalstrasse, Eulach – Allmannstrasse; Kanalvergrösserung
- Trottenstrasse, Selunweg Haus Nr. 19 – Haus Nr. 10; Kanalerneuerung

Projektierungen Tiefbauten

- Agnesstrasse, Obere Briggerstrasse – Jägerstrasse; Strassensanierung
- Bäumlistrasse, Rychenbergstrasse – Schulhaus; Strassensanierung
- Dättnauerbach, öffentliches Gewässer Nr. 121; Offenlegung/Kapazitätsvergrösserung
- Eulach/Rietbach, Eindolung im Bereich Seenerstrasse/Bahnhof Oberwinterthur; Instandsetzung
- Eulachpark, Lindenplatz – Einkaufszentrum; Gestaltung
- Frauenfelderstrasse, Brücke SBB-Linie Romanshorn; Instandsetzung
- Frauenfelderstrasse/Seenerstrasse, Seenerstrasse – Bahnhof Oberwinterthur; Strassensanierung
- Johannes Beugger-Strasse; Strasse und Brücke
- Lindbergstrasse, Römerstrasse – Rychenbergstrasse; Strassensanierung
- Neuwiesenstrasse, Eulachbrücke; Instandsetzung
- Oberseener Dorfbach, öffentliches Gewässer Nr. 313; Sanierung

Fertig gestellte Abwasseranlagen

- Albanistrasse, Haldenstrasse – Rychenbergstrasse; Kanalerneuerung
- Brauerstrasse, Haldenstrasse – Albanistrasse; Kanalerneuerung
- Feldstrasse, Lindenstrasse – Bachtelstrasse; Kanalerneuerung
- Lindenstrasse, Weststrasse – Feldstrasse; Kanalerneuerung
- Löwenstrasse, Bachtelstrasse – Feldstrasse; Kanalerneuerung
- Museumstrasse, Lindstrasse – General Guisan-Strasse; Kanalerneuerung
- Neugutstrasse, Feldstrasse – Haus Nr. 4; Kanalerneuerung
- Palmstrasse, St. Gallerstrasse – Töpferstrasse; Kanalerneuerung
- Sennhof, Stadtgrenze – Pumpstation; Kanalinnensanierung
- Sonnenbergstrasse, Hochwachtstrasse – Wylandstrasse; Kanalersatz

Laufende Tiefbauten

- Emil Klöti-Strasse, Friedliweg – Zufahrt Emil Klöti-Strasse; Strassenanpassung
- Obere Briggerstrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse; Strasseninstandstellung
- Oberer Deutweg, Zwingliplatz – Hörnlistrassen; Strasseninstandstellung
- Tössstalstrasse (Zwingliplatz), Palmstrasse – Tössstalstrasse 103; Wiederinstandstellung



Museumstrasse, Kanalerneuerung

- Rebenweg, Brücke über Salomon Hirzel-Strasse; Instandsetzung
- Riedhofstrasse, Brücke über Salomon Hirzel-Strasse; Instandsetzung
- Riedhofstrasse, Im Sporrer – Oberradstrasse; Trottoir
- S-Bahn Haltestelle Hegi; Neubau SBB
- SBB «Milchküchenareal»; Veloparkhaus/Zufahrt
- Seenerstrasse, Stützmauern; Instandsetzung
- St.Gallerstrasse, Grüze – Stadtgrenze; Redimensionierung/Sanierung
- Stofflerenweg, Personenunterführung SBB; Instandsetzung
- Sulzerallee, Bügel West – Giessereistrasse; Strasse
- Tösstalstrasse, Seenerstrasse – Oberseenerstrasse; Strassensanierung
- Zürcherstrasse, Brühleck – Jägerstrasse; Strassensanierung
- Zürcherstrasse, Sulzer Kopfbau; Fussgänger-/Veloerschliessung
- Zürcherstrasse/J.C. Heer-Strasse/Klosterstrasse, Knotenbereich; Strassensanierung

Projektierungen Abwasseranlagen

- Adlerstrasse, Gärtnerstrasse – Tösstalstrasse; Kanalvergrösserung
- Agnesstrasse, Jägerstrasse – Untere Briggerstrasse; Kanalvergrösserung
- Am Iberghang, Ibergstutz – Chlösterlistrasse; Kanalsanierung
- Bahnhofplatz, Museumstrasse – Rudolfstrasse; Kanaldüker
- Bäumlistrasse, Rychenbergstrasse – Schulhaus; Kanalerneuerung
- Färberquartier, Färber-/Gerber-/Schleifestrasse; Kanalersatz
- Frauenfelderstrasse, Seenerstrasse – Bahnhof Oberwinterthur; Kanalneubau
- Kantonsschule Rychenberg, Tössertobel – Nordstrasse; Kanalsanierung
- Leimeneggstrasse, Haus Nr. 10 – Römerstrasse; Kanalvergrösserung
- Lindbergstrasse, Rychenbergstrasse – Römerstrasse; Kanalerneuerung
- Obere Briggerstrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse; Kanalerneuerung
- Öffentliches Kanalnetz; diverse Innensanierungen
- Oststrasse, Oststrasse – Schwalmenackerstrasse; Kanalvergrösserung
- Ricketwiler-/Oberseenerstrasse; Entlastungsleitung (Meteowasser)
- Riedhofstrasse, Lantig; Meteorkanal
- Rundstrasse, Haus Nr. 10 – Brunngasse; Kanalerneuerung
- Sulzerallee, Verbindungsstrasse West – Else Züblin-Strasse; Kanalsanierung
- Wasserfurristrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse; Kanalvergrösserung
- Wülflingerstrasse, Knoten Härti – Regenentlastung; Kanalinnensanierung
- Zinzikerbergstrasse, Kehrplatz – Bäumlistrasse; Kanalinnensanierung

Naturflächenbilanz

Die ausgeführten Bauprojekte ergaben keine Auswirkung auf die Grünflächenbilanz.

Die Bilanz wird seit 1981 nachgeführt und kann bei Bedarf bei der Abteilung Tiefbauten eingesehen werden.

Strasseninspektorat*

Der Garagenbetrieb der Stadtpolizei wurde Anfang Jahr ins Strasseninspektorat integriert.

Die vom Stadtrat beauftragte «Arbeitsgruppe Sauberkeit Winterthur» hat einen Massnahmenplan erarbeitet und koordiniert Departement übergreifend (Strasseninspektorat, Stadtgärtnerei, Forstbetrieb) sämtliche Belange der Sauberkeit im öffentlichen Raum.

Infolge Krankheit sind im Berichtsjahr zwei aktive Betriebsmitarbeiter verstorben.

Kanalisationsunterhalt und -betrieb

Der betriebliche und technische Unterhalt des Kanalisationsnetzes und der Spezialbauwerke beanspruchte rund 55 % der Ressourcen. Im vergangenen Jahr sind dabei rund 23 % des Netzes oder 84 445 m Kanalisation mit Wasser-Hochdruck gereinigt worden (15 740 m durch Privatunternehmen). Unter Berücksichtigung der Logistik und regulären Unterhaltsarbeiten wurden diese Spülarbeiten sogleich in Verbindung mit den darauf folgenden TV-Zustandsaufnahmen disponiert. Auf einer Strecke von 11 000 m sind die Leitungen mittels Spezialgeräten von Wurzeln, Kalk, Fett und anderen Materialien befreit worden.

Untersucht wurden insgesamt 49 945 m Abwasserleitungen. Davon 40 245 m öffentliches Kanalisationsnetz mit rund 6000 m Bauabnahmen (neu und Garantie).

11 725 m begehbare Kanalstrecken sind gereinigt, kontrolliert und teils repariert worden. Aus Kanälen und Pumpwerken wurden 188 m³ Kies/Schlamm abgesaugt oder manuell abgeschöpft.

Weitere Arbeitseinsätze:

- 246 Aufträge wie Untersuchungen, Spülungen, Saugarbeiten, vorwiegend im Liegenschaftsbereich. Daraus resultieren 825 m³ Material aus Gruben und Schächten.
- 4175 entleerte Strassensammler, wobei 602 m³ entsorgt wurden.
- Unterhalt und Reparaturen bei öffentlichen WC-Anlagen
- Kontrollen und Saugarbeiten der öffentlichen Gewässer/Kiesfänge mit 78 m³ Geschiebmaterial
- Unterhaltsarbeiten im Werkhof an Fahrzeugen, Maschinen und Geräten.
- Rund 260 Notfalleinsätze (wovon 105 Piketteinsätze) ausgelöst durch Pumpwerke, Kunden oder öffentliche Bereiche wie Strassenentwässerung und Gewässer.

Pumpwerke/Spezialbauwerke

137 Betriebsstörungen (Alarmer) der 25 Abwasserpumpwerke forderten im vergangenen Jahr 73 notfallmässige Einsätze durch den eigenen Pikettdienst.

Das technisch sanierte Abwasserpumpwerk Sennhof funktioniert ohne Unterbruch und störungsfrei (kleine Ausnahme bildete die «alte» Rechenanlage). Die teils sehr alten und wirkungslosen Alarmierungen der Pumpwerke, Signalhorn u. Drehlicht, wurden durch ein neues, sicheres und effizientes Alarmsystem mit Leitkabel und GSM/Funkübermittlung ersetzt.

Infolge der dauernden und extremen Feuchtigkeit bereiteten die elektrotechnischen Elemente im Regenrückhaltebecken Flüeli wiederholt Probleme. Eine dringende Sanierung ist für 2005 vorgesehen.

* Das Strasseninspektorat ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WoV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Kehrachtsammeldienst

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 54 437 Container geleert und 3815 Tonnen Gewerbekehracht gesammelt. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Abnahme von 891 Containerleerungen (1,6 %). Die Abfallmenge des Gewerbekehrachts verringerte sich um 223 Tonnen. Es wurde eine durchschnittliche Tagesleistung von 210 Containerleerungen oder 14,67 Tonnen erreicht. Der Anteil des Betriebskehrachts am gesamten vom Sammeldienst der Stadt Winterthur der Kehrachtverbrennungsanlage zugeführten Kehrachts (17 077 Tonnen) beträgt rund 22 %.

Insgesamt wurden vom Sammeldienst 6330 Stunden für das Einsammeln und Entsorgen der Abfälle aus Haushalt und Gewerbe aufgewendet. Dies entspricht einer sehr guten Auslastung der Fahrzeuge und ergibt Kennwerte für die Sammelleistung von 2,69 Tonnen/Std. Insgesamt entspricht die Jahresmenge von 17 077 Tonnen Abfällen aus Haushalten und Gewerbe der Stadt Winterthur einer Zunahme von 242 Tonnen. Pro Einwohner bzw. Einwohnerin wurden 179 kg Kehracht entsorgt.

Als Ersatz von 2 ausgedienten Fahrzeugen wurden im Berichtsjahr 2 neue, moderne Kehrachtfahrzeuge mit Niederflurkabinen angeschafft. Somit sind 6 von 11 Fahrzeugen auf dem neusten Stand der Technik. Dank dieser Erneuerung des Fahrzeugparks konnte der Bestand (inkl. Reserve) um ein Fahrzeug reduziert werden, da mit weniger Ausfällen gerechnet werden kann.

Sammelleistung Kehracht

Zusätzlich zum Stadtgebiet bedient der Sammeldienst auch die Gemeinden Zell, Elgg, Elsau, Wila und Wiesen-dangen. Beim Gemeindekehracht ist eine Zunahme um 153 Tonnen zu verzeichnen. Die folgenden Mengen wurden in den letzten Jahren gesammelt:

Jahr	* Kehracht Stadt t	Kehracht Gemeinden t	Total t
1998	14 915	2 285	17 200
1999	15 900	2 458	18 358
2000	16 423	2 537	18 960
2001	16 657	2 857	19 514
2002	16 785	2 920	19 705
2003	16 835	2 965	19 800
2004	17 077	3 118	20 195

* Nur städtischer Sammeldienst, ohne Direktanlieferer aus der Stadt an die KVA

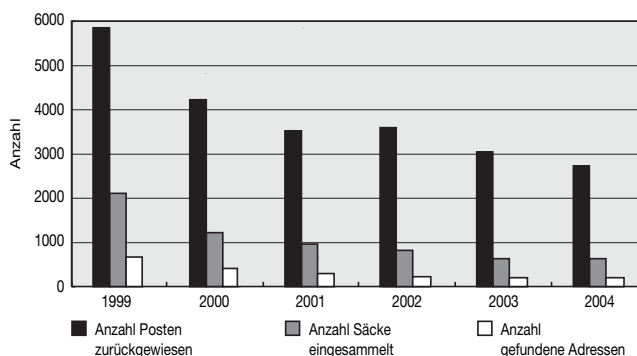
Abfallkontrolle / Verwaltungsverfahren / Verzeigungen

Ist ein Kehrachtsack nicht oder zu wenig frankiert, wird er mit einem Rückweisungskleber versehen und stehen gelassen. Falls der Sack nicht zurückgenommen oder nachfrankiert wird, wird er nach drei bis vier Tagen durch den Abfallkontrolleur eingesammelt und geöffnet. Bei

knapp einem Drittel der kontrollierten Säcke (613) konnte ein Hinweis auf den Verursacher oder die Verursacherin gefunden werden (180). Den Fehlbaren wird eine Bearbeitungsgebühr von 50 Franken auferlegt. Falls die Zahlung ausbleibt, erfolgt eine Verzeigung beim Statthalteramt.

Die Anzahl der unfrankierten Säcke, die eingesammelt wurden, ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Es waren 47 Säcke weniger (rund 9 %). Da die Abfallsäcke immer häufiger in Containern bereitgestellt werden, ist die Kontrolle schwieriger und vor allem zeitaufwendiger geworden.

Kontrolle von unfrankierten oder zu wenig frankierten Kehrachtsäcken



Separatsammelstellen und Separatsammeltouren

Zwei Sammelstellen werden neu permanent mit Video überwacht. Die mobile Kamera wird weiterhin bei den übrigen Sammelstellen eingesetzt. Im Februar wurden die schwarzen Behälter für leere Tragtaschen oder Kartonschachteln von den Sammelstellen entfernt. Dadurch reduzierten sich die Ablagerungen massiv. Wurden im Vorjahr noch 297 Tonnen brennbare Abfälle von den Sammelstellen entsorgt, waren es im Berichtsjahr «nur» noch 170 Tonnen. Dies entspricht einem Rückgang von 127 Tonnen oder 42 %. Die Verzeigungen ab Videoband wegen Ablagerungen ausserhalb der Benützungszeiten oder wegen widerrechtlichen Ablagerungen erhöhten sich leicht auf 549 (Vorjahr 542). Zusätzlich zu den Video Verzeigungen mussten noch 293 Falschentsorgende (Vorjahr 295) verklagt werden, welche auf Grund von Adressmaterial erkannt wurden. Im Berichtsjahr wurden somit 842 Personen (837 im Vorjahr) verzeigt.

Altpapier

Während in den letzten zwei Jahren die Gesamtmenge zurückging, wurde im Berichtsjahr eine Zunahme um 237

Mengenbilanz Abfallentsorgung

Jahr	Einwohner	Hauskehracht/ Gewerbe		Altpapier t	Altglas t	Altmetall t	Alu/ Weissblech t	Grün- abfälle t	Total	
		t	kg/Ew						t	kg/Ew
1991	89 085	25 143	282	2 982	2 015	584	59	3 537	34 320	385
1992	88 812	25 467	287	2 973	2 072	630	92	3 994	35 228	396
1993	89 271	25 783	289	3 133	2 060	582	114	4 328	36 000	403
1994	89 687	26 992	301	3 443	2 074	722	130	4 719	38 080	424
1995	89 860	28 039	312	3 650	2 101	830	141	4 892	39 653	441
1996	89 746	18 991	211	4 793	2 392	886	218	6 849	34 129	382
1997	89 772	14 680	164	5 071	2 371	642	214	7 315	30 411	339
1998	90 209	14 915	165	5 485	2 381	657	202	7 360	31 000	344
1999	90 792	15 900	175	5 789	2 408	696	194	7 887	32 874	362
2000	91 198	16 423	180	6 015	2 495	674	185	8 227	34 087	374
2001	92 041	16 657	181	6 090	2 600	716	179	8 336	34 650	376
2002	92 875	16 785	181	5 787	2 666	672	180	8 552	34 722	374
2003	94 081	16 835	179	5 539	2 722	620	180	8 588	34 484	367
2004	95 482	17 077	179	5 776	2 689	555	181	8 928	35 386	371

Tonnen oder 4,1% festgestellt. Im Vorjahr wurden 5539 Tonnen Altpapier gesammelt, im 2004 waren es 5776 Tonnen. Das Hauptproblem bei der Papierabfuhr ist die Bereitstellung in der falschen Woche. Die gesammelte Papierqualität ist sehr gut.

Kartonsammlung

Die Kartonsammlung verzeichnete eine Zunahme von 27,51 Tonnen, pro Abgabetag 550 kg. Im Vorjahr wurden 147,49 Tonnen Karton gesammelt. Im Berichtsjahr waren es 175 Tonnen. Stark zugenommen hat die Verunreinigung der Sammelplätze. Die Kundschaft entsorgt den Karton häufig am falschen Sammelort und zur falschen Zeit (bereits am Samstagmorgen). Dadurch entstehen vor allem bei Regen und starkem Wind unschöne Bilder. Vier von sieben Karton Sammelplätzen liegen bei SBB Bahnhöfen. Weitere Anstrengungen sind nötig, um die Unordnung zu verbessern.

Altmittel

Die sechs durchgeführten Altmittel Haussammlungen ergaben 24,71 Tonnen Metallschrott, 2,42 Tonnen oder 8,9% weniger als im Vorjahr. Der grösste Teil des Altmittels fällt bei den Sammelstellen an. Hier ist eine Abnahme um 63,11 Tonnen (22,2%) auf 555 Tonnen festzustellen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 66 Tonnen weniger Altmittel eingesammelt als im Vorjahr.

Grünabfälle

Die Grüntour im Berichtsjahr ergab eine Sammelmenge von 8928 Tonnen. Die Jahresmenge ist damit um 340 Tonnen (3,9%) angestiegen und entspricht rund 94 kg/Einwohner. Zur Grünturbewirtschaftung gehört auch die Kompostberatung und der Häckseldienst. Beide Dienstleistungen werden von der Bevölkerung geschätzt und rege beansprucht.

Die Qualität des Grüntutes in der Stadt Winterthur ist nach wie vor gut und hat sich auf einem akzeptablen Niveau eingependelt. Rückweisungen müssen selten vorgenommen werden.

Grünturstation Riet

Es wurden 12 367 Tonnen Grüntur angeliefert (einschliesslich 157 Tonnen Wurzelstöcke). Die Gesamtmenge hat damit gegenüber dem Vorjahr um 925 Tonnen oder 8% zugenommen. Ebenfalls angestiegen ist die Anliefermenge der städtischen Grüntour, um 374 Tonnen (+ 4,4%) auf 8962 Tonnen.

Neben der Rückführung von organischen und mineralischen Stoffen in die Landwirtschaft und den Gartenbau ist auch die Energiebilanz dieser Verwertung beachtlich: Aus den der Vergärung zugeführten rund 9000 Tonnen Grüntur werden rund 900 000 m³ Biogas erzeugt. Der Nettoenergieüberschuss dieser Verwertung beträgt 5 Mio. kWh. Biogas stellt unter den heute genutzten erneuerbaren Energiequellen einen bedeutenden Posten dar.

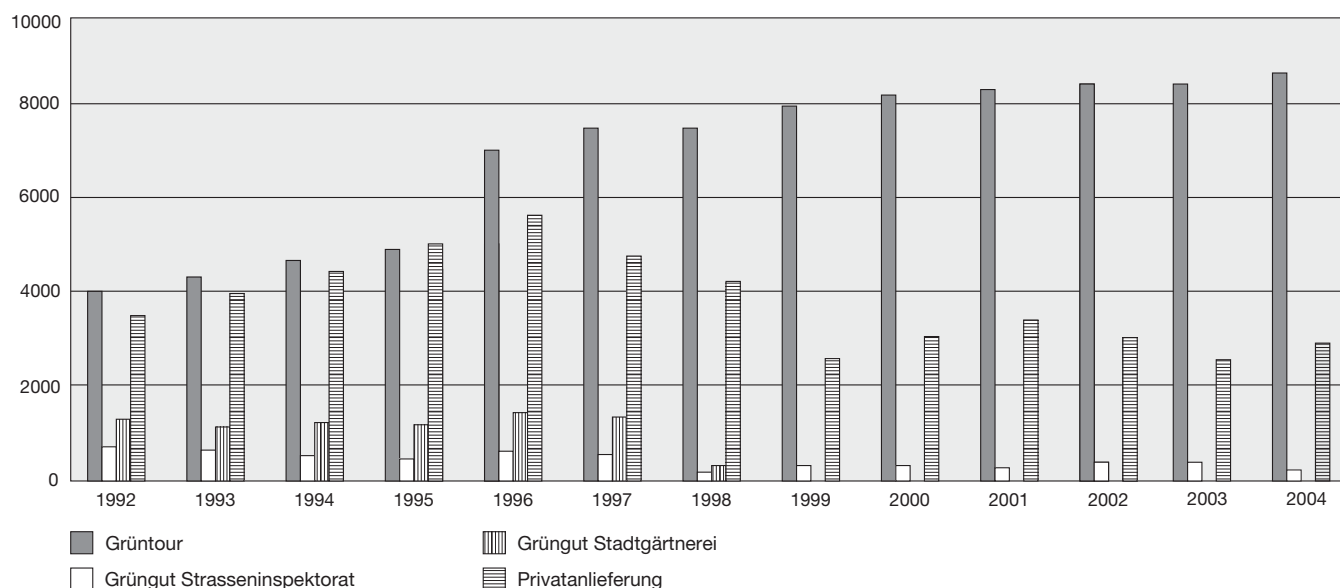
Abfallberatung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abfallberatung und des Abfalltelefons waren auch dieses Jahr gefragt. Es wurden wiederum sehr viele Auskünfte über das gesamte Spektrum der Entsorgung gegeben. Zwei Kompostkurse wurden durchgeführt. Ausserdem beteiligte sich die Stadt Winterthur wieder am Clean-Up Day, welcher im September stattfand. Es konnten rund 500 Freiwillige für einen Einsatz bei der Waldreinigung motiviert werden.

Deponie Riet

An der Annahmestelle der Deponie Riet wurde im Berichtsjahr Material im Umfang von 44 806 Tonnen angeliefert. Davon entfallen 12 367 Tonnen auf Grünabfälle, welche der Grünturbewirtschaftung zugeführt wurden. Vom übrigen angelieferten Material wurden 8208 Tonnen vermischte Abfälle am Triageplatz behandelt. Dadurch konnten 111 Tonnen für die stoffliche Verwertung geeignetes Material und 6642 Tonnen brennbares für die KVA abgetrennt werden; der Sortierrest wurde deponiert. Die Triagemenge ist nochmals angestiegen, seit die Neuordnung (ab Mitte 2003) erlaubt, dass brennbares Sperrgut von Privatanlieferern auch bei der Deponie Riet zum KVA-Preis abgegeben werden kann.

Grünturanlieferung im Riet



Strassenabfälle werden auf der Deponie nur zwischengelagert. Sie werden anschliessend in eine externe Aufbereitungsanlage gebracht.

Insgesamt wurden auf der Deponie 23 249 Tonnen feste Abfälle eingebaut. Dies entspricht einem Deponieraumverbrauch von rund 16 550 m³ (vgl. Tabelle).

Eingebaute Materialien

	t/m ³	t	2002 m ³ fest	t	2003 m ³ fest	t	2004 m ³ fest
KVA Schlacke	1,5	14 659	9 773	15 347	10 231	13 915	9 277
Sortierrest	1,2	2 402	2 002	1 669	1 390	1 455	1 212
Direkteinbau	1,3	4 237	3 259	6 272	4 824	1 878	6 060
Total		21 298	15 034	23 288	16 445	23 248	16 549

Der Deponiebetrieb verlief im Berichtsjahr ohne wesentliche Störereignisse. Erwähnenswert ist ein Zwischenfall am 18. März 2004, als sich am Triageplatz Holz und andere brennbare Abfälle entzündeten. Verletzt wurde niemand, es entstand aber Sachschaden an Containern.

Alle Betriebs-, Überwachungs- und Vermessungsdaten entsprechen den Vorschriften und sind dokumentiert. Vorbereitet wurde eine Umstellung der Datenverwaltung, sodass das Deponiemonitoring künftig direkt vom AWEL eingesehen werden kann (Projekt DEMIS). Im August wurde die alle drei Jahre fällige Deponiegas-Messkampagne durchgeführt.

Die Einbaumenge und der Deponieraumverbrauch sind geringfügig höher als im (bisherigen) Minimaljahr 2002, aber immer noch deutlich geringer als in den Vorjahren (1991–2001).

Vereinbarungsgemäss wird seit Oktober 2001 ein Teil der KVA-Schlacke in eine ausserkantonale Deponie geführt (entsprechend den ausserkantonalen Abfallanlieferungen). Die der Deponie Riet zugeführte Schlacke wird vor Ort mit einer mobilen Anlage durch einen privaten Betreiber aufbereitet. Die Anlage war von Oktober bis Dezember in Betrieb und führte zur Wiedergewinnung von 451 Tonnen Eisenschrott und 121 Tonnen Nicht-Eisen-Schrott (Alu und Buntmetalle). Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Metallrecycling geleistet und eine Auflage der kantonalen Baudirektion erfüllt.

Auf der Teiletappe 6.2 wird als Zwischennutzung eine Aufbereitungsanlage für Bauschutt betrieben. Die Anlage wurde von einer privaten Trägerschaft (WINREC) errichtet und steht seit September 2003 in Betrieb.

Das Vorhaben «Sanierung Rietberg» wurde vorangetrieben, am 29. September 2004 genehmigte der Stadtrat das Projekt Abschluss Rietberg/Oberflächenabdeckung. Im Oktober wurden die Öffentlichkeit und die Betroffenen detailliert informiert (Pressekonferenz, Anwohnerbrief Nr. 2, Begehung mit Püntenpächterverein). Am 28. Oktober startete die Submission (offenes Verfahren nach GATT/WTO) der Bauarbeiten für die Oberflächenabdeckung.

Das Projekt zur Nutzung der Rietbergoberfläche als Püntenareal wurde am 13. Dezember dem Grossen Gemeinderat vorgelegt und oppositionslos genehmigt. Für die Planung der Grundwasser-Massnahmen wurde Ende Jahr eine Untersuchungskampagne mit Aufgrabungen und Markierversuchen durchgeführt.

Stadtentwässerung

Am 21. Juni 2004 wurden die Ergebnisse des Generellen Entwässerungsplans (GEP) und die damit verbundene zukünftige Ausrichtung der Siedlungsentwässerung der Stadt Winterthur vom Grossen Gemeinderat im zustim-

menden Sinne zur Kenntnis genommen. Wenige Tage zuvor, am 9. Juni, hat der Regierungsrat den GEP als Grundlage für den weiteren Ausbau, die Instandhaltung sowie den Betrieb des öffentlichen Kanalisationsnetzes in gewässerschutzrechtlicher Hinsicht genehmigt.

Öffentliches Kanalisationsnetz und Liegenschaftsenentwässerung

Als Ergänzung des GEP wurden die Teileinzugsgebiete neu in der hydraulischen Datenbank dargestellt. Für ausgewählte Teilgebiete und spezielle Einzelobjekte wurden zusätzliche hydraulische Berechnungen in Auftrag gegeben, damit zu sanierende Kanäle korrekt dimensioniert oder maximale Einleitungswerte in bestehende Kanalisationen aus Grossüberbauungen festgelegt werden konnten.

Auf die zum vierten Mal versandten Rechnungen für die Grundgebühren Siedlungsentwässerung trafen nur noch sehr wenige Gesuche um Reduktion ein. Diesen wurden, falls die Bedingungen dafür erfüllt waren, selbstverständlich stattgegeben. Auch in Bezug auf die Rechnungsadressen, vor allem bei Verwaltungen, konnten nun annähernd alle Wünsche befriedigt werden.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Auftrag der Stadtentwässerung von Mitarbeitenden des Vermessungsamtes 32 km öffentliche Kanäle ins Geografische Informationssystem (GIS) übernommen. Allerdings konnte die Schlusskontrolle durch unsere Mitarbeiter dieses Jahr nicht endgültig abgeschlossen werden. Damit kann die Gesamtlänge der öffentlichen Kanalisation noch nicht definitiv beziffert werden. Ebenfalls durch Geomatiker des Vermessungsamtes wurden ab diesem Jahr systematisch die privaten Entwässerungsanlagen, vor allem im Strassen- und Vorgartengebiet, erfasst. Bei der Ackeretstrasse beginnend haben sie sich bis Ende Jahr bis zur Brunnerstrasse durchgearbeitet. Daneben wurden durch eigene Zeichner, je nach aktuellem Bedarf bei Projekten anderer Werke, Liegenschaftsentwässerungen ins GIS aufgenommen. Total wurden 237 km private Abwasserkanäle erfasst.

Mit Kanal-TV wurden routinemässig 27,5 km Kanäle durch die eigene Equipe der Abteilung Kanalunterhalt aufgenommen. Rund 4,5 km Kanäle wurden bei Bau- und Garantieabnahmen inspiziert. Auf Grund von Erkenntnissen aus dem GEP wurden im Rahmen der Werterhaltung der Abteilung Tiefbauten 20 Aufträge für 4270 m Kanalerneuerungen, resp. -vergrösserungen und 448 m Kanalsanierungen erteilt. Die Abteilung Tiefbauten führte im gleichen Zeitraum 1008 m Kanalerneuerungen und 1180 m Kanalsanierungen durch. Der Zuwachs an neuen öffentlichen Kanälen beträgt rund 700 m.

Die Wärmeabgewinnung aus Rohabwasser für Heizzwecke in der Überbauung Wässerwiesen in Wülflingen ist noch nicht voll funktionstüchtig. Technische Probleme in der Heizzentrale verunmöglichen einen Dauerbetrieb. Erfahrungen in Bezug auf die Wärmeentnahme und die Auswirkungen auf die Kläranlage konnten leider noch nicht gesammelt werden. Eine zweite Anlage, ebenfalls in Wülflingen, ist im Planungsstadium. Bei diesem Projekt werden die Wärmetauscherelemente direkt in einen grossen, aber genügend hydraulische Reserven aufweisenden, öffentlichen Kanal eingebaut.

Im Rahmen der Prüfung von Baugesuchen wurden durch die Stadtentwässerung gut 80 Eigentümer aufgefordert, ihre privaten Entwässerungsanlagen mit Kanal-TV untersuchen zu lassen. Bei ungenügendem Zustand verlangt die Abteilung Stadtentwässerung die Sanierung von defekten oder zu klein dimensionierten Leitungen innert nützlicher Frist. Ein wichtiges Arbeitsfeld in der Liegenschaftsentwässerung ist die Beratung der Architekten und

Sanitärplaner beim Entwurf von komplizierten Entwässerungsanlagen. Damit wird einerseits das anschliessende Bewilligungsverfahren, das als Nebenbewilligung zur Baubewilligung läuft, vereinfacht und andererseits ist gewährleistet, dass optimale Lösungen im Sinne des Gewässerschutzes erreicht werden. Zu Kontrollen der ausgeführten Entwässerungsanlagen rücken die Mitarbeitenden auf den gewünschten Zeitpunkt aus, damit die Bauarbeiten nicht unterbrochen werden müssen und die verlegten Leitungen anschliessend einbetoniert werden können. Schwermetallhaltiges Abwasser (z.B. von Kupferdächern) sind heute nicht mehr zulässig. Mit technischen Mitteln (Filter) kann das Kupfer absorbiert werden, allerdings sind solche Lösungen kostenintensiv. Aus diesem Grund wird beispielsweise beim Stadthaus das alte Kupferdach im Rahmen der Gebäudesanierung durch ein weniger kritisches Metallblech ersetzt.

Fachstelle Industrieabwasser

Die Aufgaben der Fachstelle Industrieabwasser umfassen die Überwachung der Betriebe und Gewerbe mit industriellem Abwasser sowie die Analyse von Abwasser-, Sielhaut- und Klärschlammproben. Die im Vorjahr begonnene Zahnarztkontrolle wurde zu Ende geführt. Jede Praxis ist in den letzten zwei Jahren einmal überprüft worden. Im Berichtsjahr wurden alle abwasserrelevanten Garagen kontrolliert. Von den 97 Garagen waren 81 in Ordnung. Bei 13 mussten die Abwasserproben beanstandet werden, weitere drei sind noch in Bearbeitung, bei diesen gelang es noch nicht, die Einleitbedingungen zu erfüllen. Da die Branchenkontrolle bei den Malerbetrieben keine quantitative Abwasseranalyse (Kohlenwasserstoff-/Zinkgehalt, pH-Wert) vorsieht, wurden erstmals entsprechende Analysen vorgenommen. Von den 14 geprüften Malerbetrieben musste keine Abwasserprobe beanstandet werden, bei einem Betrieb lag der Gehalt an Kohlenwasserstoffen an der Grenze.

Vier Garagen, fünf Zahnärzten sowie einem Malerbetrieb wurden eine gewässerschutzrechtliche Bewilligung erteilt.

Da der Klärschlamm aus Kläranlagen nicht mehr als Dünger in der Landwirtschaft eingesetzt werden darf,

wurde der Prüfzyklus der Schlammanalyse der ARA Hard ab März 2004 von einmal wöchentlich auf einmal in zwei Wochen reduziert.

Zweimal wöchentlich wurde bei der Kehrichtverbrennungsanlage von Abwassermischproben der Cadmium- und Chloridgehalt bestimmt. Für eine Standortbestimmung führte man während sechs Monaten einmal wöchentlich Vollanalysen durch.

Nach der Schliessung eines grossen Galvanikbetriebes Ende 2003 waren bei den Sielhautproben keine erhöhten Konzentrationen mehr festzustellen.

Sonderabfallsammelstelle

Im ersten Jahr ohne kantonalen Status fehlten die Anlieferungen von den Gemeindeentrümpelungen aus dem Weinland (2003: 21,7 t) sowie die Einsammlungen von den Apotheken und Drogerien aus dem Raum Winterthur (2003: 9,7 t). Die Gesamtmenge an angenommenem Sonderabfall reduzierte sich insgesamt um 40 t auf 187 t, budgetiert waren 200 t. 20 % (38,2 t) wurde von Privatkundschaft, 80 % (148,9 t) von Industrie und Gewerbe angeliefert. Erfreulich waren die Annahmegebühren, abzüglich den Entsorgungskosten blieben 33 700 Franken, budgetiert waren 25 000.

Die Mengen aus der Stadtentrümpelung waren mit 13,8 t wieder leicht höher als im Vorjahr (11,4 t). Die von fünf auf vier Tage gestraffte Sammeltour hatte keine negativen Auswirkungen.

Von den 187 t Sonderabfällen wurden 47,3 t über die KVA entsorgt; 61 t betrafen von den Kaminfeuern angeliefertes Ofenwaschwasser, welches von einem Entsorgungsunternehmen zur chemischen Behandlung abgeholt wurde. Der Rest wurde ebenfalls über externe Betriebe entsorgt. Je nach Stoff gelangen dabei verschiedene Entsorgungswege wie Verbrennung in Zementwerken, Verbrennung im Hochtemperaturofen oder Recycling zur Anwendung.

Die angekündigte Zusammenarbeit ab dem 2. Quartal mit dem Entsorgungsbetrieb Sovag lief harzig an. Erst ab November lieferte die Partnerfirma nennenswerte Tonnagen. Insgesamt wurden bis Ende Jahr rund 54 t Sonderabfall verarbeitet. Die vorbereiteten Arbeitsabläufe mussten dazu angepasst werden.

Hochbau

Die Fertigstellung der Metallarbeiterschule, die denkmalpflegerische Sanierung der Arbeiterhäuser an der Jägerstrasse, die Gesamtanierung des Gebäudes Untere Kirchgasse 3, die Erarbeitung des Nutzungslayouts für das Museumsgebäude, sowie die Wettbewerbe für den Neubau des Schulhauses Sennhof und die Erweiterung der Schulanlage Feld waren im Berichtsjahr diejenigen Ereignisse, die ein breites Echo auslösten.

Mit zahlreichen Umbau- und Sanierungsprojekten gelang es, trotz den beschränkten finanziellen Mitteln, den Etat der städtischen Liegenschaften den aktuellen Nutzungen anzupassen und auch den Wert der Bausubstanz zu erhalten.

Als Grundlage zum nachhaltigen Bauen hat die interne Arbeitsgruppe «Energie» den Massnahmenkatalog «Energieoptimierung für öffentliche Bauten» erarbeitet und vom Stadtrat genehmigen lassen. Ab 2005 wird zu Handen des Geschäftsberichts eine Auflistung der behandelten Projekte mit der jeweiligen Begründung der gewählten Massnahmen zum nachhaltigen Bauen aufgeführt.

Stadtgestaltung

Im Berichtsjahr wurden mehr als 600 Baugesuche hinsichtlich städtebaulicher Einordnung, architektonischer Gestaltung und denkmalpflegerischer Belange beurteilt. Hinzu kam die Beurteilung von 20 Reklamegesuchen, 50 Gesuchen für Fassadenrenovierungen sowie 110 Abnahmen von Material- und Farbkonzepten.

Erfreulich entwickelte sich im Berichtsjahr die Beratung von Bauwilligen vor der Eingabe eines Baugesuches.

Zu erwähnen ist auch die Mitarbeit an Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften.

Für den Tiefbau erfolgten gestalterische Beratungen für diverse Platz- und Brückenbauten.

Bei den untenstehenden Objekten begleitete die Stadtgestaltung die geforderten Auswahlverfahren für die Beschaffung von Kunst am Bau:

- Abdankungskapelle Friedhof Rosenberg
- Metallarbeiterschule

Fachgruppe Stadtgestaltung

Die Fachgruppe Stadtgestaltung hat 2003 als Nachfolgeorgan der Stadtbildkommission ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie wird präsiert vom Stadtarchitekten und setzt sich aus den Architekten Werner Heim, Christian Sumi, den Architektinnen Katharina Knapkiewicz, Astrid Stauer, dem Stadtplaner und dem Stadtgärtner zusammen. Die Fachgruppe hat drei Einzelbauten und 12 Arealüberbauungen nach architektonischen und städtebaulichen Gesichtspunkten geprüft und Empfehlungen zu Handen des Bauausschusses verfasst.

Abteilung Denkmalpflege

Renovierungen, Umbauten von Inventar- und Schutzobjekten von kommunaler Bedeutung sowie Neubauten in Kernzonen.

140 neue Objekte mussten betreut und beurteilt werden, neben den bereits laufenden, den Voranfragen und Unterschutzstellungen. In 20 Fällen war die Erstellung eines Gutachtens oder einer Schutzabklärung erforderlich. Zu den arbeitsintensivsten Projekten gehörten der

Umbau und die Renovation der Arbeiterhäuser der ehemaligen SLM an der Jägerstrasse, die Erarbeitung eines Renovationskonzeptes für das obere Geschäft der Brauerei Haldengut, die Erstellung von Schutzkatalogen für die stadteigenen Inventarobjekte, die in den Verkauf gelangen sollen sowie die Abklärung der Schutzwürdigkeit dreier Wohnhäuser und Villen von Rittmeyer und Furrer. Tatjana Wegmann verliess nach zehnjähriger Tätigkeit bei der Denkmalpflege ihre Stelle als Bauberaterin. Als Nachfolger konnte Reto Bieli, Architekt FMA mit Nachdiplomstudium Denkmalpflege, gewonnen werden.

Folgende grössere Umbau-, Renovations- und Neubau-Projekte wurden in diesem Jahr begleitet:

Altstadt

- Badgasse 8. Im Rahmen eines kleineren Projektes, das verschiedene Durchbrüche zwischen den ehemaligen Baderäumen im Erdgeschoss vorsah, wurden die Mauern auf Wandmalereien untersucht. Dabei kamen Marmorierungen aus dem 17. oder frühen 18. Jahrhundert zum Vorschein.
- Marktgasse 18. Fassadenrenovation und Umbau Ladengeschoss.
- Marktgasse 28. Haus «Tannenbergr». Fassadenrenovation.
- Münzgasse 2. Innere Umbauten, Fassadenänderungen.
- Metzgasse 3. «Haus zur Tanne». Konzept- und Voruntersuchungsbegleitung für Innen- und Aussenrenovation mit Ausbau Dachgeschoss.
- Obergasse 1. Haus «Mohrenkopf». Fassadenrenovation.
- Obergasse 24. «Haus zum eisernen Erker». Umbau Ladengeschoss.
- Obertor 3. «Zum Wilden Mann». Im Berichtsjahr wurde die Umnutzung des traditionsreichen Gasthofes zu einem Wohn- und Geschäftshaus abgeschlossen. Die Fassaden und die Struktur des Hauses wurden belassen und im hofseitigen Anbau ein Lift eingebaut, wodurch das grosszügige Treppenhaus erhalten werden konnte. Während der Umbauarbeiten nahmen die Kantonsarchäologie bauarchäologische Untersuchungen vor.
- Steinberggasse 26. Haus «Untere Badstube». Fassadenrenovation.
- Steinberggasse 55. «Stadthof». Fassadenrenovation.
- Technikumsstrasse 70. Umbauten im Erdgeschoss und Sanierung der Wohnung im Obergeschoss.
- Spitalgasse 11. Fassadenrenovation und Einbau neuer Fenster.
- Untertor 33. Fassadenrenovation.
- Untere Kirchgasse 3. Gesamtrenovation. Die Renovationsarbeiten des bedeutenden barocken Bürgerhauses wurden in Angriff genommen. Der Ladenumbau im Erdgeschoss wurde bereits abgeschlossen.

Übriges Stadtgebiet

- Agnesstrasse. Sulzer-Areal. Gebäude 1050. Umbau-Projekt für die Eisengiesserei der SLM. Unter Einbezug der wichtigsten Gebäudeteile der ehemaligen Giesserei entsteht ein Wohnkomplex mit über hundert Wohnungen.
- Agnesstrasse 2 und 4, Jägerstrasse 49 bis 91 und Zürcherstrasse 47. Arbeitersiedlung der ehemaligen SLM von Architekt Ernst Jung. Die Begleitung der Renovation und des Umbaus der Häuser an der Jägerstrasse gestalteten sich äusserst komplex, da die Umsetzung der Bauarbeiten nicht in den Händen einer professionellen Bauleitung lag. Einzelne Auflagen des

- Schutzvertrages wurden noch nicht erfüllt. Gutachten über bauphysikalische und bautechnische Gegebenheiten mussten erstellt werden als Grundlage für das weitere rechtliche Vorgehen, das vom Baupolizeiamt geleitet wird.
- Areal Haldengut. Im Rahmen der Umnutzung und Neuüberbauung des Haldengut-Areals wurde für die Kernanlage ein Schutzzumfang sowie ein denkmalpflegerisches Grobkonzept erarbeitet. Damit wurde das im Gestaltungsplan festgelegte Erhaltungsziel konkretisiert und die Grundlage für das Umnutzungsprojekt bereitgestellt.
 - Bachtelstrasse 48. Renovierung. Das Gebäude wurde innen und aussen saniert und das Dachgeschoss ausgebaut.
 - Bachtelstrasse 102. Fassadenrenovation.
 - Bäumlistrasse 2. Umbau- und Renovierungsprojekt für das Arbeiterhaus in der Kernzone Oberwinterthur.
 - Eidbergstrasse 40/42. Der Bau zweier neuer Mehrfamilienhäuser in der Kernzone Ricketwil wurde im Berichtsjahr abgeschlossen.
 - Eidbergstrasse 74. Umnutzung der Stallscheune als Wohnhaus.
 - Dättnauerstrasse 26. Projektbegleitung. Gesamtrenovation mit Ausbau Scheune.
 - Feldstrasse 9. Fassadenrenovation und Ersatz der Fenster.
 - Emil Klötistrasse 31. Arbeiterhaus von 1880. Bauberatung. Restaurierungskonzept und Anbau Balkonturm.
 - Eschenbergstrasse 1. Gasthof und Bauernhaus. Gutachten und denkmalpflegerischer Anforderungskatalog zuhanden der Liegenschaftenverwaltung im Rahmen des aktuellen Verkaufs.
 - Felsenhofstrasse 10. Fassadenrenovation.
 - Gottfried Keller-Strasse 67. Historistisches Wohnhaus erbaut vom Architekten Ernst Haggenmacher. In Zusammenarbeit mit dem Architekten und der Bauherrschaft wurde ein denkmalpflegerisches Restaurierungskonzept ausgearbeitet.
 - Gottfried Keller-Strasse 75. Historistisches Wohnhaus. Zuhanden der kantonalen Liegenschaftenverwaltung wurde im Hinblick auf den Verkauf des Hauses ein Anforderungskatalog erstellt.
 - Haldenrain 22/24. Fassadenrenovation des Doppelwohnhauses in der Kernzone Stadel.
 - Hard 21. Renovation. Fassadenänderung und Innere Umbauten.
 - Hegistrasse 35. Ehemalige Feilenfabrik R. Schwarz. Zuhanden der Eigentümerschaft wurde im Hinblick auf den Verkauf und die Umnutzung der Liegenschaft ein Anforderungskatalog erstellt.
 - Hinterdorfstrasse 2. Umbau. Erneuerung Kundenbereich Bank und Umnutzung Estrich zu Wohnung.
 - Hochwachtstrasse 24/26. Fassadenrenovation.
 - Hohfurrstrasse 98. Villa der Architekten Rittmeyer und Furrer von 1927/28. Projektierung von inneren Umbauten. Abklärung der Schutzwürdigkeit. Es handelt sich um ein Spätwerk des Architekturbüros in neoklassizistischem Stil. Typologisch hat die Villa norddeutsche Landhäuser zum Vorbild.
 - Hohlandstrasse 2 / Römerstrasse 185. Projektierung Dachstuhlhausbau mit Lukarnen.
 - Hopfenstrasse 1–3. Das ehemalige Arbeiterwohnhaus wurde als Zweifamilienwohnhaus renoviert und modernisiert, die bauzeitliche Ausstattung und die Fenster konnten erhalten werden. Die gut gelungene Renovierung wurde anlässlich der Mittagsführungen der Öffentlichkeit gezeigt.
 - Ibergstrasse 129. Bauernhausteil. Renovation, Umbau und Anbau. Die Wohnstube mit Täfer, Einbauschränk und ehemaligem Uhrrschrank konnte erhalten werden.
 - Kehlhofstrasse 20. Neubauprojekt für ein Wohnhaus in der Kernzone Hegi.
 - Kreuzweg 5. Fassadenrenovation.
 - Mulchlingerstrasse 9: Umbau- und Renovierungsprojekt für das bestehende Bauernhaus.
 - Mulchlingerstrasse 10: Neubauprojekt. Ersatzbau in der Weilerzone Mulchlingen.
 - Oberdorfstrasse 11. Innere Umbauten. Erneuerung Heizung.
 - Oberdorfstrasse 26/28. Der Ersatzbau des ehemaligen Bauernhauses wurde im Berichtsjahr abgeschlossen.
 - Oberfeldstrasse 115. Bauernhaus aus dem 17. Jahrhundert. Erstellung eines denkmalpflegerischen Anforderungskataloges zuhanden der Liegenschaftenverwaltung.
 - Obere Hohlgasse 17. Projekt für den Ausbau der bestehenden Stallscheune zu Wohnzwecken.
 - Oberseenerstrasse 100. Wohnhausneubau in der Kernzone Oberseen (vgl. dazu den Beitrag im Jahrbuch der Stadt Winterthur 2005, S.177).
 - Pflanzschulstrasse 22. Sanfte Renovierung und Modernisierung der Etagenwohnungen des Arbeiterwohnhauses. Als Grundlage des Projektes wurde zuhanden der Bauherrschaft ein Anforderungskatalog erarbeitet.
 - Püntenweg 11. Für das bestehende Wohnhaus und die anschliessende Parzelle wurden verschiedene Neubauprojekte geprüft.
 - Reismühleweg 38. Ausbau der Stallscheune zu einer Wohnung.
 - Reismühleweg 76. Fassadenrenovation. Wiederherstellung des Holzschildes an der Giebelfassade.
 - Reutlingerstrasse 66. Der Ersatzbau am Dorfeingang von Reutlingen wurde im Berichtsjahr abgeschlossen.
 - Reutlingerstrasse 73 / Fallenstettenweg 1. Umbau und Innenrenovierung des Bauernhausensembles, das im ausgehenden 19. Jh. als Wohnhaus mit freistehender Doppelstallscheune erstellt worden war. Das Wohnhaus wurde modernisiert und die zugehörige Stallscheune wurde zu einer weiteren Wohnung ausgebaut (vgl. dazu den Beitrag im Jahrbuch der Stadt Winterthur 2005, S. 176.)
 - Ricketwilerstrasse 115. Der Ersatzbau für das ehemalige Bauernhaus im Weiler Ricketwil wurde im Berichtsjahr abgeschlossen.
 - Ricketwilerstrasse 140. Der Ökonomieteil des Bauernhauses wurde unter Beibehaltung des Scheunencharakters zum Wohnen ausgebaut.
 - Römerstrasse 208. Renovierung und Teilausbau der Scheune wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. Die biedermeierliche Ausstattung und die Fenster konnten erhalten werden und wurden renoviert.
 - Rudolfstrasse 17. Fassadenrenovation. Im repräsentativen Wohn- und Geschäftshaus von Architekt Ernst Jung werden Ladengeschoss und Wohnungen umgebaut und renoviert. Dabei konnten auch ein Teil der bauzeitlichen Heizkörper und genietete Steigrohre erhalten werden. Die Wohnungen besitzen Stuckdecken, Parkettböden und Knietäfer, die Küchen Terrazzoböden.
 - Rychenberstrasse 163, ehem. Rebhaus. Aussenrenovation.
 - Rychenbergstrasse 93. Schutzabklärung des Gärtnerhauses der ehemaligen Villa von Theodor Reinhart, erbaut von Rittmeyer und Furrer. Die qualitätsvolle und sorgfältige Ausstattung des Wohnhauses zeigt auch das Engagement Reinharts für die Lebensqualität seiner Angestellten.
 - St.Gallerstrasse 18. Renovierung und Umbau des Centro Parrocchiale S. Francesco. Das Wohn- und Geschäftshaus wurde 1906 durch den Architekten Wilhelm Schaefer aus Weesen für den Bauherren C.A.

Peter (vormals J. Peter-Graf), «Kolonialwaren u. Weine en gros» erbaut. Untergeschoss und Erdgeschoss wurden eingreifend modernisiert. Als Grundlage für die Renovierung der Obergeschosse wurde ein denkmalpflegerisches Restaurierungskonzept erarbeitet.

- Schlossschürstrasse. Vorprojekt für den Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses in der Kernzone Hegi.
- Schlosshofstrasse 74. Fassadenrenovation
- Seidenstrasse 39. Wohnhaus Steiner Sulzer (erbaut 1912 Rittmeyer & Furrer); Zurückhaltende Renovierung und Modernisierung der Küche und der Bäder. Bei der Renovierung wurden die bauzeitlichen Ausstattungen sowie die Fenster sorgfältig instand gestellt.
- Talackerstrasse 107/109: Anforderungskatalog zuhanden der SBB-Immobilien im Hinblick auf einen bevorstehenden Verkauf.
- Tössertobelstrasse 15: Renovierung der drei Etagenwohnungen. Das 1924/25 erbaute neoklassizistische Wohnhaus entwarf der Zürcher Architekt E. Schulthess.
- Unterdorfstrasse 14/16: Projekt zur Erweiterung, Renovierung und Umnutzung des Bauernhausensembles mit Speicher aus dem 18. Jh.
- Untere Hohlgrasse 17. Renovation eines Bauernhausteils.
- Untere Hohlgrasse 21. Ausbau des Dachgeschosses unter Erhalt des Dachstuhles aus dem 16./17. Jahrhundert.
- Wartstrasse 20/22. Projektierung Umbau.
- Wartstrasse 36. Innere Umbauten, Aufstockung und Balkonanbau auf der Rückseite.
- Wartstrasse 44. Fassadenrenovation. Sanierung der Sandsteingewände, neue Farbfassung der Fassade.
- Wieshofstrasse 3. Fassadenrenovation.
- Wieshofstrasse, Beurteilung zweier Neubauprojekte in der Kernzone.

Fachgruppe Denkmalpflege

Die Fachgruppe Denkmalpflege hat im Jahr 2004 insgesamt sechs Bauvorhaben und Schutzabklärungen im Hinblick auf die denkmalpflegerischen Zielsetzungen geprüft und gewürdigt sowie Empfehlungen zu Händen des Bauausschusses der Stadt Winterthur abgegeben.



Brauerei Haldengut, oberes Geschäft. Im Gründungsgelände von Architekt Leonhard Zeugheer sind Malereien von Hans Schoellhorn und anderen Malern aus der Zeit der 30er-Jahre erhalten geblieben. Ein umfangreiches Renovationskonzept, das gemeinsam mit den neuen Eigentümern erstellt wurde, sichert den Erhalt des wertvollen Kulturgutes.



Fallenstettenweg 1. Zu Wohnzwecken umgebautes landwirtschaftliches Ökonomiegebäude in der Kernzone Reutlingen. Beim Umbau wurde die Aussenhülle und die Konstruktion der Stallscheune erhalten. Die Einbauten wurden als «house in house» erstellt.



Neustadtgasse 25. Die Fassade des Wohnhauses nach der Renovation.

Unterschutzstellungen und Inventarentlassungen

Insgesamt wurden im Berichtsjahr fünf Bauten mit Verträgen als Kulturdenkmäler von kommunaler Bedeutung unter Schutz gestellt:

- Ausserdorfstrasse 13, ehemaliges Armenhaus Veltheim
- Bachtelstrasse 98, 100 und 100a, ehemaliges Armenhaus und Bauernhaus Veltheim
- Untere Kirchgasse 3, Spätbarockes Bürgerhaus
- Neustadtgasse 25, Fassade
- Wiesendangerstrasse 199, Bauernhaus

Aus dem Inventar entlassen wurde das Wohnhaus Mulchlingerstrasse 10. Es handelte sich um ein Nebengebäude eines Bauernhauses und wurde wegen des schlechten baulichen Zustandes aus dem Inventar entlassen. Ausserdem ergab sich für das betreffende Gebäude bei der Schutzabklärung auch keine wichtige Zeugnenschaft im Sinne § 203 PBG.

Inventarüberarbeitung

Die Inventarüberarbeitung wurde weiter vorangetrieben. Die Bearbeitung des Inventars der Kulturdenkmäler von kommunaler Bedeutung soll Ende 2005 abgeschlossen und dem Stadtrat vorgelegt werden. Im Zusammenhang mit der Inventarüberarbeitung wurde ein Datenbanksystem evaluiert, das die Verknüpfung der Inventardatenbank mit der Geschäftsfalldatenbank der Baupolizei und dem GIS ermöglicht.



Tag des Denkmals 2004 im Sulzer-Areal: Interessierte Personen informieren sich über die Arbeit der Denkmalpflege und die Geschichte des Sulzer-Areals.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Europäische Tag des Denkmals 2004 war dem Sulzer-Areal gewidmet und wurde gemeinsam mit der Kantonsarchäologie und der Sulzer Immobilien AG organisiert und durchgeführt. Insgesamt zählte man 1200 Besucherinnen und Besucher. Zur Besichtigung offen standen die Lofts im ehemaligen Magazinegebäude und am Katharina Sulzer-Platz, die Arbeiterhäuser an der Jägerstrasse und verschiedene ehemalige Produktionshallen. Thematisiert wurde die Verkehrs- und Industriegeschichte der Stadt Winterthur. Die Veranstaltungen fanden beim Publikum grosses Interesse und Anklang.

Die Mittagsführungen von April bis September waren Winterthurer Arbeiterhäuser gewidmet. Wegen des grossen Interesses mussten die Führungen wiederum doppelt geführt werden. Etwa 200 interessierte Besucherinnen und Besucher beteiligten sich an den Führungen.

Im August fand ausserdem die Jahrestagung der Domus Antiqua Helvetica in Winterthur statt, deren Rahmenprogramm im Auftrag des Stadtrates gemeinsam mit der Denkmalpflege organisiert wurde.

Zivildienstleistende

Verschiedene seit langem anstehende administrative Arbeiten sowie die Erstellung des Layouts der Zeitung zum Tag des Denkmals konnten dank der Mitarbeit von Zivildienstleistenden bewältigt werden.

Hochbauten

Der Zürcher Index der Wohnbaukosten (der im Raum Winterthur für Vergleichsrechnungen beigezogen wird), hat sich in den vergangenen Jahren bis April 2003 wie folgt entwickelt:

Indexstand	1.4.1998	100,0 Punkte	(Erhöhung der MWSt um 0,1% per 1.1.99)
	1.4.1999	101,3 Punkte	
	1.4.2000	105,1 Punkte	
	1.4.2001	110,1 Punkte	
	1.4.2002	110,0 Punkte	
	1.4.2003	106,6 Punkte	
	1.4.2004	107,6 Punkte	

Dieser Index wird seit 1999 nur noch einmal jährlich erhoben. Mit dem Index per 1. April werden die Änderungen des Jahreswechsels erfasst, die in der Regel wesentlicher als die Preisbewegungen in der Jahresmitte sind. Der Oktober-Index, der die Veränderungen der Jahresmitte erfasst, entfällt deshalb seither.

Fertiggestellte Um- und Neubauten

Abdankungskapelle Friedhof Rosenberg, Kunst am Bau

Der durchgeführte Wettbewerb für die künstlerische Gestaltung der Apsiswand in der Abdankungskapelle führte zu keinem überzeugenden Resultat. Der Stadtrat beschloss deshalb, auf eine künstlerische Gestaltung dieser Fläche zu verzichten.

Metallarbeiterschule Zeughausstrasse

Nachdem der Rohbau Ende 2003 fertig gestellt war, konnten die Ausbau- und Umbauarbeiten bis Ende 2004 termingerecht abgeschlossen werden. Ab November zog die Schule aus dem TMZ in Oberwinterthur etappenweise wieder an die Zeughausstrasse um.

Schulraumprovisorium Iberg, Erweiterung

Das Erweiterungsprojekt wurde termingerecht auf den Schuljahresbeginn fertig gestellt. Die vom Schulhaus Gutenbergstrasse Töss versetzten Klassenzimmer wurden mit einigen zusätzlichen neuen Raumzellenelementen ergänzt.

Krankenheim Oberi

Die Ausführung der notwendigen Massnahmen auf der Dachterrasse des Anbaues für die Betreuung der Dementen war Mitte Jahr abgeschlossen.



Schulraumprovisorium Iberg, Erweiterung



Metallarbeiterschule Zeughausstrasse, Werkstatttrakt

Laufende Bauten

Erweiterung Michaelschule

In der Volksabstimmung vom 26. September wurde der Baukredit mit grosser Mehrheit bewilligt. Die Vorbereitung der Bauarbeiten (Ausführungsplanung und Arbeitsaufschreibungen) ist im Gange. Der Baubeginn ist auf Anfang Juni 2005 geplant.

Erweiterung Schulhaus Laubegg, Dättlau

Der Baukredit wurde im Oktober durch den GGR bewilligt. Die Bauvorbereitungen sind im Gange.

Projektierungen

Erweiterung CP-Schule (Maurer-Schule)

Nachdem Anfang Jahr der Stadtrat das Erweiterungskonzept gutgeheissen hatte, wurde Mitte Jahr ein zweistufiger Architektur-Wettbewerb ausgeschrieben. Die erste Stufe wurde im Herbst abgeschlossen. Unter Anonymitäts-Bedingungen läuft die zweite Stufe des Verfahrens als Projekt-Wettbewerb auf Einladung (Einreichung der Projekte Mitte März 2005).

Schulhaus Sennhof

Die Beurteilung der 107 eingereichten Projekte beim Projektwettbewerb für das neue Schulhaus führte zur Empfehlung des Preisgerichtes, die drei erststrangierten Projekte überarbeiten zu lassen. Diese unter Anonymitäts-



Metallarbeiterschule Zeughausstrasse, Renovierter Altbau vom Eulachraum her.

Bedingungen durchgeführte Überarbeitungsphase wurde Ende August mit dem Beschluss des Stadtrates abgeschlossen, das Projekt «einmaleins» bis zu einer Kreditvorlage weiterbearbeiten zu lassen. Ende Jahr lagen das bereinigte Projekt und der Kostenvoranschlag vor.

Neubau und Sanierung Schulhaus Feld, Veltheim

Das Resultat aus dem Projektwettbewerb auf Einladung lag Ende Jahr vor. Die Weiterbearbeitung des Projekts «zimmetstärn» bis zur Vorlagereife ist im Gange.

Berufswahlschule, Anbau Eingangshalle

Der Stadtrat beschloss den Verzicht auf die Realisierung dieses Projektes.

Landwirtschaftsbetrieb Zell (Städt. Werke), Neubau

Die Überarbeitung von zwei Projekten aus der Gesamtleistungssubmission führte zum Beschluss des Stadtrates im Februar, das Projekt «ELSA» dem Baukreditantrag an den Grossen Gemeinderat zugrunde zu legen. Im September bewilligte er den notwendigen Baukredit. Gegen diesen Beschluss kam das Referendum zustande (Volksabstimmung am 23. Januar 2005).

Zentrum Adlergarten, Gesamtsanierung

Nachdem bereits die Einleitung einer Projektierung erfolgt war, wurde dieser Prozess durch das Departement Soziales Mitte Jahr unterbrochen, um als Grundlage für die weiteren Schritte eine Strategie in Bezug auf alle städtischen Alters- und Pflegeheime zu entwickeln und zu dokumentieren. Die Resultate dafür werden Anfang 2005 vorliegen.

Freibad Geiselweid, Neubau und Sanierung

Nachdem bereits die Konzeptprojektierung eingeleitet worden war, wurden die im Oktober 2003 vorliegenden Grundlagen durch das Departement Schule und Sport einer weiteren grundsätzlichen Überprüfung unterzogen. Diese Abklärungen waren Ende Jahr noch nicht abgeschlossen.

Frei- und Hallenbad Geiselweid, Sanierung Restaurant

Die dringende, durch die behördlichen Auflagen bedingte Sanierung des Küchenbetriebes wurde durch den Stadtrat als gebundene Ausgabe bezeichnet. Das Projekt war Ende Jahr abgeschlossen. Die Fertigstellung ist auf den Beginn der Freibadsaison 2005 geplant.

Schulhaus Wallrüti, Gesamtsanierung

Im Rahmen einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Strategie für die Realisierung des Schulraumbedarfs im Schulkreis Oberwinterthur wurde die Nutzung des Schulhauses Wallrüti für die Oberstufe als zweckmässig und wirtschaftlich beurteilt. Die Unter- und Mittelstufenklassen werden bis zur Realisierung eines Quartierschulhauses in Zinzikon im TMZ untergebracht. Damit können die notwendigen Sanierungsarbeiten etappenweise ohne einschneidende Störung des Unterrichtsbetriebes durchgeführt werden. Die Sanierung der schadhaften Fassaden soll mit dem minimalsten Aufwand erfolgen. Die notwendigen Abklärungs- und Projektierungsschritte werden Anfang 2005 gestartet.

TMZ Oberwinterthur, Umbau für Oberstufenschulanlage

Im Rahmen einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Strategie für die Realisierung des Schulraumbedarfs im Schulkreis Oberwinterthur soll nun das TMZ vor allem unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsaspekten für die nächsten zehn Jahre als Provisoriumslösung für fehlenden Schulraum dienen. Damit können relativ teure Provisoriumslösungen vermieden und zugleich die dringenden Schulräume mit minimalstem Kostenaufwand bereitgestellt werden. Die Projektierung für die notwendigen minimalen baulichen Massnahmen wurde Ende Jahr in Angriff genommen.

Schulhaus Tössfeld, verschiedene Raumbedürfnisse

Dieses Projekt soll vorderhand nicht weiterverfolgt werden.

Schulhaus Hegi, Erweiterung

Die Konzeptabklärungen sind abgeschlossen. Im Rahmen der grundsätzlichen Neuausrichtung der Strategie für die Realisierung des Schulraumbedarfs im Schulkreis Oberwinterthur ist die Realisierung dieses Projektes in 2. Priorität nach einem Schulhaus-Neubau in Zinzikon geplant. Die Projektierungsarbeiten dafür sind deshalb vorderhand sistiert.

Schulkreis Wülflingen, Schulraumbedarf

Im Rahmen einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Strategie für die Realisierung des Schulraumbedarfs im Schulkreis Wülflingen ist ein Schulhaus-Neubau für die Unter- und Mittelstufe als dringend notwendig ausgewiesen. Der erforderliche Konzeptentscheid für die Einleitung einer Projektierung wird Anfang 2005 dem Stadtrat zur Beschlussfassung unterbreitet.

Schulkreis Wülflingen, Turnhalle

Im Rahmen der grundsätzlichen Neuausrichtung der Strategie für die Realisierung des Schulraumbedarfs im Schulkreis Wülflingen wird dieses Projekt in den Schulhaus-Neubau für die Unter- und Mittelstufe integriert. Das Projekt wird deshalb nicht weiterverfolgt.

Fachstelle Haustechnik

Laufende Aufgaben

Betreuung der heizungs-/lüftungs- und maschinen-technischen Anlagen von rund 650 städtischen Gebäuden. Im Berichtsjahr wurden über den Pikettdienst ausserhalb der Arbeitszeit 39 Störungen behoben.

Erstellen von Kostenvoranschlägen für die Sanierung von Haustechnikanlagen diverser Objekte.

Fachbegleitung in Bezug auf die gesamten Haustechnikbelange bei allen Projekten der Abteilungen Hochbauten und Gebäudeunterhalt.

Heizkostenabrechnungen inkl. Kontoführung folgender Fernheizungen (Wärmeverbund):

- IVZ Brühlgut
- AH Neumarkt
- Gewerbe- und Uhrenmuseum

Fertig gestellte und laufende Projekte

Zur Erfüllung der Luftreinhalteverordnung (LRV) wurden folgende Heizungssanierungen ausgeführt:

- Gärtnerei Rosenberg (Krematorium)
- Schulhaus Geiselweid
- Mehrfamilienhaus Theodor-Kirchnerstrasse 32
- Einfamilienhaus Süsenbergstrasse 11
- Kindergarten Breite, Nussbaumweg 7
- Einfamilienhaus Oberseenerstrasse 2

Für die Realisierung im Jahre 2005 sind die folgenden Sanierungen projektiert:

- Gärtnerei Büel (LRV)
- Freizeitanlage Holzlegistrasse 40 (LRV)
- IDW Rechenzenter:
Klima / MSRL; Zustandsuntersuchung
- Schiessanlage im Ohrbühl:
Lüftung; Einbau einer Lüftungsanlage, Restaurant / Aufenthaltsraum
- HPS Michaelschule:
Badtechnik; Ersatz Desinfektionsanlage
- Schulhaus Gutenbergstrasse 11 (LRV)
- Turnhalle Schulhaus Ausserdorf:
Ersatz Wassererwärmer
- Kindergarten Hinterdorfstrasse 37 (LRV)
- Kindergarten Wässerwiesen (LRV)
- Kindergarten Neuwiesen (LRV)
- Kindergarten Unterwegli 32 (LRV)
- Einfamilienhaus Pfaffenwiesenweg 85 (LRV)
- Einfamilienhaus Mettlenstrasse 2 (LRV)

Folgende haustechnische Anlagen wurden in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gebäudeunterhalt saniert:

- Schulhaus Hohfurri:
Änderung Schlackenausstragung
- Schulhaus Langwiesen:
Thermostatventile
- Schulhaus Heiligberg:
Planung Sanierung Schulküche
- Sportanlage Reitplatz:
Ersatz Wärmepumpe
- Städtische Werke Schöntal:
Büroumbauten (Bodenheizung/Bedarfslüftung)
- Schulhaus Schachen:
Umbau/Änderung Singsaal
- Theater am Stadtgarten:
Klimagerät Kasse
- Altes Stadthaus:
Erneuerung Lüftungsanlage Mehrzwecksaal und Thermostatventile
- Tiefgarage Technikum Nord:
Ersatz Haustechnik, HLKSE
- Schulzahnklinik:
Lüftung; Ersatz Teilklimaanlage
- Altersheim St. Urban:
Kühlung; Ersatz gewerbliche Kühlung
- Schulhaus Mattenbach:
Heizung; Erweiterung Logopädie
- Schulhaus Tägelmöos:
Heizung; Ersatz Zentraleinheit/Heizungssteuerung
- HPS Michaelschule:
Heizung; Wasserbehandlung div. Anpassungen
- Schulhaus Schöngengrund:
Lüftung; Ersatz Lüftungsanlage Garderoben / Duschen
- Theater Winterthur:
Schadenbehebung an der Fernheizungszuführung

Folgende Objekte der Abteilung Hochbauten wurden fachtechnisch begleiten:

- MSW Winterthur
- Naturmuseum
- HPS Michaelschule, Erweiterung
- Schulhaus Sennhof
- Restaurant Hallenbad Geiselweid
- Schulhaus Dätttau (Erweiterungsbau)
- Krematorium
- Schulhaus Feld (Erweiterungsbau)

Gebäudeunterhalt

Die Werterhaltung der städtischen Liegenschaften und die Anpassung an zeitgemässe Nutzungen ist die Hauptaufgabe der Abteilung Gebäudeunterhalt. Die arbeitsintensive Begleitung von Sanierungs- und Unterhaltungsprojekten verlangt ein umfangreiches fach- und bautechnisches Wissen.

Eine Herausforderung war die Koordination der Unterhaltsarbeiten in einigen Schulbauten des Departements Schule und Sport. Infolge des nationalen Lehrer- und Lehrerinnenfortbildungskurses wurde in einzelnen Schulanlagen das mögliche Zeitfenster in den Sommerferien 2004 für bauliche Massnahmen auf 3,5 Wochen reduziert. Unterhaltsarbeiten werden in der Regel unter Betrieb oder an Randzeiten ausgeführt. In den Schulliegenschaften wird schwerpunktmässig in den Schulferien gearbeitet. Die reduzierte Arbeitszeit in den Sommerferien bedingte noch genauere Tagesarbeitsprogramme und eine frühzeitige Reservation der Bauhandwerker. Dank der gelebten Flexibilität aller Beteiligten konnten die Arbeiten ohne grössere Komplikationen rechtzeitig erledigt werden.

Die knappen Finanzen zwingen alle Beteiligten, ihre Bedürfnisse genau zu hinterfragen und dann konsequent Prioritäten zu setzen. Oftmals ist man gezwungen, sich für den Betrieb aber gegen die Bausubstanz zu entscheiden. Manchmal ist es gerade umgekehrt.

Im Berichtsjahr ging ein langjähriger Mitarbeiter in Pension.

Fertig gestellte Projekte

- Natur- und Kunstmuseum
Brandschutzmassnahmen Natur- und Kunstmuseum
- Museum Lindengut
Sanierung Wasserschaden / Heizverteilung
- Freizeitanlage Kanzlei
Innere Umbauten
- Stadthausstrasse 21
Umbau der Büros im Erdgeschoss, 1. und 2. Obergeschoss
- Stadthausbrunnen
Sanierung Stadthausbrunnen
- Schiessanlage Ohrbühl
Fenster- und Rollladenersatz
- Riethof Wiesendangen
Dachsanierung
- Reutlingerstrasse 90
Dachsanierung
- Kindergarten Waldeggstrasse
Sanierung der Dachkonstruktion
- Kindergarten am Bach
Umbau Garderobe / Logopädie
- Schulhaus Langwiesen
Umbau Lehrkräftebereich
- Schulhaus Mattenbach
Einbau Logopädie und Sitzungszimmer

- SH Stofflerenweg
Flachdachsanieierung
- Schulhaus Büelwiesen
Fensterersatz Südfassade
- Schulhaus Tössfeld
Dach- und Aussenrenovation
- Schulhaus Altes Gemeindehaus Töss
Sanierung
- Schulhaus Rychenberg
Umbau alte Schulküche im Hort
- Schulhaus St. Georgen
Einbau Gruppenraum in WC-Anlage
- Wohn- und Pflegezentrum Oberi
Ersatz Teppiche und Vorhänge
- Altersheim Rosental
Ersatz Aufzugsanlagen

Laufende Projekte

- Natur- und Kunstmuseum
Einrichten Ausstellung Naturmuseum
- Stadthaus
Fassadenrenovation
- Schiessanlage Ohrbühl
Ersatz Trefferanzeige und Flachdachsanieierung
- Gussliststrasse 30
Wiederaufbau Schallschutzwand
- MZA Teuchelweiher
Sofortmassnahmen Schallschutz
- Museumstrasse 54
Lifteinbau
- Schulhaus Heiligberg
Dach- und Fassadensanieierung
- Schulhaus Heiligberg
Umbau Schulküche
- Schwimmbad Wülflingen
Beckensanieierung
- Schwimmbad Töss
Ersatz Kinderplanschbecken
- Wartstrasse 40/42, Heilsarmee Wohnhäuser
Innere Umbauten

Projekte in Vorbereitung

- Museumsgebäude
Brandschutz Bibliothek und Infrastrukturverbesserungen
- Freizeitanlage Hölderli und Gutschick
Sanierung Küchen
- Alte Schiessanlage am Schützenweiher
Altlastensanieierung
- Schiessanlage Ohrbühl
Ersatz Trefferanzeige 300m Anlage
- Salzhaus
Energietechnische Massnahmen und Fassadensanieierung
- Alte Bibliothek Wülflingen
Aussenrenovation und innere Umbauten
- Schiessanlage Wülflingen
LSV-Sanieierung
- Städtische Liegenschaften
Sicherheitsmassnahmen
- Kindergarten Inneres Lind
Gesamtrenovation
- Kindergarten Neuwiesen
Einbau zusätzliche Abteilung im OG/DG
- Kindergarten Emil Klöti
Gesamtsanieierung
- Kindergarten im Grüntal
Flachdachsanieierung
- Turnhalle Rychenberg
Deckensanieierung

- Turnhalle Bühlhofstrasse
Flachdachsanieierung
- Schulhaus Wülflingerstrasse
Flachdachsanieierung
- Schulhaus Heiligberg
Turnhallensanieierung
- Schulhaus Geiselweid
Sanierung Werkstätten
- Schulhaus Schachen
Fassadensanieierung
- Schulhaus Schönengrund
Fassadensanieierung Haupttrakt
- Sportanlage Deutweg
energietechnische Sanierung Tribünengebäude
- Sunnehus, Temporär- und Altersheim
Flachdachsanieierung

Vermessungsamt*

Tag der offenen Tür

Der integrative Ansatz des Geografischen Informationssystems der Stadt Winterthur sowie dessen konsequente Umsetzung stossen auch in Fachkreisen auf grosses Interesse. Anlässlich verschiedener Fachveranstaltungen und Besichtigungen in Winterthur sowie einem Artikel in einer Fachzeitschrift konnte das System verschiedentlich vorgestellt werden.

Aus Anlass der Aufschaltung des neuen – auf dem Geografischen Informationssystem basierenden – Internet-Stadtplans wurde ein Tag der offenen Tür durchgeführt.

Einem breiten Publikum wurde der Wertschöpfungsprozess aus Geodaten von der Vermessung bis zur Nutzung mittels Geografischem Informationssystem anhand konkreter Beispiele aus verschiedenen Fachbereichen vorgestellt.

Lehrlingsausbildung

Im Berichtsjahr haben zwölf am Beruf des Geomatikers interessierte Jugendliche eine zweitägige Schnupperlehre im Vermessungsamt absolviert. Für das Jahr 2005 wurde



Tag der offenen Tür auf dem Neumarkt



Tag der offenen Tür im Vermessungsamt

wiederum ein Lehrling angestellt. Die Zahl der Lehrverhältnisse bleibt somit bei vier.

Die Leistungen des Vermessungsamtes sind in drei Produkte aufgeteilt:

Produkt 1: Vermessungsaufträge

Dank reger Bautätigkeit wurde in den Bereichen der Bau- und Ingenieurvermessung sowie der amtlichen Vermessung (Grenzmutationen, Situationsnachführungen) das seit Einführung der elektronischen Leistungserfassung im Jahr 1997 bis anhin grösste Auftragsvolumen ausgeführt. Nachdem das Auftragsvolumen bereits im Jahr 2002 um 11% und im Jahr 2003 um 21% zunahm, ist im Berichtsjahr nochmals eine Zunahme um 6% zu verzeichnen.

Vor allem viele kleinere und mittlere Bauvorhaben waren dieses Jahr für das gute Ergebnis verantwortlich. Bei einer grösseren Hangüberbauung mit rund 200 Wohnungen konnten die vermessungstechnischen Plangrundlagen sowie das Ausstecken der Bauprofile realisiert werden. Aus Terrainaufnahmen wurde ein Höhenkurvenplan (Äquidistanz 0,5 m) abgeleitet. Die Absteckung von rund 170 Lagepunkten ermöglichte die aussagekräftige Errichtung der Bauprofile. Dank der GPS-Messausrüstung war eine effiziente und auch für den Auftraggeber finanziell interessante Lösung in kurzer Zeit möglich.

Trotz der sehr guten Auftragslage in der Bauvermessung wurden die Nachführungsarbeiten der amtlichen Vermessung termingerecht (innert Jahresfrist nach Meldung der Bauvollendung) abgewickelt.

Produkt 2: Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Im Vordergrund stand die Überarbeitung und Aktualisierung der Planinhalte gemäss den Vorschriften der amtlichen Vermessung. Mit Ausnahme des Altstadt-kerns und der Nicht-Baugebiete in Wülflingen und Töss sind die Daten der amtlichen Vermessung nun vollständig, aktualisiert und gemäss einheitlichem Datenmodell strukturiert.

Daneben sind auch der Unterhalt und die Erneuerung der Vermessungsfixpunkte eine permanente Aufgabe. Das Amt für Raumordnung und Vermessung des Kantons

* Das Vermessungsamt ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WoV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Zürich (ARV) hat 2004 sein übergeordnetes Netz der Lagefixpunkte (LFP1+LFP2) im Raum Winterthur–Lindau–Weisslingen vollständig erneuert. In gemeinsamen Messreihen mit dem ARV konnten auf Stadtgebiet zirka 60 städtische Fixpunkte (LFP3) in die Messkampagne einbezogen werden. Die Resultate dienen der Qualitätsbeurteilung der bestehenden Fixpunkte und ermöglichen künftige Unterhaltsarbeiten gezielter vornehmen zu können.

Bis Ende 2005 sind die Erneuerungsarbeiten am amtlichen Vermessungswerk abzuschliessen. Die Vermessung der Stadt Winterthur wird dann auf einem einheitlichen Qualitätsstand entsprechend den eidgenössischen und kantonalen Vorschriften sein. Ausgenommen von den Erneuerungsarbeiten war bis anhin der Altstadt-kern. Hier sind die Verhältnisse besonders komplex. Die ursprüngliche Vermessung stammt aus den Jahren 1880 bis 1888 und wurde bis zur Einführung des eidgenössischen Grundbuches im Jahre 1951 laufend überarbeitet und ab 1943 zu einem grossen Teil durch Neuvermessung ersetzt. Die Qualität der heutigen Vermessung ist daher sehr heterogen und auch nur unzureichend bekannt. Im Hinblick auf eine amtliche Anerkennung der Vermessung im Altstadt-kern wurden in Abstimmung mit dem kantonalen Amt für Raumplanung und Vermessung (ARV) sowie der Eidgenössischen Vermessungsdirektion die notwendigen Massnahmen ausgearbeitet.

Produkt 3: Geographisches Informationssystem (GIS), Datenausgabe und Dienstleistungen

Mit Inbetriebnahme des neuen Internet-Stadtplanes ist das seit 1998 laufende Projekt zur Gesamterneuerung des



Stadtplan (www.stadtplan.winterthur.ch)

Geografischen Informationssystems nun weitgehend abgeschlossen. Der Prozess der Geodatenbewirtschaftung aller Bereiche der Stadtverwaltung läuft effizient über dieses zentrale System mit einheitlicher Technologie und gemeinsamer Infrastruktur. Alle Daten werden zentral verwaltet und stehen den Benutzenden in einheitlicher Qualität zur Verfügung. Dies senkt die Kosten, steigert die Effizienz und verbessert die Datenqualität. Zudem hat sich dank der neuen Web-Technologie sowie neuer Möglichkeiten im Bereich der Auswertung und Präsentation der Benutzerkreis wesentlich erweitert. All dies trägt zu einer verbesserten Wertschöpfung der vorhandenen Ressourcen bei.

Aufgrund der erweiterten Nutzungsmöglichkeiten des Geografischen Informationssystems erliess der Stadtrat in Ergänzung zur GIS-Verordnung ein GIS-Betriebsreglement. Er hat auch die Charta zu e-geo.ch unterzeichnet. Damit unterstützt der Stadtrat das gleichnamige Impulsprogramm unter Federführung des Bundes. Dieses sieht verschiedene Tätigkeitsfelder zur Steigerung der Wertschöpfung aus Geodaten vor.

Nebst der Gewährleistung der Betriebsbereitschaft des zentralen GIS und der damit verbundenen Unterhaltsarbeiten am System wurden verschiedene andere Dienstleistungen erbracht. U.a. zu erwähnen sind:

- Abschluss der Ersterfassung der öffentlichen Kanalleitungen im Auftrag der Stadtentwässerung.
- Datenanalyse und Dokumentation der Wohnbaulandreserven mittels dem Geografischen Informationssystem für das Wohnbaulandportfolio der Stabsstelle Stadtentwicklung.
- Erstellung eines Waldeigentumsplanes im Auftrag des Forstbetriebs.
- Vorbereitung des Anschlusses von Swisscom Fixnet AG und Cablecom GmbH an das städtische GIS.
- Ausarbeitung eines Lösungsvorschlags für die Dokumentation des Inventars schützenswerter Kulturgüter der Denkmalpflege.
- Bereitstellung von Plangrundlagen für das Projekt Sauberkeit des Strasseninspektorats, der Stadtgärtnerei und des Forstbetriebs.
- Zeichnen von Schachtnormalien im Auftrag der Stadtentwässerung.
- Erstellung diverser Lagepläne für den Kunstführer «Kunst im öffentlichen Raum in Winterthur» herausgegeben von der Stiftung Edition Winterthur.

Verschiedene Dienststellen haben sich über Anwendungsmöglichkeiten der Geoinformatik in ihrem Bereich beraten lassen.

Baupolizeiamt

Die Zahl der Baugesuche – Gradmesser für die Belastung des Baupolizeiamtes – hat sich mit 872 (Vorjahr 901) auf hohem Niveau stabilisiert. Die gesamthaft veranschlagte Bausumme ist nochmals leicht angestiegen (von 580 auf 622 Mio Fr.). Die Zahl der bezogenen Neubauwohnungen hat mit 993 (596) einen neuen Höchststand erreicht.

Besonders ins Gewicht fiel der Bezug der Grossüberbauung «Im Gern» Hegi (420 Wohnungen) des Generalbauunternehmers Leopold Bachmann. Auch die Zahl der bewilligten Wohneinheiten blieb mit 512 (426) weit über dem langjährigen Durchschnitt.

Obwohl keine grossen Baulandreserven neu erschlossen wurden, kann bei der weiterhin bestehenden Nachfrage nach Wohnraum nach wie vor mit einer intensiven Bautätigkeit gerechnet werden.

Trotz der sich langsam ausbreitenden Einsicht, dass eine weiter zunehmende Regulierungsdichte nicht zu einer Verbesserung der Baukultur im umfassenden Sinne führt, geht die Gesetzes- und Verordnungsproduktion auf Stufe Bund und Kanton ungebrems weiter. Positiv ist zu vermerken, dass die vom Regierungsrat beschlossenen Sparprogramme, mit denen unter vielem anderem die personellen Ressourcen der Vollzugsorgane der Baudirektion erheblich reduziert wurden, zu greifen beginnen.

Die Verträge der Stadt Winterthur mit den Gemeinden über die Besorgung der Aufzugskontrolle wurden allesamt gekündigt, weil die für die weitere Betreuung erforderliche Personalaufstockung vom Grossen Gemeinderat nicht bewilligt wurde.

Die Rekursverfahren gegen die Teilrevision des Quartierplans Maienried wurden – bis auf eine Ausnahme – ebenso rechtskräftig erledigt wie die gegen die Öffnung des Taggenbergbaches noch anhängigen Rekurse. Vom Verwaltungsgericht beurteilt werden muss lediglich noch die Frage, ob die Quartierplangenosser der Flurgenossenschaft Wülflingen für die Übernahme der Flurwege eine Entschädigung schulden. Die Baurekurskommission und das Verwaltungsgericht haben diesbezüglich den für die Flurgenossenschaft negativen Entscheid des Stadtrates gestützt. Die Genehmigung des Quartierplans kann eingeholt werden. Im Verlaufe des Jahres 2005 erfolgt die Projektierung der Erschliessungsanlagen. Mit den Bauarbeiten sollte im letzten Quartal 2005 begonnen werden.

Die Zusammenarbeit des Baupolizeiamtes und der Fachstellen der Organisation Bauaufsicht mit den kantonalen Fachstellen war im Allgemeinen gut, wenn auch nicht immer frei von Problemen. Dasselbe gilt – wenn auch mit erheblicheren Einschränkungen – für die Zusammenarbeit mit den beschwerdelegitimierten Verbänden. Unverständlich war insbesondere das Vorgehen des Heimatschutzes in Sachen Volkshaus: Trotz der definitiven Inventarentlassung (dies nach einem Rekursrückzug des Zürcher Heimatschutzes) vor mehr als zehn Jahren versuchte der Schweizer Heimatschutz (der Zürcher Heimatschutz hat sich aus dem Verfahren herausgehalten) mittels vorsorglicher Massnahmen den Abbruch zu verhindern. Trotz eines kurzfristigen Abbruchstopps konnten die Abbrucharbeiten noch vor Weihnachten im Wesentlichen abgeschlossen werden.

Die städtische Feuerpolizei hat von der kantonalen Feuerpolizei im Auftragsverhältnis die periodische Kontrolle der Bauten und Anlagen mit erhöhtem Brandrisiko im nördlichen Kantonsteil übernommen – für die Stadt eine finanziell attraktive Lösung.

Die beiden Fachgruppen Stadtgestaltung und Denkmalpflege haben das Baupolizeiamt in der Abwicklung der Baubewilligungsverfahren durch kompetente Stellungnahmen intensiv unterstützt.

Für die Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes hat die Baudirektion einen Gesetzesredaktor eingesetzt. Mit dem Vorliegen des Vernehmlassungsentwurfes kann im Verlaufe des nächsten Jahres gerechnet werden. Der Gemeindepräsidentenverband und der Gemeindeschreiberverband des Kantons Zürich sowie die beiden Städte Zürich und Winterthur werden die Revisionsarbeiten weiterhin gemeinsam begleiten.

Die Rechtsmittelverfahren gegen die Bau- und Zonenordnung 2000 konnten – mit Ausnahme der nachträglich beschlossenen Neueinzonung Oberseen – abgeschlossen werden.

Die Revision der Gebührenverordnung für das Bauwesen wurde vom Grossen Gemeinderat beschlossen, wenn auch mit einem geringeren Anstieg der Gebühren als vom Stadtrat beantragt.

Die Revision der Abstellplatzverordnung wurde sistiert, weil der Stadtrat die Baudirektion zu einer Revision der kantonalen Wegleitung zur Ermittlung des Parkplatzbedarfs bewegen wollte. Die Baudirektorin hat diese Forderung auf die lange Bank geschoben. Der Gemeindepräsidentenverband hat von der Baudirektorin die umgehende Einsetzung einer Arbeitsgruppe für die Revision dieser Richtlinie verlangt.

Bauausschuss

Der Bauausschuss der Stadt Winterthur, dessen Sekretariat durch das Baupolizeiamt geführt wird, hat im Jahr 2004 in 14 Sitzungen 163 Geschäfte konferenziell behandelt. Die anstehenden Geschäfte wurden jeweils rasch, aber immer nach eingehender und gewissenhafter Interessenabwägung entschieden.

Bauinspektorat

Die Anzahl der eingereichten Baugesuche blieb im letzten Jahr mit 872 und einer Bausumme von 622 Mio. Franken auf einem sehr hohen Niveau. Zusätzlich wurden im letzten Jahr gegenüber 2003 bedeutend mehr Baugesuche und Projektänderungen im Audienz-Verfahren beurteilt und mit Stempel bewilligt (neue Baugesuche: 22 gegenüber 11; Projektänderungen: 325 gegenüber 236). Im Jahr 2004 wurden gesamthaft 100 Bewilligungen mehr im Audienzverfahren erteilt als im Vorjahr. Die im Audienzverfahren bewilligten Geschäfte sind in der oben erwähnten Anzahl eingereicherter Baugesuche von 872 nicht enthalten.

Trotz der konsequenten Bündelung der vorhandenen Kapazitäten und der klaren Ausrichtung auf die Behandlung der aktuellen Geschäfte, ist die Anzahl der Ende 2004 beim Bauinspektorat pendenten Geschäfte gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Die durch effizienteres Arbeiten gewonnene Zeit wird durch den Vollzug von zusätzlichen neuen Vorschriften mehr als ausgefüllt (neue Gesetzgebung für behindertengerechtes Bauen, Luftreinhalte-Richtlinien auf Baustellen, Baulärm-Richtlinie, zusätzliche Aufwendungen für Statistik, usw.).

Für die weitere Optimierung des Baubewilligungsverfahrens und die Effizienzsteigerung der am Baubewilligungsverfahren Beteiligten ist es sehr wichtig, dass im neuen Jahr die einzelnen Pflichtenhefte der am Baubewilligungsverfahren beteiligten Fachstellen bereinigt und an die aktuellen Erfordernisse angepasst werden. Dabei ist

zu beachten, dass eine kompetente und kundengerechte Beratung sichergestellt werden kann; Effizienzsteigerungen sind durch interne Optimierungen anzustreben und zu realisieren (Optimierung der internen Abläufe, klare Zuständigkeiten, klare Vorgaben zur Bearbeitungstiefe, usw.).

Im 2004 sind folgende neu bewilligte Bauvorhaben erwähnenswert: Diverse grosse Bauvorhaben wurden vollendet, so die Wohnüberbauungen Katharina-Sulzerplatz mit rund 100 Wohnungen und «Im Gern» mit über 400 Wohnungen. In Ausführung steht die Wohnüberbauung Binzhof (Sulzer) in Oberwinterthur. Daneben sind auch verschiedene Baubewilligungen für grössere Bauprojekte rechtskräftig geworden, zum Teil wurden die Bauarbeiten bereits in Angriff genommen. Zu erwähnen, obwohl teilweise noch nicht bewilligt, sind weiter die Überbauung Schlossberg von Leopold Bachmann mit 321 Wohnungen, der Bauachmarkt Töss (Coop), der Bauachmarkt Migros OBI in der Grütze, die Wohnüberbauung Halter an der Hegfeldstrasse im Sulzerareal Oberwinterthur und der neue Coop Markt für Oberwinterthur an der Römertorstrasse (Areal Ochsner).

Der Internet-Auftritt ist weiter ausgebaut worden. Direkter Zugang: www.baupolizei-winterthur.ch. Für die Kundschaft von besonderer Bedeutung ist der direkte Zugriff auf den Zonenplan und die Bauordnung.

Übersicht über die letzten 5 Jahre

Jahr	Eingereichte Baugesuche		Neubauwohnungen		Bausumme (in Franken)	
	Total	davon für EFH MFH	be-willigt	be-zogen	definitiver Entscheid	Vorentscheid
2000	801	24 8	199	293	330 873 926	121 625 000
2001	735	19 17	407	337	657 139 710	123 000 000
2002	820	28 15	905	189	619 227 643	72 510 000
2003	901	32 19	426	596	580 045 749	14 680 000
2004	872	22 24	512	993	621 912 889	36 685 000

Baubewilligungsverfahren

	2003	2004
Übertrag Vorjahr	235	211
Neueingänge	901	872
Total anhängig	1136	1083
Bewilligungen im ordentlichen Verfahren	529	405
davon bewilligte neue Wohnbauten	88	83
davon total bewilligte Wohnungen	426	512
Bewilligungen im Anzeigeverfahren	308	323
Rückzüge	11	12
Eröffnungen Entscheid Baudirektion	2	0
Verweigerungen	31	28
Wiedererwägungsentscheide	18	21
Wiederherstellungsbefehle	4	2
Abbruchentscheide	4	2
Vorentscheide	9	8
Sonderbewilligungen	0	0
Präsidialverfügungen	9	5
Entschiedene Gesuche	925	807
Ende Jahr pendent	211	276
Audienz Verfahren / neue Baugesuche	11	22
Audienz Verfahren / Projektänderungen	236	325

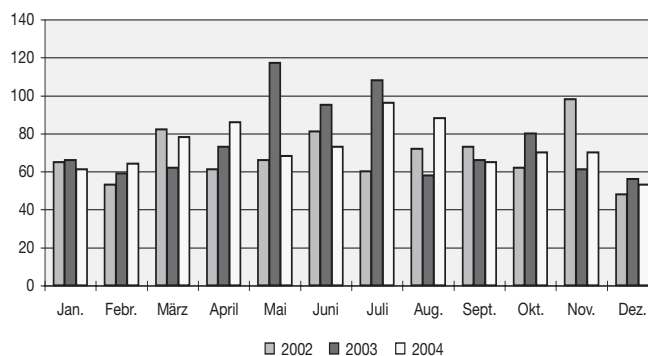
Ausnahmebewilligungen / Verfahrenskoordination

	2003	2004
Bezüglich Bauordnung/Baugesetz	17	32
Beurteilung zusätzlicher kantonaler Instanzen	88	56

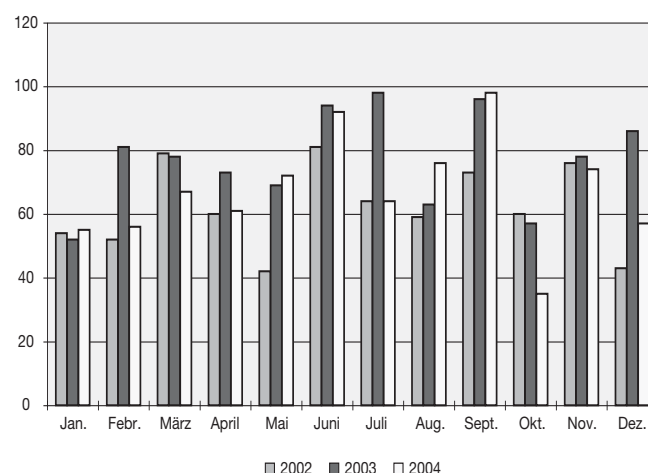
Tätigkeit der Baukontrolle

	2003	2004
Abnahme von Bauvisieren	428	448
davon waren zu beanstanden	49	63
Bezugsbewilligungen	55	97
Weiterbaubewilligungen / Rohbauabnahmen	110	119
Schlussabnahmen	647	805
Baustellenbesuche bewilligter Bauten	644	1290
Baustellenbesuche nicht bewilligungspflichtiger Bauten	69	128
Überwachung von Gebäudeabbrüchen	23	43
<i>Es wurden ferner festgestellt:</i>		
nicht bewilligte Bauarbeiten	81	128
nicht ordnungsgemäss gemeldete Bauarbeiten	122	166

Eingang Baugesuche



Baurechtliche Entscheide



Rechtsdienst

Von den Rechtsmittelverfahren gegen die im Oktober 2000 festgesetzte Bau- und Zonenordnung konnten nunmehr – mit Ausnahme der «Neueinzonung Oberseen» – alle Rechtsmittelverfahren rechtskräftig erledigt werden. Im Gebiet Oberseen hat zwar die Baurekurskommission IV die von Nachbarn angefochtene, vom Grossen Gemeinderat am 8. September 2003 festgesetzte, zusätzliche Neueinzonung entlang der Ricketwilerstrasse geschützt; dieser Entscheid vom 16. Dezember 2004 ist jedoch noch nicht in Rechtskraft erwachsen. Festzuhalten ist auch, dass die am 8. September 2003 im Dreieck Lindstrasse/Theaterstrasse/Kreuzstrasse festgesetzte dreigeschossige Wohnzone mit Gewerbebeileichter (W3G) von der Baurekurskommission IV bestätigt worden ist; dieser Entscheid ist rechtskräftig. Sodann ist beim so genannten Fehlmannareal die vom Grossen Gemeinderat am 22. März 2004 festgesetzte dreigeschossige Quartierhaltungszonung nicht angefochten worden und zudem ist die Baubewilligung für die «Stadtvielen» auf dem Fehlmannareal inzwischen in Rechtskraft erwachsen.

Rekurse gegen die baurechtlichen Entscheide der Baubehörden wurden, wie bereits in den Jahren zuvor, auch im Jahre 2004 nur zu einem geringen Teil gutgeheissen. Ein grosser Teil der Rekurse konnte wiederum formell, mittels Einigung der Parteien bzw. Rekursrückzug, erledigt werden. Nach wie vor wird auch seitens der Behörde viel Wert auf einvernehmliche Lösungen gelegt, was bei den Bauherrschaften auf positives Echo stösst.

Grundsatzentscheide wurden unter anderem im Zusammenhang mit Bauvorhaben in Kernzonen gefällt; so

bestätigte das Verwaltungsgericht den von der Baubehörde verlangten Einbau von Holzfenstern in Kernzonen. Ein Koordinationsbedarf im Bereich des Umweltschutzrechts wurde von Verwaltungsgericht und Baurekurskommission bei der Beurteilung von (lärm-) immissions-trächtigen Bauvorhaben, so namentlich bei Gastwirtschaftsbetrieben, durch die Verwaltungspolizei einerseits und die Baubehörde andererseits festgestellt; die erforderlichen Koordinationsmassnahmen wurden auf Ebene Baupolizeiamt – Verwaltungspolizei bereits eingeleitet. Die Rechtsmittelinstanzen haben die von verschiedenen Parteien angefochtenen Festsetzungen im Quartierplanverfahren Maierried grundsätzlich bestätigt. Insbesondere hat die Baurekurskommission die Entschädigungspflicht für alle Flurwege im Quartierplangebiet verneint. Der Grundsatzentscheid des Verwaltungsgerichtes betreffend die Entschädigung der Flurwege ist zurzeit noch ausstehend. Einige Quartierplanverfahren konnten auch durch Rückzug bzw. Gegenstandslosigkeit abgeschlossen werden.

Ende 2004 waren insgesamt folgende Verfahren pendent:

- 5 Rekursverfahren beim Regierungsrat
- 38 Rekursverfahren bei der Baurekurskommission IV
- 0 Verfahren bei der Schätzungskommission IV
- 1 Verfahren bei der Baudirektion
- 0 Verfahren bei der Volkswirtschaftsdirektion
- 6 Beschwerdeverfahren beim Verwaltungsgericht
- 1 Verfahren beim Bundesgericht
- 0 Rekursverfahren beim Bezirksrat
- 1 Verfahren beim Bundesrat
- 1 Strafverfahren beim Statthalteramt
- 34 Strafverfahren beim Baupolizeiamt

Bemerkungen zu den Strafverfahren

Die Erledigungsquote der Strafverfahren blieb im Vergleich zum Vorjahr zwar praktisch gleich. Der nach wie vor bestehende Bedarf an konsequenter Durchsetzung der baurechtlichen – und in diesem Zusammenhang vor allem der formellrechtlichen – Vorschriften führte zu einem erneuten Anstieg der zur Anzeige gebrachten Verstösse und damit der hängigen Strafverfahren. Obwohl aufgrund der mangelnden personellen Ressourcen bereits erhebliche Optimierungen beim Untersuchungsverfahren eingeführt wurden, werden zusätzliche – im Rahmen der rechtlichen Vorgaben noch vertretbare – Vereinfachungen geprüft.

Weitere Geschäfte

Das Führen und die Begleitung von Vertragsverhandlungen und anderen Projekten aus den Bereichen Stadtplanung, Tiefbau, Hochbau/Denkmalpflege ist aufgrund der Finanzsituation der Stadt immer mehr geprägt durch finanzielle Überlegungen. Entsprechend enger wird der Verhandlungsspielraum und entsprechend aufwändiger die Verhandlungsführung. Im Weiteren führt der Rechtsdienst des Baupolizeiambtes vereinzelt auch Verfahren für andere Departemente (zum Beispiel: Departement Finanzen/Liegenschaftenverwaltung oder Departement Soziales/Asylkoordination).

Reklamen

2004 wurden 20 (Vorjahr 37) Reklamebewilligungen mit Entscheid des Bauausschusses und 92 (Vorjahr 73) Reklamebewilligungen mit Verfügung des Bausekretärs erledigt, davon wurden je 7 teilweise bzw. befristet bewilligt. Reklamegesuche mussten keine verweigert werden (Vorjahr 4). Es wurden wiederum keine Wiedererwägungsgesuche gestellt (Vorjahr 0). 7 Reklamegesuche wurden

zurückgezogen. Mehr als 20 Bauherrschaften wurden aufgefordert, für ohne Bewilligung erstellte Reklameanlagen Gesuche einzureichen.

Mutationen

Mit 44 (Vorjahr 57) Mutationsbewilligungen mit Verfügung des Bausekretärs und 34 (Vorjahr 45) Mutationsbewilligungen im Audienzverfahren (Stempel) war die Zahl der zu bearbeitenden Mutationsgesuche gegenüber dem Vorjahr etwas rückläufig.

Seit drei Jahren werden diese Beschlüsse auch direkt bei der Fachstelle Reklamen/Mutationen im CS2-System fakturiert, in gegenseitiger Vertretung mit der Sachbearbeitung/Sekretariat des Bauinspektorates, wo die Fakturierung für alle übrigen Baubewilligungsbeschlüsse, die Benützung des öffentlichen Grundes sowie Quartierplanverfahren vorgenommen wird. Zusammen ergeben sich fast 1800 Fakturierungen pro Jahr (Vorjahr etwa 1700).

Feuerpolizei

Brandschutz

Projektbegutachtungen, Bewilligungen und Abnahmen:

	2003	2004
– Begutachtungen von Baugesuchen	450	584
– Bewilligungen von Feuerungsanlagen, Lager mit brennbaren Flüssigkeiten/Gasen, Dekorationen, Feuerwerk usw.	635	645
– Kontrollen von Fall zu Fall	91	92

Periodische Gebäudekontrollen:

Feuerpol. Kontrollturnus	Gebäudebestand 2004	Anzahl Kontrollen	
		2003	2004
2 Jahre	101	38	31
4 Jahre	529	87	40
6 Jahre	1 581	142	95
8 Jahre	183	9	7
Bauten mit Eigenkontrollpflicht	15 987	151	226

(Feuerpol. Kontrollen im Vergleich zum Jahressoll: 2004 40 %, Vorjahr 59 %)

Zusätzlich zur vorstehenden Bewilligungs- und Kontrolltätigkeit in Winterthur erfolgten in der Gemeinde Neftenbach aufgrund eines Anschlussvertrages:

- 4 Prüfungen von Baugesuchen
- 11 Bewilligungen von Feuerungsanlagen
- 7 feuerpolizeiliche Kontrollen und Abnahmen

Der Anschlussvertrag wurde per 31.12.2004 aufgelöst.

Aufgrund der Beanspruchung durch die rege Bau- und Projektierungstätigkeiten und auch infolge von Personalwechsel und -abbau, mussten die periodischen Gebäudekontrollen etwas zurückgestellt werden. Die Durchführung von Kontrollen erfolgte nach Massgabe der vorhandenen Brandrisiken.

Auf den 1. Juli 2004 wurde gemäss einem Vertragsabschluss zwischen der Gebäudeversicherung / Kantonale Feuerpolizei und der Stadt Winterthur die periodische feuerpolizeiliche Gebäudekontrolle im nördlichen Kantonsteil an die Feuerpolizei Winterthur übertragen. Es handelt sich dabei um eine Inspektionstätigkeit, die sich ausschliesslich auf grössere, komplexere Bauten mit hohen Brandrisiken bezieht (öffentliche Bauten, Versammlungsstätten, Verkauf, Heime, störfallunterworfenen Betriebe, Hochhäuser, usw.). Der Aufwand für diese Aufgabe erfordert eine volle Stelle und wird durch die Gebäudeversicherung vollumfänglich entschädigt.

Feuerungskontrolle

Routinekontrollen im 2-jährigen Turnus:

(Messungen der Abgasgrenzwerte nach Luftreinhalteverordnung)

	2003	2004
– Anlagebestand / messpflichtig	10849	10 876
– davon Low-Nox Anlagen in %	59,5	63,5
– Kontrollierte Anlagen	4495	4 495
– Beanstandungen %	4,0	4,3
– Aufforderungen zur Sanierung von Feuerungsanlagen infolge Überschreitung des Abgasverlustgrenzwertes	39	37

Abnahme von neuen und sanierten Anlagen:

(Kontrolle nach Luftreinhalte-, Energienutzungs- und Brandschutzvorschriften)

	2003	2004
Anzahl Abnahmen	488	628
Beanstandungen %	27	30

Zusätzlich zur vorstehenden Kontrolltätigkeit in Winterthur erfolgten in den Gemeinden Seuzach, Pfungen und Neftenbach aufgrund von Anschlussverträgen 92 Abnahmen von neu installierten Feuerungsanlagen.

Auf den 1. Januar 2004 ist die Feuerungskontrolle im Kanton Zürich harmonisiert worden. Es sind zwei Vollzugsmodelle möglich: Nach Modell 1 «teilliberalisiert» werden die amtlichen Abgasmessungen durch die Feuerungskontrollstellen der Gemeinden und Städte ausgeführt. Nach Modell 2 «liberalisiert» können die amtlichen Abgasmessungen durch die mandatierten Fachfirmen ausgeführt werden. Die in Winterthur seit 1997 teilprivatisierte Feuerungskontrolle diente dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) als Grundlage für das Modell 2. Im vergangenen Jahr haben sich 103 Gemeinden zur Übernahme dieses Modells entschlossen.

Zur Umsetzung der harmonisierten Feuerungskontrolle nach Modell 2 können die Fachfirmen mit dem AWEL Zusammenarbeitsverträge abschliessen, die für das ganze Kantonsgebiet Gültigkeit haben (Stand 11. November 2004, gemäss öffentlich einsehbarer Liste im Internet: 166 Servicefirmen). Auf die bisher durch die Stadt Winterthur geführte Firmenliste kann verzichtet werden. Mit den neuen Zusammenarbeitsverträgen des AWEL werden auch die Gebühren (Administrationsgebühren) zur Deckung des Aufwandes der Rapport-Zentrale, der Städte und der Gemeinden über das ganze Kantonsgebiet einheitlich festgelegt.

Auf den 1. Januar 2005 hat der Bundesrat Änderungen in der Luftreinhalteverordnung (LRV) in Kraft gesetzt. Im Feuerungsbereich werden die Abgasgrenzwerte für Altanlagen (Jahre 1992 und älter) verschärft und den Neuanlagen gleich gesetzt. In der Stadt Winterthur werden damit nochmals eine grosse Anzahl von Feuerungsanlagen sanierungspflichtig. Nach den Weisungen des AWEL muss der Massnahmeplan Feuerungen für den Kanton Zürich angepasst werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sind von der Feuerungskontrolle keine weitergehenden Massnahmen zu treffen.

Aufzugskontrolle

Für das Berichtsjahr 2004 wurden nachfolgende Anzahl Bewilligungen, Abnahmen und periodische Kontrollen ausgeführt:

Bewilligungen und Abnahmen von Neuanlagen

	2002	2003	2004
– auf Stadtgebiet Winterthur			
Bewilligungen	90	186	96
Abnahmen	72	55	194
– in 60 Gemeinden (gemäss Vertrag)			
Bewilligungen	166	182	146
Abnahmen	69	49	96

Periodische Kontrollen von Altanlagen

	2002	2003	2004
– auf Stadtgebiet Winterthur			
Kontrollen	246	74	64
– in 60 Gemeinden (gemäss Vertrag)			
Kontrollen	103	3	2

zu betreuende Beförderungsanlagen

	2002	2003	2004
– auf Stadtgebiet Winterthur			
Anlagenbestand	° 3022	* 3063	2988
– in 60 Gemeinden (gemäss Vertrag)			
Anlagenbestand	° 3238	* 3364	3460

* Die EDV-mässige Erfassung aller Anlagen ist abgeschlossen. Es sind nur noch kleinere Korrekturen im Anlagenbestand zu erwarten durch nicht erfasste (vor allem Bund, Staat, SBB) oder längst abgebrochene/ersetzte Anlagen.

° provisorischer Bestand. Es wurden nur die EDV-mässig erfassten Anlagen gezählt.

Die Hauptarbeiten wurden konsequent auf die beiden Mitarbeiter aufgeteilt. Trotz straffer Arbeitszuteilung und dem gezielten Einsatz der zur Verfügung stehenden EDV-Mittel konnte der positive Rechnungsabschluss des Vorjahres nicht erreicht werden. Die zu bewilligenden Neuanlagen bewegten sich wieder im Rahmen früherer Jahre. Nebst eigentlichen Neuanlagen werden vermehrt Altanlagen mit Baujahr 1950 – 1979 ersetzt. Die Komplexität der Um- und Ersatzanlagen in städtischen Verhältnissen erfordert einen überdurchschnittlichen Zeitaufwand, sind doch die baurechtlichen Nebenbedingungen und Ausnahmen besonders sorgfältig abzuklären. Die periodische Kontrolle von Ältestanlagen musste einmal mehr zurückgestellt werden, da die Personalressourcen zur Abnahmekontrolle der Neu- und Umbauanlagen eingesetzt werden mussten. Ende 2004 waren 565 Anlagen (Vorjahr 605) in Montage oder zur Abnahme bereit; weitere 281 Anlagen (Vorjahr 199) in einem fortgeschrittenen Planungsstand. Die Eingaben erfolgen zunehmend in einem kürzeren Zeitraum vor Montagebeginn. Die Fertigstellung wird erfahrungsgemäss in den nächsten 1½ Jahren erfolgen.

Mitte 2004 hat der Stadtrat die Anschlussverträge gekündigt, dies entgegen dem Antrag des Baupolizeiamtes und der Aufzugskontrolle. Die Aktenübergabe an die Gemeinden erfolgt Anfang 2005, wobei begonnene Arbeiten noch fertig gestellt werden. Im Auftrag der Kantonalen Feuerpolizei werden die periodischen Kontrollen der Feuerwehraufzüge weitergeführt und deren Benutzung durch die Berufsfeuerwehr systematisch geschult. Die Instruktionen zur Personenrettung aus neuen oder in ungewöhnlicher Bauart erstellten Aufzugsanlagen werden mit der Berufsfeuerwehr beibehalten.

Neuanlagen sind konsequent nach der Aufzugsverordnung zu erstellen. Die zu beachtenden und durchzusetzenden EN-Normen stellen an Mitarbeitende wie auch an den Verfahrensablauf bis zur Betriebsfreigabe höhere Anforderungen. Die Aufzugskontrolle wird zur effizienteren und kostengünstigeren Abwicklung der anfallenden Arbeiten die Zertifizierung/Akkreditierung 2005 weiter vorantreiben und möglichst abschliessen.

Fachstelle Energie

Die Bewältigung der verschiedenen der Abteilung gestellten Aufgaben war nur durch die Bildung von Schwerpunkten möglich. Die zentralen Aufgabenbereiche konzentrierten sich vermehrt auf den Vollzug und die Kontrolle der gesetzlichen Anforderungen. Dies hatte zur Folge, dass im Bereich der Öffentlichkeits-, Informations- und Motivationsarbeit keine Projekte bearbeitet und keine Ziele mehr gesetzt werden konnten. Teilweise wurden die Arbeiten in diesem wichtigen Bereich einerseits durch die StWW im Rahmen der Jubiläumsveranstaltungen, andererseits durch die Umweltschutzfachstelle vorgenommen.

Tätigkeit als Vollzugs- und Kontrollorgan

Die energie- und lärmrelevanten gesetzlichen Auflagen wurden im Bauaufsichtverfahren durch die Fachstelle vollzogen. Die Einhaltung der Vorschriften wurde durch Auflagen in den Baubewilligungen und durch Kontrollen von Projektunterlagen sowie durch Baustellenbesuche gewährleistet. Zur Sicherstellung der Vorgaben der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) wurden die technischen Projektgrundlagen der Mobilfunkantennengesuche überprüft. Bei Antennenstandorten in der Nähe von Kindergärten und Schulhäusern wurde die jeweilige Messequipe begleitet und abschliessend die Messberichte kontrolliert.

Die Projektprüfungen vor Baubeginn blieben aufwändig, aufgrund der teilweise nur mässigen Akzeptanz der umweltrelevanten Vorschriften durch die Bauleute. Die Kontrollen auf den Baustellen blieben auf ein Minimum von einem Tag pro Monat reduziert. Das Resultat dieser Stichprobenkontrolle kann allenfalls als befriedigend bezeichnet werden, mussten doch oft Nachbesserungen verlangt werden. Beim Vollzug der energierelevanten Vorschriften im Rahmen der Heizkesselsanierungen war der Widerstand gegen die Auflagen immer noch gross, die Anzahl der beanstandeten Anlagen bildete sich leicht zurück. Die Überprüfung der Unterlagen der Mobilfunkantennengesuche gemäss der NIS-Verordnung erwies sich als langwierig. Die Gesuchsunterlagen waren teilweise unvollständig und enthielten auch Berechnungsfehler. Einige Gesuche mussten zur Nachrechnung und Neuprojektierung zurückgewiesen werden. Ab Mitte Jahr wurden keine neuen Gesuche über Mobilfunkanlagen mehr eingereicht.

Für Gebäude, welche ohne Beizug der privaten Kontrolle realisiert wurden, war jeweils die Energiefachstelle zur Überprüfung der Auflagen zuständig. Die entsprechenden Aufwendungen wurden als Ingenieurleistungen in Rechnung gestellt. Aus Kapazitätsgründen wurde die amtliche Kontrolle nur für kleinere Umbauten durchgeführt.

Die Projektprüfungen und Abnahmen der Lüftungsanlagen für Restaurants und Tiefgaragen konnte nur ungenügend bewältigt werden. Bei diesen Anlagen werden oft starke Abweichungen von den Normen gewünscht. Deshalb müssen die Projekte durch die Baubehörde geprüft und auf die fachtechnisch richtige Realisierung überwacht werden. Die Bewältigung dieser Aufgabe nahm zusätzliche Arbeitszeit in Anspruch. Die Baugesuche für die in der Restaurant-, Club- und Barszene spriessenden Kleinunternehmen konnten nicht alle so bearbeitet werden, wie es die Vollzugsabläufe und die technischen Anforderungen für Restaurantbetriebe verlangen. Da sich die Gastronomen und Gastronominnen nicht immer an die Vorgaben hielten, häuften sich Reklamationen von betroffenen Nachbarn meist wegen übermässigen Lärmemissionen.

Tätigkeit als Beratungsorgan

Die Dienstleistung in Form von Bauberatungen für Architekten und professionelle Bauherren im Fachbereich Energienutzung und Lärmschutz wurden stark genutzt. Fragen über den Vollzug der Auflagen bezüglich Mobilfunk wurden neu auch durch die Fachstelle bearbeitet. Weiterhin wurde die Energieberatung für Private in der Stadt Winterthur kostenlos angeboten. Sie wurden von ihnen wieder häufiger in Anspruch genommen. Es gab rund vier Beratungen pro Woche. Das neue Qualitätslabel Minergie® für Wohn- und Geschäftsbauten verlangte kompetente Auskünfte. Ziele im Bereich der Öffentlichkeits-, Informations- und Motivationsarbeit wurden keine mehr gesetzt, da nicht genügend personelle Kapazität zur Verfügung stand. Das kantonale Energiegesetz verlangt für Grossverbraucher mit mehr als 5 GWh/a Wärmeverbrauch oder 0,5 GWh/a Elektrizitätsbedarf eine Vereinbarung mit der kantonalen Baudirektion zur Senkung des Energiebedarfs um rund ein bis zwei Prozent pro Jahr. Grossverbraucher, welche keine Vereinbarung eingehen, werden nächstes Jahr aufgefordert, eine Energieanalyse zu erarbeiten und müssen dann verhältnismässige Massnahmen realisieren. Die Vorarbeiten für den Vollzug dieser Vorgabe wurden begonnen.

Vollzug Energieplan

Der kommunale Energieplan, welcher die raumrelevanten Voraussetzungen für eine hinreichende, ressourcenschonende Energieversorgung sicherstellen soll, wurde weiter umgesetzt. Probleme entstanden hauptsächlich im Fernwärmegebiet. Liegenschaftsbesitzer lehnten trotz technisch und wirtschaftlich gleichwertigen Bedingungen den Anschluss an das städtische Fernwärmenetz ab oder ersetzten teilweise ohne Bewilligungsverfahren Heizungsanlagen. Die Zusammenarbeit mit der Feuerpolizei, den Städtischen Werken und mit der Abteilung Energiecontracting funktionierte ausgezeichnet. Unter der Führung der Hauptabteilung Beratung und Verkauf konnten im Stadtteil Sennhof die Planungsarbeiten für den Wärmeverbund mit einer Energieholzzentrale weiter vorangetrieben werden.

Umsetzung des Energiekonzeptes 2000

Das Energiekonzept 2000 mit dem integrierten Aktivitätenprogramm diente als Grundlage für Massnahmen und Handlungen im effizienten Umgang mit den Energieresourcen. Weitere Schritte, meistens im Informations- und Vollzugsbereich, konnten vorbereitet und teilweise auch ansatzweise umgesetzt werden. Die möglichen Konsequenzen des eidgenössischen Energiegesetzes und des CO₂-Gesetzes wurden erst rudimentär untersucht.

Projektleitungen Lärmschutz

Die massgebende Frist für die Alarmwertsanierungen entlang der Hauptstrassen ist vom Bundesrat in diesem Jahr um 15 Jahre auf das Jahr 2018 verlängert worden. Der Schallschutzfenstereinbau wurde jedoch mit denselben Prioritäten weiter verfolgt. Der Einbau der Schallschutzfenster entlang der Tösstalstrasse ist abgeschlossen und kann mit dem kantonalen Tiefbauamt abgerechnet werden. An der Römer- und Frauenfelderstrasse sind nun 70 % der Liegenschaften saniert. Die Arbeiten für die Fenstersanierungen an der Schaffhauserstrasse sind zu 75 % realisiert. An der Wülflingerstrasse liegt der Baufortschritt bei 65 %. Die Erarbeitung der Grundlagen für die Fenstersanierungen an der General Guisan-Strasse und an Einzelobjekten im restlichen Stadtgebiet ist noch pendend. Die aktuellen Messdaten werden von der Abteilung

Verkehrsplanung zurzeit ausgewertet. Anschliessend kann der Schallschutzfenstereinbau am letzten Strassenabschnitt mit Alarmwertüberschreitung projektiert werden.

Projektleitung Asbestsanierung

Die Überwachung der Asbestsanierung von Gebäuden und die Kontrolle der Inspektionsbefunde über Spritzasbestvorkommen wurde im normalem Rahmen fortgesetzt. Die Pendenzen bei den Inspektionen wuchsen auf

über ein Jahr an, da die personelle Kapazität für andere Aufgaben prioritär eingesetzt werden musste. Gegen Ende des Jahres konnte der Rückstand geringfügig reduziert werden. In zwei nicht registrierten Gebäuden wurden bei den Sanierungsarbeiten grössere Spritzasbestvorkommen lokalisiert. Diese und zwei weitere Gebäude mit Spritzasbest wurden totalsaniert.

Die noch nicht sanierten Asbestvorkommen werden regelmässig inspiziert und falls nötig, mit Messungen kontrolliert.

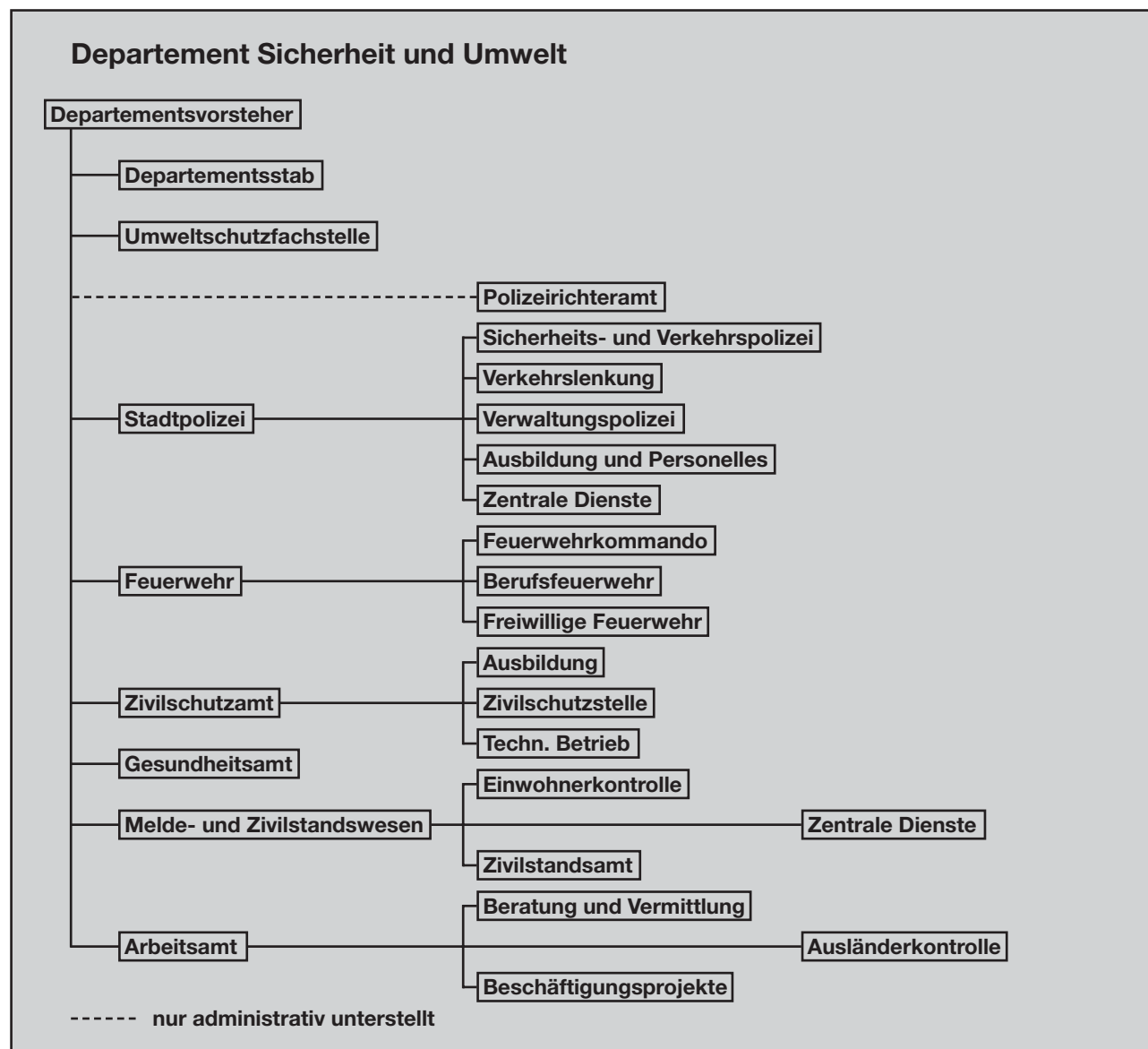
Departement Sicherheit und Umwelt

Das Departement Sicherheit und Umwelt setzt sich ein für eine sichere, umweltbewusste und lebenswerte Stadt. Besondere Tätigkeitsschwerpunkte bilden dabei die Prävention und die Unterstützung der Erwerbslosen. Diese Leitidee hat auch im vorliegenden Berichtsjahr den Orientierungsrahmen vorgegeben, innerhalb welchem die Ämter und Bereiche des Departements ihre breit gefächerten und anforderungsreichen Aufgaben wahrgenommen haben.

Für die Stadtpolizei stand das Jahr 2004 vor allem im Zeichen einer erheblichen Zusatzbelastung, bedingt durch etliche Demonstrationen, Häuserbesetzungen und publikumsintensive Sportanlässe. Im Vergleich zum Vorjahr mussten, vielfach auch an Wochenenden, mehr als doppelt so viele, teils sehr arbeitsintensive Ordnungsdienste geleistet werden, was den Mitarbeitenden einiges abverlangte. Dies umso mehr, als sich der übrige, ordentliche Arbeitsanfall auch in diesem Jahr auf sehr hohem Niveau bewegt hat. Einen grossen Einsatz verlangten erneut die Bekämpfung der Kriminalität und, in Zusammenarbeit mit

anderen Behörden, die Verhinderung einer offenen Drogenszene. Ein weiterer Schwerpunkt des vergangenen Jahres bildete der Abschluss der Totalrevision der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV), die der Stadtrat nach der Verabschiedung durch das Parlament auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt hat. Mit ihr liegt nun ein modernes, auf die heutigen Bedürfnisse abgestimmtes Regelwerk vor, welches mit der Möglichkeit zur Wegweisung und Fernhaltung und dem verbesserten Schutz bei häuslicher Gewalt auch wesentliche Neuerungen enthält. Schliesslich stand das Jahr 2004 auch im Zeichen des altershalber erfolgten Rücktritts von Polizeikommandant Major Hans Rudolf Eichenberger auf Ende Dezember.

In weiten Teilen des Übertretungsstrafrechts für Rechtssicherheit besorgt war das Polizeirichteramt, das sich auch in diesem Berichtsjahr durch eine faire und förderliche Prozessführung auszeichnete. Im Übrigen waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeirichteramtes vor allem damit beschäftigt, die internen Geschäftsabläufe im Zusammenhang mit dem neu eingeführten Datenver-



arbeitungssystem zu optimieren. Mitte März hat mit Heiner Graf ein neuer Polizeirichter I die Amtsleitung übernommen.

Bei der Feuerwehr lag die Gesamtzahl der Einsätze und Dienstleistungen im Mittel der letzten Jahre, wobei die Berufsfeuerwehr wiederum in einer Vielzahl von Fällen durch die Freiwillige Feuerwehr unterstützt wurde. Besonders aufwändig waren die Aufräums- und Bergungsarbeiten im Zusammenhang mit der Flankenkollision zweier Züge im Bahnhof Oberwinterthur, die zwar beträchtlichen Sachschaden verursachte, jedoch glücklicherweise nur zwei leicht Verletzte forderte. In personeller Hinsicht erfreulich war ferner, dass trotz erschwerten rechtlichen Rahmenbedingungen dank einer zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit eine grössere Anzahl neuer Mitglieder für die Freiwillige Feuerwehr rekrutiert werden konnte. Im präventiven Bereich bildeten erneut verschiedene Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zum Thema Brandverhütung einen wichtigen Tätigkeitsschwerpunkt. Ausserdem bot sich der Bevölkerung die Gelegenheit, anlässlich von mehreren Einsatzdemonstrationen der Freiwilligen Feuerwehr Einblick in die Arbeit und das Einsatzspektrum einer modernen Feuerwehr zu erhalten.

Für den Zivilschutz war auch das vorliegende Berichtsjahr massgeblich durch die aufwändigen, organisatorischen Vorkehrungen im Zusammenhang mit der laufenden Zivilschutzreform gekennzeichnet. Einen wichtigen Aspekt bildete dabei insbesondere die Zusammenarbeit mit verschiedenen Nachbargemeinden. Nachdem die Integration der Zivilschutzorganisation der Gemeinde Seuzach in jene der Stadt erfolgreich abgeschlossen war, bekundeten bald darauf auch Wiesendangen und Bertschikon ihr Interesse an entsprechenden Zusammenarbeitsvereinbarungen. Unter dem Vorbehalt der kantonalen Genehmigung werden sich daher mit Wirkung ab Anfang 2005 auch diese beiden Gemeinden der Zivilschutzorganisation Winterthur anschliessen und mit dazu beitragen, deren Kosten zu senken. Im Gegensatz zu den Vorjahren hatte das Zivilschutz-Rettungsdetachement im Jahr 2004 glücklicherweise keine Ernstfälle zu bewältigen. Dafür leistete es im Rahmen der Schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerfortbildungskurse «swch04», die im Juli in Winterthur stattfanden, dringend benötigte Hilfe bei der Verpflegung der Kursteilnehmenden und beim Aufbau der Infrastruktur. Mitgliedern des Stadtrates und dem Stadtführungsstab bot sich Gelegenheit, im Rahmen der anspruchsvollen Übung «TERRA» das Szenario eines Flugzeugabsturzes in Oberwinterthur zu bewältigen.

Das Gesundheitsamt ist ein regionales Kompetenzzentrum für Lebensmittelkontrolle, Lufthygiene, Arbeits- und Gesundheitsschutz und steht im Dienst der Bevölkerung von Stadt und Region. Mit seiner institutionalisierten Lebensmittelkontrolle in der Stadt und den angeschlossenen Partnergemeinden hat es einen wichtigen Beitrag zu einem sicheren hygienischen Umgang mit Lebensmitteln geleistet, während das Gewerbeinspektorat in den industriellen Betrieben mittels Kontrollen für die Einhaltung der Standards hinsichtlich Arbeitssicherheit besorgt war. Der Rettungsdienst der Region Winterthur gewährleistete eine qualitativ hochwertige, krankentransportdienstliche Versorgung in der ganzen Region. Er leistete, wo nötig, mit notärztlicher Betreuung, im Verlauf des Jahres rund 5800 Einsätze, wovon über 3300 Notfall-Einsätze waren. Im Bereich des Immissionsschutzes setzte das Gesundheitsamt erneut verschiedene zielgruppenorientierte Kommunikationsmassnahmen im Dienst der Lufthygiene um.

Die Umweltschutzfachstelle hatte im Berichtsjahr eine hohe und thematisch vielfältige Geschäftslast zu bewältigen. Sie umfasste einerseits die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die Gründung der Fluglärmorganisation Region Ost sowie die Führung der Geschäftsstelle dieser Interessengemeinschaft, zu welcher sich 70 Gemeinden

im Osten des Flughafens in den Kantonen Zürich, Thurgau und St.Gallen zusammengeschlossen haben. Andererseits wurde ein neuer Internetauftritt gestaltet und das nationale Pilotprojekt KMU-Programm Energie-Effizienz konzipiert und gestartet. Hinzu kamen die Eco-Drive®-Kurse für ein umweltschonendes Autofahren und die Durchführung der Situationsanalyse zur lokalen nachhaltigen Entwicklung in Winterthur. Mit Blick in die Zukunft von Bedeutung war zudem, dass der Stadtrat die Strategie 2004–2006 der städtischen Organisation Umwelt und Energie genehmigt hat. Durch die departementsübergreifende Koordination in den drei dazugehörigen Gremien wurden die städtischen Umweltaktivitäten weiter gefördert. Umweltverträglichkeitsprüfungen wurden für die Wohnüberbauungen «Haldengutareal» und «Am Schlossberg» durchgeführt; mit der Prüfung begonnen wurde für die Neugestaltung des «Arch-Areals».

Für das Melde- und Zivilstandswesen war das Berichtsjahr vor allem durch organisatorische Belange geprägt. Auf den Jahresbeginn wurde das Bestattungswesen ausgegliedert und neu in die Friedhofsverwaltung integriert. Diese Neuorganisation bringt gegenüber der bisherigen Ordnung eine wesentliche Vereinfachung mit sich, indem den Angehörigen bei einem Todesfall nunmehr eine einzige Anlaufstelle für sämtliche Modalitäten zur Verfügung steht. Die landesweite Einführung des elektronischen Zivilstandsregisters schreitet planmässig voran; die konventionellen Einzelregister sind per Ende November geschlossen worden. Ein besonderes Ereignis stellte schliesslich der Moment dar, als Stadtpräsident Ernst Wohlwend Anfang August die 95-tausendste Einwohnerin in der Stadt Winterthur begrüßen durfte. Bis zum Jahresende ist die Bevölkerung weiter angestiegen und hat einen neuen Höchststand erreicht.

Der Geschäftsgang des Arbeitsamtes wurde massgebend durch die Tatsache geprägt, dass der konjunkturelle Aufschwung entgegen allen optimistischen Prognosen auch im Jahr 2004 weiterhin auf sich warten liess. Das Wirtschaftswachstum war erneut zu tief, um auf dem Arbeitsmarkt zugunsten der Beschäftigungslosen eine signifikante Verbesserung zu bewirken. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag sogar gesamtschweizerisch etwas höher als im Vorjahr; Winterthur war im Städtevergleich wiederum überdurchschnittlich davon betroffen. Mit Inkrafttreten der zweiten Phase der Freizügigkeitsregelung fielen im Verhältnis zu EU/EFTA-Bürgerinnen und -Bürgern der Inländervorrang und die Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen weg; der Gefahr von Lohn- und Sozialdumping soll mit flankierenden Massnahmen vorgebeugt werden. In diesem insgesamt schwierigen Umfeld hat der Einsatz zugunsten der Erwerbslosen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Arbeitsamtes erneut sehr stark gefordert. Dazu trug auch bei, dass die Öffnung für ausländische Arbeitskräfte in einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes zu Konkurrenzsituationen führte, welche die Stellensuche einheimischer Arbeitsloser und damit auch die Vermittlungstätigkeit des RAV merklich erschwerte. Um der nach wie vor hohen Sockelarbeitslosigkeit wirksamer begegnen zu können, stellten Bund und Kanton finanzielle Mittel zum Ausbau der Arbeitsprojekte und Überbrückungsangebote der KAP zur Verfügung, zumal sich diese erneut als wichtige Instrumente zur Verbesserung der Vermittlungschancen Beschäftigungsloser erwiesen haben. Für die erfolgreiche, dauerhafte Integration von Stellen suchenden Personen in den Arbeitsprozess war auch im abgelaufenen Jahr die Kontaktpflege mit den Sozialpartnern von grosser Bedeutung.

Ein besonderer Stellenwert wurde im Jahr 2004 erneut auch der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beigemessen. Abgesehen von den fachspezifischen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in den ein-

zeln Ämtern und Bereichen stand im vergangenen Jahr aus aktuellem Anlass vor allem das Schulungsthema WOV im Vordergrund, mit welchem sich das Kader des Departements im Verlauf des Jahres wiederholt befasste. Daneben konnte dank zahlreichen Anmeldungen erneut der Management-Lehrgang für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Departemente durchgeführt werden, welcher sich in den vergangenen Jahren als Weiterbildungs-massnahme bestens bewährt hat.

In personeller Hinsicht ergaben sich auch in diesem Jahr teils tief greifende Veränderungen im obersten Kader: Allen voran ist, wie an anderer Stelle bereits erwähnt, der altersbedingte Rücktritt von Hans Rudolf Eichenberger als Kommandant der Stadtpolizei auf Ende Jahr zu erwähnen. Als sein Nachfolger hat der Stadtrat per 1. Januar 2005 Fritz Lehmann gewählt. Im Verlauf des Jahres wurden auch weitere vakante Stellen in der Korpsleitung der Stadtpolizei wieder besetzt: So wurde Peter Vollmer mit Wirkung ab 1. Mai Leiter der Hauptabteilung Ausbildung und Personelles, Hansueli Bähler wurde per 1. September zum Hauptabteilungsleiter Zentrale Dienste ernannt. Eine weitere Mutation betraf das Polizeirichteramt: Am 16. März hat mit Heiner Graf der neue Polizeirichter I sein Amt als Bereichsleiter angetreten. Schliesslich sei auch an dieser Stelle sämtlichen ausgeschiedenen Mitarbeitenden herzlich für ihre Verdienste um die Stadt Winterthur gedankt.

Umweltschutzfachstelle

Das Berichtsjahr war für die Umweltschutzfachstelle von einer hohen Geschäftslast gekennzeichnet: Gründung der Fluglärmorganisation Region Ost und Führung der Geschäftsstelle dieser Interessengemeinschaft von 70 Gemeinden im Osten des Flughafens in den Kantonen Zürich, Thurgau und St.Gallen, neuer Internetauftritt, Konzeption und Start des nationalen Pilotprojekts KMU-Programm Energie-Effizienz, neue Eco-Drive®-Kurse in Winterthur sowie Durchführung der Situationsanalyse zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur waren wichtige Ereignisse und Projekte. Die Strategie 2004 – 2006 der städtischen Organisation Umwelt und Energie wurde durch den Stadtrat genehmigt. Durch die departements-übergreifende Koordination in den drei dazugehörigen Gremien wurden die städtischen Umweltaktivitäten weiter gezielt vorangetrieben. Im Berichtsjahr erfolgten Umweltverträglichkeitsprüfungen für die Wohnüberbauungen «Haldengutareal» und «Am Schlossberg»; ausserdem wurde mit der Prüfung der Neugestaltung des «Arch-Areals» begonnen.

Koordination Umweltaktivitäten

Die Absprache und der Erfahrungsaustausch der städtischen Umweltaktivitäten erfolgen in der Organisation Umwelt und Energie. Darin sind zehn städtische Stellen aus drei Departementen vertreten: Umweltschutzfachstelle, Gesundheitsamt (Dept. Sicherheit und Umwelt), Stadtplanung, Baupolizeiamt, Tiefbau, Energieberatung, Haustechnik (Dept. Bau) sowie die Städtischen Werke, Naturschutz und Forstbetrieb (Dept. Technische Betriebe).

Der Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt leitet die drei Gremien dieser Organisation und die Umweltschutzfachstelle amtiert als deren Geschäftsstelle.

Die «Kommission Umwelt und Energie» konzentriert sich neu auf strategische Fragen und behandelte in ihren zwei Sitzungen folgende Themen:

- Strategie und Massnahmen 2004 – 2006 der Organisation Umwelt und Energie
- Fluglärmorganisation Region Ost
- Regionales Gesamtverkehrskonzept

Die Strategie 2004 – 2006 der Organisation Umwelt und Energie genehmigte der Stadtrat im März 2004.

Die *Fachgruppe Umwelt* traf sich achtmal zu u.a. folgenden Themen:

- Umweltverträglichkeitsprüfungen
- Sanierungsarbeiten Deponie Riet
- Ersatz der Ofenlinie 1 der Kehrrechtverbrennungsanlage
- Regionales Gesamtverkehrskonzept
- Kompetenzzentrum Sauberkeit
- Überführung des Altlastenverdachtsflächenkatasters in den Kataster der belasteten Standorte
- Naturschutz-Vernetzungsprojekt Iberg
- Vollzug Baurichtlinie Luft und Baulärm-Richtlinie

In sechs Sitzungen befasste sich die *Fachgruppe Energie* eingehender mit folgenden Themen:

- Umsetzung Energiekonzept 2000 – 2020
- Internes Audit Label Energiestadt
- Fernwärme aus der Kehrrechtverbrennungsanlage
- Zielvereinbarungen für Energie-Grossverbraucher
- Programm Energieoptimierung öffentliche Gebäude
- Beschaffung von Erdgasautos
- KMU-Programm Energie-Effizienz
- Holzschnitzanlage Sennhof

Nachfolgend wird über die Aktivitäten der Umweltschutzfachstelle berichtet. In den Berichten der anderen Mitglieder der Organisation Umwelt und Energie finden sich weitere umweltrelevante Ausführungen.

Lokale Nachhaltige Entwicklung

Die Stadtverwaltung verfolgt eine Vielzahl Projekte und Massnahmen, die zur Nachhaltigen Entwicklung der Stadt und Region Winterthur beitragen. Ein Überblick über diese Aktivitäten, eine stärkere Vernetzung der Akteure sowie eine systematische Erfolgskontrolle fehlte bis jetzt jedoch. Daher wird dazu unter Federführung der Umweltschutzfachstelle eine Situationsanalyse von Juli 2004 bis März 2005 durchgeführt. An zwei halbtägigen Workshops mit Vertretern aus allen Departementen sowie an drei Sitzungen der kleineren Begleitgruppe wurde konstruktiv und engagiert daran gearbeitet. Als Ergebnisse liegen vor:

- Bestandesaufnahme der wichtigsten Projekte und Massnahmen zu den grössten zukünftigen Herausforderungen für Winterthur.
- Stand und Empfehlungen zur Umsetzung der stadträtlichen Nachhaltigkeits-Strategie.
- Empfehlungen für Ziele und Massnahmen zu den prioritären Handlungsfeldern «Gesellschaftliche Solidarität und Finanzen», «Bildungsstadt» sowie «Grenzen des Wachstums» (Siedlung und Umwelt).

Diese Ergebnisse werden dem Stadtrat vorgestellt, der über das weitere Vorgehen entscheiden wird.

Ergänzend zur Situationsanalyse wurden erstmals – gemäss den Definitionen aus dem Projekt «Kernindikatoren für die Nachhaltigkeit von Städten und Kantonen» – die Werte der Indikatoren für die Jahre 1990, 1995, 2000, 2001, 2002 und 2003 für Winterthur erhoben. Diese Zeitreihen geben Hinweise, in welchen Bereichen sich Winterthur gemäss den Zielen der lokalen Nachhaltigen Entwicklung entwickelt. Als Monitoring-Instrument sollen

die Indikatoren dem Stadtrat Hinweise auf Handlungsbedarf für eine nachhaltige Stadtentwicklung geben.

Die Umweltschutzfachstelle beteiligte sich weiterhin am zweijährigen Projekt «Cercle Indicateurs», das im Herbst 2003 unter der Federführung des Bundesamtes für Raumentwicklung startete. Ziel des Projekts ist ein verbessertes, konsensfähiges gesamtschweizerisches Set an Kernindikatoren für Kantone und Städte. Mittlerweile beteiligen sich zwölf Städte, acht Kantone und vier Bundesämter am «Cercle Indicateurs».

Nachhaltigkeits-Beurteilungsinstrumente ermöglichen die Begutachtung von Konzepten, Programmen und Projekten anhand von Kriterien aus allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Von den drei Pilotinstrumenten, die im Jahr 2003 für die Praxis der Stadtverwaltung erarbeitet worden waren, wurde eines für das Stadtmarketing zur Beurteilung von Firmenansiedlungen weiterentwickelt. Bevor diese Instrumente jedoch in der Verwaltung breit eingeführt werden können, sind weitere Tests und Verbesserungen nötig.

Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

Im Juni 2004 erteilte der Stadtrat die Baubewilligung für das überarbeitete Projekt der Migros-Ostschweiz betreffend den geplanten Bauachmarkt in Winterthur-Grüze. Für das überarbeitete Projekt mit einer Verkaufsfläche von 19 000 m² (Neubau) wurden 190 Kundenparkplätze bewilligt; zusammen mit den 70 Parkplätzen für den bestehenden M-Parc Grüze (7000 m² Verkaufsfläche) stehen insgesamt 260 Kundschaftsparkplätze zur Verfügung. Zusätzlich können bei einer Überlastung der Seenerstrasse während des Abendverkaufs und am Wochenende die nicht belegten Personalparkplätze (47 Parkplätze) genutzt werden. Die Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr wird durch die im Dezember 2004 in Betrieb genommene neue Buslinie 14 sowie die geplante Inbetriebnahme der S-Bahn-Station Hegi auf den Fahrplanwechsel 2006 verbessert. Der VCS hat entschieden, keinen Rekurs gegen die Baubewilligung für das überarbeitete Projekt einzulegen. Die Bauarbeiten für den Bauachmarkt haben im Spätherbst 2004 begonnen.

Im Berichtsjahr wurden auf Stadtgebiet zwei UVP-pflichtige Vorhaben beurteilt: Eine Wohn- und Gewerbeüberbauung auf dem nördlichen Teil des Haldengutareals im Stadtzentrum und die Wohnüberbauung «Am Schlossberg» mit rund 320 Wohnungen in Wülflingen. Beide Vorhaben unterlagen aufgrund der mehr als 300 Parkplätze der Pflicht zur Durchführung einer UVP. Im Vordergrund standen jeweils die zusätzlichen Schadstoff- und Lärmbelastungen durch den motorisierten Verkehr. Unter Berücksichtigung der in den eingereichten Unterlagen genannten Umweltschutzmassnahmen sowie der zusätzlichen Auflagen und Bedingungen der Fachstellen kann die Umweltverträglichkeit gemäss geltender Umweltschutzgesetzgebung für beide Vorhaben sichergestellt werden.

Für die geplante Umnutzung und Überbauung auf dem Arch-Areal mit Wohnungen, Büro- und Verkaufsflächen wurde eine Voruntersuchung eingereicht. Gestützt auf diese Voruntersuchung und die Stellungnahmen der ins Mitberichtsverfahren einbezogenen Fachstellen ist eine Hauptuntersuchung durchzuführen und ein Umweltverträglichkeitsbericht zu erarbeiten.

Energiestadt und Klimaschutz

Die energiepolitischen Ziele des Stadtrats sind im «Energiekonzept 2000–2020» und die dazugehörigen Massnahmen im Aktivitätenprogramm festgelegt. Es ent-



Wirtschaft:

- Zielvereinbarungen für Energie-Grossverbraucher unterstützen (Umweltschutzfachstelle)
- KMU-Programm Energie-Effizienz (Umweltschutzfachstelle)

Private Haushalte:

- Ökostrom (Städtische Werke Winterthur)

Verkehr:

- Eco-Drive: GentleDriver-Kurse (Umweltschutzfachstelle)
- Imageförderung Busfahren (Stadtbus Winterthur)
- Aktionstag «In die Stadt ohne mein Auto» (Umweltschutzfachstelle)

Öffentliche Hand:

- Stadt prüft Energie-Zielvereinbarung (Umweltschutzfachstelle)
- Energiesparwochen in Schulen (Städtische Werke Winterthur)

Öffentlichkeitsarbeit der Energiestadt Winterthur im Jahre 2004 (Verantwortliche Stelle)

hält nebst Vollzugsaufgaben eine Reihe von Massnahmen für eine zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit. Die dazu im Berichtsjahr durchgeführten Projekte sind in Abbildung 1 aufgelistet.

Die Stadt Winterthur ist seit 1999 mit dem Label Energiestadt ausgezeichnet und will nach dem ersten Re-Audit 2002 auch das zweite im Jahr 2006 erfolgreich bestehen. Für eine Standortbestimmung wurde anhand des neuen europäischen Katalogs ein internes Audit durchgeführt. Dessen Ergebnisse zeigen, dass in den letzten zwei Jahren wesentliche Verbesserungen erzielt worden sind. Grösste Schwachstelle ist derzeit noch der Bereich der öffentlichen Bauten. Um die in Reichweite liegende Punktzahl für den European Energy Award in Gold zu erzielen, sind insbesondere hier noch zusätzliche Anstrengungen nötig.

Als wesentlicher Schritt in diese Richtung genehmigte der Stadtrat im April 2004 das «Programm Energieoptimierung öffentliche Bauten» mit den Elementen Energiebuchhaltung, betriebliche Energieoptimierungen, einfache bauliche Energieoptimierungen sowie Minergie®-Standard bei Sanierungen und Neubauten (sofern technisch machbar und wirtschaftlich tragbar).

Gemeinsam mit der Handelskammer Winterthur (HAW), der EnergieAgentur der Wirtschaft (EnAW) sowie dem Kanton Zürich führte die Umweltschutzfachstelle am 29. März 2004 eine Informationsveranstaltung für Energie-Grossverbraucher durch. Vertretern von fünfzehn Firmen und fünf städtischen Betrieben wurden die gesetzlichen Grundlagen der geltenden Energiegesetze und des CO₂-Gesetzes erläutert. Zum Abschluss wurden sie zu einer freiwilligen CO₂- oder Energieeffizienz-Zielvereinbarung eingeladen.

Nach erfolgreicher Konzeption, Partner- und Sponsorensuche startete mit dem Winterthurer KMU-Verband

(GVW) im Juli 2004 das KMU-Programm Energie-Effizienz. Es soll KMU-Betriebe den Einstieg in die Steigerung ihrer Ressourcen-Effizienz ermöglichen und damit – nebst einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz – dank Kosteneinsparungen und Innovationen deren Wettbewerbsfähigkeit steigern. Als nationales Pilotprojekt wird das Programm vom Bundesamt für Energie sowie von der ZKB finanziell unterstützt. Zur Teilnahme meldeten sich 18 Betriebe aus Winterthur und der Region. Mit einer Kurzanalyse werden Einsparpotenziale erhoben und erste Massnahmen vorgeschlagen. Die Betriebe werden eingeladen, sich in einer Selbstverpflichtung freiwillig Einsparziele bis 2008 zu setzen und entsprechende Massnahmen umzusetzen. Sie profitieren dabei von begleitender Öffentlichkeitsarbeit. (Weitere Informationen: www.umwelt-winterthur.ch/kmu).

Zum europäischen Tag «In die Stadt – ohne mein Auto» wurde am 22. September 2004 die Aktion «Zur Arbeit – ohne mein Auto» durchgeführt. Ziel der Aktion war es, die Autofahrerinnen und Autofahrer zu ermuntern, ihr Auto zu Hause zu lassen und auf öffentliche Verkehrsmittel oder das Velo umzusteigen oder zu Fuss zu gehen. Mittels einer elektronischen Deklaration auf dem Internetportal der Stadt oder schriftlich durch aufgelegte Flyers gaben über 600 Personen ihre Teilnahme bekannt. An den Bahnhöfen wurden den Benutzerinnen und Benutzern des öffentlichen Verkehrs am Morgen zum Dank für ihr umweltfreundliches Mobilitätsverhalten ein Apfel überreicht. Auch andere Schweizer Städte beteiligten sich an diesem Aktionstag, der vom Programm EnergieSchweiz des Bundesamtes für Energie unterstützt wurde. Gewinnerin des ersten Preis des Wettbewerbs «In die Stadt – ohne mein Auto» war erfreulicherweise eine Winterthurerin.



Pamela Graves aus Winterthur, Gewinnerin des ersten Preis des Wettbewerbs «In die Stadt – ohne mein Auto».

In Partnerschaft mit lokalen Fahrlehrern mit offizieller Eco-Trainer-Ausbildung sowie der nationalen Organisation Eco-Drive® werden seit November 2004 in Winterthur so genannte GentleDriver-Kurse angeboten. In halbtägigen Kursen werden den Teilnehmenden die Regeln von Eco-Drive® vermittelt und die wichtigsten Elemente dieser Fahrweise auf einer Teststrecke geübt: zügig beschleunigen, spätestens bei 2500 Touren hochschalten, im höchstmöglichen Gang sowie vorausschauend und gleichmässig fahren. Mit Eco-Drive® kann – ohne langsamer zu fahren – bis zu 10 % Treibstoff eingespart werden. Im September wurde eine Plakatkampagne mit Sujets zur Fahrtechnik Eco-Drive® lanciert sowie eine Info- und Anmeldekarte an die Haushalte in der Stadt versandt (Weitere Informationen und Kursdaten: www.umwelt-winterthur.ch/gentledriver).

Bis 10% weniger Treibstoff

Früh Hoch-schalten

Eco-Drive Kurse: www.vtz-fahrschule.ch

GentleDriver-Kurse neu in Winterthur

Fluglärm

Der Schutz der Bevölkerung vor übermässigem Fluglärm stand auch dieses Jahr im Zentrum der Flugverkehrspolitik des Stadtrats. Seit Einführung der einseitigen Flugbeschränkungen über dem süddeutschen Raum wird vor allem abends vermehrt von Osten her über Winterthur auf die Piste 28 gelandet. Die seit 2001 intensiv geführte politische Fluglärm-Debatte dreht sich um das zukünftige Flugverkehrsregime. Gegen das von Unique (Flughafen AG) beantragte neue (vorläufige) Betriebsreglement hat die Stadt im Mai 2004 Einsprache erhoben. Die Stadt setzt sich insbesondere gegen das angestrebte Dual Landing zur Wehr, das gleichzeitig Landungen von Osten und von Süden her ermöglichen soll sowie gegen die beantragten flexibleren Startzeiten, die Winterthur morgens bereits vor 7 Uhr mit Fluglärm belasten könnten.

Ende Mai wurden Ergebnisse des Raumentwicklungskonzeptes «Relief» der Zürcher Baudirektion publik. Dieses Konzept strebt einen Kapazitätsausbau des Flughafens auf 420 000 Flugbewegungen pro Jahr an (derzeit sind es rund 270 000 Bewegungen) und will die Piste 28 als neue Hauptlandepiste verlängern. Zudem soll die Piste 32 verlängert und neu hauptsächlich nach Norden gestartet werden. Damit stellt «Relief» das historisch gewachsene Flugregime völlig auf den Kopf, führt zu einer massiven Lärmzunahme für die Bevölkerung östlich und nördlich des Flughafens und wertet die betroffenen Regionen als Wohn- und Wirtschaftsraum massiv ab. Als Reaktion darauf schlossen sich die Exekutiven der Gemeinden im Osten des Flughafens zur «Region Ost» zusammen, welche mit einer feierlichen Unterzeichnung der Charta Region Ost am 18. Juni 2004 in Winterthur gegründet

Die «Region Ost» hat den Gemeinden im Osten eine wahrnehmbare Stimme verliehen. Von Juni an führte sie die Kampagne «Forcierte Ostanflüge Nein» durch, gefolgt von der Kampagne «Lärmfairteilung» im November. Sie bezog Stellung zu allen wichtigen Ereignissen in der Fluglärmfrage: Offizielle Vorstellung von «Relief» (Anfang Juli), Scheitern der Mediation (Mitte Juli), Entwurf des Luftfahrtberichtes des Bundes (Ende Juli), Grundsätze der Flughafenpolitik des Zürcher Regierungsrates (September), Neustart des Koordinationsprozesses Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) und Ankündigung der Konsultativen Konferenzen als Nachfolgegremium des Runden Tisch (November), definitiver Luftfahrtbericht des Bundes sowie Beantragung des «Gekröpten Nordanflugs» durch Unique (Dezember).

Die Zahlen der *Materialverwaltung* für 2004 zeigen erstmals seit 1999 einen leichten Rückgang des Kopierpapierverbrauchs. Der Anteil an Recyclingpapier hat sich im Vergleich zum Jahr 2003 (20,8 %) mehr als verdoppelt (45,2 %) und damit erfreulicherweise wieder den Stand der Jahre 1993 – 1995 erreicht.

Abb. 5: Kopierpapierverbrauch der Stadtverwaltung
in Tonnen 1999 – 2004

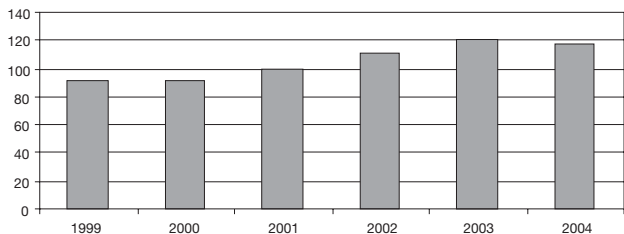
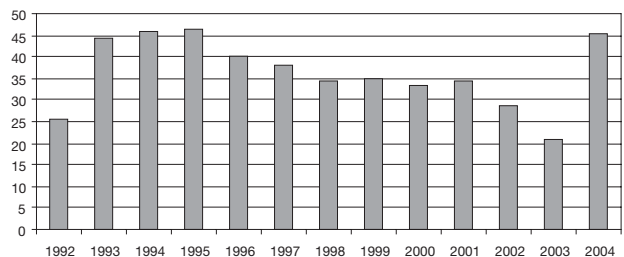


Abb. 6: Anteil Recyclingpapier beim Kopierpapier in Prozent 1992 – 2004



Das **Strasseninspektorat** konnte die Emissionen von flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) aus Produkten für Strassenmarkierungen sowie für den Belags- und Fahrzeugunterhalt im Jahr 2003 um mehr als die Hälfte gegenüber den Emissionen in den Jahren 1999 – 2002 reduzieren. Seit September 2003 werden für den Belags-

unterhalt bei Aussentemperaturen von über 10 °C nur noch wasserlöslicher Haftgrund und wasserlösliche Emulsionen verwendet. Die im Fahrzeugunterhalt verwendeten Produkte entsprechen den Empfehlungen der Interessengemeinschaft Ökologische Beschaffung (IGÖB).

Die Erfolgskontrolle für die ökologische Beschaffung der *Stadtgärtnerei* wurde letztmals für das Jahr 2002 in der bisherigen Form (Audit bzw. Workshop) durchgeführt; die künftige Ausgestaltung der Erfolgskontrolle wird durch die Stadtgärtnerei abgeklärt. Neue Daten für das Jahr 2003 liegen daher nicht vor. Die Stadtgärtnerei verwendet ausschliesslich Pflanzenschutzmittel der Positivliste des Verbandes Schweizerischer Stadtgärtnereien und Gartenbauämter (VSSG), die nützlingsschonende Pflanzenbehandlungsmittel mit geringer Umweltbelastung aufführt.

Weitere Informationen

Auf der Internetseite www.umwelt-winterthur.ch finden sich weitere Informationen zu den Aktivitäten des städtischen Umweltschutzes und der lokalen Nachhaltigen Entwicklung. Eine Liste mit Publikationen zu Themen der Nachhaltigkeit und Umwelt ist ebenfalls auf der Internetseite zu finden und kann dort bestellt werden.

Polizeirichteramt

Das Jahr 2004 stand für das Polizeirichteramt primär im Zeichen einer Optimierung der Geschäftsabläufe im Zusammenhang mit dem neu eingeführten Datenverarbeitungssystem sowie den Bestrebungen, sich im täglichen Umgang mit diesem vertraut zu machen. Des Weiteren war das Jahr 2004 geprägt durch personelle Wechsel in der Amtsleitung. Bei den erlassenen Bussenverfügungen ergab sich im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Zunahme.

Nachdem in den letzten Monaten des Jahres 2003 das neue EDV-System zur umfassenden Bearbeitung der Geschäftsfälle, insbesondere der Erfassung der eingehenden Verzeigungen sowie der Erstellung und Bearbeitung von Bussenverfügungen installiert worden war, galt es nun im Jahr 2004, das System anzuwenden und in Zusammenarbeit mit der beauftragten Softwarefirma laufend zu optimieren. Die bisherigen Erfahrungen sind positiv. Mit dem neuen System steht dem Polizeirichteramt ein zeitgemässes und leistungsfähiges Arbeitsinstrument zur Verfügung, mit dem die anfallenden Geschäfte zweckmässig und speditiv behandelt werden können. Die Verknüpfung des EDV-Systems mit der Rechnungsführung hatte zur Folge, dass die Erträge aus Bussen und Gebühren nun bereits als Debitoren bei Rechnungsstellung und nicht erst wie bis anhin bei Zahlungseingang verbucht werden. Damit verbunden war eine Nacherfassung der zu Beginn des Berichtsjahres offenen Guthaben an Bussen und Gebühren, was sich in der Jahresrechnung 2004 entsprechend auswirken wird.

In personeller Hinsicht gab es ebenfalls bedeutende Veränderungen. Mirjam Stanek Brändle trat per 1. Januar 2004 die seit Oktober 2003 vakante Stelle als Polizeirichterin II an. Gleichzeitig übernahm sie interimistisch die Leitung des Polizeirichteramtes. Zum neuen Polizeirichter I und damit zugleich Amtsvorsteher wurde mit Wirkung ab 16. März 2004 Heiner Graf ernannt.

Im Berichtsjahr 2004 erliess das Polizeirichteramt nahezu 1000 Verfügungen mehr als im Vorjahr. Insbesondere bei den Bussenverfügungen ist gegenüber dem Jahr 2003 ein Anstieg von rund 900 Verfügungen zu verzeichnen. Dies ist in erster Linie auf die Aufarbeitung der Pendenzen zurückzuführen, die im Vorjahr wegen der aufwändigen Umstellung auf das neue EDV-System und der personellen Vakanzen in der Amtsleitung entstanden waren und sich vor allem auf die Zahl der mit Verkehrsunfällen in Zusammenhang stehenden Bussenverfügungen auswirkten. Ausserdem hat sich die Zahl der polizeilichen Verzeigungen wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen um ungefähr einen Drittel erhöht. Mit dem Anstieg der Bussenverfügungen sind auch die eingereichten Einsprachen angewachsen. Der damit verbundene Mehraufwand hielt sich jedoch dank den vermehrten Einspracherückzügen in Grenzen. Insgesamt sind für das Berichtsjahr 272 Einspracherückzüge ohne Änderung der jeweiligen Bussenverfügung zu vermelden, während die entsprechenden Zahlen in den Vorjahren mit jeweils rund 200 solcher Erledigungen deutlich tiefer lagen. Im Übrigen ergeben sich bei den statistischen Angaben über die Tätigkeit des Polizeirichteramtes gewisse Verschiebungen, welche hauptsächlich auf technisch bedingte Veränderungen bei der Erfassungspraxis zurückzuführen sind.

Bussenverfügungen

Tatbestände	2004	2003
Strassenverkehr:		
Verkehrsunfälle	1 037	577
Geschwindigkeit	640	487
Parkierungsübertretung	528	694
Nicht betriebssichere Fahrzeuge	73	299
Rotlicht	80	105
Fahren ohne Ausweis	36	46
Fahrverbot	57	157
Abgaswartung	22	18
Arbeits- und Ruhezeitvorschriften	133	97
Übrige SVG-Übertretungen	1 689	963
Total Verkehrsübertretungen	4 295	3 443
Sonstige Übertretungen:		
Strafgesetzbuch	500	688
Betäubungsmittelgesetz	573	520
Transportgesetz (Schwarzfahren)	1 329	1 526
Allgemeine Polizeiverordnung	263	233
Ausländergesetz	115	152
Einwohnerkontrolle	27	56
Gewerbegesetz (AHV, AVIG, usw.)	2	1
Gastgewerbe und Lebensmittel	55	56
Feuerwehr und Feuerpolizei	31	21
Hundehaltung	19	17
Übrige Gesetze	441	56
Total sonstige Übertretungen	3 355	3 324
Total erlassene Verfügungen	7 650	6 767
Ad acta, Überweisungen	687	603
Total bearbeitete Fälle	8 337	7 370

Einsprachen auf Bussenverfügungen

Einsprachen	2004	2003
Eingegangene Einsprachen	547	449
– in % aller Bussenverfügungen	7,2	6,6
Pendente Einsprachen aus Vorjahr	73	68
Total zu behandelnde Einsprachen	620	517
Art der Erledigung:		
Nichteintreten	64	49
Rückzüge vorbehaltlos	272	202
Rückzüge nach Änderung der Verfügung	103	101
Aufhebungen	73	63
– % der zu behandelnden Einsprachen	11,8	12,2
– % aller Bussenverfügungen	1,0	0,9
Überweisungen ans Bezirksgericht	17	22
Pendente Einsprachen Ende Jahr	91	73

Stadtpolizei

Für die Stadtpolizei war das Berichtsjahr vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie nebst der üblichen Geschäftslast etliche Demonstrationen, Häuserbesetzungen und Sportereignisse zu bewältigen hatte, was für die Mitarbeitenden eine erhebliche Zusatzbelastung, vielfach auch an Wochenenden, mit sich brachte. Angefangen beim «Spaziergang gegen das WEF und den Kapitalismus» vom 10. Januar 2004 über die Besetzung des Sulzer-Hochhauses Ende Februar bis hin zu den Zwischenfällen in der Silvesternacht 2004/05 vor dem Polizeiposten kam es im Verlauf des Jahres zu insgesamt 29 teils geplanten und teils auch kurzfristig notwendigen Ordnungsdienst-Einsätzen. Ferner stand das Jahr 2004 auch im Zeichen des altersbedingten Rücktritts von Polizeikommandant Major Hans Rudolf Eichenberger auf Ende Dezember.



Besetzung des Sulzer-Hochhauses durch rund 200 Personen am 27. Februar.

Korpsbestand

Am 2. September 2004 hat Stadtpräsident Ernst Wohlwend in der Stadtkirche drei Aspirantinnen und 15 Aspiranten als neue Angehörige des Polizeikorps vereidigt. In die Stadtpolizei eingetreten sind ferner zwei neue Polizeioffiziere, und zwar als Hauptabteilungsleiter Ausbildung und Personelles sowie Hauptabteilungsleiter Zentrale Dienste, drei Polizistinnen und Polizisten (1 Wiedereintritt), eine Verkehrsdienstangestellte (Wiedereintritt), zwei Zivilangestellte und eine Reinigungsangestellte. Austritte waren in diesem Jahr insgesamt zehn zu verzeichnen (1 Polizistin, 3 Polizisten, 1 Aspirant, 1 Verkehrsdienst-



Kommandant Major Hans Rudolf Eichenberger ging per 31. Dezember 2004 in Pension.

gestellte, 1 Zivilangestellte, 1 Reinigungsangestellte und 2 Zivilangestellte mit befristeten Arbeitspensen). Dazu kamen acht Pensionierungen, davon drei ordentliche, drei vorzeitige und zwei invaliditätshalber. Am Jahresende ist auch der langjährige Kommandant der Stadtpolizei, Major Hans Rudolf Eichenberger, in den Ruhestand getreten. Seine grossen Verdienste sind im Rahmen einer Abschiedsfeier, im Beisein zahlreicher Gäste aus Politik, Verwaltung und Militär gewürdigt worden.

Insgesamt und in Stellenprozenten berechnet hat der Korpsbestand im Berichtsjahr um 9 Vollzeitstellen abgenommen. Die durch Krankheit bedingten Abwesenheiten (1757 Tage gegenüber 1947 Tagen im Vorjahr) waren leicht rückläufig, während sich die Abwesenheiten infolge Unfall (470 Tage gegenüber 891 Tagen im Vorjahr) sogar fast auf die Hälfte reduziert haben. Mit 13 756 (14 224) Stunden Überzeit wurden ungefähr gleich viele Überstunden wie im Vorjahr geleistet.

Korpsbestand (Stellenprozente am 31. Dezember)	2004	2003
Beamten/Beamtinnen	194	180
Verkehrsbeamten/Verkehrsbeamtinnen	16	17
Aspirantinnen/Aspiranten	0	19
Zivilangestellte	16	19
Total	226	235

Sicherheits- und Verkehrspolizei

Der Arbeitsanfall der Sicherheits- und Verkehrspolizei bewegte sich auch in diesem Jahr auf sehr hohem Niveau. Es wurde in 17 549 (19 064) Fällen rapportiert. Zudem wurden 106 324 (71 545) Ordnungsbussen ausgestellt, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von mehr als 36 % entspricht. Dieser aussergewöhnlich starke Anstieg ist auf die beiden stationären Geschwindigkeitsmessgeräte zurückzuführen, die am 14. April 2004 an der Salomon Hirzel-Strasse in Betrieb genommen worden sind. Diese beiden Geräte leisteten insgesamt 8020 Kontrollstunden, woraus bis Ende des Jahres die beachtliche Zahl von 30 453 Übertretungen resultierte. Das Büro Ordnungsbussen/Parkbewilligungen stellte im vergangenen Jahr 8622 (8568) Spezialbewilligungen (Sperrzone, Behinderte, Schulhäuser, Anwohner usw.) aus. Im Fundbüro wurden gegen 10 000 Gegenstände verarbeitet, die zu einem grossen Teil wieder an die rechtmässigen Eigentümer vermittelt werden konnten. Nebenaufgaben wie die Zustellung von Zahlungsbefehlen (2031) und das Erledigen von



Neues stationäres Geschwindigkeitsmessgerät an der Salomon Hirzel-Strasse

Vorführungsaufträgen der Betreibungsämter (2784) gab es im selben Umfang wie im Vorjahr zu erledigen.

Das Jahr 2004 stand wie eingangs erwähnt vor allem im Zeichen einer hohen Anzahl arbeitsintensiver Ordnungsdienste. Im Vergleich zum Vorjahr (13) mussten die Polizistinnen und Polizisten im Berichtsjahr mehr als doppelt so viele Einsätze (29) leisten. Nebst den Grosseinsätzen anlässlich von zahlreichen Demonstrationen und Hausbesetzungen kam es auch zu einigen kleineren Ordnungsdienst-Einsätzen im Zusammenhang mit Fussballspielen und anderen Sportanlässen mit grösserem Publikumsaufkommen. Bei der Bewältigung von Grosskundgebungen wie der unbewilligten Anti-WEF-Demonstration vom 10. Januar 2004 wurde die Stadtpolizei, die dafür jeweils alle ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten einsetzte, regelmässig durch ein grosses Detachement der Kantonspolizei Zürich und der Bahnpolizei unterstützt. Neben den Ordnungsdiensten und allen anderen Spezialeinsätzen, wie zum Beispiel dem Ausrücken an Alarmer (450), der Bewachung der Sitzungen des Grossen Gemeinderates (224 Stunden) und den Grenadiereinsätzen (21) wurden rund 36 000 Stunden für die ordentliche Patrouillentätigkeit in den verschiedenen Stadtgebieten geleistet. Die vier einsetzbaren Diensthunde kamen im Verlauf des Jahres zu insgesamt 209 Einsätzen. Per Mitte 2005 werden voraussichtlich vier weitere Diensthunde einsatzbereit sein.

Die Totalrevision der Allgemeinen Polizeiverordnung der Stadt Winterthur (APV) gab Gelegenheit, formelle und materielle Unzulänglichkeiten dieses Erlasses zu beheben, die im Laufe der Jahre entstanden sind: Veralterte Bestim-

mungen wurden den heutigen Gegebenheiten angepasst, bestehende Regelungslücken geschlossen und verschiedene Bestimmungen wieder mit der übergeordneten Gesetzgebung und der Rechtsprechung in Übereinstimmung gebracht. Als wesentliche Neuerung ist einerseits die Regelung betreffend «Wegweisung und Fernhaltung» (Art. 16) zu erwähnen, die es unter bestimmten, einschränkenden Voraussetzungen erlaubt, Personen vorübergehend von einem Ort weg zu weisen oder fern zu halten. Markant verbessert wurde andererseits der Schutz bei häuslicher Gewalt (vgl. Art. 17 ff. APV): Als erste Gemeinde im Kanton hat Winterthur eine Regelung geschaffen, die es in Fällen von Gewalt in Partnerschaft und Familie erlaubt, im Sinn einer polizeilichen Sofortmassnahme den Störer oder die Störerin aus der Wohnung weg zu weisen und ihm oder ihr die Rückkehr bis zu 72 Stunden zu verbieten. Nachdem der Grosse Gemeinderat die revidierte APV am 26. April 2004 verabschiedet hatte, wurde sie vom Stadtrat auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt.

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass auf den 1. April 2004 auf Bundesebene eine Änderung des Strafgesetzbuches zur so genannten Offizialisierung von Gewaltdelikten in Ehe und Partnerschaft in Kraft getreten ist. Danach werden Gewalttaten im Privatbereich nicht mehr nur auf Antrag hin, sondern von Amtes wegen verfolgt. Das betrifft namentlich die Vergewaltigung oder schwere Körperverletzung in der Ehe (ausserhalb von ehelichen Beziehungen waren diese Delikte bisher Offizialdelikte) sowie einfache Körperverletzung, wiederholte Tötlichkeit, Nötigung und schwere Drohung in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt.

Auch in diesem Jahr fanden in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei insgesamt neun Monday-Night-Skate-Anlässe statt, die bei der Winterthurer Bevölkerung grossen Anklang fanden. Mit insgesamt 10 000 bis 15 000 sportbegeisterten Teilnehmerinnen und Teilnehmern war im Vorjahresvergleich erneut eine Zunahme zu verzeichnen. Bloss zwei Anlässe mussten wegen Regens abgesagt werden.

Die Zahl der Drogenkonsumentinnen und Drogenkonsumenten hat sich im Vergleich zum Vorjahr wiederum kaum verändert. Nach wie vor ist von rund 500 Konsumentinnen und Konsumenten illegaler Drogen auszugehen. Um der weiterhin unbefriedigenden Situation beim Musik-Pavillon Abhilfe zu schaffen, hat der Stadtrat eine interdepartementale Arbeitsgruppe damit beauftragt, verschiedene Lösungsvarianten auszuarbeiten.

Verkehr

Übertretungen im Strassenverkehr	2004	2003
Rotlichtmissachtungen	2 695	2 312
Geschwindigkeitskontrollen mob. (Kontrollstunden)	1 165	1 030
Geschwindigkeitskontrollen stat. (Kontrollstunden)	8 020	—
Überschreiten der Geschwindigkeit mob. Messung	29 201	25 794
Überschreiten der Geschwindigkeit stat. Messung	30 453	—

Im Berichtsjahr waren 65 Verkehrsteilnehmende alkoholisiert in einen Verkehrsunfall verwickelt. Dies entspricht einem Anteil von 40 % der Gesamtzahl (163) der Fahrzeuglenkenden, welche im vergangenen Jahr in Winterthur in alkoholisiertem Zustand kontrolliert worden sind. Bei 62 (68) Lenkerinnen und Lenkern betrug der Blutalkoholgehalt 1,5 Promille oder mehr, bei 25 (33) lag die Konzentration sogar bei 2 Promillen und darüber.

Auf dem Stadtgebiet Winterthur (ohne A1 und A4) wurden im vergangenen Jahr mehr oder weniger gleich viele Verkehrsunfälle polizeilich registriert wie im Vorjahr. Nach 2003 kann wiederum ein Rückgang der Anzahl verletzter Personen verzeichnet werden. Andererseits kam es aber zu zwei Verkehrsunfällen mit Todesfolge.



Anti-WEF-Demonstration vom 10. Januar 2004

Verkehrsunfälle	2004	2003
Verkehrsunfälle	1 394	1 424
Stadtgebiet ohne A1/A4	1 251	1 227
Verletzte	450	470
Stadtgebiet ohne A1/A4	410	428
Tote	2	1
Stadtgebiet ohne A1/A4	2	0
Sachschaden (in Mio. Fr.)	13,1	13,5
Stadtgebiet ohne A1/A4	6,5	6,7

Medien- und Präventionsarbeit

Die intensive Kontrolltätigkeit der Stadtpolizei und die aussergewöhnliche Vielzahl von Ereignissen im Zusammenhang mit Demonstrationen, Ausschreitungen und widerrechtlichen Hausbesetzungen führten wiederum zu einer hohen Anzahl polizeilicher Medieninformationen. Im Vergleich zum Vorjahr nahm vor allem die Zahl der Interviews für Print- und elektronische Medien zu, nämlich von 99 auf 158. Darüber hinaus verzeichnete der Mediendienst 560 Auskünfte an Medienschaffende. Ferner wurde auch die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme via Internet rege benutzt: Waren im Jahr 2003 noch knapp über 200 E-Mail-Anfragen zu beantworten, ist diese Zahl im Berichtsjahr auf 244 gestiegen. Meistens nach Feierabend oder über die Wochenenden gingen Fragen aus der Bevölkerung ein, welche alle Facetten der polizeilichen Tätigkeit abdeckten, dazu kamen verschiedene Anregungen oder Beanstandungen. Nebst seiner Funktion als zentrale kommunikative Drehscheibe und Schnittstelle zwischen polizeilicher Tätigkeit und Öffentlichkeit nimmt der Mediendienst auch wichtige Aufgaben im Bereich der Unfall- und Verbrechenverhütung wahr. So hat der Mediendienst/Prävention erneut verschiedene Präven-

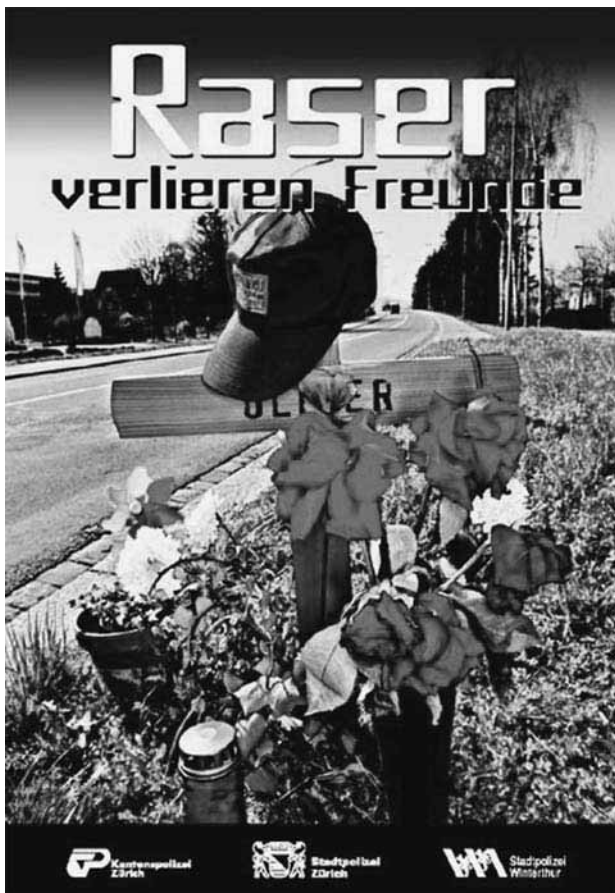
tivaktionen geplant und durchgeführt. Thematischer Schwerpunkt war dieses Jahr das Problem der «Raser»: In Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich entstand dazu eine Aufsehen erregende Kampagne, die auch gesamtschweizerisch positive Spuren hinterliess und in den Medien lange Zeit thematisiert wurde. Mit einem originellen Event wurden die Besucherinnen und Besucher der Altstadt in der Vorweihnachtszeit auf das Thema Taschen- und Trickdiebstahl sensibilisiert. Ein als Taschendieb verkleideter Künstler war in Begleitung von uniformierten Polizistinnen und Polizisten mit einem überdimensionalen Portemonnaie unterwegs und sorgte als Blickfang mit seinen Auftritten für Unterhaltung und Aufmerksamkeit. Die Möglichkeit, mit den begleitenden Polizistinnen und Polizisten zum Thema Diebstahl informative Gespräche zu führen, wurde von den Passantinnen und Passanten sehr geschätzt. Als jährlich wiederkehrende Kampagne zum Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmenden, der Kinder, wurde zudem erneut die Aktion «Schulanfang» durchgeführt. Einmal mehr galt es, an das Verantwortungsbewusstsein der Fahrzeuglenkenden zu appellieren und sie zu einer rücksichtsvolleren Fahrweise zu animieren. Mit seinem vielfältigen Wirken hat der Mediendienst auch im vergangenen Jahr einen wichtigen Beitrag zur polizeilichen Arbeit geleistet.

Verkehrslenkung

In den Monaten August bis Oktober des Berichtsjahres konnten unter Mitwirkung der Hauptabteilung Verkehrslenkung der Stadtpolizei die drei neuen Tempo-30-Zonen «Adlergarten», «Äusseres Lind» (Erweiterung) und «Gotzenwil» realisiert werden. Zudem wurde im November die Tempo 40 Zone «Oberfeld» in eine Tempo 30 Zone umgewandelt. Nebst der Begleitung zahlreicher Bauvorhaben im Bereich von Strassen, Plätzen und Brücken, die erhebliche Ressourcen in Anspruch nahmen, war die Abteilung Verkehrstechnik schwerpunktmässig mit dem Grossprojekt «Veloparkierung Stadthausstrasse» beschäftigt. Bei Nebenaufgaben wie verwaltungsinternen Aufträgen und Gesuchen (Stellungnahmen zu Bau- und Reklamesuchen usw.) nahm der Aufwand um gut die Hälfte zu. Aufträge für Markierungen und Signalisationen (568) waren gegenüber dem Vorjahr (322) gar beinahe doppelt so viele zu erteilen.

Parkplätze, Parkhäuser und Parkplatzvermietung

Für den Bereich Parkplätze und Parkhäuser stand das Berichtsjahr im Zeichen der Erneuerung. So konnten die veralteten Parkhauseinrichtungen (Kassen, Schranken, Steuerungen) in den Parkhäusern Technikum Nord, Thea-



Gemeinsame Präventionskampagne – Raser verlieren Freunde



Sanierung des Parkhauses Technikum Nord

ter und Winterthur Versicherungen durch neue Anlagen ersetzt und das Parkhauses Technikum Nord baulich saniert werden.

Der Motorfahrzeugbestand in der Stadt Winterthur nahm sowohl bei den Personenwagen als auch bei den Motorrädern erneut um etwa 3,2 % (1,8 %) zu.

Motorfahrzeugbestand in Winterthur

	August 2004	August 2003
<i>Motorwagen</i>		
a) leichte Motorwagen (PW, Kombi, Lieferwagen, Kleinbusse)	42 942	41 538
b) schwere Motorwagen (LW, Sattelschlepper, Traktoren, Car)	563	549
c) übrige (Arbeitsmotorwagen, u.ä.)	525	562
<i>Total (ohne Landwirtschaftsfahrzeuge)</i>	44 030	42 649
<i>Motorräder</i>		
a) Motorräder und Dreiräder	5 207	4 881
b) Kleinmotorräder	745	783
<i>Total</i>	5 952	5 664
<i>Total aller Motorfahrzeuge</i>	49 982	48 313

Informatik

Ein grosses Projekt im Informatikbereich fand am 1. Juni 2004 seinen erfolgreichen Abschluss, als das neue Intranet der Stadtpolizei für alle Mitarbeitenden aufgeschaltet werden konnte. Dieses Arbeitsinstrument, das in Zusammenarbeit mit den Informatikdiensten der Stadt entwickelt und eingeführt worden ist, bildet die Grundlage für zahlreiche Applikationen der Stadtpolizei. Es dient hauptsächlich dazu, mit Hilfe seiner vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten allen Mitarbeitenden Zugang zu möglichst vielen sachdienlichen Informationen zu verschaffen.

Wirtschaftspolizei

Per 1. März 2004 trat die neue Gebührenverordnung der Wirtschaftspolizei in Kraft. Ungeachtet des Anstieges der Patentgebühren waren im Berichtsjahr 18 Patente

mehr zu erteilen als im Vorjahr. Auf dem ganzen Stadtgebiet waren per 31. Dezember 466 (467) Gastwirtschaften zu verzeichnen, davon 1 (1) mit provisorischer Bewilligung und 1 (16) inaktive. Die Anzahl der Klein- und Mittelverkaufsgeschäfte ist mit 142 (139) leicht angestiegen.

Gewerbepolizei

Wie bei der Wirtschaftspolizei erfolgte auch bei der Gewerbepolizei eine Gebührenanpassung, und zwar im Bereich des Marktwesens. Gestützt auf die Bestimmungen der Schall- und Laserverordnung wurden die traditionellen Musikfestwochen während fünf Tagen bezüglich Lärmemissionen überwacht. Die offenen Messungen führten jedoch zu keinerlei Beanstandungen, weil die Auflagen einmal mehr vorbildlich eingehalten wurden. Aus 48 verdeckten Lärmmessungen in Musiklokalen, am Albanifest, an den verschiedenen Dorfeten sowie an Technopartys resultierten indessen 10 Verzeigungen und 3 Verwarnungen. Dies ist eine deutliche Verbesserung im Vergleich zu den Vorjahren.

Polizeischule

Die am 1. September 2003 gestartete Polizeischule schloss im August als erste Klasse nach dem Reglement der neu geschaffenen eidgenössischen Berufsprüfung des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) ab. Alle 18 Aspirantinnen und Aspiranten haben die Prüfung mit Bravour bestanden und konnten in Anerkennung ihrer Leistung den eidgenössischen Fachausweis entgegennehmen.

Verkehrsinstruktion

Nebst dem ordentlichen Unterricht in den verschiedenen Klassen der Unter-, Mittel- und Oberstufe waren die vier Verkehrsinstruktoren mit Referaten, Schulwegsicherungen und -kontrollen, mit der Ausbildung und Betreuung der Lotsendienst-Angestellten sowie mit Nachinstruktionen im Zusammenhang mit Verkehrsübertretungen, Unfällen und nicht bestandenen Veloprüfungen beschäftigt.

Feuerwehr

Die Berufsfeuerwehr rückte im Berichtsjahr zu insgesamt 559 Schadenereignissen aus. In 147 Fällen wurde sie durch die Freiwillige Feuerwehr (Pikettkompanie 123 Einsätze, Einsatzkompanie inkl. Spezialgruppen 24 Einsätze) unterstützt. Als grössere oder besondere Einsätze zu erwähnen sind 12 Rettungsaktionen nach schweren Verkehrs- und Arbeitsunfällen, acht Mittelbrände sowie zwei Grossbrände im Stützpunktgebiet. Glück im Unglück hatten die Fahrgäste einer S12 am 10. Juni bei einer Flankenollision mit einem andern Zug im Bahnhof Oberwinterthur. Es wurden zwei Personen leicht verletzt. Das Erden der Fahrleitungen und die Suche nach Verletzten in den stark beschädigten Wagons sowie die Mitwirkung bei den umfangreichen Aufräumarbeiten dauerten bis am nächsten Morgen. Sturmwinde führten am 12. August zu rund 20 Einsätzen wegen umgestürzter Bäume. Dabei hat sich die nach dem Orkan «Lothar» gebildete Sturmholzgruppe, eine Spezialformation mit entsprechend ausgebildeten Feuerwehrleuten, bestens bewährt.

Nach zwei schweren Unfällen mit Atemschutzgeräten entschloss sich die kantonale Gebäudeversicherung zu einer Umrüstung aller Druckluftflaschen bei den Feuerwehren im Kanton. Diese Arbeiten wurden der Berufsfeuerwehr Winterthur übertragen, die mit ihren Spezialisten inzwischen bereits 1400 Atemluftflaschen, d.h. ein Anteil von rund 30 %, mit einem neuen Sicherheitsventil ausrüsteten konnte.

Die Rekrutierung geeigneter Frauen und Männer für die Freiwillige Feuerwehr wird immer schwieriger. Mit dem Wegfall der Anrechnungsmöglichkeit von Feuerwehrdienst an die Pflichtersatzabgabe, meldeten sich auch weniger Zivilschutzpflichtige. Darum wurden die Werbemassnahmen in diesem Bereich verstärkt und um ein viel beachtetes Plakat (Traffic board) an einem Stadtbus erweitert. Inzwischen konnten 23 neue Feuerwehrleute rekrutiert werden.

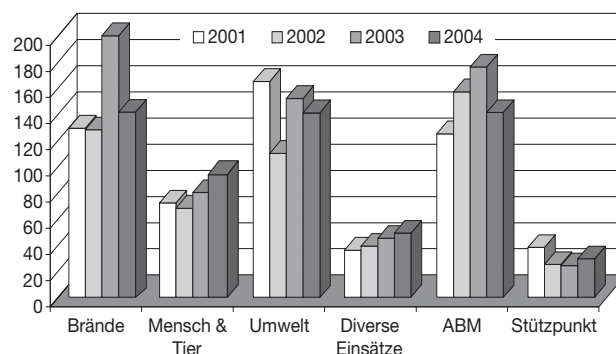
Die Gesamtzahl der Einsätze und Dienstleistungen (559) liegt im Mittel der letzten vier Jahre (560). Gegenüber dem letzten Berichtsjahr reduzierten sich die reinen Personal-Einsatzstunden, ohne Retablierungsaufwand, insgesamt um knapp 15 % auf total 6792 (2003: 7978 / Mittel der letzten 4 Jahre: 6645).

Einsatzstatistik	2004	2003
Brände	137	200
– 2 Grossbrände		
– 8 Mittelbrände		
– 58 Kleinbrände		
– 13 Wald-, Flur- und Abräumbrände		
– 19 Motorfahrzeugbrände		
– 3 Kaminbrände		
– 31 Rauchentwicklungen (inkl. ABM)		
– 4 Explosionen		
Alarmer automatischer Brandmelde- und Löschanlagen (ABM)	134	164
Öl- und Chemieunfälle	66	72
– 58 Ölunfälle		
– 8 Chemieunfälle		
Technische Einsätze	222	217
– 10 Pioniereinsätze bei schweren Verkehrsunfällen		
– 20 Personenbergungen aus Gebäuden		
– 9 Lifteinsätze		
– 44 Tierrettungen		
– 40 Wasserwehreinsätze		
– 34 Sturmschadeneinsätze		
– 65 Diverse Einsätze		
Total der Einsätze	559	653



Werbung «Trafficboard»

Vergleich Feuerwehrstatistik 2001 bis 2004



Die wichtigsten Ereignisse in der Zusammenfassung:

- Wasserwehreinsatz in Verkaufsgeschäft; 1000 m² Verkaufsfläche stehen unter Wasser (28.01.)
- Chemiewehreinsatz; Säurekanister in Giftraum geplatzt (11.03.)
- Wohnungsbrand in Einfamilienhaus (12.03.)
- Vollbrand Püthenhaus mit Tiergehegeanbau (01.04.)
- Küchenbrand in Mehrfamilienhaus mit starker Rauchentwicklung im ganzen Treppenhaus (12.05.)
- Personenbergung nach Autounfall auf Verzweigung A1/A7 (24.05.)
- Lastwagenanhänger auf Rastplatz A1 in Vollbrand (27.05.)
- Streifkollision (Flankenfahrt) zweier S-Bahn-Zügen im Bahnhof Oberwinterthur mit zwei verletzten Passagieren (10.06.)



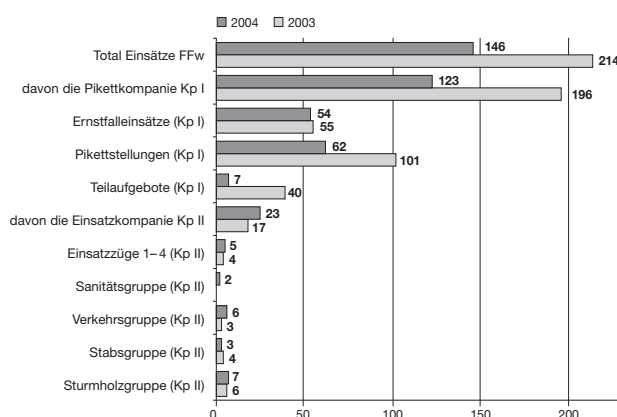
Stützpunkteinsatz/Grossbrand, Vollbrand Lagerhalle eines Recyclingbetriebes, Gemeinde Neftenbach (22.03.)



Gebäudebrand; 1. Stockwerk in Vollbrand, einem Berufsfeuerwehrmann wird durch herabstürzende Trümmerteile der Mittelhandknochen gebrochen (23.12.)

- Kellerbrand in Mehrfamilienhaus, zwei Personen und ein Papagei aus dem 2. Obergeschoss mit Leiter gerettet (13.06.)
- Wasserwehreinsatz; Umgefahrter Hydrant setzt diverse Keller und die Tiefgarage eines Mehrfamilienhauses unter Wasser (16.07.)
- Stützpunkteinsatz; Grossbrand Bergkirche St. Nikolaus, Rheinau (06.08.)
- Kellerbrand in Mehrfamilienhaus (30.08.)
- Stützpunkteinsatz; Glimmbrand in Intercity-Zugskomposition (12.10.)
- Explosion mit Brand in Kehrrichtverbrennungsanlage (20.10.)
- Kellerbrand in Mehrfamilienhaus, starke Beschädigung der Gasinstallationen (04.12.)
- Vollbrand Garten- und Werkstatthaus mit Übergriffsgefahr auf nahestehendes Holz-Einfamilienhaus (13.12.)

Einsatzzahlen der Freiwilligen Feuerwehr (FFw)



Ausbildung und Technik

Die Feuerwehrleute absolvierten insgesamt 364 Übungsanlässe (Berufsfeuerwehr 209, Freiwillige Feuerwehr 155) nebst sechs Einsatzübungen (3 mit Betriebsfeuerwehren, 3 mit Ortsfeuerwehren im Stützpunktgebiet) und einer glei-

chen Anzahl Tagesübungen in Zivilschutzzentren. Hinzu kamen Aus- und Weiterbildungskurse der Gebäudeversicherung (245 Kurstage) und verschiedene Lehrgänge für Berufsfeuerwehrleute wie Tunnelbrandbekämpfung (RISC Dortmund), Chemiewehr (Lonza Visp, Siegfried AG Zofingen), Einsatz bei B/C-Terrorereignissen (Spiez), Strahlenschutztechnik (PSI Würenlingen), Transporthelfer (Rettungsdienst Kantonsspital, Flughafensanität) und Sturmholz-Einsatz (BUVAL). Die städtische Berufsfeuerwehr beteiligte sich zudem mit Fachinstruktoren bei der Erarbeitung der Ausbildungsziele im Rahmen der geplanten Berufsamerkenkung für Berufsfeuerwehrleute.

Im Bereich Technik konnte ein Basisfahrzeug mit zwei nach eigenen Plänen konstruierten Wechselladebehältern (Öl-/Wasserwehr; Grosslüfter) in Betrieb genommen werden. Die neue Fahrzeugkomposition ersetzt zwei ältere Mehrzweckfahrzeuge und zwei Anhänger. Zudem wurden hydraulische Scheren ersetzt, die für Pionierarbeiten an modernen Fahrzeugtypen nicht mehr genügen. Ferner erhielten die Milizfeuerwehrleute nach rund 20 Jahren einen neuen Einsatzanzug, bestehend aus blauer Latzhose und Jacke mit lemonfarbigen Einsätzen und Leuchstreifen.

Prävention

Im präventiven Bereich bildeten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen erneut einen wichtigen Tätigkeitsschwerpunkt. Mit dem Ziel, über das richtige Verhalten im Brandfall und die Brandverhütung aufgeklärt zu werden, absolvierten das Personal der Kinderhorte und die Lehrlinge der Landwirtschaftlichen Schule bei der Feuerwehr eine Brandschutzausbildung. Weitergebildet wurde zudem das Pikettpersonal des AWEL, um die Einsatzorganisation bei Unfällen mit wassergefährdeten Stoffen zu verbessern. Anlässlich von vier Einsatzdemonstrationen der Freiwilligen Feuerwehr (Kp II) wurde ausserdem eine Brandverhütungsaktion mit Beratung und Verkauf von geeigneten Einzelbrandmeldern für Privathaushalte durchgeführt. Dazu kamen im Jahresverlauf umfangreiche Massnahmen im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz bei der Feuerwehr selbst.

Dienstleistungen Kantonale Atemschutzwerkstatt

Für die kantonale Gebäudeversicherung und zahlreiche Feuerwehren erbrachte die Atemschutzwerkstatt folgende Dienstleistungen gegen Verrechnung:

- 173 (125) Prüfungen und Revisionen von Langzeitempfehlungsgeräten
- 403 (627) Prüfungen und Revisionen von Atemschutzgeräten
- 105 (150) Retablierungen und Prüfungen von Chemiewehr-Vollschutzanzügen
- 1039 (510) Atemluft-Druckflaschen- und Ventilrevisionen
- 1855 (1133) Füllungen von Atemluftflaschen
- 456 (321) Füllungen von Sauerstoffflaschen

Personalbestand	2004	2003
Feuerwehrkommando/Stab	11	10
Berufsfeuerwehr	30	30
Stützpunktkompanie (Pikett)	32	33
Einsatzkompanie	112	116
Total	185	189

Zivilschutz

Am 15. Juni des Berichtsjahres ist die Vernehmlassungsfrist zum neuen kantonalen Zivilschutzgesetz abgelaufen. Voraussichtlich wird dieses im Jahr 2006 in Kraft treten. Inzwischen sind bereits rund 1000 Zivilschutzangehörige in die neuen Strukturen des Zivilschutzes XXI überführt worden. Ein Tätigkeitsschwerpunkt innerhalb der laufenden Zivilschutzreform betraf auch die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden: Nachdem die Integration der Zivilschutzorganisation Seuzach in jene der Stadt Winterthur bereits Anfang Januar wirksam geworden war und im Jahresverlauf operativ vollzogen wurde, haben auch Wiesendangen und Bertschikon ihr Interesse an einer Zusammenarbeit bekundet. Entsprechende Anschlussvereinbarungen mit beiden Gemeinden hat der Stadtrat noch vor Jahresende beschlossen; unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Kanton, werden sie auf den Jahresbeginn 2005 in Kraft treten. Pioniere der Unterstützungsformationen gingen im Rahmen ihres Wiederholungskurses während zwei Wochen dem städtischen Forstbetrieb bei verschiedenen Sanierungsarbeiten zur Hand. Ferner leisteten Betreuungs- und Versorgungseinheiten für die schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerfortbildungskurse «swch04» dringend benötigte Unterstützung beim Aufbau der Infrastruktur und stellten während des Kurses die Verpflegung sicher. Dem Stadtführungsstab bot sich die Gelegenheit, sein Können im Rahmen der Einsatzübung «TERRA» unter Beweis zu stellen. Die umfangreichen Vorbereitungen für den Einsatz zugunsten des SwissCor Lagers 2005 sind angelaufen.

Für die Umsetzung des Bevölkerungsschutzkonzeptes des Bundes, welches den Bereich des Zivilschutzes mit einschliesst, sind in erster Linie die Kantone zuständig. Ihnen obliegt es, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Organisation, Ausbildung und Einsatz der Partnerorganisationen zu regeln, die zeit- und lagegerechte Führung sicherzustellen sowie für die Instandhaltung und Bereitschaft der Schutzinfrastruktur zu sorgen. Das kantonale Zivilschutzgesetz, welches diese Vollzugsaufgaben im Kanton Zürich regelt, wird aller Voraussicht nach 2006 in Kraft treten.

Die konzeptionellen Vorgaben von Bund und Kanton und die damit verbundene Neuausrichtung des Zivilschutzes führten zu einer umfassenden Reorganisation des Zivilschutzes Winterthur. In deren Rahmen galt es auch den Anschluss der Zivilschutzorganisationen Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon zu berücksichtigen. Gespräche mit weiteren Gemeinden, die an einer Zusammenarbeit im Zivilschutz interessiert sind, zeichnen sich bereits ab.

Der neue Winterthurer Zivilschutz wird noch rund 30 % des früheren Milizbestandes umfassen und sich im Wesentlichen auf die Kernaufgaben bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen sowie auf Dienstleistungen zu Gunsten der Gemeinschaft konzentrieren.

Auch in diesem Berichtsjahr hat der Zivilschutz wieder Instandstellungsarbeiten zu Gunsten des Winterthurer Forstbetriebes geleistet. Mit rund 500 Dienstagen wurden in Hoh Wülflingen und Sennhof die Waldwege saniert und Treppen gebaut, im Eschenberg wurde zusätzlich eine neue Brücke erstellt. Eine besondere Herausforderung bedeutete zudem die Trockenlegung (langsames Absenken des Wasserspiegels) des Walcheweiher, welcher saniert werden musste. Die technische Ausrüstung des Zivilschutzes hat sich auch für solche nicht alltägliche Aufgaben bewährt.

Das Zivilschutz Stützpunkt-Rettungsdetachement musste glücklicherweise zu keinen Ernstfalleinsätzen



Rettungspioniere im Einsatz

aufgeboten werden. Dafür leistete es einen Teil seines Wiederholungskurses zugunsten der Schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerfortbildungskurse «swch04», die vom 5. bis 16. Juli in Winterthur stattfanden und von mehreren Tausend Lehrpersonen besucht wurden. Beim Schulhaus Schönengrund, dessen Gelände kurzfristig zu einem Campingplatz umfunktioniert wurde, mussten Zufahrtsrampen, Stromanschlüsse für Camper, Koch- und Abwascheinrichtungen sowie gedeckte Aufenthaltsräume geschaffen werden. Die Versorgungseinheiten haben während der Dauer der Veranstaltung rund 4500 Verpflegungsportionen zubereitet. An zwei Mittwochabenden offerierte der Stadtrat sämtlichen Kursteilnehmenden Risotto, welcher ebenfalls von Angehörigen des Zivilschutzes zubereitet wurde. Davon wurden rund 1350 Portionen ausgegeben. Die Betreuungszüge 33 und 34 waren für die Infrastruktur in der Mehrzweckanlage Teuchelweiher zuständig. Insgesamt hat der Winterthurer Zivilschutz die Fortbildungskurse mit gegen 600 Dienstagen unterstützt.

In einer realistisch angelegten Übung (Flugzeugabsturz in Oberwinterthur) haben die Betreuungszüge die Bewältigung aller anfallenden Aufgaben von der Evakuierung aus dem Schadengebiet bis hin zur Übernahme in den Notunterkünften trainiert. Dabei zeigte sich, dass die Kommunikation innerhalb der verschiedenen Standorte/Arbeitsplätze noch nicht genügt und gewisse logistische Belange (z.B. Kinderbetreuung in den Notunterkünften) verbessert werden müssen.

Zu einem ungewöhnlichen Spontaneinsatz von Zivilschutzangehörigen kam es am 10. Januar, als Schülerinnen und Schüler aus der Region St. Gallen und aus dem Zürcher Unterland mit dem Zug anreisten, um im Stadtheater Winterthur eine Nachmittagsaufführung zu besuchen. Weil zu dieser Zeit im Bereich des Hauptbahnhofs gerade eine unfriedliche Demonstration im Gange war, wurden die Schulklassen aus Sicherheitsgründen kurzfristig angewiesen, nicht mit dem Zug bis in die Stadt zu fahren, sondern diesen bereits in Wil und in Pfungen zu verlassen. Dort wurden sie vom alarmmässig aufgebotenen Zivilschutz-Transportdienst übernommen und auf einer von der Polizei bestimmten Route sicher ins Stadtheater gefahren.

Die Besetzung des Sulzer-Hochhauses Ende Februar machte auch ein Aufgebot des Kulturgüterschutzes erforderlich, um die eingelagerten Kulturgüter vor Vandalismus und anderen schädlichen Einwirkungen zu schützen.

Mit rund 400 Dienstagen wurden wiederum verschiedene Institutionen in der Pflege und Betreuung von Heimbewohnerinnen und -bewohnern sowie Patientinnen und Patienten unterstützt. Die von der Ergotherapie des Alters-



Stabsübung «TERRA», KP Ausserdorf

und Pflegezentrums Adlergarten organisierten Bewohner- und Bewohnerinnenferien in Gais waren erneut sowohl für die Teilnehmenden als auch für die Hilfe leistenden Zivilschutzpflichtigen ein eindrückliches Erlebnis. Während der Umbauphase im Wohn- und Pflegezentrum Oberi war der Zivilschutz für die nötigen Transporte zu Aussenstationen in Rüschlikon besorgt.

Darüber hinaus hat der Zivilschutz das Fest der Freiwilligenagentur mit der Zubereitung und Abgabe von 250 Portionen MahMeh unterstützt.

Auch in diesem Jahr wurde am ersten Mittwoch im Februar ein Sirenen-Probealarm ausgelöst. Alle 44 an der Fernsteuerung Winterthur angeschlossenen Sirenen, inklusive die drei Sirenen in der Gemeinde Seuzach, funktionierten einwandfrei.

Das Zivilschutz-Show-Orchester (ZSOW) unter Leitung von Reto Parolari spielte im November erstmals am traditionellen Neuzuzüger- und Neuzuzügerinnen-Apéro im Stadthaus auf und gab diesem festlichen Anlass den würdigen musikalischen Rahmen. Ein Glanzlicht setzte das ZSOW mit seinen Darbietungen auch anlässlich der feierlichen Kommandoübergabe der Stadtpolizei im Foyer des Stadttheaters.

Geschäftsstelle ZGF (Ziviler Stadtführungsstab)

Die Einsatzbereitschaft des Stabes wurde im Rahmen von zwei Alarmübungen überprüft. Dabei zeigte sich, dass sämtliche Stabsmitarbeitende innerhalb der gewünschten Zeit erreichbar waren.

Am 20. November, morgens um 6.30 Uhr, wurden der Stadtführungsstab und drei Stadträte via Telefon alarmmässig zur Übung «TERRA» aufgeboten. Im Kommandoposten ZGF Schulhaus Ausserdorf, welchen die Führungsunterstützung in der Nacht zuvor vorbereitet hatte, sahen sich die Beteiligten vor die schwierige Aufgabe gestellt, das Szenario eines Flugzeugabsturzes in Oberwinterthur zu bewältigen. Der Stab erarbeitete im Auftrag des Einsatzleiters und des Stadtrates Lösungsvarianten und stellte entsprechende Anträge. Mit der Präsentation der Entschlüsse und des weiteren Vorgehens im Rahmen einer simulierten Medienkonferenz unter Leitung von Stadtrat Reinhard Stahel als Stellvertreter des Stadtpräsidenten fand die Übung ihren Abschluss. Insgesamt wurden sämtliche Übungsaufgaben im Sinne der Übungsleitung gelöst.

Die Katasamariter wurden anlässlich von zwei Abendübungen in der Zusammenarbeit mit den anderen Part-

nerorganisationen (hauptsächlich der Polizei) geschult.

Die acht eingeteilten Triage-Ärzte absolvierten unter der Leitung von REGA-Ärzten eine weitere praktische Ausbildung im Bereich der Notfallmedizin. Ferner wurde die zur Ausübung der Triage-Aufgabe bei Grossereignissen notwendige Ausrüstung beschafft.

Mitglieder des psychologischen Betreuungsdienstes haben im Rahmen ihrer fachlichen Weiterbildung an einer Seminarveranstaltung teilgenommen. Langfristiges Ziel ist es, den psychologischen Betreuungsdienst Winterthur in das schweizerische Care-Team zu überführen.

Der diesjährige Jahresschlussrapport stand wiederum im Zeichen von zwei beeindruckenden Referaten. Zunächst beleuchtete Jürg Balmer, Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS), jenen Fachbereich, welcher sich auf Bundesebene mit der Bewertung der massgebenden Risiken und Gefahren für den Bevölkerungsschutz befasst. Danach erläuterte Divisionär Peter Stutz die Führung der subsidiären Armee-Einsätze durch die Ter Reg 4 (Armee XXI). Beide Referenten betonten die grosse Bedeutung, die der Zusammenarbeit der verschiedenen Partnerorganisationen im Rahmen des Bevölkerungsschutzes zukommt.

Zivilschutzorganisation (ZSO)

Insgesamt leistete die Organisation 3432 Diensttage, wovon rund 70 % auf Stadtgebiet und 30 % ausserhalb. Die Instandhaltung der Anlagen und des Materials nahmen rund 800 Diensttage in Anspruch.

Der Anschluss des Zivilschutzes Seuzach in die ZSO Winterthur wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Im Dezember hat der Stadtrat – unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständigen kantonalen Behörden – gleichlautenden Zusammenarbeitsvereinbarungen mit den Gemeinden Wiesendangen und Seuzach zugestimmt. Der Vollzug dieser Zusammenschlüsse befindet sich in Vorbereitung.

Die fehlende Winterausrüstung für die Einsatzkompanien konnte im Berichtsjahr zu einem Drittel beschafft werden. Die vollständige Ausrüstung erfolgt in den nächsten zwei Jahren.

Im Auftrag des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) wird der Zivilschutz Winterthur im kommenden Jahr das SwissCor Lager auf dem Glaubenberg, Kanton Obwalden, durchführen. Aufgabe wird es sein, rund 100 Kinder aus Albanien zu betreuen, die mehrheitlich aus ärmsten Verhältnissen, Kinderheimen oder Waisenhäusern stammen. Die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten für diesen Anlass sind bereits angelaufen.

Personelles

Bestand	30.12.2004	30.12.2003
Aktive Leitungen und Formationen		
– Soll-Bestand (gemäss Richtlinien des Kantons)	928	2 885
– Ist-Bestand	1 117	2 630
Personalreserve	2 754	3 473
Ausgemusterte, überörtlich Eingeteilte	73	127
Kontrollbestand aller Pflichtigen	5 437	7 493

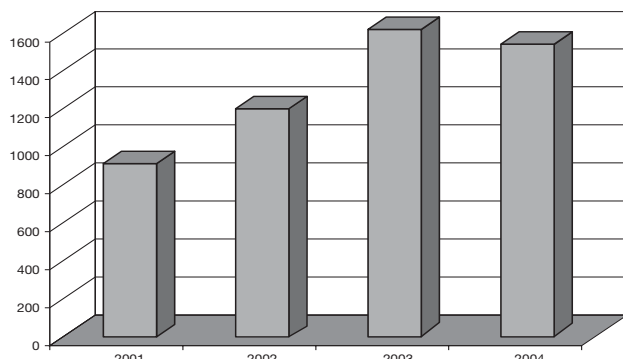
336 Schutzdienstpflichtige des Jahrgangs 1964 wurden ordnungsgemäss aus der Schutzdienstpflicht entlassen.

Bauliches

Von den im Berichtsjahr kontrollierten 585 Schutzräumen innerhalb der Zivilschutzorganisation (Winterthur 493, Seuzach 92) mit insgesamt 21 842 Schutzplätzen (Winterthur 18 969, Seuzach 2873) mussten rund 9 % beanstandet werden. Zivilschutzpflichtige behoben kleinere

Mängel vor Ort. 28 Schutzräume konnten nicht kontrolliert werden, da aus verschiedenen Gründen Fristerstreckungen gewährt werden mussten.

Übernachtungen in Zivilschutzanlagen (zivile Nutzung)



Im vergangenen Jahr haben gesamthaft 1557 Personen in Zivilschutzanlagen übernachtet. Die Zahl der Übernachtungen bewegte sich damit etwa auf gleichem Niveau wie im Vorjahr.

Um die Sicherheit bei zivilen Nutzungen von Schutzbauten zu gewährleisten, wurden in zwei Anlagen die technischen Einrichtungen erweitert; diese entsprechen nunmehr den einschlägigen Vorschriften für die friedensmässige Nutzung von Zivilschutzanlagen und Truppenunterkünften. Die Anlagen wurden von der kantonalen Feuerpolizei für die Nutzung freigegeben.

Für Zivilschutzanlagen oder Teile davon bestehen zurzeit 47 Mietverträge mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten.

Zivilschutzamt

Baulicher Zivilschutz

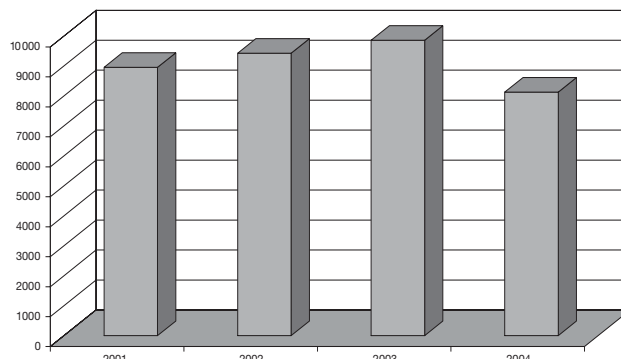
Die Anzahl Geschäfte des Kontrollorgans für den baulichen Zivilschutz bewegte sich im Rahmen des Vorjahres.

Baulicher Zivilschutz	2004	2003
Geschäfte (Bewilligungen)	127	140
Baugesuche (die zum Bau von Schutzräumen führten)	81	111
Schutzraumabnahmen	96	31

Im vergangenen Jahr hat das kantonale Amt für Militär und Zivilschutz drei Anlagen auf ihre technische Einsatzbereitschaft hin überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass

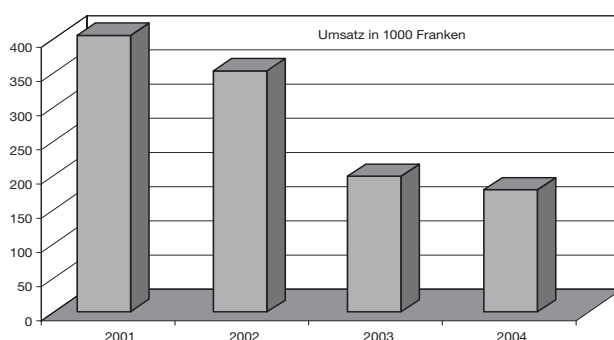
die Einsatzbereitschaft gewährleistet ist und die Ausbildung der Miliz-Anlagewarte den Anforderungen entspricht. Mängel, welche jedoch keinen Einfluss auf die Personensicherheit haben, konnten durch den technischen Betrieb oder durch Miliz Personal behoben werden.

Belegung der Ausbildungszentren



Die vorstehende Grafik zeigt, dass die Belegung der Zentren gegenüber dem Vorjahr um rund achtzehn Prozent abgenommen hat. Der Abbau der Zivilschutzbestände im Zusammenhang mit dem Zivilschutz XXI schlägt sich auch bei den Belegungszahlen nieder.

Regionale Reparaturstelle, Entwicklung



Die restriktivere Ausgabenpolitik der Gemeinden angesichts der knappen öffentlichen Mittel ist auch beim Umsatz der Regionalen Reparaturstelle spürbar. Im Berichtsjahr sind rund 30 Materialanhänger und Motorspritzen mit elektrischer Beleuchtung ausgerüstet worden. Ausserdem haben Mitarbeiter der Reparaturstelle in drei Anlagen umfassende Wartungsarbeiten an den Dieselmotoren vorgenommen.

Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt steht im Dienst einer gesunden und umweltbewussten Stadt. Sein Einsatz gilt der Sicherung einer qualitativ einwandfreien Lebensmittelversorgung, der Unfallverhütung am Arbeitsplatz, der Verbesserung der Luftqualität, der Förderung der Volksgesundheit sowie einem raschen und situationsgerechten Notfall- und Rettungsdienst.

Gesundheitswesen und öffentliche Hygiene

Der Rettungsdienst der Region Winterthur, welcher unter der Leitung des Departements Sicherheit und Umwelt für die krankentransportdienstliche Versorgung der Region verantwortlich ist, leistete im Jahr 2004 rund 5800 Einsätze, wovon über 3300 Notfall-Einsätze. Dabei wurde die in der Leistungsvereinbarung für Notfallfahrten festgelegte Hilfsfrist – 15 Minuten in 90 % der Fälle mit vermuteter Beeinträchtigung der Vitalfunktion – regelmässig eingehalten, und in 1539 Fällen war ein Notarzt zur Behandlung der Patienten im Einsatz. Nachdem drei Mitarbeitende die Ausbildung zu diplomierten Rettungssanitätern erfolgreich abgeschlossen haben, verfügt der Rettungsdienst über einen Vollbestand an Fachmitarbeitenden und betreibt seit 1. Januar 2004 die Notrufzentrale rund um die Uhr mit entsprechend ausgebildetem Fachpersonal.

Das Gesundheitsamt war im Jahr 2004 mit dem eigenen Personal sowie teilweise in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei für insgesamt 171 Transporte von psychisch kranken Mitmenschen besorgt. Von den betroffenen Personen mussten 128 nach Rheinau und die übrigen in andere Kliniken eingeliefert werden. Rund die Hälfte der Transporte fand dabei ausserhalb der normalen Arbeitszeit statt.

In öffentlichen Schwimm- und Therapiebädern wurden im Berichtsjahr insgesamt 23 Badewasseruntersuchungen durchgeführt. In zwei Fällen waren die bakteriologischen Anforderungen nicht erfüllt. Es wurde ein zu geringer Desinfektionsgehalt festgestellt.

In Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Rotkreuzdienst, der Samaritervereinigung Winterthur und weiteren Partnern aus dem Gesundheitswesen war das Gesundheitsamt auch an der diesjährigen Winterthurer Messe traditionsgemäss wieder mit dem «Gesundheits-Test-Parcours» vertreten. Wie bereits in den Vorjahren ist der Parcours bei den Besucherinnen und Besuchern auf grosses Interesse gestossen. So haben sich erneut über viertausend Personen einem Test unterzogen und die Gelegenheit genutzt, um die ermittelten Messresultate von Gesamtcholesterin, Kreatinin, Blutdruck, Blutzucker, Körperfettanteil und Bodymass-Index anschliessend mit einer medizinischen Fachperson zu besprechen. Über 525 Personen haben sich zudem im «LuftiBus» der Lungenliga des Kantons Zürich einem Lungenfunktionstest mit Computerauswertung unterzogen. Ergänzend dazu bot sich Interessierten die Möglichkeit, unentgeltlich ihre Sehschärfe zu testen.

Aus dem Bereich Ortshygiene ist zu erwähnen, dass im Berichtsjahr 19 Privathaushalte über die Bekämpfung von Hausungeziefer in der Wohnung beraten worden sind. In 28 weiteren Fällen mussten Abklärungen bezüglich Wohnhygiene durchgeführt werden.

Seit Mitte 2004 unterstützt die Abdeckerei in Zusammenarbeit mit dem Veterinäramt des Kantons Zürich die landesweite Erhebung von Scarpie (Traberkrankheit) bei verendeten Schafen und Ziegen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr zehn Schafs- und vier Ziegenköpfe zur Untersuchung an die Universität Bern gesandt.



Lebensmittelkontrolle

Im Jahr 2004 wurden in Winterthur insgesamt 961 Inspektionen in Lebensmittel verarbeitenden Betrieben, Restaurants, Kantinen, an Festanlässen usw. durchgeführt. Dabei waren 496 Beanstandungen zu verzeichnen. In 377 Fällen wurde direkt mit Verfügung vor Ort geahndet, in 8 Fällen schriftlich verwarnt, und in zehn Fällen wurde Strafanzeige an den Polizeirichter oder an andere Strafbehörden erstattet. Über die Hälfte der Inspektionen in Bäckereien, Konditoreien, Metzgereien sowie Gaststätten mit oder ohne Alkoholausschank führte zu Beanstandungen. Take-Aways und Gelegenheitswirtschaften schnitten im Vergleich dazu eher besser ab. Die häufigsten Beanstandungen betrafen mangelnde Betriebshygiene, bauliche oder einrichtungsbezogene Mängel, für Lebensmittel ungeeignete Temperaturen sowie unvollständige Selbstkontrolldokumente.

Die Abnahme der Beanstandungsquote gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass die neuen Deklarationsbestimmungen bezüglich Alkoholabgabe an Jugendliche und die Landwirtschaftliche Deklarationsverordnung (Fleisch aus Ländern mit Zulassung von Antibiotika und Hormonen als Leistungsförderer) besser eingehalten worden sind.

In fünf Fällen mussten Lebensmittel in Folge Wertverminderung, Verderbnis oder mangelhafter Deklaration beschlagnahmt werden.

Im Auftrag des Kantonalen Labors wurden im Jahr 2004 auf Stadtgebiet insgesamt 490 Lebensmittelproben erhoben. Die Beanstandungsquote aller Lebensmittelproben lag bei rund 25 %, wobei einzelne Lebensmittelgruppen, wie zum Beispiel Milchprodukte, Öle/Fette sowie Fleisch, Fleischwaren und Fisch deutlich überdurchschnittliche Beanstandungsquoten von zum Teil über 40 % zu verzeichnen hatten. Häufigste Beanstandungsgründe waren zu hohe Keimzahlen, beispielsweise in gekochten Teigwaren, Reis oder Aufschnitt sowie verdorbenes Frittieröl. Die steigende Beanstandungsquote von mikrobiologisch untersuchten Proben aus Restaurants von 25 auf 33 Prozent lässt vermuten, dass mangelndes Fachwissen oder schlechte Frequenzierung und, als Folge davon, überlagerte Lebensmittelbestände zu den ungenügenden Resultaten geführt haben.

Die institutionalisierte Lebensmittelkontrolle in den Partnergemeinden hat sich auch in diesem Berichtsjahr bestens bewährt und weiter etabliert. Die Zahl der Beanstandungen liegt in den Vertragsgemeinden etwa in der gleichen Grössenordnung wie in Winterthur.

Das Jahr 2004 war nach jahrelang sehr geringem Pilzvorkommen ein etwas besseres Pilzjahr. Dies zeigte sich

auch daran, dass die städtische Pilzkontrollstelle an der Stadthausstrasse im Vergleich zu den Vorjahren deutlich stärker frequentiert wurde. So wurden der amtlichen Pilzkontrolle im 2004 insgesamt 368 kg Pilze vorgelegt. Von diesem Sammelgut mussten 26 kg Pilze als ungeniessbar oder giftig beschlagnahmt werden. Im Verlauf des Herbstes haben zwei Mitarbeitende den VAPKO-Ausbildungskurs zum amtlichen Pilzkontrollleur besucht und mit bestandener Prüfung abgeschlossen.

Arbeitssicherheit und Unfallverhütung

Im Rahmen des Arbeitsgesetzes, des Unfallversicherungsgesetzes sowie der Verordnung über die Unfallverhütung wurden im Jahr 2004 insgesamt 144 Gewerbebetriebe kontrolliert. In 119 Betrieben, die der ASA-Umsetzungspflicht unterliegen, wurden Betriebskontrollen nach der Richtlinie über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit (ASA) durchgeführt. Von diesen kontrollierten Betrieben verfügten 64 über eine ausreichende Dokumentation, die entweder auf einer Branchenlösung oder auf einer selbst erarbeitenden individuellen Lösung basieren und eine ordentliche Systemkontrolle zulassen. Bei den restlichen 55 Betrieben wurden Vorabklärungen durchgeführt und die Verantwortlichen mit entsprechendem Informationsmaterial und individueller Beratung unterstützt. Weiter wurden bei 523 Betrieben schriftliche Standortbestimmungen bezüglich der Umsetzung der ASA-Richtlinien vorgenommen. Insgesamt mussten bei 185 Betrieben Massnahmen vorgeschrieben oder Mahnungen zur Behebung von Missständen erlassen werden. Am häufigsten wurden Mängel an Druckluftkompressoren, Ständerbohrmaschinen und Treppenhandläufen sowie Unzulänglichkeiten hinsichtlich Lagerung und Umgang mit Säuren und Laugen festgestellt. Nicht weniger häufig zu beanstanden war ausserdem das Fehlen von Warnschildern sowie mangelhafte Lüftung und Beleuchtung.

Neben den Gewerbebetrieben wurden auch 60 Ämter und Bereiche der Stadtverwaltung Winterthur bezüglich ASA-Umsetzungsstand kontrolliert. 16 Bereiche oder Ämter haben die Richtlinien vollständig umgesetzt. In 38 Betrieben ist die Umsetzung derzeit im Gang, und sechs Betriebe haben die Arbeiten noch nicht in Angriff genommen oder sind von der ASA-Umsetzungspflicht ausgenommen. Das Gewerbeinspektorat unterstützt die Bereiche und Ämter der Stadtverwaltung auf Wunsch in allen Belangen des Arbeitnehmerschutzes.

Im Rahmen des koordinierten Vollzugs des Arbeits- und des Unfallversicherungsgesetzes wurden das Gewerbeinspektorat und die Gewerbepolizei an die AIDA-Betriebsdatenbank des AWA (Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich) angeschlossen. Seither werden mit dieser EDV-Lösung sämtliche Geschäfte aus diesen Bereichen administrativ abgewickelt. Im Berichtsjahr wurden die Eckdaten aller rund 3500 Betriebe, die in Winterthur ansässig sind, in die Datenbank aufgenommen.

Neben den eigentlichen Betriebsbesuchen wurden für Gewerbebetriebe 135 Planbegutachtungen vorgenommen

und zuhänden des Kantonalen Strassenverkehrsamtes 12 Antragstellende für eine Garagennummer überprüft.

Immissionsschutz

Die Schadstoffbelastung der Luft war im Berichtsjahr deutlich geringer als im witterungsmässig extremen 2003 und lag etwa im Bereich der vorangegangenen Jahre. Insgesamt waren an 33 Tagen 152 1-Stunden-Grenzwertüberschreitungen für Ozon zu verzeichnen, was einem markanten Rückgang gegenüber dem letzten Jahr entspricht. Der maximal gemessene Stundenmittelwert für Ozon lag mit 171 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ einiges tiefer als im Vorjahr, aber immer noch deutlich über dem Grenzwert von 120 $\mu\text{g}/\text{m}^3$. Ähnlich hohe Ozonbelastungen wurden in Winterthur in den 90er-Jahren gemessen.

Für die Stickstoffdioxidbelastung (NO_2) wurden an den Standorten Obertor und Schulhaus Rythenberg Jahresmittelwerte von 30 bzw. 28 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft verzeichnet. Diese Werte sind gegenüber dem Vorjahr leicht tiefer und liegen im Bereich des Langzeitgrenzwertes von 30 $\mu\text{g}/\text{m}^3$. Am stark verkehrsbelasteten Standort Sulzer in Oberwinterthur lag die Stickstoffdioxidbelastung bei 43 $\mu\text{g}/\text{m}^3$.

Die an 14 Standorten über das gesamte Stadtgebiet verteilten Stickstoffdioxid-Passivsammler ergaben Jahresmittelwerte zwischen 19 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ (Büelhofstrasse) und 55 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ (Technikumstrasse). Die Schwefeldioxidmesswerte (SO_2) haben sich weiterhin auf tiefem Niveau stabilisiert und liegen nach wie vor deutlich unter den Grenzwerten.

Der lungengängige Schwebestaubanteil PM 10 (Partikeldurchmesser von weniger als 10 Mikrometer) lag am Obertor mit einem Jahresmittelwert von 21 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ im Bereich des Grenzwertes der Luftreinhalte-Verordnung von 20 $\mu\text{g}/\text{m}^3$. Insgesamt waren 13 Tagesmittelwertüberschreitungen zu verzeichnen; der Höchstwert betrug 86 $\mu\text{g}/\text{m}^3$.

In Ergänzung zur Plakatkampagne «Motor abschalten beim Halten», welche im Vorjahr gestartet worden ist und die Bevölkerung zum sparsamen Umgang mit Treibstoff animieren soll, wurden im Berichtsjahr an zehn innerstädtischen Bahnübergängen fest montierte Schilder mit dem Hinweis «Danke fürs Motor abschalten» angebracht.

Als weitere kommunikative Massnahme im Dienst Lufthygiene ist im Berichtsjahr für Betreiber von Holzöfen und Cheminees der Flyer «Was stinkt denn hier?» konzipiert worden. Dieses Flugblatt gibt Auskunft über den Kreislauf von Luftschadstoffen, die richtige Brennstoffwahl und die unerlaubte Abfallentsorgung.

Zeltplatz am Schützenweiher

Die Belegung des Zeltplatzes am Schützenweiher hat sich auf sehr hohem Niveau stabilisiert. Im Sommer ist er mehrheitlich von Touristinnen und Touristen, im Winter von Dauergästen sehr gut belegt. Schliesslich konnte im Berichtsjahr die Sanierung der sanitären Einrichtungen abgeschlossen werden.

Statistische Angaben

Gesundheitswesen

	2004	2003
<i>Krankentransporte durch Ambulanz Kantonsspital</i>		
Total Einsätze	5 816	5 741
<i>Transporte psychisch kranker Personen durch Gesundheitsamt und Stadtpolizei</i>	171	150

Lebensmittelkontrolle

<i>Lebensmittelkontrollen/Inspektionen</i>		
Anzahl Kontrollen	961	1 144
Beanstandungen 496 (624)	52 %	55 %
<i>Pilzkontrolle</i>		
Total Besucher/innen der Pilzkontrolle	352	254
Kontrollierte Pilze in kg	368	284
Davon ungeniessbar und giftig in kg	26	30
<i>Bauliche Kontrollen Lebensmittelbetriebe</i>		
Planbegutachtungen	48	55
Kontrollen am Objekt + Besprechungen	64	88
Bauabnahmen	54	48

Untersuchungen/Analysen

<i>Lebensmitteluntersuchungen im Kantonalen Laboratorium:</i>		
Anzahl Proben	490	624
davon Beanstandungen: 121 (142) Proben	25 %	23 %
Beschlagnahmungen	5	3

Ergebnisse der Luftuntersuchungen

Feste Messstationen	Jahresmittelwerte (µg/m³)	
	2004	2003
Obertor (Altstadt)	SO ₂ 4	SO ₂ 9
Rychenberg (Oberwinterthur)	3	6
Obertor (Altstadt)	NO ₂ 30	NO ₂ 34
Rychenberg (Oberwinterthur)	28	31
Sulzer (Oberwinterthur)	43	46
<i>Stickstoffdioxid-Passivsammler</i>	NO ₂	NO ₂
Höchster Jahresmittelwert	55	62
Tiefster Jahresmittelwert	19	21
<i>Ozon, Messstation Obertor</i>		
Max. Stundenmittel (µg/m³)	171	196
1-Stunden-Grenzwertüberschreitungen	152	515
Tage mit Grenzwertüberschreitungen	33	85
<i>Schwebstaub, Messstation Obertor</i>		
Jahresmittelwert	21	26
<i>LRV-Grenzwerte</i>		
Schwefeldioxid	SO ₂ 30 µg/m³	Jahresmittelwert
Stickstoffdioxid	NO ₂ 30 µg/m³	Jahresmittelwert
Ozon	O ₃ 120 µg/m³	1-Stunden-Grenzwert
Schwebstaub	PM10 20 µg/m³	Jahresmittelwert

Zeltplatz

	2004	2003
Sommerbetrieb:		
Gäste	1 959	1 976
Übernachtungen	10 163	10 053
Winterbetrieb:		
Wohnwagen	49	49
Übernachtungen	10 540	10 525
Dauerstandplätze:	Anzahl Einheiten	6,5 5,5

Abdeckerei

Umgeschlagene Tonnen	61	54
Öffentliche Sammelstellen	16	16

Melde- und Zivilstandswesen*

Zu den Schwerpunkten des Berichtsjahres zählten die organisatorische Ausgliederung des Bestattungswesens, der Weiterausbau der Online-Dienstleistungen des Zivilstandsamtes, die Einführung von Samstagstrauungen und der markante Bevölkerungsanstieg. Am 4. August konnte Stadtpräsident Ernst Wohlwend die 95-tausendste Einwohnerin der Stadt Winterthur mit einem Blumenstrauss willkommen heissen. Bis Ende des Jahres war ein weiterer Anstieg der Stadtbevölkerung um 550 Personen zu verzeichnen. Zu diesem signifikanten Wachstum beigetragen haben neben der anhaltend regen Wohnbautätigkeit auf Stadtgebiet auch die nunmehr volle Freizügigkeit im Personenverkehr mit den 15 «alten» EU-Ländern und das vereinfachte Bewilligungsverfahren für Kurzaufenthalter. Die gestiegene Mobilität der Bevölkerung widerspiegelt sich ferner auch darin, dass die Verarbeitung von Zuzügen, Wegzügen und stadtinternen Adresswechseln gemessen an der Zahl der Geschäftsfälle mit jährlich etwa 25 000 Mutationen inzwischen zum zweitgrössten Aufgabengebiet der Einwohnerkontrolle angewachsen ist. Zahlenmässig übertroffen werden die Mutationen nur noch von den Bestätigungen aus dem Einwohnerregister und den Anträgen für schweizerische Reisepapiere, die pro Jahr rund 30 000 Dokumente ergeben. Diese Dienstleistungen können jedoch dank den Gebührenerträgen weitgehend kostendeckend erbracht werden.

Mit Wirkung ab 1. Februar 2004 hat die Friedhofverwaltung vom Zivilstandsamt sämtliche Aufgaben übernommen, die im Zusammenhang mit Bestattungen anfallen. Seither ist die Friedhofverwaltung sowohl für das Einsargen und den Transport der Verstorbenen wie auch für die Organisation der Bestattungen zuständig. Die Todesfälle werden daher nicht mehr im Zivilstandsamt, sondern direkt bei der Friedhofverwaltung gemeldet. Diese Neuorganisation ist in der Bevölkerung sehr gut aufgenommen worden. Begrüsst wird vor allem, dass den Angehörigen bei einem Todesfall nun eine einzige Ansprechstelle für sämtliche Belange zur Verfügung steht.

Die landesweite Einführung des elektronischen Zivilstandsregisters InfoStar kommt planmässig voran. Bis Mitte Dezember waren gesamtschweizerisch bereits rund 1,2 Millionen Personen in die Datenbank aufgenommen worden, wovon 13 000 Personen durch das Zivilstandsamt Winterthur. Die konventionellen Einzelregister (Eheregister, Geburtsregister, Todesregister und Anerkennungsregister) wurden per 30. November 2004 geschlossen; seit Anfang Dezember des Berichtsjahres werden alle Zivilstandsfälle direkt im elektronischen Zentralregister erfasst. Das Familienregister (Bürgerregister) wird zwar in Ausnahmefällen noch weitergeführt; dennoch kann gesagt werden, dass die traditionelle Registerführung in Buch- oder Loseblatt-Format unwiderruflich der Vergangenheit angehört. Ein Stück facettenreiche Verwaltungsgeschichte ist damit zu Ende gegangen.

Die mit dem Zusammenschluss der Bezirksgemeinden zu einem gemeinsamen Zivilstandskreis eingeführte Neuerung, dass sich Brautpaare aus dem Bezirk im Regelfall nicht mehr in ihrer Wohngemeinde, sondern in Winterthur trauen lassen, hat sich im zweiten Jahr gut eingespielt. Von insgesamt 817 Trauungen wurden noch 36 Ehe-



Stadtpräsident Ernst Wohlwend und Bereichsleiterin Esther Werli begrüßen die 95-tausendste Einwohnerin in Winterthur

schliessungen in den Bezirksgemeinden durchgeführt, davon 25 durch lokale Traubeamte. Die 2004 erstmals angebotenen Samstagstrauungen im Museum Lindengut erfreuten sich grosser Beliebtheit, machten doch bis zum Jahresende bereits 78 Paare von diesem Angebot Gebrauch. Der erste Trau-Samstag des Jahres, der 15. Mai 2004, wurde zum Anlass genommen, um den inzwischen zur Tradition gewordenen jährlichen Empfang der Brautleute durchzuführen. Bei strahlendem Sonnenschein und vor malerischer Kulisse durfte Stadtrat Hans Hollenstein im Park des Museums Lindengut im Beisein der Hochzeitsgesellschaften gegen 300 Gäste begrüßen.

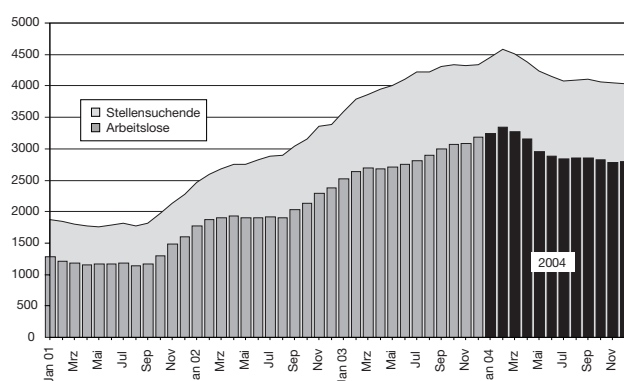
Der persönliche Schalterkontakt hat im täglichen Geschäftsverkehr zwar nach wie vor vorrangige Bedeutung, doch zeichnet sich bereits seit längerem der Trend ab, dass immer mehr Leute ihre Angelegenheiten vorzugsweise elektronisch via Internet erledigen. Das Melde- und Zivilstandswesen hat diese Entwicklung frühzeitig erkannt und dank stetigem Ausbau der Online-Dienstleistungen in den letzten Jahren die Anzahl jener Geschäfte, die eine persönliche Vorsprache am Schalter der Einwohnerkontrolle bzw. des Zivilstandsamtes erfordern, erheblich reduziert. Im Vergleich zur Gesamtzahl der Dienstleistungen ist die Benutzerfrequenz im Internet mit etwa 5 Prozent zwar noch relativ klein; jedoch ist absehbar, dass dieser Anteil in den kommenden Jahren im Gleichschritt mit der wachsenden Bedeutung elektronischer Kommunikationsmittel stetig zunehmen und für die interne Geschäftsabwicklung immer stärker an Bedeutung gewinnen wird. Der höchste Anteil an Internetgeschäften war im Berichtsjahr mit rund 10 Prozent bei den Adresswechseln zu verzeichnen. Die jüngste Neuerung im elektronischen Dienstleistungsbereich des Zivilstandsamtes ist die Möglichkeit, via Internet die persönliche Geburtszeit in Erfahrung zu bringen. Voraussetzung ist, dass man im Zivilstandskreis (Bezirk) Winterthur geboren ist. Weiter ist neu auch die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Winterthur jederzeit online abrufbar: Zuzüge und Geburten, Wegzüge und Todesfälle werden nach ihrer Verarbeitung im Einwohnerregister unverzüglich auch im Internet nachgeführt, so dass die dort angegebene Bevölkerungszahl jederzeit aktuell ist.

* Der Bereich Melde- und Zivilstandswesen ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projekts in separater Form.

Arbeitsamt

Das Wirtschaftswachstum in der Schweiz war erneut zu schwach, um auf dem Arbeitsmarkt eine markante Entlastung herbeizuführen. Die Arbeitslosenquote lag gesamtschweizerisch mit einem Jahresdurchschnitt von 3,9 % sogar etwas höher als im Vorjahr. In Winterthur war ab Mitte Jahr eine leichte Entspannung zu verzeichnen, nachdem im Monat Februar mit 3339 arbeitslosen Personen noch ein neuer Höchststand erreicht worden war. Noch nie seit der offiziellen Registrierung der Arbeitslosigkeit waren in Winterthur mehr Erwerbslose gemeldet. Anschliessend sank die Arbeitslosenquote lokal innert Jahresfrist von 6,3 auf 5,5 Prozent. Trotz dieses Rückgangs blieb die Arbeitslosigkeit in Winterthur im Vergleich zu anderen Städten und Kantonen überdurchschnittlich hoch.

Entwicklung der Zahl der Stellensuchenden/Arbeitslosen seit 2001



Arbeitsmarkt Winterthur

Entgegen allen optimistischen Prognosen trat im Berichtsjahr der konjunkturelle Aufschwung nicht ein. Zwar vermochte die Schweizer Wirtschaft ihre Exporte weiter zu erhöhen, im Binnenmarkt fehlten jedoch die nötigen Impulse, um die Beschäftigungssituation signifikant zu verbessern. Die Arbeitslosenquote hat darauf mit einer erneuten Zunahme in den Wintermonaten reagiert und sich in der Folge ab Mitte Jahr stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt stieg die Arbeitslosigkeit in Winterthur um 0,1 auf 5,9 Prozent. Ende Februar wurde mit 3339 gar die bisher höchste Anzahl erwerbsloser Personen registriert.

Am 1. Juni 2004 trat die zweite Phase der Freizügigkeitsregelung im Rahmen der bilateralen Verträge mit der EU in Kraft. Damit fielen im Verhältnis zu EU/EFTA-Bürgern und -Bürgerinnen der Inländervorrang und die vorgängige Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen weg. Im Gegenzug sollen flankierende Massnahmen ein Lohn- und Sozialdumping verhindern. Die Erfahrungen der ersten sieben Monate hat gezeigt, dass diese Öffnung in einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes eine Konkurrenzsituation bewirkte, die der Vermittlungstätigkeit der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) nicht förderlich ist. Selbst in Branchen, in denen genügend einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wurde aus Kostenüberlegungen vermehrt auf Stellen Suchende aus dem nahen Ausland ausgewichen. Durch die erweiterte Freizügigkeit fiel mit Bezug auf EU/EFTA-Angehörige auch die bisherige Kontrolltätigkeit des Arbeitsamtes weg. Als Folge davon wurde die Fachabteilung Arbeitsbewilligungen aufgehoben. Den zwei Mitarbeitenden konnten neue

Tätigkeiten in anderen Bereichen des Arbeitsamtes angeboten werden. Sämtliche Gesuche um ausländische Arbeitskräfte für den Kanton Zürich werden seit 1. Juni 2004 beim Kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit bearbeitet.

Die anhaltenden Probleme im Arbeitsmarkt und die hohe Sockelarbeitslosigkeit gaben Anlass, die Wiedereingliederung von Stellen suchenden Personen im Rahmen von interinstitutioneller Zusammenarbeit auch auf nationaler Ebene zu thematisieren. Ziel solcher Zusammenarbeit ist es, die Arbeitsmarktfähigkeit von Beschäftigungslosen amtsübergreifend im Auge zu behalten und vorhandene Schlüsselqualifikationen zu nutzen, um die Betroffenen möglichst rasch wieder dem ersten Arbeitsmarkt zuzuführen. In diesem Sinn sollen die Personalberater und -beraterinnen des RAV ihre Fachkenntnisse auch solchen Personen anbieten, die von anderen Institutionen finanziell unterstützt werden.

Im Rahmen des interinstitutionellen Projektes Work-In, welches bereits im Vorjahr gestartet worden war und in der Pilotphase ermutigende Ergebnisse brachte, wurde der Beratungsteil des RAV ausgebaut. In einem separaten Beratungsbüro in den Räumen der Sozialberatung können vorhandene Fragen zur Arbeitslosenversicherung unverzüglich abgeklärt werden. Im Weiteren werden die Sozialarbeitenden der Sozialberatung individuell beraten.

Die Überbrückungsangebote der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte wurden aufgrund der veränderten Gegebenheiten leicht ausgebaut. Den Schwerpunkt bildete das Angebot für ALV-Anspruchsberechtigte, wobei insbesondere die Praktikumsplätze ihrer Wirtschaftsnähe wegen forciert ausgebaut wurden. Der zunehmenden Anzahl jugendlicher Stellensuchender wurde mit einer Erhöhung der Plätze im Projekt Transit begegnet.

Die Infrastruktur des Regionalen Arbeitsmittlungszentrums RAV benötigte im Berichtsjahr keine wesentlichen Änderungen, nachdem der Personalbestand bereits im Vorjahr den aktuellen Verhältnissen entsprechend angepasst wurde. Die Anforderungen an die Personalberaternen haben sich weiter erhöht, musste doch über eine längere Zeit eine überdurchschnittliche Anzahl Stellensuchender betreut werden, was mit einer erheblichen Mehrbelastung verbunden war. Der richtige Umgang mit Beschäftigungslosen im nach wie vor schwierigen arbeitsmarktlichen Umfeld erfordert von den Personalberatern ein hohes Mass an Einfühlungsvermögen, Menschenkenntnis und Sozialkompetenz.

Auch in diesem Berichtsjahr gab es bei verschiedenen Betrieben in der Stadt Winterthur resp. im RAV-Gebiet Winterthur leider wieder Entlassungen grösseren Ausmasses zu verzeichnen, vereinzelt kam es auch zu Betriebsschliessungen. Für Besorgnis und überregionales Aufsehen sorgte die Ankündigung von USEGO, das Logistik Center in Winterthur zu schliessen. Aus hinlänglich bekannten Gründen den Betrieb aufgegeben haben hat die alteingesessene Krankenkasse KBV. Erfreulich ist immerhin, dass die meisten ihrer Mitarbeitenden von einer grösseren Krankenkasse übernommen worden sind.

Ein besonderes Augenmerk galt auch im Jahr 2004 der Kontaktpflege mit den Sozialpartnern. Unter den Beteiligten bestand Übereinstimmung, dass die Beurteilung der regionalen arbeitsmarktlichen Entwicklung immer schwieriger wird. Im Zuge der immer stärkeren internationalen Vernetzung der Wirtschaft gewinnen die schwer berechenbaren, globalen Einflüsse auf das Wirtschafts- und Beschäftigungsgeschehen je länger je mehr an Bedeutung. Die Gespräche mit den Sozialpartnern ermöglichen jedoch, einzelne Segmente des lokalen Arbeitsmarktes speziell zu beleuchten und gegebenenfalls entsprechende Massnahmen einzuleiten. Im Fokus solcher Bestrebungen sind im Speziellen auch direkt betroffene Gruppen wie Schul- oder Lehrabgehende.

Einige Arbeitsmarktdaten von Winterthur im Jahresvergleich

	Dez. 2003	Dez. 2004	Veränderung	in %
Arbeitslosenquote	6,3 %	5,5 %	- 0,8 %	
Arbeitslose total	3 181	2 795	- 386	- 12 %
- Männer	1 776	1 535	- 241	- 14 %
- Frauen	1 405	1 260	- 145	- 10 %
Anteil Ausländer/innen	45 %	46 %	1 %	
Langzeitarbeitslose	635	614	- 21	- 3 %
Ausgesteuerte (kumuliert)	560	785	225	40 %

Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV)

Rückgang auch in den Gemeinden

Anfang Jahr wurden im Kanton Zürich die Abläufe bei Neuanmeldungen neu geregelt, um die Gemeinden von diesen Aufgaben zu entlasten. Sämtliche 21 Gemeinden des RAV-Gebiets Winterthur waren im Berichtsjahr von Arbeitslosigkeit betroffen. In 17 Gemeinden war die Zahl der Arbeitslosen Ende Jahr tiefer als im Vorjahr. Mit 123 beschäftigungslosen Personen Ende Jahr wies die Gemeinde Zell die höchste Arbeitslosigkeit aus.

Vermehrt müssen sich auch die Gemeindebehörden mit der Frage beschäftigen, wie ausgesteuerten Personen weitergeholfen werden kann. Nebst der weiterführenden Beratung durch das RAV in Richtung Wiedereingliederung in den primären Arbeitsmarkt sind verstärkt auch Alternativen wie praxisnahe Beschäftigungseinsätze zu prüfen. Diese können ihrerseits dazu beitragen, die Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen wieder zu erhöhen. Die in der Stadt Winterthur aufgebaute interinstitutionelle Zusammenarbeit soll künftig auch den umliegenden Gemeinden zugute kommen.

Wiedereingliederungsstrategie

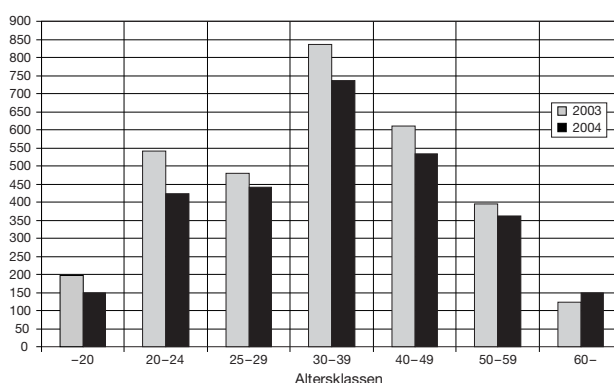
Erneut war bei den Stellen suchenden Personen, die beim RAV gemeldet waren, eine hohe Fluktuation festzustellen. Die Betroffenen kommen aus praktisch allen Branchen und Berufen. Unterschiedlich ist jeweils die Dauer der Arbeitslosigkeit, die von verschiedenen Faktoren wie Ausbildung, Alter, Nationalität, Sprach- und Fachkenntnissen abhängt. Ziel der Beratung im RAV ist eine rasche und dauerhafte Wiedereingliederung in den Erwerbsprozess. Die Personalberatenden legen zusammen mit den Stellen Suchenden die dafür nötigen Schritte fest. Der Erfolg der Beratung wird mittels Indikatoren gemessen und einem gesamtschweizerischen Vergleich unterzogen.

Aufgrund entsprechender Vorgaben im revidierten Arbeitslosenversicherungsgesetz zur Qualitätsentwicklung der Personalberatung müssen neuerdings alle Mitarbeitenden der RAV die Ausbildung zum eidg. dipl. Personalberater absolvieren oder eine gleichwertige Ausbildung vorweisen. Im Berichtsjahr haben erneut vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des RAV Winterthur die Diplomprüfung bestanden.

Rückgang in den meisten Altersklassen

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Altersklassen zeigt einen generellen Rückgang; die Ausnahme bilden die über 60-Jährigen. Ferner macht die Grafik deutlich, dass die jüngeren und mittleren Altersklassen am stärksten rückläufig waren. Ältere Stellensuchende benötigen meist mehr Zeit, um eine neue Anstellung zu finden.

Vergleich Arbeitslosigkeit nach Alter (Stichtag 31. Dezember)



Qualifizierung der stellensuchenden Personen

Die qualifizierenden Massnahmen dienen dazu, die Arbeitslosen durch fachspezifische Aus- und Weiterbildung auf die laufend steigenden Anforderungen im Arbeitsmarkt vorzubereiten und sie damit in ihrer Stellensuche zu unterstützen. Das Dienstleistungsangebot des RAV enthält denn auch nebst den periodischen Beratungsgesprächen und Zuweisungen an Dritte (z.B. Berufsberatung) ein weit reichendes Angebot an solchen Massnahmen. Deren individuelle Auswahl erfolgt jeweils mit fachlicher Unterstützung der RAV-Personalberatenden. Im Berichtsjahr wurde das Angebot wie folgt genutzt:

Art der Weiterbildung	Jahr 2003	Jahr 2004
Sprachkurse	582	636
Informatikkurse	630	590
Standortbestimmungs- und Persönlichkeitsorientierte Kurse	1 503	1 853
Fachkurse (wie Hauswartkurse, Schweisskurse, Hotel, Gastronomie, CAD-Kurse, Kranführer)	510	577
Vorübergehende Beschäftigung bei Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) und weiteren Anbietern	549	610
Motivationssemester für Jugendliche	207	277
Total	3 981	4 543

Vermittlungstätigkeit

Eine Kernaufgabe des RAV ist es, Beschäftigungslosen geeignete Stellenangebote zu vermitteln. Weil jedoch eine gesetzliche Meldepflicht für offene Stellen fehlt, ist das RAV darauf angewiesen, auf der Grundlage einer kundenorientierten Vermittlungstätigkeit mit den Unternehmen der Region gute Beziehungen zu unterhalten. Das RAV Winterthur hat dies schon früher erkannt und setzt für jede der drei RAV-Abteilungen eigens mit dieser Aufgabe betraute Kundenberater ein. Seit letztem Jahr arbeiten auch die anderen RAV im Kanton Zürich nach diesem System.

Branche	2003			2004		
	Aufnahme neuer Stellen	Zuweisungen	Vermittelte Stellen	Aufnahme neuer Stellen	Zuweisungen	Vermittelte Stellen
Baugewerbe, Metallindustrie, Logistik und Reinigung	915	2 425	384	1 093	2 263	303
Kaufmännische Berufe, Verkauf und Produktion	398	1 322	142	310	1 294	120
Gastgewerbe, Gesundheit, Bildung und Informatik	539	1 781	233	559	2 470	222
Total	1 852	5 528	759	1 962	6 027	645

Treffpunkt Horizont

Der offene Treffpunkt Horizont bleibt ein wichtiger Bestandteil der indirekten Unterstützung von Beschäftigungslosen bei ihrer Stellensuche. Die Besucherzahl lag mit rund 25 000 Personen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Das Angebot des Horizonts umfasst eine zweckmässige Infrastruktur und verschiedene Dienstleistungen (u.a. Schreibstube, Leseecke, Internet-Terminal und Mithilfe beim Verfassen von Lebensläufen und Bewerbungsschreiben).

Arbeitsmarktliche Kontrolle der Ausländerinnen und Ausländer

Die Umsetzung der zweiten Phase der Personenfreizügigkeit für Angehörige der EU/EFTA-Staaten gab Anlass, die diesbezüglichen Zuständigkeiten und das Bewilligungswesen im Kanton Zürich zu überprüfen und zu reorganisieren. Neu finden sie sich im Amt für Wirtschaft und Arbeit zusammengefasst, welches in diesen Belangen nunmehr für das ganze Kantonsgebiet zuständig ist.

Die Ausländerregelung für die Kontingentsperiode 2003/2004 stand ganz im Zeichen der Umsetzung der bilateralen Verträge mit der EU. Neu ist, dass den Kantonen keine direkten Kontingente für ausländische Arbeitskräfte mehr zugeteilt werden. Die Gesamtkontingente wurden im Jahresverlauf stark beansprucht, obwohl eine hohe Anzahl inländischer Arbeitskräfte zur Verfügung stand. Mit dem Wegfall sowohl des Inländervorrangs als auch der Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde den EFTA/EU-Bürgern und -Bürgerinnen der Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt erheblich erleichtert.

In den sieben Monaten der Kontingentsperiode 2003/2004 wurden bis Mai 2004 rund 2100 Gesuche bearbeitet. Dies zeigt, dass der hiesige Arbeitsmarkt trotz hoher Beschäftigungslosigkeit im Inland offenbar weiterhin stark auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist. Am meisten Bewilligungen wurden im Bauhaupt- und Bauneben-gewerbe erteilt.

Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

2004 – Keine Entspannung

Ziel Arbeitsmarkt

Eine möglichst rasche Integration in die Arbeitswelt ist für die Lebensqualität beschäftigungsloser Personen von grosser Bedeutung, denn dadurch erhalten sie nicht nur ein Verdienst zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts, sondern auch gesellschaftliche Anerkennung und Selbstwertgefühl. Aus Kostengründen ist eine hohe Wiedereingliederungsrate und damit verbunden eine Reduktion der Arbeitslosenquote auch für die Sozialversicherungen ALV, IV und die Sozialhilfe von grösstem Interesse. Vor diesem Hintergrund erfüllen die Arbeitsprojekte eine wichtige Funktion: Sie sind ein bewährtes Instrument, um den Beschäftigung Suchenden den Ein- oder Wiedereinstieg in ein reguläres Arbeitsverhältnis zu erleichtern, ihre Arbeitsmarktfähigkeit zu erhalten, ihre beruflichen Fähigkeiten zu erweitern und gegebenenfalls ihre Sprachkenntnisse zu verbessern.



Schwache Konjunktur – mehr Arbeit in Projekten

Mehr Bundesmittel

Unter dem Eindruck der nach wie vor angespannten Beschäftigungslage erklärten sich Bund und Kanton bereit, die Kosten für eine neuerliche Erhöhung des Angebots um 10 % (28 %) zu übernehmen. Auch mit dem vergrösserten Angebot an Arbeitsprojekten konnten die teils langen Wartelisten allerdings nur bedingt abgebaut werden.

Schwerpunkte – Jugend und Wirtschaftsnähe

Die bereits letztes Jahr erhöhte Kapazität der Motivationssemester Transit wurde erneut um 12 Plätze auf total 96 Jahresplätze ausgeweitet.

Dazu kommt der Ausbau der Praktikumsplätze um 18 Jahresplätze. Damit stehen stellenlosen Lehrabgehenden und schwer vermittelbaren Erwachsenen 45 Jahresplätze für ein- bis sechsmonatige Einsätze zur Verfügung.

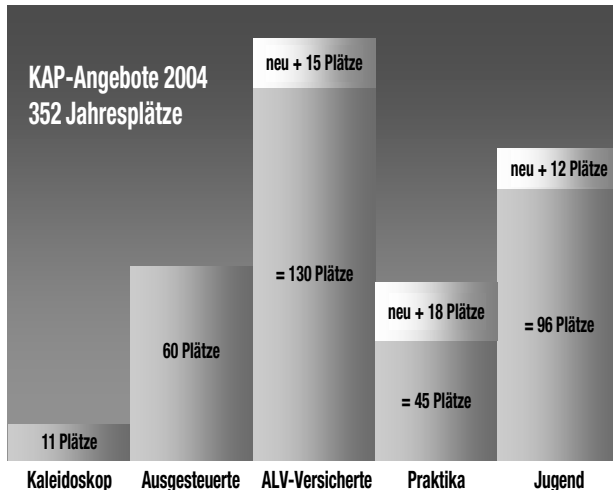
Das Angebot für Arbeitslose, die beim RAV gemeldet sind, wurde von 115 auf 130 Arbeitsplätze erweitert. Finanziert werden diese Plätze durch den Bund.

Insgesamt ist das vielschichtige Arbeitsangebot von bisher 303 Plätzen um 38 auf 341 Arbeitsplätze ausgebaut worden. Zusammen mit den 11 Plätzen des Abklärungskurses Kaleidoskop belief sich das Gesamtangebot der KAP im Berichtsjahr auf 352 Jahresplätze gegenüber 236 vor zwei Jahren. Dieser erhebliche Ausbau war für Winterthur mit keinen Mehrkosten verbunden.

Gute Belegung

Insgesamt nahmen 1366 (1162) Personen an den Integrationsmassnahmen teil, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 18 % (28 %) bedeutet. Davon entfielen 809 (668) auf die Beschäftigungsprogramme, 201 (160)

Erweiterung im Bereich Jugend und Wirtschaft



auf die Praktika und 231 (203) auf die Jugendprojekte. Die Abklärungskurse Kaleidoskop wurden von 125 (131) Personen belegt.

Stellenerfolg

Jede dritte Person findet eine Stelle

Die Qualifizierung von Beschäftigungslosen mit dem Ziel eines möglichst raschen und dauerhaften Stellenerfolgs ist das Hauptziel der KAP.

Von den insgesamt 1366 (1162) teilnehmenden Personen traten 1054 (885) während des Berichtsjahres aus den Arbeitsprojekten aus. Von diesen fanden 310 (262) eine Stelle, was einem Anteil von erneut 30 % (30 %) entspricht. Für 173 (149) Personen – oder 16,5 % (17 %) – ergaben sich andere weiterführende Lösungen, 571 (475) oder 55 % (53 %) befinden sich weiterhin auf Stellensuche.

ALV-Beziehende

Von den 304 (333) ausgetretenen anspruchsberechtigten Personen fanden 83 (71) – respektive 27 % (21 %) – während oder kurz nach Abschluss ihres befristeten Einsatzes eine dauerhafte Anstellung.

Ausgesteuerte

403 Personen nahmen nach über zweijähriger erfolgloser Stellensuche freiwillig an einem Arbeitsprojekt teil. Von den 350 (248) ausgetretenen Personen fanden 47 (31) Personen eine feste Anstellung, was einer Quote von 13 % (17 %) entspricht. 233 (144) Teilnehmende erhielten von der Koordinationsstelle einen Lohn, 170 (104) bezogen Sozialhilfe.

Jugendprojekte, Praktika und Kursangebot

Von den 400 ausgetretenen Teilnehmenden dieser Projekte fanden 180 Personen (45 %) eine Stelle und für 135 Personen (34 %) ergab sich eine andere Lösung.

Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ

Partner

Das RAV, die Sozialberatung und die KAP arbeiten immer enger zusammen. Mit dem Einbezug der RAV-

Aussenstelle wurden auch die betrieblichen Abläufe und Schnittstellen vereinfacht. Mittels eines kürzlich gestarteten IIZ-Projekts soll das Erreichte auf ein stabiles Fundament gestellt und die künftige Zusammenarbeit auch unter Einbezug der Berufsberatung und der IV koordiniert werden.

ZAS-KAP-Projekt – «Passage»

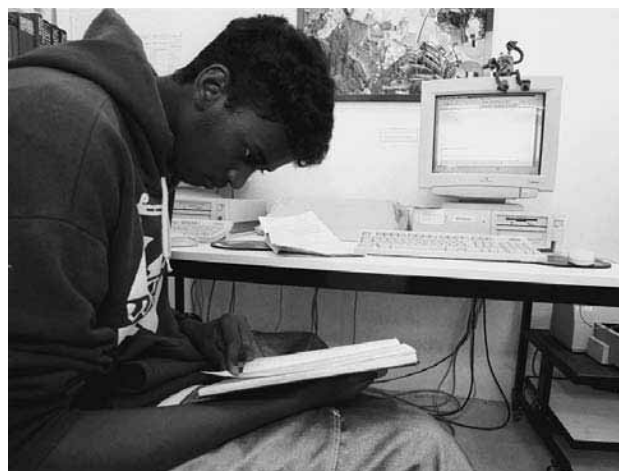
Das Projekt «Passage» richtet sich an arbeitsfähige, um Sozialhilfe ersuchende Personen, die keinen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung ALV haben. Bevor ihr Sozialhilfebegehren an die Hand genommen wird, erhalten sie zunächst die Möglichkeit, im Sinn einer Übergangslösung für einen Monat zu einem existenzsichernden Lohn in einem betreuten Gruppenprogramm der KAP zu arbeiten. Dadurch wird ihnen Gelegenheit gegeben, berufliche Eigenverantwortung zu übernehmen, vorübergehend selber für ihren Lebensunterhalt aufzukommen und sich bietende Chancen im Arbeitsmarkt zu nutzen. Dank diesem bewährten Projekt konnte die Inanspruchnahme von Sozialhilfe reduziert werden.

Das Angebot wurde doppelt so stark genutzt wie im Vorjahr. Insgesamt wurden 305 (138) Personen bei der KAP angemeldet. 193 (84) Personen nahmen am einmonatigen Arbeitseinsatz teil. Weitere Angaben hierzu finden sich im Geschäftsbericht der Sozialberatung.

Für das Jahr 2004 erstellte die Sozialberatung eine Kosten-Nutzen-Bilanz, welche mit ihrem Ergebnis den Wert der interinstitutionellen Zusammenarbeit aufzeigt: Auf der Aufwandseite sind 930 000 Franken (540 000 Franken) für Programmkosten und Lohnkosten der Sozialhilfe beziehenden Teilnehmenden zu verzeichnen. Diesen Kosten standen hypothetische Einsparungen von 3 700 000 Franken (2 100 000 Franken) für nicht mehr gemeldete Personen gegenüber, die aus eigener Kraft eine andere Lösung fanden.

«Work-In»

Hauptzweck dieses von RAV, KAP und Wirtschaftshilfe gemeinsam getragenen Projekts ist die fachübergreifende Unterstützung in arbeitsmarktlichen Belangen von Sozialhilfe Beziehenden, die den beruflichen Wiedereinstieg suchen. Dazu gehören die Standortbestimmung im aktuellen Arbeitsmarkt, die Erstellung eines Förderplans mit Bericht an die Fall führenden Sozialberatenden und die Einleitung entsprechender Massnahmen.



Schwerpunkt Jugend: Lernen und Bewerben

Aus den KAP-Projekten

Papiermanufaktur Winterthur und Vereins-Service – mehr Junge

Die Papiermanufaktur wurde zu einem Viertel von jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 25 Jahren benutzt und war das ganze Jahr voll belegt. Schwerpunkte bildeten in diesem Berichtsjahr die interne Weiterbildung und die Weiterentwicklung der Deutschkurse.

Der KAP-Laden verzeichnete einen stark angestiegenen Umsatz. Die Produkte erfreuten sich zunehmender Beliebtheit, was sich auf die Projektteilnehmenden motivierend auswirkte.

19 % (16 %) der Frauen fanden unmittelbar im Anschluss an dieses Arbeitsprojekt eine Stelle oder eine anderweitige Lösung. Mehr als die Hälfte, nämlich 52 % (61 %) der 170 (162) Teilnehmerinnen, waren ausländischer Nationalität.

Elektrorecycling – mehr Kurse

Im SWICO-lizenzierten Zerlegebetrieb wurde im Verlauf des Berichtsjahrs das Kursangebot «Deutsch am Arbeitsplatz» mit Fachthemen wie Arbeitssicherheit sowie Material- und Werkzeugkunde ergänzt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden erneut deutlich mehr, nämlich 380 t (330 t) Elektronikgeräte zerlegt, deren Schadstoffe entsorgt und Wertstoffe recycelt.

Von den 142 (168) Teilnehmenden beendeten 110 (136) ihren Einsatz. 20 (17) fanden während des Einsatzes eine Stelle und 4 (11) andere Lösungen.

Velostation – mehr Service

Die Velostation am Hauptbahnhof wird rege benützt und ihr Reinigungsdienst geschätzt. Zusätzlich befasste sich die Velostation im Berichtsjahr mit der Velovermietung der SBB und einem Ordnungsdienst beim Sommertheater. Ferner arbeitete sie in Planungsgruppen zum Thema Veloparkierung mit.

Der tägliche Dreischichtbetrieb wurde das ganze Jahr über von 64 (74) Stellensuchenden bewältigt. Von den 53 (54) Personen, die ihren Einsatz im Berichtsjahr abschlossen, waren 24 (25) Sozialhilfe Beziehende.

Fabrikhalle Töss – Aufbau und Stabilisierung

In der neuen Werkstatt in Töss wurde im Sommer für die Gläserproduktion aus Altglas eine Fabrikationsstrasse



Sinnvolle Arbeit für die Allgemeinheit



Anlehre: Arbeit für die eigene Zukunft

eingerrichtet. Dazu kam eine Papierstrasse zur Fertigung von gediegenen Verpackungen und Tischschmuck.

Im ersten Probejahr wurden 47 Personen beschäftigt. Primäres Ziel ist dabei weniger der direkte, möglichst rasche Stellenantritt, sondern die vorbereitende, psychische und soziale Stabilisierung der Betroffenen, um damit die Vermittlungsfähigkeit im Hinblick auf die berufliche Eingliederung zu fördern.

Kompetenzzentrum Metall – mehr Qualität

Die Produkte wurden – entsprechend den Entwicklungen im Arbeitsmarkt – auf einen neuen Qualitätsstandard gebracht. Viele der beschäftigten Jugendlichen benötigten zusätzliche sozialpädagogische Unterstützung.

Von den 40 (42) anspruchsberechtigten und einem aus-gesteuerten Teilnehmenden haben nach Abschluss des Einsatzes 18 (23) eine weiter führende Lösung gefunden, was einem Anteil von 44 % (54 %) entspricht.

Kompetenzzentrum Holz – mehr Serienprodukte

In der Fertigung wurde die Serienproduktion weiter gefördert. Die hergestellten Produkte sind in städtischen Einrichtungen und Studentenwohnungen beliebt. Gemeinsame Projektwochen wie jene mit der Brühlgutstiftung zeigten positive Wirkungen.

51 (47) Teilnehmende beendeten ihren Einsatz während des Berichtsjahrs, wovon 22 (28) eine Stelle antreten konnten und 5 (4) eine andere Lösung fanden.

Jugendprojekte

Basislehrjahr transit-Plus – mehr Plätze

In der modernisierten Küche und den neugestalteten Räumlichkeiten konnten neu zehn statt wie bisher nur acht Jugendliche aufgenommen werden. Der Cateringservice war auch in diesem Berichtsjahr sehr beliebt und stand dementsprechend häufig und für verschiedenste Anlässe im Einsatz, was für die Jugendlichen eine grosse Motivation bedeutete.

Von den 8 (8) Jugendlichen des Basislehrjahrs traten im Herbst erneut 7 (7) das 2. Lehrjahr in einem Gastronomie- oder Hotelbetrieb an. Auch in diesem Berichtsjahr

schlossen im Sommer sechs Jugendliche das zweite externe Anlehrjahr erfolgreich ab.

transit – mehr Motivation

In den transit-Werkstätten Textil, Holz und Metall sowie im transit-Praktikum in der Privatwirtschaft war eine stark verbesserte Leistungsmotivation der Jugendlichen zu erkennen. In dieser Hinsicht besonders hervorzuheben haben sich die jungen Ausländerinnen.

Von 169 teilnehmenden Jugendlichen haben 91 (82) den Einsatz abgeschlossen. Ihrer 60 – oder ein Anteil von 66 % (72 %) – fanden danach eine Lehrstelle oder anderweitige Anschlusslösung.

Intermezzo – mehr Übungsfelder

Als Trainingscenter für Jugendliche mit den unterschiedlichsten, schwierigen Biografien entspricht das Projekt Intermezzo einem grossen Bedürfnis. Mit persönlichem Coaching und bedarfsgerechter Beschäftigung wird den Jugendlichen geholfen, sich persönlich zu stabilisieren und in der Ausbildungs- und Arbeitswelt die nötige Orientierung zu finden.

Von den 19 Teilnehmenden beendeten 11 das Projekt. Fünf Teilnehmende fanden eine Stelle, zwei eine andere weiterführende Lösung.

Basisintegrationskurs (BIK) – mehr Integration

Im Rahmen dieses Projektes finden motivierte, fremdsprachige jugendliche Zuzüger/innen mit kleinem Schulrucksack durch «learning by doing» den Einstieg in die deutsche Sprache und in die hiesige Arbeitswelt.

15 (17) Teilnehmende beendeten den Basisintegrationskurs, 13 (15) konnten dazu motiviert werden, anschliessend ein zusätzliches Jahr Schule (Integrationskurs) zu besuchen, 2 (1) Personen traten eine Lehre an.

Einzeleinsätze und Praktika – erhöhte Chance

Arbeitseinsätze im realen Berufsalltag einer Firma oder einem Betrieb wirken motivierend, fördern die Schlüsselqualifikationen, begründen ein neues berufliches Beziehungsnetz und erhöhen dadurch die Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt erfahrungsgemäss beträchtlich.

Einzeleinsätze – mehr Angebote

Die Ansprüche, welche die Verwaltung und die nicht gewinnorientierten Betriebe bei der Vergabe von Einsatzplätzen stellen, sind markant gestiegen. Gleichwohl konnten dank grossem Engagement aller Beteiligten für 184 (171) Personen eine solche Einsatzmöglichkeit gefunden werden. Von den 129 (124) Austretenden konnten 48 (36)

eine Stelle antreten, was einem Anteil von 37 % (29 %) entspricht.

A-Plus – mehr Junge in KMU

Die Unternehmen sind bei der Stellenbesetzung vorsichtiger geworden und haben deshalb vermehrt das von der KAP angebotene Projekt A-Plus für gut abgeklärte Stellensuchende in Anspruch genommen. Das Alter der Teilnehmenden war im Vorjahresvergleich bedeutend tiefer, die Hälfte davon war jünger als dreissig Jahre.

Dank der sehr guten Zusammenarbeit mit den KMU war die Vermittlungsquote wiederum sehr hoch, resultierte doch mit 38 (45) Stellenantritten bei insgesamt 47 (56) beendeten Einsätzen ein Erfolgsanteil von 81 % (80 %).

learn + earn – mehr Praxis

Die Zahl der Lehrabgehenden ohne anschliessende Anstellung stieg weiter an, so dass der Kanton mit zusätzlichen 10 Jahresplätzen für das Berichtsjahr insgesamt 35 Praxisplätze bewilligte und finanzierte. Die Hälfte der Anmeldungen kam aus dem Bürobereich.

Wiederum ist es den gemeinsamen Anstrengungen der hiesigen KMUs und der Stadtverwaltung zu verdanken, dass 117 (79) stellenlose Jugendliche einer überbrückenden Beschäftigung nachgehen konnten. Daraus ergab sich bei 77 (55) Austritten für 47 (31) Teilnehmende ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis und für 14 (9) eine anderweitige Lösung, was einer Erfolgsquote von 79 % (71 %) entspricht.

Start-Job – mehr Neuunternehmen

Im Rahmen dieses Projektes bietet sich Stellensuchenden die Möglichkeit, sich im praktischen Berufsalltag zu bewähren; umgekehrt erhalten Jungunternehmen Unterstützung beim Geschäftsaufbau. Im Berichtsjahr erfolgten die Einsätze vor allem in der allgemeinen Administration, sie betrafen aber auch Spezialbereiche wie Marketing, Informatik, Ingenieurwesen und Handel. Insgesamt nahmen 35 (18) Personen am Projekt teil.

Kaleidoskop – Abklärungskurs

Das Kursangebot wurde im Berichtsjahr erneut Eduqua zertifiziert. Zudem wurden die Kursinhalte verstärkt auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden abgestimmt und neue Produkte entwickelt.

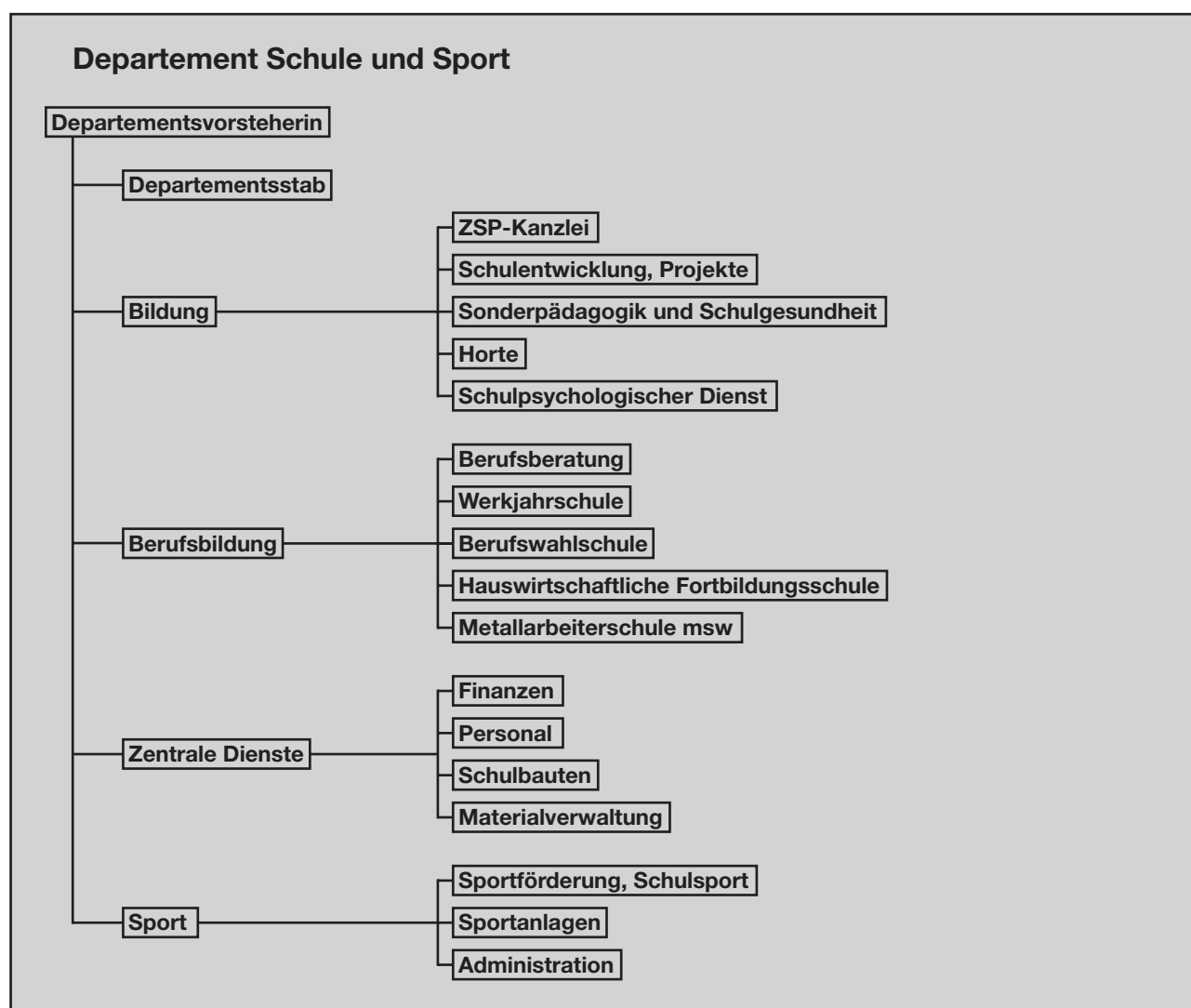
Obwohl die erfolgreiche Bewerbung nicht primäres Ziel dieses Angebots ist, haben von den 125 (131) schwer vermittelbaren Teilnehmenden dennoch 16 (12) direkt eine Stelle und 92 (78) eine weiterführende Lösung gefunden. Von den 21 (5) Sozialhilfebeziehenden war nach Kursabschluss noch 1 (1) Person ohne Anschlusslösung.

Departement Schule und Sport

Im Departement Schule und Sport gestaltete sich das Jahr 2004 als sehr arbeitsintensiv. Es fanden zwei Volksabstimmungen statt. Einerseits wurde beschlossen, die Mittelstufe mit Computern auszurüsten, andererseits soll die Michaelschule einen Erweiterungsbau erhalten. Beide Vorlagen wurden mit einem hohen Anteil von Ja-Stimmen gutgeheissen. Der Gemeinderat genehmigte die Weiterführung der zwölf geleiteten Schulen, die Blockzeiten für 2005/2006 sowie die Finanzierung des Biblischen Unterrichts im Schuljahr 2004/2005. Ferner legte er für die 10. Schuljahre neu auch für in Winterthur wohnhafte Schülerinnen und Schüler ein Schulgeld fest und erhöhte dasjenige für Schülerinnen und Schüler mit auswärtigem Wohnsitz. Die Sparmassnahmen auf kantonaler Ebene wurden spürbar. So mussten die neuen Vorgaben zu den Vollzeiteinheiten in der Volksschule umgesetzt werden. Zudem beschloss der Regierungsrat Mitte Dezember 2004, die vom Volk im September 2004 beschlossenen

Sparmassnahmen grösstenteils bereits per 1. Januar 2005 umzusetzen. Insbesondere die Berufsberatung muss ab diesem Zeitpunkt von der Stadt alleine finanziert werden. Ihre Kantonalisierung steht kurz vor dem Abschluss.

Die Zentralschulpflege hat ihre Arbeitsweise weiter feinert und verschiedene befristete Spezialkommissionen geschaffen. Die Gliederung des Departements in vier Bereiche hat sich bewährt. Im Sportbereich mussten verschiedene Gebührenerhöhungen umgesetzt werden. Im Sportplatz Deutweg konnten drei neue Beachvolleyball-Felder eingeweiht werden. Die im Sommer 2004 in Winterthur durchgeführten Lehrerfortbildungskurse mit insgesamt 3500 Teilnehmenden aus der ganzen Schweiz brachten einerseits eine Belastung für das Departement und den Schulbetrieb mit sich, zeigten aber auch auf, dass Winterthur als attraktiver Veranstaltungsort wahrgenommen wurde.



Departementssekretariat

Im Departementssekretariat laufen die Fäden aus allen vier Bereichen, Bildung, Berufsbildung, Sportamt und Zentrale Dienste zusammen. Am meisten Arbeit verursachten auch 2004 die Geschäfte des Bereichs Bildung. Neben parlamentarischen Vorlagen ist beispielsweise der Aufbau der neuen Fachstelle Informatik ein Projekt, das sehr arbeitsintensiv ist. Mit Spannung verfolgt wurden die Diskussionen um den neuen Entwurf des kantonalen Volksschulgesetzes. Dieses würde für Winterthur zahlreiche Fragen klären. Im Rechtsdienst standen Abklärungen für die Zentralschulpflege und die Umsetzung der städtischen und kantonalen Sparmassnahmen im Vordergrund.

Vom 5. bis am 16. Juli 2004 fanden in Winterthur die 113. Lehrerinnen- und Lehrerbildungskurse swch.04 statt. 3500 Personen hielten sich während dieser Zeit im Zusammenhang mit den Kursen in Winterthur auf, als Teilnehmende, Kursleitende, Organisator bzw. Organisatorin oder Gäste aus dem Ausland. Es handelte sich von seiner Grösse und Form her um einen aussergewöhnlichen Kongress, in den die verschiedensten städtischen Stellen involviert waren, von den Schulhäusern und Hauswarten über die Mehrzweckanlage Teuchelweiher, den Zivilschutz, der zwei Mal für über 1000 Personen Risotto kochte, bis zu den Informatikdiensten und zur Materialverwaltung, welche die Lehrmittelausstellung organisierte. Das Departementssekretariat war erste Anlaufstelle für die Kursdirektion und erstellte in Zusammenarbeit mit verschiedenen Lehrpersonen Unterrichtseinheiten über Winterthur für die Primar- und Oberstufenschulen. Diese werden weiterhin für den Heimatkunde-Unterricht verwendet. Sie sind auf dem Internet unter www.schule.winterthur.ch/dokumentation abrufbar.

Mit den Lehrerbildungskursen bewies Winterthur seine Kongressfähigkeit auch für Grossanlässe. In einer Umfrage äusserten sich praktisch alle Teilnehmenden sehr positiv über die Stadt und die städtischen Angebote.

Zentralschulpflege (ZSP)

Die Zentralschulpflege kann auf ein spannendes und herausforderndes zweites Amtsjahr zurückblicken, galt es doch, einerseits die gemeinsame Arbeitsweise weiter aufzubauen und zu konsolidieren und andererseits, wichtige Schulthemen zu bearbeiten. Die Zentralschulpflege hat sich an insgesamt 21 Sitzungen mit zentralen Bildungsthemen auseinandergesetzt, die gemeinsame Entscheide erforderten.

In der ersten Hälfte des Jahres stand das Ergebnis des Gutachtens Budliger und die Antwort des Bezirksamtes auf die Aufsichtsbeschwerde, welche vom Präsidenten und von den Mitgliedern der KSP Stadt gegen die ZSP und deren Präsidentin eingereicht worden ist, im Zentrum der Arbeit. Der Bezirksrat hat der Aufsichtsbeschwerde keine Folge geleistet. Die Zentralschulpflege hat als Konsequenz aus den Ergebnissen und den klärenden Hinweisen mehrere Entscheide getroffen, die zu einer Entspannung und vermehrt konstruktiven Zusammenarbeit führten. Sie hat unter anderem verschiedene Spezialkommissionen und zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen geschaffen, die bestimmte Geschäfte inhaltlich und fachlich zuhänden der Zentralschulpflege aufbereiten. Somit können vor allem die fachlichen Ressourcen der im Bereich Bildung tätigen Fachpersonen besser genutzt und die Auswirkungen der Geschäfte besser vernetzt und koordiniert werden. Gleichzeitig hat sich die Zentralschulpflege entschieden, die ausstehenden gesetzlichen Anpassungen mit der Umsetzung

des neuen Volksschulgesetzes zu koordinieren. In der Zwischenzeit sollen konstruktive und sinnvolle Lösungen für anstehende Probleme im Bereich der Aufgaben und Kompetenzen gesucht werden.

Die Kanzlei der Zentralschulpflege konnte weiter aufgebaut werden und hat nun Abläufe und Strukturen geschaffen, welche es ermöglichen, die Geschäfte juristisch und finanzpolitisch fundiert auf die Bedürfnisse der ZSP vorzubereiten.

Auch in diesem Geschäftsjahr war es das Ziel, innerhalb der Zentralschulpflege ein gemeinsames Verständnis für die strategische Führung der gesamtstädtisch wichtigen Schulthemen zu entwickeln. Die Gestaltung der Schule der Stadt Winterthur (Volksschule und Kindergarten) bleibt der zentrale Aufgabenbereich der Zentralschulpflege.

Die Zentralschulpflege beschäftigte sich mit der Weiterführung und Umsetzung einiger wichtiger Geschäfte, die sie auch in ihren Legislaturzielen 2002–2006 festgelegt hat. Die Einführung der Blockzeiten in allen Schulkreisen wurde umgesetzt, ein Rahmenkonzept für die Einführung der Integrativen Schulungsform (ISF) in Vernehmlassung gegeben und verabschiedet und die Ausrüstung der Primarschule mit Computern termingerecht vorangetrieben. Der Kanton bewilligte die Weiterführung der Projekte «Teilautonome Volksschulen» (TaV) und «Qualität in multikulturellen Schulen» (Quims) für ein weiteres Schuljahr. Der Grosse Gemeinderat genehmigte die Weiterführung des Projektes «Teilautonome Volksschulen» (TaV), die Umsetzung der Blockzeiten für das Schuljahr 2005/2006 und die Finanzierung des Biblischen Geschichtsunterrichts während des Schuljahres 2004/2005.

Die Zentralschulpflege musste sich wiederum mit diversen städtischen und kantonalen Sparaufträgen im Bildungsbereich auseinandersetzen, erstmals auch mit den neuen Vorgaben des Kantons zur Planung der Lehrstellen mit so genannten Vollzeitseinheiten.

Insgesamt führte die aktuelle Sparsituation im Bildungsbereich dazu, dass die Planung und die rechtzeitige Bearbeitung der Geschäfte nach wie vor erschwert ist. Es ist zu hoffen, dass mit der Annahme des Volksschulgesetzes im nächsten Jahr Klärung eintreffen wird und die Effizienz gesteigert werden kann.

Legislaturetschwerpunkte 2002 – 2006

In einer externen zweitägigen Klausurtagung hat sich die Zentralschulpflege mit der Umsetzung des Legislaturetschwerpunktes «Geleitete Schulen in Winterthur» beschäftigt. Sie informierte sich über die kantonalen Erfahrungen in der Umsetzung von Geleiteten Schulen und den zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie über andere ausserkantonale Schulleitungsmodelle. Dabei wurde vor allem über die zukünftige Rolle und die Aufgaben der Zentralschulpflege und der Kreisschulpflegen debattiert. Die Zentralschulpflege ist davon überzeugt, dass nur starke und mit Kompetenzen ausgestattete Schulleitungen die Qualitätsentwicklung der Schule vor Ort vorantreiben können und sich die Schulbehörden vermehrt auf ihre übergeordneten, strategischen Aufgaben konzentrieren müssen.

Spezialkommissionen der Zentralschulpflege

Die Spezialkommission «Integrative Schulungsform (ISF)» traf sich im Januar, um die ISF im Schulkreis Altstadt zu begleiten und für die ganze Stadt ein Rahmenkonzept zu erarbeiten. Im Herbst 2004 wurde ein Entwurf zur Vernehmlassung an die betroffenen Kreise geschickt. Die Auswertung der Vernehmlassung wurde im Dezember 2004 abgeschlossen. Die ZSP erteilte der Spezialkom-

mission den Auftrag für einen konkreten Umsetzungsplan und die Erarbeitung eines Feinkonzepts.

Die Spezialkommission «Finanzen» erstellte zuhänden der Zentralschulpflege Ablaufschemen für den Vorschlag und die Rechnung. Ebenfalls wurde in der Arbeitsgruppe eine mögliche Ausdehnung des Globalbudgets (z.B. Lehrmittel, Weiterbildung) behandelt und weitere finanztechnische Aspekte, welche für die Einführung von geleiteten Schulen wichtig sind, diskutiert.

Die Spezialkommission «Kindergarten» hat Anfang November ihre Tätigkeit aufgenommen. Eine erste Sichtung der anstehenden Aufgaben wurde anlässlich der ersten Sitzung vorgenommen. An der zweiten Sitzung konnte bereits ein beschlussfähiger Antrag an die ZSP zur Weiterführung der Pilotprojekte «Förderkindergärtnerinnen» und «ISF Kindergarten Töss» verabschiedet werden.

Die Spezialkommission «Anstellung städtischer Lehrpersonen» hat sich konstituiert und an der ersten Sitzung eine Bestandesaufnahme vorgenommen.

Die Spezialkommission «Geleitete Schulen» wurde eingesetzt, um die flächendeckende Einführung von Geleiteten Schulen in Winterthur bis Ende der laufenden Legislatur zu starten. Sie ist beauftragt, einerseits die Entwicklung der bestehenden Geleiteten Schulen in Winterthur zu koordinieren und andererseits die Umsetzung der flächendeckenden Einführung auf der Basis eines von der Zentralschulpflege verabschiedeten Projektauftrages vorzubereiten. Der Zentralschulpflege wird in regelmässigen Abständen Bericht erstattet. Insbesondere bestimmt diese über Anträge und wichtige Grundsätze. Die Zentralschulpflege setzt für die Konzipierung der Einführung von Geleiteten Schulen einen Projektleiter ein.

Die Spezialkommission «Horte» hat sich konstituiert und wird im Februar 2005 eine erste Bestandesaufnahme vornehmen.

Die Spezialkommission «Sonderpädagogisches Angebot» wurde eingesetzt. Nach der Behördenreorganisation 2002 wurde das Stütz- und Förderreglement vom 1.3.1991 noch nicht der neuen Organisation mit der Zentralschulpflege angepasst. Ebenfalls müssen Abläufe im Zusammenhang mit der Einführung von ISF, der Poollösung der Stütz- und Fördermassnahmen pro Kreis, der Aufgaben des Schulpsychologischen Diensts und der Verfügungskompetenzen der Kreisschulpflegen geprüft und wo sinnvoll angepasst werden. Zu beachten sind ferner die geplanten Vorgaben im neuen Volksschulgesetz, falls es vom Volk angenommen wird. Die Zielsetzungen der Spezialkommission sind:

- Das Erstellen eines Sonderpädagogischen Handbuchs, indem Abläufe, Zugänge zu den Angeboten, Aufgaben der Beteiligten und qualitätssichernde Massnahmen beschrieben und festgehalten werden.
- Das Ablösen des Reglements über die Stütz- und Fördermassnahmen in Winterthur durch ein neues Reglement über die Sonderpädagogik in der Stadt Winterthur.
- Die Neukonzipierung der Stütz- und Fördermassnahmen in Bezug auf ISF, als auch die Positionierung der zusätzlichen städtischen Angebote (z.B. Exploratio).

Kreisschulpflegen

Kreisschulpflege Winterthur-Stadt

Die Kreisschulpflege traf sich monatlich zu ihren Plenarsitzungen. Neben den ständigen Traktanden gaben vor allem schulpolitische Themen wie ISF, Geleitete Schulen, Grundstufe, Mitarbeiterbeurteilung bei den Lehrpersonen und die bald jährlich wiederkehrenden Sparmassnahmen Anlass zur Diskussion. Die Suche nach einer effizienten

Kompetenzverteilung zwischen den beiden Behörden Zentralschulpflege und Kreisschulpflege sowie die Einbettung der städtischen Schulverwaltung in den Organisationsablauf erwies sich als aufwändig. Eine gute und zukunftsgerichtete Lösung ist offenbar nur in kleinen Schritten zu realisieren. Zu reden gab auch die dringend notwendige Weiterbildung sowie die grosse Belastung für einzelne Schulpflegemitglieder.

Die vermehrt auftretenden speziellen Probleme mit einzelnen Schülerinnen und Schülern sind ein Spiegelbild der heutigen Gesellschaft. Sie erforderten einen beträchtlichen Zeitaufwand. Es erwies sich auch, dass nicht alle vorhandenen Massnahmen effizient eingesetzt werden können und neue Modelle für spezielle Probleme entwickelt werden müssen.

Kreisschulpflege Mattenbach

Alle vier im Kreis stehenden Schulhäuser haben sich mit grossem Einsatz durch interne Weiterbildungen mit Themen wie ADS, Schulhauskulturentwicklung und Teamarbeit, Gewalt, Hospitationen usw. auseinander gesetzt. Das im letzten Jahr durch die Schulhäuser erarbeitete und durch die Kreisschulpflege in Kraft gesetzte Spettkonzept hat sich gut bewährt. Die Kompetenzenregelung zwischen Geleiteten Schulen und der Kreisschulpflege hat sich in der Praxis verfestigt, wobei es Zeit braucht, bis diese Umstrukturierungen auch den Eltern richtig bewusst werden.

Die Belastung der ganzen Schulpflege ist enorm. Neben der zu bewältigenden Umsetzung von vielen Neuerungen in der Schulentwicklung häuften sich auch dieses Jahr die oft sehr schwierigen Gespräche am runden Tisch mit Eltern, Lehr- und Fachpersonen. Die Kreisschulpflege hat für solche Gespräche Strukturen erarbeitet, damit einheitlich vorgegangen werden kann und es so für alle Betroffenen möglichst transparent ist.

Kreisschulpflege Oberwinterthur

Die Kreisschulpflege hat ihre Geschäfte an neun ordentlichen Sitzungen bearbeitet und hat zwei informelle Treffen sowie eine zweitägige Klausurtagung durchgeführt. Sie informierte zudem an verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen über aktuelle Schulthemen und schulorganisatorische Fragen und veröffentlichte regelmässige Berichte in der OberiZytig.

Anfang Januar wurde der neue Hort «Oberi Dorf» eröffnet. Damit konnte ein altes Anliegen endlich realisiert werden. In Hegi wurden im ersten Halbjahr in der Überbauung «Im Gern» zwei Kindergartenabteilungen und auf das laufende Schuljahr eine gemischte 1./3. Primarklasse neu eingerichtet. Die Geleitete Schule Hegifeld wurde als erste TaV-Schule in Oberwinterthur aus dem dreijährigen Versuch entlassen und steht nun quasi auf eigenen Beinen. Die beiden anderen TaV-Schulen, Lindberg und Rychenberg, beenden ihre Versuchszeit im Sommer 2005. Die Kreisschulpflege hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um im kommenden Schuljahr im Rahmen des kantonalen Schulversuchs mit drei Grundstufen-Einheiten starten zu können.

Leider hat die Kreisschulpflege in der laufenden Legislatur bereits sechs Rücktritte aus ihren Reihen zu verzeichnen. Obwohl die Gründe ganz unterschiedlich sind, bereitet diese Tatsache Sorgen, weil jeder Abgang mit Verlust an Wissen und Erfahrung verbunden ist.

Kreisschulpflege Seen

Die Kreisschulpflege behandelte die anstehenden Geschäfte in acht Plenar-, ebenso vielen Büro- und diversen

Ressortsitzungen. Im Besonderen befasste sich die Schulbehörde intensiv mit den im Rahmen des kantonalen Sanierungsprogramms verordneten Sparmassnahmen im Bildungsbereich. Zwecks vertiefter Auseinandersetzung mit der geplanten Umsetzung der ISF in Winterthur wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Per Ende Schuljahr erfolgte der vorzeitige Rücktritt eines Mitgliedes. Der vakante Sitz konnte fristgerecht wieder besetzt werden.

Dank umsichtiger Stellenplanung in den vergangenen Jahren konnte der bisherige Klassenbestand trotz des im Rahmen des kantonalen Sanierungsprogramms erfolgten Stellenabbaus sowohl auf der Primarstufe als auch auf der Oberstufe gehalten werden.

Im Kindergarten musste aufgrund rückläufiger Anmeldungen per Ende Schuljahr eine Abteilung im Kindergarten Büelhofstrasse aufgehoben werden.

Die Einführung der Blockzeiten führte zur Schliessung der Horte am Vormittag. Infolge zu knapper Anmeldungen musste der Hort in Sennhof geschlossen werden. Im Gegenzug dazu wurde aufgrund der gestiegenen Nachfrage das Nachmittagsangebot im Hort Tägelmooos erweitert.

Kreisschulpflege Töss

An zehn Plenar- und in diversen Kommissionssitzungen wurden die Alltagsgeschäfte behandelt. Im Kindergarten Steig wird auch im laufenden Schuljahr in der Standardsprache (Hochdeutsch) unterrichtet. In allen anderen Kindergärten wird jeden Tag mindestens eine Sequenz der Standardsprache angewandt. Der einzige Morgentisch musste mangels genügend Kinder Anfang Dezember geschlossen werden. Mittagstisch und Nachmittagshort sind in allen Primarschulhäusern sehr gut besucht. In allen drei TaV-Schulen hat je ein Elternforum die Arbeit aufgenommen. Im Rahmen eines Projektes haben die Schulsozialarbeiterin und der Schulsozialarbeiter die Oberstufenschülerinnen und -schüler zum Thema «Gewalt in der Schule» befragt. Besonders eindrücklich war folgendes Resultat: 98 % der Schülerinnen und Schüler gaben an, gerne ins Oberstufenschulhaus Rosenau zur Schule zu gehen. Der sehr hohe Prozentanteil an zufriedenen Schülerinnen und Schülern ist der dort herrschenden Schulkulturnosphäre zuzuschreiben. Die Brüttemer Schülerinnen und Schüler, die nun in Nürensdorf die Schule besuchen, haben in dem Fragebogen praktisch durchwegs ebenfalls ein positives Urteil über die Schulkulturnosphäre in Töss abgegeben. Gewalt kommt vor. Sie darf nicht bagatellisiert werden, auch wenn derzeit kein absolut dringender Handlungsbedarf besteht. Die Lehrerschaft im Schulhaus Rosenau ist wachsam und greift bei Problemen mit verschiedenen Massnahmen sofort ein.

Kreisschulpflege Veltheim

Die positiven Erfahrungen mit der Zuteilung anfallender Geschäfte an die Ressorts Kindergarten, Primarschule und Oberstufe haben dazu geführt, dass den Ressorts die Entscheidungskompetenz zugesprochen wurde. Das bedeutet, dass die Mitglieder der Kreisschulpflege die Beschlüsse zur Kenntnis nehmen und lediglich umstrittene Geschäfte im Plenum behandelt werden.

Nicht nur der Rückgang der Kinderzahlen, sondern auch die Klassenbildung aufgrund von Vollzeitseinheiten hatten zur Folge, dass eine Kindergartenabteilung geschlossen werden musste und sowohl eine Klasse an der Primarschule wie auch an der Oberstufe nur noch im Teilpensum geführt werden können. Dies bewirkte, sehr zum Unwillen der betroffenen Eltern, dass einige Kinder nicht dem nächstgelegenen Schulhaus zugeteilt werden konnten oder sogar in einen andern Schulkreis wechseln mussten. 874 Kinder werden in Veltheim unterrichtet: 148

Kinder in den 9 Abteilungen des Kindergartens, 496 in den 23,5 Klassen der Primarschule und 230 in den 7,5 Klassen der Sekundarschule. 45 Kinder – teilweise aus andern Schulkreisen – besuchten die fünf kommunalen Kleinklassen.

Der Umbau des Oberstufenschulhauses Feld nimmt Gestalt an: Die Jurierung des Wettbewerbs für den geplanten Neubau trakt fand Ende Jahr statt und die Pläne für die Renovation des 1953 eingeweihten Sekundarschultrakts wurden an die entsprechenden Stellen der Bildungsdirektion eingereicht.

Kreisschulpflege Wülflingen

Im ersten Halbjahr beschäftigte die Einführung der Blockzeiten an der Unterstufe alle Beteiligten stark. Vor allem die Organisation der damit zusammenhängenden schulindizierten Betreuung und das Erstellen der Stundenpläne war aufwändig.

Aufgrund überdurchschnittlich vieler Zuzüge sind einige Klassen in Wülflingen auf bis zu 25 Schülerinnen und Schüler angewachsen. Dies ist unter anderem eine indirekte Spätfolge der neuen Siedlung an der Wässerwiesenstrasse 67.

Die Kreisschulpflege Wülflingen hat eine breit abgestützte und sorgfältige Vernehmlassung zur geplanten Einführung der Integrativen Schulungsform (ISF) abgegeben.

Die Schüler- und Schülerinnenzahlen der Mehrklassenschule in der Aussenwacht Neuburg sanken kontinuierlich. Die Kreisschulpflege plante in der Folge die Eröffnung einer Tagesschule. Die wenigen Reaktionen aus der Wülflinger Elternschaft und die schlechten finanziellen Aussichten haben die Kreisschulpflege jedoch dazu bewogen, dieses Vorhaben nicht weiter zu verfolgen. Sie hat mit Bedauern beschlossen, die Schule in Neuburg auf das Schuljahr 2005/06 zu schliessen.

Die Horte sind ab dem Schuljahr 2004/05 am Morgen nur noch für den Morgentisch offen. Auch der Kindergarten hat ein bewegtes Jahr mit sehr vielen Zu- und Wegzügen hinter sich. Die reduzierte Stelle im Kindergarten der Siedlung Wässerwiesen konnte aufgestockt werden. Es fällt auf, dass die Zahl der sozial schwierigen Kinder zunimmt.

Unselbstständige Aufsichtskommissionen

Aufsichtskommission der msw-winterthur

An drei Sitzungen behandelte die Aufsichtskommission die Zielerreichung des Jahres 2003 sowie die Zielsetzungen für 2004 und 2005. Ein Antrag zur Genehmigung eines neuen Ausbildungskonzepts wurde angenommen. Die Mitglieder konnten sich über den Baufortschritt informieren und das Bauprojekt während seiner Realisierung mitverfolgen. Die Schulordnung wurde weiterentwickelt und mit dem kantonalen Mittelschul- und Berufsbildungsamt abgestimmt. Die Schulordnung wird nun den zuständigen Behörden zur Genehmigung unterbreitet. Die Verbesserung der finanziellen Lage der msw-winterthur mit einem neuen Finanzierungsmodell wurde diskutiert und nach Lösungen gesucht.

Aufsichtssektion der Berufswahlschule der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule HFS an der BFS

Die Aufsichtssektion HFS tagte im Januar und Juni. Viel zu reden gaben Fragen zur Beurteilung von Lehrpersonen. Ferner wurde befürwortet, dass die grosse

Fachgruppe Hauswirtschaft und Nähen in zwei Fachgruppen aufgeteilt wird. Diesem Antrag stimmte die Aufsichtskommission BFS zu. Der Grosse Gemeinderat beschloss am 7. Juni, die Schulgelder für auswärtige Schülerinnen und Schüler auf 14 000 Franken, für in Winterthur wohnhafte Schülerinnen und Schüler auf 1200 Franken, zu erhöhen.

Selbstständige Aufsichtskommissionen

Aufsichtskommission Sonderschulen

Die Aufsichtskommission Sonderschulen behandelte an drei Sitzungen die Geschäfte der städtischen Schulen:

- Rolle und Aufgabe der Aufsichtskommission
- Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) für die städtischen Sonderschulen
- Erweiterungen der Sonderschulen, im Speziellen der Kleingruppenschule
- Erlass eines Disziplinarreglements
- Budget 2005
- Pensen an den städtischen Sonderschulen

Aufsichtskommission der Berufswahlschule und der Werkjahrschule

An drei Sitzungen beschäftigte sich die Aufsichtskommission mit dem Jahresabschluss 2003, dem Budget 2005 und den Zielsetzungen der Werkjahrschule und der Berufswahlschule für das Jahr 2004.

Bereich Bildung

Im Vordergrund der Tätigkeiten der Bereichsleitung stand die Integration und Vernetzung der Abteilungen und Fachstellen und der Aufbau des Bereichssekretariates. Der Bereich Bildung umfasst die Abteilungen Kinderhorte, Schulpsychologischer Dienst, Sonderpädagogik und Schulgesundheit sowie die Fachstelle Schulentwicklung und Schulqualität und das Projekt Informatik in der Primarschule. In diesem Jahr wurden zwei Abteilungsleitungen neu besetzt. In den einzelnen Abteilungen und Fachstellen wurden diverse Bildungsgeschäfte vorbereitet und fachlich betreut. Einzelne Abteilungsleitungen und Fachpersonen arbeiteten in den Spezialkommissionen der Zentralschulpflege mit und waren verantwortlich für die inhaltliche und fachliche Bearbeitung der Themen und Geschäfte.

Nach wie vor zeichnete sich der Bereich Bildung dafür verantwortlich, die Bildungsfragen auf gesamtstädtischer Ebene zu vernetzen, auf Synergien aufmerksam zu machen, die vorhandenen fachlichen Ressourcen optimal zu nutzen, um die gemeinsame Bearbeitung einzelner Schulthemen durch das Departement und die Zentralschulpflege wirksamer koordinieren zu können. Die Abteilungen und Fachstellen innerhalb des Bereichs Bildung positionierten sich somit als Dienstleistung mit verwaltungstechnischen und fachlichen Kompetenzen, die zunehmend als Bereicherung wahrgenommen wurden.

Das Departement und der Bereich Bildung organisierten erstmals die Veranstaltungsreihe «Blickpunkt Schule». An neun Veranstaltungen für Schulinteressierte wurden folgende aktuelle Bildungsthemen durch Fachpersonen vorgestellt und diskutiert: Lesetreppe, Sonderpädagogisches Angebot, B-Unterricht, Kompetenzfragen im Schulwesen, Neues Volksschulgesetz, Blockzeiten, PC Mittelstufe, Schulraumplanung, Integrative Schulungsform.

Die Bereichsleiterin leitet gleichzeitig als Schreiberin der Zentralschulpflege die Kanzlei und ist für die inhaltliche Vorbereitung und die planmässige Abwicklung der Geschäfte zuständig.

Schulentwicklung/Schulqualität

Schulqualität – und damit verbunden Schulentwicklung – heisst in erster Linie Unterrichtsentwicklung. Verschiedene laufende Schulentwicklungsprojekte der Stadt Winterthur wirken sich direkt oder indirekt auf den Unterricht aus.

Das Projekt zur Einführung und Umsetzung der integrativen Schulungsform (ISF) wurde weiter bearbeitet. Ein Konzept mit Grundsätzen, Rahmenbedingungen, einem Weiterbildungskonzept und verschiedenen Umsetzungsvarianten wurde breiten Kreisen zur Vernehmlassung unterbreitet. Die zahlreichen Rückmeldungen und die Entscheide der Zentralschulpflege bilden die Grundlage für die Ausarbeitung des Feinkonzeptes.

Auf dem Hintergrund der PISA-Ergebnisse 2000 lancierten die beiden Städte Zürich und Winterthur das gemeinsame Leseprojekt «Lesetreppe». Das Projekt greift das Thema Lesen im Schuljahr 2004/05 vertieft auf und bietet ein breites Angebot mit Unterrichtsideen und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Kindergarten-Lehrkräfte und Lehrpersonen aller Stufen an. Die Kinder und Jugendlichen werden mit der Teilnahme an einem Lesepass und den damit verbundenen Gewinnchancen speziell angesprochen und zum Lesen animiert.

Verschiedene Schulkreise befassen sich mit dem kantonalen Projekt Grundstufe (gemeinsamer Unterricht der beiden Kindergartenjahre und der ersten Klasse). Von der kantonalen Projektleitung werden umfassende Grundlagen zur Verfügung gestellt.

Die Schulsozialarbeit wurde evaluiert. Schulsozialarbeit wird überwiegend als hilfreich wahrgenommen und wirkt in schwierigen Situationen deeskalierend. Gleichzeitig werden die bestehenden Strukturen und der nach wie vor geltende Projektstatus als hinderlich wahrgenommen. Es fehlen ein einheitliches Konzept und ein klarer Auftrag. Schulsozialarbeit wird dadurch zu wenig als eigenständige Fachdisziplin wahrgenommen. Eine Arbeitsgruppe, welche aus Fachpersonen des Departements Schule und Sport, des Departements Soziales und der Zentralschulpflege zusammengesetzt ist, erarbeitet nun in einem zweiten Schritt ein neues Konzept, welches eine professionelle Leistungserbringung und Qualitätssicherung sicherstellt. Zur Überführung der Schulsozialarbeit in ein reguläres städtisches Angebot ist ein Entscheid des Grossen Gemeinderats notwendig.

Beratungsstelle für Kindergartenlehrkräfte

Verhaltensauffälligkeit war das beherrschende Beratungsthema dieses Schuljahres. Zu Beginn zeigten auffallend viele Kinder Ablösungsschwierigkeiten. Unsicherheit und emotionales Aufgewühltheit, gekoppelt mit fehlender Beziehungsaufnahmefähigkeit, erschwerte es ihnen, sich in der neuen Situation zurecht zu finden. Es galt jeweils eine individuelle, den verschiedensten Weltanschauungen, Lebenserfahrungen und Lebensumständen angepasste Grundlage mit entsprechenden Strukturen zu schaffen, welche den Kindern Sicherheit, Geborgenheit und Akzeptanz vermittelte. Dies ist eine für die Entwicklung und Lernbereitschaft unabdingbare Voraussetzung. Entsprechend dieser Thematik wurde gemeinsam ein Elternabend vorbereitet und durchgeführt. Die Förderung einzelner Kinder, vor allem derjenigen mit ausgewiesenen Defiziten,

kam ob dieser primären Aufgabe oft zu kurz, ausser da, wo Förderkindergarten-Lehrkräfte gezielt mitarbeiteten. Die Erweiterung des Projekts «Förderkindergärtnerinnen Oberwinterthur» auf alle Stadtkreise wurde deshalb von der Mehrheit der Kindergarten-Lehrkräfte als prioritär bewertet. Von den Beratungen in diesem Jahr machten 58 (Vorjahr 45) Kindergarten-Lehrkräfte Gebrauch. Betreut wurden 36 (30) Kindergärten mit 54 (46) Besuchen. Zu behandeln waren 78 (60) Einzelfälle und 5 (4) Klassenproblematiken.

Exploratio

Auf das neue Schuljahr haben sich Veränderungen im personellen Bereich ergeben. Die Projektleitung leistet nebst administrativen Aufgaben auch Beratungen und Weiterbildungen für Winterthurer Lehrkräfte. So haben vom 20. Oktober bis 4. Dezember fünf verschiedene Weiterbildungen für Primarlehrkräfte rund um das Thema Hochbegabung stattgefunden: Theoretische Grundlagen zu verschiedenen Hochbegabungsmodellen, fünf Typen von hochbegabten Kindern kennen lernen, Projektunterricht/Binnendifferenzierung, Philosophie und Ethik und Computer als Multimediageräte. Da eine grosse Nachfrage nach weiteren Kursen besteht, werden sie ab Ende Februar 2005 erneut ausgeschrieben.



Unterricht hautnah

Die Website www.exploratio.ch ist ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit. Informationen für Behördenmitglieder, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern werden regelmässig angepasst, so dass die Website eine wertvolle Dienstleistung darstellt.

Aktuell befinden sich 40 Kinder der vierten bis sechsten Klasse im Förderprogramm Exploratio. 21 Kinder der zweiten bis fünften Klasse stehen auf der Warteliste.

Projekt zur Einführung der Informatik in der Primarschule

Konzept zur Einführung der Informatik in der Primarschule

In der Volksabstimmung vom 16. Mai haben sich 61% der Abstimmenden für die Einführung der Informatik an der Mittelstufe der Primarschule ausgesprochen. Sie haben dafür einen einmaligen Kredit von 2 640 000 Franken für die hausinterne Vernetzung und die Einrichtung von

Computerarbeitsplätzen und einen jährlich wiederkehrenden Kredit von 1 130 000 Franken für Gerätebeschaffung, Unterhalt, Support und die Weiterbildung der Lehrpersonen gutgeheissen.

Ende Juni wurde der Auftrag zur Planung der Universellen Kommunikationsverkabelung vergeben. Nach einer öffentlichen Submission erhielt Anfang Dezember eine Firma den Auftrag, die Arbeiten auszuführen. Ziel ist, dass im August 2005 alle Primarschulhäuser fertig ausgerüstet, an das von Swisscom gesponserte Bildungsnetz Winterthur angeschlossen und betriebsbereit sind.

Auf Anfrage hin zeigte sich die Zürcher Kantonalbank sehr grosszügig und schenkte der Primarschule rund 1000 gebrauchte Computer der neusten Generation. Die Firma Microsoft hat ihr Angebot für die Schulen stark nach unten korrigiert, was in der Primarschule voraussichtlich jährliche Einsparungen von rund 25 000 Franken ermöglicht.

Per August 2005 soll eine «Fachstelle Schulinformatik» eingerichtet werden, die sämtliche Leistungen im Zusammenhang mit der Schulinformatik koordiniert und den sinnvollen und intensiven Einsatz der IT-Mittel in der Primarschule fördert.

Schulleitungs-/Verwaltungscomputer

Die im August 2003 installierten Schulleitungs-PC bewähren sich und leisten in den Schulhäusern wertvolle Dienste. Schon nach kurzer Zeit hat sich aber gezeigt, dass ein einziger PC pro Schulhaus nicht genügt. In der Primarschule konnte dieser Missstand durch die Installation der Vorbereitungs-PC behoben werden. Für die Sekundarstufe ist zurzeit keine Lösung in Sicht.

Nachdem im September 2003 die Schulleitungen bzw. Hausvorstände, deren Stellvertretungen und die Informatikkustoden bzw. -kustodinnen auf den damals brandneuen Geräten geschult wurden, nahmen im März über 100 Primarlehrpersonen an Kursen teil. Sie wurden befähigt, das E-Mailprogramm «Outlook» richtig anzuwenden und damit ihre administrativen Aufgaben sowie die Kommunikation mit den Sekretariaten der Kreisschulpflegen, mit dem Departement Schule und Sport und mit externen Stellen effizient zu erledigen. Die Lehrlinge der msw-winterthur, von denen die Schulungen erteilt worden waren, erhielten im Kurs-Feedback sehr gute Bewertungen.

Vorbereitungscomputer für die Lehrpersonen

Ende März wurden die Vorbereitungscomputer in den Lehrer- und Lehrerinnenzimmern und Vorbereitungsräumen installiert.

Damit kann eine Entlastung der Schulleitungs- und Verwaltungscomputern erreicht werden, da nun in allen grösseren Primarschulhäusern mindestens zwei Computer Zugriff auf das Verwaltungsnetz haben und für administrative Arbeiten sowie E-Mails zur Verfügung stehen.

Sonderpädagogik und Gesundheit

Abteilung Sonderpädagogik

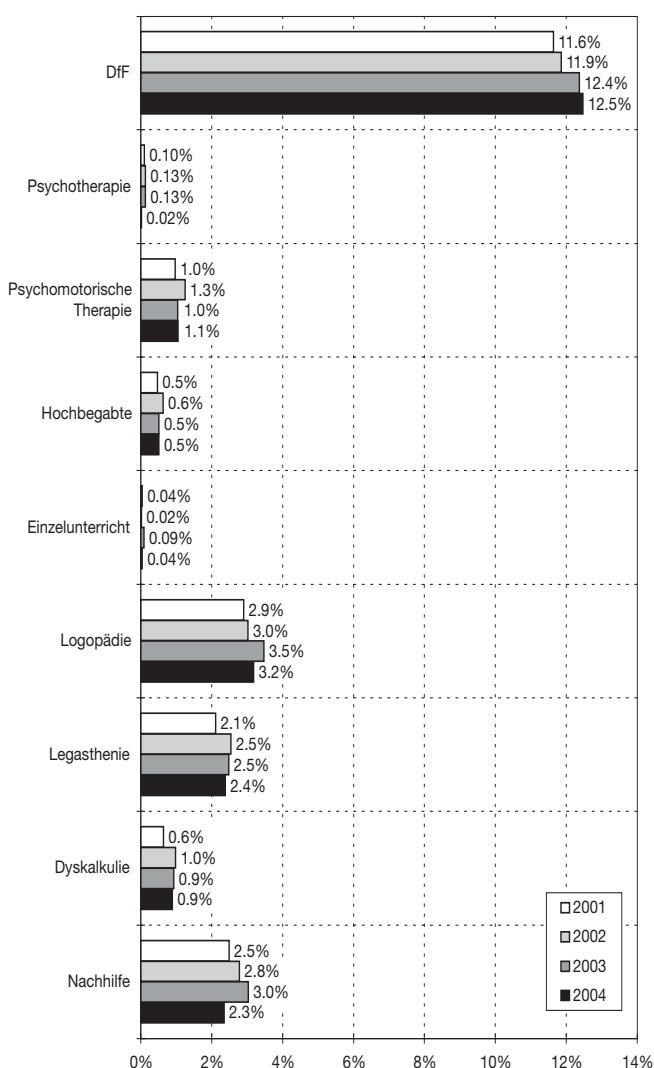
Die Tätigkeit der Abteilung Sonderpädagogik ist von Veränderungen geprägt. Die strukturellen Anpassungen und die Sparmassnahmen im Rahmen von win.03 wurden umgesetzt, was zu Einsparungen bei Deutsch für Fremdsprachige (DfF) und Stütz- und Fördermassnahmen führte. Zudem wurde die Zuständigkeit für die Verfügung von Stütz- und Fördermassnahmen neu geregelt. Diese Kom-

petenz wird neu direkt von den Kreisschulpflegen wahrgenommen. Die Abläufe wurden entsprechend angepasst.

Die sonderpädagogischen Angebote waren mit weiteren Veränderungen konfrontiert. Die Invalidenversicherung hat ihre Betriebsbeiträge an die städtischen Schulen reduziert, was im Budget 2005 zu beachten war. Im Rahmen der Sparmassnahmen 04 wird der Kanton Zürich die Beiträge an die Stütz- und Fördermassnahmen (ohne DfF) begrenzen. Schliesslich wurde am 28. November die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) gut geheissen. Damit wird sich die IV voraussichtlich 2008 aus der Finanzierung der Sonderschulen, des Sprachheilkindergartens, der Kleinklasse C und der Logopädie zurückziehen. Noch ist unklar, inwieweit der Kanton diese Beiträge übernehmen wird.

Die Hochschule für Heilpädagogik hat im Berichtsjahr im Auftrag der Stadt Winterthur eine Bestandsaufnahme des sonderpädagogischen Angebots durchgeführt. Die Resultate liegen nun vor und stellen der Stadt Winterthur grundsätzlich ein gutes Zeugnis aus. Sie bilden eine gute Grundlage für die anstehenden konzeptionellen Arbeiten.

Stütz- u. Fördermassnahmen (SFM) in Prozent zu den Gesamtschülerinnen und -schülerzahlen, Stichtag: 1.11.2004



Legasthenie, Nachhilfe, Dyskalkulie, Psychomotorik, Spieltherapie, Hochbegabung

Die Grafik zu den Stütz- und Fördermassnahmen basiert neu konsequent auf den Schüler- und Schülerinnenzahlen am 1. November, die auch für die Berechnung des Staatsbeitrags verwendet werden. Ausser für DfF und die Mundartkurse (separate Grafik) wurde bisher jedoch die Anzahl Lernender, die im Berichtsjahr entsprechende Massnahmen erhielten, abgebildet. Die Zahlen per Stichtag sind deutlich tiefer, vor allem für diejenigen Massnahmen mit einer vergleichsweise kurzen Dauer, wie Einzelunterricht, Nachhilfe oder Psychotherapie. Generell kann im Vergleich zum Vorjahr eine leicht abnehmende Tendenz bei den Stütz- und Fördermassnahmen beobachtet werden.

Für die Nachhilfe wurde der Gruppenunterricht gefördert, unter anderem um Kosten zu sparen. Im November erreichte der Anteil Lernender, die Nachhilfe in Gruppen erhielten, knapp 40 Prozent.

Ambulante Logopädietherapie

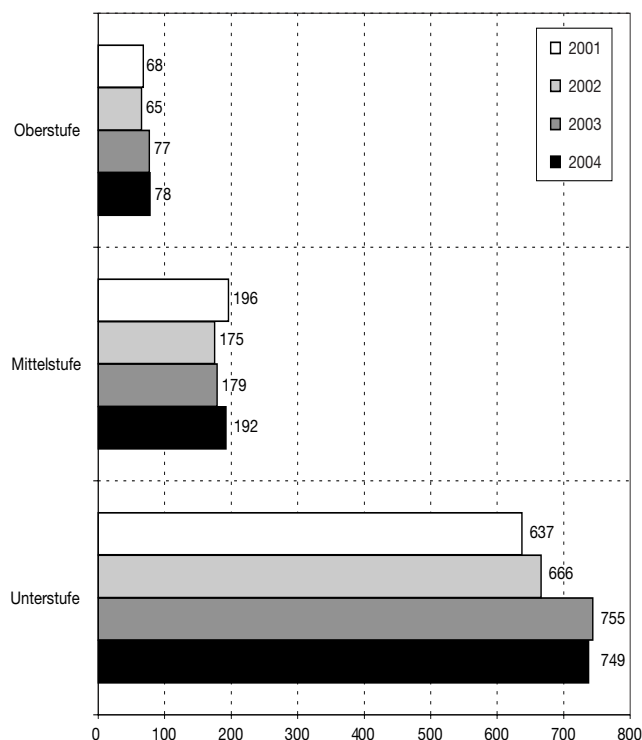
23 Logopädinnen und Logopäden der städtischen Ambulatorien behandelten insgesamt 260 Kinder, davon 48 Kinder im Kindergarten- und fünf im Oberstufenalter.

Seit August ist die neu geschaffene 100 %-Stelle «Leitung Logopädischer Dienst» innerhalb der Abteilung Sonderpädagogik besetzt. Themen wie Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenbeurteilung, Prävention, Beratung von Eltern und Fachleuten konnten angegangen und umgesetzt werden. Im Zusammenhang mit der Einführung von ISF soll die personelle Zuständigkeit der einzelnen Logopädinnen und Logopäden für einzelne Schuleinheiten verstärkt werden.

Deutsch für Fremdsprache (DfF)

Die Zahl der fremdsprachigen Schüler und Schülerinnen, die Deutschstunden für Fremdsprache besuchen,

Deutsch für Fremdsprache



stieg dieses Jahr nur unwesentlich von 1011 auf 1019 an. Der Bedarf für diese Unterstützung ist zu Beginn der Schulzeit am stärksten, wie die Verteilung auf die Schulstufen deutlich zeigt.

Aufgrund der Sparmassnahmen win.03 wurde bereits 2003 der Einzelunterricht abgeschafft. Wie schon im Vorjahr wurde Deutsch für Fremdsprachige nur noch in Gruppen unterrichtet, was zu einem beträchtlichen Spareffekt führte.

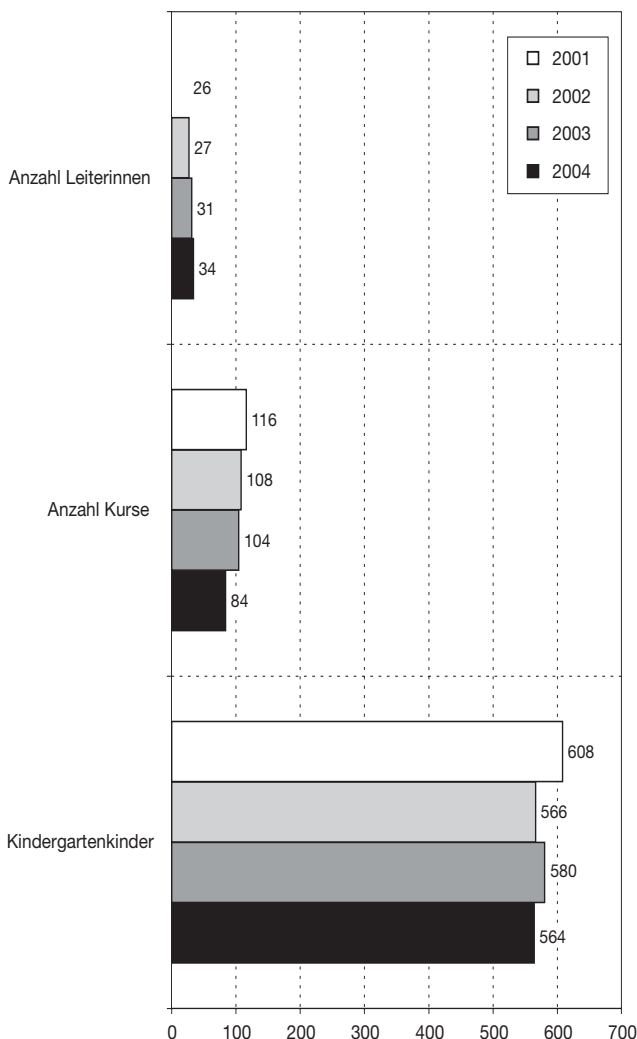
Bereits 2002 erschien das erste offizielle Lehrbuch Pipapo 1 für den Unterricht Deutsch als Zweitsprache, geeignet ab dem ersten Lernjahr. Nun ist Pipapo 2 für das zweite Lernjahr ebenfalls mit Arbeitsbuch, Textbuch, Kommentar, Audio-Cds und CD-Rom erschienen.

Mundartkurse

Ab Schuljahr 2004/05 wurde ein neues Konzept für die Mundartkurse eingeführt, das folgende Änderungen beinhaltet:

- Alle Lektionen dauern 45 Minuten, je nach Anzahl fremdsprachiger Kinder in der Gruppe sind ein bis drei Lektionen pro Woche und Gruppe möglich.
- Das Lehrmittel «Deutschlich – besser» wird obligatorisch verwendet.
- Der Bereich Bildung erarbeitet weitere Grundlagen zu Förderplanung, Sprachstandserhebung und Berichts-wesen.

Mundartkurse



Sprachheilkindergarten

In den fünf Sprachheilkindergärten wurden von Januar bis Juli 46 Kinder betreut. Von August bis Dezember wurden 52 Kinder aufgenommen.

	Total	Mädchen	Knaben	IV-Anträge	1. Jahr	2. Jahr	Fremdsprache
Mattenbach	9 / 10	1 / 2	8 / 8	9 / 10	5 / 5	4 / 5	4 / 5
Oberwinterthur	9 / 11	3 / 2	6 / 9	8 / 10	9 / 9	0 / 2	7 / 10
Veltheim	10 / 10	3 / 5	7 / 5	10 / 10	9 / 6	1 / 4	7 / 7
Wülflingen	8 / 10	2 / 2	6 / 8	8 / 10	8 / 4	0 / 6	6 / 9
Töss	10 / 11	4 / 5	6 / 6	10 / 11	7 / 7	3 / 4	9 / 7
Total	46 / 52	13 / 16	33 / 36	45 / 51	38 / 31	8 / 21	33 / 38

Viele sprachentwicklungsverzögerte Kinder durften im vergangenen Jahr erneut den Sprachheilkindergarten besuchen und mit gezielten Körperwahrnehmungsübungen taktil-kinästhetisch, auditiv und visuell unterrichtet werden. Die Klassen zählten zehn bis elf Kinder mit vielen komplexen Sprachstörungen, was die Arbeit als Sprachheilkindergärtnerinnen und Logopädinnen bzw. Logopäden intensiviert. Für eine optimale Sprachförderung ist die konstruktive Zusammenarbeit mit den Eltern von grösster Bedeutung. Die regelmässige Zusammenarbeit mit Logopädie, Psychomotorik- und Ergotherapie sowie der Pädiatrie und Schulpsychologie ist ebenfalls wichtig.

Kleinklassen C (für hör- und sprachbehinderte Kinder)

In sieben Klassenzügen besuchten insgesamt 79 Kinder die Kleinklasse C. Gemäss Definition des Sonderklassenreglements können Schülerinnen und Schüler mit Hör- und Sprachstörungen in Kleinklassen C geschult werden. Die Bestandesaufnahme des sonderpädagogischen Angebots, welche dieses Jahr durchgeführt worden ist, zeigt zudem auf, dass viele Schülerinnen und Schüler der Kleinklasse C neben der sprachlichen Schwäche auch Wahrnehmungs- und Aufmerksamkeitsstörungen zeigen, häufig ein auffälliges Verhalten haben und in erschwerten sozialen Bedingungen leben. Das gesamte C-Team führte eine Weiterbildung zum Thema «Förderung des Selbstwerts und Entwicklung der Selbstkompetenzen» durch.

Heilpädagogische Schule, Michaelschule

Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler betrug Anfang Schuljahr 95 (Vorjahr 93) Kinder, verteilt auf 16 (17) Abteilungen. Davon wurden 11 (5) Kinder integrativ in einem Regelkindergarten oder in einer Regelklasse geschult. Durch diese grosse Zunahme war die Fachstelle Integration durch die sehr individuell zu gestaltende Organisation der verschiedenen Integrationen, aber auch durch die laufend zu bearbeitenden Fragestellungen einer fruchtbaren Zusammenarbeit von Heilpädagoginnen bzw. Heilpädagogen und Regelklassenlehrkräften stark gefordert.

Ein sehr erfreuliches Zeichen der Solidarität zeigte das Abstimmungsergebnis im Zusammenhang mit dem geplanten Erweiterungsbau. Nachdem der Gemeinderat das Projekt ohne Gegenstimme bewilligt hatte, stimmte das Volk der Stadt Winterthur dem Erweiterungsbau am 26. September mit 75 % Ja-Stimmen zu. Diese Vertrauensbekundung bedeutet, dass eine fachlich differenzierte Schulung der Kinder mit den sehr unterschiedlichen Behinderungen nach wie vor deutlich bejaht wird.

Eine Gesamtauführung zum Thema «Jahreszeiten», in welche alle Kinder involviert wurden, war ein Abbild für die vielfältigen Förderungsmöglichkeiten, die insbesondere für die Heilpädagogik in der Anwendung der verschiedenen künstlerischen Aktivitäten liegen.

Städtische Schule für cerebral gelähmte Kinder, Maurerschule

Die Unterstützung und Beratung der Eltern und Schülerinnen bzw. Schülern bei der Berufsfindung und beim Übertritt in eine Nachfolgeinstitution ist ein wesentlicher Teil der Aufgabe der Maurerschule. Eltern von Oberstufenschülerinnen und -schülern können jährlich an einem von der Schule organisierten Informationsabend und an einer Betriebsbesichtigung teilnehmen. Auf diese Weise lernen sie Ausbildungsmöglichkeiten und Institutionen kennen. Im Standortgespräch im 8. Schuljahr planen alle wichtigen Bezugspersonen der Schule mit den Eltern, dem Schüler oder der Schülerin und der IV-Berufsberatung den Berufsfindungsprozess. Schnupperlehren, Abklärungen und intensive Auswertungsgespräche helfen, den optimalsten Platz für die Ausbildung zu finden. Als Vorbereitung für den Übertritt in die Berufswelt absolvieren die Jugendlichen im 9. Schuljahr einmal wöchentlich ein Praktikum in einem Betrieb. Nach diesem intensiven Prozess konnten im Sommer zehn Jugendliche (der insgesamt 71 Schülerinnen und Schüler) in eine Anschlussinstitution entlassen werden.

Ein integrativ wirkender Höhepunkt war die Begegnungswoche Zirkus, die dank der Unterstützung der Stadt, des Kantonsspitals und der Winterthur-Versicherungen zum sechsten Mal durchgeführt werden konnte. 64 Kinder der Maurerschule, der Michaelschule und der Oberstufe aus dem Schulhaus Wallrüti erarbeiteten zum Thema «Traum» ein gelungenes Zirkusprogramm mit dem Zirkus Chnopf.



Begegnungswoche Zirkus: ein gemeinsames Erlebnis

Schule in Kleingruppen KGS

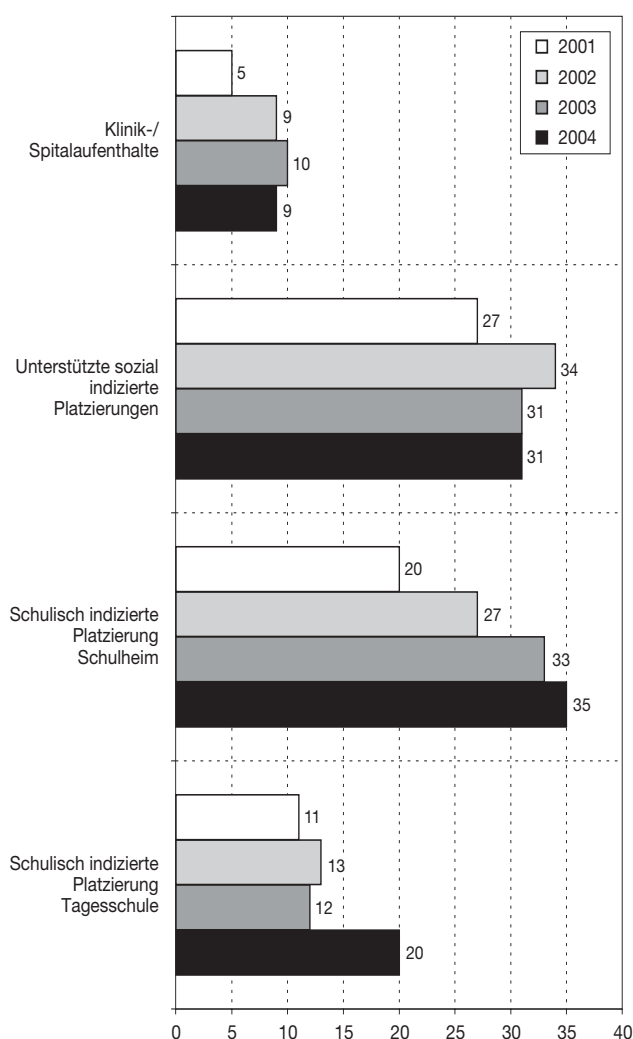
Für die sechs per Ende Schuljahr 2003/04 ausgetretenen Jugendlichen konnte wiederum ein optimaler Ausbildungsplatz oder eine geeignete Nachfolgelösung gefunden werden. So erhält die Arbeit der Schule in Kleingruppen Nachhaltigkeit, denn mit einer sinnvollen beruflichen Eingliederung erhalten die Jugendlichen die Möglichkeit, sich in der Arbeitswelt zu integrieren und zu bewähren. Für sieben Jugendliche formulierten Fachstellen Anträge auf eine dringende Aufnahme per Schuljahr 2004/05. Leider konnten nur sechs Schüler aufgenommen werden. Die Prognosen ihrer weiteren Beschulung im Rahmen der Volksschule sprachen in allen Fällen von akuter Gefährdung. Ein Schüler musste mit der Option für eine allfällige Aufnahme während des Schuljahres zurückgestellt werden. Nebst einem einzigen verbliebenen Mädchen sind die vorhandenen Schulplätze durch 18 Knaben besetzt.

Die KGS weist mit 19 Jugendlichen eine Überbelegung aus. Auch im vergangenen Jahr haben die prozess- und ergebnisorientierten Projekte und Unternehmungen den Alltag gemäss Leitbild entscheidend und positiv geprägt. Diese ermöglichen den Jugendlichen motiviertes Lernen und Arbeiten.

Heimschulung und externe Sonderschulung

Die Anzahl Lernender in externer Sonderschulung hat von 86 Ende 2003 auf 95 per Ende 2004 zugenommen. Diese Zunahme ist vor allem auf Platzierungen in Tagesschulen ausserhalb Winterthurs zurückzuführen. Viele Kinder und Jugendliche mussten aufgrund ihres schwierigen Verhaltens einer Sonderschule ausserhalb Winterthurs zugewiesen werden, da in der Stadt selber kein ausreichendes Angebot vorhanden ist.

Heimplatzierungen



Schulgesundheits

Die Abteilung Schulgesundheits entstand durch Umstrukturierung nach einem Leitungswechsel in der früheren Abteilung Sonderpädagogik und Gesundheits. Seit März bilden der Schulärztliche und der Schulzahnärztliche Dienst eine separate Einheit. Auf diese Weise können Synergien besser genutzt werden, besonders im Bereich der Betreuung von Kindern mit Auffälligkeiten, wie zum

Beispiel mangelhafter Körperhygiene, desolaten Zähnen, elterliches Desinteresse an gesundheitlichen Belangen.

Dieses erste Jahr diente vorab einer Bestandsaufnahme, um Möglichkeiten und Grenzen einer gemeinsamen Strategie zur Gesundheitsförderung und zur fokussierten Arbeit zu eruieren – auch unter dem Aspekt von Sparmassnahmen.

Daneben war die Abteilung involviert in Abklärungen im Zusammenhang mit dem Verdacht auf eine Häufigkeit von Krebserkrankungen im Schulhaus Schönggrund.

Schulzahnärztlicher Dienst

Die Schulzahnpflege konnte auch in diesem Berichtsjahr dank guter Koordination und Unterstützung durch alle Beteiligten effizient und lückenlos organisiert werden. Insgesamt waren 6925 Schülerinnen und Schüler angemeldet, 3583 verzichteten auf den obligatorischen Untersuchung im Rahmen der Schulzahnpflege und wünschten Privatzahnarzt-Wahl. Allerdings mussten davon schliesslich doch noch rund 4 % im Klassenverband mit untersucht werden, weil sie keinen Untersuchungsnachweis erbringen konnten. Solche Unregelmässigkeiten, elterliche Unsicherheiten bei der Anmeldung und viele Anfragen um Wiederaufnahme in die Schulzahnpflege verursachten im Schulzahnärztlichen Dienst einen unverhältnismässigen administrativen Aufwand.

Der Schulzahnärztliche Dienst verarbeitete ausserdem rund 4000 Rechnungen für zahnärztliche Leistungen und leistete in 2300 Fällen städtische Beiträge. Nach wie vor zeigte die tägliche Praxis, dass das Prozedere der Rückforderung von Behandlungsbeiträgen für viele Eltern nicht ganz einfach ist, und oft die Hilfe des Schulzahnärztlichen Dienstes benötigt wird.

Schulzahnklinik

Der Betrieb verlief weitgehend reibungslos. Die hohe Behandlungsnotwendigkeit und die damit verbundenen Kapazitätsprobleme stellten die grösste Herausforderung für das Team dar. Am Ende des Berichtsjahres betrug die Wartezeit für eine zahnärztliche Behandlung bei Anmeldung fünf bis sechs Monate, dringende Behandlungen und Notfälle ausgenommen. Ebenfalls belastend, insbesondere für die fünf Zahnärztinnen (3,30 Stellen, inklusive Leitung), war der zunehmende administrative Verkehr mit Krankenkassen und anderen Drittzahlenden.

Dank guter Information an die Eltern und einem strengen Patientinnen- bzw. Patientenmanagement konnten versäumte Sitzungen gegenüber Vorjahren massiv reduziert werden. Entsprechend hoch war auch die Auslastung der vier zahnärztlichen Geräte.

Die Zusammenarbeit zwischen der Schulzahnklinik und den Überweisungszahnärztinnen und -ärzten war hervorragend, ebenso mit den Nebenamtlichen Schulzahnärztinnen und -ärzten. Im Schuljahr, das dem Berichtsjahr zugrunde liegt, waren 265 Schul- und 59 Kindergartenklassen der Schulzahnklinik zugeteilt. Mit 3877 untersuchten Kindern wurde die Rekordzahl des Vorjahres nochmals leicht überschritten. 30 Prozent der Eltern machten aber immer noch von der Möglichkeit Gebrauch, auf die Schulzahnpflege zu verzichten. Nur gerade 961 (24 %) Kinder aller Stufen konnten als kariesfrei deklariert werden gemäss gebräuchlicher, wissenschaftlicher Kriterien.

Erfreulicherweise konnte an der Schulzahnklinik eine Lehrstelle «Dentalassistentin» geschaffen werden.

Prophylaxezentrum

Im Sommer besuchte das Prophylaxeteam einen lehrreichen, nützlichen Psychologiekurs an der Allgemeinen Berufsschule in Zürich. Alle Beteiligten profitierten spürbar; das Gelernte konnte bereits hilfreich im Klassenunterricht eingesetzt werden. Für die Abschlusslektion in der 3. Oberstufe organisierte das Prophylaxezentrum ein weiteres Mal den Schulzahnbus. Man informierte diesmal vor allem über die verschiedenen «Putztechniken». Am Rande wurden aber auch die in dieser Altersstufe besonders aktuellen Themen wie Bulimie und Piercing im Zusammenhang mit der Zahngesundheit diskutiert. Die Zusammenarbeit mit den Organisatoren des Schulzahnbus klappte wie immer hervorragend. Solche Aktionen sind für das Prophylaxeteam immer wieder eine Abwechslung sowie Herausforderung zum normalen «Schulalltag».

Auch bei den Lehrkräften war das Echo positiv, vor allem was den Bus und den Einsatz der Schulzahnpflegehelfenden in den Schulen anbelangte. Aus den Jahresberichten der Prophylaxebeauftragten wird ersichtlich, dass die Zahnreinigungs-Instruktion durch die «Profis» vermehrt gewünscht wird: Die Motivierbarkeit sei durch die «Zahnputzfrauen» viel grösser. Im Schuljahr, das dem Berichtsjahr zugrunde liegt, kamen gemäss Statistik 14 164 Kinder oder 807 Klassen in den Genuss eines Besuches durch das Prophylaxe-Team. Das Schergewicht lag bei den Kindergärten. Im Vergleich zum Vorjahr begleiteten rund 13 % mehr Eltern ihre Kinder zur Zahnreinigungslektion in den Kindergarten, was ein Erfolg ist.

Nebenamtliche Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte

Die Nebenamtlichen Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte der Vereinigung Winterthurer Zahnärzte (VWZ) betreuten Kinder aus 201 Schulklassen und 51 Kindergärten. Daran beteiligten sich 34 Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie acht Kieferorthopäden und -orthopädinnen. Es wurden total 3027 Kinder im Rahmen der Schulzahnpflege untersucht. Diese Untersuchungen im Klassenverband und die notwendigen Behandlungen konnten ohne nennenswerte Störungen durchgeführt werden. Problematisch waren allenfalls die von einigen Zahnärzten und -ärztinnen beanstandeten versäumten Sitzungen. Auch die Versorgung von Notfällen – akute Zahnschmerzen und Unfälle – aus der Schulzahnpflege war stets gewährleistet.

Gemeinsam mit dem Schulzahnärztlichen Dienst wurden mögliche Ansätze diskutiert, die Empfehlungen der Gesundheitsdirektion zu realisieren.

Schulärztlicher Dienst

Einige Neuerungen, aber auch Akzentuierungen bei Bekanntem prägten das Berichtsjahr: Gemäss kantonalen Vorgaben hatten Eltern erstmals die Möglichkeit, bei Bevorzugung der Privatarztwahl einen Kostenbeitrag von 10 Franken pro Kind zu beanspruchen. Davon machten lediglich 17 % der Berechtigten Gebrauch.

Ebenfalls neu eingeführt wurde per Schuljahresbeginn das Angebot der Hepatitis-B-Impfung in der zweiten Oberstufe. An dieser vom Bundesamt für Gesundheit empfohlenen und vom Kanton mitfinanzierten Präventionsmassnahme beteiligten sich bereits viele Schülerinnen und Schüler. Im Bereich der Impfungen wurden zudem neue Wirkstoffkombinationen angewendet (z.B. Boostrix gegen Tetanus / Diphtherie / Pertussis).

Sorgen und zahlreiche zusätzliche Einsätze bereiteten dem Team eine weitere Zunahme des Kopflausbefalles um 48 %. Dagegen entfiel aus Spargründen in diesem Jahr die schulärztliche Untersuchung an den Kurzzeitgymnasien.

Die Zusammenarbeit mit den Schulärztinnen und -ärzten war wiederum sehr gut und konstruktiv. Kurz vor den Sommerferien wurde ein Schularzt wegen Verdachtes auf Meningokokkeninfekt in ein Schulhaus gerufen. Er informierte umgehend alle Eltern von gefährdeten Kindern und leitete prophylaktische Massnahmen ein.

Kinderhorte

Angebot

In den 33 städtischen Kinderhorten werden mit den 632 Plätzen durchschnittlich 1050 Kinder betreut. Im Sommer wurde der Nachmittagshort Sennhof und im Herbst der Mittagstisch Altstadt wegen zu tiefen Kinderzahlen geschlossen. Ebenfalls im Sommer wurden der Kinderhort Schachen um einen Mittagstisch erweitert und der Mittagstisch Tägelmoo auf einen Mittagsnachmittagshort ausgeweitet. Die letzten beiden Schulkreise haben auf Blockzeiten umgestellt. Damit ist die Umstellung der Öffnungszeiten der Kinderhorte vom Tagesbetrieb auf den Mittag-/Nachmittagsbetrieb abgeschlossen.

Qualitätsentwicklung

Das Pilotprojekt in den sieben Kinderhorten wurde im Frühling erfolgreich abgeschlossen. Aufgrund der guten Resultate fiel der Entschluss leicht, diese Qualitätssicherungs-Instrumente allen Hortleiterinnen und -leitern zugänglich zu machen und dadurch die Umsetzung in allen Kinderhorten zu ermöglichen.

Ausbildungs- und Praktikumsplätze

Seit März 2004 sind die sechs Praxisplätze für Studierende mit dem Ziel Sozialpädagogin bzw. Sozialpädagoge mit Schwerpunkt Hortleitung voll belegt. Die Praktikumsplätze bieten neun jungen Menschen Einblicke in das

Berufsfeld der Hortleiterin bzw. des Hortleiters und die Möglichkeit, sich mit der eigenen Berufswahl auseinanderzusetzen.

Elternbeiträge

Der Grosse Gemeinderat hat eine Erhöhung der Elternbeiträge auf das Schuljahr 2004/05 beschlossen. Diese Verteuerung der Kinderbetreuung hat sich nicht massgeblich auf die Anzahl der betreuten Kinder ausgewirkt.

Anstossfinanzierung

Dieses Jahr konnten zum ersten Mal Anstossfinanzierungen vom Bund geltend gemacht werden. Die auf das Schuljahr 2003/2004 neu eröffneten Kinderhortplätze lösten insgesamt rund 47 000 Franken Finanzhilfe für familienergänzende Kinderbetreuung aus.

www.kinderbetreuung.winterthur.ch

Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Elternbeiträge mussten auf dem Internetportal grössere Anpassungen gemacht werden. Dies gab Gelegenheit, die online-Berechnungen der Elternbeiträge noch kundenschaftsfreundlicher zu gestalten. Innert kürzester Zeit können sich Eltern die Betreuungskosten berechnen lassen. Neu sind die Standorte der Kinderhorte und Kinderkrippen mit dem online-Stadtplan verlinkt.

Schulpsychologischer Dienst (SPD)

Der Schulpsychologische Dienst leidet noch immer unter hohen Fallzahlen. Es haben sich aktuell sehr aufwändige und komplexe Krisensituationen gehäuft, welche in der Regel nur mit Rundtischgesprächen, oft auch auswärts und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, bearbeitet werden können. Gewaltprobleme und andere Krisensituationen führten zu Aufträgen, die kurzfristig angegangen werden mussten. Der Kleinklassenschwund

Statistik des Schulärztlichen Dienstes Winterthur für das Jahr 2004

Schulstufen	Kg	Us	Ms	Os	KKE	Ks	Total 2004	Total Vorjahr
Kopflausbefälle (in 222 Klassen)							427	290
Tuberkulose-Abklärung (spontan positiv ohne BCG)						1	1	1
Tuberkulosestest						10	10	30
Kinderlähmungsimpfung (Polio)			40	3			43	287
Diphtherie/Tetanusimpf.			23	167	2		192	423
Revaxis Impfung (Polio/Tetanus)			38	76	19		133*	
Boostrix Impfung (Tetanus/Diphtherie/Pertussis)			52	2			54*	
MMR Impfung			148	257	27		432	499
Hepatitis B Impfung				66			66*	
Verschiedene Befunde		102	188	178	12	2	482	452
Befunde am Blutdruck				66		5	71	91
Aussergewöhnliches Herzgeräusch		5	6				11	40
Kryptorchismus (Hodenhochstand)		1					1	2
Phimose (Vorhautverengung)		54			1		55	41
Grosswuchs		3	4				7	17
Kleinwuchs		1	1				2	6
Befunde am Skelett		42	78	44	4		168	211
Kinderschutz/ Verwahrlosung		2					2	3
Höreinschränkungen	22	21	13	13	1		70	61
Sehschwäche	43	47	52	70	9	8	229	260
Total ärztliche Befunde	65	278	342	371	27	15	1098	1184
Anzahl Untersuchungen	873	681	797	752	91	122	3 316	3 613
Anzahl Klassen	108	71	58	49	14	6	306	308
Beratung Ärztin/ Arzt (Einzelkonsultation)				373		9	382	606
Einzelkonsultation auf Büro SAD							359	352
Freie Arztwahl genutzt		307	136	55	6	2	506	372

Kg = Kindergarten Us = Unterstufe Ms = Mittelstufe Os = Oberstufe KKE = Einschulungsklasse für Fremdsprachige Ks = Kantonsschule (Rychenberg)

* Änderungen sind bedingt durch neue Impfkombinationen und -empfehlungen des BAG (Bundesamt für Gesundheit)

bewirkt weiterhin, dass die Kreisschulpflegen mit komplexen Fragen konfrontiert sind. Oft können in solchen Fällen die schulpsychologischen Fachkräfte geeignete Lösungen mit vorbereiten oder mit Lösungsvorschlägen und Antragstellungen Auswege aufzeigen und Zuteilungen empfehlen oder beantragen. Der bereits laufende und weiter bevorstehende Wandel im Schulfeld, mit Einführung geleiteter Schulen, der ISF und von neuen Vorgehensweisen bei den pädagogischen Maßnahmen, beschäftigt auch das Team des SPD und bewirkt Veränderungen der Organisation und der Auftragssituation, die in den nächsten Jahren simultan zu den Schulprojekten neue Schulhaus- und Schulkreiskulturen erforderlich machen werden. Diese Entwicklungen und die Ausrichtung darauf in der Schulpsychologie erfolgen bereits. Die Hoffnung besteht bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass mit der flächendeckenden Einführung von ISF und mit dem in Arbeit stehenden Gesamtkonzept die Schulpsychologie aus der akuten und chronischen Belastung herauskommt und sich vermehrt im Gleichgewicht zwischen Abklärungen und Beratungen wieder finden wird.

Kindergarten/Volksschule

Statistische Angaben zum Kindergarten

1794 Kinder (Vorjahr 1803) besuchten den Kindergarten. Eine Zunahme der Kinderzahlen war in den Kreisen Stadt, Mattenbach und Wülflingen zu verzeichnen. Es wurde in all diesen Schulkreisen je ein reduziertes Pensum auf eine volle Lehrstelle aufgestockt. Eine Abnahme der Kinderzahlen fiel auf den Kreis Veltheim. Dort wurde eine Abteilung mit einem reduzierten Pensum geschlossen, dafür ein weiteres reduziertes Pensum in eine Vollstelle umgewandelt. In Oberwinterthur und Seen wurden bei geringfügiger Zunahme der Kinderzahlen, aber aufgrund der Wohnsituation der Kinder, in den Aussenwachten Stadel und Sennhof, je eine Abteilung in reduzierte Pensen (80 %) umgewandelt. Von insgesamt 110 (112) Kindergartenabteilungen wurden 88 (84) als Blockzeiten- und 18 (18) als Halbtageskindergärten angeboten. 4 (10) Abteilungen wurden in reduzierten Pensen geführt. In den insgesamt 110 Abteilungen sind 101 (103) reguläre, 5 Sprachheil- und 4 Stufenkindergärten enthalten.

Statistische Angaben Volksschule

In der Volksschule lernten 8107 (Vorjahr 8172) Schülerinnen und Schüler. Das Verhältnis Mädchen-Knaben hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Es besuchten 3940 Mädchen (3983) und 4167 Knaben (4189) die Volksschule.

Die Kinderzahl in den Aussenwachten hat sich nicht gross verändert. Es werden in den Aussenwachten 14 Lehrstellen (15) geführt.

Schulveranstaltungen

Projektwochen

Projektwochen sind bei Schülerinnen und Schüler und der Lehrerschaft nach wie vor sehr beliebt. Dementsprechend vielfältig und interessant sind jeweils auch die Themen: «Gesundheit», «verschiedene Länder», «Bauernhof» oder «Tiere im Zoo» sind nur einige Beispiele für die breit gefächerten Arbeitsinhalte. 2488 (5821) Schülerinnen und Schüler aus 258 (294) Primarklassen und 580 (906)

Schülerinnen und Schüler aus 134 (139) Oberstufenklassen waren dieses Jahr an Projektwochen in 28 (33) Schulhäusern insgesamt beteiligt.

Auswärtige Schulwochen / Ferienkolonien / freiwillige Wintersportlager

Die Schülerinnen und Schüler freuen sich jeweils auf die auswärtigen Schulwochen, da oftmals das «Abenteuerfeeling» ausgelebt werden kann (beispielsweise beim beliebten Zeltlager oder einem Wanderlager). Es nahmen an 43 (Vorjahr 37) Mittelstufen-Klassenlager 825 (816) Schülerinnen und Schüler und an 42 (35) Oberstufen-Klassenlager 920 (617) Schülerinnen und Schüler teil.

Die sieben von den Ferienkolonie-Vereinen durchgeführten Lager bilden für viele Kinder und Jugendliche eine willkommene und preisgünstige Möglichkeit, Ferien zu machen. Die Stadt beteiligte sich mit rund 75 876 Franken an den Lagerkosten.

Ebenfalls fanden drei freiwillige Wintersportlager mit insgesamt 93 Schülerinnen und Schülern statt.

Video und TV / Tonband / Dias und Projektion

Es konnten alle noch ausstehenden Oberstufenschulhäuser mit einem Beamer ausgerüstet und alle Schulhäuser mit einem DVD-Abspielgerät versorgt werden. Das Umkopieren von ausgewählten Videos auf das neue Trägermedium DVD wurde auch im vergangenen Berichtsjahr weitergeführt. Aktuell sind über 1500 Titel in der städtischen Videothek greifbar, knapp ein Drittel auf DVD. Neue Aufnahmen werden nur noch auf DVD vorgenommen. Der Videokatalog kann dank den Verwaltungscomputern schneller und günstiger aktualisiert werden. Auch das Bestellen von Titeln ist elektronisch problemlos möglich.

Es ist sichergestellt, dass in den Klassenzimmern gemäss Ausrüstungsstandards der städtischen Schulen genügend Tongeräte zur Verfügung stehen. Im Moment werden rund 1300 Geräte betreut. Den Winterthurer Lehrkräften steht ein Archiv mit rund 3000 Tonträgern im Ausleih zur Verfügung.

Die Ersatzbeschaffung der ältesten Generation von Hellraumprojektoren (demolux S, demolux super, Alter zwischen 15 und 20 Jahren) wurde im Jahre 2004 in allen Schulhäusern fortgesetzt.

Holzbearbeitung

Das Arbeiten mit Holz erfreut sich nach wie vor grosser Beliebtheit, so dass die einzelnen Werkstätten sehr gut ausgelastet sind. Die Lehrerfortbildungskurse swch.ch haben zusätzliche Arbeit und vor allem logistische Transfers von Maschinen gebracht.

Im Hofhurri wurde getestet, ob sich Schüler- bzw. Schülerinnenkorpusse mit eigenem Werkzeug bewähren. Nach einem Jahr kann man eine positive Bilanz ziehen. So bleibt das Ziel, alle Werkstätten neu mit Schüler- und Schülerinnenkorpusen einzurichten, für die Zukunft bestehen.

Musische Bildung

Blockflötenunterricht

An der jährlichen Fachkonferenz im März orientierten sich die Flötenlehrerinnen über die Neuerungen an der Volksschule. Ferner wurden die Themen für den Weiterbildungstag in der letzten Schulwoche festgelegt.

Der Weiterbildungstag vom 5. Juli fand grossen Anklang. 23 Flötenlehrerinnen nahmen teil, sieben besuchten eine andere Fortbildung. Ein Blockflötist stellte neue Techniken vor, die Flötenlehrerinnen tauschten die beliebtesten Stücke ihrer Schülerinnen und Schüler aus und besprachen in zwei Gruppen den Anfangsunterricht auf der Sopran- und Altblockflöte.

Die Zahl der Kinder, die sich für einen Blockflötenkurs im Schuljahr 2004/05 angemeldet haben, liegt im Durchschnitt der letzten Jahre. Einzig im 3. Spieljahr hat es so viele Kinder wie schon lange nicht mehr.

Jugendmusikschule

Nach dem Rücktritt des langjährigen Präsidenten wurde an der Mitgliederversammlung im April 2004 nach einer öffentlichen Ausschreibung die neue Präsidentin Carolyn Bodmer gewählt.

Die Umstellung auf das neue Finanzreglement sowie zu knapp berechnete Subventionsbeiträge führten erstmalig zu einem Aufwandüberschuss, der jedoch mit Mitteln aus dem Eigenkapital gedeckt werden konnte.

Die Musikalische Grundschule ist seit dem laufenden Schuljahr in allen Winterthurer Stadtkreisen in den ersten Primarklassen obligatorisch in die Blockzeiten integriert. Beim Instrumentalunterricht sind die Schüler und Schülerinnenzahlen in Winterthur gestiegen, jedoch ist auch eine vermehrte Hinwendung zu kürzeren und damit günstigeren Lektionszeiten zu verzeichnen.

Winterthurer Theaterfrühling

Die Anzahl der Kinder im Winterthurer Theaterfrühling lag gegenüber dem Vorjahr um knapp zehn Prozent höher. Ein attraktives Programm mit neun verschiedenen Theaterstücken stand zur Auswahl für alle Altersstufen vom Kindergarten bis zur sechsten Primarklasse. Zweiundsiebzig Vorstellungen füllten sich mit sechseinhalb tausend Kindern. Vieles wurde angeregt, von der eigenen Fantasie über helles Gelächter bis zum Nachdenken, Staunen, selber Ausprobieren. Alle angemeldeten Lehrkräfte waren zu einer Vorbereitungsstunde eingeladen. Von ausgebildeten Theaterpädagoginnen und -pädagogen bekamen sie nähere Informationen zum Theaterstück und Anregungen zum Vor- und Nachbereiten des Besuches mit ihrer Klasse. Auch dieses Angebot erfreute sich einer regen Nachfrage.

Konvente der Lehrkräfte

Kindergartenkonvent

Im ersten Jahr nach der Einführung des neuen Geschäftsreglements ist die Arbeit der Delegiertenversammlung erfolgreich verlaufen. Die Informationen wurden gut in die einzelnen Kreise vermittelt. Im vergangenen Schuljahr wurden zum letzten Mal vier Stadtkonventsversammlungen durchgeführt. Durch die Teilnahme in den Spezialkommissionen ISF und Kindergarten ist gewährleistet, dass wichtige Themen des Kindergartens berücksichtigt werden.

Volksschulkonvent (VSK)

Der erweiterte Vorstand des VSK trat zu fünf Sitzungen zusammen. Im April führten der VSK sowie der Primarschul- und der Sekundarschulkonvent gemeinsam ihre Delegiertenversammlungen durch. Ein wichtiges Thema an allen Sitzungen war die flächendeckende Einführung

des ISF. Die Kreiskonvente sowie verschiedene Schulausteamteams beteiligten sich an der Vernehmlassung zum städtischen Rahmenkonzept ISF. Zwischen dem Vorstand des VSK und der Leitung der Schulleitungskonferenz fanden Aussprachen statt, um die Zusammenarbeit bei der Einführung von TaV-Schulen in der ganzen Stadt in die Wege zu leiten, da dieses Projekt auch eine Neuorganisation der Lehrerkonvente zur Folge haben wird. Der VSK stellte Anträge zu folgenden Themen:

- Verwendung der Materialkredite (noch nicht abschliessend beantwortet)
- Bildung einer Fachkonferenz der ISF-Lehrkräfte (Antwort noch ausstehend)
- Erhöhung der Materialkredite in den 5. und 6. Klassen (teilweise gutgeheissen)
- Flankierende Massnahmen bei der Einführung des ISF (an die betreffende Spezialkommission weitergeleitet)

Glücklicherweise ist es dem Vorstand des VSK auch im vergangenen Jahr gelungen, genügend Kolleginnen und Kollegen für die Mitarbeit in den verschiedenen Kommissionen zu gewinnen.

Bereich Berufsbildung

Mit der finanziellen Verschlechterung des Haushaltes der Stadt Winterthur und dem damit verbundenen Sparauftrag win.03 erhielt der Bereich Berufsbildung den Auftrag, die Berufsberatung, das Berufsinformationszentrum und die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule zu kantonalisieren. Für die zehnten Schuljahre wurden auf der Basis eines Gemeinderatsbeschlusses die Schulgelder für auswärtige Schülerinnen und Schüler erhöht und für in Winterthur wohnhafte neu ein Schulgeld erhoben. Das Projekt zur Kantonalisierung der Berufsberatung ist weit fortgeschritten. Ein Antrag an den Grossen Gemeinderat wurde eingereicht. Der Entscheid des Grossen Gemeinderats wird im Januar 2005 erwartet. Das Projekt «Kantonalisierung der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule» wurde sistiert, um zu überprüfen, ob eine Eingliederung der HFS in städtische Strukturen kostengünstiger wäre. Trotz der zusätzlichen anspruchsvollen Aufgaben konnte der ordentliche Schulbetrieb der zehnten Schuljahre, die Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen und die Ausbildung von Lernenden mit Erfolg weiter geführt werden.

Berufsberatung

Die Berufswahl war auch dieses Jahr für die Jugendlichen und ihre Eltern nicht leicht. Der Lehrstellenmarkt hatte sich noch nicht erholt. Neben dem Wunschberuf mussten oft auch Alternativen gesucht werden. Der berufsberaterische Zeitaufwand erhöhte sich dadurch meist um mehrere Sitzungen bis zur Unterzeichnung eines Lehrvertrages. Durch den starken Wandel in der Berufsbildung entstand ein zusätzlicher Informationsbedarf, der dank der ausgebauten aktuellen Berufsdokumentation gut befriedigt werden konnte. Mit fast allen Schulklassen des zweitletzten Schuljahres wurde eine Einführung ins Thema Berufswahl gemacht. Auch die Informationsabende für die Eltern der betroffenen Jugendlichen wurden rege besucht. Wiederum beanspruchten viele Schülerinnen und Schüler mit schulischen oder integrationsbedingten Defiziten er-

folgreich das niederschwellige Angebot der SOS-Sprechstunde.

Viele Erwachsene kamen zur Klärung von Weiterbildungsfragen in die Beratung. Lebenslanges Lernen wird immer selbstverständlicher. Dazu haben auch die attraktiven neuen Möglichkeiten der Berufsmittelschulen und Fachhochschulen wesentlich beigetragen. Die Beratung von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängenden hat stark zugenommen. Die Veränderung der Arbeitswelt verlangt bei Arbeitslosigkeit immer mehr nach beruflicher Neuausrichtung. Die Laufbahngruppen zur Standortbestimmung und Neuorientierung wurden übers ganze Jahr sehr rege besucht. Spürbar waren die allgemeine Verunsicherung durch die momentane Arbeitsplatzsituation und der damit verbundene Wunsch nach Veränderung in Richtung Kompetenzerweiterung.

Berufsinformationszentrum (BiZ) Winterthur / Andelfingen

1983 wurde für die Bevölkerung von Stadt und Bezirk Winterthur das Infozentrum eröffnet, 1991 erweiterte sich das Einzugsgebiet auf die Region Andelfingen. 2003 wurde bei der kantonalen Studien- und Berufsberatung der Info-Teil auf den nichtakademischen Bereich ausgeweitet. Als Basis für die bevorstehende Kantonalisierung diente das Info-Konzept, das Winterthur (inkl. Oerlikon und Andelfingen) gemeinsam mit Wetzikon und Horgen entwickelt und umgesetzt hat. Dieser finanziell abgeglichene Leistungsauftrag bedeutete für das ganze BiZ-Team eine grosse fachliche und logistische Herausforderung, galt es doch, in relativ kurzer Zeit die Grundlagen der Zusammenarbeit bis ins Detail zu vereinbaren, eine «Produktionsstrasse» in den bestehenden Räumlichkeiten in Gang zu bringen, die elektronische Datenbank entsprechend umzubauen und den Versand untereinander zu organisieren. Das Info-Management zur eigenen Berufsberatung musste zudem auf diese neuen Gegebenheiten abgestimmt werden.

Berufswahlschule Winterthur (BWS)

Die lebenskundlichen Veranstaltungen waren ein grosser Erfolg und stiessen bei den Jugendlichen auf Interesse und Akzeptanz. Bei den verschiedenen Sport-Events zeigten die Schülerinnen und Schüler Einsatz und Fairness. Einsatz zeigten auch das Sekretariat und der Lehrkörper bei der Bearbeitung der rund 280 Anmeldungen. Erfreulich gab es auch an der Lehrstellenfront; alle 100 Schülerinnen und Schüler des Jahrganges 2003/04 haben eine Berufslösung gefunden. Der Vorkurs wurde zum zweiten Mal erfolgreich durchgeführt. Die Berufswahlschule als rauchfreie Schule zu deklarieren, fand bei Jugendlichen und Erwachsenen grosse Zustimmung. Der Haupteingang zur Tösstalstrasse musste aus Sicherheitsgründen geschlossen werden. Der Ausbau des Eingangsbereichs zum Park fiel den Sparmassnahmen zum Opfer.

Das Berufswahlkunde-Programm läuft auf Hochtouren, die Erfolge bleiben nicht aus. Probleme wird es mit dem neuen Berufsbildungsgesetz geben, viele bewährte Ausbildungsstellen fallen weg.

Werkjahrschule (WJS)

Dank intensiver Betreuung und enormem Einsatz fanden fast alle Absolventinnen und Absolventen des Jahreskurses 2003/2004 eine Anschlusslösung.

Bei den Anmeldungen für das laufende Schuljahr wurde wegen der Einführung eines Schulgeldes Zurückhaltung geübt. Viele jugendliche Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Anschlusslösung meldeten sich bei Kantonalen Arbeitsprojekten und nicht bei einem zehnten Schuljahr. Zudem fanden einige der angemeldeten Schülerinnen und Schüler in den Sommerferien noch eine Lehrstelle.

Die Lehrstellensuche für Schülerinnen und Schüler gestaltet sich vor allem für die schulisch Schwächeren äusserst schwierig. Durch das neue Berufsbildungsgesetz sind die zweijährigen Lehren verschwunden. Anlehren gibt es wenige und die beruflichen Grundausbildungen mit Attest sind noch in weiter Ferne. Von den schulisch stärkeren Jugendlichen haben viele schon eine Lehrstelle gefunden. Der Aufwand, einen Ausbildungsplatz zu finden, wird sowohl für die Jugendlichen wie für die Lehrpersonen jedes Jahr grösser.

Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule an der Berufs- und Fortbildungsschule

Hauswirtschaftlicher Jahreskurs (HJK)

Der Hauswirtschaftliche Jahreskurs wurde in berufsfeldbezogene Typen unterteilt. Im Schuljahr 2003/04 waren es neben dem bestehenden Typ A (Vorbereitung auf Berufe im Gesundheitswesen) neu Typ S (Vorbereitung auf Aufnahmeprüfung der gymnasialen Mittelschule und der BMS) und Typ K (Vorbereitung auf die KV-Lehre). Die restlichen Schülerinnen und Schüler wurden auf Grund ihrer Oberstufenherkunft und -zeugnisse in den Typ L (Leistungsklassen) oder Typ F (Förderklassen) eingeteilt, in denen sie generell auf das Berufsleben vorbereitet werden. Vorgängig wurden für die speziellen Typen Stofflehrpläne ausgearbeitet. Gleichzeitig wurden ein neuer, übersichtlicher Prospekt und entsprechende Inserate kreiert, um Berufsberatung, Lehrerschaft, Eltern und Jugendliche präzise und klar informieren zu können. Zudem führte man eine Information für Lehrkörper, Berufsberatung und Oberstufenpflege, zwei Informationsabende für Eltern sowie eine Nachmittagsveranstaltung für Jugendliche durch. Einige schulmüde und extrem verhaltensauffällige Schülerinnen bzw. Schüler wurden nicht aufgenommen. Dies verbesserte die Unterrichts Atmosphäre und die Lernwilligkeit deutlich.

Integrationskurse

Die fremdsprachigen Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren, die den Integrationskurs besuchten, waren motiviert und diszipliniert. Sie machten grosse Fortschritte in Deutsch und andern Schulfächern und lernten, wie man in Winterthur lebt, wo sich was befindet, und was für ein Verhalten im öffentlichen und beruflichen Leben erwartet wird. Das Ziel, für alle Jugendlichen eine angemessene Anschlusslösung zu finden, konnte nicht ganz erreicht werden.



Schüler/innen aus aller Welt besuchen die Integrationskurse

Kurse der Hauswirtschaftlichen Fortbildung für Erwachsene

Das Angebot der Kurse in den Bereichen Kochen, Nähen und Elternbildung wurde mengenmässig gekürzt und inhaltlich gestrafft. Für alle gilt der Leitsatz: «Die HFS-Kurse fördern die Prävention in den Bereichen Soziales und Gesundheit und unterstützen die Kursteilnehmenden bei der Alltagsbewältigung im praktischen Bereich sowie in Persönlichkeitsfragen.»

msw-winterthur

47 (Vorjahr 40) Auszubildende konnten die msw mit dem Eidgenössischen Fähigkeitsausweis und einem Gesamtnotendurchschnitt von 4.78 (4.84) verlassen. Zwei Lernende müssen die Lehrabschlussprüfung infolge ungenügender Leistungen wiederholen.

Das neue Ausbildungsjahr begann am 16. August mit 60 Lernenden. Der neue Bestand der Auszubildenden sieht wie folgt aus: 73 (79) Polymechanikerinnen und Polymechaniker, 45 (36) Automatiker, 6 (6) Anlagen- und Apparatebauer, 70 (70) Elektronikerinnen und Elektroniker, 16 (16) Informatiker, 3 (3) Kaufleute und 3 Praktikanten. Die Zahl der Auszubildenden beträgt total 213 (210) Jugendliche. Im Jahre 2004 traten 34 (30) von 60 (53) Auszubildenden in die Berufsmittelschule ein, infolge ungenügender Leistung mussten 3 (3) Schüler die BMS verlassen.

Schule und Lehrwerkstätte

Für 1 200 000 Franken (Vorjahr 800 000 Franken) konnten neue Maschinen, Einrichtungen und EDV-Anlagen für die Berufsschule, Werkstatt und Administration angeschafft werden. Folgende Investitionsschwerpunkte wurden realisiert:

- Mechanik: TIG Schweissarbeitsplätze, Werkstattarbeitsplätze, Messmaschine
- Berufsschule: Regelmodelle, Messgeräte, Modelle für die Schulung in der Prozessautomation, Informatikschulungsplätze, Laboreinrichtungen
- Automationcenter: Messgeräte, Werkstattarbeitsplätze

Erwachsenenbildung an der msw-winterthur

Das Kursvolumen entwickelte sich wie folgt: Arbeitspraktiken total 340 (340) Tage mit 3 (3) Teilnehmern.

IBZ-Kurse: 9 (15) Kurstage mit total 22 (41) Teilnehmern in den Fachgebieten Robotik, Automation.

Veranstaltungen

Anlässlich des Tages der offenen Tür vom 8. Mai wurden die Abteilung Mechanik, das Automation Center und die Berufsschule dem Publikum und den Medien vorgestellt.

An der Projektvernissage vom 27. Mai zeigten die Lernenden des vierten Lehrjahrs ihr Können. Die besten Projekte konnten im Beisein der Medien und vielen interessierten, kritischen Besucherinnen und Besuchern prämiert werden.

Ein Höhepunkt bildete in diesem Jahr die gut gelungene Lehrabschlussfeier. Mit Einlagen von angehenden Profi-Tänzerinnen und -Tänzern wurde die Abschlussfeier zu einem bleibenden Erlebnis.

Eine ganz besondere Ehrung begleitet von grossem Applaus erhielt Timon Achtnich, der nicht nur mit der Note 5.9 in der Abschlussprüfung und der Berufsmittelschule überzeugte, sondern sich zugleich auch die Goldmedaille in der Schweizermeisterschaft der Mechatroniker sicherte. Timon Achtnich wird die Schweiz an der Berufsweltmeisterschaft in Helsinki vertreten.

msw-Projekte

Das Bauprojekt der msw-winterthur an der Zeughausstrasse 56 konnte nach der Rohbauvollendung im Jahr 2003 zügig vorangetrieben werden. Im September zeichnete sich jedoch eine Bauverzögerung von rund einem Monat ab. Trotzdem konnte die Berufsschule und die Abteilung Mechanik im Oktober/November mit dem Bezug des neuen Gebäudes beginnen. Rund 70 Werkzeugmaschinen und Anlagen wurden aus den provisorischen Räumlichkeiten in Oberwinterthur und dem Sulzerareal Töss in die neuen Räume gezügelt. Bereits am 15. November konnte der «erste Span» produziert werden. Per 22. November war der ordentliche Betrieb wieder sichergestellt.

msw-Ertragslage

Im Jahr 2004 wurden für rund 510 000 Franken interne Aufträge in Form von Eigenleistungen im Zusammenhang mit dem Bauprojekt abgewickelt. Eine Bauverzögerung um einen Monat bewirkte, dass die Zügelphase nicht auf die Herbstferien gelegt werden konnte. Dies hatte direkt Auswirkungen auf die Ertragslage in der Abteilung Mechanik und Elektronik. In der Abteilung Elektronik konnte der Umsatz und die Ertragslage dank einem starken ersten Semester trotzdem verbessert werden. Der Ausenumsatz betrug 1 450 000 Franken (1 620 000 Franken), ohne



Unsere Werkstatt ist bereit zum Bezug

Berücksichtigung der Bestandesänderungen im Lager. Von diesem Umsatz entfielen auf den Bereich des Physikalienverkaufs 420 000 Franken (546 000 Franken). Der Umsatz der Industrieaufträge beträgt 1 030 000 Franken (1 074 000 Franken). Der Ertrag belief sich auf 745 000 Franken (786 000 Franken).

Zentrale Dienste

Im Rahmen der Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WVO) erarbeitete das Departement Vorschläge für die strategische Führung des Departements (Produktgruppen, Produkte und Indikatoren). Das Kader wurde über die neuen Instrumente des New Public Managements (Output- anstatt Input-Steuerung) wie Produkte, Definition von Leistungen, Leistungsverrechnung und Leistungsvereinbarungen, operative Ziele, Indikatoren usw. informiert und geschult.

Im Sommer stellte das ganze Departement seine Informatik auf Windows und Office XP um. Mit dem gleichzeitigen Ersatz der Hardware setzte das Departement das neue Druckerkonzept (weniger Einzelplatzdrucker, vermehrter Einsatz von Abteilungsdruckern und multifunktionalen Geräten) um.

Finanz- und Rechnungswesen

Die win.03-Sparmassnahmen konnten planmässig umgesetzt werden oder stehen kurz vor dem Abschluss. Aufgrund der win.03-Massnahme «optimierte Hauswartung» setzt die Abteilung Schulbauten für die Berechnung der Reinigungsstunden eine neue Software ein. Diese ermöglicht es, aufgrund der festgelegten Reinigungsintervalle die Reinigungsstunden aller Schulliegenschaften (auch andere Liegenschaften können auf diese Art berechnet werden) einheitlich zu berechnen.

Personalabteilung

Neben den üblichen Dienstleistungsaufgaben wendete die Personalabteilung auch im vergangenen Jahr vermehrt Zeit für Beratungs- und Konfliktgespräche auf. Daneben nahm sie weitere Beratungsaufgaben für die Zentralschulpflege wahr. In den von der Zentralschulpflege geschaffenen befristeten Spezialkommissionen brachte sie als Vertretung in der Kommission «Anstellung Städtische Lehrpersonen» ihre Anliegen ein. Als Beizug in der Kommission «Kindergarten» befasste sie sich mit der Ausarbeitung eines Nachtrages bezüglich Abteilungsgrösse zum Organisationsreglement zur Führung der Kindergärten der Stadt Winterthur.

Die Mitwirkung in der Arbeitsgruppe «optimierte Hauswartung» war mit zahlreichen Sitzungen und Abklärungen ebenfalls arbeitsintensiv.

Die dieses Jahr in Winterthur erfolgreich durchgeführte Schweizerische Lehrerfortbildung swch.ch wurde erfreulicherweise von den Winterthurer Lehrpersonen rege besucht, was sich in der Anzahl der zu bearbeitenden Weiterbildungsanträgen niederschlug. Auf Beginn des Schuljahres 2004/05 wurde die Schulindizierte Betreuung auf zwei weitere Schulkreise ausgedehnt und wird nun, im Rahmen der Blockzeiten an der Volksschule, in fünf von sieben Schulkreisen angeboten. Trotz Anstellungsbremse werden die Aufwendungen zur Wiederbesetzung der Vakanten nicht kleiner. Aufgrund der anhaltend schlechten

Wirtschaftslage nahm und nimmt die Anzahl der Bewerbungen pro ausgeschriebene Stelle zu.

Schulbauten

Schulraumplanung und Prognosen 2003–2011

Die Schulraumplanung 2003 wurde im Detail weiterentwickelt und in Bezug auf die Wohnbautätigkeit in diesem Jahr aktualisiert. Es wurden die Teilgebiete Hegi, Zinzikon und Schlossberg genau untersucht und der Schulraumbedarf entsprechend ausgewiesen.

Schulraumplanung Elemente einer Oberstufenstrategie

Im Speziellen konnten die Elemente einer Oberstufenstrategie aufgezeigt werden. In Winterthur ist die Anzahl der Oberstufenschülerinnen und -schüler zwischen 1990 und 2002 um etwa 25 % gestiegen. Gemäss der Prognose 2004 muss in den nächsten Jahren mit einer weiteren Zunahme gerechnet werden. Gleichzeitig wurde der Bedarf nach einer gesamtstädtischen Oberstufenstrategie als Voraussetzung für die weitere Diskussion ausgewiesen.

Lärmprobleme

Auch in diesem Jahr mussten mehrere Lärmklagen von Anwohnerinnen und Anwohnern behandelt werden.

Einsparungen bei der Reinigung von Schulanlagen

Im Zusammenhang mit den win.03-Sparmassnahmen des Stadtrates werden im nächsten Jahr 500 000 Franken wiederkehrende Kosten bei den Hauswartungen und dem Hilfspersonal eingespart.

Schulbauvorhaben 2004:

Kreis Stadt

- Schulhaus St.Georgen: Einbau von Gruppenräumen
- Schulhaus Tössfeld: Umfassende Aussenrenovation

Kreis Oberwinterthur

- Schulhaus Rychenberg: Einbau einer Schulküche für einen Mittagstisch
- Wohnüberbauung im Gern, Hegi: Bereitstellen eines weiteren Raumes für die Primarschule
- Schulhaus Hegi, Liegenschaft Mettlenstrasse 2: Bereitstellen von Räumen für die Primarschule
- Schulhäuser Guggenbühl und Hegifeld: Diverse grössere Sanierungsarbeiten an den Umgebungen

Kreis Mattenbach

- Schulhaus Mattenbach: Einbau von Logopädie- und Besprechungszimmern sowie Sanierung des Hartplatzes
- Kindergarten am Bach: Diverse Umbauten für einen zusätzlichen Sprachheilkindergarten

Kreis Seen

- Iberg: Versetzen von weiteren Schulprovisorien vom Schulhaus Gutenberg, Töss
- Schulhaus Sennhof: Abschluss des Architekturwettbewerbes und Vorbereitungen für die Kreditvorlage

Kreis Töss

- Schulhaus altes Gemeindehaus: Umfassende Aussenrenovation

Kreis Wülflingen

- Schulhaus Hohfurri: Abschluss der Gesamtrenovation und Einweihungsfeier

Kreis Veltheim

- Schulhaus Feld: Sanierung des Hartplatzes; Abschluss des Architekturwettbewerbes

Städtische Schulen, Schulzahnklinik

- CP Maurerschule: Abschluss der ersten Stufe des Architekturwettbewerbes
- HPS Michaelschule: Erfolgreiche Volksabstimmung und Vorbereitungsarbeiten für den Erweiterungsbau
- Schulzahnklinik: Einbau einer neuen Klimaanlage

Materialverwaltung*

Allgemein

In verstärktem Masse stand bei der Beschaffung von Verbrauchsgütern der Preis im Vordergrund. Dank intensiven Marktbeobachtungen und einem effizienten und qualifizierten Einkauf ist es gelungen, die Beschaffungen zu einem optimalen Preis-Leistungsverhältnis zu tätigen. Dies nicht zuletzt dank einer koordinierten Beschaffung, mit der grössere Stückzahlen eingekauft werden können. Der Anteil an Beschaffungsdienstleistungen hat dank der umfassenden Beschaffungskompetenz weiter zugenommen.

Der fakturierte Umsatz konnte trotz schwieriger gewordenem Umfeld nochmals deutlich gesteigert werden. Auch der budgetierte Verkaufserlös hat die Erwartungen übertroffen und hat zur Folge, dass der WoV-Globalkredit nicht vollumfänglich in Anspruch genommen werden muss. Ebenfalls deutlich zugenommen hat jener Umsatz, der über den E-Shop generiert werden konnte.

Schulmobiliar

Im vergangenen Jahr wurde in allen Schulhäusern das Schulmobiliar neu erfasst und damit die laufende Vierjahresplanung aktualisiert. Dabei hat man sich einerseits auf die beiden ältesten Pultgenerationen (25 bis 35 Jahre) von Schülern bzw. Schülerinnen und der Lehrerschaft sowie andererseits auf Schüler- und Schülerinnenstühle konzentriert. Diese Aktualisierung ermöglicht es, die Ersatzbeschaffungen für die nächsten drei bis vier Jahre planen zu können. Bereits in diesem Jahr wurden für insgesamt neun Schulhäuser total 182 Schülerpulte, 234 Schülerstühle und sieben Pulte der Lehrerschaft ersetzt. In den neu bezogenen Räumen im Einfamilienhaus Hegi und Im Gern wurde jeweils ein komplettes Klassenzimmer eingerichtet.

Weitere Objekt-Projekte:

- Mobiliärerergänzung Umbau/Umnutzung Logopädierraum Schulhaus Mattenbach

- Mobiliärerergänzung Gruppenraum Schulhaus St. Georgen
- Mobiliärerergänzung Gruppenraum Schulhaus Heilberg
- Mobiliärerergänzung Umbau/Umnutzung Mittagstisch Schulhaus Rychenberg
- Mobiliärerergänzung Umbau/Umnutzung Sprachheil-Kindergarten Am Bach

Die Ergänzung von Kindergartenmobiliar wurde wiederum in der bewährten Zusammenarbeit mit den Ressortverantwortlichen der Kreisschulpflegen durchgeführt. In insgesamt 26 Kindergarten-Abteilungen wurde altes Mobiliar ersetzt oder ergänzt. Im Kindergarten Im Gern wurde eine neue Kindergarten-Abteilung und im Kindergarten Siedlung Wässerwiesen ein neuer Stufen-Kindergarten komplett möbliert und ausgerüstet.

Drucksachen

2003 wurden von der Stadtverwaltung Druckaufträge im Wert von total 1 820 000 Franken vergeben. Der Anteil der durch die Drucksachenzentrale bearbeiteten Aufträge betrug aber nur 580 000 Franken. Dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten wird im kommenden Jahr primäres Ziel sein.

Die jährlich dreimal stattfindenden Sammelbestellungen für Geschäftsdrucksachen haben sich etabliert und laufen sehr gut. Die Einführung des Bar-Codes auf den Kuverts konnte Anfang Jahr abgeschlossen werden.

Die Arbeitsgruppe Erscheinungsbild, resp. der CD-Ausschuss konnte im vergangenen Jahr die Umsetzung des CD-Manuals für das erweiterte Erscheinungsbild erfolgreich abschliessen.

Dienstleistungen

Das Volumen von Beschaffungsdienstleistungen für Dritte konnte weiter erhöht werden. Diese Dienstleistung wird von der Kundschaft sehr geschätzt.

Im vergangenen Jahr wurden folgende Submissionen nach GATT/WTO beratend durchgeführt oder sind noch pendent:

- Ergänzungsbeschaffung i-Mac für die Oberstufe
- Mittagessen Horte der Stadt Winterthur
- Zutrittssystem Sportpasspool der Stadt Winterthur

Die diesjährige Aktionswoche für den Einkauf von Spiel- und Bastelmaterial für Kindergärten und Horte war weniger erfolgreich als in den vergangenen Jahren. Die genauen Gründe und die daraus folgenden Konsequenzen müssen noch genauer untersucht werden.

Gebrauchtmobiliar

Der vermehrte Zukauf von gutem Gebrauchtmobiliar bzw. Neumobiliar zu günstigen Konditionen stiess auf gute Resonanz und ermöglichte, trotz gekürzten Budgets immer noch gutes Mobiliar zu beziehen. Aus diesem Grund hat der Aufwand, aber vor allem auch der Ertrag im Gebrauchtmobiliar steigende Tendenz. Die Nachfrage bezüglich Vermietung von Ausstellungsmaterial hat erneut zugenommen.

Umweltschutz

Die von der gemeinderätlichen Aufsichtskommission auferlegte Zielsetzung, den Anteil von Recyclingpapier zu steigern, konnte im Berichtsjahr erfolgreich umgesetzt werden.

* Die Materialverwaltung ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WoV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Sportamt*

Im Berichtsjahr wurden erstmals seit Jahren substantielle Sparmassnahmen im Sport wirksam. So mussten die Benutzungsgebühren und teilweise die Benutzungsordnung für die Turnhallen, die Schulschwimmanlagen, die Sportpasspreise und die Gebühren für die Benutzung der Leichtathletikanlage neu geregelt und erhöht werden. Für die Benutzung der Fussballanlagen wurde eine Erhöhung vorbereitet, welche im nächsten Jahr umgesetzt wird. Diese für die Sporttreibenden und Sportfunktionäre unpopulären Massnahmen haben das Einvernehmen mit den Verwaltungsstellen belastet. Bei der Sportstätteninfrastruktur konnten erneut markante Verbesserungen realisiert werden. Für die Sanierung des Freibades Geiselweid wurden die Grundlagen überarbeitet. Politisch und öffentlich wurden sowohl die Schliessung des Freibades Geiselweid aus Spargründen wie auch die Sanierung diskutiert. Anhängerinnen und Anhänger sowie regelmässige Nutzerinnen und Nutzer haben eine Petition für die Sanierung des Freibades eingereicht. Der Stadtrat hat ein Projekt zur Ausdehnung des Sportpasses auf die umliegenden Gemeinden lanciert. Das Ziel der Ausdehnung ist, neben der Kundenorientierung die zentralörtlichen Leistungen der Stadt für den Betrieb der Bäder und der Eissportanlage zu entlasten.

Infrastruktur

Hallen- und Freibad Geiselweid

Im Freibad Geiselweid wurden eine neuen Dusch- und WC-Anlage für Herren eingebaut. Der Beachvolleyballplatz wurde überholt und die Böschung zum Parkplatz neu gestaltet. Die Badewasseraufbereitung im Freibad entspricht in keiner Weise dem heutigen Stand der Technik. Damit die geforderten Werte in der Badewasseraufbereitung eingehalten werden können, ist eine Sanierung des Bades unumgänglich. Für die Sanierung des Restaurants wurden ein Konzept erarbeitet und die Kosten ermittelt.

Quartierbäder

Im September wurde im Schwimmbad Wülflingen mit den Sanierungsarbeiten begonnen. Im Schwimmbad Oberwinterthur musste die unfallträchtige Rutschbahn ersetzt werden.

Sportpark Deutweg

Im November erfolgte die Garantieabnahme der Eishalle. Die Anlage hat sich bewährt. Um die Energieeffizienz noch weiter zu steigern, wurde mit einem Ingenieurunternehmen ein Contractingvertrag abgeschlossen. Das alte Zelgliareal, inklusive der Tennisanlage, wurde an die Liegenschaftenverwaltung abgetreten. Die sanierte Leichtathletikanlage hat sich an verschiedenen Veranstaltungen und Anlässen bewährt.

Mit einem gelungenen Fest am 12. September wurden die drei neuen Beachvolleyballplätze im Sportpark Deutweg eingeweiht.



Eishalle Deutweg

Fussballanlagen

An der Generalversammlung vom 6. Juli wurde die Auflösung und Liquidation der Genossenschaft Schützenwiese beschlossen. Das Sportamt übernimmt den Betrieb des Fussballstadions. Für den Neubau des Garderobengebäudes auf dem Reitplatz hat der FC Töss ein Projekt erarbeitet.

Nutzung

Der gesamte Sportbetrieb verlief erneut ohne nennenswerte Unfälle. Leider führt der zunehmende Vandalismus zu einem erhöhten Aufwand.

Sportförderung

Angebote

Freiwilliger Schulsport

Dieses Jahr wurden 21 verschiedene Semestersportkurse angeboten. Neu wurde die Sportart Orientierungslauf angeboten. Die Anzahl Teilnehmender stieg über alle Kurse hinweg weiter an.

Aquafitness

Neben bestehenden Lektionen im Schwimmbad Geiselweid wurden in den Schulschwimmanlagen neue Kurse angeboten, welche sehr gut anliefen. Die Anzahl der Teilnehmenden an den Lektionen im Schwimmbad Geiselweid stieg leicht.

Hochschulsport

Im Auftrag der Zürcher Hochschule Winterthur organisierte das Sportamt wiederum ein attraktives und offenes Sportangebot für die Angehörigen der Fachhochschule. Es wurde erstmals ein Schneesportlager angeboten. Durch die Zusammenarbeit mit einem Fitnesscenter konnte das Sportangebot weiter verbessert werden.

Jugendsportförderung

75 Vereine erhielten im Dezember wiederum 110 000 Franken für gezielte Nachwuchsförderung.

* Das Sportamt ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WoV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Anlässe zur Sportpromotion

Schule im Schnee

Dank der Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Skiverband, dem Schweizerischen Seilbahnverband und dem Schweizerischen Skischulverband durften Mitte Januar alle Schülerinnen und Schüler des Schulhauses Stofflerenweg einen unvergesslichen Tag im Schnee verbringen. Die Ausrüstungen für die angebotenen Sportarten Langlaufen, Ski Alpin, Snowboard und Schneeschulaufen wurden zu einem sehr günstigen Preis zur Verfügung gestellt.

Fit for Lunch

Anlässlich der nationalen «Move for Health»-Kampagne bewegten sich vom 10. bis 14. Mai gegen 200 Sporttreibende zu motivierender Musik in der Eishalle. Der Anlass hatte zum Ziel, sportlich inaktive Menschen zu mehr Bewegung zu motivieren.

Spezialschulsportwoche

Vom 14. bis 18. Juni konnte in allen Kursen des freiwilligen Schulsportes unverbindlich geschnuppert werden. In einigen Kursen wurden die Kinder von nationalen Stars der jeweiligen Sportart angeleitet. Es galt, insbesondere auch ausländischen Kindern den Schulsport näher bringen und ihnen die Integration in der Winterthurer Gesellschaft zu erleichtern.

Töss-Stafette

Am 22. Juni nahmen 2600 Kinder und Jugendliche an der diesjährigen Tössstafette teil. Die beliebte 10er-Stafette zog Schulklassen aus dem ganzen Kanton an. Der Traditionsanlass ist einer der grössten Schulsportanlässe der Schweiz.

Seniorinnen- und Seniorenanimationstage

Auch dieses Jahr nutzten einige Seniorinnen und Senioren Ende August die Gelegenheit, neue Sportarten unverbindlich auszuprobieren. Es wurden die Sportarten Aqua Fitness, Inline-Skating, Tai Chi, Yoga, Nordic Walking, Orientierungswandern und Pétanque angeboten.

Jugendsportlager Tenero

Zum sechsten Mal wurde im Oktober das traditionelle Jugendsportlager in Tenero durchgeführt. Rund 14 Leiterinnen und Leiter waren dafür verantwortlich, dass 80 Mädchen und Knaben während einer Woche unter fachkundiger Führung Sport treiben durften.

Kombipass für swch.ch

Anlässlich der Schweizerischen Lehrerfortbildungskursen vom 5. bis 16. Juli wurde den Teilnehmenden ein «Wintikombipass» angeboten. Dieser Pass ermöglichte den kostenlosen Besuch aller Winterthurer Museen und Schwimmbäder sowie die freie Benutzung der Stadtbusse. Dieses Projekt konnte dank guter stadtinterner Zusammenarbeit realisiert werden und wurde sehr geschätzt.

Departement Soziales

Das Departement Soziales im Spannungsfeld von Bedürfnissen, Bedarf und Mitteln: Unter diese Überschrift kann die Arbeit im Departement Soziales im Jahr 2004 gesetzt werden. Fast alle Leistungsbereiche des Departements Soziales sind Wachstumsbereiche: Die Zahl der Sozialfälle nahm auch im vergangenen Jahr wieder zu, mehr Personen sind auf Notwohnungen angewiesen, immer mehr Sozialisierungsdefizite sind festzustellen und die Zahl an alten Menschen, die Betreuung und Pflege benötigen, steigt. Dem entgegen stehen die knappen finanziellen Ressourcen und die Herausforderung, mit weniger Mitteln Leistungen von höchstmöglicher Qualität zu erbringen.

Für das Departement Soziales bedeutet dies in der Konsequenz: Auf bestehenden Stärken aufbauend neue Wege aufzuzeigen, die einen noch effizienteren Umgang mit den beschränkten finanziellen Mitteln ermöglichen, Synergiepotenziale zu erschliessen und zukunftsweisende Reorganisationen umzusetzen. Eine grosse Stärke des Departements bilden dabei die hervorragend qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ebenso ermöglichen es informelle Strukturen im Departement Soziales, wie die gut funktionierende Vernetzung, die Konstanz der Führung und das Ziel, wo immer möglich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, neue Projekte konstruktiv anzugehen. Vor diesem Hintergrund sind auch die Schwergewichte der Tätigkeiten im Departement Soziales im Jahr 2004 zu sehen.

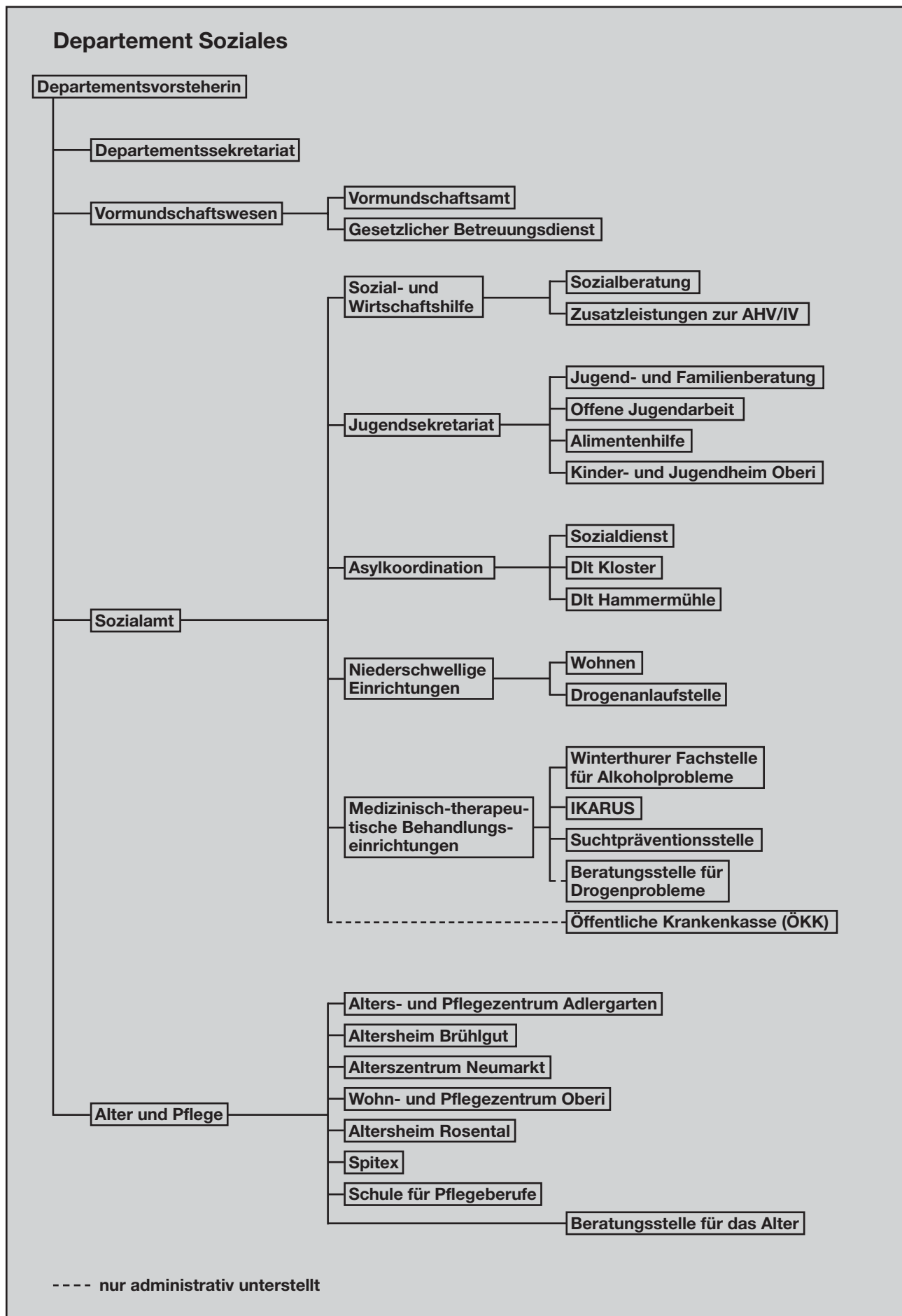
Ein Projekt, welches die Organisationsstruktur des Departements Soziales weit reichend verändern wird, ist die Bildung eines neuen Bereiches «Soziale Dienste». Dabei werden Aufgaben neu gruppiert, die Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien einerseits und die Beratung und Betreuung für Erwachsene andererseits organisatorisch zusammengefasst, um damit Synergiepotenziale zu erschliessen. In einem sorgfältigen Prozess wurden die zu erfüllenden Aufgaben analysiert und Modelle für eine mögliche Organisationsstruktur entwickelt. Per Ende 2004 sind die Vorarbeiten abgeschlossen, das Organigramm ist bereinigt und die künftigen Aufgabenbereiche definiert. Per April 2005 wird die Umsetzung der neuen Struktur erfolgen. Ebenfalls Einfluss auf die neue Organisation hat das vom Kanton verabschiedete Sanierungspaket 04. Die im Rahmen dieses Paketes unter anderem beschlossene Änderung des Jugendhilfegesetzes hat zur Folge, dass ab dem Jahr 2005 jene Rechtsgrundlage fehlt, aufgrund derer der Kanton der Stadt Winterthur bis anhin Staatsbeiträge an die Jugendhilfeaufgaben ausrichtete. Die Stadt Winterthur wird sich aufgrund ihrer Finanzlage die Kompensation dieser Mindereinnahmen nicht leisten können und beabsichtigt deshalb eine Rückführung der Aufgaben an den Kanton. Vor diesem Hintergrund wurde auch eine Neubeurteilung der Aufgabenerfüllung des gesetzlichen Betreuungsdienstes nötig. Zukünftig werden Massnahmen für Erwachsene im Bereich der Sozialen Dienste geführt, die Massnahmen zugunsten von Kindern und Jugendlichen im Jugendsekretariat. Letztere Aufgaben werden somit ebenfalls an den Kanton übertragen werden.

Zwei der im Rahmen des Sparpaketes win.03 definierten Massnahmen galt es für das Departement Soziales im Jahr 2004 umzusetzen: Zum einen war die Taxstruktur der Alters- und Pflegeheime zu überarbeiten, zum anderen die vom Gemeinderat beschlossene Halbierung der Ge-

meindezuschüsse in einer Volksabstimmung zu vertreten. Mit dem Ziel, die Defizite in den Betriebskosten der Alters- und Pflegeeinrichtungen zu reduzieren und die Tarife den effektiven Kosten anzupassen, wurde vorerst per 1. Januar 2004 die Struktur der Heimtaxen angepasst. Im Folgenden wurde eine neue Taxordnung erarbeitet, welche auf den 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt wurde. Die Taxen werden neu aufgeteilt in Kosten für «Grundleistungen», «nicht KVG-pflichtige Betreuungsleistungen» und «KVG-pflichtige Pflegeleistungen». Mit dieser neuen Ordnung wird erreicht, dass die von den Heimen erbrachten Leistungen transparenter als bisher aufgezeigt werden können. Das neue Tarifsysteem wird in ähnlicher Form schon heute von verschiedenen Schweizer Heimen angewendet. Ein wichtiges Anliegen im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Taxordnung und der Revision der entsprechenden Reglemente war es, zu vermeiden, dass Bewohnerinnen und Bewohner der Heime durch die Erhöhung der Taxen in eine Notsituation kommen und gezwungen sein könnten, Sozialhilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Der Bereichsleitung Alter und Pflege wurde deshalb die Kompetenz erteilt, die Taxen in Härtefällen individuell zu senken, insbesondere dann, wenn die Zusatzleistungen zur AHV nicht mehr zur Kostendeckung ausreichen. So kann sichergestellt werden, dass von allen Bewohnerinnen und Bewohnern der städtischen Heime aus eigenen Kräften oder mit Hilfe der Stadt ein Heimplatz bezahlt werden kann und keine Abhängigkeit von der Sozialhilfe entsteht.

Bei den Gemeindezuschüssen mussten gemäss Vorgaben von win.03 1,7 Millionen Franken eingespart werden. Dem Departement Soziales war es ein Anliegen, diese Einsparungen möglichst sozialverträglich zu gestalten, da die Kürzung der Gemeindezuschüsse Menschen betreffen würde, die bereits mit beschränkten finanziellen Mitteln auskommen müssen. Die Einsparungen sollten deshalb dadurch erzielt werden, dass die Gemeindezuschüsse für Erwachsene um rund die Hälfte, jene für Kinder jedoch gar nicht gekürzt werden. Gegen die Vorlage wurde das Referendum ergriffen; das Winterthurer Stimmvolk hat ihr jedoch am 28. November mit 50,6 % Ja-Stimmen zugestimmt.

Sorge bereiten die stetige Zunahme der Sozialhilfebeziehenden in der Stadt Winterthur und die entsprechend steigenden Kosten der Sozialhilfe. Nach wie vor weist die Stadt Winterthur im gesamtkantonalen Vergleich eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit auf und die Sozialhilfe scheint zur Auffangvorrichtung für Langzeitarbeitslose zu werden. Oberste Priorität kommt vor diesem Hintergrund den Bestrebungen zu, Sozialhilfebeziehende möglichst schnell wieder in den Arbeitsprozess eingliedern zu können respektive zu verhindern, dass ein Eintritt in die Sozialhilfe und eine Langzeitabhängigkeit von dieser Unterstützung überhaupt erfolgt. Das interinstitutionelle Projekt «Work-In» weist hier den richtigen Weg. Die gemeinsame Betreuung der Menschen, die sich an die Sozialhilfe wenden, durch Spezialistinnen und Spezialisten der Zentralen Anlaufstelle (ZAS), der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) und des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) hat zum Ziel, die Arbeitsmarktfähigkeit der Sozialhilfebeziehenden zu erhalten und sie darin zu unterstützen, im regulären Arbeitsmarkt wieder Fuss zu fassen. Erfolgreich ist auch das gemeinsame Projekt von ZAS und KAP, welches Personen bei der Anmeldung möglichst schnell beschäftigt und ihre Integrationschancen abklärt.



Abgeschlossen wurde die Evaluation der Offenen Jugendarbeit und Schulsozialarbeit in Winterthur. Es zeigt sich, dass das Angebot im Bereich der Offenen Jugendarbeit gut und vielfältig ist. Sinnvoll ist indessen eine andere Gewichtung gewisser Aspekte. Die mobile Jugendarbeit hat sich als gute Möglichkeit der Konfliktbewältigung im öffentlichen Raum bewährt. Sie ist vorerst vor allem im Osten der Stadt eingerichtet und sollte auf die ganze Stadt ausgeweitet werden. Die Stadt profitiert insbesondere auch vom Engagement privater Trägerschaften – vor allem der beiden Landeskirchen – die fast alle Quartierjugendtreffs zum grössten Teil oder ganz finanzieren. Ziel soll es sein, diese für die Stadt ausserordentlich günstige Situation zu erhalten, und diese Organisationen allenfalls dort zu unterstützen, wo strukturelle Schwierigkeiten auftreten. Wichtig ist auch ein Einbezug der Bedürfnisse Jugendlicher in die Stadtplanung und -entwicklung, weshalb eine engere Zusammenarbeit dieser Stellen mit dem Jugenddelegierten wichtig ist. Die Jugendkommission hat sich in ihrer bestehenden Form als Koordinations-, Vernetzungs- und Beratungsgremium bewährt. Sie ist in der bisherigen Form allenfalls mit angepasstem Pflichtenheft weiterzuführen. Mit der Ansiedlung der Stelle des Jugenddelegierten im Jugendsekretariat auf Anfang 2004, wurde schliesslich die Jugendarbeit im Departement Soziales zu einer sinnvollen Einheit zusammengeführt.

Auch in personeller Hinsicht haben sich im Departement Soziales im Jahr 2004 einige Veränderungen ergeben. Vorab konnten nach über einjähriger Vakanz auf den 1. April 2004 alle Bereichsleitungen mit fachkompetenten, managementerfahrenen und innovativen Kräften besetzt werden: Die Leitung des Bereichs Alter und Pflege wurde Andreas Paintner übertragen, jene des Sozialamtes Ernst Schedler. Optimierte wurde auch die Organisationsstruktur des Departementssekretariates. Dieses soll die Departementsleitung als effizientes Kompetenzzentrum bei der Planung, Umsetzung und Erreichung der politischen Zielsetzungen unterstützen und durch die Zentralisierung gewisser Dienste Leistungen für das gesamte Departement erbringen.

Fazit: Aufgrund des Wachstums der Aufgaben und des nicht entsprechend wachsenden Budgets bleibt kein Organisationsbereich des Departements Soziales wie er ist, sondern ist gezwungen, sich in Restrukturierungen, Aufgabenverschiebungen und organisatorischen Änderungen zu engagieren. Das verlangt viel zusätzliches Engagement von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, deren Tagesgeschäfte auf unverändert hohem Niveau weiterlaufen. Auch der Umgang mit Unsicherheiten und die Preisgabe von bewährten und eingespielten Abläufen strapaziert das Arbeitsklima und kostet zumindest am Anfang viel Extraenergie. Für das Durchhalten, das Commitment und das ungebrochene Engagement in dieser Zeit der Bewegung gebührt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein besonderer Dank.

Vormundschaftsamt

Das Jahr 2004 war für die Mitarbeitenden des Vormundschaftsamtes wiederum äusserst arbeitsintensiv. Gesamthaft wurden 1762 vormundschaftliche Verfahren erledigt und 780 Rechenschaftsberichte, welche von den mandatsführenden Personen eingereicht worden waren, geprüft und abgenommen. Per Ende Jahr waren 498 Verfahren pendent. Die aufwändigen Rechtsmittelverfahren gegen Beschlüsse der Vormundschaftsbehörde blieben weiter auf hohem Stand. Erneut war eine Zunahme sowohl bei den neu errichteten vormundschaftlichen Massnahmen als auch beim Bestand per Ende Jahr zu verzeichnen. Dank dem engagierten Einsatz der Mitarbeitenden und der gezielten Gestaltung effizienter Arbeitsabläufe konnte das hohe Arbeitsvolumen ohne erhebliche Verzögerung bewältigt werden.

Das alte manuelle Karteikartensystem wurde Anfang April mit der Einführung des EDV-Systems KLIB für Klientendatenverwaltung und Geschäftskontrolle definitiv abgelöst.

Erstmals wurden nun per Ende Jahr die statistischen Zahlen elektronisch erhoben und ausgewertet.

Im Mai stimmten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Winterthur der Vorlage für eine neue nebenamtliche Vormundschaftsbehörde zu. An die Stelle des bisherigen aus drei Stadträten bestehenden Gremiums wird eine fünfköpfige nebenamtliche Behörde treten. Das Präsidium verbleibt bei der Vorsteherin des Departements Soziales. Die fünf neuen Behördenmitglieder werden ihre Tätigkeit im Laufe des Jahres 2005 aufnehmen.

Sodann wurden die Gebühren- und Entschädigungsrichtlinien der Vormundschaftsbehörde aus dem Jahre 1997 überarbeitet. Die neuen Richtlinien traten auf den 1. Juli in Kraft. Die Erhebung von Gebühren durch die Vormundschaftsbehörde erfolgt gestützt auf die Verordnung des Regierungsrates des Kantons Zürich vom 19. Dezember 2001 über die Gebühren der Gemeindebehörden. Darin werden die zulässigen Höchstbeträge für die einzelnen Leistungen festgelegt. Bei der Gebührenerhebung wird neu auf den benötigten zeitlichen Aufwand für das vormundschaftliche Geschäft einerseits und auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betroffenen Person andererseits abgestellt. Dabei wird zur Bestimmung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht mehr ausschliesslich auf das vorhandene Vermögen abgestellt, sondern neu das Einkommen in die Berechnung einbezogen. Erhöht wurden schliesslich die Ansätze für die Entschädigung der mandatsführenden Personen (berufliche und private). Die bisherige Entschädigung von höchstens 200 Franken pro Berichtsperiode für private Mandatspersonen, beziehungsweise von generell maximal 5 % des Nettovermögens, wurde durch einen Pauschalbetrag ersetzt. Darin enthalten sind die Entschädigungen für persönliche Betreuung, Beratung und rechtliche Vertretung. Je nach Aufwand werden dafür nun 900, 1800 oder 3000 Franken sowie allfällige Zuschläge für die Einkommens- und Vermögensverwaltung in Rechnung gestellt. Auf diese Weise werden die Leistungen der privaten Mandatspersonen inskünftig angemessen honoriert und es wird klar ersichtlich, dass die Führung einer vormundschaftlichen Massnahme durch eine Fachperson des Gesetz-

lichen Betreuungsdienstes kostenpflichtig ist, vorausgesetzt die Betroffenen verfügen über ausreichend finanzielle Mittel.

Für die Mitarbeitenden wird auch in den kommenden Monaten eine der wesentlichen Herausforderungen darin bestehen, die Interessen von Klientinnen und Klienten bei aller arbeitsintensiven Umsetzung der geschilderten Neuerungen nicht aus den Augen zu verlieren, mithin das Kerngeschäft nicht zu vernachlässigen.

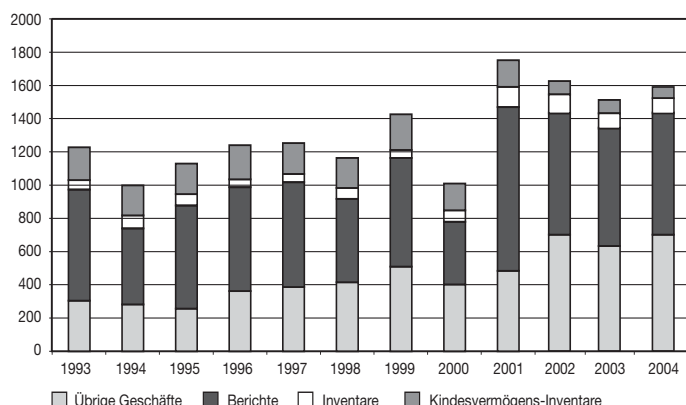
Die Stelle für Private Mandate hat erneut zwei Basis-schulungen für insgesamt 31 Privatpersonen durchgeführt. Zusätzlich wurden Weiterbildungen zum Thema Konfliktbewältigung und Steuern sowie ein regelmässiger Erfahrungsaustausch angeboten.

Es konnten 27 Personen für die Führung einer Beistandschaft eingesetzt werden. Weitere 12 private Mandatsträgerinnen und -träger stellten sich aus dem persönlichen Umfeld von Klienten und Klientinnen zur Verfügung. 17 durch Privatpersonen geführte Mandate wurden aufgehoben oder abgeschrieben, 6 weitere mussten an einen respektive eine professionelle Betreuerin übergeben werden. Ende Jahr standen 138 private Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Einsatz.

Vormundschaftsbehörde

Die Vormundschaftsbehörde erledigte 1606 (1490) Geschäfte, davon 271 (301) in 8 (8) Sitzungen, die übrigen auf dem Zirkulationsweg oder präsidial.

Erledigte Geschäfte



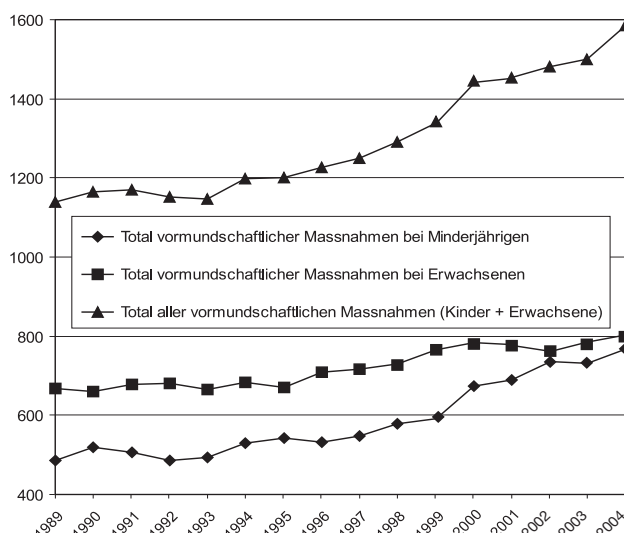
Bestehende vormundschaftliche Massnahmen

	am 31. Dezember 2004 Personen	Vorjahr Personen
Kinder		
Vormundschaften, Art. 368 ZGB	26	25
Beistandschaften		
Beistandschaften, Art. 308 ZGB	601	571
Vaterschaftsregelungen, Art. 309 ZGB	0	2
Vaterschafts- und Unterhaltsregelungen, Art. 309/308 ZGB	70	64
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	55	37
Prozessbeistandschaften, Art. 146 ZGB	0	3
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 325 ZGB	7	6
Kindesvermögenskontrollen, Art. 318 Abs. 3 ZGB	11	12
Vormundschaftliche Aufsichten, Art. 307 ZGB	7	10
Total	777	730

Bestehende vormundschaftliche Massnahmen

	am 31. Dezember 2004 Personen	Vorjahr Personen
Erwachsene		
Vormundschaften		
Geisteskrankheit, Geistesschwäche, Art. 369	151	156
Trunksucht, Verschwendung, Misswirtschaft, Art. 370 ZGB	8	8
Eigenes Begehren, Art. 372 ZGB	62	66
Beistandschaften		
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	7	5
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 393 ZGB	3	3
Vertretungs- und Verwaltungsbeistandschaften, Art. 392/393 ZGB	383	342
Eigenes Begehren, Art. 394 ZGB	177	175
Beiratschaften, Art. 395 ZGB	19	20
	810	775
Kinder	777	730
Erwachsene	810	775
Total	1587	1505

Bestand vormundschaftlicher Massnahmen



Ende Jahr wurden 1438 (1368) Massnahmen von den Gesetzlichen Betreuern und Betreuerinnen, 138 (125) von Privatpersonen geführt. Für 11 (12) Aufsichten über das Kindesvermögen war das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde zuständig.

Neue Massnahmen

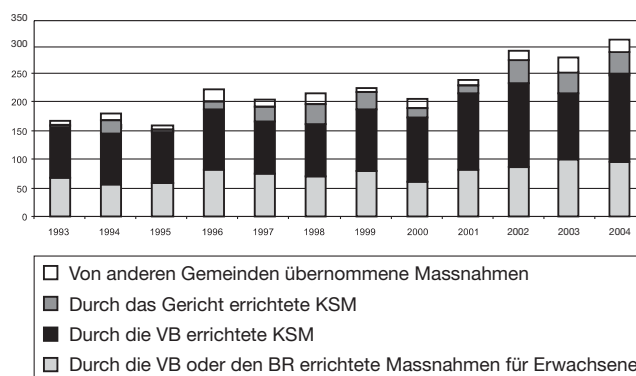
In eigener Kompetenz wurden angeordnet:

- 32 (21) Beistandschaften für Kinder zur Regelung der Vaterschaft und des Unterhaltes
- 7 (6) Beistandschaften zum Abschluss eines Unterhaltsvertrages
- 8 (8) Beistandschaften zur Überwachung des Besuchsrechtes
- 61 (50) Erziehungsbeistandschaften sowie Beistandschaften zur Regelung der finanziellen Interessen, davon 11 (6) in Verbindung mit Obhutsentzug
- 41 (26) Vertretungsbeistandschaften für Kinder
- 2 (0) Beistandschaften zur Verwaltung von Kindesvermögen
- 4 (5) Vormundschaften für Kinder
- 2 (0) Kindesvermögenskontrollen
- 90 (89) Beistandschaften für Volljährige
- 3 (1) Vormundschaften für Entmündigte

Dem Bezirksrat wurden beantragt:

- 2 (8) Entmündigungen

Neue Massnahmen



Inventarwesen

92 (86) Inventare wurden aufgenommen einschliesslich Massnahmen zur Sicherung des Erbganges. Zusätzlich wurden 60 (40) Kindesvermögensinventare nach Scheidung oder Trennung sowie für Kinder nicht verheirateter Eltern aufgenommen.

In 4 (3) Fällen musste dem Bezirksrat die Ausschlagung des Nachlasses beantragt werden.

Berichtsprüfung

780 (739) Rechenschaftsberichte von Mandatspersonen und 9 (8) Elternberichte über Kindesvermögen wurden geprüft und abgenommen. Zum Teil mussten sie ergänzt, abgeändert oder ganz für den Berichtersteller oder die Berichterstellerin erstellt werden.

7 (6) Kinderkrippen-Aufsichtsberichte wurden genehmigt.

Rechtsgeschäfte

Über folgende Rechtsgeschäfte war zu beschliessen:

Liegenschaftsverkäufe	9	(13)
Erteilungsverträge	33	(27)
Zustimmungen zur Wohnungsauflösung	5	(0)
Lehrverträge	1	(0)
Prozessführungen, Vergleiche, Darlehensaufnahmen usw.	9	(1)
Unterhaltsverträge	98	(68)
Interessenwahrungen für Unmündige nach Zwangsvollstreckung	6	(24)

Adoptionen

Volladoptionen	4	(8)
Stiefkindadoptionen	3	(2)

Unterbringungen

Nach den gesetzlichen Bestimmungen der fürsorglichen Freiheitsentziehung musste 1 (1) erwachsene Person untergebracht werden.

Gestützt auf das Kindesrecht in Verbindung mit den Vorschriften der fürsorglichen Freiheitsentziehung wurden 2 (4) Kinder/Jugendliche in einem Heim platziert. Nach dem Kindesrecht wurden 1 (7) Spitalplatz, 3 (11) Pflegeplätze und 7 (10) Heimplätze für Kinder durch Beschluss abgesichert. 1 (1) Jugendlichen wurde die Bewilligung erteilt, ausserhalb des Elternhauses zu wohnen.

Regelung der gemeinsamen elterlichen Sorge

Nach Art. 134 Abs. 3 ZGB wurde für 6 (3) Kinder die elterliche Sorge neu geregelt.

Nach Art. 298a Abs. 1 und 2 ZGB wurde für 26 (24) Kinder das gemeinsame Sorgerecht geregelt.

Beschwerden

Der Bezirksrat Winterthur traf im Rechtsmittelverfahren gegen Beschlüsse der Vormundschaftsbehörde folgende Entscheide: Er wies 7 (4) Beschwerden ab. 1 (4) Gesuch um Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde wurde ebenfalls abgewiesen. 13 (4) Beschwerdeverfahren endeten durch Rückzug der Beschwerde oder wurden gegenstandslos. Auf 1 Rechtsmitteleingabe trat der Bezirksrat nicht ein und in 2 Fällen hob er den Entscheid der Vorinstanz auf. Auf 1 Aufsichtsbeschwerde ist er nicht eingetreten.

Das Obergericht hat 4 (4) Rekurse gegen Entscheide des Bezirksrates abgewiesen und 1 (1) Rekurs teilweise gutgeheissen.

Verschiedenes

Von Gerichten gingen Mitteilungen über 124 (104) Ehescheidungen sowie 35 (22) Beschlüsse über vorsorgliche Massnahmen ein, die zu 39 (32) Beistandschaften im Sinne von Art. 308 ZGB führten.

12 (19) Bewilligungen zur Aufnahme eines Pflegekinds wurden erteilt.

5 (9) Betriebsbewilligungen wurden an Kinderkrippen erteilt.

Die Vormundschaftsbehörde erteilte 6 (4) Personen die nötige Hilfestellung bei der Suche nach ihrer Abstammung.

Vermögensverwaltung

Das durch den Gesetzlichen Betreuungsdienst und die privaten Mandatspersonen verwaltete Vermögen (Liegenschaften, Wertschriften usw.) betrug am Jahresende 68 852 787 Franken. Hinzu kamen 34 freie Depots mit einem Wertschriftenbestand von 132 514 Franken.

In der amtseigenen Schirmlade, in vormundschaftlichen Depots und Konti bei der Zürcher Kantonalbank und bei anderen Banken sind an Wertschriften, Sparguthaben und Wertsachen 57 130 169 Franken deponiert.

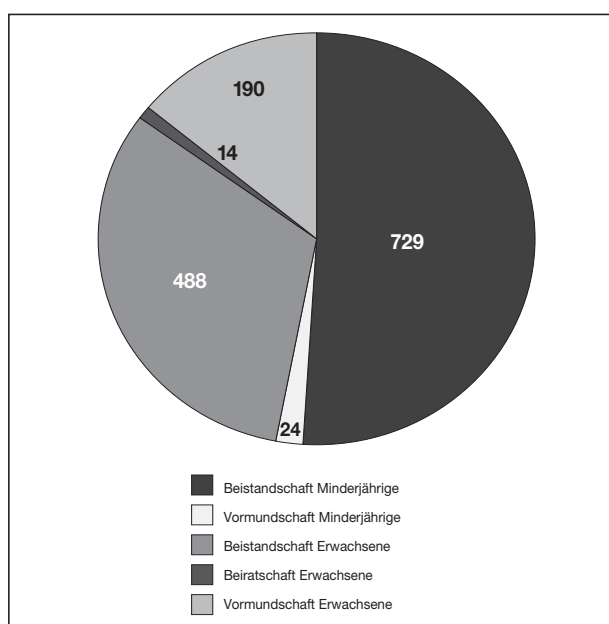
Ende Jahr bestanden 11 (12) Aufsichten über das Vermögen von Kindern, über die nur ein Elternteil die elterliche Sorge ausübt. Das beaufsichtigte Kindesvermögen betrug Ende 2004 360 408.75 Franken.

Gesetzlicher Betreuungsdienst

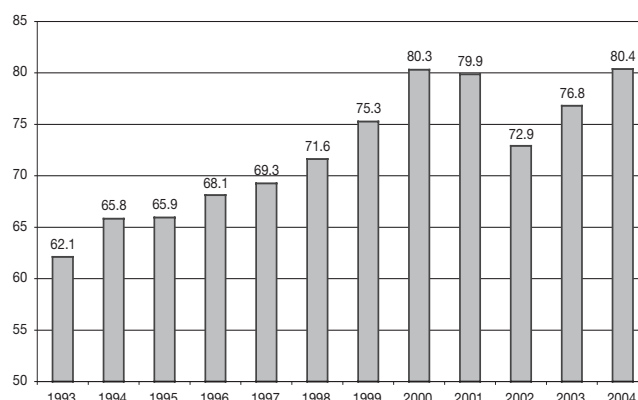
In den fünf Abteilungen des Gesetzlichen Betreuungsdienstes werden durch die 26 Gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer rund 90 % aller vormundschaftlichen Massnahmen für Kinder und Erwachsene geführt. Die einzelnen Betreuer und Betreuerinnen waren bisher für die Begleitung und Betreuung von Klientinnen und Klienten in allen Lebensabschnitten und Lebensumständen zuständig. Dabei wurden bei der Zuteilung neuer Fälle die fachlichen Schwerpunkte der Mitarbeitenden, wie Vaterschafts- und Unterhaltsklagen, Jugendliche, psychisch Kranke, Besuchsrechtskonflikte, berücksichtigt.

Während des Jahres wurden 259 (232) neue Massnahmen, davon 194 (151) Kindesschutzmassnahmen, aufgenommen und 204 (204) Massnahmen, davon 158 Kindesschutzmassnahmen, abgeschlossen. Insgesamt wurden 1649 (1594) Personen betreut, davon waren 911 (55 %) minderjährig und 738 (45 %) erwachsen. 22 % der betreuten Personen waren Ausländerinnen und Ausländer. Mit Geldverkehr und Vermögensverwaltung waren 930 (903) Fälle verbunden, wobei Vermögenswerte in der Höhe von insgesamt 48 775 233 Franken verwaltet wurden.

GBD Massnahmen per 31. Dezember 2004



Massnahmen pro Gesetzlicher Betreuer (jeweils per 31.12.)



Per Ende Jahr wurden insgesamt 1445 vormundschaftliche Massnahmen geführt, was einer Zunahme von 4 % entspricht. Die Gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer führen seit dem Jahr 2000 erstmals wieder über 80 Massnahmen pro Stelle.

Der Entscheid, das Departement Soziales neu nach den Zielgruppen «Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien» sowie «Beratung und Betreuung für Erwachsene» zu organisieren, hat für den Gesetzlichen Betreuungsdienst weit reichende Auswirkungen. Alle Kinderschutzmassnahmen und die für die Führung der Massnahmen vorgesehenen Personen sollen in das Jugendsekretariat integriert werden. Die verbleibenden vormundschaftlichen Massnahmen für Erwachsene werden durch die Mitarbeitenden der neu zu bildenden Abteilungen für Erwachsenenhilfe geführt. Diese werden neu die Hauptabteilung «Gesetzlicher Betreuungsdienst» innerhalb des Bereichs «Soziale Dienste» bilden.

Für die Umsetzung des Entscheides waren umfangreiche Vorarbeiten notwendig. Zunächst wurde geklärt, welche personellen Ressourcen für die Betreuung und administrativen Aufgaben für die Führung der Kinderschutzmassnahmen einerseits und die Massnahmen für Erwachsene andererseits aufgewendet werden. In zwei Erhebungen über eine Zeitperiode von insgesamt sechs Monaten wurde der Aufwand für die Fallführung erhoben (vergleiche Tabelle).

Zeitaufwand Fallführung

	Anzahl Klienten in %	Aufwand GB h pro Klient und Jahr	in %	Aufwand SB h pro Klient und Jahr	in %
Minderjährige	51 %	19 h	46 %	3 h	12 %
Erwachsene	49 %	23 h	54 %	22 h	88 %
Total	100 %	21 h	100 %	12 h	100 %

Bei den vormundschaftlichen Massnahmen für Erwachsene ist die Mandatsperson in der Regel für sämtliche administrativen und finanziellen Belange zuständig. Erwartungsgemäss ergab deshalb der Aufwand der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter für die Führung der Massnahmen für Erwachsene ein Vielfaches des Aufwandes, welcher für die Führung der Kinderschutzmassnahmen aufgewendet wird. Zu Diskussionen Anlass gab die Erkenntnis, dass auch der Aufwand der Gesetzlichen Betreuer und Betreuerinnen für die Betreuung der Erwachsenen grösser ist als für die Führung der Kinderschutzmassnahmen.

Auf der Grundlage der Erhebungen wurden die personellen Ressourcen für die neuen Abteilungen der Jugendhilfe und der Erwachsenenhilfe bestimmt. Bei der Bildung der neuen Abteilungen (zwei Abteilungen Jugendhilfe und drei Abteilungen Erwachsenenhilfe) wurden – so weit möglich – die bisherigen fachlichen Schwerpunkte der Mitarbeitenden berücksichtigt.

Als nächster Schritt wurde geklärt, wie viele Kinderschutzmassnahmen auf Gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer der Abteilungen Jugendhilfe bzw. wie viele Massnahmen für Erwachsene auf Gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer der Abteilungen Erwachsenenhilfe übertragen werden müssen. Insgesamt ist ein Wechsel der Betreuungsperson bei rund 30 % der Fälle vorgesehen. Die Übergaben sollen in dreimonatigem Rhythmus gestaffelt erfolgen.

Die Umsetzung der Reorganisation ist für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung. Ihr Gelingen setzt eine sorgfältige Planung, viel Flexibilität und eine grosse Bereitschaft der Mitarbeitenden voraus, gewachsene Strukturen und Beziehungen loszulassen und sich auf Neues einzulassen.

Sozialamt

Es ist eine Tatsache, dass den verschiedenen Organisationen des Sozialamtes die alltägliche Arbeit nicht ausgeht – im Gegenteil. Fast alle Bereiche sind nach wie vor Wachstumsbereiche. Gerade bei der Existenzsicherung durch Zusatzleistungen oder Sozialhilfe steigen die Kosten aufgrund einer generellen Fallzunahme, aber auch aufgrund von Kostenabwälzungen durch Entlastungsprogramme des Bundes oder des Kantons. Zudem weist Winterthur weiterhin eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit auf. Mit 5,5 % im Dezember liegt sie deutlich über dem kantonalen Durchschnitt von 4,3 % wie auch dem schweizerischen von 4,0 %. Gut ein Drittel der von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Personen müssen Sozialhilfe in Anspruch nehmen.

Diese Zunahme des Arbeitsvolumens und der Aufgabenfülle sowie die Unwahrscheinlichkeit einer klaren Trendwende haben die Verantwortlichen veranlasst, das Departement und insbesondere das Sozialamt einer umfassenden Reorganisation zu unterziehen und die organisatorischen Strukturen entsprechend anzupassen. Im Rahmen einer eingehenden Analyse wurde verschiedenes Veränderungspotential lokalisiert. So wird zum Beispiel die ambulante Sozialhilfe heute von verschiedenen Bereichen erbracht (Gesetzlicher Betreuungsdienst, Sozialamt) und es fehlen zum Teil Angebote für persönliche Hilfe im Erwachsenenbereich. Zudem musste auch im Rahmen des städtischen Sparprogramms win.03 Optimierungspotential geortet werden. Neben den Entwicklungen innerhalb der Stadtverwaltung hat sich auch auf kantonaler Ebene eine Veränderung ergeben. Mit dem knappen Entscheid des Zürcher Souveränes, im Rahmen des kantonalen Sanierungsprogramms die Staatsbeiträge an die Jugendhilfe zu streichen, muss auch das Jugendsekretariat grundsätzlich neu organisiert und positioniert werden.

Im Rahmen eines umfassenden Reorganisationsprojektes wurde in Projekt- und Arbeitsgruppen eine neue Struktur für das Amt erarbeitet, welche per 1. April 2005 umgesetzt werden soll. Das Sozialamt wird auf diesen Zeitpunkt zum Bereich Soziale Dienste. Im Grundsatz werden die Leistungen in die Gruppen Sozial- und Erwachsenenhilfe sowie Jugend- und Familienhilfe aufgeteilt. Die Aufgaben, die heute der Gesetzliche Betreuungsdienst wahrnimmt, werden zusammen mit den Leistungen der Hauptabteilung Sozial- und Wirtschaftshilfe in den neuen Bereich Soziale Dienste integriert. Weiteres Optimierungspotential wird realisiert, indem die heutigen Hauptabteilungen Medizinisch-therapeutische Behandlungseinrichtungen und Niederschwellige Drogeneinrichtungen organisatorisch in der Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe zusammengefasst werden.

Keine Regel ohne Ausnahme. In Bezug auf das Arbeitsvolumen geht es im Asylwesen in eine umgekehrte Richtung. Aufgrund des steten Rückgangs der neu dem Kanton Zürich zugewiesenen Asylsuchenden mussten verschieden Angebote im Bereich der Erstphasenunterbringung und den Beschäftigungsprogrammen abgebaut werden, was leider nicht ohne Kündigungen von zum Teil langjährigen Mitarbeitenden umzusetzen war.

Im Rahmen des Sparprogramms win.03 wurde zudem vom Winterthurer Stimmvolk einer Halbierung der Gemeindegzuschüsse zu den Zusatzleistungen für Invalide und Betagte knapp gutgeheissen.

Unentgeltliche Rechtsauskunft

Auch im Jahr 2004 wurde die Rechtsauskunftsstelle der Stadt Winterthur stark frequentiert. Von den insgesamt 987 Anfragen wurden pro Sprechstunde durchschnittlich

über 10 Fälle bearbeitet. Analog der letzten Jahre bilden arbeitsrechtliche und familienrechtliche, das heisst vorwiegend scheidungsrechtliche Fragen, das Schwerkgewicht der Probleme. Nicht zu unterschätzen ist mit 33,4 % der grosse Anteil an diversen Rechtsproblemen, wobei eine steigende Tendenz vor allem bei sozialversicherungsrechtlichen Fragen zu erkennen ist. Bei der Rechtsberatung geht es immer mehr nicht nur um eine juristische Beratung, sondern um praktische Lebenshilfe: jemanden an die richtige Adresse verweisen, vermitteln oder einfach zuhören. Die zur Verfügung stehende Zeit reicht nicht aus, um eine umfassende juristische Beratung vorzunehmen. Die Bevölkerung schätzt die unentgeltliche Rechtsauskunft in hohem Masse. Sie kann unter anderem dazu beitragen, Zivil- oder Strafprozesse zu verhindern oder den Betroffenen Wege zur Lösung ihrer rechtlichen und sonstigen Probleme aufzuzeigen. Oftmals geht es auch darum, den Ratsuchenden Kontakt- und Anlaufmöglichkeiten zum Beispiel zu anderen Amtsstellen in der Stadtverwaltung zu vermitteln.

Private Institutionen mit städtischer Beteiligung

Brühlgut Stiftung

Die Brühlgutstiftung bietet in der Region Winterthur Wohn- und Arbeitsplätze für erwachsene Menschen mit Behinderung an und führt eine Therapiestelle für Kinder und Jugendliche.

2004 feierte die Stiftung ihr 25-Jahr-Jubiläum im Speziellen mit den Hauptpersonen, den Bewohnerinnen und Bewohnern mit Behinderung und den Mitarbeitenden. Höhepunkt bildete die sommerliche Einladung zu «das Zelt» mit der a capella-Showgruppe «bagatello». Speziell zum Jubiläumsjahr wurde der Aussenraum im Wohnheim Wyden gestaltet, wo nun unter anderem ein Sinnesgarten und ein Weidenhaus zum Verweilen einladen. Mit diversen Kunstausstellungen in der Winterthurer Altstadt erreichte die Stiftung eine breite Öffentlichkeit – so auch mit der PR-Aktion im Neuwiesenzentrum, wo sie in Zusammenarbeit mit der Vereinigung insierne Cerebral und der Stiftung Steinegg eine gut besuchte Ausstellung und eine Kre(ati)va Show realisierte.

Projekt Taglohn

Das Projekt Taglohn des Vereins Läbesruum ist ein fester Bestandteil des Angebotes für Menschen, welche sich am Rand der «normalen» Gesellschaft befinden. Die vielfältigen niederschweligen Programme ermöglichen sinnvolle Einsätze in verschiedenen Bereichen. Die Einnahmen aus Arbeitseinsätzen nahmen im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 19 587 Franken oder um 0,7 % zu und betrugen im Jahr 2004 insgesamt 3 053 579 Franken.

Erfreulicherweise konnte der Umsatz in den Bereichen Zügeln, Reinigung, Hauswartungen, Bau, Bügelservice und im Restaurationsbetrieb gesteigert werden. Die gesamten Taglohnstunden reduzierten sich allerdings von 62 042 Stunden im Jahr 2003 auf 55 422 Stunden um 11 %. Gemäss der Losstatistik wurden 2004 total 10 654 Jobs vergeben. Davon waren 9798 feste Jobs und der Rest von 856 Jobs wurden bei der täglichen Verlosung vergeben.

Partnerschafts- und Eheberatung der Bezirke Winterthur und Andelfingen

Die vom Verein für Eheberatung geführte Beratungsstelle «Paarberatung + Mediation Winterthur und Andelfingen» umfasst drei Angebote:

- Die Paarberatung behandelte im Jahr 2004 157 (149) Fälle in insgesamt 1050 Stunden, was einer durchschnittlichen Anzahl von 6,69 Stunden (6,06) pro Fall entspricht.
- Für die Mediation wurden gesamthaft 310 (300) Stunden bei 83 (93) Paaren aufgewendet. Die durchschnittliche Beratungszeit betrug somit rund 3½ (3½) Stunden.
- Das Angebot der Rechtsberatung umfasste total 9 (19) Stunden.

Frauenzentrale Winterthur

Die Frauenzentrale führt eine öffentliche Informationsstelle. Im 2004 fanden 3340 Kontakte mit Ratsuchenden statt. Die meisten Anfragen betrafen die Rechtsberatung (1412) und die Budgetberatung (613). 400 Frauen und Männer erhielten durch Juristinnen eine persönliche Rechtsberatung. Im Bereich Budgetberatung wurden u.a. 223 Budgetrichtlinien und -merkbblätter verkauft. Die Budgetberaterin erstellte, nach einer persönlichen Besprechung, insgesamt 118 schriftliche Budgets. Die Kur- und Ferienhilfe leistete an Frauen, die dringend Erholung brauchten, eine finanzielle Mitunterstützung. 25 Gesuche von sozialen Stellen oder von Ärzten bzw. Ärztinnen konnten berücksichtigt werden. Im Laden Chriesibaum wurden textile Handarbeiten von 34 Heimarbeiterinnen hergestellt und verkauft.

Frauenhaus Winterthur

Das Jahr 2004 hat für das Frauenhaus Winterthur eine besondere Bedeutung. Es blickt auf 20 Jahre geleistete Arbeit gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft zurück. In dieser Zeit hat sich das Frauenhaus mit seiner Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit auf allen Ebenen zugunsten eines gewaltfreien Lebens für Frauen und Kinder eingesetzt.

2004 fanden 112 Frauen und 121 Kinder im Frauenhaus Winterthur vor weiterer Gewalt Zuflucht. Für die betroffenen Frauen und Kinder bedeutete dies, 5361 Tage in Sicherheit zu verbringen. Auch dieses Jahr haben sich verschiedene Mitarbeiterinnen des Frauenhauses auf der städtischen, kantonalen und nationalen Ebene zum Thema häusliche Gewalt engagiert.

Frauen Nottelefon, Beratungsstelle für gewaltbetroffene Frauen

Im Mai 2004 hat sich das Frauen Nottelefon ein neues Erscheinungsbild gegeben und heisst jetzt neu Frauen Nottelefon, Beratungsstelle für gewaltbetroffene Frauen. Diese Änderung hatte keine personellen Veränderungen zur Folge.

Das Frauen Nottelefon beriet letztes Jahr 654 Frauen (Vorjahr 663). Dabei nahm die Zahl der Beratungen bei «Häuslicher Gewalt» stark zu. Insgesamt zählte das Frauen Nottelefon 6439 Kontakte (persönlich, telefonisch, inkl. Begleitungen usw.). Im Vorjahr waren es 6524. Neben der Beratungstätigkeit stellt die Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit ein zentrales Anliegen des Frauen Nottelefons dar.

Stiftung Begleitung in Leid und Trauer

2004 leistete das Team der Stiftung Begleitung in Leid und Trauer total 5589,5 Arbeitsstunden. Davon fallen 2439,75 Stunden auf die Beratungstätigkeit. Diese verteilen sich wiederum auf in Notfallinterventionen (1676,25 Stunden), Begleitung vor / während des Sterbens (194,5 Stunden) und Beratungen nach dem Tod (569 Stunden).

Im Vergleich zum Vorjahr nahmen in allen drei Bereichen die Arbeitsstunden zu: im Bereich Notfallintervention um 1,1 %, im Bereich Begleitung vor / während des Sterbens um 16,6 % und im Bereich Beratungen nach dem Tod um 23,9 %.

Bisher war die Stiftung Begleitung in Leid und Trauer spezialisiert auf Fragestellungen rund um Sterben, Tod und Trauer. Aufgrund der Nachfrage beginnt sie, ihr Angebot auf Unterstützung bei Traumatisierungen durch andere Ereignisse auszuweiten.

Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes Winterthur

Die Rechtsberatung des Gewerkschaftsbundes des Bezirks Winterthur steht der Bevölkerung der Stadt und des Bezirks Winterthur mit umfassenden Auskünften aus allen Rechtsgebieten zur Verfügung. Die Leistungen beinhalten vor allem die Beantwortung mündlicher, schriftlicher und telefonischer Anfragen, das Abfassen von Briefen, das Führen von Vergleichsgesprächen sowie die Einsprache- und Beschwerdeführung gegen Entscheide verschiedener öffentlicher Institutionen. Die Beratungen im Jahr 2004 betrafen zu 90 % das Arbeits-, Arbeitslosenversicherungs- und das übrige Sozialversicherungsrecht. Daneben war die Rechtsberatung wie in den Vorjahren mit Problemen des Familienrechts, des Erbrechts und des Obligationenrechts (insbesondere Kaufs-, Auftrags- und Haftpflichtrechts) konfrontiert.

Im Berichtsjahr wurden total 2032 Beratungen durchgeführt, wovon 1232 telefonische, 770 persönliche (von den persönlichen Beratungen fanden 358 auf Veranlassung des RAV statt), und 30 E-Mail-Beratungen.

SelbsthilfeZentrum Region Winterthur

Selbsthilfegruppen sind freiwillige Zusammenschlüsse von Menschen, die von demselben Problem betroffen sind – beispielsweise von einer Krankheit, einem sozialen oder psychischen Problem. Eine zweite Hauptgruppe bilden Angehörige von Personen mit einer Krankheit, Behinderung oder Sucht. Das SelbsthilfeZentrum unterstützt die Gründung von Selbsthilfegruppen, bietet ihnen Infrastruktur und Know-how und dient als Koordinations- und Informationsstelle für sämtliche Selbsthilfefragen.

Zurzeit sind im Raum Winterthur rund 600 Personen in 68 Gruppen organisiert. 2004 wurden 9 neue Gruppen gebildet.

Aids-Infostelle Winterthur

Neben der Informations- und Beratungstätigkeit standen vor allem in den ersten Monaten des Jahres die Fragen um die künftige Finanzierung und damit auch die Zukunft der Stelle im Mittelpunkt.

Im Jahr 2004 wandten sich 462 Rat Suchende an die Institution. In den meisten Fällen ging es um persönliche Risiken und deren Einschätzung sowie um Fragen rund um den HIV-Test. Etwa ein Drittel der Beratungen fielen auf Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (Lehrpersonen, usw.). In 42 Informationsveranstaltungen wurden 706 Personen angesprochen. Der Schwerpunkt wurde auf die Information der Jugendlichen gelegt. An den Winterthurer Kantonsschulen fanden Informationen für jeweils einen kompletten Jahrgang statt, ebenso an Berufsschulen wie beispielsweise der Wirtschaftsschule KV.

Sozial- und Wirtschaftshilfe

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere der grosse Anteil an Langzeitarbeitslosen und Ausgesteuerten, verursacht erneut steigende Fallzahlen in der Sozial-

hilfe. Die Neuzugänge weisen denn auch deutlich die Merkmale struktureller Armut auf: Bei rund der Hälfte der Leute, die im Jahr 2004 Sozialhilfe beantragten, war Arbeitslosigkeit der Hauptgrund. Oft sind diese Personen schon mehrere Jahre vom Arbeitsmarkt fern und eine Reintegration in den Arbeitsmarkt sehr aufwändig. Durch die Interinstitutionelle Zusammenarbeit aller Stellen, die sich mit der Integration von Arbeitslosen beschäftigen, werden entsprechende Massnahmen zielorientierter, rascher und verbindlicher eingeleitet. Aufgrund der bisherigen guten Erfahrungen wird die Interinstitutionelle Zusammenarbeit stärker verankert und auf weitere Partner ausgedehnt.

Seit Januar 2004 gelten für 18- bis 25-jährige, erwerbsfähige Sozialhilfebeziehende ohne Ausbildung spezielle Richtlinien mit tieferen Unterstützungsansätzen, die sich an der wirtschaftlichen Situation der nicht unterstützten Altersgruppe orientieren. Eigenleistungen, welche die Integrationschancen verbessern, werden mit Zulagen honoriert.

Im Rahmen der kantonalen Sparmassnahmen wurden die Sozialhilfe-Ansätze auf Mitte Jahr gekürzt. Neu wird nur noch der Minimalwert des Grundbedarfs 2 ausgerichtet. Trotz der sehr knappen Vorbereitungszeit, erfolgte die Umstellung reibungslos.

Die massive Steigerung der Fälle mit Prämienübernahmen (von 144 im Vorjahr auf 247) zeigt auf, dass immer mehr einkommensschwache Haushalte unmittelbar an der Armutsschwelle stehen. Häufig handelt es sich dabei um Familien mit Kindern. Zudem mussten im Jahr 2004 1286 Verlustscheine im Betrag von 1 450 255 (1 383 670) Franken für nicht einbringliche Krankenkassenprämien von den Krankenkassen übernommen werden. Die Zunahme widerspiegelt zum einen die schlechte Zahlungsmoral, zum andern verweist es auf die Tatsache, dass ein wachsender Bevölkerungsanteil nicht mehr in der Lage ist, die hohen Gesundheitskosten zu bezahlen.

Ausgaben für die Prämienübernahmen von Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern und anderen Personen in wirtschaftlichen Notlagen sowie Übernahme von Verlustscheinen der Krankenkassen aus uneinbringbaren Prämien von Versicherten. Beide Aufwendungen stellen das Krankenversicherungsbobligatorium sicher und werden je zur Hälfte von Bund und Kanton finanziert.

Prämienübernahmen	6 042 555.—	(4 752 548.—)
Rückerstattungen von Prämienverbilligungen	650 331.—	(546 039.—)
Nettoaufwendungen	5 392 224.—	(4 206 508.—)
Nettoaufwendungen Übernahme von Verlustscheinen der Krankenkassen	1 450 255.—	(1 383 670.—)

Sozialberatung

Die bewährte Zugangssteuerung zum Sozialhilfebezug unter dem Leitgedanken «Arbeit vor Sozialhilfe» wird fortgesetzt: Arbeitsfähigen Personen ohne Betreuungspflichten, die neu wirtschaftliche Hilfe beantragen, wird die Möglichkeit geboten, innert Monatsfrist in ein Arbeitsprojekt der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) einzusteigen, und so einen existenzsichernden Lohn zu verdienen. Während des 4-wöchigen Einsatzes werden die Integrationschancen der Teilnehmenden umfassend abgeklärt und die Teilnehmenden werden bei ihren Bemühungen um eine Stellensuche intensiv begleitet. 302 (138) Personen wurde dieses Angebot unterbreitet, 250 (111) Personen haben sich bei der KAP gemeldet und 193 (84) Personen haben einen Einsatz geleistet. Die übrigen verzichteten auf das Angebot, meldeten sich aber auch nicht mehr für den Sozialhilfebezug. Erfreulicherweise fanden trotz schwieriger Arbeitsmarktlage 20 (13) Personen

aus dem Einsatz eine reguläre Stelle. 6 (3) Teilnehmende erwarben einen neuen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung und weitere 6 (4) fanden anderweitige Lösungen. Von den 161 (64) Personen, die nach dem Einsatz an die Sozialhilfe zurück verwiesen wurden, meldeten sich 155 (60) zum Bezug wirtschaftlicher Hilfe. Das Projekt kann in Anbetracht der schwierigen Arbeitsmarktlage als grosser Erfolg gewertet werden.

Das interdisziplinär zusammengesetzte Team «Work-in» mit je einem Mitarbeiter im Teilzeitpensum der Sozialberatung, des RAV und der KAP verfolgt das Ziel, Sozialhilfebeziehende durch geeignete Massnahmen fit für den Arbeitsmarkt zu machen. 183 Personen unterzogen sich einem vertieften Assessment. Das «Work-in»-Team gab im Berichtsjahr 276 Empfehlungen zu Massnahmen ab, u.a. Deutschkurse 23 (13), vorübergehende Beschäftigungen 213 (74) sowie Einsätze für Freiwilligenarbeit 14 (9). Erfreulicherweise konnten 18 (15) Fälle nach kurzer Bezugsdauer abgelöst werden, weil die Sozialhilfebeziehenden mit Unterstützung des «Work-in» eine Stelle gefunden hatten. 50 (97) Fälle wurden abgeschlossen und mit einem Integrationsplan an die Sozialberatung zurückgegeben.

Der Ergänzende Arbeitsmarkt bietet Langzeitarbeitslosen, die aus verschiedenen Gründen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind, Arbeitstraining und Qualifikation. Durch die feste Tagesstruktur stabilisiert sich die gesundheitliche Verfassung und soziale Kompetenzen werden erhalten und gefördert. 385 (242) Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler (inklusive ZAS-KAP Projekt) nahmen an Arbeitsprojekten der KAP teil. 344 (182) Personen haben ihren Einsatz im Berichtsjahr abgeschlossen, 245 (144) Männer und 99 (37) Frauen. Die durchschnittliche Verweildauer im Programm betrug 2,3 (2,4) Monate. 13% (16%) der Teilnehmenden haben im Anschluss an das Programm eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt gefunden. Der starke Anstieg bei der Teilnehmendenzahl in Beschäftigungsprogrammen sowie die verkürzte Teilnahmedauer sind auf den massiven Ausbau des Schwellenprojekts ZAS-KAP zurück zu führen.

19 Sozialhilfebeziehende leisteten insgesamt 3366 (2018) Stunden freiwillige Arbeit an verschiedenen Einsatzorten (Alters- und Pflegeheime, Mittagstisch, Hort) im Rahmen des Projekts «Heks-Visite». Teilnehmende pflegen auf diese Weise soziale Kontakte, gewinnen Einblicke in neue Arbeitsfelder und erhalten vor allem die Möglichkeit, eine sinnvolle und gesellschaftlich wertvolle Arbeit zu leisten.

Fallstatistik

Erneut ist die Zahl der Neuaufnahmen stark angestiegen. Dies führt zu einem Bestand von 2135 Fällen am Stichtag 31. Dezember 2004. Noch stärker als im letzten Jahr war im Berichtsjahr die zentrale Anlaufstelle (ZAS) gefordert, die bei allen Neuzugängen die Zuständigkeitsprüfung und das Intake im geforderten Qualitätsstandard sicherstellen musste.

Die interne Fallstatistik beinhaltet neben den Unterstützungsfällen auch jene Fälle, bei denen ausschliesslich persönliche Hilfe geleistet wurde oder Rentenverwaltungen erfolgten.

Stand am 1. Januar	1 909*	(1 631)
Neuaufnahmen	1 459	(1 214)
Total behandelte Fälle	3 368	(2 845)
Abgeschlossene Fälle	1 233	(989)
Bestand am 31. Dezember	2 135	(1 856*)

* Die Abweichung mit dem Vorjahresbestand erklärt sich durch die Einführung einer neuen elektronischen Fallzählung seit 1.1.2004.

Sozialhilfestatistik

Vergleich Statistik 2004 mit 2003

	2004	2003	Differenz
Anzahl Unterstützungsfälle 1)	2 873	2 583	+ 11,2 %
- Anteil Alleinstehende in eigenem Haushalt	41,5 %	40,7 %	+ 0,8 %
- Anteil Alleinstehende in Heimen oder Pflegefamilien	21,7 %	23,3 %	- 1,6 %
- Anteil Alleinerziehende	18,6 %	19,0 %	- 0,5 %
- Anteil (Ehe-/Konkubinats-)Paare	18,2 %	16,9 %	+ 1,3 %
Anzahl Fallzugänge	1 114	1 086	+ 2,6 %
Einige häufige Unterstützungsmerkmale			
- Arbeitslos (ALV / ALH, Bezug oder in Abklärung)	15,9 %	19,9 %	- 4,0 %
- Ausgesteuert	18,4 %	13,7 %	+ 4,7 %
- Zu geringes Erwerbseinkommen trotz voller Erwerbstätigkeit	1,7 %	2,6 %	- 0,8 %
- Suchtproblematik	15,9 %	15,8 %	+ 0,1 %
- Scheidung, Trennung	18,6 %	17,7 %	+ 0,9 %
Wohnverhältnisse			
- Anteil Personen in eigenen Haushalten	83,7 %	82,4 %	+ 1,3 %
- Anteil Personen in Heimen oder Pflegefamilien	7,5 %	8,2 %	- 0,7 %
Abschluss der Unterstützung			
Total abgeschlossene Fälle	907	817	+ 11,0 %
Wichtigste Abschlussgründe			
- Wiedererlangen wirtschaftlicher Selbständigkeit	242	234	+ 3,4 %
- Eingang der Sozialversicherungsleistung	328	315	+ 4,1 %
- Wegzug	103	92	+ 12,0 %
Unterstützte Personen bezogen auf Bevölkerungszahlen	4 931	4 387	+ 12,4 %
- Insgesamt	5,3 %	4,8 %	+ 0,5 %
- Minderjährige	9,6 %	8,8 %	+ 0,8 %
- 18- bis 35-jährige Frauen	7,0 %	6,7 %	+ 0,3 %
- Niedergelassene	9,2 %	8,4 %	+ 0,8 %
- Kontrollpflichtige Ausländer/innen	11,8 %	11,1 %	+ 0,7 %

1) Neu werden Fälle, welche nach einem unterstützungsfreien Intervall von mindestens 6 Monaten wieder unterstützt werden, gemäss Falldefinition der Sozialhilfestatistik des Bundes bei jedem Unterstützungsintervall gezählt. Deshalb erhöht sich sowohl die Anzahl der Unterstützungsfälle, der Fallzugänge und der Fallabschlüsse.

Fürsorgebehörde

Die Gesamtbehörde hat im Jahr 2004 4 (4) Sitzungen durchgeführt. Von den gesamthaft 3318 (2486) gefällten Entscheide behandelte die Unterstützungskommission an 10 (10) Sitzungen deren 525. Die Geschäftsprüfungskommission hat 4 (4) Sitzungen durchgeführt. Im Wiedererwägungsverfahren behandelte die Unterstützungskommission 42 (18) Einsprachen und die Gesamtbehörde 9 (2).

Aufwendungen

Brutto-Unterstützungsaufwendungen	57 974 741.25	(49 400 323.02)
Rückerstattungen (Staatskasse, Versicherungsleistungen, Alimentenbevorschussungen, Heimatbehörden usw.)	27 393 257.80	(28 451 476.00)
Netto Aufwendungen	30 581 483.45	(20 948 847.02)

Grössere Abweichungen bei den Rückerstattungen ergeben sich dadurch, dass die kantonalen Verrechnungen von Fürsorgeabrechnungen für Ausländer und Ausländerinnen, die noch nicht zwei Jahre im Kanton Zürich wohnhaft sind, nicht immer zeitgleich erfolgen. So sind im Jahr 2003 drei statt zwei Raten-Zahlungen eingegangen. Ab 2004 werden diese Ratenzahlungen periodengerecht abgegrenzt.

Inkasso Sozialhilfe

Insgesamt konnten 730 995 (915 721) Franken an Rückerstattungen von Klientinnen und Klienten verbucht werden. Seit 2003 wird unrechtmässiger Sozialhilfebezug zentral erfasst. In den Vorjahren wurden solche Rück-

forderungen, welche im laufenden Sozialhilfebezug von der monatlichen Leistung abgezogen wurden, nicht erfasst. Neben dem Rückerstattungsgrund «unrechtmässiger Bezug» sind freiwillige Rückzahlungen von Sozialhilfe, Rückerstattungen aus Erbschaften und Nachlässen sowie Rückzahlungen von Mietzinsdepots eingeschlossen.

Gestützt auf Artikel 328/329 ZGB gingen 55 100 (167 710) Franken an Verwandtenbeiträgen ein. Die aufgrund von Art. 276 ff. ZGB durch die Inkassostelle verpflichteten Eltern entrichteten 120 018 (187 568) Franken an Elternbeiträgen.

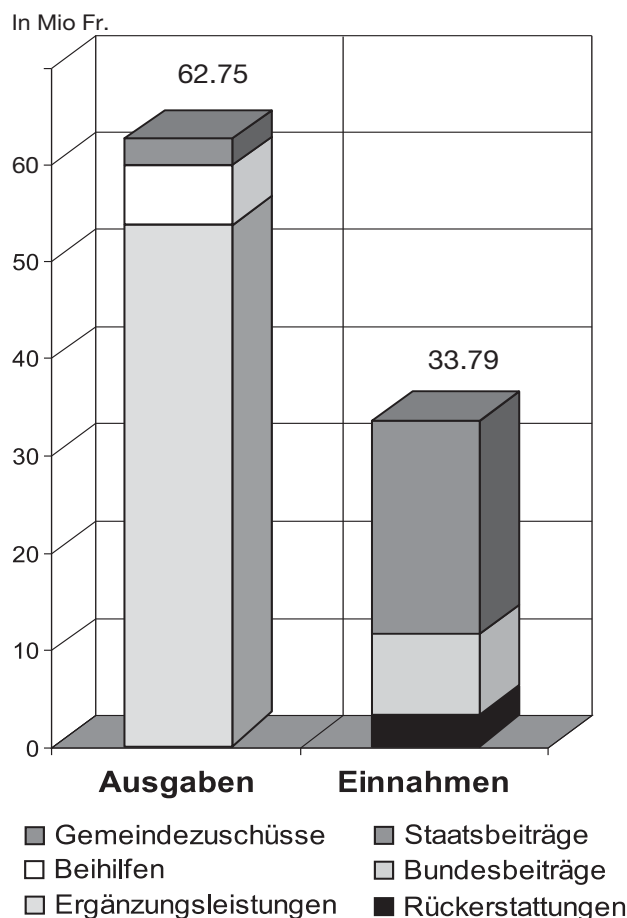
Zusatzleistungen zur AHV/IV

Die Durchführungsstelle Winterthur übernahm für 6 (5) Gemeinden, Seuzach, Thalheim an der Thur, Brütten, Dägerlen, Schlatt und Ellikon an der Thur mit insgesamt 96 (78) Fällen sämtliche Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausrichtung von Zusatzleistungen. Die Gemeinden bezahlen die Auslagerung der Dienstleistungen. Die interkommunale Zusammenarbeit gestaltet sich für beide Seiten sehr erfolgreich.

Fallzahlen der Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich:

	Betagte	Behinderte	Hinterlassene	Total
2004	1 536	1 273	74	2 883
2003	1 548	1 124	61	2 733
2002	1 511	995	52	2 558
2001	1 494	890	47	2 431
2000	1 484	794	39	2 317
1999	1 455	769	32	2 256
1998	1 376	715	28	2 119
1997	1 424	644	21	2 089
1996	1 460	621	23	2 104
1995	1 508	594	25	2 127
1994	1 545	546	27	2 118

Verteilung auf Leistungskategorien und Kostenträger:

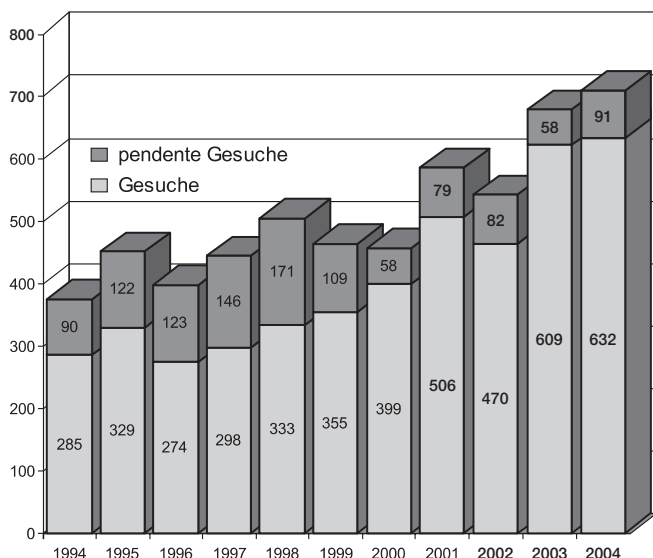


Leistungen der Stadt Winterthur für Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich:

	brutto	Rück- erstattungen	netto	Beitrag Bund	Beitrag Staat	Beiträge total	zulasten Stadt	Winter- zulagen	Härte- kredit	NE- Beiträge	zulasten Stadt
2004	62 744 755	2 725 829	60 018 926	a) 9 079 741	a) 21 976 914	31 056 655	28 962 271	0	0	0	28 962 271
2003	56 577 767	2 705 642	53 872 125	a) 8 376 505	a) 19 730 409	28 106 914	25 765 211	0	500	0	25 765 711
2002	51 706 964	1 869 172	49 837 792	a) 7 458 713	a) 18 083 457	25 542 170	24 295 622	0	1 006	0	24 296 628
2001	47 544 716	1 916 348	45 628 368	a) 7 137 188	a) 16 684 488	23 821 676	21 806 692	0	445	0	21 807 137
2000	43 615 524	1 743 562	41 871 962	a) 6 142 308	11 570 297	17 712 605	24 159 357	0	3 109	0	24 162 466
1999	38 912 317	1 906 268	37 006 049	3 083 574	12 547 909	15 631 483	21 374 566	0	2 242	169 295	21 546 103
1998	36 502 008	1 989 535	34 512 473	2 859 658	11 708 532	14 568 190	19 944 283	127 500	5 882	140 811	20 218 476
1997	35 779 187	1 860 949	33 918 238	2 813 864	11 521 035	14 334 899	19 583 339	119 575	6 073	98 858	19 807 845
1996	34 814 700	1 742 502	33 072 198	2 739 549	11 216 764	13 956 313	19 115 886	122 400	9 981	66 746	19 315 013
1995	35 768 275	1 615 441	34 152 834	2 813 403	11 662 837	14 476 240	19 676 594	118 900	4 638	79 788	19 879 920
											39 396

a) KVG – Subventionen von Bund und Staat für Prämienübernahmen mittels EL + BH (fürs 2000 nur Bundesanteil; kein Staatsanteil, weil noch EVO KVG gilt).

Gesuche



Jugendsekretariat

Im September 2004 hat die Zürcher Bevölkerung mit knapper Mehrheit die kantonalen Sparmassnahmen gutgeheissen. Eine dieser Massnahmen trifft direkt die städtische Jugendhilfe, indem die Rechtsgrundlage für die Subventionsbeiträge an die Stadt Winterthur künftig fehlt und keine Beiträge mehr vom Kanton zu erwarten sind. Weil der grössere Teil der Dienstleistungen des Jugendsekretariates im Sinne des Jugendhilfegesetzes kantonale Aufgaben sind und die Stadt den Einnahmefehl nicht einfach hinnehmen oder kompensieren kann, wird der Stadtrat die Rückdelegation dieser Aufgaben an den Kanton veranlassen.

Ein weiterer struktureller Schwerpunkt beinhaltet die Reorganisation des Gesetzlichen Betreuungsdienstes und die Zusammenführung der freiwilligen und gesetzlichen Jugendhilfe im Jugendsekretariat. Die inhaltliche und personelle Überführung soll spätestens im Jahr 2006 abgeschlossen sein. Mit dieser Zusammenlegung der beiden Dienstleistungen sind die Organisationsstrukturen mit denjenigen im übrigen Kanton kompatibel, was die Überführung an den Kanton erleichtert.



Generelle Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe

Jugendkommission

Die Jugendkommission setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Departemente Soziales, Schule und Sport, Kulturelles und Dienste sowie Sicherheit und Umwelt zusammen. Sie ist eine Fachkommission des Stadtrates und dient als Plattform für den regelmässigen Koordinations- und Informationsaustausch innerhalb der Departemente zu Jugend- und Familienfragen. Die Jugendkommission hat sich in einem Arbeitsschwerpunkt mit der Gewaltthematik im öffentlichen Raum und mit der zukünftigen Ausrichtung der offenen Jugendarbeit beschäftigt. Ferner wurde die Konzeption der Schulsozialarbeit erarbeitet. Mit der bevorstehenden Kantonalisierung der städtischen Jugendhilfe hat sich die Jugendkommission ebenfalls intensiv auseinandergesetzt, da von dieser Massnahme verschiedene städtische Dienststellen betroffen sind.

pro juventute Elternbriefe

Seit Anfang 2002 werden in der Stadt allen Eltern nach der Geburt ihres ersten Kindes die pro juventute Elternbriefe zugestellt. Die Eltern erhalten im ersten Lebensjahr ihres Kindes monatlich eine unterstützende und anleitende Informationsschrift über die wichtigsten Entwicklungsschritte ihres Kindes. Im zweiten und dritten Lebensjahr wird der Versand nur noch auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern in Abständen von drei und vier monatlichen Intervallen verschickt. Diese regelmässigen Versandkontakte zu jungen Eltern wird präventiv genutzt, indem auf wichtige städtische Angebote wie Spielgruppen, Beratungsstellen, usw. aufmerksam gemacht werden kann. Im vergangenen Jahr profitierten 547 Eltern mit einem bis 1-jährigen Säugling, 237 Eltern mit einem bis 2-jährigen Kleinkind und 194 Eltern mit einem bis 3-jährigen Kind von diesem Präventionsangebot.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Bewilligungspflichtige Krippen

Seit dem 1. Juli 1998 besteht im Kanton Zürich, gestützt auf eine vom Regierungsrat erlassenen Verordnung, eine Bewilligungs- und Aufsichtspflicht für die Führung von Kinderkrippen. In der Stadt Winterthur wurden 2004 auf privatrechtlicher Basis 24 (22) Krippen geführt, mit insgesamt 465 (432) Plätzen. Eine bestehende Krippe hat ihr Angebot ausgebaut. In Wülflingen ist eine neue Krippe entstanden. Im Jahre 2004 sind insgesamt 33 neue Krippenplätze geschaffen worden. Davon werden 14 Krippenplätze in Hegi durch die Baufirma Bachmann subventioniert. Alle Krippenbetriebe werden nach den gesetzlichen Bestimmungen beaufsichtigt.

Subventionierte Krippen

Mit 12 subventionierten Krippen und dem Tagesfamilienverein wurden Leistungsaufträge abgeschlossen. Es werden nicht mehr allgemeine Betriebskosten, sondern nur noch erbrachte Betreuungsleistungen subventioniert. Von den 24 (22) privatrechtlich geführten Krippen mit total 465 (432) Plätzen, wurden 12 (11) Krippeneinrichtungen mit 203 (188) Plätzen subventioniert, beim Tagesfamilienverein insgesamt 36 000 (36 000) Betreuungsstunden. Alle subventionierten Einrichtungen sind verpflichtet, das städtische Beitragsreglement anzuwenden. Der prognostizierte Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge von 40 % wurde mit 42,6 % (41 %) leicht übertroffen. Alle Krippen-

einrichtungen waren während des ganzen Jahres zu 90 bis 100 % ausgelastet.

Das städtische Beitragsreglement wurde überarbeitet und auf den 1. August 2004 in Kraft gesetzt. Kernstück des revidierten Reglements ist die Herabsetzung des Bruttoeinkommens, das für die Übernahme der Vollkosten für die Betreuungskosten durch die Eltern relevant ist, von 170 000 auf 140 000 Franken. Die Reaktionen der Eltern auf diese Mehrbelastung fielen moderat aus. Die Inanspruchnahme von Betreuungsleistungen wird aufgrund der höheren Elternbelastung tendenziell auf kleinere Betreuungspensen beschränkt, was für die Betreuungseinrichtungen mit Mehraufwendungen verbunden ist.

Interessant sind die Zahlen des von den Eltern gewünschten Betreuungsumfanges. 64 % (63 %) der Kinder werden zwischen einem und zweieinhalb Tagen fremd betreut. Diese kleinen Betreuungsverhältnisse zeigen, dass Eltern die Erziehung ihrer Kinder nicht in vollem Umfang an fremde Einrichtungen delegieren, sondern die Betreuungsverantwortung so weit wie möglich selber übernehmen. Die Zahl der allein erziehenden Eltern ist mit 31 % (30 %) nach wie vor hoch. Weiter fällt auf, dass der Anteil der Eltern mit einem Einkommen zwischen 91 000 Franken und 120 000 Franken deutlich gesunken ist. Gerade diese Einkommensklassen sind von der Anhebung der Krippentarife am stärksten betroffen. Deutlich mehr Eltern mit sehr kleinen Einkommen profitierten im vergangenen Jahr von subventionierten Krippenplätzen. Nach wie vor besteht eine gute soziale Durchmischung in den Betreuungseinrichtungen.

Statistik	2004	2003
Anzahl subventionierter Betreuungsplätze	203	188
Anzahl betreuter Kinder	600	581
Durchschnittliche Vollkosten pro Betreuungsplatz und Tag	87,75	87,75
Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge	42,6 %	41 %
Total geleistete Betreuungstage	48 256	46 689
Betreuungsumfang pro Woche		
weniger als 2,5 Tage	64 %	63 %
2,6 bis 4 Tage	28 %	28 %
mehr als 4 Tage	8 %	9 %
Nationalität der Kinder		
Schweizer	79 %	83 %
Ausländer	21 %	17 %
Bruttoeinkünfte der abgebenden Eltern		
bis 30 000.-	14 %	10 %
31 000.- bis 60 000.-	21 %	20 %
61 000.- bis 90 000.-	24 %	24 %
91 000.- bis 120 000.-	21 %	27 %
mehr als 120 000.-	20 %	19 %
Situation der Familie		
Allein erziehend	31 %	30 %
Beide Eltern erwerbstätig	48 %	50 %
Ein Elternteil erwerbstätig, der andere in Ausbildung	9 %	8 %
Ein Elternteil erwerbstätig	12 %	12 %
Grund der Platzierung		
Überschneidende Erwerbs- und Ausbildungstätigkeit	34 %	34 %
Existenznotwendig	30 %	25 %
Unterstützung aus erzieherischen Gründen	1 %	2 %
Pädagogische Förderung/Sozialisation	22 %	19 %
Entlastung der Eltern (Krankheit, Unfall, Invalidität)	10 %	17 %
Von öffentlichen Beratungsstellen empfohlen	3 %	3 %

Jugendförderung

Die bisher beim Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen im Departement Kulturelles und Dienste angesiedelte Stelle für Jugendförderung wurde per 1. Januar 2004 in das Departement Soziales überführt und neu mit «Jugenddelegierter» bezeichnet.

Der Jugenddelegierte

- beobachtet zusammen mit der städtischen Jugendkommission Trends und Entwicklungen der Jugend allgemein und in der Stadt

- steht dem Stadtrat und der Verwaltung für die Beratung in Angelegenheiten, die mit Jugendlichen zu tun haben, zur Verfügung
- begleitet ausgewählte Jugendprojekte von städtischer Bedeutung
- steht mit Jugendeinrichtungen, Jugendlichen und Abteilungen in der Verwaltung in Kontakt, koordiniert, informiert und berät sie
- als ausführende Stelle der städtischen Jugendförderung unterstützt und vernetzt die Tätigkeiten der bestehenden Jugendeinrichtungen
- vermittelt direkten Kontakt zwischen Jugendlichen, Jugendeinrichtungen und Verwaltungsstellen
- nimmt den Erfahrungsaustausch beziehungsweise die Zusammenarbeit mit den in anderen Städten für die Jugendförderung verantwortlichen Stellen wahr.

Konkret hat der Jugenddelegierte im Jahre 2004 u.a.

- die Förderungsrichtlinien gemäss der Evaluationsstudie 2003/2004 der offenen Jugendarbeit konkretisiert und mit deren Umsetzung begonnen
- das Leitbild der offenen Jugendarbeit aus dem Jahre 1999 zusammen mit einer Arbeitsgruppe Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter evaluiert
- die mobile Jugendarbeit mittels Einsitz in Vereinsvorstand und in der Betriebskommission, welche den praktischen Einsatz der mobilen Jugendarbeit unterstützt, begleitet
- an der Weiterentwicklung des Projektes Midnight Basket mitgewirkt
- aufgrund eines Postulates des Gemeinderates, ein Konzept zur Kinder- und Jugendpartizipation in Winterthur vorgelegt und mit dessen Umsetzung begonnen
- zusammen mit der mobilen Jugendarbeit für Jugendliche in Hegi einen Skaterplatz vermittelt
- den Erfahrungsaustausch gepflegt.

Die im Herbst 2003 eingeleitete Evaluation der Schulsozialarbeit und der offenen Jugendarbeit in Winterthur wurde im Sommer 2004 abgeschlossen. Die Evaluation zeigte auf, dass sich erste Angebote von Schulsozialarbeit in Winterthur etabliert und als wirksames Instrument einer Jugendberatung vor Ort bewährt haben. Die bestehende Schulsozialarbeit soll erhalten und ausgebaut werden. Sie kann aber nicht ohne Veränderungen in ihrer bisherigen Struktur institutionalisiert werden. Das Schuldepartement ist beauftragt worden, eine Institutionalisierung mit einem einheitlichen Konzept und einer fachlichen Leitung vorzubereiten.

Das im Bereich der offenen Jugendarbeit vorhandene Angebot der ausschliesslich privaten beziehungsweise kirchlichen Trägerschaften erweist sich in seiner inhaltlichen und methodischen Vielfalt konzeptionell ausgewogen und gut genutzt. Für eine weitere Förderung der offenen Jugendarbeit wurden die wichtigsten Schwerpunkte festgelegt: Die Quartierjugendarbeit soll gestärkt und die mobile Jugendarbeit ausgebaut werden.

Im Sinne einer Übergangsregelung beziehungsweise einer mittelfristigen Sicherung des bestehenden Angebotes, hat der Stadtrat im Herbst 2003 den Subventionsvertrag für das Jugendhaus für die Jahre 2004 und 2005 und der Gemeinderat Anfang 2004 die finanzielle Unterstützung der mobilen Jugendarbeit für die Jahre 2004 und 2005 verlängert.

Jugend- und Familienberatung

Die inhaltliche Statistik gibt Auskunft darüber, wie viele Beratungen und Abklärungen mit welchen Zielsetzungen von den Mitarbeitenden der Jugend- und Familienberatung durchgeführt wurden. Im Jahr 2004 wurden ins-

gesamt 831 Fälle (im Vorjahr 791 Fälle) bearbeitet. Dies bedeutet eine Zunahme der Fallbelastung um 40 Fälle (5 %).

Statistik

	2004	2003
Total behandelte Fälle	831	791
längerfristige Beratungen	612	566
Kurzberatungen	66	66
Abklärungen/Gutachten	95	106
Von der JFB betreute Pflegeplätze	26	29
Sozialpädagogische Familienbegleitung	32	24

Längerfristige Beratungen

	2004	2003
Sach-, Finanz- und Rechtsberatung	73	80
Schwangerschaft/Geburt	37	20
Erziehungsberatung im Vorschulbereich	70	54
Erziehungsberatung bei Schulkindern und Jugendlichen	231	194
Ehe-/Partnerschaftsprobleme	9	11
Trennungs-/Scheidungsproblematik	24	17
Nachscheidungsprobleme	73	79
Mehrfachproblematiken	71	84
Begleitung von Heimplatzierungen	24	27

Abklärungen/Gutachten

	2004	2003
Gericht:		
Gutachten	14	15
Kindessanhörung	1	2
Vormundschaftsbehörde:		
Kindesschutz-Aufträge	55	66
Stiefvateradoptionen	4	5
Fremdländische Adoptionen	16	15
Kindessanhörung	1	0
Andere	4	3

Familienergänzender Bereich

Der Jugend- und Familienberatung obliegt im Rahmen des familienergänzenden Bereichs der Vollzug der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung, Vermittlung, Bewilligung und Aufsicht. Den Überblick über die insgesamt per 31.12.2004 in Pflegefamilien platzierten Kinder in der Stadt Winterthur gibt nachfolgende Tabelle. Sie beinhaltet zusätzlich die meldepflichtigen Tagespflegeplätze (ab 2,5 Tage) des Tagesfamilienvereins und die Wochen- und Dauerpflegeplätze des Gesetzlichen Betreuungsdienstes:

	Stichtag 31.12.2004	Stichtag 31.12.2003
Anzahl Pflegekinder in:		
– bewilligungspflichtigen Wochen- und Dauerpflegeplätzen	52	50
– meldepflichtigen Tagesplätzen	42	44

Fachstelle OKey für Opferhilfeberatung und Kinderschutz

Die Fachstelle OKey für Opferhilfeberatung und Kinderschutz hatte gegenüber dem Vorjahr eine markante Zunahme der bearbeiteten Fälle zu verzeichnen. Im Kontext der Opferhilfe werden die «Opfer» als massgebliche statistische Grösse erfasst. Im Jahr 2004 standen insgesamt 367 Opfer (2003: 335 Opfer), oftmals mitsamt ihren Familienangehörigen und ihrem erweiterten Umfeld, im Zentrum unserer Bemühungen. Damit mussten im Berichtsjahr von der Fachstelle so viele Misshandlungssituationen beurteilt und betreut werden wie noch nie seit der Aufnahme der Beratungstätigkeit im Jahre 1996.

Statistik

	2004	2003
Behandelte Fälle	367	335
davon noch laufend	90	111
Geschlecht		
Männlich	137 (37 %)	130 (39 %)
Weiblich	230 (63 %)	205 (61 %)
Gesetzlicher Wohnsitz		
Stadt Winterthur	190 (52 %)	185 (55 %)
Bezirk Winterthur	61 (16 %)	41 (12 %)
Kanton Zürich	76 (21 %)	67 (20 %)
Anderer Kanton	17 (5 %)	10 (3 %)
unbekannt	23 (6 %)	32 (10 %)
Alter		
Bis 4 Jahre	65 (18 %)	78 (23 %)
5 bis 9 Jahre	107 (29 %)	103 (31 %)
10 bis 13 Jahre	75 (20 %)	62 (18 %)
14 bis 17 Jahre	101 (28 %)	80 (24 %)
Älter als 18 Jahre	19 (5 %)	12 (4 %)
Durch wen erfolgt die Anmeldung		
Opfer selber	16 (5 %)	11 (3 %)
ihm gleichgestellte Person (Vater, Mutter, Eltern)	87 (24 %)	76 (23 %)
ihm vertraute Person (Freundin, erweiterte Familie)	25 (7 %)	22 (7 %)
Kinderklinik	45 (12 %)	36 (11 %)
Ärztenschaft	23 (6 %)	32 (9 %)
Schule/Kindergarten	69 (19 %)	56 (17 %)
Familienergänzender Bereich (Krippe, Hort, Heim)	5 (1 %)	7 (2 %)
Soziale Institution (JS, SPD, KJPD u.a.)	23 (6 %)	29 (9 %)
Gesetzlicher Betreuungsdienst	14 (4 %)	25 (7 %)
Polizei/Justiz	45 (12 %)	27 (8 %)
andere	15 (4 %)	13 (4 %)
Art der Misshandlung		
körperliche Misshandlung	120 (33 %)	119 (36 %)
Vernachlässigung	33 (9 %)	36 (11 %)
sexuelle Ausbeutung	155 (42 %)	131 (39 %)
psychische Misshandlung	38 (10 %)	30 (9 %)
Drogenschädigung	19 (5 %)	15 (4 %)
Münchhausensyndrom	2 (1 %)	4 (1 %)
Allgemeine Leistungen		
Begleitung zu Polizei/Gericht/Anwalt	12	9
Helferkonferenzen	27	36
Vorübergehende Hospitalisation	64	76
Medizinische Untersuchung	60	56
Gynäkologische Untersuchung	13	15
Kinder- und jugendpsychiatrische Abklärung	20	14

Mütter- und Väterberatung

Im Jahr 2004 war die Geburtenzahl rund 10 % höher als in den drei vorangegangenen Jahren. Die Mütterberaterinnen erfassen von den neugeborenen Kindern jedes Jahr mindestens 70 % durch einen persönlichen Kontakt. Die Statistik gibt Auskunft sowohl über die Anzahl der betreuten Kinder bis 7 Jahren als auch über die Anzahl der Beratungen von Eltern. Alle Dienstleistungen sind im vergangenen Jahr noch reger benutzt worden als im letzten Jahr (10 % mehr Kinder betreut, 3 % mehr Beratungen). Die Mütter- und Väterberatung wird am häufigsten von Eltern aufgesucht, deren Kinder jünger als ein Jahr alt sind.

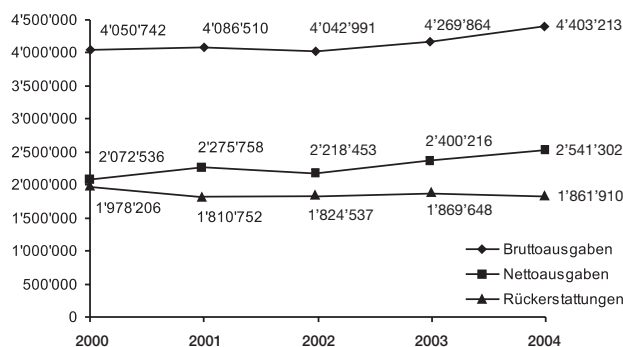
Die Beratungsstelle im Quartier (neben der Telefonsprechstunde und dem Hausbesuch) ist der am häufigsten in Anspruch genommene Ort für Konsultationen. Hier wird Eltern neben der fachlichen Beratung auch die Möglichkeit geboten, sich mit andern Eltern zu treffen. Viele Eltern kommen in die Beratungsstelle, um das Kind wägen und messen zu lassen – eine Dienstleistung, die sehr geschätzt wird.

	2004	2003
Geburten	1 041	935
Anzahl/Alter/Nationalität der betreuten Kinder		
Kinder von 0-7 Jahren, davon	1 736	1 579
– Kinder bis 1 Jahr alt	1 233 (71 %)	1 156 (73 %)
– Kinder mit ausländischer Mutter	472 (27 %)	493 (31 %)
Total Beratungen	10 208	9 887
Konsultationen in den 17 Beratungsstellen	5 843	5 745
Hausbesuche	1 088	1 058
Telefonische Beratungen	3 277	3 084

Alimentenhilfe

Die Anzahl der Kinder mit Bevorschussung stieg auf 801 (789). Die ausgerichteten Vorschüsse betrugen 4 403 213 Franken (4 269 864). Die Nettoausgaben erhöhten sich auf 2 541 302 Franken (2 400 216). Der Inkassofolg betrug 42,29 % (43,79).

Aufwand und Ertrag der Alimentenbevorschussung



Alimentenvermittlung/Inkasso

Total konnten Eingänge von 3 311 078 (3 547 382) Franken verbucht werden. Davon gingen 1 861 910 Franken (1 869 648) an bevorschusste Alimente ein. 1 449 168 (1 677 734) Franken an Kinderalimenten, Kinderzulagen und Frauenrenten wurden vermittelt.

602 (593) Väter oder Mütter schuldeten Beiträge an laufende Bevorschussungen. Bei 100 (94) Schuldern und Schuldnerinnen wurde ein treuhänderisches Inkasso von Kinderalimenten geführt und 33 (34) Männer hatten ausschliesslich Frauenrenten zu zahlen. Zusätzlich wurde in 176 (178) alten Fällen mit Ausständen ein aktives Inkasso geführt. In 125 (113) dieser alten Fälle konnten Zahlungen erhältlich gemacht werden. Inklusiv der alten Inkassofälle wurde somit gegenüber 911 (899) Schuldern ein aktives Inkasso geführt.

Gegen 283 (294) Personen wurden Betreibungen eingeleitet. In 8 (8) Fällen wurde eine Strafanzeige wegen Vernachlässigung der Unterhaltspflichten (Art. 217 StGB) erhoben. Der Aufwand für Inkasso- und Gerichtsgebühren betrug 69 652 (67 130) Franken. Zurückerstattet wurden 38 782 (38 813) Franken. An Zinsen auf betriebene Forderungen und Prozessentschädigungen gingen 7 786 (7 970) Franken ein.

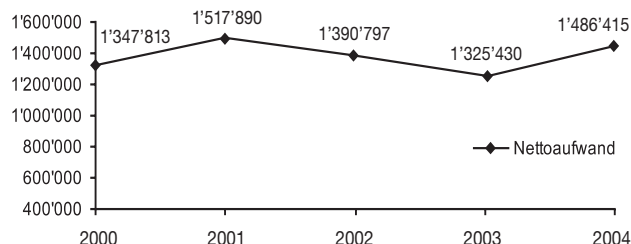
In 71 (72) Fällen erfolgte eine freiwillige Beratung mit Korrespondenz oder einem persönlichen Beratungsgespräch (ohne telefonische Kurzberatungen).

Mediation von Unterhaltsvereinbarungen

In 16 (15) Fällen wurde zwischen volljährigen Kindern in Ausbildung und deren Eltern vermittelt mit dem Ziel, eine schriftliche Unterhaltsvereinbarung abzuschliessen. In 10 Fällen konnte eine aussergerichtliche Unterhaltsregelung getroffen werden. In zwei Fällen erarbeiteten getrennt lebende Eheleute mit Hilfe der Alimentenstelle eine Getrenntlebensvereinbarung. Die restlichen Fälle mussten auf den Rechtsweg verwiesen werden.

164 (158) Familien kamen in den Genuss von Kleinkinderbetreuungsbeiträgen (KKBB). 1 615 439 (1 398 411) Franken wurden an KKBB ausgerichtet. 129 023 (72 981) Franken an abgetretenen Unterhaltsbeiträgen, nachträglich eingehenden Renten, Taggeldern usw. oder Rückerstattungen für zuviel ausgerichtete Beiträge (späte Meldungen bei Wegzug und anderen Änderungen der

Nettoaufwand Kleinkinderbetreuungsbeiträge



Verhältnisse) gingen ein. Der Nettoaufwand stieg um 12,1 (- 4,7 %) auf 1 486 415 (1 325 430) Franken. In 60 (44) Fällen wurde der Antrag auf KKBB abgelehnt.

Kinder- und Jugendheim Oberi

Im Jahr 2004 betreute das Kinder- und Jugendheim Oberi 34 Kinder im Alter zwischen 7 und 19 Jahren, zwei Eintritten standen drei Austritte gegenüber.

Belegungsstatistik

Anzahl Kinder	2004	2003
Anfang Jahr	32 Kinder	30 Kinder
Eintritte während des Jahres	2 Kinder	3 Kinder
Austritte während des Jahres	3 Kinder	1 Kind
Total betreute Kinder	34 Kinder	33 Kinder
Alter der Kinder		
Unterstufenalter	11 Kinder	10 Kinder
Mittelstufenalter	13 Kinder	12 Kinder
Oberstufenalter	6 Kinder	8 Kinder
Jugendalter	4 Jugendliche	3 Jugendliche
Belegungstage	11 290	11 255
Vollkosten pro Kind und Tag	223.—	226.50
Art der Platzierung		
Vormundschaftsbehördliche Massnahmen	28	28
Freiwillige Massnahmen	6	5
Wohnsitz der Kinder		
Stadt Winterthur	12	11
Kanton Zürich	20	20
ausserhalb Kanton	2	2

Asylkoordination*

Ausschliessen und Abbauen

Die Tätigkeit der Asylkoordination Winterthur stand ganz im Zeichen der nationalen und kantonalen Entwicklungen. Das Entlastungsprogramm 2003 des Bundes bewirkt im Asylbereich, dass ab 1. April 2004 Asyl suchende Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE) von der Sozialhilfe ausgeschlossen sind. Ab 1. Januar 2005 gilt diese Massnahme für alle Personen mit NEE. Im Zuge des kantonalen Umsetzungskonzeptes wird das Durchgangsheim «Hammermühle» ab 1. Januar 2005 als Nothilfezentrum geführt.

Der starke Rückgang der neuen Asylgesuche hat zu einer Reduktion der Plätze in den Kollektivunterkünften der 1. Phase von 2500 auf rund 1600 geführt. In Winterthur wurde die Notunterkunft «Meisen» per Ende April und die Notunterkunft «Grüze» per Ende November geschlossen. Ebenfalls als Folge der rückläufigen Bestandeszahlen senkte der Kanton das Aufnahmekontingent für die Gemeinden per 1. Oktober von 0,9 % auf 0,7 % der kommu-

* Die Asylkoordination ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.



Wohnen im ehemaligen Volkshaus (Foto: michaelbosshard.com)

nenal Wohnbevölkerung. Ende Jahr erfüllte die Stadt Winterthur dieses Kontingent zu 93 %.

Die Aufwendungen der Asylkoordination können aus Bundesmitteln nicht mehr vollumfänglich finanziert werden. Das hat bei den Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen einen deutlichen Abbau zur Folge. In Zukunft werden nur noch Programme angeboten, die vollumfänglich aus Bundesmitteln finanziert werden.

Überaus stark beansprucht hat die Asylkoordination auch die definitive Räumung des Volkshauses, welches durch die Asylkoordination Winterthur seit Anfang der neunziger Jahre für die Unterbringung von Asyl Suchenden und für die Durchführung von Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen genutzt wurde. Am 18. November hat der Rückbau begonnen, kurz vor Weihnachten sind die letzten Mauern gefallen. Das Unterhaltszentrum hat das 3. und 4. Obergeschoss an der Bleichstrasse 32 bezogen und für die Angebote des Kursladens werden die Räumlichkeiten der ehemaligen Notunterkunft «Grüze» genutzt.

Niederschwellige Einrichtungen für Drogenabhängige

Das Berichtsjahr stand im Zeichen massiver Sparübungen des Kantons im Bereich der Drogenhilfe, indem die Subventionen für 2005 praktisch halbiert werden. Trotz weniger finanziellen Mitteln soll die Qualität der Arbeit garantiert werden. Beim Begleiteten Wohnen und den Notwohnungen konnte nicht gespart werden, da die wachsende Zahl der substanzabhängigen und randständigen Menschen auf diese Angebote angewiesen ist. Eine Sparmöglichkeit stellte einzig die Schliessung der Notbetten dar. Aufgrund der minimalen Nutzung – zuletzt übernachtete im Schnitt noch knapp eine Person pro Nacht in dieser Institution – wurde diese Einrichtung per Ende Juli 2004 geschlossen. Für akut obdachlose Menschen steht das Wohnheim der Heilsarmee zur Verfügung. Das Haus mit 30 Betten wurde im Jahre 2004 durch die Stadt umfassend renoviert und steht ab Januar 2005 wieder zur Verfügung. Damit es während der Zeit, in der das Haus der Heilsarmee renoviert wurde, weiterhin ein Notbetten-Angebot in Winterthur gab, bot das Begleitete Wohnen vier spezielle Zimmer an. Ebenfalls aus Spargründen bleibt die Drogenanlaufstelle am Sonntag geschlossen, da dies der am wenigsten frequentierte Tag ist.

Bereits seit 2001 diskutieren die Verantwortlichen der Suchtarbeit in der Stadt Winterthur ein neues Modell der

Zusammenarbeit und suchen Vorschläge für eine bessere Nutzung von Synergien. Per Ende 2004 wurde offiziell beschlossen, die beiden Hauptabteilungen Medizinisch-therapeutische Behandlungseinrichtungen und die Niederschweligen Einrichtungen für Drogenabhängige zusammenzuführen und per April 2005 unter der neuen Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe zu starten.

Begleitetes Wohnen (BeWo) und Notbetten

Das niederschwellige Angebot des Begleiteten Wohnens bietet suchtkranken Menschen ab 18 Jahren, die obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht sind, eine Wohnmöglichkeit. Die Klientel weist oft Verwahrlosungstendenzen sowie Krankheitsverläufe mit psychischen, physischen oder sozialen Problemen auf. Auch externe Begleitungen im Auftrag von anderen Stellen werden übernommen. Die vier Mitarbeitenden des BeWos begleiteten per Ende Jahr 69 Personen in ihrem Alltag. Die 1-Zimmer-Wohnungen und ein Haus mit sechs Plätzen sind dezentral in der Stadt Winterthur verteilt.

Zusätzlich bietet das BeWo in einer Liegenschaft eine Wohnform mit intensiverer Betreuung an. Von Montag bis Freitag leistet das BeWo-Team eine tägliche Präsenz. Zudem klärte es die Wohnsituation der Übernachtenden der Notbetten ab. Neuen Klientinnen und Klienten, die in das BeWo eintreten, wird nach Möglichkeit zuerst in dieser Liegenschaft ein Zimmer untervermietet. Zusätzlich wohnen dort Klientinnen und Klienten, die nur über eine minimale Wohnkompetenz verfügen.

Die Mitarbeitenden des BeWos unterstützen die Mieterinnen und Mieter in ihrem Bemühen, sich Wohn- und Sozialkompetenzen anzueignen oder diese zu verbessern und sich so in die Gesellschaft einzugliedern. Sie sollen lernen, mit Alltagsschwierigkeiten umzugehen, einen Haushalt zu führen und Konflikte mit der Nachbarschaft oder Wohnpartnerinnen und -partnern zu lösen. Ferner sollen sie den Umgang mit Behörden, Ämtern, sozialen Einrichtungen und Ärzten üben. In Einzel- und Gruppengesprächen werden Konfliktsituationen am Arbeitsplatz, mit Eltern, Freunden und Partnern thematisiert und gemeinsam eine Lösung erarbeitet.

Mit allen Klientinnen und Klienten werden individuelle Ziele formuliert, diese schriftlich festgehalten und regelmässig überprüft. Der Umfang der Begleitung ergibt sich aus den persönlichen Bedürfnissen und Situationen der Bewohnerinnen und Bewohner.

Notwohnungen

Anfang 2004 lag der Gesamtwohnungsbestand in der Stadt Winterthur bei 45 061 (44 514) Einheiten. Die Leerwohnungsziffer betrug 0,67 % (0,22 %) und entsprach 300 leer stehenden Wohnungen. Vergleicht man diese Zahl mit dem Vorjahr (99), lässt sich eine Zunahme des Angebots im Wohnungsmarkt erkennen. Trotzdem ist es für gewisse Menschen nicht einfacher geworden, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Der freie Wohnungsmarkt ist nicht allen gleich zugänglich. Kinderreiche Familien mit beschränkten finanziellen Mitteln, sozial auffällige Personen, Menschen aus fremden Kulturkreisen, Sozialhilfe Beziehende und generell Leute mit bescheidenen finanziellen Mitteln haben Schwierigkeiten, innert nützlicher Frist eine passende Wohnung zu finden. Umso erfreulicher, wenn doch immer wieder für kinderreiche Familien genügend grosse und bezahlbare Wohnung gefunden werden können. Nicht zuletzt dank der guten und langjährigen Zusammenarbeit zwischen Liegenschaftsverwaltungen und den Mitarbeitenden der Abteilung Wohnen sind immer wieder Lösungen möglich.

Ein zunehmendes Problem stellt die teilweise hohe Verschuldung der Wohnungssuchenden dar. Einträge im

Betreibungsregister oder eine Kündigung wegen Nichtbezahlen des Mietzinses sind ein fast unüberwindbarer Nachteil bei der Wohnungssuche. Auch ist es Menschen, die bereits auf dem Existenzminimum leben, kaum möglich ein Mietzinsdepot zu leisten.

Statistik per 31. Dezember 2004

	2004	2003
Wohnungen / Einfamilienhäuser	170 / 1	159 / 3
Zimmer	2	6
In diesen Objekten wohnten am Stichtag		
Erwachsene	215	237
Kinder	251	266
Familien	59	61
Alleinerziehende	29	40
Einzelpersonen	50	61
Paare	11	7

Leer stehende Wohnungen

Jahr	Wohnungs- bestand am 1. Jan.	Neu erstellte Wohnungen	Leerstehende Wohnungen am 1. Juni Total	davon in Neubauten bis 2 Jahre	Einfamilien- häusern	Leer- wohnungs- ziffer in %
1998	41 861	521	625	94	27	1,49
1999	42 364	675	613	37	12	1,45
2000	43 047	274	532	33	14	1,24
2001	43 293	338	223	10	12	0,52
2002	43 623	189	159	5	14	0,36
2003	43 812	–	99	17	4	0,23
2004	45 061		300	71	4	0,67

Drogenanlaufstelle (DAS)

Rund 43 Personen (Vorjahr 47 Personen) nutzten täglich die Angebote der Anlaufstelle. Der Frauenanteil betrug rund 25 %, was einer Abnahme von 8 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Klientel ist zwischen 18 und 50 Jahren alt. Die meisten haben Wohnsitz in Winterthur und den Bezirksgemeinden. Rund 50 Drogenkonsumierende wohnen im Begleiteten Wohnen der Stadt, die anderen in eigenen Wohnungen. Vermehrt wird das Angebot der DAS auch von Menschen ohne Suchtthematik, aber mit rein psychischen Problemen genutzt.

Zur Infektionsprophylaxe gegen Aids und Hepatitis wurden im Tauschverfahren 97 700 Spritzen abgegeben, im Vorjahr 95 400 Spritzen. Ausserhalb der DAS-Öffnungszeiten steht ein Flash-Automat zur Verfügung, an dem gegen Bezahlung steriles Spritzenmaterial bezogen werden kann. In der DAS werden Spritzen-Abszesse behandelt und die Klientel, falls erforderlich, an medizinische Einrichtungen weiter gewiesen.

Die Drogenanlaufstelle führt einen Cafeteria-Betrieb mit preisgünstigen und zum Teil kostenlosen Ernährungsangeboten wie Suppe, Brot, Tee. Neben der Möglichkeit zu Aufenthalt und Gesprächen stehen der Zielgruppe Waschmaschine, Tumbler, Dusche, Nähmaschine, Tageszeitungen, Bücher, verschiedene Spiele, Computer sowie eine aktuelle Infothek zu verschiedenen Themen rund um die Drogenabhängigkeit zur Verfügung. Die Benutzung der Dusche und der Waschmaschine haben im Jahr 2004 zugenommen.

Grosser Nachfrage erfreuen sich weiterhin die Arbeitsmöglichkeiten. Insgesamt wurden durch die Klientel rund 2700 Arbeitsstunden geleistet. Die Arbeitsangebote umfassen hauptsächlich Reinigungsarbeiten, Thekenarbeit und Kochen sowie kleinere Reparaturen und Renovationen in der DAS.

Beim Pavillon im Stadtgarten treffen sich regelmässig etwa 40 bis 50 suchtmittelabhängige Personen: Alkohol- und Drogenkonsumierende, sowie vereinzelt Jugendliche und drogenabhängige Eltern mit ihren Kindern. Eltern, die sich mit ihren Kindern beim Rondell aufhielten, wurden

weiterhin auf die Konsequenzen ihres Verhaltens aufmerksam gemacht und, wenn nötig, wurde mit der Kinderschutzgruppe der Stadtpolizei Kontakt aufgenommen.

Aus Spargründen bleibt die DAS seit Mai 2004 am Sonntag geschlossen, weil sie an diesem Tag am wenigsten besucht wurde.

Medizinisch-therapeutische Behandlungseinrichtungen

Diese Hauptabteilung umfasst die Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD), die Suchtpräventionsstelle (Suprä), die Integrationsprogramme für Jugendliche «jump» und «jumpina», die Winterthurer Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenprobleme (WFA) sowie das Zentrum für heroïn- und methadongestützte Behandlung IKARUS.

Wichtige Ereignisse

Die Ergebnisse aus den statistischen Erhebungen des Bundesamtes für Gesundheit BAG und der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Suchtprobleme SFA sind besorgniserregend. Rund 16 % der 11- bis 16-Jährigen konsumieren regelmässig Alkohol. Dabei trinken Jungen deutlich häufiger als Mädchen, fast jeder fünfte Junge in diesem Alter trinkt wöchentlich ein alkoholisches Getränk. Nicht nur der regelmässige Alkoholkonsum, auch die Rauscherfahrungen von Jugendlichen haben deutlich zugenommen. 15 % der 11- bis 16-Jährigen haben in einer nationalen Erhebung der SFA angegeben, dass sie mindestens zweimal in ihrem Leben betrunken waren. Die Zahlen zum Cannabis-Konsum sind ähnlich erschreckend, der Nikotinkonsum hat sich auf einem sehr hohen Niveau stabilisiert. Die Studien zeigen, dass junge Menschen immer weniger zum Heroin, dafür umso mehr zur Zigarette, Alkohol und Cannabis greifen. Der Trend weg vom Heroin, hin zum Missbrauch und zur Sucht anderer Drogen, beginnt sich auch in der BSD und in der WFA abzuzeichnen. Aufgrund des immer tieferen Einstiegsalters in einen Drogenkonsum konzentrierte sich die Suchtprävention auf die Zielgruppe Jugendliche und ihre Bezugspersonen (Eltern, Lehrpersonen, Lehrmeister, Sporttrainer, usw.). Wie bereits 2004 werden die Suprä, BSD und WFA im kommenden Jahr ihre Anstrengungen in der Früherkennung koordiniert und ergänzend vorantreiben. Die Früherkennung zielt darauf ab, Kinder und Jugendliche in einem möglichst frühen Stadium von Problementwicklung und Drogenmissbrauch zu erreichen und so einen Beitrag zur Senkung von Sozial- und Gesundheitskosten zu leisten.

Aufgrund der alarmierenden Studien zum Alkoholmissbrauch Jugendlicher in der Schweiz hat die Suprä ihre Bemühungen verstärkt, den Jugendschutz zum öffentlichen Thema zu machen und die Gemeinden, beispielsweise Behörden, Schule, aber auch Eltern für zielgerichtete Schutzmassnahmen und konkrete Projekte zu gewinnen.

Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD)

Die Kennzahlen der BSD sind im Vergleich zum Vorjahr weitgehend gleich geblieben. Bei den Neuaufnahmen ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Die abgegebenen Methadondosen nahmen deutlich ab. Die Konsultationszahlen blieben aber insgesamt konstant. Diese Entwicklung entspricht dem bereits beobachteten Trend, dass sich einerseits die Klientel, die sich im Methadonprogramm befindet, zunehmend stabilisiert und sich anderer-

seits immer häufiger Menschen im Zusammenhang mit anderen Drogen bei der BSD beraten und behandeln lassen.

Statistik BSD

	2004	2003
1. Behandelte Fälle (exkl. Gruppenteilnehmer)	464	529
Neue	267	340
Informationen, Beratungen einmalig	172	191
Bisherige	197	189
2. Behandlungsabschlüsse	296	309
Weiter laufende Behandlungen	168	197
3. Konsultationen	3 931	3 934
nicht stattgefunden	1 176	1 050
in %	30%	27%
4. Präsentiersymptomatik		
Patient/innen mit Suchtproblematik	276	292
davon im Methadonprogramm	164	191
abgegebene Methadondosen	44 731	52 096
5. Öffentlichkeitsarbeit: Abendveranstaltungen	8	9
Mitwirken in versch. Kommissionen		
(Drogen, Jugend, Niederschwellige Einrichtungen und Konzeptgruppen)	56	58
Anzahl externe Weiterbildungsveranstaltungen	59	48

Suchtpräventionsstelle für Stadt und Bezirk Winterthur (Suprä)

Schwerpunkte der Suprä im Geschäftsjahr waren Projekte und Aktivitäten im Jugendbereich (Sekundärprävention), in der Schule (Gesundheitsförderung, Strukturen), in der Elternbildung (Empowerment) sowie in der Unterstützung von Gemeindebehörden (Jugendschutz, Frühintervention).

Bereich Schule / Heime

Die Strategie, in der Prävention hauptsächlich mit Bezugspersonen zu arbeiten, konnte in der Schule verstärkt werden. In Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern aus Schulhäusern und Behörden wurde ein neues Modell zur Zusammenarbeit entworfen, das ab 2005 in Kraft tritt. In Oberstufenschulen der Stadt fanden mehrere Weiterbildungen für Lehrkräfte statt, zum Teil als Elemente innerhalb des Projekts «Netzwerk Gesundheitsfördernde Schule». Zwei Schulen sind diesem Netzwerk beigetreten. Während zwei Jahren werden sie durch die Suchtpräventionsstelle in Projekten und Aktionen intensiv betreut. Die Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantonsschulen konnte intensiviert werden.

Bereich Jugendliche

Der im Auftrage der Jugendanwaltschaft Winterthur/Andelfingen 2002 entwickelte Standortbestimmungskurs für Jugendliche mit einem auffälligen Cannabiskonsum («Grasklar») wurde erweitert. Bisher wurde der Kurs für Jugendliche angeboten, die durch die Jugendanwaltschaft zugewiesen wurden. Die zunehmende Problematik veranlasste die Suchtpräventionsstelle, in Zusammenarbeit mit der Suchtprävention Andelfingen sowie der Jugendarbeit Weinland den Kurs zu überarbeiten. Im Herbst 2004 konnten bereits die ersten zwei Kurse durchgeführt werden, an denen Jugendliche teilnahmen, die über die Schule, die Eltern sowie auf freiwilliger Basis für den Kurs angemeldet wurden. Ergänzend wird den Eltern der teilnehmenden Jugendlichen ein Informations- und Diskussionsabend angeboten.

Jugendprogramme «jump» und «jumpina»

Seit Januar, respektive Juli 2004 bilden «jump» und «jumpina» definitive Angebote der städtischen Jugendhilfe. Mit Schlussberichten zuhanden des Bundesamts

für Gesundheit (BAG) und einer vom BAG organisierten Schlussagung in Bern wurde supra-f-1 (Suchtpräventions-Forschungsprogramm) offiziell beendet. «jump» und «jumpina» werden innerhalb von supra-f-2 für weitere vier Jahre gegen Entgelt an der Forschung des BAG teilnehmen. Nach der Überführung von «jumpina» in ein definitives städtisches Angebot haben Leitung und Fachmitarbeiterinnen bei fast allen Oberstufenkollegien der Stadt Winterthur vorgesprochen. Dabei wurden Erwartungen und Zielvorstellungen erörtert und Formen der konkreten Zusammenarbeit abgeleitet und gefestigt. Innerhalb der Stadtverwaltung wurden Praktikumsplätze für Jugendliche von «jump» und «jumpina» gesucht.

Bereich Elternbildung

Das durch das BAG unterstützte Präventionsprojekt «FemmesTISCHE» wurde 2004 wie in anderen Städten und Gemeinden in der Schweiz mit einem Angebot für Migrantinnen erweitert und erfolgreich umgesetzt. Sowohl das Angebot für Deutschsprachige (Bezirk) als auch das Angebot für Migrantinnen (Stadt) wurde per Ende Jahr einer neuen Trägerschaft übergeben.

Die in Zusammenarbeit mit der Elternbildung der Berufs- und Fortbildungsschule Winterthur und dem Jugendsekretariat Winterthur-Land organisierte, vierteilige Referatsreihe zu Erziehungs- und Präventionsthemen stiess im Herbst wiederum auf sehr grosses Interesse. Die vier Veranstaltungen wurden von über 500 Personen besucht.

Bereich Gemeinwesen

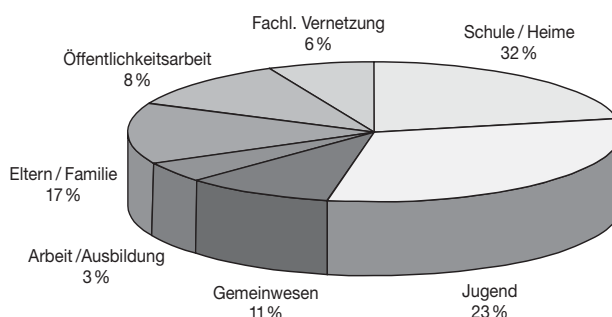
In den Sitzungen der Gruppe der Kontaktpersonen für Suchtprävention der Bezirksgemeinden wurde vor allem das Thema «Jugendschutz» bearbeitet. In mehreren Gemeinden konnten die bereits 2003 geplanten behördlichen Massnahmen umgesetzt werden. Dazu gehörten parallel Veranstaltungen für Vereine, welche Festwirtschaften führen.

Verschiedene Behördemitglieder aus Bezirksgemeinden wurden zum Thema «Umgang mit auffälligen Jugendlichen» darin beraten, wie in der Gemeinde Strukturen zur Frühintervention aufgebaut werden können. Für Vereinsverantwortliche wurden zu diesem Thema mehrteilige Kurse durchgeführt. In verschiedenen gemeindeeigenen Präventionsgruppen konnte durch die Suchtpräventionsstelle das Thema «Frühintervention» an Bedeutung gewinnen.

Im Herbst wurde in Zusammenarbeit mit der WFA und der BSD in der Alten Kaserne Winterthur eine Veranstaltung zum Thema «Jugend und Alkohol» durchgeführt.

Jahresstatistik 2004

Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Arbeitsgebiete (exkl. Administration/Organisation)



Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme WFA

Nach dem Ausscheiden der Stellenleitung wurde auf den Sommer 2004 eine neue Co-Leitung eingesetzt und, infolge Austritts weiterer Mitarbeitenden in eine eigene Praxistätigkeit, ein neues Behandlungsteam zusammengestellt.



Das neue Team der WFA:

Christian Rappan, Nadine Ruepp, Elsbeth Oeggerli, Gerhard Scheidegger, Kurt Schätti, Judith Bühler, Agnes Künzli, Rut Brunner Zimmermann

Statistik WFA

	2003	2004
1. Behandelte Fälle (exkl. Gruppenteilnehmer)	350	323
Neue	196	144
Bisherige	154	179
2. Behandlungsabschlüsse	171	197
weiterlaufende Behandlungen	179	126
3. Konsultationen	4 279	4 798
nicht stattgefunden	445	428
in %	11	9
Telefonische Beratungen	297	219
Atemlufttests	593	1 283
Antabusabgaben	375	383
4. Gruppen		
geleitete Gruppen	1	0
Teilnehmer	8	0
Abende	10	0
5. Präsentiersymptomatik		
Patienten mit Suchtproblematik	333	323
Patienten mit anderem Präsentiersymptom	17	18
6. Öffentlichkeitsarbeit		
Veranstaltungen	9	11
Kommissionen	7	7
Externe Weiterbildung	4	12

Die Behandlungstatistik zeigt, dass trotz personellem Neustart die Kennzahlen gehalten werden konnten. Das zeigt, dass die Klientinnen und Klienten zum neuen Behandlungsteam Vertrauen gefasst haben.

Die Antabusabgaben stabilisierten sich auf einem niedrigen Niveau, was auf eine eher zurückhaltende interne und externe ärztliche Verschreibungspraxis sowie auf veränderte Patientenbedürfnisse zurückzuführen ist. Obwohl Atemlufttests oft von Arbeitgebern verlangt oder diesen von den Patienten vorgeschlagen werden und auch im ambulanten Entzug unabdingbar sind, erstaunt die Ver-

doppelung der Anzahl doch. Möglicherweise ist dies ein Hinweis darauf, dass der Atemlufttest, der zwar nur einen wenige Stunden zuvor erfolgten Alkoholkonsum anzeigt, häufig als Mittel für mehr Kontrolle im Umgang mit Alkohol eingesetzt wird. Urintests, die abgestuft über mehrere Tage zurückliegenden Alkoholkonsum beziehungsweise Abstinenz nachweisen können, sind noch nicht im Handel. Abgesehen von ihrem Behandlungsauftrag nahm die WFA im abgelaufenen Jahr auch Präventionsaufgaben wahr. Sie beteiligte sich am 17. November mit eigenen Referaten an der Abendveranstaltung für Eltern und Jugendliche, die von den Medizinisch-therapeutischen Behandlungseinrichtungen mit dem Thema: «Alk ist in – und niemand schaut hin!» durchgeführt wurde.

Kinder aus alkoholbelasteten Familien sind hoch gefährdet, selber eine Sucht- oder andere psychische Erkrankung zu entwickeln. Für sie bietet die WFA neu Abklärung, Beratung und kinderpsychologische Therapie an, was ganz klar auch als Präventionsleistung gesehen werden muss. Dieses Angebot wird als befristetes Projekt geführt, welches dank Beiträgen von Fonds und Stiftungen ab Januar 2005 realisiert wird.

Die WFA organisierte im Zusammenhang mit diesem Projekt am 11. November 2004 in Winterthur auch den 8. Schweizerischen Solidaritätstag für Menschen mit Alkoholproblemen. Dieser stand unter dem Motto «Häufig vergessenes Leiden – Kinder von Alkoholabhängigen» und wurde mit Vorträgen unserer Fachleute sowie der Präsentation des Angebots und des Kindertherapieraums abgeschlossen.



Unterstützung des Solidaritätstages 2004 mit Plakaten in der Stadt und im Bezirk Winterthur

Ikarus

Heroinprogramm

Die Heroinplätze waren auch im laufenden Jahr sehr gut besetzt. Von Januar bis September lag die durchschnittliche Auslastung bei 97,5%. Seither sind wieder alle 55 Plätze besetzt und es besteht eine Warteliste für Anwärterinnen und Anwärter. Es sind insgesamt 8 Patientinnen und Patienten aus dem Heroinprogramm ausgetreten. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Als äusserst positiv zu vermerken sind drei Übertritte vom Heroin ins Methadonprogramm. Die Patienten wechselten, um ihrer Arbeit freier nachgehen zu können. Drei Patienten unterzogen sich einem Opiatentzug und sind in eine stationäre Behandlungseinrichtung eingetreten, zwei Patienten mussten aus dem Programm ausgeschlossen werden, weil sie die Hausordnung nicht einhielten.

Einen Höhepunkt im Alltag des Ikarus im 2004 bildete die gemeinsame Teilnahme von Patientinnen, Patienten und Mitarbeitenden an einem Fussball-Grümpelturnier in St.Gallen. Klientinnen, Klienten und Betreuungspersonen aus verschiedensten Heroinverschreibungszentren der Deutschschweiz haben aktiv mitgemacht. Dieses gelungene Sporterlebnis ist auch Ausdruck davon, dass sich dank der Heroinverschreibung eine Anzahl Patientinnen und Patienten körperlich, psychisch und sozial stabilisieren konnten. Sie sind wieder in der Lage, Aktivitäten auszuführen, die ihnen vorher nicht mehr möglich waren.

Belegungszahlen Heroinprogramm

Belegungszahlen	1.1.2004	54
Eintritte		9
Austritte		8
Patient/innenzahl	31.12.2004	55 (41 Patienten, 14 Patientinnen)

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 18 137 Behandlungstage (ohne externe Hospitalisationstage) erbracht.

Total wurde 5 830 085 mg flüssiges Heroin und 10 343 Herointabletten abgegeben. Die Kosten für das flüssige Heroin beliefen sich auf 88 345,30 Franken. Aufgrund der noch laufenden BAG Studie wurden die finanziellen Aufwendungen für die Herointabletten vom BAG übernommen. An der DAM-Tablettenstudie nahmen insgesamt 11 Patientinnen und Patienten von Ikarus teil.

Methadonprogramm

Belegungszahlen	1.1.2004	22
Eintritte		1
Austritte		6
Patient/innenzahl	31.12.2004	17 (16 Patienten, 1 Patientin)

Austrittsgründe: 1 Übertritt in die heroingestützte Behandlung, 1 Opiatentzug, 1 Gefängniseintritt, 1 Wohnortswechsel, 2 Übertritte in die BSD zur weiteren Methadonbehandlung.

Den Patientinnen und Patienten im Heroin- und Methadonprogramm wurden total 47 l Methadon und 12 000 Tabletten à 5 mg im Wert von 4105,90 Franken abgegeben.

Alter und Pflege

Das Jahr 2004 stand unter dem Zeichen des Wechsels in der Bereichsleitung. Ernst Schedler hat nach langjähriger erfolgreicher Tätigkeit den Bereich gewechselt und innerhalb des Departements Soziales die Leitung des Sozialamtes übernommen. Schon im Rahmen der Einarbeitungsphase der neuen Bereichsleitung konnte festgestellt werden, dass in allen Teilen des Bereichs hervorragende Arbeit zum Wohle der alten und/oder pflegebedürftigen Menschen der Stadt Winterthur erbracht wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten an den verschiedensten Arbeitsplätzen mit viel Engagement ihren Beitrag, damit die anspruchsvollen Aufgaben erfüllt werden können. Interessant war dabei aber auch zu sehen, dass die Organisation und die Arbeitsweise der einzelnen stationären Einrichtungen sehr unterschiedlich sind.

Die schwierige finanzielle Situation der Stadt Winterthur blieb während des ganzen Jahres ein Dauerbrenner. Auch im Bereich Alter und Pflege waren und sind eine weitere Reduktion der Defizite gefordert. Im Rahmen einer win.03 Massnahme wurden die Tarife der städtischen Alters- und Pflegezentren in eine neue Systematik überführt und die entsprechenden Reglemente für das Jahr 2005 angepasst. Neu baut sich der Tarif aus den Bestandteilen Taxe für Wohnen, nicht KVG – pflichtige Betreuung und KVG – pflichtige Pflege zusammen. Die daraus resultierenden aufwandsgerechteren Abrechnungen senken zwar in Zukunft das Defizit im stationären Bereich weiter, reichen aber wegen der ungenügenden Pflegefinanzierung durch die Krankenversicherungen immer noch nicht aus, die Kosten zu decken.

Weitere Massnahmen zur Reduktion der Defizite müssen sich deshalb mit der Reduktion des Aufwands im Bereich, vor allen Dingen in den stationären Institutionen beschäftigen. Dazu wurden bereits Überlegungen für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Heimen zur Nutzung der vorhandenen Stärken angestellt, die im nächsten Jahr im Rahmen eines Projekts «Gemeinsame Geschäftsführung» umzusetzen sind.

Die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden mit den Leistungen des Bereichs Alter und Pflege wurde 2004 durch Befragungen abgeklärt. Neben den Heimen war in diesem Jahr zum ersten Mal auch die Spitex mit einer separaten Umfrage beteiligt. Das Ergebnis ist durchwegs sehr positiv und bestätigt die hervorragende Qualität der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich. Die vorhandenen Unterschiede dienen nun im Rahmen des Qualitätsmanagements als Grundlage für mögliche Verbesserungsprojekte.

Im Rahmen der geplanten Sanierung des Alters- und Pflegezentrums Adlergarten tauchten Fragen zur zukünftigen Nutzung und Grösse des Heims auf, aber auch vor allen Dingen zum baulichen Zustand und zur optimalen Nutzung der Infrastruktur der anderen städtischen Heime. Diese Fragen führten zum Projekt «Masterplan Alters- und Pflegeheime» mit dem Ziel einer Strukturüberprüfung und der Festlegung einer flexiblen Strategie für die räumliche Nutzung der Häuser in der Zukunft. Eine Projektgruppe unter der Leitung einer externen Architektin ist intensiv an der Arbeit und wird die Ergebnisse im ersten Quartal 2005 präsentieren können. Parallel dazu wurde die Fachstelle für Entwicklung und Altersarbeit beauftragt die Grundlagen der Altersplanung 2010 zu überprüfen. Auch diese Ergebnisse können demnächst veröffentlicht werden und führen zu weiteren Nachfolgeprojekten.

Weiterhin stark beschäftigt hat die Verantwortlichen in der Bereichsleitung und den Institutionen die neue Bildungssystematik im Gesundheitswesen. Neben der Ausbildung zur Fachangestellten Gesundheit (FAGE) und der zukünftigen Einbindung des neu ausgebildeten Personals in den Arbeitsalltag und die Strukturen, führt auch die neue Tertiärausbildung im Pflegebereich zu grossen Veränderungen. Im Personalbereich wurde nach intensiver Vorbereitung ein neues, den speziellen Bedürfnissen der Institutionen angepasstes, Beurteilungsinstrument im Bereich Alter und Pflege eingeführt und 2004 erstmals erfolgreich angewandt.

Privat geführte Institutionen mit städtischer Beteiligung

Verein Pflegewohngruppen Winterthur

Ende Jahr bestand das Angebot aus insgesamt 22 Plätzen: 8 Plätze im Tägelmooos und 14 Plätze an der Schosstalstrasse. Die Auslastung war mit 98,4 % (Vorjahr 98,9 %) wiederum sehr gut.

Ambulante Dienste der Pro Senectute

Der Haushilfedienst erbrachte 43 044 (45 154) Einsätze in 1284 (1282) Haushaltungen. Zur Bewältigung der 73 800 (76 257) Einsatzstunden standen 128 (136) Helferinnen bzw. 44,6 (48,0) Stellen zur Verfügung.

Der Mahlzeitendienst lieferte 58 714 (55 948) im Alters- und Pflegezentrum Adlergarten produzierte Mahlzeiten aus. Insgesamt wurden 305 (296) Haushaltungen pro Monat beliefert.

Der Reinigungsdienst leistete 670 Stunden (655 Std.) bei 223 (191) Einsätzen.

Stelle für Altersarbeit

Öffentlichkeitsarbeit

Das Jahr stand im Zeichen der Öffentlichkeitsarbeit. Verschiedenste Aktivitäten der Fachstelle Entwicklung/ Altersarbeit bauten auf dem gut funktionierenden Netzwerk der in der Altersarbeit tätigen Institutionen und Organisationen auf.

Neue Broschüre «Wohnen im Alter in Winterthur»

Ende Februar konnte die neu aufdatierte und erweiterte Broschüre «Wohnen im Alter in Winterthur» veröffentlicht werden. Sie ermöglicht den Interessierten einen fundierten Überblick über alle Altersheime, Pflegeheime, Pflegewohngruppen, Residenzen und Alterswohnungen in der Stadt Winterthur. Die Broschüre löste bei dem anvisierten Zielpublikum – Betagte und deren Angehörige – ein sehr positives Echo und eine entsprechende Nachfrage aus.

Fachtagung «Wohn- und Pflegeformen in verschiedenen Lebensphasen des Alters»

Auf Einladung des Altersforums trafen sich am 18. März über 120 Fachleute aus dem Altersbereich, Politikerinnen, Seniorinnen und Senioren im Kirchgemeindehaus Liebestrasse. Zum Thema referierte der Zürcher Soziologieprofessor François Höpflinger. Anschliessend an das Referat diskutierten die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer über die verschiedenen Thesen Höpflingers. Die Resultate werden im Rahmen der Tätigkeit des Altersforums weiterverfolgt.

Veranstaltungsreihe «Älter werden in...»

Die Veranstaltungsreihe «Älter werden in...» wurde zwischen dem 24. August und 23. November zum dritten Mal mit grossem Erfolg durchgeführt. Rund 1100 Personen besuchten die Veranstaltungen in den sieben Stadtkreisen Winterthurs. Stadträtin Maja Ingold ging in ihrem Referat auf Themen der städtischen Alterspolitik ein und beantwortete die Fragen der Anwesenden. Der SIMA-Trainer (Selbständig im Alter) Ruedi Egli referierte über Gehirntuning. Die Veranstaltungen beinhalteten einen Informations-Markt mit 25 Organisationen, welche ihre Dienstleistungen präsentierten. Die Veranstaltungen lösten ein positives Echo aus und der Wunsch nach weiteren Durchführungen wurde deutlich geäussert.

Erstmals werden 2005 auch Veranstaltungen «Älter werden in für Ausländerinnen und Ausländer» durchgeführt und ausgewertet.

Wohnangebote für Menschen mit Demenz

Heute wird davon ausgegangen, dass zwischen 50 bis 80 % der Bewohnerinnen und Bewohner in den Alters- und Pflegeheimen an Demenz erkrankt sind. Mit der Zunahme der älteren Bevölkerung müssen sich die Institutionen immer mehr mit der Frage nach angepassten Wohnstrukturen für demenzerkrankte Menschen auseinandersetzen. Im Projekt «Bauliche Strukturüberprüfung in den städtischen Institutionen, ausgerichtet auf Menschen mit Demenz» wird an verschiedenen Massnahmen aufgezeigt, wie die Wohnangebote für Menschen mit Demenz verbessert werden können.

Interinstitutionelle Zusammenarbeit im Altersbereich IIZA

Ausgehend von der Fachtagung 2003 unter dem Titel «Netzwerke in der Altersarbeit» wurde die Arbeitsgruppe «Interinstitutionelle Zusammenarbeit im Altersbereich IIZA» gegründet. Ziel ist, die Zusammenarbeit der im Altersbereich tätigen Organisationen zu optimieren, die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Zuständigkeiten zu klären und Doppelspurigkeiten zu reduzieren. Die Arbeitsgruppe erstellte Mustervorlagen, welche die interinstitutionelle Zusammenarbeit nach der Methode Case Management fördern sollen. Im Jahr 2005 werden die Unterlagen in den Institutionen kommuniziert und umgesetzt.

Überprüfung Altersplanung 2010

Die Altersplanung 2010 wurde im Januar 2002 vom Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Damit verfügt die Stadt Winterthur über eine Planungsgrundlage für die nächsten zehn Jahre im Bereich der ambulanten und stationären Dienstleistungen und Angebote für Betagte. Der Ausführungsplan zur Altersplanung wurde im Jahr 2003 erstellt und bildete die Basis zur Konkretisierung der Massnahmen.

Im Auftrag der Departementsvorsteherin für Soziales überprüfte die Stelleninhaberin für Altersarbeit in einem ersten Schritt die Prognosen der Altersplanung 2010 und aktualisierte das Zahlenmaterial. Im zweiten Schritt, der im Jahr 2005 erfolgt, werden die Ergebnisse unter Einbezug des Altersforums diskutiert und entsprechende Schlussfolgerungen gezogen. Ebenso wird die Überprüfung der zwanzig Massnahmen der Altersplanung 2010 eingeleitet. Geplant ist auch, Seniorinnen und Senioren in die Altersplanung mit einzubeziehen.

Beratungsstelle für das Alter

Mit der Kündigung der bisherigen Abteilungsleiterin, welche der BfA während 10 Jahren vorstand, geht eine langjährige Ära zu Ende, und neue Herausforderungen für alle Beteiligten stehen bevor. Von der laufenden Reorganisation der verschiedenen Bereiche des Departements Soziales wird auch die Beratungsstelle für das Alter (BfA) betroffen sein. Bereits im Jahr 2004 wurden im Rahmen der Strukturoptimierung «Sozialamt» verschiedene Diskussionen geführt.

Sozialberatung

Die Professionalität in der Altersarbeit im ambulanten Bereich ist ein wichtiges Anliegen. Die Nachwuchsförderung und damit das Anbieten von Praktikumsplätzen für Studierende der Hochschulen für Soziale Arbeit bildet dafür die Grundlage. Bereits zum zweiten Mal konnte einer Sozialarbeiterin in Ausbildung ein Praktikumsplatz in der Sozialberatung der BfA angeboten werden.

Auffallend und erstmalig in den letzten zehn Jahren war die kontinuierliche Abnahme der Fallzahlen. Insbesondere in den Sommermonaten suchten weniger Seniorinnen und Senioren Rat und Unterstützung bei der Beratungsstelle. Dieser Rückgang hatte zur Folge, dass eine 50 % Stelle Sozialarbeit per 1.1.2005 vorerst nicht mehr besetzt wird.

Die Tatsache, dass 53,36 % der Kundschaft über 85-jährig und rund 45 % in stationären Einrichtungen wohnen sind Hinweise auf vermehrte Defizite dieser Betagten-gruppe. Benötigen sie Unterstützung, ist dies oft in mehreren Lebensbereichen notwendig. Angefangen von der Organisation des eigenen Haushaltes, resp. Übernahme der Finanzverwaltung bis hin zur Umzugshilfe oder der Haushaltsauflösung.

Die Komplexität der einzelnen Fälle verbunden mit Vereinsamung, Depression, Verwahrlosung oder Suchtverhalten kennzeichnen die Tätigkeitsschwerpunkte der Sozialarbeiterinnen.

Wohnberatung / Anmeldung Heime

Während des ganzen Jahres waren freie Kapazitäten in den beiden städtischen Pflegezentren, insbesondere bei Frauenbetten, zu verzeichnen. Dasselbe war auch in den Heimen ausserhalb der Stadt zu beobachten.

Aufgrund der Sparmassnahmen in der Klinik Schlosstal, erfolgten zahlreiche Eintritte aus der Integrierten Psychiatrie Winterthur (IPW). Sowohl Langzeitpatientinnen und -patienten als auch solche aus Akut- und Assessmentstationen mussten mit Unterstützung der Sozialarbeiterinnen platziert werden. Für die betroffenen Betagten waren dies oft sehr schwierige Situationen, welche für die Wohnberatung und die Heime aufwändigen Abklärungen bedeuteten. Überhaupt war die sorgfältige Abklärung der einzelnen Situation durch die Wohnberatung besonders wichtig, um Fehlplatzierungen zu vermeiden.

Freiwilligenarbeit

Auch der diesjährige Einführungskurs für Freiwillige in die Altersarbeit konnte von 12 Teilnehmenden mit Erfolg abgeschlossen werden. Erstmals wurden im Sinne einer Sozialbilanz die Einsatzstunden aller Freiwilligen der BfA erhoben. In den drei Bereichen Besuchsdienst, Telefonkette und Alterstreffpunkt Königshof leisteten insgesamt 54 freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 5831 Stunden Einsatz.

Die Ankündigung des Bauamtes, den Alterstreffpunkt künftig für Eigennutzung zu benötigen, löste in der Öffentlichkeit und bei den Besucherinnen und Besuchern grosse Betroffenheit aus. Dank konstruktiven Gesprächen wird das Bauamt seinen Platzbedarf reduzieren, so dass eine weitere, wenn auch leicht eingeschränkte Nutzung der Räumlichkeiten für die Seniorinnen und Senioren möglich ist.

Statistik Beratungsstelle für das Alter

<i>Wohnberatung / Anmeldung Heime</i>		
Abklärungsbesuche durch Spitex	74	(80)
Warteliste per 31. Dezember:		
<i>Altersheime</i>		
Personen auf Warteliste	65	(74)
Personen in Abklärung	133	(170)
<i>Krankenheime</i>		
Personen auf Warteliste	63	(79)
<i>Eintritte</i>		
Altersheime	99	(94)
Krankenheime	191	(207)
<i>Sozialberatung</i>		
Beratungen/Betreuungen		
Stand 31. Dezember	268	(310)
- davon Geldverwaltungen	166	(173)
Total betreute Personen	488	(454)
<i>Mutationen</i>		
Neumeldungen	126	(137)
Abgeschlossene Fälle	220	(144)
<i>Buchungen</i>		
Anzahl Buchungsbelege	16 662	(15 341)

Alters- und Pflegezentrum Adlergarten

Finanzielle Entwicklung

Schon im ersten Quartal zeichnete sich ab, dass die geplante Auslastung und somit auch die budgetierten Erlöse nicht erreicht werden konnten.

Mit einer raschen und gezielten Anpassung des Angebotes durch die Bildung verkleinerter Spezialwohngruppen, den geplanten Kapazitätsanpassungen der Hotellerie und der Verwaltung und einer hohen Bereitschaft und Flexibilität des Personals konnten einerseits die Auslastungsziele wieder erreicht und andererseits die Qualität gesteigert werden.

Die Sensibilisierung der Mitarbeitenden und der Führungskräfte auf die finanziellen Zusammenhänge im letzten Jahr zahlte sich durch eine grosse Ausgabendisziplin und Verständnis für die getroffenen Massnahmen aus.



Therapie im Alters- und Pflegeheim Adlergarten

Ärztlicher Dienst

Im April gab es im Bereich der medizinischen Versorgung einen markanten Wechsel.

Nach rund 30 Jahren geleisteter Arbeit für den Adlergarten trat Dr. Peter Liggerstorfer in den Ruhestand. Mit Dr. Roland Wellauer konnte eine erfahrene und in Winterthur bekannte Persönlichkeit im Bereich der Geriatrie als Nachfolger gewonnen werden.

Schon bald zeichnete sich aufgrund weiterer personeller Wechsel im ärztlichen Bereich des WPZ Oberi und dem stetig wachsenden Kostendruck ab, dass die Strukturen der ärztlichen und therapeutischen Versorgung überprüft und angepasst werden müssen. Dies führte zur Bildung einer Institutionen übergreifenden Organisation, dem Medizinisch- / Therapeutischen Dienst des Bereiches Alter und Pflege. In einer Projektorganisation werden bis April 2005 nun die Detailstrukturen erarbeitet.

Pflegerische Versorgung

Im Bereich der Pflege konzentrierten sich die Mitarbeitenden auf die Weiterentwicklung der Pflegequalität, insbesondere auch der Umsetzung des Bezugspersonensystems und dem Aufbau der Spezialwohngruppen.

Die Methode der palliativen Pflege wurde eingeführt und das Thema Sterben auch an einem gut besuchten Angehörigenabend mit Fachreferaten von Dr. Roland Wellauer und Sandra Wild (Pflegeexpertin) thematisiert und diskutiert.

Patientenstatistik Alters- und Pflegezentrum Adlergarten

	Krankenheim				Altersheim				Tagesklinik		
	Männer	Frauen	Total		Männer	Frauen	Total		Männer	Frauen	Total
Bestand 1. Januar	45	142	187 (199)		3	13	16 (16)		22	22	44 (45)
Neuaufnahmen	95	186	281 (227)		5	4	9 (3)		20	18	38 (44)
Total	140	328	468 (426)		8	17	25 (19)		42	40	82 (89)
Todesfälle	28	80	108 (121)		1	0	1 (1)		1	1	2 (0)
Austritte	59	118	177 (118)		1	7	8 (2)		18	7	25 (45)
Bestand 31. Dezember	53	130	183 (187)		6	10	16 (16)		23	32	55 (44)
<i>Durchschnittsalter</i>			84,9					82,7		75,4	
0 – 49 Jahre	1	1	2							1	1
50 – 59 Jahre	1	1	2						3	2	5
60 – 69 Jahre	2	1	3		3		3		3	1	4
70 – 79 Jahre	12	19	31			3	3		8	17	25
80 – 89 Jahre	30	67	97		3	3	6		8	11	19
90 und mehr Jahre	7	41	48			4	4		1	0	1

Zudem konnte am 1. Februar die neu aufgebaute Wohngruppe für Überbrückungspflege eröffnet werden, welche sich inzwischen als gut ausgelastetes Angebot etablieren konnte.

Personelles, Aus- und Weiterbildung

Mit der Einführung eines konsequenten Absenzenmanagements konnte eine markante Reduktion der Absenztage von rund 4700 Tage im 2003 auf 3500 Tage im 2004 erreicht werden.

Die im 2003 geschulte und trainierte Grundhaltung der Führungskräfte wurde den Mitarbeitenden an verschiedenen Veranstaltungen vermittelt und vertieft.

An Abteilungs-, Gruppen- und Thementagen hatten die Mitarbeitenden Gelegenheit sich intensiv mit ihren direkten Vorgesetzten über die Inhalte zu verständigen.

Sanierung

Im Rahmen der Gesamtsanierung des APZ Adlergarten zeigte sich, dass vor der Projektierungsphase sinnvoller Weise ein Masterplan erarbeitet werden muss, der die gesamten infrastrukturellen Bedürfnisse der Heime des Bereiches Alter und Pflege der Stadt Winterthur aufzeigt und auf die überarbeitete Altersplanung 2010 abgestimmt ist. Dies führte zu einem Unterbruch im Fortschreiten des Sanierungsprojektes.

Mit der Beschaffung einer neuen Bepflanzung der Gebäude des APZ Adlergarten und einem Neuanstrich mit hellen Farben der Gänge in den Wohngruppen im Hauptgebäude konnte ein kleiner Schritt zur Verbesserung der Wohnlichkeit gemacht werden.

Statistik Besetzung und Betriebskosten

	Krankenheim	Altersheim	Tagesklinik
Verfügbare Plätze	197	16	14
Durchschnittliche Tagesbesetzung	94,5 %	96,9 %	86 %
Pflegetage	70 194	5 673	3 045
Betriebsaufwand	Fr. 22 215 216	959 806	569 177
Betriebsertrag 1	Fr. 17 636 903	902 797	511 848
Kosten pro Tag/Patient	Fr. 316,48	169,19	186,92
	Fr. (319,09)	(173,76)	(195,76)
Ertrag pro Tag/Patient*	Fr. 251,26	159,14	168,09
	Fr. (248,96)	(156,41)	(161,49)

* ohne Staatsbeitrag

Die Ergebnisse pro Pflegetag haben sich bei allen drei Institutionen deutlich verbessert. Sie sind einerseits auf die erfolgreiche Umsetzung der win.03-Massnahmen (Reduktion von Personal- und Sachkosten), andererseits auf eine optimierte Auslastung durch Bettenabbau (verbunden mit Korrekturen im Stellenplan) zurückzuführen. Das deutlich bessere Resultat der Tagesklinik resultiert v.a. aus einer Zunahme der Pflegetage um knapp 8 %.

Altersheim Brühlgut

Grünes Licht für Umbauprojekte: Sanierung der Vorfahrt

Dass in der Vergangenheit auf dem unebenen Boden der Zufahrt nicht mehr Unfälle durch Stürze passiert sind, grenzt an ein Wunder. Nach Regenfällen bildeten sich jeweils kleine Seen, derart hatte sich das Terrain im Laufe der Zeit gesenkt. Die Parkfelder waren zu schmal und zudem durch die Wurzeln der Bäume uneben geworden. Dadurch standen die Autos teilweise so schräg, dass das Ein- und Aussteigen vor allem für ältere Personen zum Problem wurde. Aber dies gehört der Vergangenheit an. Der neue, ebene Belag präsentiert sich sauber und gepflegt und bringt Sicherheit für die hier lebenden Betagten

und die aus- und eingehenden Gäste. Durch sinnvolle Einteilung des Vorplatzes konnten zudem mehr Parkplätze für Besuchende geschaffen werden und für Ambulanz und Taxis stehen separate Parkfelder zur Verfügung.

Vergrößerung des Empfangsbereichs

Durch das Versetzen der Briefkastenanlage in den hinteren Bereich des Hauses, bot sich Platz für den Ausbau des Empfangsbereichs. Jetzt endlich «schaut» der Empfang in die richtige Richtung. Dadurch wirkt er kundenschaftsfreundlich und einladend. Vom Empfang her sind heute der Eingang und die Eingangshalle gut überschaubar. Das bedeutet letztlich für Pensionärinnen und Pensionäre mehr Sicherheit.

Die Empfangsmitarbeiterinnen arbeiteten bis anhin in recht beengten Verhältnissen. Am Empfang werden gleichzeitig administrative Arbeiten erledigt, das Telefon bedient, Besucher empfangen und auch die Kunden des «Lädeli» betreut. Durch das grössere Platzangebot konnten Arbeitsabläufe optimiert werden.

Umbau und Neugestaltung des Bewohner- und Bewohnerinnen-Restaurants

Dieses grösste Umbauprojekt im Altersheim Brühlgut bedurfte speziell sorgfältiger Planung, betrifft es doch die Menschen, die hier leben und wohnen besonders. Im Haus werden während der drei Hauptmahlzeiten 100 Pensionärinnen und Pensionäre bedient. Wo sollen die Mahlzeiten während des Umbaus serviert werden? Gibt es eine Möglichkeit auf den Wohngeschossen? Oder bietet sich eine bessere Lösung an?

In Zusammenarbeit der Bereichen Gastronomie, Betagtenbetreuung, Technischer Dienst und der Geschäftsführung wurde ein Plan ausgearbeitet, welcher nach Möglichkeit die Bedürfnisse der einzelnen Pensionäre berücksichtigte. Während der Umbauzeit wandelte sich der Mehrzwecksaal zum grossen Esszimmer. Wegen der beschränkten Platzverhältnisse wurde jeweils in zwei Schichten serviert: Frühstück für Frühaufsteher und solche, die den Tag etwas gemütlicher angehen, Mittagessen und Nachtessen ebenfalls in zwei Etappen, je nach Wunsch der Bewohnenden. Dank der Mitarbeiterinnen von «Service + Betreuung» ist es gelungen, trotz der Kantinen ähnlichen Verhältnisse eine angenehme und gediegene Atmosphäre während der Mahlzeiten zu schaffen. Der Umbau ging reibungslos voran und kann voraussichtlich Anfang Februar 2005 vollendet werden.

Das Altersheim Brühlgut im Quartier Tössfeld – Brühlberg

Durch den Standort am Rand des Quartiers wird das Altersheim Brühlgut von den Quartierbewohnern vielfach nur «am Rand» wahrgenommen. Oft ist die Bevölkerung der Meinung, dass das Altersheim noch zur Altstadt gehört. Dem ist aber nicht so und als Mitglied des Quartiersvereins wurde diesbezüglich ein Zeichen gesetzt: Am 21. Dezember wurde deshalb ein «Adventsfenster» eröffnet, um sich zusammen mit Nachbarn bei einem Glas Glühwein oder Punsch und Kuchen auf die bevorstehende Weihnacht einzustimmen. Das mit viel Liebe und Kreativität gestaltete Adventsfenster erstrahlte in hellem Glanz und gab Anlass zur Bewunderung. Zwei lodernnde Finnenkerzen lockten die Besucher und Besucherinnen an und zeigten, dass im Brühlgut etwas los ist.

Neuer Wind im Restaurant KafiChanne

Seit geraumer Zeit belebt sich das Sulzer-Areal mit neuen Firmen und Unternehmen, es erwacht wieder



Adventsfenster im Altersheim Brühlgut

Leben in den alten Gebäuden. Gleichzeitig hielten auch verschiedene andere Verpflegungsmöglichkeiten Einzug im Quartier, eine starke Konkurrenz für das Restaurant KafiChanne. Denn wer vermutet schon ein gut geführtes Restaurant im Altersheim hinter den Bäumen des Brühlgut-Parks? Mit neuem Konzept und guten Ideen, sowie einer neuen Preispolitik ist es gelungen, neue Kundschaft zu gewinnen und diese von der Qualität der Küche zu überzeugen. Nach den Schulferien im Sommer erlebte das Restaurant einen deutlichen Aufschwung. Die Rückmeldungen der Gäste sind mehrheitlich positiv, Reklamationen werden ernst genommen und das Preis-/Leistungsverhältnis stimmt. Mit vereinten Kräften wird es gelingen, das Niveau zu halten und im kommenden Jahr gar zu steigern.

Fitness für den Kopf!

Rund 140 Mitarbeitende aus allen Bereichen, Berufsgruppen und Funktionen (inklusive Lernende) besuchten eine halbtägige interne Weiterbildung zum Thema «Gehirn und Gedächtnis». Das Ziel: Aufzeigen, wie Gehirn und Gedächtnis funktionieren, was man für die eigene Fitness im Kopf machen kann, wieder einmal bewusst die Wahrnehmung pflegen und alle Sinne einzusetzen. Für Mitarbeitende, welche in intensivem Kontakt mit Pensionärinnen und Pensionären stehen, gab es eine Erweiterung zum Thema «Impulse und aktivierende Betreuung, Pflege und Begleitung» (Gehirn und Gedächtnis im Alter, Impulse und Überforderung, Wahrnehmung, Transfer in den Arbeitsalltag, usw.).

Zu erfahren, wie Gehirn und Gedächtnis funktionieren, brachte bereits die ersten «Aha-Erlebnisse». Neben Informationen zu Ernährung («Brainfood») und Bewegungsübungen zur Steigerung von Aufmerksamkeit und Konzentration, war vor allem eines gefragt: Merktechniken. Mit viel Kreativität wurden Eselsbrücken erfunden und Strategien ausprobiert, Namen und Gesichter zusammengeführt und Spiele zur Verbesserung von Wahrnehmung, Konzentration und Aufmerksamkeit getestet. Düfte entführten in verschiedene Jahreszeiten und Geräusche mussten zugeordnet werden. Die anschliessenden Logikübungen forderten wieder ganz andere Fähigkeiten.

Am Ende war allen klar: Bewusste Wahrnehmung steigert die Aufmerksamkeit und die Aufnahmefähigkeit; Gelerntes wird besser und dauerhafter gespeichert. Und: Fitness für den Kopf lohnt sich und macht Spass!

Alterszentrum Neumarkt

Worte und Taten

Ein Leitbild ist soviel wert, wie es von der Mehrzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstanden und gelebt wird.

Nicht zuletzt um die Arbeitsweise vertieft zu reflektieren und das Bewusstsein für die gemeinsame Aufgabe zu stärken, wurde das Leitbild des Alterszentrums Neumarkt aktualisiert. Über alle Disziplinen und Bereiche haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Entstehungsprozess mitgearbeitet.

Erstaunlich am Resultat ist, dass die inhaltliche Aussage über die Denk- und Arbeitsweise die gleiche ist, wie im zehn Jahre alten Vorgänger-Leitbild. Die «Verpackung» ist der heutigen Terminologie und Ästhetik angepasst und da und dort klarer und griffiger geworden.

Vom Hundert zum Dutzend, vom Dutzend zum einzelnen Menschen

Als um 1314 das untere Spital in Betrieb genommen wurde, war das für die damalige Zeit ein revolutionärer Schritt. Erstmals wurde Kranken, Alten und Waisen institutionell ein Zuhause angeboten. Über Jahrhunderte wurde vom Spital, dem Pfrundhaus, dem Bürgerheim erwartet, dass die Hilfsbedürftigen unauffällig und diszipliniert untergebracht wurden.

Erst mit der Individualisierung der Betreuung und der Differenzierung des Wohnangebotes im Rahmen des Umbaus, gelang es dem Neumarkt die alte Zeit hinter sich zu lassen. Erstmals gingen alle Planungsschritte nicht mehr davon aus, dass auf Hilfe angewiesene Menschen «versorgt» werden müssen. Die gesellschaftliche Normalität und der Respekt vor der Einzigartigkeit jedes Menschen hielt im Denken der Verantwortlichen Einzug.

Bei der Auswertung der neuen Betriebsstruktur (Wohngruppen, Pflegestab) konnte festgestellt werden, dass die personenzentrierte Betreuung einen Einfluss auf die Eigenaktivität und als Folge davon auf die Pflegebedürftigkeit hat. Die Pflegebedürftigkeit im Sinne einer breiten Abhängigkeit und Passivität nimmt massiv ab und die Sterbephase verkürzt sich wesentlich.

Biografiereise

Der Einbezug der Lebensgeschichte in die Aktivitäten des täglichen Lebens ist eine anspruchsvolle, aber auch unscheinbare Aufgabe. Im Alltag sind es die kleinen und feinen Impulse, mit denen die Betreuungsmitarbeiterinnen den alten Menschen individuell zum Mithandeln, Mitdenken und Miterleben bewegen können. Dieser Hintergrund



Leitbild – Arbeit im Team



Saisonale Freizeitgestaltung

ermöglichte, unvergessliche Ferien mit gut 40 Bewohner und Bewohnerinnen in Sarnen. Viele kleine und grössere Aktivitäten waren geprägt von früheren Erlebnissen und Beziehungen, welche sogar zu Einladungen bei Privatpersonen geführt haben.

Die Zukunft findet statt

Die obigen Erlebnisse sind nur ein kleines Bruchstück der gesellschaftlichen Entwicklung, die nach dem Normalitätsprinzip auch im Alterszentrum Neumarkt nachvollzogen wird. Wenn im vergangenen Jahr (und sicher auch noch in Zukunft) viel über die Finanzen gesprochen wurde, so drängt sich die Frage auf, wie diese Gesellschaft auf die Entwicklung in den Heimen reagiert. Es zeigt sich klar, dass die Bewohnenden und besonders die Angehörigen eine individuelle Betreuung als wichtig ansehen und behalten wollen.

Altersheim Rosental

Allgemeines

Jedes Altersheim ist eine kleine Welt für sich, welche ganz auf die Bedürfnisse hoch betagter Menschen ausgerichtet ist. Die unausweichlich letzte Lebensphase unterscheidet sich vom «jungen Alter» (Altersphase zwischen 65 und 80 Jahren) durch ein stetes Nachlassen der körperlichen Leistungsfähigkeit. Die Dienstleistungen im Altersheim sollen diesen Defiziten Rechnung tragen und die persönliche Souveränität der Bewohnerinnen unterstützen.

Selbstständigkeit, Unabhängigkeit, Gesundheit und Wohlbefinden sind Werte mit subjektiv gefärbtem Charakter. Sie stehen in einer Wechselbeziehung mit der Dienst-

leistungsqualität im Heim und werden aber auch wesentlich durch soziale Beziehungen beeinflusst.

Optimale Dienstleistungen und eine faire Verteilung der Ressourcen allein gewährleisten keine Selbstbestimmung, sie sind auch keine Garantie für die Zufriedenheit der Pensionäre. Das ständige Austarieren des Gleichgewichts zwischen den körperlichen, seelischen und sozialen Bedürfnissen einerseits und den Gegebenheiten des Heims andererseits ermöglicht erst einen gelingenden Heimaltag. Viele «weiche» Faktoren beeinflussen auf das Wohlbefinden der Bewohnerinnen.

Ökonomie und Personal

Neben der ökonomischen Steuerung des Heimbetriebs sind daher stete Achtsamkeit, Professionalität und beherztes Zusammenwirken der Mitarbeitenden notwendig. Wohlwollende, respektvolle Beziehungen schaffen die Basis für einen angenehmen Umgang.

Die Resultate der Qualitätsumfrage bei den Pensionärinnen und ihren Angehörigen und viele andere Rückmeldungen dokumentieren auch in diesem Berichtsjahr eine hohe Zufriedenheit mit dem «Daheim im Rosental». Dank genügender betrieblicher Ressourcen, versierter Fachlichkeit und menschlicher Reife der Mitarbeitenden wurde eine rundum gute Jahresbilanz erreicht. Aber auch die Pensionärinnen untereinander und ihre Angehörigen leisteten wertvolle Hilfestellungen.

Finanzielle Fragen drohen das Verständnis für Alters- und Pflegeheime auf Begriffe wie Kosteneffizienz und Effektivität zu reduzieren. Durch Öffentlichkeitsarbeit werden auch andere Gesichtspunkte ins Licht gerückt. So fanden beispielsweise die regelmässig im Gallispitz veröffentlichten Geschichten aus dem Rosental ein interessiertes Publikum.

«Auseinandersetzung zwischen Individualität und Gemeinschaft» – dieses Thema wählte die erweiterte Heimleitung als Wegmarke für die Personalweiterbildung. Impulsgeber war das Leitbild des Altersheims Rosental.

In einem Heim müssen sich sowohl Mitarbeiterinnen als auch Bewohnende oft zwischen persönlichen Wünschen, Bedürfnissen und den Erfordernissen der Gemeinschaft oder den Verpflichtungen durch die Institution entscheiden. Die Beschäftigung mit dem Thema trug dazu bei, die persönlichen Fähigkeiten zu erweitern, um mit den teilweise widersprüchlichen Anforderungen des Gemeinschaftslebens konstruktiv umzugehen.

Das Thema wurde durch den Einbezug aller Mitarbeitenden von Anfang an praxisnah bearbeitet. Eine Umfrage in allen Abteilungen zeigte die Wichtigkeit einer guten Zusammenarbeit und in einem längeren Prozess entstand so das Projekt «Seitenwechsel», welches im Frühling realisiert wurde. Während zweier Tage tauschten die meisten Mitarbeitenden die Arbeitsplätze aus: Die Sekretärin kochte Suppe, der Koch wirkte in der Pflege mit, die Krankenschwester renovierte Zimmer usw.

Bewohnerinnen und Bewohner Altersheime

	Brühlgut		Neumarkt ¹		Rosental		Total	
Bestand am 1. Januar	140	(142)	84	(84)	102	(100)	326	(326)
Neuaufnahmen	29	(31)	55	(40)	22	(22)	106	(93)
Total	169	(173)	139	(124)	124	(122)	432	(419)
Todesfälle	28	(30)	18	(8)	18	(19)	64	(57)
Austritte/Versetzungen	3	(3)	37	(32)	2	(1)	42	(36)
Bestand am 31. Dezember	138	(140)	84	(84)	104	(102)	326	(326)
Durchschnittsalter der Neueingetretenen	84,9	(85,6)	82,4	(83,1)	85,8	(85,0)	84,4	(84,4)
Durchschnittsalter am 31. Dezember	88,4	(88,0)	85,0	(84,9)	88,3	(88,5)	87,6	(87,4)

¹ inkl. Aussenwohngruppe und Sunnehus

Die zahlreichen Rückmeldungen von Personal und auch den Pensionären waren sehr wertvoll. Neben vielen humorvollen Begebenheiten wurden auch die ernsthaften, schwierigen Teile der berufsfremden Aufgaben dokumentiert. Gegenseitiges Verständnis erleichtert die Zusammenarbeit auf einfachste Art.

Statistiken Altersheime

Besetzung und Betriebskosten

	Brühlgut	Neumarkt	Rosental
Verfügbare Plätze	145	96 ¹	104 ²
Durchschnittliche Tagesbesetzung	98,8 %	89,7 %	100 %
Bettenbelegungstage	52 459	31 508	38 483
Betriebsaufwand	Fr. 9 457 661	5 747 591	5 837 851
Betriebsertrag ³	Fr. 7 925 896	4 858 102	5 781 438
Durchschnittskosten pro Tag/Pensionär	Fr. 180.29 (185.36)	182.42 (167.97)	151.70 (151.97)
Ertrag pro Tag/Pensionär ³	Fr. 151.09 (145.77)	154.19 (132.28)	150.23 (147.06)

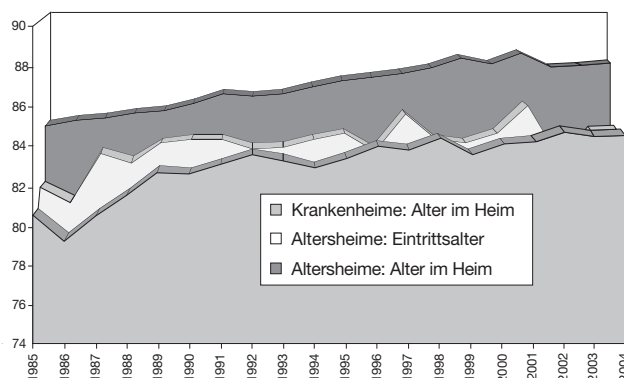
¹ inkl. Aussenwohngruppe und Sunnehus

² ohne Ferienabteilung

³ ohne Staatsbeitrag

Die Ergebnisse pro Pflgetag haben sich bei allen drei Institutionen verbessert, insbesondere im Brühlgut ist dies auf die erfolgreiche Umsetzung der win.03-Massnahmen (Reduktion von Personal- und Sachkosten) zurückzuführen. Im Neumarkt konnten diverse Doppelzimmer nur noch mit Einzelpersonen wiederbesetzt werden, was einerseits einen höheren Ertrag pro Person zur Folge hat (der Preis für eine 1er-Belegung ist deutlich höher), andererseits stiegen dadurch die Kosten pro Tag, weil sich ein entsprechender Abbau beim Stellenplan erst 2005 auswirken wird.

Durchschnittsalter in den Heimen



Eleganz im Heim

Wohn- und Pflegezentrum Oberi*

Allgemeines

2004 wird den meisten Beteiligten als grundsätzlich erfreuliches wenn auch arbeitsintensives Jahr in Erinnerung bleiben. Verschiedenste in den Vormonaten getroffene Entscheidungen begannen Früchte zu tragen: Die neue Abwaschmaschine brachte sauberes Geschirr und weniger Unterhaltskosten, die konsequente Umsetzung des neuen Wundkonzeptes schnelleres Heilen der Wunden, die Einführung des Frühstücksbuffets zufriedene Patientinnen und Patienten wie auch Mitarbeitende, die Umsetzung des Konzeptes Bezugstherapie intensive und spannende Beziehungen, die Revision der Lüftungsanlage tiefere Heizkosten usw.

Erstmals fanden Audits über das gesamte Qualitätssystem statt: Sechs ausgebildete interne Auditorinnen und Auditoren befragten rund 50 Mitarbeitende des WPZ Oberi über die Arbeitsabläufe und -instrumente. Das Ergebnis ist erfreulich: Das neue System ist akzeptiert und funktioniert im Alltag. Die Weiterentwicklung ist mit der Bearbeitung der Rückmeldungen gewährleistet.

Ebenfalls zum ersten Mal wurde von einem externen Experten der Stand der Arbeitsisicherheit (EKAS) Umsetzung geprüft. Es ist sehr ermunternd, wie gut die Bewertung ausgefallen ist.

Der Abschluss des Jahres brachte schliesslich eine sehr unerfreuliche Überraschung: Der Norovirus packte mehrere Patientinnen und Patienten wie auch verschiedenste Mitarbeitende. Wegen der sehr hohen Ansteckungsgefahr mussten einzelne Stockwerke in Quarantäne gesetzt werden. So musste die Weihnachtszeit wie auch der Jahreswechsel ohne die gewohnten und beliebten Festivitäten gestaltet werden.

Kundinnen und Kunden

Erfreulicherweise war die Belegung wieder sehr gut, trotz vieler Todesfälle (75, im Vorjahr 63) und den Renovationsarbeiten auf zwei Stockwerken (Ersatz Teppiche und Vorhänge). Die durchschnittliche Dauer der Wiederbesetzung eines Platzes betrug nur rund 6,3 Tage.

Die Zufriedenheit aller Bewohnerinnen und Bewohner ist sehr hoch. Entscheidend tragen dazu die vielen Unter-

* Das Wohn- und Pflegezentrum Oberi ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

nehmungen und Anlässe sowie die stete Entwicklung der Betreuung (zum Beispiel die Anwendung des Böhm-Konzeptes mit der psychobiografischen Arbeit) bei. Die stete Weiterentwicklung der Mitarbeitenden lässt die Patientinnen und Patienten sich in ihrer Individualität ernst genommen fühlen.

Patienten-, Bewohnerinnen- und Bewohnerstatistik Wohn- und Pflegezentrum Oberi

	Krankenhaus		Betreutes Wohnen	
Bestand am 1. Januar	146	(146)	9	(9)
Neuaufnahmen	76	(69)	1	(2)
Total	222	(215)	10	(11)
Todesfälle	75	(63)	0	(0)
Austritte	2	(6)	1	(2)
Bestand am 31. Dezember	145	(146)	9	(9)
Pflegelage	52 569	(52 805)	3 163	(3 273)
Bettenbelegung	98,4 %	(99,1 %)	96,0 %	(99,6 %)

Mitarbeitende

Erfreulicherweise hatte das Wohn- und Pflegezentrum Oberi wiederum vor allem im Kader sehr wenig personelle Wechsel, total 31 Austritte gegenüber 13 Eintritten. Dazu kamen weniger Absenzen, was mit der Einführung eines Absenzen- Managements mit Rückkehrgespräch erreicht wurde. Dies alles liess ein intensives Arbeiten im Alltag zu. Ausserdem wurde die Gesundheit der Mitarbeitenden ein bewusstes Thema im Laufe des Jahres. Das hat zur Folge, dass im Jahr 2005 das Projekt WPZ Oberi – vital gestartet wird.

Aus- und Weiterbildung

Die Ausbildung der FAGEs (Fachangestellte Gesundheit) stellte sich als Herausforderung heraus, waren doch die Pflegenden nicht gewohnt, so junge Lernende auszubilden. Der Einsatz hat sich gelohnt, die anfänglichen Schwierigkeiten haben sich zu positiven Erlebnissen gewandelt.

Der langjährig bewährte «Lernbegleiterkurs» (acht Tage) wurde den neuen Gegebenheiten angepasst. Eine grosse Bereicherung war, dass auch Lernbegleiterinnen und -begleiter aus anderen Abteilungen, z. B. Küche oder Technik, teilnahmen.

Ebenfalls erfolgreich war die Fortsetzung der begonnenen internen Weiterbildungsreihe «Krankheitsbilder für Nichtpflegende». Nachdem bisher vor allem Freiwillige, Mitarbeitende aus Administration, Restaurant und Rezeption teilgenommen haben, wird die Reihe für Angehörige geöffnet.

Freiwillige

Stetig wächst die Zahl der Freiwilligen Helferinnen und Helfer (von 55 im Jahr 2003 auf gesamt 59 in 2004). Das Wohn- und Pflegezentrum Oberi profitiert sehr vom Einsatz dieser Personengruppe: Sie haben Zeit für die Patientinnen und Patienten. Auch bei Anlässen wird die Unterstützung durch die Freiwilligen sehr geschätzt, sei es als Begleitung der Patientinnen und Patienten, sei es als Unterstützende der Organisation. «Dankeschön» sagt das WPZ Oberi jedes Jahr mit einem schönen Essen, zu dem jede Freiwillige Helferin und jeder Freiwillige Helfer eine Begleitung einladen darf.

Stand Freiwillige	1.1.2004	31.12.2004
IDEM-Helfende	39	42
Time on	7	8
Therapiehund-Teams	6	4
Freiwillige (verschiedene Aufgaben)	3	5
Total	55	59

Restaurant Wallrütli

Die Bekanntheit des Restaurants mit der guten Küche und den gelungenen Anlässen wird erfreulicherweise immer grösser, so dass Nachfrage und Umsatz steigen. Die Mitarbeitenden der Küche befinden sich in der anspruchsvollen Situation, dass sie nicht nur ein spezielles Angebot für das «Kerngeschäft» produzieren müssen. Dazu kommt auch das Restaurant – täglich geöffnet mit anspruchsvoller Kundschaft, und neu mit dem Free Choice-System – sowie die verschiedensten, internen und externen Anlässe, vom Apéro bis zum gepflegten Bankett.

Spitex

Personelles

Anfang Jahr konnte aufgrund der im Vorjahr geführten Statistik festgestellt werden, dass rund 120 Anfragen für einen Spitexeinsatz an eine andere Organisation in der Stadt Winterthur mangels Kapazität weitervermittelt werden mussten. Dies entspricht gemäss Hochrechnungen rund sechs Vollstellen. Mitte Jahr wurde dann aus dem Stadtratskredit der Betrag für eine zusätzliche Stelle gesprochen. Mit dem Budget 2005 wurden noch einmal zwei zusätzliche Stellen in der Pflege und Betreuung bewilligt, um wenigstens einen Teil dieser Kapazitätsengpässe auffangen zu können. Dank der tiefen Fluktuationsrate von 9 % (7 % im Vorjahr), war die Konstanz in den Teams wie im Vorjahr spürbar. Die Krankheits- und Unfallbedingten Absenzen sind etwa gleich geblieben.

Aus- und Fort- und Weiterbildung

Im Herbst haben drei weitere Fachangestellte Gesundheit (FAGE) die Ausbildung bei der Spitex, nämlich in den Spitex Zentren Stadt, Töss und Wülflingen begonnen. Auch im zweiten Jahr Ausbildung FAGE ist noch vieles unklar und offen oder muss erst erarbeitet werden. Die Auswahl der Lernenden erfordert ebenfalls viel Zeit, da aus über einhundert eingegangenen Bewerbungen eine sorgfältige Wahl getroffen werden muss.

Bei den internen Fortbildungen zählte der Kurs «Der psychiatrische Notfall» zu den absoluten Rennern. 80 Mitarbeitende der Spitex haben diesen Kurs besucht und waren durchwegs begeistert. Daneben haben auch an den internen Fortbildungen «Diabetes», «Stomaberatung» und «Verfassen der Hilfe- und Pflegeplanung» je 20 bis 30 Mitarbeitende teilgenommen.

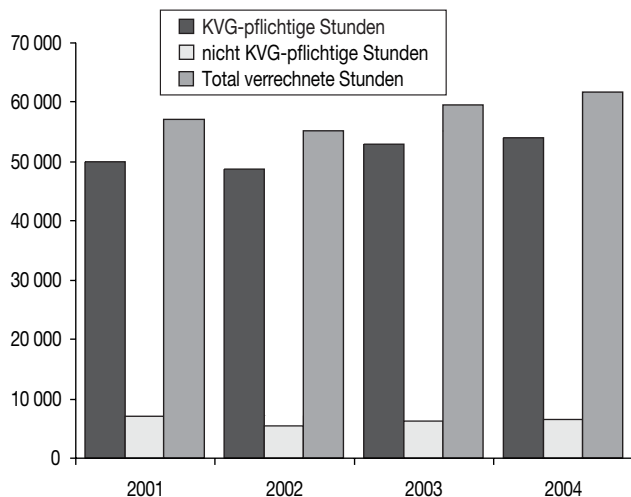
Auch 2004 konnte wieder ein Kurs für pflegende Angehörige angeboten werden. Dieser Kurs ist seit einigen Jahren ein fester Bestandteil im Programm der Spitex. Er dient nicht nur der Unterstützung der Angehörigen, die ein krankes Familienmitglied pflegen, sondern entlastet auch die Spitex ganz direkt, weil die Angehörigen dank diesem Kurs wichtige Bereiche in der Betreuung und Pflege selber leisten können.

Wohnberatung

Im Rahmen der Wohnberatung der Beratungsstelle für das Alter haben zwei Spitexmitarbeiterinnen insgesamt 74 Abklärungsbesuche im Zusammenhang mit künftigen Altersheimetritten gemacht. Die Dienstleistung wird von den Betroffenen, den Angehörigen und der Beratungsstelle gleichermaßen sehr geschätzt.

Verrechnete Einsatzstunden

Die verrechneten Stunden haben erneut zugenommen. Dank geringerer Fluktuation, gleich bleibenden Krank-



heits- und unfallbedingten Absenzen, sowie regelmässiger Auslastung das ganze Jahr hindurch konnten mehr Stunden bei den Klientinnen und Klienten geleistet werden. Aber dennoch mussten noch mehr Einsätze – nämlich 139 (Vorjahr 120) – an andere Organisationen weitergeleitet werden.

Auffallend war, dass die Zahl der betreuten Klientinnen und Klienten abnahm. Daraus ist zu schliessen, dass immer mehr zeitintensive und lange Einsätze von der Spitex geleistet werden.

	2001	2002	2003	2004
KVG-pflichtige Stunden	50 020	49 266	53 161	54 649
nicht KVG-pflichtige Stunden	7 152	5 959	6 572	6 783
Total	57 172	55 225	59 734	61 432

Ausblick

Das Spitex Kader hat sich im Herbst im Rahmen der jährlichen Kaderretraite damit auseinandergesetzt, die Kernaufgaben der städtischen Spitex zu definieren und damit herauszufinden, auf welche Aufgaben verzichtet werden kann und welche übernommen werden müssten. Erste Massnahmen konnten bereits Ende Jahr in die Wege geleitet werden. Weitere Überprüfungen werden im kommenden Jahr folgen.

Schule für Pflegeberufe

Abschluss und Neubeginn

Der letzte Kurs des Passerelle-Programms erhielt am 20. Februar die Diplome. Im Programm Diplomniveau I wurde in diesem Herbst keine neue Klasse mehr aufgenommen. Dafür starteten 45 Lernende mit ihrer Ausbildung zum bzw. zur Fachangestellten Gesundheit. Eine Klasse besucht gleichzeitig die Berufsmittelschule. Für dieses Programm arbeitet die Schule für Pflegeberufe Winterthur als Leitschule mit der Berufs- und Fortbildungsschule und der Berufsmaturitätsschule Winterthur zusammen. Ein gemeinsames Treffen der drei Schulen mit den Ausbildungsverantwortlichen der Arbeitgeber war für beide Seiten eine gute Gelegenheit zum Kennen lernen und zum Ideenaustausch. Die Lernenden dieses Programms bilden ein neues Zielpublikum, das die Lehrkräfte fordert. Sie sind sehr aufgeweckt und wissbegierig.

Im Programm Pflegeassistenten startet im Jahr 2005 die letzte Klasse. Ab 2006 wird die Berufsschule für Gesundheits- und Krankenpflege des VZK in Uster eine zusätzliche Klasse führen. Der Wiedereinstiegskurs wird im Jahr 2005 ebenfalls das letzte Mal an der Schule für Pflegeberufe durchgeführt. Für die Weiterführung werden zurzeit Gespräche mit dem Kurszentrum SRK in Winterthur geführt. Ein Entscheid bezüglich allfälliger Übernahme steht noch aus.

Sofern der Regierungsrat den Standort genehmigt, wird am 22.8.2005 das provisorische, neue Bildungszentrum im Pionierpark an der Zürcherstrasse 7 seine Tore öffnen. Das Provisorium ist für die Jahre 2005 bis 2008 geplant. Der definitive Standort ist noch nicht bekannt.

Auslastung der Schule

67 Lernende starteten in einem der Programme der Schule für Pflegeberufe, 42 schlossen ihre Ausbildung ab. Das Interesse für alle angebotenen Programme ist nach wie vor gross.

Ausblick

Für die Schliessung der Schule im Jahr 2006 besteht ein Aktionsplan, die ersten Schritte wurden eingeleitet. Ein Grossteil des Aktionsplans wird im Jahr 2005 umgesetzt. Ziel ist es, die Qualität bis zur Schliessung der Schule zu garantieren.

Am neuen Bildungszentrum werden im Jahr 2005 die ersten Kurse Fachangestellte Gesundheit und Diplomierte Pflegefachfrauen/Pflegefachmänner starten. Zwei Teammitglieder arbeiten in Arbeitsgruppen am Aufbau des neuen Zentrums mit. Das Jahr 2005 wird für die Mitarbeitenden der Schule Weichen stellend sein für ihre berufliche Zukunft. Bis Mitte Jahr sollte klar sein, wer welche Aufgabe an der bestehenden Schule und im neuen Zentrum bis zur Schliessung der Schule wahrnimmt.

Departement Technische Betriebe

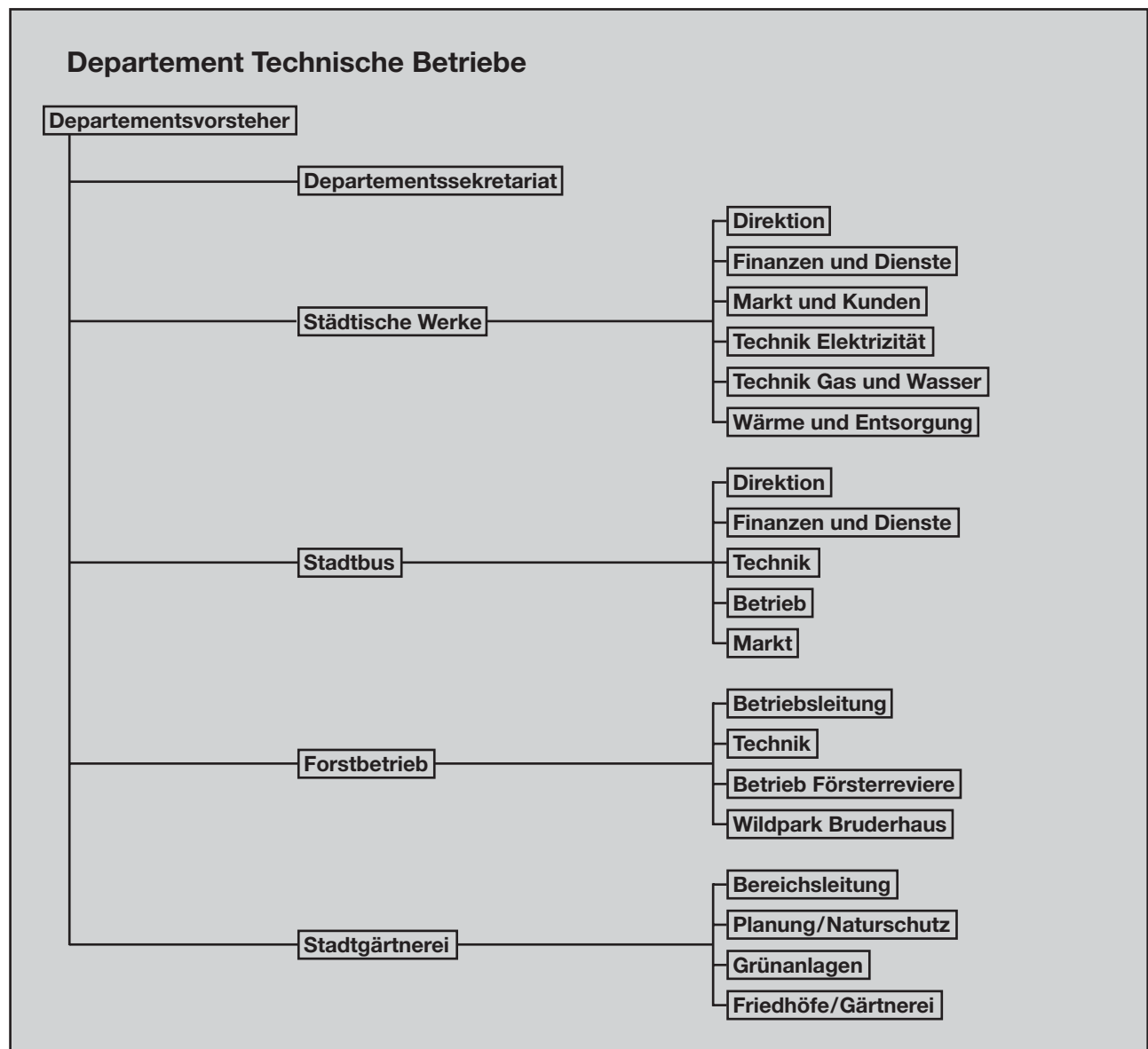
Im Berichtsjahr haben die vier Betriebe des Departements Technische Betriebe (DTB) ihre Aufgaben effizient, kundenfreundlich und sehr erfolgreich gemeistert. Daneben wurden wiederum erhebliche Leistungen zum Schutze der Umwelt und Lebensqualität erbracht.

Die Stadtgärtnerei (StG) hat ihre auf Langfristigkeit ausgelegte Arbeit im Bereich des Naturschutzes mit der Erarbeitung des Vernetzungsprojekts Iberg/Eidberg fortgeführt. Mit diesem Projekt – es ist das erste einer Reihe von gleichartigen Projekten – sollen die Grundlagen geschaffen werden, damit gefährdete Tiere und Pflanzen auch in diesem stadtnahen Gebiet einen für sie günstigen Lebensraum erhalten. Die Umsetzung des Vernetzungsprojekts erfolgt in den nächsten Jahren in Zusammenarbeit mit den Landeigentümerinnen und -eigentümern.

Im Bereich des Friedhofwesens hat die StG das Bestattungsangebot mit Baumgräbern im Friedhof Rosen-

berg und Urnenwänden auf den Vorortsfriedhöfen Töss und Oberwinterthur ergänzt. Dies und die Übernahme des Bestattungsamts aus dem Departement Sicherheit und Umwelt erleichtern die für die Hinterbliebenen schwierigen Belange im Zusammenhang mit dem Tod ihrer Angehörigen.

Die Stimmbürgerinnen und -bürger haben am 16. Mai Krediten in der Höhe von insgesamt 23,5 Mio. Franken für die Übernahme des Fernwärmenetzes der Firma Sulzer im Stadtzentrum und in Oberwinterthur durch die Städtischen Werke Winterthur (StWW) sowie dem Ausbau des Fernwärmenetzes zugestimmt. Die Erweiterung des Fernwärmenetzes führt zu einer besseren Nutzung der Kehrriechwärme aus der KVA und damit zu einer massgeblichen Verbesserung der CO₂-Bilanz. Ebenfalls zur Minderung des weltweiten Problems des übermässigen CO₂-Ausstosses tragen die Massnahmen der StWW zur



Förderung des Umsteigens auf Erdgasfahrzeuge und zum Heizen mit Gas und Holz bei. Die Inbetriebnahme der zweiten Gastankstelle in Winterthur am 7. Mai schafft die Voraussetzung für die breite Einführung von gasbetriebenen PW und LW. Dies trägt zu einer Verminderung der Abgas- und Feinstaubproblematik bei. Es liegt nun an der Winterthurer Bevölkerung und den Betrieben, dieses Angebot zu nutzen – zumal sich der Umstieg auch finanziell lohnt. Die Einweihung der grossen Holzschnitzel-Heizzentrale im «Gern» in Hegi am 19. Februar markiert einen bedeutenden Schritt zur Förderung der erneuerbaren Energie in Winterthur. Dank dem «Energie Contracting» der StWW war es möglich, diese Heizung, die rund 670 Wohnungen und 20 Gewerbebetriebe mit Wärme versorgt, zu realisieren. Diese Anlage heizt nicht nur völlig CO₂-neutral, sondern schafft auch lokal Arbeit und Verdienst, indem der Brennstoff nicht herangeführt werden muss, sondern in den eigenen Wäldern aufbereitet werden kann. Einen zusätzlichen Beitrag zur ökologischen Entwicklung leistet die Umstellung auf die biologische Betriebsweise des landwirtschaftlichen Hofes «lfang» im Grundwasserschutzgebiet der Stadt Winterthur in Zell. Diese Umstellung wird durch den Neubau des Hofes ermöglicht.

Die StWW haben auch ihre betriebswirtschaftlichen Ziele erreicht. Per 1. Oktober konnte nochmals eine markante Strompreis-Senkung in Kraft treten, womit die Energie- und Entsorgungstarife in Winterthur schweizweit weiterhin zu den günstigsten zählen.

Die Aufgaben des Forstbetriebs (FoB) verpflichten grundsätzlich zur Nachhaltigkeit. Eine sorgfältige Waldpflege muss auch in finanziell schwierigen Zeiten erfolgen. Die schlechten Marktverhältnisse im Bereich des Stammholzes können glücklicherweise zunehmend durch die Lieferungen von Holzschnitzel teilweise kompensiert werden. Die jahrelange Förderung von Holzschnitzelheizungen in den Winterthurer Schulhäusern und die Eröffnung der Heizzentrale im Gern macht sich jetzt sehr positiv bemerkbar.

In Zusammenarbeit mit der StG und der Naturschutzkommission hat der FoB in seinen Wäldern einige Nassbiotope erstellt. Es darf gehofft werden, dass einige

Tier- und Pflanzenarten in diesen neuen Lebensräumen gedeihen werden. Eine interessante Ergänzung des Tierparks Bruderhaus bietet der am 28. März eröffnete Vogellehrpfad. Dieser wurde vom Natur- und Vogelschutzverein Winterthur-Seen fachlich vorbereitet und von den Mitarbeitern des FoB gebaut.

Die in den Vorjahren eingeleiteten Massnahmen zur Verbesserung der Leistung und damit des Images von Stadtbus Winterthur tragen Früchte. Nachdem verschiedene betriebliche und organisatorische Neuerungen eingeführt worden sind, konnte im Zusammenhang mit einer grösseren Lieferung von weiteren modernen Bussen auch das äussere Erscheinungsbild des Betriebs aufgefrischt werden. Der prägnante Name, das «Markenzeichen», die Neugestaltung der Busse und die neuen Uniformen sind äussere Zeichen dafür, dass die «alten Winterthurer Verkehrsbetriebe» ausgedient haben. Die Neuerungen konnten dank der logistischen Unterstützung und der Übernahme der Kosten durch den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) realisiert werden. Die Kundschaft hat all diese Massnahmen offensichtlich sehr gut aufgenommen. Sie hat im Rahmen der repräsentativen Umfrage im August/September gegenüber früheren Umfragen «ihr» Verkehrsunternehmen viel positiver beurteilt. Stadtbus Winterthur ist nun ZVV-weit überdurchschnittlich gut qualifiziert.

Im Betriebsjahr konnten erfreulicherweise wiederum einige Angebotsergänzungen realisiert werden, so der massive Ausbau der Erschliessung der Grüze-Märkte und von Hegi sowie die Verbesserung des Angebots für die Quartiere Moosacker und Iberg in Seen. Der Testbetrieb der Linie über den Eschenberg an Samstagen und Sonntagen verzeichnet eine sehr grosse Nachfrage und wird deshalb verlängert.

Die Mitarbeit im Rahmen der Erarbeitung «regionale Gesamtverkehrskonzeption» hat gezeigt, dass Stadtbus Winterthur auch in Zukunft eine sehr grosse Bedeutung zukommen wird. Der umweltfreundliche Öffentliche Verkehr und somit Stadtbus Winterthur haben die Hauptlast des zunehmenden Verkehrs zu tragen und müssen sich den daraus ergebenden Anforderungen anpassen.

Städtische Werke Winterthur

Im Zeichen des Aufbruchs

Trotz Unkenrufen – die Stadt Winterthur befindet sich im Aufbruch

Die Stadt Winterthur erlebt trotz angespannter Finanzlage unverkennbar einen Aufbruch und entwickelt sich zu einem dynamischen und urbanen Zentrum im Wirtschaftsraum Zürich. Die prägnantesten Symbole dieses Aufbruchs sind die Sulzerareale Stadtmitte und Oberwinterthur. Wo einst Turbinen und Dieselmotoren hergestellt wurden, entstehen heute lebendige Stadtteile zum Arbeiten, Wohnen, Einkaufen und Ausgehen.

Die Städtischen Werke Winterthur (StWW) nehmen die positiven Signale wahr und gestalten diesen Aufbruch mit. Sie legen das Fundament für eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Entwicklung. Sie liefern Strom, Erdgas, Wasser und Fernwärme, entsorgen Abfall, reinigen Abwasser, beleuchten die Stadt, verkabeln sie mit einem hochleistungsfähigen Glasfasernetz für den Datentransport, beraten Privat-, Gewerbe- und Wirtschaftskundschaft und bieten komplette Dienstleistungen in den Bereichen Haustechnik und Energie-Contracting an. Davon handelt der vorliegende Geschäftsbericht, der aufgrund einer neuen Rechnungslegung der StWW in Profitcenters gegliedert ist.

Strategische Ziele

Zufriedene Gesichter als strategisches Ziel

Die Städtischen Werke Winterthur sind als Unternehmen erfolgreich, weil sie ihre strategischen Erfolgspositionen in der Vergangenheit genutzt haben und diese kontinuierlich ausbauen. Die Kundschaftsbedürfnisse stehen im Mittelpunkt, die Kundschaftszufriedenheit hat oberste Priorität. Das sind Grundsätze, die in der Strategie der StWW verankert sind und von diesen konsequent vertreten werden. Damit tragen sie zur Attraktivität des Standorts Winterthur bei und sichern gleichzeitig wertvolle Arbeitsplätze in der Stadt.

Dem Wandel verpflichtet

Attraktive Angebote zu konkurrenzfähigen Preisen, professionelle und nachhaltige Lösungen mit hoher Akzeptanz für Versorgung und Entsorgung, innovativer Umgang mit vorhandenen Stärken und Potenzialen – dies sind Leitplanken der Geschäftspolitik. Der Kulturwandel, vom Verwaltungsbetrieb zum marktorientierten Unternehmen, ist weitgehend vollzogen. Auch in Zukunft wird es darum gehen, strategische Erfolgspositionen frühzeitig zu erkennen und im Interesse der Stadt unternehmerisch zu nutzen. Monopole sind der Effizienz vielfach nicht förderlich. Deshalb befürworten die StWW den geordneten Wandel in allen Bereichen.

Die Urteile der Wettbewerbskommission (Weko) über die Öffnung der Stromnetze werden ebenso begrüsst wie verbindliche Rahmenbedingungen zur Gewährleistung einer sicheren, nachhaltigen Stromversorgung und für einen geordneten Strommarkt in einem sich verändernden schweizerischen und europäischen Umfeld.

Offen für den Markt, offen für Allianzen

Wie sich die Liberalisierung der europäischen Strommärkte und die Marktöffnung in der Schweiz genau aus-



In der Energiewoche des sChOOLhouse Company-Projektes kamen manche Schülerinnen und Schüler auf zündende Ideen.

wirken werden, vermag heute noch niemand zu beurteilen. Die StWW haben in den letzten Jahren vorausschauend gehandelt und sich auch betriebswirtschaftlich darauf vorbereitet. Eine neue, transparente Rechnungslegung nach Profitcentern, die Handel und Netze gesondert betrachtet, schafft die Voraussetzungen, um Durchleitungskosten korrekt ausweisen zu können. Dieser Gliederung folgt auch der vorliegende Geschäftsbericht.

Um eine langfristig gedeihliche Entwicklung der StWW sicherzustellen, sind und bleiben die StWW offen für Allianzen und Beteiligungen. Partnerschaften, welche sich durch die Zusammenarbeit von führenden Schweizer Stadtwerken innerhalb der Swisspower AG ergeben, vertiefen bestehendes Know-how, nutzen Synergien und werden Früchte tragen. Beteiligungen an Aktiengesellschaften wie im Fall der InstaControl AG werden auch künftig eine Option darstellen, um die Ertragskraft der StWW im Interesse ihrer Kundschaft zu erhalten und zu steigern.

Handel allgemein

Bereit für den liberalisierten Markt

Grundvoraussetzung für einen offenen Energiemarkt ist die getrennte Verrechenbarkeit von Erzeugung, Handel und Transport. Die StWW gehören zu den ersten Schweizer Energieversorgungsgesellschaften, die Handel und Netze in eigenen Profitcentern organisiert haben; dies ermöglicht sowohl eine transparente Rechnungslegung als auch die Fokussierung innerhalb zweier unterschiedlicher Kompetenzbereiche. Damit sind wichtige Grundlagen gelegt, dass die StWW auch innerhalb eines liberalisierten Marktes konkurrenzfähig sind und bleiben.

Das Kapital der StWW liegt im Bereich ihrer Netze. Beim Handel geht es ihnen nicht um den Grosshandel mit Energie, sondern primär um den möglichst optimalen Ein- und Verkauf jener Energiearten, die über die städtischen Netze verteilt werden. Dabei spielen Marketingüberlegungen, beziehungsweise die kundenorientierte Produktgestaltung eine immer wichtigere Rolle. Neben zeitgemässen Produkten wie Ökostrom, Naturgas oder Fernwärme sind konkurrenzfähige Energiepreise von entscheidender Bedeutung. Deshalb haben die Städtischen Werke die Strompreise 2004 nochmals markant gesenkt. In den letzten fünf Jahren reduzierten sich die Strompreise von Winterthur um durchschnittlich 29 Prozent.

Mit der Nutzung von Ökostrom, Erdgas, Fernwärme und der Berücksichtigung von Wärmepumpen oder Holz-schnitzelheizungen im Energie-Contracting leisten die Städtischen Werke einen bedeutenden Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses, fördern umweltfreundliche Energieträger und reagieren auf ein Bedürfnis im Markt.

Handel mit Strom

Schweizer Strommarkt in Bewegung

Die Städtischen Werke feierten am 1. Juli das «Strom-Wunder» von 1904 – spannungsgeladene 100 Jahre Stromversorgung Winterthur. Ein denkwürdiges Ereignis, in einem denkwürdigen Jahr.

Nach dem Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz im September 2002 steht die Schweiz unter Zugzwang. Unter Hochdruck wird am Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVg) gearbeitet. In der EU ist der Strommarkt seit dem 1. Juli 2004 für alle kommerziellen Kunden und Kundinnen offen. Ab 1. Juli 2007 sollen auch private Haushalte freien Zugang haben. Die Schweiz muss handeln, weil sie im Stromgeschäft mit Europa eng verflochten ist und erst eine gesetzliche Neuordnung allen Marktteilnehmenden einheitliche Rahmenbedingungen schafft.

Monopole haben keine Zukunft, attraktive Angebote schon

Die StWW betrachten den Schweizer Strommarkt als offen. Sie verteidigen nicht ihre Monopolstellung, sondern engagieren sich für die marktgerechte Ausgestaltung von attraktiven Angeboten. Das heisst, man reagiert auf die Bedürfnisse der Kundengruppen Industrie, Gewerbe und Haushalt. Der Stromhandel ist in der Hauptabteilung Markt und Kunden eingegliedert. In den letzten Jahren konnten die strategisch wichtigen Bereiche Marketing, Kommunikation und Verkauf aufgebaut und professionalisiert werden. Im Sinn einer integralen Beratung bietet die Verkaufsabteilung der StWW ihrer Kundschaft die ganze Energiepalette an: Strom, Erdgas, Fernwärme und als Ergänzung dazu das Energie-Contracting.

Von den Angeboten der StWW und den wiederum gesenkten Strompreisen (2004: 14 %) profitieren nicht nur die Grosskundschaft, sondern alle Einwohnerinnen und Einwohner von Winterthur.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	535.14	534.69	525.39	+ 0,08

Konsolidierung im Stromverkauf

Der Strombezug von der AXPO, der Handels und Verkaufsorganisation der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK), sank auf 480,42 Mio. Kilowattstunden und entspricht einer Abnahme um 3,4 Prozent. Die Stromlieferung der KVA betrug gemessen am Gesamtumfang rund 12 Prozent. Gesamthaft ist der Strombezug im Berichtsjahr in etwa auf gleichem Niveau wie im Vorjahr geblieben und betrug 550,52 Mio. Kilowattstunden. Der Verkauf widerspiegelt diese Entwicklung. Der Stromabsatz hat lediglich um 0,08 Prozent zugenommen, wobei die Kundengruppen Haushalt (+ 2,3 %), Kleingewerbe (+ 16,5 %), Industrie und Grossgewerbe (– 5,1 %), Bündelkunden (+ 0,4 %) und verschiedene (+ 1,8 %) unterschiedlich zu diesem Ergebnis beitrugen.

Neues Tarifsystem und Stromkennzeichnungspflicht

In Zusammenarbeit mit Swisspower entwickeln die StWW ein neues Energietarifsysteem, das auf einer getrennten Verrechnung von Netz- und Strompreisen basiert. Das Projekt wird die StWW voraussichtlich bis ins Jahr 2006 beschäftigen. Das jetzige Tarifsysteem ist mehr als 40 Jahre alt und entspricht in vielerlei Hinsicht nicht mehr den Bedürfnissen des Marktes.

Ebenso beschäftigen sich die StWW mit der Umsetzung eines neuen Gesetzes, das die Stromkennzeichnung vorsieht. Ab 1. Januar 2006 werden Zusammensetzung und Herkunft des Stroms auf der Abrechnung ausgewiesen. Die notwendigen Umstellungen laufen auf vollen Touren. Die Kennzeichnung umfasst die prozentualen Anteile der eingesetzten Energieträger (Wasserkraft, Solar-energie, Kernenergie usw.) sowie die Herkunft des Stroms (In- oder Ausland). Für Stromkonsumenten und Strom-konsumentinnen ergibt sich daraus eine klar erhöhte Transparenz.

Handel mit Erdgas

Wachsende Bedeutung, wachsender Verbrauch

Seit 144 Jahren wird in Winterthur Gas eingesetzt. Gas hat in Winterthur nicht nur eine erfolgreiche Vergangenheit, sondern auch eine vielversprechende Zukunft.

Trotz dem Wegfallen von gewichtigen Industriekunden und -kundinnen konnte der Erdgasverkauf im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 2,93 Prozent gesteigert werden. Die von der Erdgas Ostschweiz AG (EGO) bezogene Menge betrug im Berichtsjahr 448 Millionen Kilowattstunden. Die Städtischen Werke Winterthur erwarten, dass sich diese Entwicklung auch in den kommenden Jahren fortsetzt.

Die Gasversorgung in Winterthur ist hauptsächlich auf dem Wärmemarkt tätig. Heizöl ist der bedeutendste Mitbewerber. Nur wenn es gelingt, potentielle Kunden und Kundinnen für die Vorteile von Erdgasheizungen oder bivalenten Gas-Öl-Systemen zu überzeugen, steigen die Erdgasabsatzmengen und somit der Gewinn für Bevölkerung und Umwelt. Damit ist die Strategie bereits umrissen. Dass sich Erdgas im Verdrängungsmarkt durchsetzt, dafür sprechen neben steigenden Ölpreisen auch Umweltvorteile und die langfristige Verfügbarkeit. Erdgas ist eine Schlüsselenergie der Zukunft.

Umdenken:

Heizen mit Erdgas schont Umwelt und Portmonee

Erdgas setzt im Vergleich mit Erdöl bei der Verbrennung 25 Prozent weniger CO₂ frei. «Beim Heizen mit Erdgas profitieren Mensch und Umwelt». Diese zentrale Botschaft hat den Geschäftsgang im Erdgashandel dominiert. Mittels gezielter Marketingaktivitäten wurden Unternehmen, Liegenschafts- und Einfamilienhausbesitzende aufgefordert, umzudenken und bei der nächsten Heizungssanierung auf Erdgas umzusteigen. Im Rahmen einer Förderaktion der Städtischen Werke, die noch bis Ende 2006 dauert, werden diejenigen mit einem Bonus belohnt, die diesen Schritt tun. Die Aktion hat schon manchen die Entscheidung erleichtert. Im Laufe des Berichtsjahres konnten 156 neue Anlagen ans Netz angeschlossen werden.

Umsteigen: Fahren mit Erdgas hat Zukunft

Am 7. Mai konnten die StWW in Partnerschaft mit Migrol an der Zürcherstrasse die zweite Erdgastankstelle

in Winterthur eröffnen. Damit steht neben der Riedbach-Garage in Oberwinterthur jetzt eine noch leistungsfähigere Zapfsäule zur Verfügung. Erdgas tanken ist ebenso leicht, schnell und gefahrenfrei wie das Tanken von Benzin oder Diesel. Das Tankstellennetz in der Schweiz und Europa wächst laufend. In Winterthur ist Naturgas erhältlich, ein Gemisch aus Erdgas und Kompogas, das aus Winterthurer Grüngut hergestellt wird.

Mit einer Aktion für den Kauf von Erdgasfahrzeugen unterstützten die Städtischen Werke Garagen und Private mit einem Bonus von 1000 Franken in Form von Treibstoff. Mit Naturgas betriebene Fahrzeuge geben bis zu 95 Prozent weniger Schadstoffe als Benzin- und Dieselfahrzeuge an die Luft ab. Dabei ist der Preis für diesen Treibstoff bis zu 30 Prozent geringer als der Benzin- und bis zu 20 Prozent geringer als der Dieselpreis. Die Aktion überlegte insgesamt 25 Fahrzeugkäufer und -käuferinnen, die heute sauberer, sicher und günstig unterwegs sind. Übrigens: Die StWW gehen mit gutem Beispiel voran. Die eigene Fahrzeugflotte zählt bereits 17 gasbetriebene Autos.

Erfreulicher Ausblick

Im 4. Quartal konnte ein neues Erdgas-Bewirtschaftungssystem eingeführt werden. Spezifische Parameter erlauben es, Beschaffung und Versorgung rund um die Uhr so zu steuern und zu optimieren, dass das jeweilige Timing für Zukäufe und Abgaben möglichst ideal gewählt wird. Dies ist in Bezug auf die Einkaufskosten für das Gas von einer grossen Bedeutung. Dies und der Umstand, dass Erdgas gegenüber Öl unbestritten Vorteile aufweist, stimmen die Städtischen Werke Winterthur zuversichtlich.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	449,96	437,17	424,88	+2,93
angeschlossene Leistung (MW)	337	337	333	0

Handel mit Fernwärme

Energie aus Abfall optimal Nutzen

Wer die Abhängigkeit von den schwankenden Erdölpreisen im Wärmemarkt reduzieren will, braucht Alternativen. Eine davon ist die Abwärme, die bei der Kehrlichtverbrennung entsteht, und in Form von Dampf oder warmem Wasser für die Fernwärmeversorgung der Stadt Winterthur genutzt wird. Fernwärme ist eine nachhaltige und erst noch günstige Energie. Das wirtschaftlich betriebene Geschäftsfeld Fernwärme versorgt im Gebiet zwischen Grüze und Kantonsspital zahlreiche Objekte mit Wärme aus der KVA. Nach der Übernahme der Fernwärmeversorgung der Firma Sulzer in Oberwinterthur per 1. Oktober und dem Ausbau des bestehenden Fernheizwerks kann ein Wärmeevolumen geliefert werden, das einer jährlichen Menge von 11 000 Tonnen Heizöl entspricht. Der Wärmeverkauf aus Heisswasser konnte im Berichtsjahr auf 79,99 Mio. Kilowattstunden gesteigert werden, was im Vergleich zum Vorjahr einer Zunahme von 6,7 Prozent entspricht.

Mehr Lebensqualität für Winterthur

Nachdem im Mai 2000 die Winterthurer Stimmberechtigten die Verbrennungslimite der KVA aufgehoben haben, wurden die gesteigerten Mengen des zur Verbrennung an-

gelieferten Kehrlichts konsequent in zusätzliche Wärme für die Fernwärmeversorgung umgewandelt. Die StWW streben einen kontinuierlichen Ausbau von rund einem Megawatt pro Jahr an. Die Zunahme soll primär durch den Anschluss von sanierungsbedürftigen Ölheizungen im städtischen Fernwärmegebiet erfolgen. Bis ins Jahr 2020 soll die Zahl der Fernwärmeanschlüsse von 200 auf 300 gesteigert werden. Damit könnte der Absatz pro Jahr um rund 17 000 Megawattstunden gesteigert werden. Der CO₂-Ausstoss würde damit jährlich um 5000 Tonnen reduziert.

Diese geringere Schadstoffbelastung trägt unmittelbar zu einer Verbesserung der Lebensqualität in Winterthur bei.

Abfall als erneuerbare Energie

Im Wärmemarkt ist die Liberalisierung schon lange Tatsache. Die Fernwärme steht seit jeher in Konkurrenz zu den konventionellen Energieträgern Öl und Gas. Der Verkauf von Fernwärme erfolgt durch die Hauptabteilung Markt und Kunden. Der Energieplan der Stadt Winterthur legt u.a. fest, in welchem Gebiet Fernwärme abgesetzt werden kann. Ein Wachstum ist nur innerhalb des im Energieplan definierten Versorgungsgebietes möglich. Dabei gilt: Im preislichen Wettbewerb nur die Kilowattstunde Wärme miteinander in Vergleich zu setzen, wäre kurzfristig, obwohl Fernwärme mit Öl und Gas durchaus konkurrenzieren kann. Fernwärme verspricht vor allem einen Mehrwert an Service, Komfort- und Raumgewinn, zudem überzeugt sie durch Nachhaltigkeit. Statt die bei der Kehrlichtverbrennung anfallende Wärmeenergie ungenutzt in die Atmosphäre zu entlassen, wird sie als Heizenergie (Raumwärme und Warmwasser) oder zur Stromerzeugung sinnvoll genutzt. Der Verband der Betriebsleiter und Betreiber Schweizerischer Abfallbehandlungsanlagen (VBSA) empfehlen dem Bundesrat, die Energie aus Abfall in Zukunft besser zu nutzen und bei der Ausarbeitung des Bundesgesetzes zur Stromversorgung (StromVG) zu berücksichtigen, dass heute rund 50 Prozent des Abfalls als erneuerbar eingestuft werden kann.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	96,57	97,29	94,01	- 0,73
angeschlossene Leistung (MW)	61,64	61,19	58,35	+ 0,74

Netze allgemein

Pulsierende Lebensadern der Stadt

Leistungsfähige und sichere Netze für Strom, Erdgas und Wasser, aber auch für Fernwärme und den Datentransport sind wichtige Lebensadern für Winterthur. Als Grundlage, auf der sich ein dynamisches Wirtschaftsleben erst entfalten kann, tragen die Netze und ihre Qualität entscheidend zu den Standortvorteilen Winterthurs bei. Wer auf Kosten der Netzqualität günstige Preise generiert, denkt kurzfristig und lebt von der Substanz. Pflege, Unterhalt und laufende Modernisierung sind Voraussetzungen, um Standortvorteile langfristig zu erhalten.

Die StWW pflegen ihre Netze nachhaltig. Neben laufenden Sanierungsarbeiten wird in die Zukunft investiert. Dies illustrieren unter anderem der Bau des Unterwerks Wülflingen im Bereich Strom sowie das neue Wasserreservoir Hegiberg samt den Pumpstationen Ohrbühl und Talacker im Bereich Wasserversorgung.

Markante Erweiterung und Öffnung der Netze

Eine markante Erweiterung erfuhren die Netze durch die Ausweitung des Netzgebietes auf die Sulzerareale Stadtmitte und Oberwinterthur. Durch die Übernahme des bestehenden Netzes und die notwendige Sanierung ebnet die StWW das Terrain für die Entwicklung der neuen Stadtteile. Neben Strom- und Wasserversorgung wird hier auch die Fernwärmeversorgung eine wichtige Rolle spielen. Eine wichtige Massnahme für die Entwicklung der Stadt ist auch der Aufbau des Telekom Citynetzes – ein Glasfasernetz für den Transport grosser Datenmengen.

Stromnetz

Sichere und zuverlässige Stromversorgung

Von 1904 bis 2004 – nach denkwürdigen 100 Jahren Stromversorgung liegt das grösste «Stromkapital» Winterthurs in den Anlagen und weit verzweigten Leitungssystemen. Das Stromnetz befindet sich in einem guten Zustand und ermöglicht einen weitestgehend störungsfreien Betrieb. Die Netzleitungen und Stromanlagen der StWW sind leistungsfähig und wirtschaftlich.

Insgesamt ist die gesellschaftliche und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Strom in den letzten Jahren stark gewachsen. Fast alles hängt am Strom.

Urbanisierung der Infrastruktur

Am 1. April 2003 konnten die Städtischen Werke Winterthur die elektrische Energieversorgung der Sulzerareale Stadtmitte und Oberwinterthur übernehmen. Die Anlagen und Netze, einst auf eine industrielle Nutzung ausgelegt, werden gegenwärtig in das städtische Versorgungsnetz integriert, ausgebaut und modifiziert. Das Projekt beschäftigte die StWW im Berichtsjahr sehr intensiv und wird dies auch weiterhin tun. Es handelt sich um Investitionen in die Zukunft. Doch nicht nur die Sulzerareale entwickeln sich und sind dem Wandel unterworfen. Dank reger Bautätigkeit in Winterthur konnten die StWW im Berichtsjahr 67 Gebäude ans Stromnetz anschliessen.

Erhöhte Spannung

Der Grosse Gemeinderat hat im Oktober 2003 den Kredit von 20,5 Mio. Franken für den Bau des Unterwerks Wülflingen genehmigt. Nach längerer Planungsphase begannen im Sommer die Bauarbeiten. Der Bau des neuen Unterwerks ist im Zuge der Spannungsumstellung von 50 auf 110 Kilovolt notwendig geworden. Das Unterwerk wird die Versorgungssicherheit verbessern und Energieverluste minimieren. Nach den Unterwerken Altstadt und Grüze wird Wülflingen die dritte, neue «Steckdose» für die Stromversorgung in Winterthur. Das Unterwerk wird im Jahre 2006 fertig gestellt. Von der NOK wird es noch bis 2011 mit einer Spannung von 50 Kilovolt versorgt. Danach werden die beiden 50-Kilovolt-Transformatoren durch 110-Kilovolt-Transformatoren ersetzt.

Zukunftschancen sichern

In Anspruch genommen sind die rund 90 Mitarbeitenden der Hauptabteilung Technik Elektrizität auch mit laufenden Unterhaltsarbeiten und Optimierungen des insgesamt 1600 Kilometer langen Versorgungsnetzes, inklusive Lichtwellenleiter und Leitungen der Öffentlichen Beleuchtung. Dazu kommen fünf Unterwerke, 300 Netzstationen und acht Gleichrichteranlagen. Um auch in Zukunft eine qualitativ hoch stehende Stromversorgung gewährleisten

zu können, ist es notwendig, Innovationspotenziale zu erkennen und frühzeitig ins Netz einfließen zu lassen. In Bereichen wie Automatisierung, Steuerung und IT-Ver-netzung werden diese Potenziale noch verstärkt genutzt werden. Es geht darum, allfällige Störungen präziser und früher zu ermitteln, Ausfallzeiten weiter zu reduzieren und die Kundschaft noch schneller zu informieren. Einem nachhaltigen Ausbau der Winterthurer Stromnetze gehört die Zukunft.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Netzlänge (m), ohne Öff. Beleuchtung	1 031 303	1 022 583	966 594	+ 0,85
Anzahl Zähler	60 662	59 569	58 320	+ 1,83

Telekomnetz

Grünes Licht für Citynetz Winterthur

Das Stadtparlament genehmigte am 30. August einen Rahmenkredit von 5 Mio. Franken für den Ausbau des Geschäftsbereichs Telekom und gibt damit grünes Licht für die Erstellung eines Winterthurer Citynetzes («Datenautobahn») für den Hochleistungs-Datentransfer. Jetzt gilt: Die StWW versorgen die Stadt nicht nur mit Strom, Erdgas, Wasser und Fernwärme, sie bieten ihrer Kundschaft in Winterthur auch einen Breitbandanschluss über Lichtwellenleiter (Glasfaser) an.

Gänzlich neu ist dieses Tätigkeitsfeld nicht. Der Informatikdienst der Stadt (IDW), die ZHW und die Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw) wickeln ihren Datentransfer schon seit längerem über Leitungen der StWW ab. Das Geschäftsfeld Telekom war bisher im PC Strom integriert und wird zu einem eigenständigen Profitcenter ausgebaut.

Die finanziellen Mittel werden in den nächsten Jahren hauptsächlich für den Ausbau des Glasfasernetzes verwendet. Das hochleistungsfähige Netzwerk hat mittlerweile eine Gesamtlänge von 63 Kilometer erreicht, wobei die Netzlänge im Berichtsjahr um neun Kilometer zugelegt hat. Der weitere Ausbau ist unkompliziert, da die Netzföhrung entlang der bestehenden Stromtrassen erfolgen kann. Die StWW verfügen über die notwendigen Erfahrungen für den Bau, den Betrieb und die Dokumentation von Netzwerken und garantieren durch den ausgebauten Piktetdienst Sicherheit rund um die Uhr.

Aufbruch in eine neue Ära

Die Städtischen Werke Winterthur positionieren sich als leistungsfähige Anbieterin für die Bereitstellung von Standleitungen für die perfekte Vernetzung von lokalen und nationalen Firmenstandorten sowie das «Telehousing». Das neue Profitcenter Telekom steht im Zeichen des Aufbruchs und ist auf Wachstum ausgerichtet.

Die Städtischen Werke bieten ihrer Kundschaft vorerst drei Produkte an. Unter der Bezeichnung «Dark Fiber» werden Grosskunden und Grosskundinnen zwischen zwei oder mehreren Standorten einzelne Fasern des Glasfaserkabels (Mietleitungen) exklusiv zur Verfügung gestellt. Für kleinere Kapazitäten und einen umfassenden Service steht das Produkt «Fiber Network». Hier werden Firmenstandorte und Datenzenter-Knotenpunkte miteinander verbunden, wobei die StWW nicht nur das Kabel zur Verfügung stellen, sondern auch Endgeräte wie Router, Konverter, Switches und Hubs betreiben. Die StWW übernehmen die Verantwortung für die Datenübermittlung, den kundenspezifischen Unterhalt und den Ausbau der Netz-

werkverbindungen sowie einen vereinbarten Service. Die Vernetzung erfolgt auf lokaler Ebene, in Winterthur und Umgebung, und in Zusammenarbeit mit Swissspower auch auf nationaler Ebene. Mit dem Produkt «Telehousing» (Knotenpunkte innerhalb der Kommunikationsnetze) werden Dritten betriebsbereite Räume für ihre Datenübertragungskomponenten zur Verfügung gestellt.

Als gesundes Unternehmen mit hohem Qualitätsstandard und langfristig orientierter Strategie wollen sich die Städtischen Werke in den nächsten Jahren auch im Datenbereich als verlässliche Partnerin profilieren.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Netzlänge (total)	63 110	54 277	38 492	+ 16,27
Anzahl Telehouses	6	5	1	+ 20,00

Gasnetz

Saubere Energie

Ob zum Kochen, Heizen, Warmwasseraufbereiten oder als Treibstoff zum Autofahren – Erdgas erfreut sich in Winterthur zunehmender Beliebtheit. Steigende Ölpreise und die unsichere Entwicklung im Erdölmarkt mögen Gründe dafür sein. Tatsache ist, Erdgas ist eine natürliche und umweltfreundliche Energie, die in Winterthur seit 1974 Einzug gehalten hat und aus Nordeuropa, Russland sowie zu einem kleinen Teil auch aus Nordafrika stammt. Zuvor wurde in Winterthur, bereits seit 1860, Stadtgas eingesetzt.

Sicheres Netzwerk

Die Städtischen Werke Winterthur übernehmen das Erdgas aus den grossen Transportleitungen der Erdgas Ostschweiz AG (EGO) an den Übernahmestationen Tägerloh (Oberwinterthur) und Niderfeld (Wülflingen). Über ein Hochdrucknetz strömt das Erdgas zu Druckreduzierstationen und von dort über das Niederdrucknetz zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Verschiedene Speicher dienen als Versorgungspuffer zum Ausgleich der Tagesspitzen. Das Netz des Gasversorgungsgebietes der StWW umfasst rund 240 Kilometer Rohrleitungen. Oberstes Gebot ist die Sicherheit. Die Hauptabteilung Technik Gas und Wasser, die ein Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001 und ISO 14001 unterhält, kümmert sich um eine periodische Überwachung, Wartung und die laufende Sanierung des Rohrleitungssystems. Das Niederdruck-Erdgasnetz wird alle zwei Jahre systematisch auf Undichtigkeiten überprüft. Im Berichtsjahr wurden 2,6 Kilometer saniert und hauptsächlich Graugussrohre durch Leitungen aus Kunststoff ersetzt.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Netzlänge (Rohrnetz; m)	240 488	241 885	243 462	– 0,58
Anzahl Zähler (werkeigene und private)	9 394	9 501	9 614	– 1,13

Neue Anschlüsse

Der Energieplan der Stadt Winterthur legt das Erdgas-Versorgungsgebiet fest. Innerhalb des festgelegten Bezirks konnten im Berichtsjahr 43 neue Anschlüsse ans

Netz genommen werden. Dieser Erfolg ist sicherlich auch einer koordinierten Förderaktion zu verdanken. Die StWW kümmern sich um neue Netzanschlüsse und neue Kunden und Kundinnen mit dem gleichen Engagement wie um die gesamte Netzqualität. Ein durchgehender Pikettdienst (24 Stunden, 365 Tage) gewährleistet ein Höchstmass an Versorgungssicherheit.

Neue Systemtechnik

Das neue Fernwirk- und Leitsystem für Gas und Wasser bringt die Systemtechnik auf den neuesten Stand und erlaubt eine umfassende Steuerung und Überwachung der Netze. Wenn Erdgas aus Nordeuropa oder regionales Kompogas aus Grünabfällen ins Netz eingespeist wird, wissen das die Städtischen Werke.

Wasserversorgung

Kostbares Nass

Die Verlässlichkeit, mit der sauberes Trinkwasser aus dem Wasserhahn fliesst, sobald man diesen aufdreht, ist zur Selbstverständlichkeit geworden, die hierzulande nicht mehr in Erstaunen versetzt. Erstaunlich ist erst der Blick hinter die Kulissen. Das Winterthurer Wassernetz umfasst ein Leitungssystem, das im Berichtsjahr die Gesamtlänge von 423 Kilometern und 55 Wassergewinnungsanlagen, Stufenpumpwerke und Reservoirs umfasst.

Erstklassige Wasserqualität

Rund 97 Prozent des Wassers werden aus dem Grundwasserstrom der Töss gewonnen. Winterthur verfügt – auch im gesamtschweizerischen Vergleich – über eine hervorragende Trinkwasserqualität. Eine Aufbereitung ist nicht notwendig. Sämtliche gesetzlich festgelegten Grenzwerte wurden auch im Berichtsjahr massiv unterschritten. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, wird dem Grundwasserschutz besondere Beachtung geschenkt. Laufende Laboranalysen dienen der Einhaltung der strengen Lebensmittelgesetzgebung. Seit 2002 sind die StWW im Bereich der Wasserversorgung ISO 9001 zertifiziert. Die zusätzliche Zertifizierung nach ISO 14001 bürgt für ein kontrolliertes Qualitätsmanagementsystem und umweltfreundliche Produktionsbedingungen.

Die StWW nehmen ihre Informationspflicht zur Wasserqualität wahr. Dieser unterstehen seit 1. Januar 2004 alle Schweizer Wasserversorger. Im Internet der StWW (www.energie-winterthur.ch) wird die Bevölkerung aktuell über die Wasserqualität informiert.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Netzlänge (m)	423 281	421 439	419 925	+ 0,44
Absatz (verkaufte Wassermenge; Mio. m³)	8,49	9,18	8,95	– 7,52

Laufende Sanierungsarbeiten

Die Wasserversorgungsplanung ist einer langfristigen Optik verpflichtet. Die Gewinnungs-, Speicher-, Transport- und Verteilanlagen sind auf eine Lebensdauer von rund 50 Jahren ausgelegt. Substanzerhaltung im Sinne einer regelmässigen Wartung, Instandsetzung und Moderni-

sierung sind keine Schlagworte, sondern Alltag. Bei der Sanierung der Leitungsnetze werden alte, in die Jahre gekommene Rohrleitungen durch zeitgemässe Wasserleitungen ersetzt. Die Vergrösserung der Rohrdurchmesser sorgen für einen verbesserten Brandschutz, erhöhen aber den aktuellen Sanierungsbedarf.

Ausbau in Oberwinterthur

Nachdem 2003 das Viertausend-Kubikmeter-Reservoir auf dem Hegiberg mit dazugehörigem Stufenpumpwerk Ohrbühl fertig gestellt wurde, konnte im Dezember das Pumpwerk Talacker durch das Stufenpumpwerk Talwiesen ersetzt werden. Mit der Inbetriebnahme des Stufenpumpwerks Talwiesen ist eine weitere Ausbaustufe der neuen Druckzone im Versorgungsgebiet Oberwinterthur/Hegi abgeschlossen. Damit sind auch die Grundlagen für eine nachhaltige Stadtentwicklung im Raum Oberwinterthur und für einen verbesserten Brandschutz gelegt.

Systemtechnik auf neuem Stand

Ein weiterer Meilenstein in der Geschichte der Wasserversorgung in Winterthur: Nachdem der Stadtrat im November 2001 die «gebundenen» Aufwendungen von 7,5 Mio. Franken bewilligte, konnte im November das neue Fernwirk- und Leitsystem für die Gas- und Wasserversorgung in Betrieb genommen werden. Die Leitstelle erfasst sämtliche Betriebsdaten und erlaubt eine lückenlose Überwachung und Steuerung der Wasser- und Erdgasströme. Die bisherige, 23 Jahre alte Anlage konnte die Anforderungen nicht mehr erfüllen, zudem waren für viele Komponenten keine Ersatzteile mehr lieferbar. Die neue Betriebswarte für die Gas- und Wasserversorgung macht den Betrieb noch sicherer und erlaubt ein schnelles Eingreifen bei allfälligen Störungen.

Fernwärmenetz

Hohe Akzeptanz für den Ausbau

Eine saubere Sache. Die Übernahme der Fernwärmeversorgung für das Sulzerareal in Oberwinterthur durch die StWW und der Ausbau des Fernheizwerks wurden in der Volksabstimmung von 16. Mai 2004 befürwortet. Der Ja-Stimmenanteil von annähernd 80 Prozent zeigt, dass die Akzeptanz für die umweltfreundliche Fernwärmeversorgung, die aus der entstehenden Abwärme bei der Kehrrechtverbrennung in der KVA gespeist wird, sehr gross ist. Das Geschäftsfeld Fernwärme der StWW wird durch diesen Volksentscheid deutlich gestärkt und wird auch in Zukunft durch positive Bilanzen überzeugen.

Schaffung einer modernen Infrastruktur

Das Sulzerareal Oberwinterthur ist im Wandel und entwickelt sich vom Industriegebiet zu einem attraktiven Arbeits- und Lebensraum. Die Übernahme der Fernwärmeversorgung von der Sulzer Immobilien AG durch die StWW wird diesen positiven Wandel fördern. Die übernommene Infrastruktur ist noch ganz auf die Bedürfnisse der Grossindustrie ausgerichtet. Deshalb müssen die vorhandenen Heizanlagen nach einer Übergangsperiode stillgelegt und aufgehoben werden. Die damit verbundenen Kosten belaufen sich auf einen Betrag von rund 14 Millionen Franken, der mit dem vom Volk genehmigten Rahmenkredit zur Verfügung steht. Die Fernwärmeleitungen werden sukzessive, im Rahmen von Strassenerneuerungen, neu verlegt und den gültigen Ausführungsvorschriften angepasst. Das

neue Versorgungskonzept sieht vor, das bestehende Heizwerk auf dem Areal der KVA um zwei Kesseleinheiten zu erweitern. Die Wärmeversorgung des Areals wird über eine neu zu erstellende Heisswasserleitung sichergestellt werden. Mit der Übernahme der Fernwärmeversorgung für das Sulzerareal Oberwinterthur wird eine moderne Infrastruktur geschaffen, die eine Wärmelieferung von der nahe gelegenen KVA für die heutigen und künftigen Gebäude sicher stellt.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Netzlänge (total m)	19 643	19 254	18 584	+ 2,02

Entsorgung

Vorschriftsgemäss und engagiert

Es gilt für die Kehrrechtverbrennungsanlage (KVA) so gut wie für die Abwasserreinigungsanlage (ARA): Die geordnete und vorschriftsgemässe Entsorgung ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Die StWW kümmern sich um die Umsetzung – mit hoher Fachkompetenz und einem Interesse, das in zwei Richtungen zielt. Die Wirtschaftlichkeit der Betriebe wird mit demselben Engagement verfolgt wie eine möglichst durchdachte, umweltfreundliche und nachhaltige Prozessausrichtung. In der KVA bilden gute Auslastung und effiziente Abfallbewirtschaftung auch die Grundlagen für die ökologisch nachhaltige Nutzung der anfallenden Abwärme für Fernwärme und Stromproduktion. In der Kläranlage Hard wird nicht nur Abwasser gereinigt, in der ARA wird auch der gesamte Wärme-Energiebedarf und ein Drittel des benötigten Stroms aus dem anfallenden Klärgas selber produziert.

Vorausschauend planen und investieren

Im sensiblen Bereich der Entsorgung koordinieren die StWW ihre Arbeit auch auf regionaler Ebene. So engagiert sich die KVA auch innerhalb des Zürcher Abfallverbrennungs-Verbundes (ZAV). Die langfristige Entsorgungssicherheit bedingt eine vorausschauende Planung, denn technologische Entwicklungen lassen sich nicht aufhalten und sorgen in der Regel für Prozessoptimierungen. Um auf der Höhe der Zeit zu sein und zu bleiben, sind also kontinuierliche Investitionen unabdingbar. Diese dienen der Werterhaltung der Anlagen, was im Interesse der Bevölkerung und des Wirtschaftsstandorts Winterthur liegt.

KVA

Eine saubere Sache

Wer einmal an einer Führung durch die Kehrrechtverbrennungsanlage (KVA) Winterthur teilgenommen hat, weiss, wie genau man es dort mit der Sauberkeit nimmt. Gerade weil man Abfall sozusagen öffentlich verbrennt, nehmen die StWW gesellschaftlich breit abgestützte Werte wie Sauberkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit besonders ernst.

Rohstoff Abfall

Die KVA verbrennt die Abfälle von Haushalt, Industrie und Gewerbe aus Winterthur sowie 56 weiteren Gemeinden. Die Wirtschaftlichkeit wird in der KVA Winterthur als

lebenswichtiger Erfolgsfaktor betrachtet. Daher überrascht es kaum, dass die KVA Winterthur den tiefsten Kehrichtverbrennungspreis im Kanton Zürich ausweist. Abfall ist ein verwertbarer Rohstoff. Die Auslastung der KVA beeinflusst unter anderem auch die Energiegewinnung (durchschnittlich 12 Prozent des elektrischen Stroms, den Winterthur bezieht, liefert die KVA) oder die Fernwärmeversorgung (immerhin rund sechs Prozent des gesamten Wärmemarktes Winterthur wird von der KVA abgedeckt).

Es ist als Erfolg zu verbuchen, dass die Städtischen Werke Winterthur ab 1. Januar für 11 Gemeinden aus den Bezirken Bülach und Uster die Kehrichtverbrennung übernehmen konnten. Die Verträge haben eine Laufzeit von 5 Jahren. Die KVA Winterthur hat sich damit im Wettbewerb durchgesetzt. Rund 40 Prozent der Abfallmenge, die in der KVA verbrannt wird, kommt aus dem freien Markt. Dabei koordinieren die StWW ihre Abfallbewirtschaftung im Rahmen des Zürcher Abfallverbrennungs-Verbundes (ZAV), der die übergeordnete Kapazitätsplanung im Kanton Zürich vornimmt. Mit Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 25. Oktober 2004 wird die KVA auch die Standortnachteile der Stadt Winterthur finanziell abgelten.

Betrieb

In der KVA Winterthur wurden im Berichtsjahr rund 159 000 Tonnen Abfall verbrannt. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von knapp neun Prozent. Die Kehrichtmenge der Stadt Winterthur belief sich auf 24 000 Tonnen. Die Kehrichttransporte per Bahn aus den Kantonen Zug und Tessin erfolgten störungsfrei. Damit eine möglichst umweltfreundlich Nutzung des Energieträgers Abfall möglich ist, werden die bei der Verbrennung anfallenden Reststoffe wie Flugasche und Filterkuchen neuerdings nicht mehr endgelagert, sondern wieder aufbereitet und in den Stoffkreislauf zurückgeführt. Aus der Schlacke werden Schrott und Buntmetalle der Wiederverwertung zugeführt.

In die Zukunft investieren

Die KVA Winterthur besteht im Wesentlichen aus zwei voneinander unabhängigen Verbrennungslinien. Die ältere Verbrennungslinie 1, die 1978 in Betrieb genommen wurde, muss in den nächsten Jahren ersetzt werden. Im Berichtsjahr wurde der Antrag für einen Planungskredit in der Höhe von 1,6 Mio. Franken vorbereitet. Im Sinne einer langfristig ausgelegten Strategie wird die neue Verbrennungslinie 1 (basierend auf den neuesten technologischen Standards) dafür sorgen, dass die KVA in punkto Sauberkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit ihre Position auch in Zukunft halten und weiter ausbauen kann.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Verbrannte Abfälle (t)	159 827	145 949	145 485	+ 9,51
Dampfproduktion (t)	633 182	559 023	572 325	+ 13,27
Stromverkauf (Mio. kWh)	67,1	49,2	58,9	+ 36,38

ARA

Einwandfreie Reinigungsleistung

Die Abwasserreinigungsanlage (ARA) Hard reinigt das Abwasser der Stadt Winterthur sowie diverser anderer Gemeinden der Umgebung. Täglich werden durchschnitt-

lich 55 000 Kubikmeter gereinigtes Abwasser in die Töss eingeleitet. Die gesetzlich vorgeschriebenen Einleitungswerte werden dabei deutlich unterschritten. Die einwandfreie Reinigungsleistung der Kläranlage Hard ist entscheidend für den wirkungsvollen Gewässerschutz. Denn saubere Gewässer sind ein sicheres Indiz für die hohe Lebensqualität in Winterthur und der Region.

Das Augenmerk der StWW gilt der langfristigen Entwicklung der ARA: Die Kläranlage Hard kommt ins Alter und wird in den nächsten Jahren teilweise erneuert werden müssen. Die letzte Sanierung und der letzte Ausbau liegen bereits mehr als zehn Jahre zurück. Abnützungsercheinungen, wachsende Ansprüche im Bereich Gewässerschutz und umwelttechnische Fortschritte in der Abwasserreinigung machen diesen Schritt notwendig und im Sinne einer langfristigen Werterhaltung sinnvoll. Bereits im Berichtsjahr sind erste Planungen erstellt worden, um die Reinigungsleistung der Kläranlage auch in Zukunft sicherstellen zu können.

Zeitgemässe Schlammverbrennung

Seit 1. Mai 2003 ist der Einsatz von Klärschlamm als Dünger auf Futter-, Obstbau- und Gemüseflächen verboten. Ab 1. Oktober 2006 gilt dieses Verbot auch für alle anderen Böden. Klärschlamm enthält zwar Pflanzennährstoffe wie Phosphor und Stickstoff, aber auch eine Reihe von weniger erwünschten Stoffen. Der vermehrt anfallende Klärschlamm muss in Zukunft verbrannt werden. Das heisst, die Bedeutung einer effizienten Schlammverbrennungsanlage (SVA) nimmt zu.

In diesem Zusammenhang steht im Berichtsjahr auch die Erweiterung der Klärschlammverwässerung in der ARA um einen zusätzlichen, dritten Behälter. Der so genannte «Nacheindicker» stellt sicher, dass der Schlamm genügend Zeit hat, sich im Behälter abzusetzen. Die längere Standzeit hat zur Folge, dass der Klärschlamm weniger Wassergehalt aufweist und dadurch besser verbrannt werden kann. Dies minimiert sowohl den notwendigen Einsatz von Chemikalien als auch die zur Verbrennung aufzuwendende Energie. Auch diese Verbrennungswärme wird genutzt. Die Kläranlage Hard produziert ihren gesamten Wärme-Energiebedarf und ein Drittel des benötigten Stroms selber.

Ökonomischer Betrieb

Der wirtschaftliche Betrieb der ARA und damit die Gewährleistung möglichst moderater Abwasserpreise, setzen eine effiziente Abwasserbewirtschaftung voraus. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen dabei weiterhin der Gesamtprozess der Abwasserreinigung und das erzielte Ergebnis – nämlich die hohe Reinigungsleistung der Kläranlage Hard. Die Auslastung der SVA ist ebenfalls ein Faktor, der sich im Betriebsergebnis niederschlägt. Dass im Herbst elf neue Entsorgungsverträge für Klärschlamm mit verschiedenen Kläranlageverbänden der Region unterzeichnet werden konnten, ist ein Erfolg, der sich auch in Zukunft positiv auswirken wird. Eine «erfolgreiche ARA» ist dem Modernisierungsdruck besser gewachsen und wird auch Investitionen in die langfristige Betriebssicherheit der Anlagen nicht scheuen.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Abwasserdurchfluss (m³)	18 609 000	18 111 040	23 206 180	+ 2,75
Schlammverbrennung (m³)	70 397	63 812	58 517	+ 10,32

Dienstleistungen

Es geht ums Ganze, um zufriedene Gesichter

Die Leistungen der StWW beschränken sich nicht auf den Verkauf von Energie und die Entsorgung. Es geht den StWW um eine umfassende Dienstleistung. Hausinstallationen, das Energie-Contracting und weitere Dienstleistungen runden das Angebot ab und sorgen für eine grosse Zufriedenheit bei der Kundschaft. Für die StWW ist das das höchste Ziel. Das Profitcenter Haustechnik konnte sich im Berichtsjahr auch unter Marktbedingungen behaupten und sein Angebot ausbauen. Besonders geschätzt wird der Pikettdienst der Städtischen Werke, der in Winterthur rund um die Uhr für Sicherheit sorgt. Aber auch umfassende Beratungsleistungen werden geschätzt und sollen in Zukunft ausgebaut werden.

Im Bereich Geschäftskunden und Geschäftskundinnen hat sich das Energie-Contracting (EC) sehr erfolgreich etabliert, denn das komplette Outsourcing der Wärmebewirtschaftung an die Städtischen Werke als zuverlässige Partnerin besticht durch überzeugende Vorteile. Statt selbst zu investieren, überlassen EC-Kunden bzw. -Kundinnen Planung, Ausführung, Betrieb, Wartung und Unterhalt der Energiezentrale den Spezialisten. Mit den StWW haben sie eine Ansprechpartnerin, die ihnen langfristig Sicherheit und Solidität garantiert. Das junge Geschäftsfeld zeigt, dass die StWW neue Geschäftsideen aufgreifen und erfolgreich nutzen. Dies erhöht den Nutzen für die Kundschaft und die Attraktivität des Standortes Winterthur.

Haustechnik

Weiter auf Erfolgskurs und noch näher am Markt

Ein schöner Erfolg. Nachdem die Installationsabteilungen Elektrizität und Gas/Wasser im Jahr 2001 in der Abteilung Haustechnik zusammengeführt wurden, konnte das Profitcenter 2003 erstmals auf eigene Rechnung wirtschaften und Gewinn erzielen. Auch im Berichtsjahr bewegte sich die Abteilung weiter auf erfreulichem Kurs.

Die Abteilung Haustechnik besteht aktuell aus einem Team von 27 Personen, vier Lehrlinge mitgerechnet. Das Produkt- und Serviceangebot wird in punkto Leistungsumfang und Qualität immer wieder aktuellen Marktbedürfnissen angepasst. Die Städtischen Werke übernehmen Installation und Service für sämtliche Elektrogeräte, Telefon, Gebäudevernetzung, Gasheizungen, Sanitäranlagen, Voltaire-Anlagen, Sicherheitsanlagen und vieles mehr.

Die Mitarbeiter der Haustechnik gehen bei Privaten, aber auch bei Gewerbe und Industrie täglich ein und aus. Sie sind die eigentlichen Botschafter der Städtischen Werke Winterthur. Neben fachlicher Kompetenz werden Sozialkompetenz und ein offenes Ohr für die Wünsche und Anliegen der Kundschaft immer wichtiger. Dies will geübt sein. Deshalb wurde viel Zeit und Energie in die Weiterbildung investiert. Dadurch und mit einer verbesserten Ablauforganisation konnte die Produktivität um rund 10 Prozent gesteigert werden.

Die Städtischen Werke Winterthur bleiben Tag und Nacht auf Draht

Planungen und Installationen für Wasser-, Gas- und Stromanlagen sind das Kerngeschäft der Abteilung Haustechnik. Bekannt sind das Haustechnik-Team und die Städtischen Werke insgesamt aber aufgrund ihres zuverlässigen 24-Stunden-Pikettdienstes. Was tun, wenn bei voll besetztem Restaurant plötzlich und ohne ersicht-

lichen Grund das Licht ausgeht, wenn die Wasserleitung ausgerechnet am Weihnachtsabend zu gurgeln beginnt, wenn am Wochenende der Warmwasser-Boiler streikt oder die Gasheizung in den Ausstand tritt? Die Haustechnik-Mitarbeiter sind zur Stelle und werden dann oft wie rettende Engel empfangen. Im Berichtsjahr konnten sie ihr Talent in Notfällen exakt 294 Mal unter Beweis stellen.

Individuelle Sicherheit für einen sorglosen Alltag

Eine neue Dienstleistung. Seit dem Frühjahr bieten die Städtischen Werke ihrer Kundschaft das Sicherheitskonzept «vivoprotect» an. Das innovative Konzept konnte in Zusammenarbeit mit «Protection One», dem Marktführer für Fernüberwachung, entwickelt werden. Es handelt sich dabei um eine bedienungsfreundliche Komplettlösung für die Überwachung von Immobilien und Wohneigentum. Das System integriert einen Assistenz-Service, der für die Schweiz einzigartig ist und rund um die Uhr für Sicherheit gegen Einbruch sorgt. Die Lösung für Einfamilienhäuser, Wohnungen und Unternehmen wird auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten und von der Haustechnik-Abteilung installiert und gewartet. Eingeführt wurde die Sicherheitslösung in enger Zusammenarbeit mit dem Westschweizer Unternehmen «Romande Energie».

Die Abteilung Haustechnik hat mit «vivoprotect» ihr Angebot rund ums Haus sinnvoll erweitert. Erste Erfahrungen im Verkauf stimmen zuversichtlich. Besonders stolz ist das Team darauf, dass sie als erste Anbieter im Raum Winterthur in der Lage sind, «vivoprotect» anzubieten, selbstverständlich mit einem 24-Stunden-Pikettdienst.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Anzahl Piketteinsätze	294	330	280	- 10,91
Anzahl Aufträge	3 820	3 370	2 900	+ 13,35

Energie Laden

Hundert Jahre und wie weiter

Der Energie Laden ist so alt wie die Stromversorgung in Winterthur – im Berichtsjahr waren es exakt 100 Jahre. Was nützte der Strom, wenn es an Lampen, Glühbirnen und elektrischen Apparaten fehlte? Obwohl das Gaswerk, das damals bereits einen eigenen Laden unterhielt, dem Strom keine grosse Zukunft prophezeite, wurde der Energie Laden eröffnet, in dem die Winterthurer «elektrisches Licht» einkaufen und ihre Fragen zum «Strom-Wunder» stellen konnten.

Der Energie Laden an der Steinberggasse 13 im Herzen der Altstadt ist noch immer Anlaufstelle für die lichthungrige und wissensdurstige Winterthurer Bevölkerung. Gut 35 Prozent des Umsatzes fielen im Berichtsjahr auf Leuchten und Glühmittel. Weitere wichtige Umsatzträger sind mit rund 30 Prozent Haushaltsgeräte wie Kaffeemaschinen, Staubsauger und Konsorten. Und die Beratungsleistungen? Dass eine Stromsparlampe im Vergleich mit einer herkömmlichen Glühlampe günstiger ist, da sie fünf Mal weniger Strom verbraucht und eine bis zu sieben Mal längere Lebensdauer besitzt, erfährt man im Energie Laden – gratis und franko. Dazu natürlich vieles andere mehr. Die Energieberatung im Energie Laden ist für die Städtischen Werke eine wichtige, persönliche Kontaktebene zur Privatkundschaft.

Kundenloyalität immer wichtiger

Eine repräsentative Umfrage hat ergeben, dass persönliche Kontakte im Umgang mit der Energiekundschaft wichtig sind. Die Bedeutung in Bezug auf die Kundenloyalität belegen auch Erfahrungen in offenen Energiemärkten. Deshalb ist die strategische Bedeutung einer publikumsnahen und marktorientierten Kundenplattform für die StWW sehr gross. Kundinnen und Kunden sollen sich über sämtliche Produkte und Dienstleistungen der StWW informieren können und dabei auf Wunsch alles Wissenswerte zu den Themen Strom- und Gasversorgung, Gasheizungen, Wasser, Fernwärme, Kehrrichtverbrennung und Abwasserreinigung erfahren.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Anzahl Kundenkäufe	27 016	25 374	24 319	+6,47

Energie-Contracting

Eine Erfolgsgeschichte

Die Dienstleistungen der Städtischen Werke Winterthur im Bereich Energie-Contracting (EC) haben sich sehr schnell und sehr gut etabliert. Die erfreuliche Geschäftsentwicklung zeigt, dass die Leistungen der StWW einem regen Kundenbedürfnis entsprechen und geschätzt werden. Die Kundschaft überlässt den Städtischen Werken in der Regel die komplette Wärme- oder Kälteversorgung und bestimmt über Art und Umfang des individuell ausgelegten Energie-Contracting und profitiert von einer sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvollen, professionellen Lösung. Das EC der StWW umfasst im Wesentlichen Planung und Finanzierung, Bau und Betrieb von Energieanlagen. Innerhalb von nur vier Jahren ist ein dynamisches Geschäftsfeld entstanden, das die Entwicklung der StWW auch in Zukunft prägen wird. Die Betriebsvorschüsse sind abgetragen, so dass eine positive Betriebsreserve ausgewiesen werden konnte.

Das Vertrauen, das den StWW von Kundenseite entgegengebracht wird, ist gross. Die Städtischen Werke gelten als Garant für langfristige Betriebssicherheit, Professionalität und Verlässlichkeit. Dabei arbeiten sie in Bereichen wie Engineering, Planung und Realisierung mit verschiedenen Partnern zusammen, die auf ihrem Gebiet wiederum über ein fundiertes Know-how verfügen. Aufbauend auf dem guten Image sind es dann wieder die Projekte und die Kunden und Kundinnen, die als erstklassige Referenzen für das EC der StWW sprechen.

Erstklassige Referenzen

Nachdem das Volk im Mai mit deutlichem Mehr einem Objektkredit in Höhe von 9,5 Mio. Franken zustimmte, konnten die StWW die Wärme- und Kälteversorgungsanlagen auf dem Sulzerareal Stadtmittelpunkt per 1. Oktober übernehmen. Die Anlagen werden im EC weiter betrieben. Damit wird die Energieversorgung auf diesem für Winterthur wichtigen Entwicklungsareal langfristig und zu wirtschaftlichen Konditionen gewährleistet. Im aufstrebenden Gebiet Sennhof werden die StWW eine zentrale Holzschnitzel-Heizzentrale bauen. Vertragsverhandlungen mit der Bühler AG und der Heimstättengenossenschaft (HGW) Winterthur wurden im Berichtsjahr aufgenommen, um nebst einer Schule auch private Ein- und Mehrfamilienhäuser mit Wärme zu versorgen. Dass die StWW keine

Berührungsängste mit dem CO₂-neutralen Energielieferanten Holz kennen, zeigte im Jahre 2002 bereits der Bau der Holzschnitzel-Heizzentrale in Winterthur-Hegi. Heute werden dort im Quartier «Gern» über 650 Wohneinheiten mit Wärme versorgt. Auch das Immobilienunternehmen Siska Heuberger Holding AG konnte im 2004 als EC-Kundin gewonnen werden. Sie vertraut mittlerweile einen Teil der Wärmeversorgung ihrer Immobilien den StWW an.

Städtische Werke machen Dampf

Das Dampf-Contracting ist Teil des Geschäftsfeldes EC, denn ab 2005 stellen die StWW für Sulzer Chemtech die Dampfversorgung sicher. Sulzer Chemtech nutzt die Vorteile einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit, die dem Unternehmen eine langfristig optimale Energieversorgung verspricht und gleichzeitig dafür sorgt, sich auf Kernkompetenzen zu konzentrieren.

Es ist der schnell erkennbare Nutzen, der neuen Ideen zum Durchbruch verhilft. Die Idee, die gesamte Energieversorgung in kompetente Hände zu legen und sich damit Kapital, Zeit und Ärger zu ersparen, leuchtet ein und macht deshalb auch in Winterthur Schule. Die Städtischen Werke profitieren davon.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Absatzmenge Wärme (Mio. kWh)	26,614	5,853	1,104	+ 269,28
Absatzmenge Kälte (Mio. kWh)	0,453	0	0	

Öffentliche Beleuchtung

Die im Dunkeln sieht man nicht

Winterthur bei Nacht, zwischen Dämmerlicht und Morgengrauen – die öffentliche Beleuchtung der Städtischen Werke bringt Licht ins Dunkel, erhellt das Zwielicht, sorgt für Sicherheit im öffentlichen Raum und im Strassenverkehr. Sie will aber auch ein stimmiges Ambiente schaffen.

Vielleicht wird der Aufbruch, den die Stadt Winterthur in den letzten Jahren erfahren hat, nirgends spürbarer als beim Blick ins rege Nachtleben. Die Entwicklung von der beschaulichen Arbeiterstadt mit frühen Polizeistunden zum urbanen Zentrum mit vielseitigem Kulturangebot, attraktiver Gastronomie und unterschiedlichsten Szenentreffen ist offensichtlich. Diese Angebote nutzen neben Besuchern und Besucherinnen aus der Region immer mehr junge Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen. Die Zunahme der Einwohnerzahl auf über 95 000 geht Hand in Hand mit einer Zunahme der Leuchtstellen. Der Bestand per 31. Dezember liegt bei 9382, was einer Zunahme von 263 entspricht. Dazu beigetragen haben die Entwicklungen in Seen, Hegi, Wülflingen und im Sulzerareal Stadtmittelpunkt. Insgesamt wurden 4,65 Mio. Kilowattstunden für die Öffentliche Beleuchtung aufgewendet.

Die Städtischen Werke sorgen für eine energieeffiziente und angemessene Beleuchtung. Aber was ist angemessen? Und was ist übertrieben? Wichtigstes Kriterium ist die Sicherheit im öffentlichen Raum. Dabei geht es nicht darum, die Nacht zum Tag zu machen, sondern darum, mit adäquaten Lichtquellen das immer auch subjektive Gefühl der Sicherheit bei Passanten bzw. Passantinnen und Verkehrsteilnehmenden im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten zu berücksichtigen.

Laufende Kontrollen und Erneuerungen

Die konsequente Überwachung der Funktion und das rasche Eingreifen bei Ausfall von Laternen durch Störungen, Vandalismus oder Unfälle ist eine wichtige Aufgabe der Abteilung Öffentliche Beleuchtungen. Der Pikettdienst ist rund um die Uhr einsatzbereit. Die Städtischen Werke beschäftigen elf nebenamtliche Laternenkontrolleure. Auch Hinweise aus der Bevölkerung sind sehr willkommen. Eine unabhängige Arbeitsgruppe, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung und Politik zusammensetzt, beschäftigt sich u.a. auch mit dem Thema Öffentliche Beleuchtung. Durch ihre wertvolle Arbeit hilft sie mit, die Beleuchtung in Winterthur ständig zu optimieren und den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Neben der Kontrolle und Wartung stehen die laufende Erneuerung und Modernisierung des ausgedehnten Beleuchtungssystems im Mittelpunkt der Arbeit. Bei Sanierungen von Leitungen und Leuchtstellen werden dabei auch internationale Richtlinien berücksichtigt.

Internationale Lichttage Winterthur

Die StWW waren dabei, als im Rahmen der ersten «Internationalen Lichttage» 42 Studierende und sechs Lichtdesigner aus über zehn Nationen auf dem Sulzerareal Stadtmitte ihre Lichtinstallationen inszenierten. Sie stellten die Infrastruktur zur Verfügung und betreuten die Lichtinszenierungen. Zusammen mit der Schweizer Licht Gesellschaft (SLG) und der Stadt übernahmen die StWW das Patronat der Veranstaltung. Die Lichttage setzten ein Highlight und etablieren auch auf lange Sicht den Ruf von Winterthur als Kulturstadt. Für die Abteilung Öffentliche Beleuchtungen war die Zusammenarbeit mit den Lichtdesignern eine spannende Herausforderung. Licht ist ein Gestaltungselement und damit auch ein Mittel der Stadtentwicklung.

Kennzahlen

	2004	2003	2002	Veränderungen 2003/04 in %
Anzahl Leuchtstellen	9 382	9 119	8 758	+ 2,88
Netzlänge (m)	521 792	516 697	669 463	+ 0,97

Beteiligungen

Gemeinsam Mehrwert schaffen

Die StWW erbringen ihre Kernaufgaben sowohl in der Energie-, Wärme- und Wasserversorgung als auch in der Abfall- und Abwasserentsorgung zuverlässig und mit hoher Qualität. Dabei erfüllen sie teilweise einen gesetzlichen Auftrag, andererseits orientieren sie sich am Marktgeschehen, an den Bedürfnissen ihrer Kundschaft. Allianzbildungen sind überall dort sinnvoll, wo für Privat- und Geschäftskundschaft ein Mehrwert geschaffen werden kann. Weil es nicht darum gehen kann, alles – und vor allem – «alles um jeden Preis» selber machen zu wollen, sind die StWW offen für Allianzen und strategische Beteiligungen. Denn in einer guten Allianz ist das Ganze mehr Wert als die Summe seiner Teile und die Beziehung basiert auf einer Win-Win-Strategie.

Die Gemeinsamen Ziele verbinden

Die strategisch wichtigste Allianz der StWW ist jene mit der Swisspower AG, an der die Stadt mit fünf Prozent beteiligt ist. Die Zusammenarbeit innerhalb der Swisspower

gestaltet sich für alle Beteiligten fruchtbar. Die Erdgas Ostschweiz AG (EGO) übernimmt Grosshandel und Ferntransport des Erdgases für mehrere Partner bzw. Partnerinnen, die Städtischen Werke sind für dessen Feinverteilung zuständig. Eine partnerschaftliche Allianz, bei der das gemeinsame Know-how im Zentrum steht, pflegt die Abteilung Energie-Contracting der StWW mit der ETAWATT Schaffhausen AG, die im selben Bereich tätig ist. Auch hier gilt: Was man besser gemeinsam entwickeln kann, sollte man nicht alleine realisieren. Neu ist die Beteiligung an der Firma InstaControl AG, die am 1. Januar ihren Betrieb aufgenommen hat. Es handelt sich um ein mit den Städtischen Werken Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall gemeinsam gegründetes Unternehmen zur Qualitätssicherung elektrischer Installationen.

Nachhaltigkeit

Langfristig gedacht

Die Städtischen Werke Winterthur widmen in ihrem Geschäftsbericht zum zweiten Mal ein Kapitel dem Thema Nachhaltigkeit mit seinen verschiedenen Aspekten Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, inklusive Personal. «Nachhaltig» verstehen die StWW als langfristig auf aktuellem Niveau durchhaltbar.

Ökonomisch: Unterstützung des Wirtschaftsstandortes

Eine lückenlose Energieversorgung ist für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes ebenso wichtig wie die zuverlässige Abwasserentsorgung oder Kehrriechverbrennung. Hier ansässige Firmen können im Normalfall rund um die Uhr produzieren. Energieausfälle sind äusserst selten und in kürzester Zeit behoben. Investitionen in entsprechende Anlagen und deren Unterhalt sind langfristig angelegt.

Verschiedene Massnahmen, die im Berichtsjahr eingeleitet wurden, werden sich vorteilhaft auf den Wirtschaftsstandort Winterthur auswirken. Beispielsweise: Die StWW senkten ihre Strompreise um bis zu 14 Prozent. Auch der Erdgaspreis wurde trotz stark gestiegener Erdölpreise nur moderat angehoben und die Preise für die Kehrriechverbrennung konnten nochmals reduziert werden.

Die Perspektive der Städtischen Werke ist eine langfristige. Dies gilt für Planung und Wirtschaftlichkeit genauso wie für die attraktive Ausgestaltung ihrer Preispolitik.

Ökologisch: Sorgfältiger Umgang mit Ressourcen

Seit rund zwei Jahren sind die umweltsensiblen Geschäftsfelder der StWW nach ISO 14001 zertifiziert. Es handelt sich dabei um die Hauptabteilung Wärme und Entsorgung mit den Bereichen Kehrriechverbrennung, Abwasserreinigung, Energie-Contracting und Fernwärmeversorgung sowie um die Hauptabteilung Technik Gas und Wasser. Der Fokus dieses Qualitätsmanagements liegt auf allen für die jeweiligen Bereiche relevanten Umweltaspekten.

Zum Beispiel: In der Kläranlage Hard konnte dank einem neuen Nacheindicker der Einsatz von Chemikalien und Energie bei der Verbrennung des Klärschlammes minimiert werden. Oder: Die Reststoffe der Kehrriechverbrennungsanlage (KVA) werden nicht mehr endgelagert, sondern wie bei der anfallenden Schlacke wieder aufbereitet und dem Stoffkreislauf zugeführt. Übrigens: In der KVA werden rund 15 Prozent des in Winterthur benötigten Stroms mittels Abfallverbrennung selbst produziert. Mit

dem Ausbau der Fernwärmeversorgung in Oberwinterthur wird die Stadtluft künftig von 6600 Tonnen CO₂ entlastet. Zudem werden gesamthaft rund 6 Prozent des städtischen Wärmebedarfs aus «Abfallenergie» gewonnen.

Aber auch Geschäftsfelder, die nicht nach ISO 14001 zertifiziert sind, arbeiten umweltgerecht. Das Bewusstsein für einen schonenden Umgang mit Ressourcen ist in der gesamten Belegschaft hoch. So werden beispielsweise bei der öffentlichen Beleuchtung nur noch quecksilberfreie Lampen eingesetzt. Oder: In der Haustechnik und beim Bau von Trafostationen werden ökologische Materialien bevorzugt. Ein weiterer Meilenstein: Im Mai konnten die StWW die zweite Naturgastankstelle eröffnen. Gleichzeitig wurde die Aktion «Umsteigen lohnt sich» lanciert, die sich an Private, Gewerbe und Flottenbetreibende richtet. Auf Winterthurs Strassen verkehrten am Ende des Berichtsjahres, auch dank der Aktion, 25 erd- und naturgasbetriebene Fahrzeuge mehr. Diese stossen jährlich insgesamt 27 Tonnen weniger CO₂ aus als benzinbetriebene Autos.

Um Überkapazitäten bei der Abfallverbrennung zu vermeiden, koordiniert die KVA ihre Arbeit mit dem Zürcher Abfallverbund (ZAV), der die gemeinsame Kapazitätsplanung im Kanton Zürich vornimmt. Der ZAV ist ein volkswirtschaftlich sinnvolles Instrument für eine nachhaltige Abfallbewirtschaftung.

Gesellschaftlich: Mehrwerte schaffen

Die StWW halten in ihrem Leitbild fest, dass sie sich in Gesellschaft und Kultur engagieren. Im Rahmen des Jubiläums «100 Jahre unter Strom» haben sich die Städtischen Werke Winterthur auf verschiedenen Ebenen engagiert. So lancierten sie unter anderem eine Aktion, bei der die StWW die Stromkosten von 100 Haushalten für ein Jahr lang übernehmen. Es handelt sich um Personen, die am Rande des Existenzminimums leben und nicht auf Sozialhilfe zählen können. Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Jubiläum haben die StWW die «Internationalen Lichttage Winterthur» betreut und mit Fachpersonal begleitet. Das Festival diente der Standortförderung, belebte das Sulzerareal Stadtmitte und liess es in einem neuen Licht erscheinen. Die Städtischen Werke übernahmen auch das Patronat der viel beachteten Ausstellung «Licht-Raum» im Gewerbemuseum.

Ein weiteres, interessantes Jubiläumsprojekt wurde in Zusammenarbeit mit vier Winterthurer Schulen durchgeführt. Während einer Projektwoche betätigten sich die Schülerinnen und Schüler als Energiedetektive und wurden so für den vernünftigen und sorgfältigen Umgang mit Energie sensibilisiert – ein elementares Zukunftsthema, gerade wenn es darum geht, angesichts der zu erwartenden Energieknappheit aufgrund abnehmender Erdölvorkommen den aktuellen Lebensstandard langfristig halten zu können.

Ebenfalls der Sensibilisierung im Umgang mit Ressourcen dient der Abfallunterricht in Schulen, dessen Wiedereinführung die StWW unterstützen. Begleitet werden auch Studierende der ZHW bei ihren Diplomarbeiten, wenn diese Energiethemen aufnehmen und beleuchten. Noch etwas: Unter dem Aspekt einer sinnvollen Freizeitgestaltung konnten die Städtischen Werke einer Gruppe junger Graffiti-Maler in der KVA eine Betonwand zur kreativen Energieentladung zur Verfügung stellen. Das legal erstellte Graffito, das einen thematischen Bezug zur Kehrrichtverbrennung aufweist, schmückt seither die KVA und erfreut sich positiver Beachtung.

Personell: Beweglich bleiben

«Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Quelle des Unternehmenserfolgs.» So steht es im Leitbild der StWW und so ist es in der Tat. In den Städtischen Werken arbeiteten Ende 2004 insgesamt 314 Personen, einschliesslich 13 Lehrlinge. Die individuelle Förderung und Weiterbildung ist, gerade im Sinne einer nachhaltigen Personalentwicklung, von eminenter Bedeutung. Genau so wichtig ist die Lehrlingsausbildung, die den Grundstock an Nachwuchsfachleuten legt. Sie befähigt die jungen Leute, sich das Know-how für die Zukunft anzueignen.

Wenn das Unternehmen als Ganzes gesund und beweglich sein soll, müssen alle ihren Teil dazu beitragen. Innerhalb des Projekts «Kader- und Personalentwicklung» wurden Funktionen und Qualifikationen konstruktiv zueinander in Beziehung gesetzt. Daraus abgeleitet wurden konkrete Weiterbildungen und Weiterbildungsangebote, von denen die Mitarbeitenden ebenso profitieren konnten wie die Städtischen Werke als Ganzes. Wer neu bei den Städtischen Werken Winterthur beginnt, wird ins Team eingeführt und gründlich mit der Materie vertraut gemacht. Regelmässige Standortbestimmungen fördern die Motivation, gemeinsam definierte Ziele zu erreichen. Zudem versuchen die StWW das Wir-Gefühl zu fördern und über alle Abteilungen hinweg die Gemeinsamkeiten zu betonen. In Bezug auf Alter und Geschlecht streben die StWW langfristig eine gute und gesunde Durchmischung an. Balance halten, zwischen Leistung und Entlohnung, zwischen Arbeit und Freizeit, ist für die Städtischen Werke so wichtig wie ein gutes Verhältnis zu den Personalvertretungen. Angestrebt wird eine Sozialpartnerschaft, die diesen Namen verdient.

Eine nachhaltige Entwicklung, dessen ist man sich bei den StWW gewiss, gelingt am Besten, wenn jeder Einzelne und jede Einzelne motiviert ist und alle zusammen am gleichen Strick ziehen. Im Übrigen sind auch die Städtischen Werke Winterthur eine lernende Organisation, die offen bleibt und sich ständig bewegen muss, um gesund und erfolgreich zu bleiben.

Stadtbus Winterthur

«Die Winterthurer Verkehrsbetriebe sind ab heute Vergangenheit», sagte Stadtrat Walter Bossert, als er am 16. Juni die neue, viel diskutierte Unternehmensbezeichnung Stadtbus Winterthur sowie den neuen, markanten Auftritt der Öffentlichkeit vorstellte. Für die Unternehmung war dies das bedeutendste Ereignis in einem Jahr, welches mit zahlreichen weiteren, aus Sicht des Kundennutzens wichtigen Höhepunkten aufwartete.

Dazu gehören die ÖV-Erschliessung des Eschenbergs und des Tierparks Bruderhaus an Wochenenden und Feiertagen, die Betriebsaufnahme auf der Linie 14 zwischen HB und Hegi sowie die Anbindung Ibers an das S-Bahn-Netz in Seen mit der Linie 9. Von besonderer Bedeutung ist auch die Erneuerung der Dieselbusflotte und die Ausrüstung aller Dieselfahrzeuge mit CRT-Partikelfiltern, welche Stadtbus als erstes Unternehmen im ZVV realisierte.

Den krönenden Abschluss eines erfolgreichen Jahres stellten die guten Ergebnisse der Qualitätsumfrage dar, welche die Wirksamkeit der in den letzten Jahren umgesetzten Massnahmen und realisierten Projekte zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität bestätigten. Mit dem zertifizierten Qualitäts- und Umweltmanagementsystem nach ISO 9001 bzw. 14000, mit dem Qualitäts-Gütesiegel, Stufe III, von Tourismus Schweiz und der guten Beurteilung durch die Fahrgäste darf Stadtbus Winterthur zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Aufwand und Ertrag

Die Rechnung schliesst mit einem Totalaufwand von 36 180 045.69 Franken und einem Totalertrag von 37 605 086.15 Franken ab. Der Überschuss von 1 425 040.46 Franken wird der Betriebsreserve zugewiesen. Die Einlage in die Betriebsreserve ist die Differenz zwischen budgetiertem Leistungsentgelt (Basis Gesamtaufwand ZVV-Voranschlag) und effektivem Aufwand der Laufenden Rechnung.

Der Personalaufwand ist infolge mehr unproduktiver Stunden – Krankheit und Unfall im Fahrdienst – 1,5 % höher als budgetiert. Diese Mehrkosten werden allerdings durch zusätzliche Einnahmen bei den Lohnrückerstattungen durch die SUVA grösstenteils kompensiert.

Der Sachaufwand schliesst weit unter Budget ab, da noch keine Kosten für externe Datenverarbeitung beim Leitsystem entstanden sind. Das Projekt Leitsystem wird Anfang 2006 gestartet. Gezielte Sparmassnahmen im Werkstattbereich (Fahrzeugreinigung) und günstigere Einkaufspreise für Energie ermöglichten zusätzliche Einsparungen. Ebenfalls unter dem Budget liegen die Infrastrukturkosten, da grössere Projekte wie die Buswartehalle für die Linie 14 und Fahrleitungsunterhalt verschoben wurden. Bei den Kapitalkosten entspricht der Zinsaufwand dem Budget. Die Abschreibungen sind markant tiefer, da für das Projekt Leitsystem noch keine Investitionen getätigt wurden.

Die Einnahmen sind höher als budgetiert, da ein Grossteil der ausgemusterten Fahrzeuge verkauft werden konnte und zusätzliche Lohnrückerstattungen erfolgten (siehe unter Personalaufwand). Die Einnahmen für Werbung und Extrafahrten entsprechen den Budgetvorgaben.

Die Betriebsreserve weist folgende Zahlen aus:

Betriebsreserve	Einlage Fr.	Entnahme Fr.	Saldo Fr.
Betriebsreserve per 1.1.2004			1 263 913.33
Rückzahlung an den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV)		– 1 188 296.69	
Diverse Personalaktionen		– 8 512.00	
Ergebnis Rechnung	1 425 040.46		
Betriebsreserve 31.12.2004			1 492 145.10

Leistungsspiegel SBW

Aufwand/Einnahmen	2003	2004	ABW %
Personalaufwand In Tausend Fr.	23 472	24 055	2,5
Sachaufwand	6 927	7 530	8,7
Kapitalaufwand	4 192	4 268	1,8
Transportbeauftragter	346	327	– 5,5
Total Aufwand	34 937	36 180	3,6
Total Nebeneinnahmen	2 264	2 350	3,8
Gesamtaufwand pro Fahrplankilometer			
Personalaufwand Fr. / km	5,94	5,98	0,7
Sachaufwand Fr. / km	1,76	1,87	6,3
Kapitalaufwand Fr. / km	1,06	1,06	0,0
Total Fahrplankilometer Fr. / km	8,76	8,99	2,6

Personalbestand per 31.12.

Direktion und Verwaltung	Anz. Pensen	20,90	19,35	– 7,4
Betrieb und Fahrpersonal	Anz. Pensen	160,00	166,30	3,9
Technik und Werkstatt	Anz. Pensen	29,40	29,25	– 0,5
Total Personalbestand	Anz. Pensen	210,30	214,90	2,2

Fahrzeugbestand per 31.12.

Gelenktrolleybusse	Anzahl	31	31	0,0
Standardautobusse	Anzahl	31	29	– 6,5
Gelenkautobusse	Anzahl	13	15	15,4
Total Fahrzeuge	Anzahl	75	75	0,0

Fahrplankilometer

Stadt:	Trolleybusse	km	1 639 686	1 617 857	– 1,3
	Autobusse	km	1 414 980	1 496 617	5,8
Total Stadt		km	3 054 666	3 114 474	2,0
Region:	Winterthur-Flughafen	km	522 791	531 688	1,7
	Winterthur-Elsau	km	76 233	80 350	5,4
	Winterthur-Dättlikon	km	119 303	119 571	0,2
	Winterthur-Gundetswil	km	48 586	52 967	9,0
	Brütten-Nürensdorf-Effretikon	km	90 333	90 811	0,5
	Nachtbusse	km	33 340	35 045	5,1
Total Region		km	890 586	910 432	2,2
Total Stadt und Region		km	3 945 252	4 024 906	2,0

Energieverbrauch

Fahrstrom	kWh	5 081 720	5 054 590	– 0,5
Dieselloil	Liter	1 109 846	1 149 939	3,6

Landesindex

(Basis Mai 1993 = 100)				
Stand Dezember	Punkte	109,10	110,50	1,4

Direktion

Neuer Auftritt

Die Winterthurer Verkehrsbetriebe haben anlässlich ihrer umfassenden Leistungs- und Qualitätssteigerungen auch ihren «Auftritt» erneuert. Das Verkehrsunternehmen erbringt seit Mitte Jahr seine Leistungen unter dem eingängigeren Namen «Stadtbus Winterthur».

Am 16. Juni wurde der neue Auftritt im Rahmen einer offiziellen Bus- und Unternehmenstaupe durch Stadtrat Walter Bossert der Öffentlichkeit vorgestellt. Neu haben die Fahrzeuge ein helleres, frischeres Aussehen und mit der roten Front ein markantes Identifikationsmerkmal erhalten. Dank der umfassenden Erneuerung der Diesel-



Festakt auf dem Bahnhofplatz



Stadtrat Walter Bossert nimmt die Bustaufe vor

busflotte konnte diese innert kurzer Zeit umgestaltet werden. Diejenigen der Trolleybusse, welche noch bis 2010 im Einsatz stehen, erhalten in den nächsten Jahren im Rahmen der ordentlichen Grossrevision das neue Erscheinungsbild.

Mit dem Ende des Berichtsjahres wurden die alten Uniformen des Fahrpersonals durch eine zeitgemässe und zweckmässige Arbeitsbekleidung ersetzt. Dadurch tritt das Personal einheitlicher auf und es werden längerfristig Kosten gespart. Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember und dem Druck der neuen Fahrpläne verschwanden die letzten Spuren der alten Unternehmensbezeichnung und machten dem Logo Stadtbus Winterthur Platz.

Die Gesamtkosten für das Projekt beliefen sich auf rund 450 000 Franken. Davon konnten rund 200 000 Franken aus eigenen Mitteln gedeckt werden, insbesondere durch die alljährlich budgetierten Beträge für Werbung und Arbeitskleider. Die übrigen 250 000 Franken wurden vom Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) als zusätzliche Ausgabe übernommen.

26 neue Dieselbusse

Die im Jahr 2000 begonnene Erneuerung des Dieselfahrzeugparks wurde im Berichtsjahr fortgesetzt und zu Ende geführt. Zwischen Mai und Dezember trafen 26 weitere Diesel-Niederflurbusse mit schadstoffarmen Motoren ein. Seit Ende 2004 besteht die gesamte Dieselbusflotte von 43 Fahrzeugen aus Niederflurbussen, welche grossmehrheitlich vollklimatisiert sind.

Fahrgäste stellen Stadtbus Winterthur gutes Zeugnis aus

Die Fahrgäste haben die in den letzten Jahren vorgenommenen Anstrengungen zur Qualitätsverbesserung mit guten Noten honoriert. In allen Qualitätskategorien wurden Stadtbus Winterthur markante Verbesserungen attestiert. Dies geht aus der Umfrage zur Dienstleistungsqualität hervor, welche im Auftrag des ZVV Ende Sommer durchgeführt wurde.

Die Auswertungen zeigen, dass die von Stadtbus Winterthur in den letzten Jahren umgesetzten Massnahmen zur Steigerung der Qualität von den Fahrgästen geschätzt werden.

Den Leistungen des Fahrpersonals wurde ein erheblich besseres Zeugnis als in früheren Umfragen ausgestellt. Damit wurde sowohl die umsichtige, sichere und unfallfreie Fahrweise in zeitweise hektischem Umfeld belohnt als auch die Bereitschaft des Fahrpersonals, die Fahrgäste zuvorkommend und hilfsbereit zu unterstützen.

Die Unternehmung steht in einem wesentlich besseren Licht als vor zwei Jahren da.

Qualitäts-Gütesiegel dank Qualitäts- und Umweltmanagementsystem nach ISO

Bereits 2003 wurde der Aufbau eines umfassenden Führungssystems mit den Schwerpunkten Umwelt, Qualität und Sicherheit aufgenommen. Die verschiedenen Prozesse, Arbeitsanweisungen und Standards wurden in einem Prozesshandbuch zusammengefasst. Die Mitarbeitenden wurden schrittweise mit den entsprechenden Dokumenten und Abläufen vertraut gemacht. Im Juni fand das Audit zur Zertifizierung des Qualitätsmanagements nach ISO 9001 statt, im Dezember wurde das Umweltmanagement von Stadtbus Winterthur nach ISO 14000 zertifiziert.

Als Anerkennung für die erbrachte Leistung, insbesondere im Bereich des Qualitätsmanagements, erhielt Stadtbus Winterthur im September das Qualitäts-Gütesiegel, Stufe III, von Tourismus Schweiz.

Damit verfügt das Unternehmen über ein verbindliches, international anerkanntes Führungssystem, welches regelmässig überprüft wird. Dieses fördert eine systematische und kontinuierliche Verbesserung der Qualitäts-, Umwelt- und Sicherheitsaspekte aller Abläufe und wird massgeblich zum langfristigen Erfolg von Stadtbus Winterthur beitragen.

Technik

Saubere Dieselbusse dank Partikelfiltern

Als erstes Unternehmen des Zürcher Verkehrsverbundes rüstete Stadtbus Winterthur alle seine Dieselbusse mit so genannten CRT-Partikelfiltern aus. Diese verhindern den Ausstoss der Krebs erregenden Russpartikel PM 10 und wirken gleichzeitig lärmdämpfend. Dank der modernen Euro-III-Motoren, dem seit mehreren Jahren eingesetzten schwefelfreien Dieseltreibstoff und den neuen Partikelfiltern verfügt Stadtbus Winterthur über eine ausserordentlich umweltfreundliche Dieselbusflotte.

Präsentation neuer Gelenktrolleybus an der Winterthurer Messe

Der erste von zehn neuen Trolleybussen, welche bis Ende 2005 von der Firma Solaris Bus & Coach aus Polen geliefert werden, konnte an der Winterthurer Messe besichtigt werden.

Der ausgestellte Bus wird Anfang 2005 während einer Probephase auf dem Trolleybusnetz der Stadt Winterthur verkehren. Aufgrund der gesammelten Erfahrungen können bei Bedarf noch Änderungen für die Produktion der übrigen neun Fahrzeuge berücksichtigt werden.

Marktverantwortung

Angebotsverbesserungen im Dezember

Nach einer Vorbereitungszeit von rund zwei Jahren konnte am 12. Dezember der Busbetrieb auf der neuen Linie 14 aufgenommen werden. Die Strecke beträgt 6,6 km, umfasst 12 Haltestellen und verbindet den Hauptbahnhof mit Hegi; in diesem Gebiet wurden in den letzten Jahren unter anderem mehrere hundert Wohneinheiten gebaut.

Der «14er» verkehrt in den Hauptverkehrszeiten im 15-Minuten-Takt, in den Abendstunden und am Sonntag alle 30 Minuten. Damit ergänzt er das Angebot der Postautolinie 680, HB – Elsau – Girenbad und kann als ausgezeichnete Einkaufsverbindung zu den grossen Einkaufszentren in der Grüze und in der Rudolf-Diesel-Strasse genutzt werden.

Nebst der Linie 14 fährt die Linie 5 (Hauptbahnhof – Technorama) neu ab dem Fahrplanwechsel ebenfalls durch die Rudolf-Diesel-Strasse.

Busanschluss für Iberg

Seit dem 12. Dezember verkehren die Busse der Linie 9 neu zwischen Ohrbühl – Moosacker und Iberg. Damit erhält die Iberger Bevölkerung eine direkte Verbindung ins Einkaufszentrum Seen sowie einen stündlichen Anschluss auf die S12 Richtung Zürich ab Seen. Zusammen mit dem Angebot von PostAuto Zürich können die Reisenden aus Iberg während der Hauptverkehrszeit am Morgen jede halbe Stunde eine S12 Richtung Zürich erreichen. In der Hauptverkehrszeit am Abend bestehen ebenfalls zwei Verbindungen pro Stunde nach Iberg.

Bruderhaus-Linie

Anfang März wurde versuchsweise der Eschenberg mit der neuen Linie 12 erschlossen. Insbesondere der Wildpark im Bruderhaus konnte zwischen dem 6. März und dem 31. Oktober an Wochenenden und Feiertagen bequem mit dem Bus erreicht werden. Während des rund 8-monatigen Versuchsbetriebs wurden mehr als 7000 Fahrgäste befördert; damit ist das Bedürfnis bestens ausgewiesen! Falls dieser Erfolg auch in den Jahren 2005 und 2006 anhält, wird der ZVV die Linie ab 2007 in sein reguläres Angebot aufnehmen und finanzieren.

Neue Haltestellennamen ab 12. Dezember

Mit dem Fahrplanwechsel wurden auch einige Haltestellennamen geändert. Die neuen Namen sind selbst erklärend und damit kundenfreundlich, und sie schaffen einen direkten Bezug zu bedeutenden Institutionen oder Gebäuden, welche sich in unmittelbarer Nähe der Haltestelle befinden.

«Industrie» wurde umbenannt in «Eishalle»; «Schleife» wurde zu «Fotozentrum»; «Krankenhaus Wülflingen» zu «Klinik Schlosstal»; «Krankenhaus Oberi» zu «Pflegezentrum Oberi» und «Giesserei» zu «Industriepark».

Mit der Einführung der neuen Linie 14 nach Hegi entstand an der Rudolf-Diesel-Strasse bei den Einkaufszentren Grüze die neue Haltestelle «Grüze-Märkte», beim Mediamarkt die Haltestelle «Stäffelistrasse» und in der Hintermühlenstrasse die Endhaltestelle «Hegi». Gemäss

dem Anspruch nach einer klaren und kundengerechten Information wurden auch einige Endhaltestellen umbenannt. Davon profitieren insbesondere Fahrgäste ohne Ortskenntnisse, welche sich einerseits anhand der Liniennummer und andererseits am Namen der Endhaltestelle orientieren. Neu wurde «Rieter» zu «Töss»; «Wallrüti» zu «Oberwinterthur»; «Härti» zu «Wülflingen»; «Neubach» zu «Dätteln» und «Seuzacherstrasse» zu «Rosenberg».

Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger

Knapp 100 000 Neuzuziehende stellen für den ZVV ein attraktives Marktsegment dar. Stadtbus Winterthur hat vom ZVV den Auftrag erhalten, dieses Kundensegment für das ganze Verbundgebiet zu bearbeiten. Neu in Zürcher Gemeinden ziehenden Personen soll das ZVV-Angebot durch Informationen über die Qualität des ÖV näher gebracht werden.

Mit Kleinanzeigen in den Immobilienanzeigen der Tageszeitungen und mittels Internet-Werbung in Immobilien-Portalen soll der Kontakt zu Umzugswilligen hergestellt werden. Dank einer Zusammenarbeit mit jenen Zürcher Gemeinden, die gut bis sehr gut mit dem ÖV erschlossen sind, werden Haushaltungen erreicht, die den Umzug bereits abgeschlossen haben. Die Einwohnerkontrollen der Gemeinden überreichen bzw. versenden eigens dafür geschaffene Informationspakete, welche eine Begrüssungskarte, Netz- und Tarifinformationen, Fahrpläne sowie eine Bestellkarte für eine Gratistageskarte für das ganze Verbundgebiet enthalten.

Betrieb

Aufbau der Leitstelle

Das Vorhaben, das Leitsystem als Pilotprojekt im Herbst in Winterthur in Betrieb zu nehmen, verzögert sich um rund ein Jahr. Die Vertragsverhandlungen mit der Lieferantin, insbesondere aber die Festlegung des Leistungsumfangs haben auf Grund der technischen Komplexität mehr Zeit als geplant beansprucht. Die Bestellung für die Phase «Winterthur» konnte erst am 17. Dezember erfolgen. Neben den umfangreichen Planungsarbeiten im verbundweiten Projekt hat Stadtbus Winterthur im Berichtsjahr bereits verschiedene Vorarbeiten für die Realisierung des Leitsystems geleistet. Dem aktuellen Terminplan entsprechend sollten ab dem vierten Quartal 2005 Teile des Leitsystems produktiv eingesetzt werden können. Die Installation aller Komponenten wird im Frühling 2006 abgeschlossen sein. Anschliessend wird das System bei den übrigen Verkehrsbetrieben des Kantons Zürich realisiert werden.

Erfahrungen mit dem Testkundenkonzept

Das Konzept wurde am 1. Februar eingeführt. Elf speziell ausgewählte und geschulte Testkunden bzw. -kundinnen haben rund 650 Fahrten beurteilt.

Die Auswertung der getesteten Fahrten erfolgte laufend. Neben den Mängeln in der Dienstleistungserbringung haben die Testpersonen auch die Stärken festgehalten, welche im Gesamtüberblick deutlich überwiegen. Die erfassten Schwachstellen wurden individuell beurteilt und je nach Situation mit Sofortmassnahmen behoben.

Alle Fahrdienstmitarbeitenden erhielten quartalsweise eine persönliche Rückmeldung über die Ergebnisse.

Im Laufe des Jahres wurden einzelne Aspekte des Konzepts verbessert. Dieses hat sich aber insgesamt sehr bewährt und ist – wie beabsichtigt – zu einem wichtigen Führungsinstrument geworden.

Forstbetrieb

Die als Folge des Hitzesommers 2003 erwartete Massenvermehrung des Borkenkäfers ist im Stadtwald weitgehend ausgeblieben. Es wurden 92 Prozent des Hiebsatzes – der nachhaltig nutzbaren Holzmenge – geerntet und verkauft. Dank dem neuen Wärmeverbund «im Gern» konnte der Holzschnitzelabsatz massiv gesteigert werden.

Kennzahlen, mittelfristige Entwicklung

Der Hitzesommer 2003 hat europaweit für ein Überangebot an Käferholz gesorgt und damit die Erholung des Holzmarktes weiter verzögert. Der Durchschnittserlös beim Stammholz pro Kubikmeter verkauftes Holz ist mit 82 Franken wieder unter den Wert von 2001 gefallen. Trotzdem ist es gelungen, den Ertrag gegenüber dem Vorjahr um 293 000 auf 2,732 Millionen Franken zu steigern und das Betriebsergebnis um 214 000 Franken zu verbessern. Wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen haben Sparmassnahmen und konsequente Prioritätensetzung beim Unterhaltsaufwand an Waldwegen und Erholungsanlagen sowie vor allem die massive Steigerung des Holzschnitzelabsatzes und das Erbringen verrechenbarer Auftragsarbeiten für die Stadtverwaltung und Dritte.

Produktionsgrundlagen

Flächenverhältnisse

Im Rahmen der Melioration wurden im Revier Hornsäge zwei Einzelparzellen mit total 37 Aren Wald verkauft. Die durch den Forstbetrieb Winterthur bewirtschaftete Fläche beträgt nun 1926 Hektaren (1903 ha Wald, 17 ha Kulturland und 6 ha ertragsloses Land).

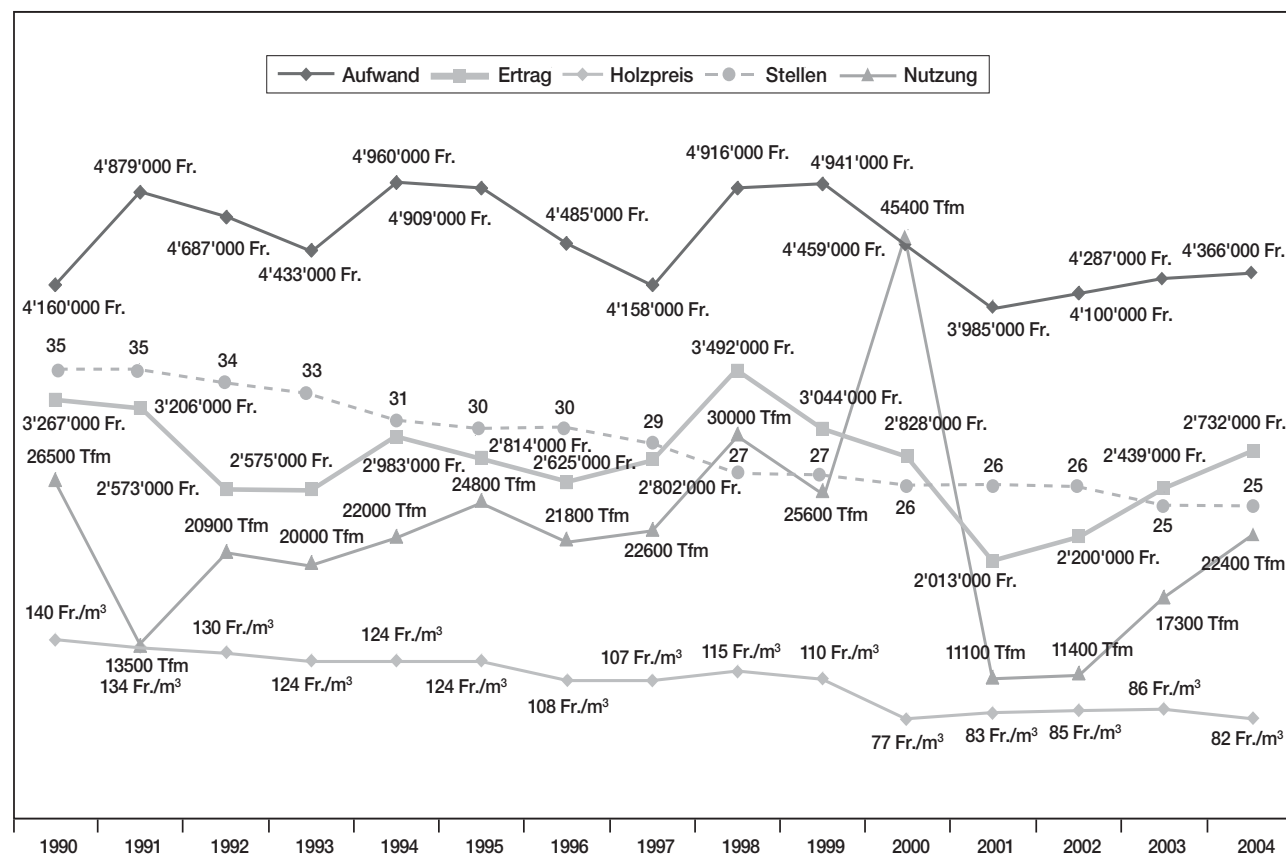
Öffentlichkeitsarbeit, Forstumgang

Die direkte Information der Waldbesucherinnen und Waldbesucher an Objekten im Wald bildete einen Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit. An grösseren Holzschlägen und Baustellen wurden Informationstafeln über Ziele und Massnahmen aufgestellt und ergänzend mittels Medienmitteilungen darüber informiert. Auf dem Wolfensberg, Eschenberg, Brühlberg und Lindberg wurde ein temporärer «Nachhaltigkeitsweg» mit Informationen zu verschiedensten Themen in Zusammenhang mit nachhaltiger Waldwirtschaft erstellt. Auf dem Wolfensberg fand zum Anlass der genehmigten Betriebsplanrevision ein Rundgang mit der Quartierbevölkerung statt, an dem über geplante Massnahmen in den nächsten zehn Jahren orientiert wurde. Wiederum war der Forstbetrieb mit einem Informationsstand an der Messe für Haus und Garten (HAGA) präsent. Dank diesen Informationsanstrengungen konnte die Zahl der negativen Reaktionen auf Massnahmen des Forstbetriebes auf ein Minimum beschränkt werden.

Der Internetauftritt (www.forstbetrieb-winterthur.ch; www.wald-winterthur.ch; www.bruderhaus.ch) wurde weiter ausgebaut und vermittelt einen breiten Überblick über die Leistungen des Stadtwaldes und des Forstbetriebes. Online sind Waldhüttenreservierungen, Holzbestellungen, Buchung von Führungen und Offertanfragen für Dienstleistungen möglich.

Breite Beachtung fand das erneut bestandene FSC-Kontrollaudit. Die Produkte des Forstbetriebes dürfen für ein weiteres Jahr das FSC-Label des Weltforstrats (Forest Stewardship Council) für nachhaltige, sozialverträgliche Waldbewirtschaftung tragen.

Am Forstumgang des Grossen Gemeinderates vom 18. September auf dem Lindberg wurde über die Aspekte nachhaltiger Waldwirtschaft orientiert und der sanierte obere Walkeweiher mit zugehörigem Rastplatz eingeweiht.



Zusammen mit dem Strasseninspektorat und der Stadtgärtnerei hat der Forstbetrieb zum vierten Mal am erfolgreich durchgeführten Clean-up-day vom 10./11. September in Winterthur mitgewirkt.

Arbeitssicherheit

Verbesserungen in den Bereichen Gesundheit, Arbeitssicherheit, Schutz von Drittpersonen und Sachwerten sind Daueraufgaben im Forstbetrieb. Mit 0,21 Unfällen pro Mitarbeitenden und 560 unfallbedingten Ausfallstunden wurden die Sicherheitsziele knapp verfehlt.

Im Wildpark Bruderhaus wurde die Branchenlösung Arbeitssicherheit der landwirtschaftlichen Beratungsstelle für Unfallverhütung (BUL) weitgehend erfolgreich umgesetzt.

Verrechenbare Leistungen

Holz

Dank vertiefter Zusammenarbeit mit Partnerforstbetrieben zur Belieferung von langjähriger Stammkundschaft konnte trotz der schlechten Marktsituation der Absatz gegenüber dem Vorjahr insgesamt gesteigert werden. Vom 1. September 2003 bis 31. August 2004 wurden im Stadtwald 22 400 Tfm Holz, das entspricht 92 % des Hiebsatzes, geerntet. Aus Durchforstungs- und Lichtungsschlägen stammen 12 400 Tfm und aus Räumungen 4800 Tfm. Hinzu kommen Zwangsnutzungen beschädigter Bäume als Folge des Orkans Lothar im Umfang von 1400 Tfm und 3800 Tfm vom Borkenkäfer befallenes Holz. Die Borkenkäferschäden sind insgesamt deutlich unter dem befürchteten Ausmass geblieben; dies dürfte nicht zuletzt der konsequenten Käferbekämpfung durch den Forstbetrieb zu verdanken sein.

Nutzung im Forstjahr 2004 in Tariffestmetern

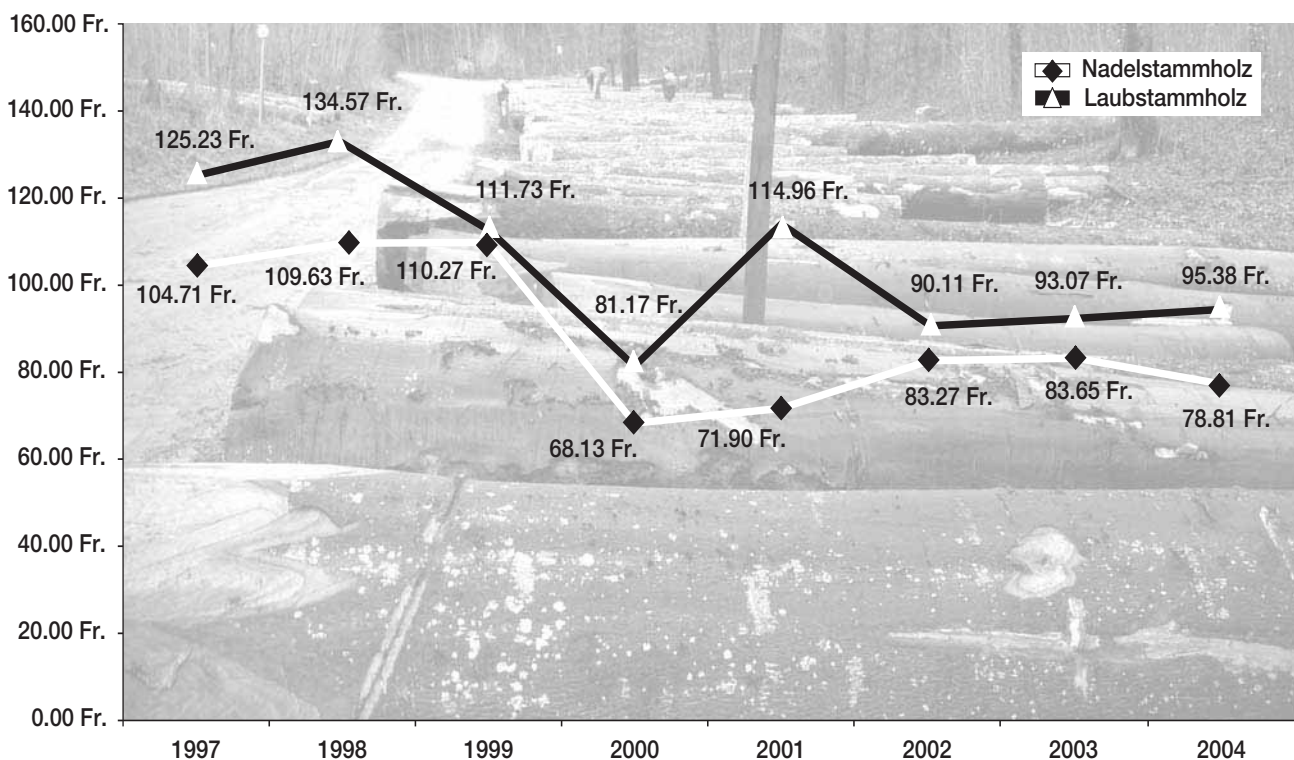
Wirtschaftsteil	Fläche ha	Hiebsatz Tfm	Nutzung Tfm	+ %
Eschenberg	757	10 000	10 000	0
Lindberg	199	2 800	2 300	- 18
Brühlberg	132	1 400	300	- 79
Kümburg	181	2 400	1 900	- 21
Töss	83	850	900	+ 6
Wülflingen	257	2 800	2 400	- 14
Wolfensberg	83	1 100	1 700	+ 55
Seen	183	2 500	2 800	+ 12
Hornsäge	28	450	100	- 78
Total	1 903	24 300	22 400	- 8
Vorjahr	1 903	24 300	19 200	- 21

Die verkaufsfertig aufgerüsteten 22 400 m³ Holz setzen sich aus folgenden Hauptsortimenten zusammen:

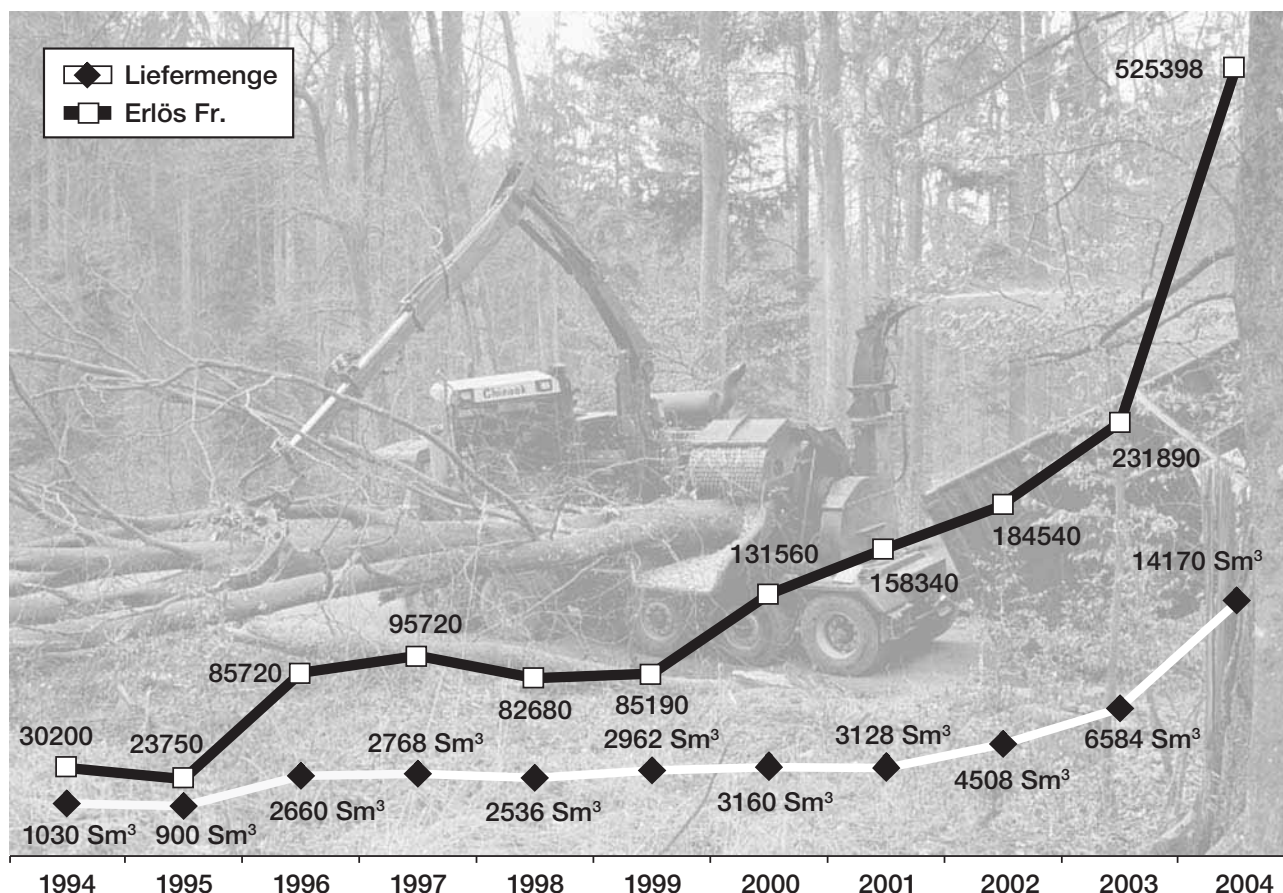
	2004 m ³	2004 %	2003 m ³	2003 %
Nadelstammholz	9 800	44	9 300	54
Laubstammholz	2 300	10	2 700	16
Industrieholz	700	3	800	4
Brennholz	9 600	43	4 500	26
Total	22 400	100.0	17 300	100.0

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Menge liegend gemessenes und verkauftes Holz genau der Menge des stehend gemessenen – für den Einschlag angezeichnetes Holz – entspricht. Dank der gesteigerten Schnitzelproduktion konnte der so genannte Silvenwert, das heisst die Ausnutzung des Waldholzes, auf 100 Prozent gesteigert werden.

Die Holzmarktlage insgesamt hat sich seit dem Orkan Lothar noch nicht wesentlich verbessert. Gegenüber dem Vorjahr ist beim Nadelstammholz sogar wieder eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen, welche in erster Linie auf



Schnitzel: Mengen und Erlöse 1994 bis 2004



den erneuten Anfall von Käferholz zurückzuführen ist. Die Durchschnittserlöse für Laubstammholz von 95,38 Franken je m³ und für Nadelstammholz von 78,81 Franken je m³ liegen nach wie vor wesentlich unter dem Niveau der Zeit vor dem Sturm.

Weiterhin sehr erfreulich entwickelt sich der Energieholzabsatz. 14 000 Schüttekubikmeter Holzschnitzel konnten im Berichtsjahr produziert und mit einem Erlös von 525 000 Franken verkauft werden. Nicht vergessen werden darf dabei der regionalwirtschaftliche Aspekt: Der Erlös aus dem Holzschnitzelverkauf an die Städtischen Werke Winterthur und die städtischen Schulhäuser kommt vollumfänglich dem städtischen Forstbetrieb und regionalen Unternehmen zugute.

Verrechenbare Dienstleistungen

Aufgrund der im Vergleich zum Budget grösseren Holznutzung stand im Berichtsjahr weniger Kapazität zur Abwicklung von verrechenbaren Leistungen zur Verfügung, folglich konnte der budgetierte Dienstleistungsumsatz nicht vollumfänglich erreicht werden. Unter den Erwartungen blieb insbesondere der Umsatz im Bereich Dienstleistungen für andere Bereiche der Stadtverwaltung.

Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen

Unterhalt von Waldstrassen und -wegen

Neubekiesungen von Waldstrassen wurden aus Kostengründen nur sehr zurückhaltend und konzentriert auf wichtige Fusswegverbindungen sowie Hauptabfuhrachsen für das Holz vorgenommen. Sämtliche Arbeiten

an den Waldwegen wurden durch das Forstpersonal in Eigenregie mit betriebseigenen Maschinen ausgeführt; damit konnte der Sachaufwand reduziert werden.

Diverse kleinere Sanierungsarbeiten am Fusswegnetz konnten im Rahmen eines Einsatzes der Zivilschutzorganisation Winterthur kostengünstig realisiert werden.

Revier	Strasse	Länge	Massnahme
Eschenberg	Föhrenbachstrasse	100 m'	Neubekiesung mit Wegbaugerät
	Wildparkstrasse	474 m'	Neubekiesung mit Wegbaugerät
	Kyburgfussweg	612 m'	Sanierung Treppen und Teil der Weglänge
Töss	Büglistrasse	200 m'	Neubekiesung mit Wegbaugerät
Wülflingen	Untere Beerenbergstrasse	150 m'	Neubekiesung mit Wegbaugerät
	Chöpfpitte	100 m'	Sanierung
Total		1636 m'	

Verjüngung und Jungwaldpflege

Der überwiegende Teil der Waldverjüngung erfolgte auf natürliche Weise. Gepflanzt wurden im Berichtsjahr insgesamt 370 Lärchen, 680 Douglasien, 380 Eichen, 50 Mehlbeeren, 50 Vogelbeeren, 50 Schwarzerlen und 30 Kirschbäume zur Ergänzung der natürlichen Baumartenpalette.

Im Laufe des Sommers wurden 18 Hektaren Jungwüchse und Dickungen gepflegt. 39 Hektaren Stangenhölzer wurden durchforstet und – wo sinnvoll – wertgeastet. Auf 20 Hektaren erfolgte eine Schlagpflege.

Bildung, Erholung und Sport im Wald

Die Walkeweiher sind eines der wichtigsten Naherholungsgebiete im Stadtwald. Undichte Dämme, schlechter

Zustand der Wege und dichter Bewuchs der Wasserfläche mit dem Quirlblütigen Tausendblatt erforderten Sanierungsmassnahmen. Der Forstbetrieb hat im zweiten Quartal des Berichtsjahres den oberen Walkeweiher ausgebaggert, die Ufer flacher gestaltet und den Fussweg auf der Nordseite neu angelegt.

Forstmeister, Förster und Forstwärte haben mehr als 500 Stunden Exkursionen und Waldführungen für Schulklassen, Vereine und Privatpersonen geleitet oder Referate zu verschiedensten Themen gehalten.

Die Erholungsanlagen im Wald, 250 Sitzbänke, 58 Hütten, 37 Grillplätze und 29 Brunnen wurden konzeptgemäss unterhalten und rund 50 Sitzbänke im Lindberg und Eschenberg mit neuen Brettern ausgestattet.

Die Problematik der illegalen Entsorgung von Abfällen aller Art im Wald wurde mit verschiedenen Aktionen im Rahmen der Arbeitsgruppe Sauberkeit Winterthur (Strasseninspektorat, Forstbetrieb und Stadtgärtnerei) thematisiert. Unter anderem organisierte die AGS zur Sensibilisierung der Bevölkerung am 10. und 11. September den vierten Clean up Day in Winterthur. Sehr gute Wirkung zeigt die Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP). Im Berichtsjahr waren ständig zwei Arbeitsgruppen der KAP mit Aufräum- und Instandstellungsarbeiten im Wald beschäftigt.

Wildpark Bruderhaus

Am 26. März konnte der mit Unterstützung des Natur- und Vogelschutzvereins Winterthur-Seen und der Zürcher Kantonalbank erstellte Vogellehrpfad eingeweiht werden. Auf grosse Beachtung stiess das im vierten Quartal lancierte Projekt «Tierpatenschaften». Bereits wenige Tage nach der Publikation hatten alle Tiere des Wildparks Paten gefunden, welche sich mit einem Betrag zwischen 150 und 1000 Franken pro Tier während einem Jahr an den Futter- und Haltungskosten ihres Schützlings beteiligen.

Mit Wisent, Vietnamsikahirsch und Przewalskipferd ist der Wildpark Bruderhaus an Europäischen Erhaltungszuchtprogrammen (EEP) zur Erhaltung bedrohter Arten beteiligt. Im Rahmen dieser Programme konnten zwei Przewalskistuten nach Schottland und zwei Stuten zur Auswilderung in die Mongolei abgegeben werden.

Tierbestand Ende 2004

Tierart	männlich	weiblich	Jungtiere
Rothirsch	1	4	3
Damhirsch	2	11	7
Sikahirsch	1	4	1
Mufflon	8	6	5
Wildschwein	1	2	–
Wildpferd	2	3	2
Wisent	2	2	1
Luchs	2	–	–

Natur-, Landschafts- und Gewässerschutz

Im Rahmen des Waldrandpflegekonzeptes, des Inventars der kommunalen und überkommunalen Naturschutz-

objekte und des Inventars der Waldstandorte von naturkundlicher Bedeutung (WNB) wurden diverse Objekte gepflegt.

Objekt	Kategorie	Nummer	Eingriff	Umfang
Chöpfi	WNB	230.12	Waldrand	30 m'
Chöpfi	WNB	230.12	Entbuschung	47 ar
Chöpfi	WNB	230.12	Lichter Wald	47 ar
Hoh Wülflingen	WNB	230.09	Entbuschung	30 ar
Elend	kommunal	16.01	Biotopunterhalt	
Wildparkstrasse	kommunal	20.01	Biotopunterhalt	
Diverse Objekte	Waldrandpflege			1513 m'

Wald und Wild

Der Rotwildbestand (Rothirsch) auf dem Eschenberg beeinträchtigt nach wie vor die nachhaltige Verjüngung des Waldes mit standortgerechten Laubbaumarten. Ein von der kantonalen Fischerei- und Jagdverwaltung zusammen mit der kantonalen Abteilung Wald und dem Forstbetrieb Winterthur in Auftrag gegebenes Gutachten soll Abhilfe aufzeigen.

Im ganzen Betrieb wurden 280 Laufmeter Einzäunungen und 1100 Stück Einzelschutz erstellt. 870 Laufmeter ausgediente Zäune wurden entfernt.

Entwässerungen und Verbauungen

Im Auftrag des Strasseninspektorates wurden die Gesschiebesammler am Rosentalbach oberhalb der Walkeweiher erneuert und der Abfluss des untersten Walkeweihers im Hinblick auf Hochwassersicherheit vollständig neu gebaut.

Die Falkentobelstrasse am Südhang des Eschenbergs ist auf einer Länge von 30 Metern abgerutscht und wurde mit Hangsicherungsmassnahmen durch das Forstpersonal neu erstellt.

Sicherheitsholzerei

Am Tachlisbrunnen, Büelholz und um den Pistolenstand Steig mussten grössere Holzschläge zur Verbesserung der Sicherheit ausgeführt werden.

Nichtverrechenbare Verwaltungsaufgaben und hoheitliche Tätigkeiten

Per 1. September hat der Forstbetrieb Winterthur die Beförderung des Privatwaldes Oberwinterthur übernommen. Die durch den Forstbetrieb betreute Privatwaldfläche hat sich damit auf 215 Hektaren vergrössert.

Im Berichtsjahr konnte der Betriebsplan des Reviers Wolfensberg abgeschlossen und von den kantonalen Stellen genehmigt werden. In Bearbeitung sind die Betriebspläne Lindberg-Mörsburg und Brühlberg-Schlosshof.

Im Berichtsjahr wurden 25 Veranstaltungsbewilligungen, 43 Fahrbewilligungen für Veranstaltungen, 108 Fahrbewilligungen für die Zufahrt zu Waldhütten und 93 Fahrbewilligungen für diverse Vorhaben im Wald erteilt.

Stadtgärtnerei

Die Stadtgärtnerei ist im Rahmen ihrer Aufgaben und Zielsetzungen massgeblich für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt in den Bereichen Freiraum und Naturschutz besorgt. Sie pflegt das öffentliche Grün in Park-, Schul-, Sport- und Verkehrsanlagen. Im Friedhof- und Bestattungswesen gewährleistet sie harmonische Abläufe und einen pietätvollen Umgang mit Verstorbenen und Angehörigen.

Um neuen Bedürfnissen gerecht zu werden, plant die Stadtgärtnerei Projekte und sorgt für deren Umsetzung. Im Berichtsjahr waren die Schwerpunkte: Integration des Bestattungsamtes, Bau der Nischenwand im Friedhof Wülflingen und ein neues Wegleitkonzept im Friedhof Rosenberg.

Hauptabteilung Planung/Naturschutz

In der Hauptabteilung Planung/Naturschutz bearbeiten 5 Mitarbeitende (4 Stelleneinheiten) und eine Lehrtochter die folgenden Aufgabengebiete: Bei der Freiraumplanung – welche in enger Zusammenarbeit mit dem Departement Bau erfolgt – geht es darum, aufgrund von Inventaren und Konzepten die Freiräume der Stadt Winterthur weiterzuentwickeln und damit die Wohn- und Arbeitsplatzqualität auch künftig zu erhalten. Objektplanungen werden im Auftrag anderer Ämter meist im Zusammenhang mit Bauvorhaben durchgeführt und beinhalten eine fachgerechte Umgebungsgestaltung, das Erstellen von Submissionsunterlagen und die Baubegleitung. Für das Departement Schule und Sport sind die Unterhaltsarbeiten von Schulanlagen zu planen, zu budgetieren, zu überwachen und abzurechnen. Im Bereich Naturschutz werden im Rahmen des Naturschutzkonzeptes Pflegearbeiten geleitet und koordiniert. Baugesuche werden bezüglich Freiraumgestaltung und Bepflanzung im Auftrag der Baupolizei geprüft.

Bearbeitete Projekte Freiraum- und Objektplanung:

- Umsetzung Alleenkonzept Sulzer-Allee (2. Etappe), Im oberen Gern und St. Gallerstrasse
- Grabfeldsanierungen und Belegungspläne für die Friedhöfe Rosenberg, Töss und Oberwinterthur
- Entwicklungskonzept und Vorprojekt Urnennischenanlage Friedhof Töss
- Ausführungsprojekt und Bauleitung Urnennischenanlage Friedhof Wülflingen
- Projekt und Kostenvoranschlag Lärmschutzwand Friedhof Oberwinterthur



Juchpark

- Projekt Neugestaltung Juchpark Veltheim
- Freiraumkonzept Brühlberg – Tössfeld
- Instandstellung Laufbahnen und Allwetterplätze Schulhausanlagen Feld, Mattenbach und Hegifeld
- Projekt und Bauleitung für Beachvolleyballanlage Sportpark Deutweg
- Projekt Eulachpark Oberwinterthur

Bearbeitete Projekte Naturschutz:

- Organisation und Aufsicht der Pflegearbeiten für rund 200 Natur- und Landschaftsschutzobjekte
- Vernetzungsprojekt Landschaftsraum Iberg/Eidberg
- Standaktionen im Wildpark Bruderhaus: «Chunsch Vögel über» und «Hochstamm-Obstgärten»
- Projektmitarbeit Bachöffnung Dättnauerbach
- Neue ökologische Ausgleichsflächen; 260 Aren Buntbrachen, 30 Aren «Magerwiesen».

Hauptabteilung Grünanlagen

Die Hauptabteilung Grünanlagen ist mit 50 Mitarbeitenden (46,4 Stelleneinheiten) hauptverantwortlich für die fachgerechte Pflege der 90 öffentlichen Anlagen, der 100 Schul- und Kindergartenanlagen, der 24 Sportplätze, des Verkehrsgrüns und zahlreicher Naturschutzobjekte. Organisatorisch ist die Hauptabteilung in vier Reviere, eine Regie- und eine Logistikgruppe gegliedert. Neu wurden zwei Anlehnstellen geschaffen.

Da das Sauberhalten der Grün- und Parkanlagen bei gleichbleibendem Personalbestand eine immer schwierigere Aufgabe darstellt, wurde in einer departementübergreifenden Arbeitsgruppe nach Lösungen und Synergien gesucht. Strasseninspektorat, Forstbetrieb und Stadtgärtnerei arbeiteten verschiedene Projekte aus und setzen Standards fest. Für das Teilprojekt «Parkanlagen» wurden unter anderen folgende Zielsetzungen und Massnahmen festgelegt: Abschluss der Reinigungsarbeiten in publikumsintensiven Anlagen jeweils bis 10.00 Uhr; keine überfüllten Abfallkörbe mehr; Stellen von zusätzlichen Papierkörben bis ein Korb pro 350 m² Fläche; Einsatz von mobilen Grosskörben, um Spitzen abzudecken. Zudem wurden sämtliche Anlagen in drei verschiedene Reinigungskategorien eingeteilt. In Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei wurden unterstützende Massnahmen und Kontrollen festgelegt. Die Sauberkeit der Stadt hat wesentlichen Einfluss auf die Wohnqualität, die Sicherheit und das Image Winterthurs.

Im Berichtsjahr wurde ein neuer Kinderspielplatz mit Ballspielwiese beim «Chlösterli» in Iberg erstellt. Ein grosser Teil der Arbeiten konnte während der Zwischensaison durch eigene Mitarbeiter ausgeführt werden. Zusammen mit den Schülern und Schülerinnen wurden Heckenpflanzungen angelegt. Die Anlage ist für Kinder und Jugendliche bis etwa 12 Jahre ausgelegt. In Zusammenarbeit mit dem Büro für Quartierkultur wurden weitere Quartierspielplätze erneuert und umgestaltet.

Die Stadtgärtnerei war nach einem Unterbruch wieder an der HAGA, der Messe für Haus und Garten, mit dem Thema «Die Mitarbeiter/innen der Grünanlagen und ihre Arbeit in den Quartieren» vertreten. Den Besuchern und Besucherinnen wurde eine mit Frühlingsblumen farbenfroh gestaltete Insel präsentiert. Auf zahlreichen Bildern wurden die über das ganze Jahr hin anfallenden Arbeiten, die eingesetzten Maschinen und Geräte sowie insbesondere die Mitarbeitenden vorgestellt. Weitere Informationen auf Plakaten und in Prospekten rundeten das Bild ab. Die Ausstellung war ein grosser Erfolg.

Im Berichtsjahr wurde ein neuer Lastwagen angeschafft. Die einjährige Versuchsphase ohne eigenen LW war unbefriedigend verlaufen. Das Fahrzeug wird weniger

als Transportmittel, sondern als Arbeitsgerät mit verschiedensten Elementen, wie Kran, Schalengreifer, Laubsauger, Schneepflug oder Reinigungsgerät eingesetzt. Die dafür notwendige Flexibilität kann nur mit einem eigenen Fahrzeug gewährleistet werden. Der Lastwagen gelangt auch beim Strasseninspektorat oder dem Forstbetrieb zum Einsatz und hat sich bisher sehr gut bewährt.

Hauptabteilung Friedhöfe/Gärtnerei

Die Hauptabteilung Friedhöfe/Gärtnerei zählt zeitweise bis zu 40 Mitarbeitende, verteilt auf 29 Stelleneinheiten. Aufgrund hoher saisonaler Schwankungen wird mit zahlreichen Teilzeitangestellten gearbeitet. Dadurch können die fixen Personalkosten begrenzt und in der Folge eine höhere Produktivität erreicht werden. Im Berichtsjahr wurden, verteilt auf drei Lehrjahre, drei Lehrtöchter im Beruf Zierpflanzengärtnerin ausgebildet sowie eine Lehrtöchter im Beruf Floristin. Zusätzlich wurden im Friedhof zwei Anlehnstellen geschaffen.

Mit der Übernahme des Bestattungsamtes per 1. Februar 2004 vom Zivilstandsamt wurde die Hauptabteilung Friedhöfe/Gärtnerei in kleinem Rahmen reorganisiert. Die Friedhofverwaltung wurde herausgelöst und dem Bereichsleiter direkt unterstellt. Durch die Aufteilung zwischen Verwaltungsdienstleistungen und Betrieb kann die Kundschaft professioneller bedient werden. Auch die Führung wird einfacher, da die Stellenprofile für die Betriebsleitung einerseits und die Teamleitung Friedhofverwaltung andererseits sehr unterschiedlich sind.

Die Hauptabteilung Friedhöfe/Gärtnerei hat somit folgende Aufgaben: Durchführen von Kremationen und Bestattungen; Bepflanzung und Pflege der Gräber; Unterhalt der Friedhofanlagen, Gebäude und Betriebseinrichtungen; Produktion von Pflanzen für Friedhof und Grünanlagen; Auskunftserteilung und Verkauf im Blumenladen; Aufsicht über die durch Dritte gepflegten Vorortsfriedhöfe.

Im Berichtsjahr wurden die Bestattungsabläufe und -zeiten im Friedhof Rosenberg neu strukturiert und geregelt. Im Gegensatz zu früher erfolgt nun die Beisetzung am Grab grundsätzlich vor der Trauerfeier in der Abdankungskapelle oder in einer Kirche. Dies hat den Vorteil, dass die Angehörigen wählen können, ob sie die Beisetzung im engeren Familienkreis durchführen wollen. Publiziert wird in der Regel nur noch der Zeitpunkt der Trauerfeier.

Für Besucher und Besucherinnen war die Orientierung auf dem 17 Hektaren grossen und unübersichtlichen Areal des Friedhofs Rosenberg seit jeher schwierig. Dies vor allem auch deshalb, weil fast die Hälfte des Friedhofs im Wald liegt und von keinem zentralen Punkt aus die ge-



Friedhofverwaltung beim Haupteingang Friedhof Rosenberg

samte Anlage überblickt werden kann. Mit verschiedenen Massnahmen konnte eine wesentliche Verbesserung erzielt werden. Der Friedhof ist nun mit gut sichtbaren Wegweisern ab der Schaffhauserstrasse signalisiert. An der Zufahrtsstrasse weist ein grosses Informationsschild auf die verschiedenen Örtlichkeiten des Friedhofs hin. Beim Hauptzugang und an weiteren wichtigen Punkten wurden Situationspläne installiert, welche auch im Taschenformat abgegeben werden und im Internet verfügbar sind. Sämtliche Gebäude erhielten eine einheitliche Beschriftung. Die Grabfelder wurden neu nummeriert und gut sichtbar angeschrieben. Farblich unterschiedlich gekennzeichnete Wege führen die Besuchenden vom Eingang zu den Grabfeldern. Auf die Rollstuhlgängigkeit wurde ein besonderes Augenmerk gelegt. Dieses neue Wegleitkonzept bewährt sich. Der Kompromiss zwischen guter Sichtbarkeit und dezenter Gestaltung ist gelungen und findet Zustimmung.

Die seit einem Jahr angebotenen Baumgräber sind sehr beliebt. Zurzeit wird eine Erweiterung des Friedhofs für diese Bestattungsart geprüft.

Im Friedhof Wülflingen konnte die Nischenanlage fertig gestellt und mit einer schlichten Feier eingeweiht werden. Die Anlage nimmt in ihrer Gestaltung Bezug auf die symmetrische Friedhofanlage. Die Wand ist in Sichtbeton erstellt und die Nischenplatten bestehen aus grünlichem Serpentin. Auf Grund des gewählten Standorts und der elementartigen Bauweise kann die Anlage problemlos erweitert und somit den Bestattungszahlen angepasst werden. In allen Nischen können bei Bedarf zwei Urnen beigesetzt werden.

Nur noch im Friedhof Töss fehlt eine Nischenanlage. Das Projekt ist in Ausarbeitung und der Bau ist für 2005 geplant. Ebenfalls in Bearbeitung sind für alle Friedhöfe Gestaltungs- und Nutzungskonzepte, in deren Rahmen auch Standorte für Gemeinschaftsgräber geprüft und festgelegt werden.

Friedhofverwaltung

Durch die Übernahme des Bestattungsamtes und damit 1,2 Stelleneinheiten konnte die seit einiger Zeit erforderliche Stelle einer Teamleiterin geschaffen werden. Aufgrund der Zusammenführung aber auch wegen der Neuorganisation des gesamten Zivilstandswesens mussten alle Abläufe geprüft und neu organisiert werden. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Erschwerend für viele Beteiligte zeigte sich der Umstand, dass das Zivilstandswesen im Bezirk Winterthur zentralisiert wurde, das Bestattungsamt aber bei den einzelnen Gemeinden verblieben ist. Die Friedhofverwaltung Winterthur organisiert nun einerseits die Bestattungen und die Grabpflege für



Nischenanlage Friedhof Wülflingen

Ortsansässige und nimmt andererseits Aufträge der übrigen Bezirksgemeinden für Kremationen entgegen. Die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Abläufe sind in der Handhabung sehr anspruchsvoll.

Für die Winterthurer Bevölkerung hat sich die Neuorganisation bewährt. In den renovierten Räumlichkeiten beim Haupteingang zum Friedhof Rosenberg können fast alle Dienstleistungen im Zusammenhang mit einem Todesfall und der Grabpflege aus «einer Hand» angeboten werden. Es erweist sich auch als vorteilhaft, dass anlässlich der

Meldung eines Todesfalls die Örtlichkeiten und die Grabstätte besichtigt werden können. Dies gibt den Angehörigen eine gewisse Sicherheit im Hinblick auf die bevorstehende Bestattungszeremonie.

Die Bestattungs- und Friedhofkultur wird sich in kommenden Jahren weiterhin wandeln. Die Stadtgärtnerei wird diesen Wandel aktiv unterstützen und engagiert begleiten. Dies bedingt eine stetige Auseinandersetzung mit dem vielfältigen Thema und verschiedene Anpassungen im Angebot und der Infrastruktur.

Initiativen und parlamentarische Vorstösse

Abschreibungen nachgeführt bis 31. Dezember 2004

Pendente Vorstösse

Volksinitiativen

1. Mehr Zug für Winterthur – für den Winterthurer S-Bahn-Vollausbau (Nr. 02-023).

Eingereicht vom Initiativkomitee am 6. März 2002.
Überwiesen am 8. April 2002.
Am 2. Juli 2003 vom Stadtrat Fristverlängerung beantragt.
Am 25. August 2003 Frist erstreckt bis 6. März 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. März 2004.

Einzelinitiativen

keine pendenden Geschäfte

Beschlussanträge

1. Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (Nr. 04-114).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 15. November 2004.
Noch nicht überwiesen.

Motionen

Erheblich erklärte

1. Ergänzung der Abstellplatzverordnung (Nr. 87-104).
Eingereicht von Stefan Schwerzmann (POCH) am 29. Juni 1987.
Erheblich erklärt am 12. September 1988.
2. Integriertes Verkehrs- und Nutzungskonzept für das Bahnhofgebiet Winterthur (Nr. 89-012).
Eingereicht von Hans Rudolf Lacher (EVP) am 23. Januar 1989.
Erheblich erklärt am 12. März 1990.
3. Bau eines Veloweges zwischen dem Grüntal und dem Schulhaus Büelwiesen (Nr. 89-123).
Eingereicht von Ernst Wohlwend (SP) am 2. Oktober 1989.
Erheblich erklärt am 29. Oktober 1990.
4. Bau einer städtischen Muster-Wohnsiedlung (Nr. 90-003).
Eingereicht von Ernst Wohlwend (SP) am 15. Januar 1990.
Erheblich erklärt am 18. März 1991.
5. Ersatz für die Biotopfunktion des Toggenburgerweihers und Abklärung des möglichen Erholungspotentials (Nr. 99-029).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/LdU/DaP), David Hauser (SP) und Stefano Terzi (EVP) am 15. März 1999.
Überwiesen am 17. Mai 1999.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. November 1999.
Erheblich erklärt am 10. Januar 2000.
Am 9. Juli 2001 Frist bis 30. Juni 2004 erstreckt.
Am 15. November 2004 Frist bis zum Vorliegen eines ausführungsfähigen und kreditrechtlich bewilligten kantonalen Projekts «Rückhalteraum Hegmatten» erstreckt.

6. Assistenzzuschuss für Menschen mit Behinderung (Nr. 00-078).

Eingereicht von Nina Dorizzi (SP) am 3. Juli 2000.
Überwiesen am 11. September 2000.
Vom Stadtrat beantwortet am 7. März 2001.
Erheblich erklärt am 12. November 2001.
Am 14. April 2003 Frist erstreckt bis 30. Juni 2005.

7. Velounterführung am Hauptbahnhof Nord (Nr. 01-051).

Eingereicht von Haymo Empl (CVP), Matthias Gfeller (Grüne), Edi Wettstein (SP) und Rolf Weibel (EVP) am 14. Mai 2001.
Überwiesen am 9. Juli 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 12. Dezember 2001.
Erheblich erklärt am 14. Januar 2002 und Frist erstreckt bis Ende 2003.
Am 5. November 2003 weitere Fristverlängerung bis 31. Dezember 2005 beantragt mit Kreditantrag von Fr. 485'000.- für die Projektierung Veloparkhaus Milchküchenareal SBB AG und die erste Etappe Radwegunterführung.
Am 21. Juni 2004 Projektierungskredit bewilligt und Frist erstreckt bis 31. Dezember 2005.

8. Entschädigung für Behördenmitglieder (Nr. 01-072).

Eingereicht von Marianne Ott (SP), Adrian Ramsauer (Grüne/DaP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Haymo Empl (CVP) am 9. Juli 2001.
Überwiesen am 27. August 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 20. Februar 2002.
Erheblich erklärt am 6. Mai 2002.
Vom Stadtrat ein neues Reglement vorgeschlagen am 5. November 2003.
Am 26. April 2004 Vorschlag für neues Reglement an den Stadtrat zurückgewiesen.
Am 15. November 2004 Frist für Zweitvorlage erstreckt bis Ende Februar 2005.

Motionen

Vom Grossen Gemeinderat noch nicht erheblich erklärt

1. Rychenbergstrasse – Aufhebung der Klassierung als kommunale Strasse (Nr. 01-059).
Eingereicht von Rolf Weibel (EVP), Matthias Gfeller (Grüne/DaP) und Hans Ulrich Würzler (SP) am 11. Juni 2001.
Überwiesen am 27. August 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 27. Februar 2002.
2. Schiessanlage Wülflingen (Nr. 03-097).
Eingereicht von Marianne Ott (SP), Anja Peter (Grüne/AL) und Nik Gugger (EVP) am 10. November 2003.
Noch nicht überwiesen.
3. Schaffung der Stelle eines Sozialinspektors / einer Sozialinspektorin (Nr. 04-103).
Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 25. Oktober 2004.
Noch nicht überwiesen.
4. Anpassung des Mutterschaftsurlaubs für Städtische Angestellte (Nr. 04-104).
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 25. Oktober 2004.
Noch nicht überwiesen.
5. Schliessung des Energieladens (Nr. 04-112).
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 15. November 2004.
Noch nicht überwiesen.
6. Online-Stelleninserate (Nr. 04-121).
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 6. Dezember 2004.
Noch nicht überwiesen.

Postulate

1. **Räumliche Verbindung Altstadt – Sulzerareal Stadtmitte (Nr. 02-090).**
Eingereicht von David Hauser (SP) am 23. September 2002.
Überwiesen am 14. April 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 24. März 2004.
2. **Sportförderung (Nr. 02-091).**
Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 23. September 2002.
Überwiesen am 19. Januar 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
3. **Parkleitsystem für Winterthur (Nr. 02-144).**
Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 9. Dezember 2002.
Noch nicht überwiesen.
4. **Optimale Nutzung der Schulhausabwartungen in Winterthur (Nr. 03-006).**
Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), Carolyn Bodmer-Gilgen (FDP), Rolf Schürmann (CVP) am 20. Januar 2003.
Überwiesen am 7. Juli 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 23. Juni 2004.
5. **Auf den Winterthurer Friedhöfen ein würdiges Gemeinschaftsgrab (Nr. 03-020).**
Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 24. Februar 2003.
Überwiesen am 7. Juli 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 16. Juni 2004.
6. **Konzept zur Kinder- und Jugendpartizipation (Nr. 03-040).**
Eingereicht von Nicolas Galladé (SP), Nik Gugger (EVP), Anja Peter (Grüne/AL) und Ursula Bründler-Krismer (CVP) am 14. April 2003.
Überwiesen am 25. August 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 11. August 2004.
7. **Beleuchtung Zebrastreifen (Nr. 03-073).**
Eingereicht von Gabriella Schmid (SP), Martin Stauber (Grüne/AL), Ursula Bründler-Krismer (CVP) und Nik Gugger (EVP) am 8. September 2003.
Überwiesen am 20. Oktober 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 18. August 2004.
8. **Kindertag statt Tochtterttag (Nr. 03-113).**
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 8. Dezember 2003.
Überwiesen am 19. Januar 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 25. August 2004.
9. **Sparrunden ohne Belastung der Familien (Nr. 04-012).**
Eingereicht von Ursula Bründler-Krismer (CVP) am 23. Februar 2004.
Noch nicht überwiesen.
10. **Schaffung von mehr Teilzeitstellen (Nr. 04-015).**
Eingereicht von Franz Scherrer (CVP) am 23. Februar 2004.
Noch nicht überwiesen.
11. **Winterthur in den Reisecar-Führer, Parkplätze für Touristen-Cars (Nr. 04-022).**
Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 22. März 2004.
Überwiesen am 25. Oktober 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
12. **Velohelmschliessfächer am Hauptbahnhof (Nr. 04-065).**
Eingereicht von Edi Wettstein (SP) am 21. Juni 2004.
Überwiesen am 25. Oktober 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
13. **Liegenschaftspolitik (Nr. 04-066).**
Eingereicht von Urs Böni (SP) und Lilith C. Hübscher (Grüne und AL) am 28. Juni 2004.
Überwiesen am 13. Dezember 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
14. **Überprüfung der städtischen Strukturen, Aufgaben und Standards (Nr. 04-089).**
Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 20. September 2004.
Noch nicht überwiesen.
15. **Wochenmarkt, Anpassung der Marktverordnung vom 12. Oktober 1983 (Nr. 04-090).**
Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 20. September 2004.
Noch nicht überwiesen.

16. **Zentralisierung der Betriebs- und Stadtammannämter in Winterthur (Nr. 04-102).**
Eingereicht von Elisabeth Leschke (SP) am 25. Oktober 2004.
Noch nicht überwiesen.
17. **Prävention sexueller Ausbeutung von Kindern im Sport (Nr. 04-120).**
Eingereicht von Mona Schwager (SP) am 6. Dezember 2004.
Noch nicht überwiesen.
18. **Parkplätze hinter Stadthaus (Nr. 04-123).**
Eingereicht von Ursula Künsch (FDP) und Walter Langhart (SVP) am 13. Dezember 2004.
Noch nicht überwiesen.

Interpellationen

1. **Verwechslung bei Routinekontrollen (Nr. 03-049).**
Eingereicht von Gabriella Schmid (SP) und Anja Peter (Grüne/AL) am 2. Juni 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 26. November 2003.
2. **Kontrollstelle gegen Sozialhilfe-Missbrauch (Nr. 03-079).**
Eingereicht von Herbert Iseli (EDU) und Natalie Rickli (SVP) am 22. September 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 17. März 2004.
3. **Verlässlichkeit bei der Eishallennutzung (Nr. 03-091).**
Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 5. Mai 2004.
4. **Gruppenleitungen Horte (Nr. 03-092).**
Eingereicht von Carolyn Bodmer-Gilgen (FDP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 5. Mai 2004.
5. **Aktionstag «Zur Arbeit ohne mein Auto» (Nr. 03-093).**
Eingereicht von Beat Böckli (SP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 5. Mai 2004.
6. **Fussgängerbeschilderung (Nr. 03-094).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 5. Mai 2004.
7. **Pensionsregelung für Stadtratsmitglieder (Nr. 03-096).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 5. Mai 2004.
8. **Verpflichtung Asylsuchender zu gemeinnütziger Arbeit (Nr. 03-109).**
Eingereicht von Alexander Huber (FDP) am 8. Dezember 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 26. Mai 2004.
9. **Auswärtige Angestellte in der Stadtverwaltung (Nr. 03-110).**
Eingereicht von Josef Lisbach (SVP) am 8. Dezember 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 12. Mai 2004.
10. **Restaurant Altersheim Neumarkt (Nr. 03-111).**
Eingereicht von Ursula Künsch (FDP) am 8. Dezember 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 26. Mai 2004.
11. **Kriminelle Asylbewerber (Nr. 03-115).**
Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 15. Dezember 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 26. Mai 2004.
12. **Berufliche Integration junger Menschen (Nr. 04-004).**
Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 19. Januar 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 7. Juli 2004.
13. **«Publikations-Ferien» bei Baugesuchen im Monat Dezember (Nr. 04-005).**
Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP) und Jakob Heusser (FDP) am 19. Januar 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 16. Juni 2004.

14. Einrichtung eines Mittagstischs im Oberstufenschulhaus Heiligberg (Nr. 04-006).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 19. Januar 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 7. Juli 2004.

15. Unterhaltungszentrum der Asylkoordination (Nr. 04-010).

Eingereicht von Walter Langhard (SVP) am 23. Februar 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 11. August 2004.

16. Massnahmen gegen die hohe Ozonbelastung (Nr. 04-011).

Eingereicht von Urs Böni (SP) am 23. Februar 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 18. August 2004.

17. Winterthur als Austragungsort von Sportanlässen (Nr. 04-019).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 22. März 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 22. September 2004.

18. Besetzung Sulzer Hochhaus (Nr. 04-020).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 22. März 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 22. September 2004.

19. Frühmorgendlicher Lastwagenlärm (Nr. 04-030).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 26. April 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 20. Oktober 2004.

20. Taxisituation am Bahnhofplatz (Nr. 04-031).

Eingereicht von Alexander Huber (FDP) am 26. April 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 20. Oktober 2004.

21. Lehrstellen bei internationalen Firmen (Nr. 04-043).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 7. Juni 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 1. Dezember 2004.

22. Tieferlegung der Zürcherstrasse (Nr. 04-044).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 7. Juni 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 1. Dezember 2004.

23. Nicht in Kraft gesetzte Parkplatzgebühren-Verordnung (Nr. 04-045).

Eingereicht von Elsbeth Leschke (SP) am 7. Juni 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 1. Dezember 2004.

24. Bilanz Liegenschaftenhandel Hölken-Areal (Nr. 04-046).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 7. Juni 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 20. Oktober 2004.

25. Erscheinungsbild der Stadt Winterthur (Nr. 04-047).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 7. Juni 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 24. November 2004.

26. Festlegung der Gebiete mit Publikumsintensiven Einrichtungen (Nr. 04-053).

Eingereicht von Jack Würzler (SP) am 21. Juni 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 1. Dezember 2004.

27. Partikelfilter für Dieselbusse (Nr. 04-054).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL) am 21. Juni 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 7. Juli 2004.

28. Kindergarten und Schule finden statt (Nr. 04-055).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 21. Juni 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 8. Dezember 2004.

29. Schwund der Baurechte im Finanzvermögen (Nr. 04-056).

Eingereicht von Marianne Ott (SP) am 21. Juni 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 15. Dezember 2004.

30. Einhaltung der Budgetvorgaben (Nr. 04-057).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 21. Juni 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 1. Dezember 2004.

31. 90 % Ausländeranteil im Jugendhaus (Nr. 04-075).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 30. August 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

32. Koordinationsstelle für Integration (Nr. 04-076).

Eingereicht von Josef Lisibach (SVP) und Peter Rütimann (FDP) am 30. August 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

33. Einbezug der Veltheimer Bevölkerung bei der Verwendung der Erträge aus dem Luciak-Weilenmann-Fond (Nr. 04-077).

Eingereicht von Urs Böni (SP) am 30. August 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

34. Stelleninserat im Landboten (Nr. 04-078).

Eingereicht von Annina Meier-Camenisch (FDP) am 30. August 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 29. September 2004.

35. Gestaltung eines zugänglichen Gewässers im Rahmen der Höherlegung des Mattenbaches (Nr. 04-088).

Eingereicht von Jack Würzler (SP) am 20. September 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

36. Anwendung des Gesetzes über selbständige Gemeindeanstalten in Winterthur (Nr. 04-100).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 25. Oktober 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

37. Einheitliche Grundlagen im Subventionswesen der Stadt Winterthur (Nr. 04-101).

Eingereicht von Ursula Dolski (parteilos) am 25. Oktober 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

38. Mehrwertsteuern bei WOV-Betrieben (Nr. 04-111).

Eingereicht von Ursula Künsch (FDP) am 15. November 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

39. Kosteneinsparungen im Schuldepartement (Nr. 04-118).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 6. Dezember 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

40. Neue Polizeiverordnung (APV) Artikel 16 (Nr. 04-119).

Eingereicht von Gabriella Schmid (SP) am 6. Dezember 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Schriftliche Anfragen

1. Sparvorschläge der städtischen Angestellten (Nr. 04-098).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 25. Oktober 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

2. Rauchfreie Zone im Foyer des Stadttheaters Winterthur (Nr. 04-099).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 25. Oktober 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

3. Sicherheit an der Zürcherstrasse beim Zentrum Töss (Nr. 04-117).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 6. Dezember 2004.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Erledigte

Volksinitiativen

keine erledigten Geschäfte

Einzelininitiativen

1. Erhaltung der Lebensqualität von Iberg, Eidberg, Weiherhöhe, Gotzenwil, Seen, Oberseen und Sennhof durch eine finanzielle Unterstützung des Vereins «Fluglärmsolidarität» (Nr. 02-118).

Eingereicht von Michael Hohl, Mirka Pfister Hohl, Stefan Hohl, Rahel Pfister Hohl, Hans Gut und Rosemarie Sennhauser am 13. November 2002.
Zurückgezogen und erledigt abgeschrieben am 25. Oktober 2004.

Beschlussanträge

1. Einreichung einer Behördeninitiative zwecks Erhöhung der Anzahl der Arbeitslosentaggeldbezüge (Nr. 03-053).

Eingereicht von Mona Schwager (SP) am 30. Juni 2003.
Überwiesen an die Erweiterte Ratsleitung am 22. September 2003.
Zustimmung und mit Behördeninitiative an den Kantonsrat als erledigt abgeschrieben am 28. Juni 2004.

2. Änderung der Verordnung über den Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsmann) (Nr. 04-079).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 30. August 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 13. Dezember 2004.

3. Vermittlungstätigkeit der Ombudsstelle für die städtischen Angestellten (Nr. 04-091).

Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 20. September 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 13. Dezember 2004.

Motionen

1. Neuüberbauung des Archplatzes (Nr. 86-084).

Eingereicht von Peter Hodel (SP) am 30. Juni 1986.
Erheblich erklärt am 25. April 1988.
Erledigt abgeschrieben am 23. Februar 2004.

2. Erhaltung und Umzonung von Kleinst- und Kleinpärken (Nr. 04-050).

Eingereicht von Elisabeth Leschke (SP) am 7. Juni 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 13. Dezember 2004.

3. Familienfreundliche Ferien im Vorsommer (Nr. 04-113).

Eingereicht von Ursula Dolski (parteilos) am 15. November 2004.
Zurückgezogen und erledigt abgeschrieben am 15. November 2004.

Postulate

1. Überarbeitung des Beitragsreglements über die familienergänzende Kinderbetreuung (Nr. 02-015).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 28. Januar 2002.
Erledigt abgeschrieben am 19. Januar 2004.

2. Einsatz von QuartierpolizistInnen (Nr. 02-066).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 8. Juli 2002.
Erledigt abgeschrieben am 19. Januar 2004.

3. Stündliche Busverbindung zum Bruderhaus und Eschenberg (Nr. 02-073).

Eingereicht von Elisabeth Leschke (SP) am 26. August 2002.
Erledigt abgeschrieben am 19. Januar 2004.

4. Kulturförderungsleitbild (Nr. 02-080).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 9. September 2002.
Erledigt abgeschrieben am 28. Juni 2004.

5. Gebührenerhöhung für auswärtige Bibliotheksbenutzer/-innen (Nr. 02-145).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 9. Dezember 2002.
Erledigt abgeschrieben am 28. Juni 2004.

6. Lehrstellenangebot für schulisch schwächere Jugendliche (Nr. 03-019).

Eingereicht von Silv O'Brien (Grüne/AL) am 24. Februar 2003.
Erledigt abgeschrieben am 28. Juni 2004.

7. Sportpass-Tarifierhöhung für Auswärtige (Nr. 03-021).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 24. Februar 2003.
Erledigt abgeschrieben am 15. November 2004.

8. Beitritt der Stadt Winterthur zum Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich (SBFZ) (Nr. 03-022).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/AL) und Eva Schlegel (SP) am 24. Februar 2003.
Erledigt abgeschrieben am 30. August 2004.

9. Ersatzparkplätze für das Parkhaus Arch (Nr. 03-112).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 8. Dezember 2003.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 19. Januar 2004.

10. Temporeduktion auf Strassen zwischen Frühling und Herbst (Nr. 04-013).

Eingereicht von Urs Böni (SP) am 23. Februar 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 25. Oktober 2004.

11. Entscheid Poststellennetz Winterthur (Nr. 04-014).

Eingereicht von Beat Stettler (SP) am 23. Februar 2004.
Zurückgezogen und erledigt abgeschrieben am 30. August 2004.

12. Geschlechtergerechtigkeit bei den städtischen Ausgaben (Nr. 04-021).

Eingereicht von Gabriella Schmid (SP) am 22. März 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 13. Dezember 2004.

13. Verkauf der städtischen Rebbetriebe (Nr. 04-048).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 7. Juni 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 13. Dezember 2004.

14. Sportlich zum Sport (Nr. 04-049).

Eingereicht von Edi Wettstein (SP) am 7. Juni 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 15. November 2004.

15. Unterschutzstellung des Sulzerhochhauses (Nr. 04-058).

Eingereicht von Jack Würzler (SP) am 21. Juni 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 13. Dezember 2004.

Interpellationen

1. Neue Polizeiverordnung (Nr. 02-064).

Eingereicht von Elisabeth Leschke (SP) am 8. Juli 2002.
Erledigt abgeschrieben am 26. April 2004.

2. Plakate auf öffentlichem Grund, Vertrag mit der APG (Nr. 03-039).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 14. April 2003.
Erledigt abgeschrieben am 19. Januar 2004.

3. Jugendliche Gewalt in Winterthur (Nr. 03-043).

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP) am 5. Mai 2003.
Erledigt abgeschrieben am 19. Januar 2004.

4. Mangelnde Transparenz in der Asylkoordination Winterthur (Nr. 03-048).

Eingereicht von Alexander Huber (FDP) am 2. Juni 2003.
Erledigt abgeschrieben am 19. Januar 2004.

5. **Vollzug der AHV/IV-Zusatzleistungen bei der kantonalen Sozialversicherungsanstalt (Nr. 03-056).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 30. Juni 2003.
Erledigt abgeschrieben am 19. Januar 2004.
6. **Zusammenarbeit IDW-Winterthur und der Informatikabteilung der msw-Winterthur (Nr. 03-057).**
Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 30. Juni 2003.
Erledigt abgeschrieben am 19. Januar 2004.
7. **Albani-Komitee (Nr. 03-061).**
Eingereicht von Peter Fuchs (SVP) am 7. Juli 2003.
Erledigt abgeschrieben am 30. August 2004.
8. **Gestaltung der Studienräume der Stadtbibliothek an der Museumstrasse (Nr. 03-067).**
Eingereicht von Annina Camerisch (FDP) am 25. August 2003.
Erledigt abgeschrieben am 15. November 2004.
9. **Eulachpark Oberi – wie weiter? (Nr. 03-095).**
Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 10. November 2003.
Erledigt abgeschrieben am 30. August 2004.
10. **Schnitzelheizung Schulhaus Sennhof (Nr. 04-007).**
Eingereicht von Christa Kern (SVP) am 19. Januar 2004.
Erledigt abgeschrieben am 30. August 2004.
11. **Entnahme von Fr. 1,5 Mio. aus der Kasse der Kehrlichtverbrennungsanlage (Nr. 04-040).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 7. Juni 2004.
Erledigt abgeschrieben am 7. Juni 2004.
12. **Strompreissenkungen für Gewerbetreibende (Nr. 04-041).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 7. Juni 2004.
Erledigt abgeschrieben am 7. Juni 2004.
13. **Schaffung von 3 zusätzlichen Stellen bei der Städtischen Spitex (Nr. 04-051).**
Eingereicht von Mona Schwager (SP) und Ursula Marintelli-Weidmann (EVP) am 21. Juni 2004.
Erledigt abgeschrieben am 21. Juni 2004.
14. **Volksabstimmung «Sanierungsprogramm 2004», Auswirkungen auf Winterthur (Nr. 04-072).**
Eingereicht von David Hauser (SP) am 30. August 2004.
Erledigt abgeschrieben am 30. August 2004.
15. **Verhinderung von gewalttätigen Demonstrationen in Winterthur (Nr. 04-110).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 15. November 2004.
Erledigt abgeschrieben am 15. November 2004.
5. **Kantonale Kulturbeiträge für die Kunstinstitute der Stadt Winterthur (Nr. 04-018).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 22. März 2004.
Erledigt abgeschrieben am 23. Juni 2004.
6. **Zufahrtsberechtigung für Handwerker in der Altstadt (Nr. 04-028).**
Eingereicht von Josef Lisibach (SVP) am 26. April 2004.
Erledigt abgeschrieben am 7. Juli 2004.
7. **Quartierparkplätze Tachlisbrunnen- und Schickstrasse / Praxis der blauen Zone mit Dauerparkiermöglichkeit für Anwohnende (Nr. 04-029).**
Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 26. April 2004.
Erledigt abgeschrieben am 7. Juli 2004.
8. **Tierrechtsorganisation PETA (Nr. 04-042).**
Eingereicht von Nina Dorizzi (SP) am 7. Juni 2004.
Erledigt abgeschrieben am 1. September 2004.
9. **Stellenvermehrung im Jahre 2003 (Nr. 04-052).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 21. Juni 2004.
Erledigt abgeschrieben am 8. September 2004.
10. **Zukunft des Energieladens (Nr. 04-061).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 28. Juni 2004.
Erledigt abgeschrieben am 15. September 2004.
11. **Finanzielle Auswirkungen bei der Einführung der Mutterschaftsversicherung (Nr. 04-062).**
Eingereicht von David Hauser (SP) am 28. Juni 2004.
Erledigt abgeschrieben am 1. September 2004.
12. **Auswirkungen des neuen Wahlsystems auf die künftigen Wahlen des Grossen Gemeinderates (Nr. 04-063).**
Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 28. Juni 2004.
Erledigt abgeschrieben am 22. September 2004.
13. **Ausschreibung Stadtverwaltung Winterthur PC-Beschaffung 2004–2005 (Nr. 04-064).**
Eingereicht von René Schürmann (CVP) am 28. Juni 2004.
Erledigt abgeschrieben am 1. September 2004.
14. **Auswirkungen des Entlastungsprogrammes 04 auf den Winterthurer Regionalverkehr (Nr. 04-073).**
Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 30. August 2004.
Erledigt abgeschrieben am 24. November 2004.
15. **Personalzeitung Stadtinfo (Nr. 04-074).**
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 30. August 2004.
Erledigt abgeschrieben am 27. Oktober 2004.
16. **Ausschreibung eines Sparideen-Wettbewerbs für alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (Nr. 04-086).**
Eingereicht von Ursula Dolski (SP) am 20. September 2004.
Erledigt abgeschrieben am 15. Dezember 2004.
17. **Rollbrett- und Inlineskater-Anlage in Winterthur Töss (Nr. 04-087).**
Eingereicht von Peter Fuchs (SVP) am 20. September 2004.
Erledigt abgeschrieben am 15. Dezember 2004.

Schriftliche Anfragen

1. **Schuluntersuche durch den Schulärztlichen Dienst (SAD) der Stadt Winterthur (Nr. 03-084).**
Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP) am 20. November 2003.
Erledigt abgeschrieben am 14. Januar 2004.
2. **Schuldenabbau (Nr. 03-090).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 10. November 2003.
Erledigt abgeschrieben am 11. Februar 2004.
3. **Abzuschreibene Steuerschulden von rund 10 Mio. Franken nach dem Zusammenbruch der Erb-Gruppe (Nr. 03-108).**
Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 8. Dezember 2003.
Erledigt abgeschrieben am 25. Februar 2004.
4. **Konsequenzen für die Stadt Winterthur und daraus resultierende Szenarien im Falle einer Annahme des Steuerpakets bei der eidgenössischen Volksabstimmung vom 16. Mai 2004 (Nr. 04-009).**
Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 23. Februar 2004.
Erledigt abgeschrieben am 31. März 2004.

Behördenverzeichnis

Grosser Gemeinderat

Amtsduer 2002 – 2006

(Stand Ende Dezember 2004)

Präsidentin:	Beutler-Bucher Gisela, Lehrerin / Hausfrau (SVP)
1. Vizepräsidentin:	Ott Marianne, Rechtsanwältin (SP)
2. Vizepräsidentin:	Kleiber-Schenkel Ruth, Handarbeitslehrerin (EVP)
Stimmzähler/in:	Künsch Ursula, Dr. med., Frauenärztin (FDP) Meier Patrick, Stadtmann (SVP) Scherrer Franz, Unternehmer (CVP) Wettstein Edi, Werkstatt-Lehrer (SP)
Ratssekretär:	Frauenfelder Arthur, Stadtschreiber

Mitglieder:

- * Albi Norbert, Unternehmer / Schausteller (SVP)
- * Badertscher Werner, Kapo ZH / Zivilangestellter (SVP)
- * Baltensberger Beatrix, Eidg. Dipl. Sozialvers.-Fachfrau (SP)
- * Baumann Monika, lic. iur. Bezirksanwältin (SVP)
- * Beutler-Bucher Gisela, Lehrerin / Hausfrau (SVP)
- * Beutler Yvonne, Redaktorin / lic. iur. / Friedensrichterin (SP)
- * Böckli Beat, Primarlehrer (SP)
- * Bodmer-Gilgen Carolyn, lic. phil. I (FDP)
- * Böni Urs, Gartenbauer (SP)
- * Bründler-Krismer Ursula, Kinderkrankenschwester / Hausfrau (CVP)
- * Dolski-Gebendinger Ursula, Leiterin Adm. Sportamt (parteilos)
- * Dorizzi Nina, Psychologin / Betreuerin (SP)
- * Fluri Adrian, Treuhänder (SD)
- * Fritschi Stefan, Dipl. Betriebs- u. Produktionsing. ETH (FDP)
- * Fuchs Peter, Unternehmer (SVP)
- * Galladé Nicolas, Kaufm. Angestellter / Journalist (SP)
- * Gruber Beat, Projektleiter Bauwesen (SP)
- * Gugger Niklaus, Jugend- und Schulsozialarbeiter (EVP)
- * Hauser David, lic. phil. I, Historiker (SP)
- * Heusser Jakob, Eidg. Dipl. Hafnermeister (FDP)
- * Huber Alexander, Dr. sc. nat., Wissenschaftler (FDP)
- * Hübscher Lilith C., Redaktorin (Grüne)
- * Iseli Herbert, Techn. Kaufmann (EDU)
- * Keller Heinrich, Geschäftsführer ZGS (SVP)
- * Kern – Weber Christa, Kaufm. Angestellte / Hausfrau (SVP)
- * Kläy Dieter, Dr. phil. I (FDP)
- * Kleiber-Schenkel Ruth, Handarbeitslehrerin (EVP)
- * Künsch Ursula, Dr. med., Frauenärztin (FDP)
- * Künzle Michael, Jurist (CVP)
- * Langhard Walter, Betriebsleiter (SVP)
- * Leschke Elisabeth, lic. iur., Rechts- / Scheidungsberatung (SP)
- * Lisibach Josef, Kantonspolizist (SVP)
- * Martinelli-Weidmann Ursula, Krankenschwester (EVP)
- * Meier-Camenisch Annina Martina, lic. iur. (FDP)
- * Meier Patrick, Stadtmann (SVP)
- * Meier Rudolf, Landwirt (SVP)
- * O'Brien Silv, Asylantenbetreuerin / Schulpflegerin (Grüne)

- * Ott Marianne, Rechtsanwältin (SP)
- * Peter Anja, Studentin (AL)
- * Piotrowski Stefan, Dipl. Arch. ETH/HTL/SIA (FDP)
- * Ramsauer Adrian, Rechtsanwalt (Grüne)
- * Rickli Natalie, Kaufm. Angestellte (SVP)
- * Rütimann Peter, lic. iur., Rechtsanwalt (FDP)
- * Scherrer Franz, Unternehmer (CVP)
- * Schlegel Eva, Klavierlehrerin (SP)
- * Schmid Gabriella, Soziologin (SP)
- * Schmid Kilian, Krankenpfleger (SP)
- * Schürmann René, Personalchef (CVP)
- * Schwager Mona, Krankenschwester / Hebamme (SP)
- * Stauber Martin, Kulturingenieur ETH (Grüne)
- * Steiner Werner, Dipl. Bauing. ETH/SIA, Geschäftsführer (SVP)
- * Stettler Beat, Gewerkschaftssekretär (SP)
- * Strahm Hedi, Programmiererin (SP)
- * Wegmüller Hanspeter, Bankkaufmann (SVP)
- * Weibel Rolf, Typograf (EVP)
- * Werner Daniela, Lehrerin (SP)
- * Wernli Paul, Einsatzleiter Arbeitsprojekte (SP)
- * Werren Ruth, Einkäuferin / Prokuristin (FDP)
- * Wettstein Edi, Werkstatt-Lehrer (SP)
- * Würigler Hans Ulrich, Rechtsanwalt (SP)

Die mit * bezeichneten Mitglieder bilden die Bürgerrechtsabteilung des Grossen Gemeinderates.

Austritte im Berichtsjahr:

Fröhlich Ursula (SD), Kalt Markus (SVP), Huber Eugen (SVP), Oertli Rotraut (SP)
(Am 31.12.2004 treten zusätzlich Fluri Adrian (SD) und Meier Patrick (SVP) aus dem Rat.)

Parlamentarische Kommissionen

Erweiterte Ratsleitung

Präsidentin: Beutler-Bucher Gisela (SVP)

Mitglieder: Ott Marianne (SP)
Kleiber-Schenkel Ruth (EVP)
Leschke Elisabeth (SP)
Rütimann Peter (FDP)
Ramsauer Adrian (Grüne)
Iseli Herbert (EDU)
Kern-Weber Christa (SVP)
Scherrer Franz (CVP)

Aufsichtskommission

Präsidentin: Leschke Elisabeth (SP)

Mitglieder: Baltensberger Bea (SP)
Fritschi Stefan (FDP)
Hauser David (SP)
Martinelli-Weidmann Ursula (EVP)
Meier Patrick (SVP)
Schürmann René (CVP)
Stauber Martin (Grüne)
Wegmüller Hanspeter (SVP)
Wernli Paul (SP)
Werren Ruth (FDP)

Sachkommission Stadtentwicklung

Präsident: Rütimann Peter (FDP)
 Mitglieder: Dorizzi Nina (SP)
 Galladé Nicolas (SP)
 Künzle Michael (CVP)
 Lisibach Josef (SVP)
 Weibel Rolf (EVP)
 Würzler Hans Ulrich (SP)

Sachkommission Hochbau

Präsidentin: Ott Marianne (SP)
 Mitglieder: Albi Norbert (SVP)
 Huber Alexander (FDP)
 Hübscher Lilith C. (Grüne)
 Piotrowski Stefan (FDP)
 Stettler Beat (SP)
 Wettstein Edi (SP)

Sachkommission Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ent- und Versorgung

Präsident: Ramsauer Adrian (Grüne)
 Mitglieder: Böni Urs (SP)
 Fuchs Peter (SVP)
 Kläy Dieter (FDP)
 Steiner Werner (SVP)
 Strahm Hedi (SP)
 Werner Daniela (SP)

Sachkommission Bildung, Sport und Kultur

Präsident: Iseli Herbert (EDU)
 Mitglieder: Baumann Monika (SVP)
 Bodmer-Gilgen Carolyn (FDP)
 Gruber Beat (SP)
 Peter Anja (AL)
 Rickli Natalie (SVP)
 Schlegel Eva (SP)

Sachkommission Soziales und Sicherheit

Präsidentin: Kern-Weber Christa (SVP)
 Mitglieder: Bründler Ursula (CVP)
 Gugger Niklaus (EVP)
 Langhard Walter (SVP)
 Meier-Camenisch Annina M. (FDP)
 Schmid Gabriella (SP)
 Schwager Mona (SP)

Bürgerrechtskommission

Präsident: Scherrer Franz (CVP)
 Mitglieder: Beutler Yvonne (SP)
 Dolski Ursula (parteilos)
 Heusser Jakob (FDP)
 Keller Heinrich (SVP)
 Meier Rudolf (SVP)
 O'Brien Silv (Grüne)

Parteilpolitische Zusammensetzung des Grossen Gemeinderates

Sozialdemokratische Partei	SP	20
Schweizerische Volkspartei	SVP	14
Freisinnig-demokratische Partei	FDP	10
Christlich-demokratische Volkspartei	CVP	4
Evangelische Volkspartei	EVP	4
Grüne Partei	Grüne	4
Eidgenössische Demokratische Union	EDU	1
Schweizer Demokraten	SD	1
Alternative Liste	AL	1
Parteilos		1
Total Mitglieder		60

Stadtrat

Stadtpräsident: Ernst Wohlwend
 Vizepräsident: Reinhard Stahel
 Mitglieder: Pearl Pedernana
 Hans Hollenstein
 Walter Bossert
 Verena Gick
 Maja Ingold
 Stadtschreiber: Arthur Frauenfelder

Departement Kulturelles und Dienste

Ernst Wohlwend

Stellvertreter: Reinhard Stahel

Stadtkanzlei
 Personalamt
 Stadtarchiv
 Stadtentwicklung
 Integration
 Quartierkultur und Freizeitaktionen
 Kulturelles
 Stadtammann- und Betreibungsämter
 Friedensrichteramt

Departement Finanzen

Verena Gick

Stellvertreterin: Pearl Pedernana

Finanzkontrolle
 Finanzamt
 Steueramt
 Informatikdienste
 Liegenschaftenverwaltung

Departement Bau

Reinhard Stahel

Stellvertreter: Ernst Wohlwend

Zentrale Dienste
 Stadtplanungsamt
 Tiefbau
 Hochbau
 Vermessungsamt
 Baupolizeiamt

Departement Sicherheit und Umwelt*Hans Hollenstein**Stellvertreter: Walter Bossert*

Departementsstab
 Umweltschutzfachstelle
 Stadtpolizei
 Polizeirichteramt
 Feuerwehr
 Zivilschutzamt
 Melde- und Zivilstandswesen
 Arbeitsamt
 Gesundheitsamt

Departement Schule und Sport*Pearl Pedernana**Stellvertreterin: Maja Ingold*

Departementsstab
 Bildung
 Berufsbildung
 Zentrale Dienste
 Sport

Departement Soziales*Maja Ingold**Stellvertreterin: Verena Gick*

Vormundchaftswesen
 Sozialamt
 Alter und Pflege

Departement Technische Betriebe*Walter Bossert**Stellvertreter: Hans Hollenstein*

Städtische Werke
 Stadtbuss Winterthur
 Stadtgärtnerei
 Forstbetrieb

Stadträtliche Ausschüsse**Personalausschuss**

Präsident: Ernst Wohlwend
 Vizepräsidentin: Verena Gick
 Mitglied: Maja Ingold
 Ersatz: Walter Bossert

Bauausschuss

Präsident: Reinhard Stahel
 Vizepräsident: Ernst Wohlwend
 Mitglied: Walter Bossert
 Ersatz: Verena Gick

Vormundschaftsausschuss

Präsidentin: Maja Ingold
 Vizepräsident: Walter Bossert
 Mitglied: Verena Gick
 Ersatz: Pearl Pedernana
 Hans Hollenstein
 Reinhard Stahel
 Ernst Wohlwend

Grundsteuernausschuss

Präsidentin: Verena Gick
 Vizepräsident: Walter Bossert
 Mitglied: Reinhard Stahel
 Ersatz: Ernst Wohlwend
 Hans Hollenstein

Finanz- und Investitionsausschuss

Präsidentin: Verena Gick
 Mitglieder: Ernst Wohlwend
 Walter Bossert
 Ersatz: Reinhard Stahel

Schulbehörden**Zentralschulpflege**

Präsidentin/Präsident: Pearl Pedernana, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Dora Weigold,
 Kreisschulpflegepräsidentin

Mitglieder:

Walter Oklé	Präsident Kreisschulpflege Stadt
Ruedi Ehrsam	Präsident Kreisschulpflege Mattenbach
Toni Patscheider	Präsident Kreisschulpflege Oberwinterthur
Susanne Haelg	Präsidentin Kreisschulpflege Seen
Bea Schläpfer	Präsidentin Kreisschulpflege Töss
Dora Weigold-Maurer	Präsidentin Kreisschulpflege Veltheim
Verena Färber-Dinkelacker	Präsidentin Kreisschulpflege Wülflingen

Kreisschulpflegen**Altstadt**

Präsident: Walter Oklé, Kürschner
 1. Vizepräsident: Felix Müller, dipl. Architekt ETH/SIA
 2. Vizepräsidentin: Iris Brom, Damenschneiderin

Mitglieder:

Jürg Berger, dipl. Experte in Rechnungslegung und Controlling
 Lisa Bionda Bosshard, Hausfrau
 Iris Brom, Damenschneiderin
 Dorothea Dubs-Sommer, lic. iur.

Marlene Dünner Leu, kaufm. Angestellte
 Jacqueline Engler-Beauverd, Sprachlehrerin
 Hans Peter Gisler, lic. phil. I/Kaufmann
 Vinzenz Glaus, dipl. Naturwissenschaftler ETH
 Margrit Joelson-Strohbach, Dr. phil. I, Mittelschullehrerin
 Marianne Kienast, Geschäftsfrau
 Philipp Künzler, Techniker TS Klima
 Alfred Lanz, dipl. phil. I, Medienfachmann
 Anne-Käthi Matter-Messerli, Hauswirtschaftslehrerin/
 Familienfrau
 Esther Mötteli-Sigg, Lehrerin/Hausfrau
 Felix Müller, dipl. Architekt ETH/SIA
 Heidi Müller, Sekretärin
 Hanspeter Neumeyer, lic. phil. I, Psychotherapeut
 Walter Oklé, Präsident Kreisschulpflege
 Johanna Reinhart, Lebensmittelingenieurin ETH
 Martin Sonderegger, Arzt
 Hannes Wydler, El.-Ing. HTL

Mattenbach

Präsident: Ruedi Ehram, Werklehrer
 1. Vizepräsidentin: Kristin Ljungberg,
 dipl. Übersetzerin/Hausfrau
 2. Vizepräsidentin: Ruth Trachsler, Sekretärin

Mitglieder:

Berrin Ant, KV/Familienfrau
 Alfred Artho, Bahnhofsassistent SBB
 Franco Cazzato, eidg. dipl. Malermeister
 Dennis Dell'Apollonia, Reprograf
 Ruedi Ehram-Meierhans, Werklehrer
 Gaby Fritz-Rosser, Familienfrau
 Marie Louise Gisler-Püntener, Familienfrau
 Lilith Claudia Hübscher, Redaktorin
 Andrea Knasmillner, KV/Familienfrau
 Evelyne Landwehr, Familienfrau
 Kristin Ljungberg, dipl. Übersetzerin/Hausfrau
 Sabine Maurus-Marty, KV/Familienfrau
 Yves Senn, Geschäftsführer
 Ruth Trachsler, Sekretärin/Hausfrau
 Linda Vogel, KV/Familienfrau
 Petra Weidemann, Hausfrau/Betriebsbeamtin SBB
 Markus Würzer, Hausmann

Oberwinterthur

Präsident: Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 1. Vizepräsidentin: Vreni Gross-Güntensperger,
 Familienfrau
 2. Vizepräsidentin: Annemarie Gluch-Bosshard,
 Ernährungsberaterin

Mitglieder:

Peter Bleisch, Berufsinspektor
 Cornelia Brändli, Familienfrau/Krankenschwester
 Petra Fink, Betriebsassistentin Post
 Nathalie Gloor, Sicherheitsbeauftragte KAPO
 Annemarie Gluch-Bosshard, Ernährungsberaterin
 Vreni Gross-Güntensperger, Familienfrau
 Silvia Haller-Girsberger, Hausfrau/Zahnarztgehilfin
 Walter Kübler, Ing. HTL
 Regina Kurzen-Fuchs, Familienfrau/Arztgehilfin
 Anna Lüdi-Kluz, Krankenschwester/Hausfrau
 Daniel Oswald, Ing. HTL
 Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 Regula Salm, Familienfrau/Dentalassistentin
 Sonja Sartor-Mettler, Legasthenie-Therapeutin
 Paul Schellenberg, dipl. Architekt HTL/STV

Sonja Scholz-Krügel, Soz.-Pädagogin
 Silvia Waibel-Kraft, Schulsekretärin
 Traugott Würmli, Fachlehrer
 Maria Zehnder, Dr. Oekonomie/Dolmetscherin
 Angela Zoske, Familienfrau/Krankenpflegerin
 1 Vakanz

Seen

Präsidentin: Haelg Susanne, Kauffrau
 1. Vizepräsident: Heinrich Egg, Landwirt
 2. Vizepräsidentin: Beatrice Helbling-Wehrli, Typografin

Mitglieder:

Esther Althaus, Buchhändlerin
 Bruno Bischof, Dipl. Bauleiter Hochbau
 Emil Bodenmann, Betriebsfachmann
 Heinrich Egg, Landwirt
 Peter Flückiger, Hausmann
 Monika Frei-Mattenberger, Kindergärtnerin
 Maya Früh-Huber, med. Praxisassistentin
 Susanne Haelg, Kauffrau
 Beatrice Helbling-Wehrli, Typografin
 Nelly Iseli, Hausfrau
 Dominic Gerhard Kleiber, Oberstufenlehrer
 Betty Konyo Schwerzmann, Buchhalterin
 Markus Kopp, Ing. HTL
 Andrea Lorca, Familienfrau/med. Praxisassistentin
 Angelika Neukomm-Riesen, Hausfrau/Mutter
 Martina Puorger Kaufmann, lic. iur. Rechtsanwältin
 Marcel Rüegg, Fachspezialist
 Monique Stadler Schaad, Grafikerin
 Suzanne Ziegler-Peter, lic. oec. HSG/Dozentin ZHW

Töss

Präsidentin: Bea Schläpfer-Schweizer,
 kfm. Angestellte
 1. Vizepräsident: Beatrice Tarancón,
 Direktionsassistentin
 2. Vizepräsidentin: Werner Leemann, Disponent

Mitglieder:

Esther Baptista, Familienfrau, Hauswartin
 Cornelia Brunner-Scherrer, Kinderkrankenschwester
 Werner Burger, Elektro-Kontrolleur/Chefmonteur mit
 eidg. Fachausweis
 Mario Covi, Bankangestellter
 Monika Frey-Schwager, Familienfrau
 Felix Helg, Jurist
 Annegret Jeger, Buchhändlerin/Familienfrau
 Werner Leemann, Disponent
 Bea Schläpfer-Schweizer, kaufm. Angestellte
 Werner Schwendimann, Betriebsdisponent SBB
 Richard Stadelmann, Dipl. Masch.-Ing. ETH
 Beatrice Tarancon-Ensslin, Direktionsassistentin
 Renate Wegmann, Wohnberaterin

Veltheim

Präsidentin: Dora Weigold-Maurer,
 Sekretärin/Hausfrau
 1. Vizepräsidentin: Christa Honegger Hauser, Juristin
 2. Vizepräsident: Hans-Rudolf Gossweiler,
 alt Mittelschullehrer

Mitglieder:

Martin Beck, dipl. Geograph/Energieingenieur HTL
 Monika Büsser-Aeberhard, Hausfrau

Hans-Rudolf Gossweiler, alt Mittelschullehrer
 Christa Honegger Hauser, Juristin
 Christine Kellermüller Schelb, Primarlehrerin/
 Psychomotorik-Therapeutin
 Christoph Magnusson, Finanzberater
 Anita Manser Bonnard, dipl. Betriebs- und
 Organisationspsychologin IAP
 Sylvia Schwob-Häberli, Familienfrau/Arztgehilfin
 Roland Spiri, Siebdrucker, Stellwerkangestellter
 Ursula Stauer-Schüle, Elektrophysiologisch-Technische
 Assistentin
 Susanne Trost Vetter, Theraterschaffende
 Annelise Wehrli Gisler, lic. phil I/Heilpädagogin
 Dora Weigold-Maurer, Sekretärin/Hausfrau

Wülflingen

Präsidentin: Verena Färber-Dinkelacker, Hausfrau
 1. Vizepräsident: Martin Hasenfratz, Bereichsleiter
 2. Vizepräsident: Andreas Both, Geschäftsführer

Mitglieder:

Andreas Both, Geschäftsführer
 Regula Crestani-Schneider, Hausfrau und Mutter
 Verena Färber-Dinkelacker, Hausfrau
 Martin Hasenfratz, Bereichsleiter
 Heinz Juon, Projektleiter
 Rietje Kranz-Creemers, Sprach- und Religionslehrerin
 Cécile Krättli-Derendinger, Geschäfts- und Hausfrau
 Felix Landolt, Architekt/Projektleiter
 Thomas Larcher, Ing. HTL
 Isabella Matzinger, kaufm. Angestellte
 Markus Moser, Landwirt
 Eva Müller-Angst, kaufm. Angestellte
 Doris Steiner, Hausfrau und Mutter
 Silvia Stöckli, Primarlehrerin
 Michel Vallat, Fachlehrer
 Renate Werren Aeschbach, Hausfrau und Mutter
 Judith Wittwer-Blosser, medizinische Laborantin/Hausfrau

KSP-Ressortverantwortliche Kindergarten

Esther Mötteli-Sigg, Lehrerin/Hausfrau (Altstadt)
 Andrea Knasmillner, KV/Familienfrau (Mattenbach)
 Silvia Haller-Girsberger, Hausfrau/Zahnarztgehilfin
 (Oberwinterthur)
 Maya Früh-Huber, med. Praxisassistentin (Seen)
 Beatrice Tarancón-Ensslin, Direktionsassistentin (Töss)
 Susanne Trost Vetter, Theaterschaffende (Veltheim)
 Doris Steiner, Hausfrau und Mutter (Wülflingen)

Fürsorgebehörde

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Lothar Kausche, lic. oec. HSG
 Sekretärin: Daniela Moro

Mitglieder:

Beatrix Baltensperger-Brander,
 Sozialarbeiterin HFS
 Gabi Bienz-Meier, Juristin/Hausfrau
 Gabriela Böni, kaufmännische Angestellte

Astrid Füllemann-Seiler,
 Krankenpflegerin FA SRK
 Daniel Neuenschwander,
 Leiter Reinigungsdienst
 Cyrus Schahab, Arzt
 Hanspeter Scheuring, Lehrer
 Ursula Schweizer-Stahel, Hausfrau
 Irene Spörri Bättig,
 Reallehrerin/Hausfrau
 Hans Steiger, techn. Angestellter
 Urs Wanders, Unternehmensberater
 Alexander Wunderli, Spitalseelsorger
 Heinz Zentner, Grafiker

Städtische Kommissionen

1. Departement Kulturelles und Dienste

Verwaltungskommission der Pensionskasse

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin

Mitglieder:

Peter Bihr, PVW
 Riccarda Foi Masciadri, PVW
 Stefan Graber, Polizeibeamtenverband
 Silvia Nef, VPOD
 Walter Nisple, PVW
 Christoph Pohl, VPOD

Ersatz:

Kasimir Bischoff, Polizeibeamtenverband
 Alice Maltempi, PVW

Personalkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Maja Ingold, Stadträtin
 Beisitzerin: Verena Gick, Stadträtin

Mitglieder:

Brigitte Berginz, Kindergärtnerinnenkonvent
 Reinhard Linder, VPOD
 Paul Matter, Polizeibeamtenverband
 Maja Rhyner, PVW
 Käthi Schneider, VPOD
 Daniel Schneller, PVW
 Jorge Serra, VPOD
 Susanne Tanner, PVW
 Silvio Tortelli, Polizeibeamtenverband

Theaterkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat
 Aktuar: Ernst Jäggli, Theater am Stadtgarten

Mitglieder:

Yvonne Beutler *
 Walter Büchi, Kultursekretär
 Willy Germann *

Gian Gianotti, Künstlerischer Leiter
 Sylvia Hirsche **
 Fritz Hoffmann *
 Gottfried Katzgrau ***
 Dieter Lang ****
 Paul Schnewlin
 Ruth Werren *

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat
 ** Vertreterin Theaterverein
 *** Vertreter Kanton
 **** Vertreter Regionsgemeinden

Kunstkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat
 Sekretärin: Judith Bodmer

Mitglieder:

Gregor Frehner **
 Werner WAL Frei **
 Othmar M. Gnädinger
 Elisabeth Hefti *
 Daniel Hoehn *
 Stefan Piotrowski *
 Dieter Schwarz

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat
 ** Künstlergruppe

Beratende Stimme:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Alois Ulrich, Stadtarchitekt

Literaturkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Stefan Bush, Redaktor
 Dr. Angelika Maass, Redaktorin
 Denise Sorba-Mosimann, Lehrerin
 Wolfgang Vogel, Buchhändler

Integrationskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Mitglied: Pearl Pedergrana, Stadträtin

Weitere Mitglieder:

Regula Forster
 Silvia Schilter Gander
 Mark Würth
 Nadja Witzemann

Im Weiteren:

Hans-Jakob Mosimann,
 Präsident Ausländer-Beirat (Gast)

Stadtentwicklungskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat
 Mitglieder: Verena Gick, Stadträtin
 Sekretär: Mark Würth, Stadtentwickler

Fachmitglieder:

Dieter Bachmann, Stadtmarketing
 Regula Forster, Department Schule und Sport
 Ruedi Haller, Stadtplaner
 Regine Sauter, Departement Soziales
 Erik Schmausser, Beauftragter für Umweltschutz und Energie
 Fridolin Störi, Bausekretär
 Christian von Burg, Direktor Städtische Werke

Ausländer/innen-Beirat

Präsident: Hans-Jakob Mosimann
 Sekretärin: Giovanna Maiorano Del Grosso

Mitglieder:

Vertreter/innen der Ausländerorganisationen
 Muberra Ari, Türkei
 Shefqet Cakolli, Kosovo
 Arlete De Castro Baumann, übrige Länder
 Giuseppe Diana, Italien
 Giordano Facchin, Italien
 Ana Ivanovic, Bosnien
 Umberto Mastrogiuseppe, Italien
 Darja Mikulicic, Kroatien
 Yücel Yildirim, Türkei
 Vakant, übrige Länder
 Vakant, übrige Länder
 Vakant, Mazedonien

Vertreter/innen der Schweizer Organisationen
 Cornelia Bachmann, Verband KMU/GVW
 Georges-A. Braunschweig, Ref. Pfarrkonvent
 Heiner Brodtbeck, DSS
 Luigi Fucentese, GWB Winterthur
 Silvia Schilter Gander, DSO
 Peter Uhlmann, HAW
 Ineke Wiederkehr, Kath. Kirchgemeinde

im Weiteren:

Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte
 (beratende Stimme)
 Tülün Yanardöner, alevitische Vertreterin
 (Beobachterstatus)

Fachbeirat Gewerbemuseum

Präsident: Peter Spoerli, dipl. Architekt ETH

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Claudia Cattaneo, Co-Leitung Gewerbemuseum
 René Fehr-Biscioni, Künstler
 Karin Kammerlander, dipl. Designerin
 Jue-Hua Liu, Werklehrerin
 Markus Rigert, Co-Leitung Gewerbemuseum
 Walter Rohrer, Metallgestalter

Fachbeirat Uhrensammlung

Präsident: Urs Zimmermann

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
Max Denzler
Kriss Reinhart
Andreas Strehler
Andrea Tiziani
Brigitte Vinzens,
Konservatorin Uhrensammlung Kellenberger

Wissenschaftlicher Beirat Münzkabinett

Präsident: Hans-Ulrich Geiger, Universität Zürich

Mitglieder:

Hans-Markus von Kaenel, Universität Frankfurt
Hortensia von Roten,
Münzkabinett Schweiz. Landesmuseum
Benedikt Zäch, Konservator Münzkabinett
Andreas Zürcher, Kantonsarchäologe Zürich

Funktionsbewertungskommission

Präsident: Fritz Lang, Personalchef
Vizepräsident: Christian Suter, stv. Personalchef
Aktuarin: Yvonne Hörler, Personalamt

Mitglieder:

Verena Anliker, VPOD
Judith Bodmer, PVW
Alice Maltempi, Beauftragte für Gleichstellung
Helmut Pfeifer, PVW
Jorge Serra, VPOD

Ersatz:

Eugen Kindhauser, PVW
Remo Schädler, VPOD
Helena Stäheli, Beauftragte für Gleichstellung

2. Departement Finanzen

Schätzungskommission (aufgelöst per 30.6.04)

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Stellvertreter: Hans Hollenstein, Stadtrat
Aktuar: Erich Dürig, Liegenschaftenverwaltung

Mitglieder:

Walter Huber, Architekt HTL, Winterthur
Harri Marti, Liegenschaftenverwaltung
Heinrich Ott, Bauingenieur HTL, Winterthur
Walter Wittwer, Immobilienreuhänder, Winterthur

Landwirtschaftskommission

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Stellvertreter: Hans Hollenstein, Stadtrat
Aktuar: Ueli Gnehm, Liegenschaftenverwaltung

Mitglieder:

Markus Briner, Landwirt, Winterthur
Gert Brunner, Landwirt, Winterthur
Adrian Buchli, Umweltpolizei
Erich Dürig, Liegenschaftenverwaltung
Heinrich Egg, Landwirt, Sennhof
Hans-Rudolf Hofer, Landwirt, Winterthur
Hans Huber, Landwirt, Winterthur
Markus Moser, Landwirt, Winterthur
Rudolf Schütz, Landwirt, Rätterschen
Urs Schweingruber, Betriebsleiter Volg, Winterthur
(ab 1.7.04)

Rebkommission (aufgelöst per 30.6.04)

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Vizepräsident: Erich Dürig, Liegenschaftenverwaltung
Aktuar: Ueli Gnehm, Liegenschaftenverwaltung

Mitglieder:

Rudolf Kunz, Rebmeister, Kant. Landwirtschaftliche
Schule Weinland, Winterthur
Hans Schorr, Weinbau, Winterthur
Urs Schweingruber, Betriebsleiter Volg, Winterthur

Informatik-Kommission (aufgelöst per 30.6.04)

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin

Mitglieder:

Ivo Eberle, Informatikdienste,
Leiter Software + Consulting, Stadt Winterthur
Stefan Fritschi, Gemeinderat
Erich Hubmann, Informatikdienste,
Planung + Controlling, Stadt Winterthur
Patrick Meier, Gemeinderat
Walter Ruprecht,
Leiter Informatikdienste, Stadt Winterthur
Urs Steinmann, ff-Unternehmensentwicklung AG, Luzern
Hedi Strahm, Gemeinderätin
2 Vakanten, IT-Fachpersonen

3. Departement Sicherheit und Umwelt

Arbeitsmarktkommission

Präsident: Hans Hollenstein, Stadtrat
Vizepräsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
Mitglied: Pearl Pedernana, Stadträtin

Mitglieder:

Peter Baltensberger,
Leiter Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte
Walter Nisple, Vorsteher Arbeitsamt
Ernst Schedler, Leiter Sozialamt
Silvia Schilter Gander, Leiterin Sozial- und Wirtschaftshilfe
Mathias Schlumpf, Leiter Berufsberatung

Kommission für arbeitsmarktliche Massnahmen

Präsident: Hans Hollenstein, Stadtrat
Vizepräsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin

Die weiteren Mitglieder sind Vertreter von:

- Arbeitnehmervereinigungen
- Arbeitgebervereinigungen
- Kantonalen Ämtern
- Städtischen Ämtern

Tripartite Kommission des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums RAV Winterthur

Präsident: Walter Nisple, Arbeitsamt

Mitglieder:

3 VertreterInnen von Arbeitgeberorganisationen
3 VertreterInnen von Arbeitnehmerorganisationen
2 VertreterInnen der Gemeinden der RAV-Region

Kommission Umwelt und Energie

Präsident: Hans Hollenstein, Stadtrat
Vizepräsident: Erik Schmausser, Leiter Umweltschutz-fachstelle

Mitglieder:

Thomas Engesser, Leiter Gesundheitsamt
Ruedi Haller, Leiter Stadtplanungsamt
Beat Kunz, Forstbetrieb
Fridolin Störi, Leiter Baupolizeiamt
Jürg Stünzi, Tiefbau, Stabstelle Entsorgung (als Vertreter von Hans Peter Hulmann, Leiter Tiefbau)
Christian von Burg, Direktor Städtische Werke Winterthur

Fachgruppe Umwelt

Präsident: Hans Hollenstein, Stadtrat
Vizepräsident: Erik Schmausser, Leiter Umweltschutz-fachstelle

Mitglieder:

Thomas Engesser, Leiter Gesundheitsamt, Fachstelle Lufthygiene
Herbert Ernst, Stadtplanungsamt, Stv. Leiter Verkehrsplanung
Ulrich Dinkelacker, Baupolizeiamt, Leiter Fachstelle Energieberatung
Ruedi Külling, Städtische Werke Winterthur, Hauptabteilungsleiter Gas und Wasser
Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb
Eugen Meile, Städtische Werke Winterthur, Hauptabteilungsleiter Wärme und Entsorgung
Matea Pessina, Baupolizeiamt, Baujuristin
Martin Rapold, Stadtgärtnerei, Hauptabteilung Planung/Naturschutz
Jürg Stünzi, Tiefbau, Stabstelle Entsorgung

Fachgruppe Energie

Präsident: Hans Hollenstein, Stadtrat
Vizepräsident: Erik Schmausser, Leiter Umweltschutz-fachstelle

Mitglieder:

Ulrich Dinkelacker, Baupolizeiamt, Leiter Fachstelle Energieberatung

Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb
Eugen Meile, Städtische Werke Winterthur, Hauptabteilungsleiter Wärme und Entsorgung
Oskar Schiess, Städtische Werke Winterthur, Hauptabteilungsleiter, Markt und Kunden
Paul Welti, Hochbau, Leiter Fachstelle Haustechnik

4. Departement Schule und Sport

Sportkommission

Präsidentin: Pearl Pedergrana, Stadträtin

Mitglieder:

Niklaus Gugger ***
Kurt Hess
Jakob Heusser *
Emil Manser ***
Hansjörg Siegenthaler ***
Hedi Strahm ***
Edi Wettstein ***
Urs Wunderlin

* auf Vorschlag des Dachverbandes Sport Winterthur

** auf Vorschlag des Behindertensportes Winterthur

*** auf Vorschlag des Grossen Gemeinderates

5. Departement Soziales

Jugendkommission

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
Vizepräsidentin: Pearl Pedergrana, Stadträtin
Mitglied: Hans Hollenstein, Stadtrat
Sekretär: Heinz Häusermann, Jugendsekretär

Mitglieder:

Verena Anliker, Leiterin Gesetzlicher Betreuungsdienst
Charles Baumann, Leiter Jugend- und Familienberatung
Shirley Barnes Städler, Leiterin Berufsvorbereitung (bis 30.6.)
Christine Gümman, Co-Leiterin Medizinisch-therapeutische Behandlungseinrichtungen
Walter Heim, Stadtpolizei
Werner Heiz, Leiter Schulpsychologischer Dienst
Rolf Heusser, Jugenddelegierter
Susanne Keller, Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen (ab 1.7.)
Lars Schädli, Leiter Niederschwellige Einrichtungen (bis 30.6.)
Markus Städler, Suchtprävention
Franz Trottmann, Leiter Berufsbildung (ab 1.7.)
Brigitte Wiederkehr, Schulsekretärin
Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte (ab 1.7.)
Urs Wunderlin, Leiter Sportamt

Drogenkommission

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
Vizepräsident: Hans Hollenstein, Stadtrat
Mitglied: Pearl Pedergrana, Stadträtin

weitere Mitglieder:

nach Bedarf aus Sozialamt, Polizeirichteramt, Bezirksanwaltschaft, Kantonspolizei und Bezirksgemeinden

Kommission der Öffentlichen Krankenkassen

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Aktuar: Jakob Bächtold, Verwalter OeKK

Mitglieder:

Hanspeter Fisch, kaufm. Angestellter
 Christian Glaus, Arzt (gestorben 26.7.)
 Yvonne Hörler, P+O
 Berta Jung-Koller, Sozialpädagogin
 Samuel Kägi, kaufm. Angestellter/Prokurist
 Karl Petermann, Informatik-Projektleiter

Schulkommission der Schule für Pflegeberufe

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin

Mitglieder:

Agi Haas, Leiterin Betreuung und Pflege,
 Wohn- und Alterszentrum Oberi
 Sibylle Kull, Vertreterin KSW
 Peter Liggerstorfer, Arzt
 Marlies Walder, Berufs- und Laufbahnberaterin
 Hanni Wipf-Stengele, Schulleiterin

6. Departement Technische Betriebe

Kommission «Förderung des öffentlichen Verkehrs»

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat

Mitglieder:

Nina Dorizzi, Gemeinderätin
 Urs Huber, Direktor SBW
 Beat Kammermann, Leiter Verkehrslenkung
 Ruth Kleiber, Gemeinderätin
 Ursula Künsch, Gemeinderätin
 Michael Künzle, Gemeinderat
 Ueli Rüsch, Verkehrsplanung
 Kurt Schönauer, Personalkommission
 Martin Stauber, Gemeinderat
 Werner Steiner, Gemeinderat
 Paul Wernli, Gemeinderat

Naturschutzkommission

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat

Aktuar: Martin Rapold, Stadtgärtnerei

Mitglieder:

Petra Ammann, Dipl. Natw. ETH
 Ernst Bachmann, Landwirt
 Urs Buchs, Ing. chem. HTL
 Hermann Dähler, Stadtplanung
 Jakob Forster, a. Seminarlehrer
 Ulrich Gnehm, Liegenschaftenverwaltung
 Beat Kunz, Forstmeister
 Werner Rüeger, Landschaftsarchitekt BSLA
 Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei

Grabmalkommission

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat

Aktuar: Kurt Burgunder, Stadtgärtnerei

Mitglieder:

Gregor Frehner, Bildhauer
 Daniel Isler, Bildhauer
 Daniel Schneller, Denkmalpflege
 Walter Weiss, Künstlergruppe
 Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei

Vertretungen der Stadt Winterthur in handelsrechtlichen Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen und Zweckverbänden (Stand 31.12.04)

Stiftungen

Stiftung Oskar Reinhart	Ernst Wohlwend
Stiftung Technorama	Ernst Wohlwend
Stiftung Jakob Briner	Martin Haas
Anlagestiftung Winterthur	Verena Gick
Stiftung Greater Zurich Area	Ernst Wohlwend
Wölfflin Stiftung Winterthur	Reinhard Stahel
	Heinz Häusermann
Stiftung für Kleinsiedlungen	Reinhard Stahel
	Walter Nisple
Zürcher Filmstiftung	Ernst Wohlwend
Schweizerische Technische Fachschule	Franz Trottmann
Modell Winterthur	Maja Ingold
Arnold Schenkel-Stiftung	Maja Ingold
Ehret-Stiftung	Maja Ingold
Brühlgut-Stiftung	Ernst Schedler
Hans Vogel-Stiftung	Maja Ingold
Stiftung Altersheim St. Urban	Max Romann
	Martin Hasenfratz
Musikschule WIWA (Auflösung 31.12.04)	Markus Wanner
Stiftung Winterthur – La Chaux-de-Fonds	Hans Peter Haeberli
	Elsbeth Leschke
	Regula Forster
Pro Senectute Kanton Zürich	Andreas Paintner
Stiftung Ober Halden	Maja Ingold
Stiftung Internationales Baumarchiv	Ernst Wohlwend

Genossenschaften

Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen	Verena Gick
	Maja Ingold
Saalbaugenossenschaft Oberwinterthur	Reinhard Stahel
	Peter Barandun
Genossenschaft Schwimmbad Oberwinterthur	Urs Wunderlin
Genossenschaft Schwimmbad Töss	Urs Wunderlin
Genossenschaft Schwimmbad Veltheim	Urs Wunderlin
Genossenschaft Schwimmbad Wülflingen	Urs Wunderlin
Strassen- und Kanalisationsgenossenschaft Weiherhöhe, Winterthur-Seen	Max Reifler
Genossenschaft Sportplatz Schützenwiese	Pearl Pedergrana
	Urs Wunderlin
Heimstättengenossenschaft	Peter Barandun

Vereine

Trägerverein Villa Flora	Ernst Wohlwend
Verein Stadtmarketing	Ernst Wohlwend
Verein Musikkollegium Winterthur	Reinhard Stahel
	Markus Wanner

Verein Hülfe für ältere Arbeitsfähige	Reinhard Stahel
	Walter Nisple
Verein Aids-Informationsstelle Winterthur	Christine Gäumann
Verein für Wohnraum der Studierenden (SWOWI)	Mark Würth
Verein für Eheberatung Winterthur	Charles Baumann
Heimverein Schulheim Elgg	Heinz Häusermann
Verein Familien- und Jugendhilfe	Heinz Häusermann
Kunstverein Winterthur	Ernst Wohlwend
Verein Frauenhaus Winterthur	Rosmarie Müller
Verein «Pro Kinderklinik»	
Verein Fotomuseum Winterthur	Ernst Wohlwend

Aktiengesellschaften

Technopark Winterthur AG	Ernst Wohlwend
Fortuna Obertor AG	Ernst Wohlwend
	Verena Gick
Verwaltungsrat Eulachhallen AG	Pearl Pedergrana
	Samuel Schwitter
Parkhaus AG Winterthur	Hans Hollenstein
Erdgas Ostschweiz AG	Walter Bossert
Swisspower AG	Christian von Burg
InstaControl AG	Walter Bossert
	Christian von Burg

Verkehrsverbund

Verkehrsrat	Walter Bossert
-------------	----------------

Zürcher Hochschule Winterthur

Schulrat	Ernst Wohlwend
----------	----------------

Zweckverbände

Regionalplanung Winterthur und Umgebung	Ausschussmitglieder: Ernst Wohlwend Reinhard Stahel
	Delegierte: Walter Bossert Peter Rütimann Elsbeth Leschke Mathias Gfeller
Interessengemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur	Präsident: Hans Hollenstein Delegierter: Thomas Engesser

Departements- und Bereichsleitungen

(Stichtag: 21. Januar 2004)

Stadtkanzlei

Stadtschreiber: Arthur Frauenfelder

Departement Kulturelles und Dienste

Stadtpräsident Ernst Wohlwend

Departementssekretariat

Markus Spring

Stadtentwicklung

Mark Würth

Personalamt

Fritz Lang

Stadtarchiv

Alfred Bütikofer

Integration

Nadja Witzemann

Kulturelles

Walter Büchi

Stadtammann- und Betreibungsämter

Roland Isler

Friedensrichterämter

Yvonne Beutler

Departement Finanzen

Stadträtin Verena Gick

Departementssekretariat

Riccarda Foi Masciadri

Finanzkontrolle

Walter Hubmann

Finanzamt

Peter Barandun

Steueramt

Christian Beusch

Liegenschaftenverwaltung

Erich Dürig

Informatikdienste

Walter Ruprecht

Departement Bau

Stadtrat Reinhard Stahel

Departementssekretariat

Lukas Mischler

Stadtplanungsamt

Rudolf Haller

Tiefbau

vakant

Hochbau

Alois Ulrich

Vermessungsamt

Daniel Kofmel

Baupolizeiamt

Fridolin Störi

Departement Sicherheit und Umwelt

Stadtrat Hans Hollenstein

Departementssekretariat

Mark Ulrich Bona

Polizeirichteramt

Heiner Graf

Stadtpolizei

Fritz Lehmann

Feuerwehr

Josef Baumgartner

Zivilschutzamt

Lorenz Huser

Gesundheitsamt

Thomas Engesser

Melde- und Zivilstandswesen

Esther Wertli

Arbeitsamt

Walter Nisple

Umweltschutzfachstelle

Erik Schmausser

Departement Schule und Sport

Stadträtin Pearl Pedernana

Departementsstab

Regula Forster Erzinger
Eva Schwarzenbach Heusser

Zentrale Dienste

Markus Wanner

Bildung

Brigitte Wiederkehr

Berufsbildung / MSW

Franz Trottmann

Sport

Urs Wunderlin

Departement Soziales

Stadträtin Maja Ingold

Departementssekretariat

Regina Sauter Grünenfelder

Vormundschaftsamt

Silvia Rey

Gesetzlicher Betreuungsdienst

Verena Anliker

Sozialamt

Ernst Schedler

Alter und Pflege

Andreas Paintner

Departement Technische Betriebe

Stadtrat Walter Bossert

Departementssekretariat

Daniel Jeker

Städtische Werke

Christian von Burg

Stadtbus

Urs Huber

Forstbetrieb

Beat Kunz

Stadtgärtnerei

Christian Wieland

Inhaltsverzeichnis

	Seite		Seite
Grosser Gemeinderat, Stadtrat, Stadtkanzlei	7	Departement Sicherheit und Umwelt	87
Der Grosse Gemeinderat	7	Umweltschutzfachstelle	89
Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates	13	Polizeirichteramt	93
Der Stadtrat	14	Stadtpolizei	94
Stadtkanzlei	15	Feuerwehr	98
Abstimmungen 2004	16	Zivilschutz	100
		Gesundheitsamt	103
Departement Kulturelles und Dienste	19	Melde- und Zivilstandswesen	106
Personalamt	21	Arbeitsamt	107
Personalstatistik 2004	25	Departement Schule und Sport	113
Stadtammann-und Betreibungsämter	26	Departementssekretariat	114
Friedensrichteramt	27	Zentralschulpflege	114
Stadtarchiv	28	Bereich Bildung	117
Integration	29	Bereich Berufsbildung	125
Kulturelles	31	Zentrale Dienste	128
Museen und Sammlungen	31	Materialverwaltung	129
Kunst- und Kulturpflege	35	Sportamt	130
Konzerte	36	Departement Soziales	133
Winterthur Tourismus und städtische Infostelle	37	Vormundschaftsamt	136
Theater Winterthur am Stadtgarten	37	Gesetzlicher Betreuungsdienst	138
Winterthurer Bibliotheken	38	Sozialamt	139
Alte Kaserne	39	Jugendsekretariat	144
Büro für Kultur und Freizeitaktionen	39	Asylkoordination	147
		Medizinisch-therapeutische Behandlung	149
Departement Finanzen	41	Alter und Pflege	153
Finanzkontrolle	43	Departement Technische Betriebe	163
Finanzamt	44	Städtische Werke Winterthur	165
Informatikdienste (IDW)	47	Handel mit Strom	166
Steueramt	49	Handel mit Erdgas	166
Liegenschaftenverwaltung	51	Handel mit Fernwärme	167
Liegenschaftenbestand	55	Stromnetz	168
		Telekomnetz	168
Departement Bau	57	Gasnetz	169
Departementssekretariat	58	Wasserversorgung	169
Stadtplanungsamt	59	Fernwärmenetz	170
Tiefbau	63	Entsorgung / KVA	170
Abteilung Tiefbauten	63	ARA	171
Strasseninspektorat	66	Haustechnik	172
Stadtentwässerung	69	Energie Laden	172
		Energie-Contracting	173
Hochbau	71	Öffentliche Beleuchtung	173
Stadtgestaltung	71	Nachhaltigkeit	174
Abteilung Denkmalpflege	71	Stadtbus Winterthur	176
Hochbauten	74	Forstbetrieb	179
Fachstelle Haustechnik	76	Stadtgärtnerei	183
Gebäudeunterhalt	77		
Vermessungsamt	78	Initiativen und parlamentarische Vorstösse	187
Baupolizeiamt	80	Behördenverzeichnis	193
Bauinspektorat	80	Vertretungen in Gesellschaften, Stiftungen usw.	203
Rechtsdienst	81	Departements- und Bereichsleitungen	204
Feuerpolizei	82		
Fachstelle Energie	84		

